ISPK-Studien zur Konfliktforschung | 6

Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel

Abaas Karim

Konsensdemokratie und Nationenbildung im Irak und in der Autonomen Region Kurdistan

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ISPK Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel

ISPK-Studien zur Konfliktforschung

herausgegeben vom

Institut für Sicherheitspolitik
an der Universität Kiel gGmbH (ISPK)

Band 6

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Abaas Karim

Konsensdemokratie und Nationenbildung im Irak und in der Autonomen Region Kurdistan

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Publiziert mit Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Zugl.: Basel, Univ., Diss., 2023

1. Auflage 2023

© Abaas Karim

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-0751-6
ISBN (ePDF): 978-3-7489-1908-7

DOI: https://doi.org/10.5771/9783748919087

Onlineversion
Nomos eLibrary

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Zum Geleit

Herrn Karim bin ich das erste Mal bei einer Tagung des Geneva Centre for Security Policy (GCSP) im Juni 2018 begegnet. Instinktiv reagierte ich auf seine informell gehaltene Frage, ob ich mir eine Betreuung seiner geplanten Dissertation vorstellen könne, positiv. Diese – anfangs unverbindliche Zusage – sollte sich als eine sehr gute Entscheidung herausstellen: Herr Karim hat sich in den vergangenen Jahren trotz grosser familiärer und beruflicher Verpflichtungen mit grosser Energie und Entschlossenheit seiner Dissertation gewidmet. Das bemerkenswerte Ergebnis seiner Anstrengungen liegt uns nun vor.

Abaas Karim geht in seiner Dissertation von der Grundannahme aus, dass sowohl für den Irak insgesamt als auch für die Autonome Region Kurdistan (ARK) im Norden des Irak der Weg hin zu einer Nationenbildung noch längst nicht abgeschlossen ist und dass angesichts der ethnisch-konfessionellen und politischen Fragmentierung sowohl des Irak insgesamt als auch der ARK im Besonderen die politische Ordnung einer Konsensdemokratie anzustreben ist. Herr Karim war dabei für die Aufgabe, die er sich mit seiner Dissertation stellte, sehr gut gerüstet: Neben einem politikwissenschaftlichen Masterstudium an der Universität Bern und einer intensiven Beschäftigung mit der relevanten politikwissenschaftlichen Literatur zu den beiden Themen Nationenbildung und Konsensdemokratie brachte er eine enge persönliche Vertrautheit mit der Region und die entsprechenden Sprachkenntnisse, vor allem Arabisch und Kurdisch, mit.

Abaas Karim legt seiner Untersuchung nicht nur die Annahme zugrunde, dass der Nation-Building-Prozess sowohl im Irak als auch in der ARK noch weiter fortschreiten müsse, sondern auch, dass eine föderalistische Konsensdemokratie nach Schweizer Vorbild ein guter Lösungsansatz für den Irak und die dortige Kurdenfrage sein könnte. Dabei zeigt er, dass der moderne Irak bisher mit zwei konträren Typen von politischer Ordnung Erfahrungen gesammelt hat. Während die Briten im Rahmen ihres Mandats über den Irak nach dem Ersten Weltkrieg ihr Muster einer Mehrheitsdemokratie installierten und damit faktisch die alten sunnitischen Herrschaftseliten begünstigten, wandten die USA nach 2003 ihr eher konsensdemokratisch orientiertes Modell an – immerhin mit der Folge, dass die bis dahin politisch marginalisierten Kurden und Schiiten nun eine

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ihrer demografischen Grösse angemessene politische Bedeutung erhielten. In seiner Darstellung konzentriert sich Herr Karim nicht nur auf die ARK, sondern stellt immer wieder den Bezug zum Gesamtirak her, basierend auf der überzeugenden Einschätzung, dass ansonsten die Motive der kurdischen Elite für ihre Handeln nicht zu verstehen wären. Er sieht zudem eine verheissungsvolle Zukunft der ARK eher in einem erfolgreich föderal strukturierten Irak als in einer prekären Unabhängigkeit.

Sein ausführlicher Rückblick auf die Zeit vor 2003 lohnt sich, weil so deutlich wird, wie sehr die Probleme der irakischen Kurden im 21. Jahrhundert denen des 20. Jahrhunderts gleichen: die internationale Isolation der Kurden; die Übermacht des modernen Zentralstaates gegenüber der fragmentierten kurdischen Bevölkerung; begrenzte Zugeständnisse der Zentralregierung, vor allem in kultureller Hinsicht, die sich mit Phasen offener Konfrontation bzw. Repression abwechseln (prominentes Beispiel ist hier das Abkommen des irakischen Staates mit den Kurden 1970, gefolgt vom vorläufigen Zusammenbruch der kurdischen Bewegung nach dem irakischen-iranischen Abkommen 1975 in Algier); die tribale Logik von «Der Feind meines Feindes ist mein Freund», die immer wieder zu einer Schwächung und Spaltung der kurdischen Bewegung führte (hier ist etwa an die militärische Auseinandersetzung zwischen DPK und PUK in den Jahren 1994–1998 zu denken, die nur durch die Vermittlung der USA beigelegt werden konnte); die starke Rolle feudaler Strukturen und eines patriarchalischen Politikverständnisses – unmittelbar sichtbar daran, dass die DPK seit Beginn von der Familie der Barzani dominiert wurde, die PUK (allerdings in einem weniger deutlichem Masse) von der der Talabani.

Zugleich sind die – in einem gesamtkurdischen Kontext – für das irakische Kurdistan einzigartig positiven Bedingungen herauszuheben: Mit der UN-Resolution 688 zum Schutz der irakischen und kurdischen Bevölkerung im April 1991 und der darauffolgenden Einrichtung einer Flugverbotszone durch Frankreich, Grossbritannien und die USA, vor allem aber mit der US-amerikanischen Intervention von 2003, mit der nicht nur die Diktatur Saddam Husseins endete, sondern auch die seit Jahrzehnten bestehende Herrschaft der Sunniten im Irak zerbrach, konnte die ARK ein Ausmass an Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit erreichen, das für die Kurden Irans, Syriens oder der Türkei bis heute unvorstellbar ist.

Das vorliegende Buch kommt aber – trotz der eigentlich guten Ausgangsvoraussetzungen der ARK – zu einem ernüchternden Befund, indem es die immer wiederkehrenden Muster von Annäherung und Konflikt im irakisch-kurdischen Verhältnis, aber auch die inneren Spaltungen der kurdi-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

schen Gesellschaft und Politik thematisiert. Das 2005 installierte irakische Proporzsystem (den Kurden steht das Amt des irakischen Präsidenten zu, den Schiiten das des Premierministers, den Sunniten das des Parlamentspräsidenten) erinnert an die fatale Dysfunktionalität des konfessionalistischen Proporzsystems im Libanon: Einmal installiert, lässt sich kein Ausweg mehr daraus finden, weil politische und wirtschaftliche Interessen sich parasitär in der konfessionalistischen Konstruktion festsetzen. Auf kurdischer Ebene kam es, ebenfalls im Jahr 2005, zu einem vergleichbaren Übereinkommen zwischen DPK und PUK: Weil Jalal Talabani als Führer der PUK das Amt des irakischen Präsidenten übernahm, erhielt im Gegenzug Masud Barzani, der Führer der DPK, das Präsidentenamt in der ARK. Die Ministerpräsidentschaft der ARK fiel ebenfalls der DPK zu, das Amt des Parlamentspräsidenten in der ARK wiederum der PUK. Für alle anderen kurdischen Parteien und politischen Akteure sah diese Monopolallianz nur Trostpreise vor.

Herr Karim zählt eine lange Reihe von innerkurdischen Egoismen und verhängnisvollen Fehlentscheidungen auf: So hat die Rivalität zwischen DPK und PUK dazu geführt, dass seit 1996 die ARK faktisch zweitgeteilt ist. Oder um ein anderes Beispiel zu nennen: Wenige Wochen nach dem von Masud Barzani vorangetriebenen und mit überwältigender Mehrheit angenommenen Unabhängigkeitsreferendum in der ARK im September 2017, das selbst wohlwollende Beobachter als verfrüht und unangebracht ansahen, verlor die ARK den grössten Teil der sogenannten «umstrittenen» Gebiete (prominent ist hier vor allem die Stadt Kirkuk) an arabisch-irakische militärische Verbände und damit den grössten Teil der Gebiete, welche die kurdischen Peschmerga in den Jahren zuvor in erbitterten Kämpfen gegen den Islamischen Staat hatten einnehmen können.

Ein grosses Verdienst der Dissertation sind die umfassende Lektüre kurdischsprachiger Werke, auch von Autobiografien, die systematische Auswertung der kurdischen Presse und die Interviews mit elf führenden kurdischen Politikern und Intellektuellen. Der Dissertation ist die persönliche Vertrautheit von Abaas Karim mit der hier verhandelten Thematik niemals als Schwäche, sondern nur als Stärke anzumerken. Er behandelt alle Akteure und politischen Lager nach demselben Massstab. Am ehesten wäre noch zu vermuten, dass Abaas Karim es schmerzt, wie schlecht die ARK die Chancen, die sich durch die politische Gesamtsituation seit 2003 boten, genutzt hat: Während er den Irak als eine «Demokratie der Zerstrittenheit» oder als «defekte Demokratie» bezeichnet, sieht Karim im Fall der ARK einen klaren Rückschritt: Von einem Modell für den Rest des Irak

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

entwickelte sie sich zu einer Problemregion, die immer fragmentierter und handlungsunfähiger wurde.

Für eine mit der Thematik weniger intensiv vertraute Leserschaft wäre wohl ein stärkerer Abgleich der in dieser Dissertation gewonnenen Erkenntnisse mit dem bisherigen Forschungsstand hilfreich gewesen, allein schon, um besser ermessen zu können, welche neue Perspektiven das hier verarbeitete Quellenmaterial erschliesst. Die Stärken der Arbeit liegen jedoch klar auf der Hand: Das Quellenmaterial ist aussergewöhnlich umfangreich. Vor uns liegt eine ausgewogene und Empathie zeigende, aber zugleich durchgängig kritische Darstellung, der ich viele Leserinnen und Leser wünsche. Meine Glückwünsche noch einmal an Abaas Karim für diese so verdienstvolle Dissertation!

Maurus Reinkowski, Mai 2023

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Vorwort

Es ist Mitte der 1980er Jahre im kurdischen Teil des Irak. Ich bin noch jung und spiele gerne, wie viele meiner Freunde, Fussball. Wir verabreden uns regelmässig, um zum Fussballfeld zu gehen und dort zu spielen. Es liegt hinter den Häusern und zwischen zwei Hügeln. Auch an jenem Tag, der unser Leben schlagartig verändern sollte, spielen wir ausgelassen Fussball. Auf einmal hören wir heftige Explosionen. Voller Panik rennen wir nach Hause. Als ich dort ankomme, ist niemand da. Die Stadt scheint menschenleer zu sein. Ich ahne aber, wo meine Familie ist, nämlich in einem Bunker gegenüber unserem Haus. Ich laufe hinein und sehe Hunderte von Menschen in einem kleinen Versteck. Zum ersten Mal merke auch ich als Kind, wie zerstörerisch der irakisch-iranische Krieg ist. Bis dahin konnte ich die Folgen des Krieges nicht einschätzen, weil er noch weit entfernt von uns wütete: im Süden des Landes und an der Grenze zu Iran. Einzig die Fernsehbilder über die Tapferkeit der irakischen Armee und die ständigen Lieder über deren Errungenschaften und den Präsidenten Saddam Hussein waren uns bisher geläufig. Saddam Hussein taucht einmal im kurdischen, einmal im beduinischen Kleid auf und des Öfteren in Uniform. Er besucht auch das irakische Kurdistan, die Stämme im Westen des Landes sowie im Südirak und schwimmt im Tigris, den er sogar durchquert. Er weiss sich zu inszenieren und zeigt sich sportlich und stark.

Langsam fange ich an, mich für den Krieg zu interessieren, und möchte von meinem Vater wissen, was alles im Irak geschehen ist und warum es einen Krieg gibt. Es ist für meinen Vater schwierig, über diese Dinge zu sprechen, weil er viele Verwandte im iranischen Kurdistan hat und diese seit 1977 nicht mehr sehen konnte. Auch das Schicksal seiner Familie ist immer eine grosse Herausforderung für ihn. Früher wohnte mein Vater mit seiner Familie an der iranischen Grenze, war wohlhabend und glücklich. Die Familie wurde aber 1978, zwei Jahre vor Beginn des irakisch-iranischen Krieges, zwangsumgesiedelt und muss seither in einem Wohnkomplex nahe Sulaimaniya leben. Mein Vater erzählt mir die Geschichte des Irak wie folgt: Der moderne Irak wurde zu Beginn von einer Königsfamilie regiert, deren Mitglieder nicht einmal Iraker gewesen seien. Sie habe Aghas, Grosslandbesitzer und Stammesführer bevorzugt behandelt. Darunter habe auch er gelitten. Dabei erwähnt er auch Nuri al-Said, der in der irakischen

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Monarchie mehrmals Premierminister war. Anschliessend sei es im Jahr 1958 zu einem Putsch unter der Führung von Abd al-Karim Qasim gekommen, erzählt er mir weiter. Jener sei nicht schlecht gewesen, habe sich aber nicht lange an der Macht halten können. Dann sei 1963 Abdulsalam Arif Präsident des Irak geworden, der ein sehr schlechter Mann gewesen und 1966 bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben gekommen sei. Abdulsalams Bruder Abdulrahman, der nach ihm die Kontrolle über den Irak übernommen habe, sei besser gewesen. Die Baathisten hätten ihn jedoch 1968 beseitigt. Seither habe es im Irak keine Ruhe mehr gegeben.

Viele Kurden kämpften zwischen 1918 und 1932 unter Scheich Mahmud gegen die britische und irakische Verwaltung im Irak. Danach sei die Barzani-Familie gekommen und habe die Führung des kurdischen Kampfes für sich beansprucht. «Aber weisst du, was traurig ist, mein Sohn?», fragt mein Vater. Ich antworte: «Nein, Papa.» In den 1960er Jahren habe der innerkurdische Kampf zwischen den Anhängern von Mullah Mustafa Barzani und denjenigen von Jalal Talabani begonnen. «Wir nannten das Jalali w Malali, für den Kampf zwischen den Peschmerga-Truppen von Jalal Talabani und Mullah Mustafa. Damals in unserem Dorf ging es uns gut, und ich habe die Peschmerga-Einheiten[1] bei uns untergebracht. An manchen Abenden waren die Kämpfer von Mullah bei uns, und an manchen anderen jene von Jalal. Beide Seiten kämpften im Namen der Kurden. Das ist eines unserer Probleme. Nun gibt es seit 1980 Krieg zwischen dem Irak und Iran, weil Saddam den Iranern keinen Zugang zum Schatt al-Arab gewährleisten wollte, obwohl er dies im ‹Vertrag von Algier› von 1975 zugesagt hatte. Dieses Abkommen kam nur zustande, damit der Irak die kurdische Autonomie, die 1970 entstanden war, vernichten konnte. So spielen wir Kurden eine grosse Rolle im Irak. Was mich aber noch traurig macht, ist die Tatsache, dass die Leute glauben, wir würden ein sehr gutes Leben haben, sollten wir wieder unter die Kontrolle der kurdischen Peschmerga-Truppen kommen. Diese Leute haben den Bruderkrieg zwischen den Peschmerga-Einheiten vergessen und wissen nicht, dass die Jalal- und die Barzani-Familie sich seit Jahren bekämpfen. Ich glaube persönlich nicht, dass wir unter ihnen glücklicher wären, denn sie hassen sich sehr.»

Nach diesem Gespräch mit meinem Vater begann ich allmählich zu verstehen, wieso wir in so einem Wohnkomplex lebten und warum die Anwohner der umliegenden Dörfer uns so ungern sahen. Die irakische Re-

1 Die verschiedenen kurdischen Bewegungen im Irak bezeichnen ihre Soldaten und Kämpfer als Peschmerga. Das bedeutet ‹der, der vor dem Tod steht›.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gierung nahm ihnen das Land weg, um für all jene Dörfer, deren Bewohner zwischen 1975 und 1979 vertrieben worden waren, neue Siedlungsgebiete zu bauen. Zudem vertrauten uns die Leute nicht und wussten nicht, auf welcher Seite wir standen. Denn die meisten Söhne dieser Dörfer waren zuvor Peschmerga-Kämpfer gewesen und hatten gegen die Zentralregierung gekämpft. Des Weiteren vermochte ich nun die Geschichte des Irak ein wenig besser zu verstehen. Mein Vater sagte mir aber immer: «Mein Sohn, du darfst niemanden hassen. Denn der Mensch ist Mensch. Ich war im Süden des Irak Soldat, und die Leute waren sehr warmherzig zu mir. Du siehst ja, wie sie sind. Sie kommen uns immer noch besuchen, obwohl mehrere Dekaden dazwischenliegen. Das ist nur die Politik, die versucht, Menschen gegeneinander aufzuhetzen. Die Perser, die Türken, die Araber und die Kurden sind alle gleich vor Gott. Wenn man stirbt, wird man nicht nach der Nationalität gefragt, sondern danach, was für ein Mensch man war. Versuche immer offen zu sein und akzeptiere die Menschen so, wie sie sind.»

Im Jahr 1988 kommt dann der grosse Schock: Es ist März und das Wetter regnerisch. Die Luft und die Tropfen des Regens riechen komisch. Wir wissen nicht, was passiert ist, bis ich am Abend nach Hause komme und mehrere Fahrzeuge vor unserem Haus sehe. Ich betrete das Haus und sehe mehrere Familien mit Kleinkindern, die sehr erschöpft sind. Sofort frage ich meine Schwester, wer diese Leute seien. Sie sagt mir, dass sie unsere Verwandten aus der Stadt Halabja seien, die ihre Heimat fluchtartig verlassen mussten. Die iranischen Streitkräfte waren gemeinsam mit den kurdischen Peschmerga-Truppen in die Stadt eingedrungen, weshalb die irakische Regierung die Stadt mit Giftgas angriff. Es sind sehr viele Menschen gestorben: «Wir haben viele Leichen von Kindern, Erwachsenen, jungen Menschen und Betagten gesehen. Viele sind auch nach Iran geflohen», so unsere Bekannten aus Halabja. Daraufhin verstand ich, weshalb die Luft so merkwürdig roch. Denn Halabja war nur etwa 20 Kilometer von uns entfernt. In diesem Moment haben die Leute nicht nur über die Zentralregierung in Bagdad, sondern auch über die iranischen und die kurdischen Kämpfer geschimpft, weil sie den Krieg zu den Menschen brachten. Ab dieser Zeit hatte ich nur noch einen Wunsch: Die Herrschaft von Saddam Hussein musste enden und der Frieden in den Irak zurückkehren.

So war die Begeisterung gross, als es im März 1991 zum Aufstand kam und die Truppen der Zentralregierung aus dem irakischen Kurdistan vertrieben wurden. Doch die Freude war nur von kurzer Dauer, weil die Regierungstruppen zurückkamen und meine Familie nach Iran fliehen

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

musste. Zu Fuss waren wir auf der Flucht; es dauerte mehrere Tage, bis wir an der iranischen Grenze ankamen. Sehr viele Menschen starben auf dem Weg nach Iran, weil die Strapazen gross und das Wetter sowie die Versorgung prekär waren. Für meinen Vater war dieser traurige Moment gleichwohl eine grosse Erleichterung, weil er nach mehreren Jahren seine Verwandten in Iran wiedersehen konnte. Wir lebten dort in Zeltstädten nahe der irakischen Grenze, da aber sowohl mein Vater als auch meine Mutter Teile ihrer Familien in Iran hatten und ich ein Teenager war, waren die Umstände ertragbar. Als wir jedoch Ende 1991 nach Hause zurückkehrten, weil sich die irakischen Truppen überraschend aus dem irakischen Kurdistan zurückzogen, war ich sehr glücklich.

Der Tag war gekommen, von dem die meisten Menschen im irakischen Kurdistan geträumt hatten: Nun standen sie unter einer kurdischen Verwaltung. Mein Vater blieb allerdings skeptisch, weil er die Erinnerungen aus den 1960er, 1970er und 1980er Jahren vor sich hatte. Wie sich später zeigte, sollte er leider recht behalten. Denn kaum wurde der Nordirak von den kurdischen Gruppierungen verwaltet, kam es wieder zum Krieg zwischen den Peschmerga-Einheiten von Barzanis Sohn Masud und jenen von Jalal Talabani. Diesmal jedoch war alles dramatischer, weil der Konflikt nicht nur ein innerkurdischer war, sondern auch in den kurdischen Städten und Dörfern selbst ausgetragen wurde. Bevor die kriegerische Auseinandersetzung, die von 1994 bis 1998 dauerte, zu Ende ging, hatte ich mich entschieden, Kurdistan und den Irak für immer zu verlassen. Denn für mich gab es keine Hoffnung mehr. Es war offensichtlich: Wer auch immer an die Macht kam, es ging ihm nur um deren Erhalt und um eigene Interessen. Ich lernte mittlerweile Arabisch und Persisch und wollte auch Türkisch lernen. So ging ich zuerst nach Iran und dann in die Türkei. Dort blieb ich mehrere Monate und lernte Türkisch. Auf diese Weise verstand ich die Sprachen jener Staaten, in denen die Kurden leben. Anfang 1999 kam ich schliesslich in die Schweiz. Von Beginn an spielte ich Fussball, um mit Menschen in Kontakt zu kommen und mein Hobby weiterzuleben. Zudem lernte ich fleissig Deutsch.

Rasch aber musste ich feststellen, dass die Art, wie die Einheimischen im Kanton Bern sprechen, und diejenige, die man mir in der Schule beibrachte, nicht gleich waren. Mit der Zeit lernte ich Leute aus anderen Kantonen kennen und war verblüfft, wie viele Dialekte und Sprachen in so einem kleinen Land gesprochen werden. Es faszinierte mich, weil ich am eigenen Leib erlebte, dass Menschen friedlich in einem Land nebeneinander leben können, ganz gleich, welche Sprache sie sprechen oder welcher Religion sie

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

angehören. Als ich später an der Universität Bern Politikwissenschaft sowie internationales und europäisches Recht studierte, verstand ich, dass es auch in der Schweiz Probleme gab und erst der Föderalismus und die Konsensdemokratie dazu beigetragen hatten, dass sich alle Kantone mehr oder minder im schweizerischen Staatsgefüge zurechtgefunden haben. Auch die Entstehung des Kantons Jura als Folge des Scheiterns der politischen Integration eines sprachlich, religiös und wirtschaftlich divergierenden Teils des Kantons Bern fiel mir auf. Dieses Beispiel veranschaulichte, dass die Geburt der Schweiz als einer der erfolgreichsten Fälle politischer Integration keineswegs eine Selbstverständlichkeit war. Denn Staaten wie Belgien, Grossbritannien, Italien, Spanien oder Frankreich haben es bis anhin nicht vollumfänglich geschafft, die nationalistische Gesinnung einiger ihrer Regionen aufzuheben. Für die Schweiz gilt das für den späteren Kanton Jura, der in einen langen Konflikt mit dem Kanton Bern verstrickt war. So setzte sich bei mir bald der Gedanke fest, dass ich – auch vor dem Hintergrund meiner Erfahrungen in der Schweiz – die Kurdenfrage im Irak wissenschaftlich bearbeiten sollte.

Entsprechend ist die vorliegende Dissertation aus meinem persönlichen Interesse an der Kurdenthematik und dem Irak entstanden. Ihre Fertigstellung wäre ohne die unermüdliche Unterstützung meiner Lebensgefährtin unmöglich gewesen. Das gilt auch für meine drei wunderbaren Kinder, die Verständnis aufbrachten, wenn ich nicht mit ihnen spielen oder gar in die Ferien fliegen konnte. Mein besonderer Dank gilt Professor Dr. Maurus Reinkowski für seine ausgezeichnete Betreuung und seine enorme Unterstützung bei der Durchführung der gesamten Arbeit. Ohne seine stets kompetenten und vollumfänglichen Beratungen wäre die Fertigstellung dieser Arbeit nicht gelungen. Dasselbe gilt auch für Professor Dr. Laurent Goetschel, der mich als Zweitbetreuer begleitete und mir viele wichtige Inputs und Ratschläge gab. Dr. Julia Büchele danke ich herzlich für ihre durchgehende Hilfeleistung und die einträglichen Gespräche. Professor Dr. Adrian Vatter gebührt mein Dank für seine Beratungen und Auskünfte im Bereich der Konsensdemokratie.

Ausserdem möchte ich mich bei Professor Dr. Reinhard Schulze für seine wertvollen Ideen und seinen wissenschaftlichen Beistand bedanken. Für ihren finanziellen Beitrag drücke ich der Freien Akademischen Gesellschaft Basel meinen aufrichtigen Dank aus. Dem Nomos-Verlag und vor allem Frau Beate Bernstein danke ich ganz herzlich für Ihre grossartige Arbeit und Betreuung während des gesamten Publikationsprozesses. Das gilt auch für Herrn Eduard Schwarzenberger, der das finale Veröffentlichungs-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

prozedere übernommen hat. Dem Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK) habe ich für die Aufnahme meines Werks in seine Schriftreihe zu danken. Ferner möchte ich dem Schweizer Nationalfonds (SNF) ausdrücklich für die Förderung der Open Access-Veröffentlichung, die eine breite gesellschaftliche und schnelle wissenschaftliche Rezeption ermöglicht, danken.

Der Schweizer Armee als meiner Arbeitgeberin danke ich sehr für ihre Unterstützung und ihre Geduld. Das gilt insbesondere für jene Entscheidungsträger, die mein Forschungsprojekt ermöglicht haben. An meine Interviewpartner im irakischen Kurdistan geht ein besonders grosser Dank, weil sie trotz der epidemiologischen Situation bereit waren, sich mit mir zu treffen und mir ihre Einschätzungen mitzuteilen. Jamawer Ahmed von der Bibliothek *Nusrawdani Wusha* (wörtlich: ‹Festschreibung der Wörter›) ermöglichte mir den Zugang zu essenziellen Dokumenten und Zeitungsartikeln – dafür danke ich ihm bestens. Ebenso gilt mein Dank den Zeitungen «Hawlati», «Awene», «Kurdistani Nwe» und «Xebat», die mir einen grossen Teil ihrer Publikationen zur Verfügung stellten. Sarhad Amin und Sirwan Bakhchaiy bin ich für ihre freiwillige Unterstützung verbunden – ohne sie als Feldassistenten wäre ich nicht weit gekommen. Es gibt weitere Personen und Institutionen sowohl im irakischen Kurdistan als auch in der Schweiz, die mich auf meinem Forschungsweg begleitet haben. Auch wenn ich sie hier nicht alle namentlich erwähnen kann, gebührt ihnen mein besonderer Dank.

Bern, im Februar 2023 Abaas Karim

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis 17

Tabellenverzeichnis 19

Anhangsverzeichnis 21

Abkürzungsverzeichnis 23

1 Einleitung 25

1.1 Fragestellung und Relevanz der Thematik 28

1.2 Forschungsstand 31

2 Theoretischer Rahmen und Arbeitshypothesen 41

2.1 Die Konsensdemokratie 46

2.2 Das Nation-Building-Konzept 57

2.3 Arbeitshypothesen 69

2.4 Quellen und Methode 70

3 Die Kurdenfrage im Irak vor 2003 89

3.1 Die Kurdenfrage von der Gründung des Irak bis zum Jahr 1958 95

3.2 Die irakische Republik und die Kurdenfrage zwischen 1959 und 1975 116

3.3 Spaltungen und Widerstand zwischen 1976 und 1991 129

3.4 Die kurdische Selbstverwaltung zwischen 1992 und 2002 134

4 Die Kurdenfrage im Irak zwischen 2003 und 2018 139

4.1 Sturz des Saddam-Regimes im Jahr 2003 140

4.2 Die Verwaltung des Irak zwischen 2003 und 2005 142

4.3 Die Entstehung der irakischen Verfassung im Oktober 2005 148

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

4.4 Der kurdische Einfluss in Bagdad zwischen 2006 und 2010 152
4.5 Das kurdische Misstrauen und der sunnitische Aufstand ab 2011 158
4.6 Die Herausforderung des ‹Islamischen Staates› 161
4.7 Die Eskalation zwischen Erbil und Bagdad ab 2017 172

5 Die kurdische Selbstverwaltung zwischen 2003 und 2018 181
5.1 Das Abkommen zwischen Masud Barzani und Jalal Talabani von 2004 183
5.2 Eine neue Ära in der Autonomen Region Kurdistan im Jahr 2006 187
5.3 Der Aufstieg der Opposition ab 2009 193
5.4 Das Referendum vom September 2017 und seine Folgen 217

6 Beurteilung des Nation-Building-Prozesses in der Autonomen Region Kurdistan 221

7 Beurteilung der irakischen Konsensdemokratie und der Kurdenfrage im Irak 235

8 Schlussfolgerung 253

10 Literaturverzeichnis 263

9 Anhang 283

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Lokalisierung der Länder nach Konsens- und Mehrheitsdemokratien	52
Abbildung 2:	Die drei Methodologien nach Kleining (1982, 226)	77
Abbildung 3:	Grunddesign qualitativer (und quantitativer) Forschung nach Mayring (2020, 5)	78
Abbildung 4:	Naher Osten und Nordafrika um das Jahr 1914	89
Abbildung 5:	Das Sykes-Picot-Abkommen vom 16. Mai 1916	91
Abbildung 6:	Die kurdischen Siedlungsgebiete und Forderungen im 20. Jahrhundert	95
Abbildung 7:	Das Phänomen ‹Islamischer Staat› und seine Wirkungsbereiche	163
Abbildung 8:	Vom ‹Islamischen Staat› kontrollierte Gebiete im Jahr 2015	170
Abbildung 9:	Die Konfliktlinien innerhalb der Anti-IS-Kräfte im Irak	172
Abbildung 10:	Von Pro-Bagdad-Kräften eroberte Gebiete im Oktober 2017	176
Abbildung 11:	Die Wahlkampagne der Gorran-Bewegung im Jahr 2009	197
Abbildung 12:	Identitätsstruktur im Irak und in der ARK	223
Abbildung 13:	Zerstrittenheit der Talabani- und der Barzani-Familie	224

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Abbildung 14: Die Statue der drei Eidgenossen in der Kuppelhalle des Bundeshauses in Bern 242

Abbildung 15: Irakische Provinzen und Schweizer Kantone 249

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Charakteristika der Mehrheits- und Konsensdemokratien nach Lijphart	48
Tabelle 2:	Ausgewählte Dimensionen des externen Nation-Building	68
Tabelle 3:	Kodierleitfaden in Anlehnung an Mayring & Fenzl (2019, 639)	84

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Anhangsverzeichnis

Anhang 1: Umschrift der arabischen und kurdischen Alphabete/Vokale 283
Anhang 2: Liste der interviewten Personen 285
Anhang 3: Interviewfragen 287
Anhang 4: Interview mit Dr. Mahmud Othman 289
Anhang 5: Interview mit Salahadin Bahadin 299
Anhang 6: Interview mit Dr. Kawe Mahmud 305
Anhang 7: Interview mit Stran Abdullah 314
Anhang 8: Interview mit Salam Abdullah 323
Anhang 9: Interview mit Abu Bakir Karwany 331
Anhang 10: Interview mit Mamosta Jaafar 339
Anhang 11: Interview mit Divisionär Bakhtyar Mohammed Sidiq 350
Anhang 12: Interview mit Mahmud Raza Amin 359
Anhang 13: Interview mit Dr. Faiq Gulpy 370
Anhang 14: Interview mit Taufiq Karim 377

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
ARK	Autonome Region Kurdistan
Art.	Artikel
bzw.	beziehungsweise
CPA	Koalitionsübergangsverwaltung (Coalition Provisional Authority)
Daesh / IS	Islamischer Staat
DPK (KDP)	Demokratische Partei Kurdistan (Kurdish Democratic Party)
DPK-I	Demokratische Partei Kurdistan-Iran
EU	Europäische Union
IGK	Islamische Gemeinschaft in Kurdistan (Komal)
IUK	Islamische Union Kurdistan (Yakgrtu)
KPK	Kommunistische Partei Kurdistan
PKK	Arbeiterpartei Kurdistan (Partiya Karkerên Kurdistan)
PUK	Patriotische Union Kurdistan
SPK	Sozialistische Partei Kurdistan
usw.	und so weiter
YPG	Volksverteidigungseinheiten (Yekineyen Parastina Gel)
YPJ	Frauenverteidigungseinheiten (Yekineyen Parastina Jin)
UNO	Vereinte Nationen (United Nations Organization)
USA	Vereinigte Staaten von Amerika (United States of America)
z. B.	zum Beispiel

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

1 Einleitung

Die Kurden sind mit – je nach Schätzungen – über 40 Millionen Menschen eine der grössten Volksgruppen der Welt ohne eigenen Staat. Dementsprechend kämpfen diverse kurdische Gruppierungen seit mehreren Dekaden in der Türkei (über 20 Millionen Kurden), im Irak (über sieben Millionen), in Iran (über zehn Millionen) sowie in Syrien (über zwei Millionen) für ihre Selbstbestimmung. Seit Ende 1991 verwalten jedoch die kurdischen Fraktionen im Nordirak grosse Teile ihres Siedlungsgebietes und geniessen weitgehende Autonomie. Sie gründeten dort im Jahr 1992 die sogenannte Autonome Region Kurdistan (ARK). Das gilt auch für Syrien, wo die kurdischen Volks- und Frauenverteidigungseinheiten gemeinsam mit einer multiethnischen Truppe seit 2015 die Verfügungsmacht über eine grosse Fläche im Nordosten Syriens haben. Des Weiteren zeigt ein Blick auf die Entwicklungen in den Ländern, in denen die kurdischen Gesellschaften angesiedelt sind, dass die Kurdenfrage nicht nur viele bedeutsame Ereignisse in diesen Ländern direkt oder indirekt beeinflusst, sondern auch im Mittelpunkt der Debatte um den Nationalstaat steht. Jwaideh schrieb bereits in den 1960er Jahren, dass die Kurdenfrage zweifellos eine der schwierigsten und gefährlichsten Herausforderungen sei, mit denen sich der Nahe Osten gegenwärtig konfrontiert sehe (Jwaideh 2006, 294). Zu dieser Schlussfolgerung kam er, nachdem er die kurdisch-nationalistischen Bewegungen bis in die 1950er Jahre untersucht hatte. Tatsächlich wurden in der Türkei die ersten politischen und gesellschaftlichen Reformen direkt nach der Niederschlagung des Scheich-Said-Aufstands im Jahr 1925 durchgeführt (Strohmeier & Yalçin-Heckmann 2017).

Mit dem Vertrag von Saadabad (1937) erkannten die Türkei, der Irak und Iran infolge der zunehmenden kurdisch-nationalistischen Bewegungen in den drei Ländern gegenseitig ihre Grenzen an (ebd., 154). Im Irak hatte der moderne Staat Anfang der 1920er Jahre gar keine Gewalt über die heutige Provinz Sulaimaniya. Erst ab 1925 gelang es ihm mit Unterstützung der britischen Truppen, die Stadt Sulaimaniya einzunehmen. In Iran rief die kurdische Elite in der Stadt Mahabad im Jahr 1946 eine Republik aus, die ein Jahr lang Bestand hatte. Ab den 1960er Jahren standen die kurdischen Freiheitskämpfer im Irak im Mittelpunkt des West-Ost-Konfliktes, nachdem im Jahr 1958 das irakische Königreich gestürzt und eine sozialistische

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Republik ausgerufen worden war. Dieses Ereignis setzte insbesondere die monarchischen Golfstaaten unter enormen Druck. So bat der damalige König von Saudi-Arabien, Faisal Bin Abdulaziz, am 27. Dezember 1966 den US-amerikanischen Präsidenten, Lyndon B. Johnson, um Unterstützung des kurdischen Aufstandes im Nordirak unter der Führung von Mullah Mustafa Barzani und um die Errichtung einer kurdischen autonomen Region, um dem panarabischen Nationalismus entgegenzuwirken. Die kurdischen Fraktionen genossen entsprechend nicht nur die Unterstützung Irans, der Grenzstreitigkeiten und ideologische Differenzen mit dem Irak hatte, sondern erhielten daraufhin auch US-amerikanischen Beistand. Auf diese Weise erlangten die kurdischen Peschmerga-Kämpfer im Jahr 1970 eine faktische Teilautonomie, die bis ins Jahr 1975 andauerte.

Teheran war allerdings verärgert darüber, dass sich die kurdischen Peschmerga-Einheiten unter der Führung Barzanis mit Bagdad einigten. Iran hatte Barzani bereits im Jahr 1969 mit Konsequenzen gedroht, sollte er die Waffen niederlegen und eine Einigung mit Bagdad erzielen. Zuvor hatte Saddam Hussein, der damalige Vizepräsident des Irak, Konzessionen gegenüber Iran in Aussicht gestellt und die Beendigung des kurdischen Widerstandes angedroht, wenn die Kurden ein Jahr lang kämpfen würden. Hussein ging damals davon aus, dass der kurdische Aufstand nach der Wiederaufnahme der kriegerischen Auseinandersetzungen innerhalb von zwölf Monaten zusammenbrechen würde. Da allerdings die Kämpfe zwischen den Truppen der irakischen Regierung und den kurdischen Peschmerga-Einheiten von 1974 bis 1975 andauerten, machte Bagdad mit den Drohungen Ernst und entschied sich dazu, mit Teheran eine Lösung zu finden, die beiden Seiten Vorteile bringen würde. So kam es mit dem Abkommen von Algier, das am 6. März 1975 zwischen Saddam Hussein – der zu dieser Zeit noch irakischer Vizepräsident war – und dem iranischen Schah Mohammed Reza Pahlavi abgeschlossen wurde, zur vorläufigen Beilegung der Streitigkeiten zwischen den beiden Ländern und zum Ende der kurdischen Teilautonomie, verloren doch so die kurdischen Peschmerga-Einheiten um Barzani unter anderem die Unterstützung Irans und der USA. Als Saddam Hussein jedoch nach der iranischen Revolution vor allem das Abkommen von Algier für nichtig erklärte, begann am 22. September 1980 der Erste Golfkrieg mit einem Angriff der irakischen Streitkräfte auf Iran.

In jüngster Vergangenheit sind im Zusammenhang mit der Kurdenfrage im Irak das Ende der über acht Dekaden andauernden sunnitisch-arabischen Herrschaft über den Irak im Jahr 2003 sowie der Aufstieg des

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sogenannten Islamischen Staates (IS) und die Ausrufung des Kalifates im Sommer 2014 in der irakischen Stadt Mossul zu erwähnen. So spielten die kurdischen Parteien nicht nur bei der Unterstützung der Amerikaner im Irak, sondern auch beim Neuaufbau des Landes eine wesentliche Rolle: «Die Kurden und die kurdischen Kräfte waren ein wichtiger Teil der Opposition gegen das irakische Regime und ein Unterstützer der internationalen Koalition beim Sturz des Saddam-Regimes und beim Aufbau einer neuen Verwaltung im Irak am 7. April 2003. So waren fünf kurdische Anführer (ich [= Salahadin Bahadin], Mam Jalal, Kak Masud[2], Dr. Mahmud Othman und Richter Dara Nur al-Din) ein Teil des irakischen Regierungsrates nach dem Sturz des Regimes und haben zentral dazu beigetragen, dass die irakische Verfassung im Jahr 2005 entstanden ist.» So äussert sich Salahadin Bahadin, Chef der Islamischen Union Kurdistan (IUK) (siehe Anhang 5). Später, ab dem Jahr 2012, setzte die kurdische Verwaltung in Erbil jedoch aufgrund verschiedener Konflikte die Zentralregierung in Bagdad zunehmend unter Druck und war nicht bereit, mit ihr zu kooperieren. Das gilt auch für die irakische Regierung, die kein Vertrauen mehr in die kurdischen Kräfte hatte. So eskalierte der Budgetstreit zwischen der ARK und der irakischen Regierung unter dem Regierungschef Nuri al-Maliki Ende 2013 derart, dass die ARK ihren Anteil am irakischen Budget, der bei 17 Prozent des gesamten Staatshaushaltes lag, nicht mehr erhielt. Daraufhin drohte der damalige Präsident der ARK, Masud Barzani, mit Konsequenzen. In einem Interview mit dem Nachrichtensender CNN vom 23. Juni 2014 betonte Barzani, dass die Kurden den Untergang des Irak nicht zu verantworten hätten und sie nicht zur «Geisel der Ungewissheit» gemacht werden dürften. Es sei an der Zeit, das kurdische Volk selbst über seine Zukunft entscheiden zu lassen, so Barzani (CNN 2014).

Im Allgemeinen fand die Kurdenfrage im Laufe des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts nie eine solch grosse Aufmerksamkeit wie während der Jahre 2014 bis 2017. Im Kampf gegen den IS wurden die kurdischen Peschmerga-Kämpfer im Nordirak und die kurdischen Kräfte in Nordsyrien seitens der Anti-IS-Koalition mit Geld und Waffen unterstützt. Selbst die türkische Regierung in Ankara liess Ende Oktober 2014 zu, dass die kurdischen Peschmerga-Einheiten aus dem Irak über die Türkei in die Stadt Kobane in Nordsyrien gelangten, um die Stadt gemeinsam mit den kurdi-

2 Mit ‹Mam Jalal› ist Jalal Talabani, mit ‹Kak Masud› Masud Barzani gemeint. Diese beiden Anführer der beiden grossen kurdischen Parteien werden bei den meisten Kurden so genannt. ‹Mam› heisst ‹Onkel›, ‹Kak› bedeutet ‹grosser Bruder›.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

schen Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG und YPJ) gegen den IS verteidigen zu können. Offizielle Treffen auf höchster Ebene zwischen kurdischen Machthabern aus dem Irak und türkischen Vertretern waren an der Tagesordnung. Entsprechend den Entwicklungen sah sich insbesondere Masud Barzani stark genug, um am 25. September 2017 ein Referendum über die Unabhängigkeit der ARK abhalten zu lassen. Schon im Sommer 2017 hatte er verlauten lassen, dass das irakische Kurdistan reif für die Unabhängigkeit sei. Tatsächlich wurde das Plebiszit von der kurdischen Bevölkerung mit über 92 Prozent der Stimmen gutgeheissen.

In der Folge bildete sich eine Allianz zwischen der Türkei, Iran sowie dem Irak heraus, um die territorialen Ansprüche der Kurden in der ARK zurückzudrängen. Im Oktober 2017 verloren die kurdischen Einheiten im Irak – unter anderem wegen innerkurdischer Streitigkeiten – die zwischen der irakischen Regierung und der kurdischen Regionalregierung «umstrittenen Gebiete» und damit etwa 40 Prozent ihres Territoriums (Hennerbichler 2018a, 175). Auch in Syrien gerieten die Kurden unter Druck. Eine Militärintervention der Türkei gemeinsam mit den syrischen Rebellen der sogenannten Freien Syrischen Armee (FSA) machte aus drei Kantonen[3] in Nordsyrien zwei, und die Syrian Democratic Forces (SDF), ein Militärbündnis der Kurden mit anderen Volksgruppen, verloren die Afrin-Region. Es ist jedoch zu erwähnen, dass die kurdischen Gruppierungen im Irak und in Syrien trotz der Gebietsverluste im Oktober 2017, März 2018 und Oktober 2019 noch nie in der Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts so viele Gebiete unter ihrer Kontrolle hielten, wie sie es seit dem Aufstieg des IS im Jahre 2014 tun. Zu mehr als einer blossen Kontrolle über Teile eines Staatsgebiets scheint es jedoch für die kurdischen Eliten im Irak und in Syrien bis anhin nicht gereicht zu haben.

1.1 Fragestellung und Relevanz der Thematik

Nach dem Sturz des Saddam-Regimes im Jahr 2003 begann eine neue Ära im Irak. Insbesondere die schiitischen Exilpolitiker und die kurdischen Führungsriegen der Demokratischen Partei Kurdistan (DPK) und der Patriotischen Union Kurdistan (PUK) sollten, so die Absicht der US-amerika-

3 Mit ‹Mam Jalal› ist Jalal Talabani, mit ‹Kak Masud› Masud Barzani gemeint. Diese beiden Anführer der beiden grossen kurdischen Parteien werden bei den meisten Kurden so genannt. ‹Mam› heisst Onkel, ‹Kak› grosser Bruder.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nischen Regierung, mit deren Unterstützung im Irak einen demokratischen und stabilen Staat aufbauen, der als Modell für den gesamten Nahen und Mittleren Osten dienen würde. Die irakische Demokratie sollte vom Konsens bestimmt sein, dass es Platz für alle ethnischen und religiösen Gruppen und Minderheiten gibt. Das Ziel war also eine Konsensdemokratie. Gleichzeitig sollte der Prozess des Nation-Building, der im Irak im Laufe der vorangegangenen acht Dekaden einer sunnitisch-arabischen Vorherrschaft kaum Fortschritte erzielt hatte, in Gang gesetzt werden. Alle Bürgerinnen und Bürger sollten sich im neuen Irak wohlfühlen und sich mit dem neuerschaffenen Staat identifizieren können. Eine Willensnation nach Schweizer Vorbild sollte entstehen. Der Neubeginn im Irak fand jedoch unter allgemeiner Verweigerung einer Teilnahme der sunnitischen Araber statt – die Beteiligung wurde den Sunniten nicht nur verwehrt, sondern sie lehnten es auch ihrerseits ab, Teil des Prozesses zu werden.

Ein Blick auf die Zeit zwischen 2003 und 2018 soll zeigen, wie der Prozess des Nation-Building und der Konsensdemokratie im Irak und in der ARK verlief. Dass der neue irakische Staat mit grossen Herausforderungen konfrontiert war, verdeutlichen unter anderem die Ereignisse der Jahre 2014 und 2017. Denn seine weitere Existenz wurde nicht nur im Jahr 2014 mit dem Aufstieg der Schreckensherrschaft des jungen 21. Jahrhunderts, des IS, sondern auch durch das Referendum über die Unabhängigkeit der ARK vom Irak im Jahr 2017 infrage gestellt. Doch während sich die sunnitischen Araber von Beginn an als Verlierer des irakischen Neuaufbaus sahen und den politischen Prozess weitgehend boykottierten, waren es Teile der kurdischen politischen Elite und schiitische Fraktionen, die den Irak neu gestalten wollten. Entsprechend stellen sich folgende Fragen: Wie kam es, dass sich die meisten grossen ethnischen und religiösen bzw. konfessionellen Gruppierungen im Irak im Laufe der Zeit miteinander verfeindet haben? Gibt es eine Hoffnung für den Staat Irak? Wurden zumindest in der ARK die ersten Komponenten des Nation-Building-Prozesses erfolgreich abgeschlossen, um womöglich einen souveränen Staat im irakischen Kurdistan aufbauen zu können?

Um diese Fragen beantworten zu können, bedarf es einer genauen Analyse der kurdischen Selbstverwaltung in der ARK und des politischen Prozesses im Irak in Bezug auf die Kurdenfrage. Eine isolierte Betrachtung der kurdischen Frage, ohne gleichzeitig ein Augenmerk auf die politischen Entwicklungen im Irak zu legen, wäre ein lückenhafter Ansatz. Zudem soll die Geschichte der Kurdenfrage im Irak zwischen 1920 und 2003 beleuchtet werden, um die Dynamiken und die Komplexität dieser Proble-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

matik besser verstehen zu können. Zu erwähnen ist, dass die kurdische Elite es bevorzugt, von der ‹Kurdistan-Frage› zu sprechen, da das irakische Kurdistan nicht nur die Heimat kurdischer Gesellschaften und Gruppen, sondern auch anderer religiöser und ethnischer Minderheiten ist. Mit der Kurdenfrage ist in dieser Arbeit die Frage gemeint, welche Lösung und mögliche politische Ordnung für die nördliche und mehrheitlich von kurdischen Bevölkerungsgruppen bewohnte Region des Irak gefunden werden kann. Werden des Weiteren die kurdischen Gruppierungen und Gesellschaften im vorliegenden Forschungsprojekt als ‹Kurden› bezeichnet, heisst das nicht, dass der Verfasser dieser Arbeit davon ausgeht, diese ‹Kurden› seien eine homogene Gruppe. Vielmehr dient die Begriffsverwendung einer Vereinfachung der Terminologie. Erwähnenswert ist allerdings, dass sich die kurdischen Volksgruppen in sprachlicher, kultureller, religiöser und traditioneller Hinsicht von anderen Völkern des Nahen Ostens unterscheiden und sich in erster Linie als Kurden bzw. Kurmandschen, wie es in der Türkei der Fall ist, bezeichnen. Die Kurden eint zudem das gemeinsame Schicksal, keinen eigenen Staat zu haben. Umso interessanter ist es zu erörtern, ob die kurdischen Fraktionen im Irak es geschafft haben, aus den losen Verbindungen zwischen verschiedenen kurdischen Gesellschaften eine Nation zu bilden.

Das vorliegende Forschungsprojekt geht konkret den folgenden Fragen nach:

1. Wie ist der Nation-Building-Prozess in der Autonomen Region Kurdistan zwischen 2003 und 2018 zu beurteilen?
2. Wie hat sich die Kurdenfrage im Irak zwischen 2003 und 2018 entwickelt?
3. Stellt die Konsensdemokratie eine mögliche Lösung für die Kurdenfrage im Irak dar?

Diese Fragestellungen haben nicht nur Relevanz für den Irak, sondern auch für andere Staaten in der Region. Denn kurdische Volksgruppen sind, wie oben erwähnt, nicht nur im Irak, sondern auch in der Türkei, in Iran und in Syrien sesshaft. Das Ziel dieser Dissertation besteht demnach darin, der Kurdenfrage im Kontext der Erforschung politischer Konflikte nachzugehen und somit einen Beitrag sowohl zur kurdologischen als auch zur Konfliktforschung zu leisten. Der Schwerpunkt der vorliegenden Forschungsarbeit liegt auf dem Nation-Building-Prozess in der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak, auf der Entwicklung der Kurdenfrage im Irak zwischen 2003 und 2018 sowie auf der Konsensdemokratietheorie als

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

möglichem Lösungsansatz für den Irak. Auf diese Weise soll auch ein Beitrag zur Demokratie- und komparativen Politikforschung geleistet werden. Hervorzuheben ist, dass es bis anhin keine wissenschaftliche Studie gibt, weder im angelsächsischen noch im deutschsprachigen Raum, die sich in einem solch grossen Zeitfenster mit der Entwicklung der Kurdenfrage in der ARK und im Irak auseinandergesetzt hätte. Weiter wurden für die vorliegende Forschungsarbeit nicht nur Interviews mit kurdischen politischen Persönlichkeiten aus unterschiedlichen politischen Lagern geführt (siehe Anhang 2), sondern auch die Zeitungen der verschiedenen kurdischen Parteien und unabhängigen privaten Mediennetzwerke und Institutionen genauer ausgewertet, um ein möglichst vollständiges Bild über die Entwicklungen in der ARK und im Irak gewinnen zu können. Weitere Quellen, wie die irakische Verfassung und Gesetzgebung sowie Publikationen in kurdischer, arabischer, persischer, englischer, deutscher und französischer Sprache, geben der vorliegenden Untersuchung das Fundament.

1.2 Forschungsstand

In der Literatur gibt es eine Vielzahl von wissenschaftlichen Arbeiten und Artikeln, die sich mit der Kurdenfrage beschäftigt haben. Insbesondere im angelsächsischen Raum erschienen diesbezüglich zahlreiche Bücher, Zeitschriftenartikel und Beiträge. Auch in der deutschsprachigen Literatur wurde der Kurdenthematik eine gewisse Aufmerksamkeit geschenkt. Dies gilt insbesondere für die kurdisch-nationalistischen Bewegungen in den einzelnen Ländern, in denen kurdische Volksgruppen angesiedelt sind. Für den Irak geht die Literatur mehrheitlich davon aus, dass folgende Elemente das Land geformt haben und einen Einfluss auf die gegenwärtige Politik des irakischen Staates ausüben: das politische Erbe und die einstigen politischen Handlungen der früheren Regime, die internationalen Akteure, die geopolitische Lage des Landes und die sozioökonomischen Faktoren. Für die Kurdenfrage scheinen laut der bisherigen Forschung vor allem der innerkurdische Konflikt, die geopolitische Lage des irakischen Kurdistan, die internationalen Akteure und die sozioökonomischen Gegebenheiten die besondere Relevanz dieser Frage auszumachen.

Die erwähnten Merkmale haben zwar ihre Berechtigung, erklären allerdings die irakische Neuordnung und die kurdische Selbstverwaltung in der ARK ab 2003 nur bedingt. Denn der Irak gestaltete die früheren Strukturen um, brachte die Schiiten und die Kurden als neue Machthaber hervor und

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ermöglichte sowohl die kurdisch-arabische als auch die schiitisch-sunnitische, die kurdisch-schiitische und die kurdisch-sunnitische Zusammenarbeit. So konnte auch der Demokratisierungsprozess trotz Mängeln vorangetrieben werden. Ferner boten die neuen Gegebenheiten den verschiedenen irakischen Bevölkerungsteilen die Gelegenheit, sich zu organisieren und Gruppierungen sowie Verbände aufzubauen. Einzig der Einfluss der internationalen und regionalen Kräfte blieb im Laufe der Zeit mit Einschränkungen bestehen. Für die ARK gilt, dass die DPK und die PUK es trotz ihrer jahrelangen Streitigkeiten geschafft haben, gemeinsam ab 2003 ihren Einfluss im Irak auszuüben und den Status der Kurden voranzubringen. Auch mit den Nachbarstaaten konnten die beiden Parteien je nach Interessenlage gute Beziehungen aufbauen. Im Übrigen begann bereits im Jahr 1992 die kurdische Regentschaft ohne eine militärische Präsenz der internationalen Mächte im Nordirak.

Im Folgenden setzt sich die vorliegende Arbeit chronologisch mit jenen wissenschaftlichen Studien auseinander, die die irakische Neuordnung in Bezug auf die Kurdenfrage und die Entwicklungen in der ARK ab 2003 betrachten. Auf eine kritische und ausführliche Analyse der meisten dieser Beiträge wird verzichtet, weil sie sich mit anderen Aspekten als Nationenbildung und Konsensdemokratie beschäftigen. Zudem werden im nächsten Abschnitt Teile jener Untersuchungen näher beschrieben, die spezifisch die für die vorliegende Forschung relevanten Konzepte berücksichtigen. Entsprechend wollen die hier erfolgenden Darlegungen einen allgemeinen Überblick über die Kurdenfrage im Irak und in der ARK ab 2003 geben. Ferner wird am Ende dieses Abschnittes kurz auf einige Arbeiten eingegangen, die sich mit dem Irak im Allgemeinen auseinandersetzen. Des Weiteren werden die Werke eines Autors oder einer Autorin zwecks Übersichtlichkeit nacheinander erwähnt, auch wenn die Erscheinungsjahre nicht chronologisch aufeinanderfolgen.

A. Bakawan, der selbst Kurde ist und sowohl in Frankreich als auch in der ARK lehrt, veröffentlichte im Jahr 2019 ein Buch unter dem Titel «L'impossible État irakien». Wie der Titel des Buchs verrät, ist Bakawan der Ansicht, dass der Irak ein unmöglicher Staat sei – unter anderem deshalb, weil es keine irakische Nation gebe (Bakawan 2019, 178). Zudem kritisiert er die Politik einiger westlicher Länder, die eine starke ARK in einem einheitlichen Irak wollen (ebd., 176). Für ihn ist der Irak ein Kandidat für eine Sezession. Jedoch gelingt es Bakawan nicht zu zeigen, ob eine Teilung des Irak auch eine Lösung für die Kurdenfrage sowohl im Irak als auch in der ARK darstellen würde. Denn die ARK ist mit vielen Problemen kon-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

frontiert, die teilweise auch von Bakawan angesprochen werden. Bakawan hat zahlreiche weitere Artikel über den Irak und die Kurdenfrage verfasst, in denen er die in seiner Monografie getätigten Aussagen zum Teil bereits vorwegnimmt (Bakawan 2014, 2017a, 2017b, 2018).

Anaid und Tugdar (2019) betrachten gemeinsam mit den Beiträgen weiterer Wissenschaftler die Staatsgründungsbemühungen der ARK aus einer wirtschaftspolitischen Perspektive und kommen zu dem Schluss, dass die Staatsgründung in der ARK unter dem Einfluss institutioneller, sektoraler und externer Faktoren steht (ebd., 159). Da der Fokus der Studie auf den wirtschaftlichen Einflussgrössen liegt, vernachlässigt sie die parteipolitischen Konstellationen und Nationenbildungsansätze. Dies gilt auch für die Beziehung der ARK zum Irak und die irakische Neuordnung. M. M. Gunter, der seit mehreren Dekaden Bücher und Artikel über die Entwicklung der Kurdenfrage im Nahen Osten herausgibt, schrieb auch in den letzten Jahren vermehrt über die Kurden im Irak (Gunter 2015, 2016, 2018, 2019). Im Jahr 2019 hat er als Herausgeber des Sammelbandes «Routledge Handbook on the Kurds» einen nützlichen Überblick über alle Facetten der Kurdenfrage im Nahen Osten veröffentlicht. In Bezug auf die ARK geht der Sammelband der Frage der «umstrittenen Gebiete», der Korruption und der Vetternwirtschaft nach (Gunter 2019, 5 ff.).

Die Entwicklung der Kurdenfrage im Irak, in Syrien und in der Türkei sowie in Iran untersuchte Gunes (2019) in seinem Buch «The Kurds in a New Middle East. The Changing Geopolitics of a Regional Conflict». Im Hinblick auf den Irak schlussfolgert er, dass ein innerkurdischer Konflikt die Konsolidierung der ARK verhinderte, obwohl die Kurden nach dem Sturz des Saddam-Regimes viele ihrer Rechte in der irakischen Verfassung durchsetzen konnten (ebd., 33 ff.). Zudem führte die Politik der wirtschaftlichen Autonomie zu einer Abhängigkeit von der Türkei, so Gunes (ebd.). Das Buch präsentiert in Bezug auf die Kurdenfrage eine kurze Übersicht über die wichtigsten Ereignisse seit den 1960er Jahren (ebd., 21 ff.). Bessent et al. (2019) von der «International Crisis Group» kommen bezüglich der Kurdenfrage im Irak zu dem Ergebnis, dass die Zukunft der ARK in hohem Masse vom Ausgang der Rivalitäten innerhalb der innerkurdischen Elite abhängt (ebd., 18).

Alex Danilovich gab unter anderem *2019 und 2017 zwei Sammelbände über die ARK, den Föderalismus und die politischen Entwicklungen im Irak sowie im Nahen Osten heraus. Die Befunde der Forscher deuten darauf hin, dass der irakische Föderalismus im Allgemeinen die separatistischen Tendenzen eher fördert, anstatt sie zu verhindern (Danilovich 2019, 8). Zu-*

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

dem scheinen die kurdisch-nationalistischen Bewegungen und Unabhängigkeitsbestrebungen im internationalen Vergleich aufgrund der geopolitischen Gegebenheiten anders zu verlaufen als in anderen Ländern und Regionen (ebd., 8). Des Weiteren stellt für die Autoren unter anderem das Fehlen einer «internen Souveränität», die auf der Anerkennung eines einzigen Gesetzgebers in der ARK basiert, ein Hindernis für die Unabhängigkeit vom Irak dar (ebd.). Im Sammelband «Iraqi Kurdistan in Middle Eastern Politics» von 2017 wird ähnlichen Fragen nachgegangen – mit dem Unterschied allerdings, dass hier die Lage der ARK im Kontext der nahöstlichen Umwälzungen und des Aufstieges des IS betrachtet wird (Danilovich 2017, 1–2).

Ofra Bengio argumentiert in ihrem Artikel über die Konzeptualisierung des kurdisch-nationalistischen Projektes, dass es im Irak von Beginn an eine kurdisch-nationalistische und eine irakisch-nationalistische Bewegung gab, die gegeneinander gerichtet waren und nebeneinander nicht koexistieren konnten. Die Schwäche einer der beiden ging immer mit dem Aufstieg der anderen einher (Bengio 2018, 559). In ihrer Publikation aus dem Jahr 2017 vertritt Bengio die Ansicht, dass die weitreichenden Entwicklungen in «Gross-Kurdistan»[4] auf eine tektonische geopolitische Verschiebung hindeuten würden, die in Gang gekommen sei und deren Folgen den Nahen Osten und die internationale Arena für die nächsten Jahre prägen würden (Bengio 2017, 44). Als mögliche Gründe für diesen Paradigmenwechsel nennt sie den Krieg gegen den Irak im Jahr 2003, den sogenannten Arabischen Frühling, den Aufstieg des IS im Sommer 2014, die sich vertiefende Kluft zwischen der sunnitischen und der schiitischen Welt sowie die Rückkehr Russlands in die Region und damit den kalten Krieg zwischen den USA und Russland um regionalen Einfluss (ebd.). Als Herausgeberin des Sammelbandes «Kurdish Awakening: Nation Building in a Fragmented Homeland» (2014) geht Bengio der Entwicklung der Kurdenfrage im Irak, in Syrien, in der Türkei und in Iran nach. Die Kurdenfrage im Kontext des irakischen Neubeginns und in der ARK untersucht sie hier allerdings nicht näher.

Tugdar und Al (2018) *führen in dem von ihnen herausgegebenen Sammelband «Comparative Kurdish Politics in the Middle East. Actors, Ideas, and Interests» Untersuchungen zur Entwicklung der Kurdenfrage im Nahen Osten zusammen. Dabei kommen sie zu der Schlussfolgerung, dass sowohl die politisch-ökonomischen als auch die soziologischen Aspekte berücksichtigt*

4 Damit sind die vier kurdischen Siedlungsgebiete im Irak, in der Türkei, in Iran und in Syrien gemeint.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

werden müssen, um sich der Kurdenfrage im Irak, in Syrien, in der Türkei sowie in Iran annähern zu können (ebd., 231). Zudem sind sie der Meinung, dass die Kurden weder ideologisch noch in Bezug auf ihre Ziele eine homogene Gruppe sind und je nach Siedlungsgebiet anders agieren (ebd.). Černy (2018) schreibt über die ARK, die PKK und die internationalen Beziehungen und kommt zu dem Ergebnis, dass weder Instrumentalismus noch Ethnizität als unabhängige Variablen das Handeln und die Vorgehensweise der kurdischen ethno-nationalistischen Parteien DPK, PUK und PKK erklären können (ebd., 273). Der Autor konzentriert sich dabei auf die Theorien der internationalen Beziehungen als Erklärungsansatz für ethnische Probleme. Hervorzuheben ist, dass Černy den innerkurdischen Konflikt zwischen den erwähnten Parteien plausibel darstellt (ebd., 153 ff.). Meyen und Schamberger (2018) *berichten in ihrem Buch «Die Kurden. Ein Volk zwischen Unterdrückung und Rebellion» emotional über das Leiden des in ihren Worten grössten Volkes der Welt ohne eigenen Staat. Das Buch konzentriert sich, ähnlich wie Strohmeiers und Yalçin-Heckmanns (2017)* «Die Kurden. Geschichte, Politik, Kultur»*, eher auf die historischen Entwicklungen der Kurdenfrage im Irak, in der Türkei, in Syrien und in Iran.*

Rafaat (2018) geht den Entwicklungen im irakischen Kurdistan nach und argumentiert, dass sowohl die ARK als auch der Irak Quasi-Staaten seien (ebd., xvi). Ersterer sei international nicht anerkannt, während Letzterer die Anerkennung der Weltgemeinschaft geniesse (ebd.). Um die Unterschiede zwischen anerkanntem und nicht anerkanntem Quasi-Staat aufzuzeigen, stützt sich das Buch auf verschiedene Theorien der Staatlichkeit (ebd.). Rafaats Ziel scheint darin zu liegen, anhand des Quasi-Staat-Konzeptes nicht nur die kurdisch-irakische Problematik besser veranschaulichen zu können, sondern auch einen Ansatz zum Verständnis interner Konflikte in den verschiedenen Staaten der Welt zu entwickeln (ebd., xviii). Im Jahr 2007 hat er bereits in einem anderen wissenschaftlichen Beitrag die kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen näher betrachtet (Rafaat 2007).

Eine Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), die im Juli 2018 von Günter Seufert herausgegeben wurde, geht der Lage der Kurden im Irak und in Syrien nach dem Zerfall des IS nach. Dabei kommt sie zu dem Ergebnis, dass die Kapazitäten kurdischer Politik zur Lösung aktueller und struktureller Probleme ein insgesamt ernüchterndes Bild vermitteln (Seufert 2018, 79). Zudem resümiert die Studie, dass die Politik der westlichen Länder nicht zur Verminderung der Spannungen unter den Kurden und auch nicht jener zwischen ihnen und den Staaten, in denen sie leben, beigetragen habe (ebd.).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Hennerbichler (2018a, 2018b) *wiederum bietet den Lesern in zwei wissenschaftlichen Artikeln unter dem gleichen Titel, «*Future Options of the Kurds», eine hilfreiche Übersicht über die Kurdenthematik im Nahen Osten und ihre historischen Hintergründe. Für die Kurden im Irak sieht er in der vagen Formulierung der irakischen Verfassung in Bezug auf die Grenzen Kurdistans und die «umstrittenen Gebiete» das Hauptproblem zwischen Bagdad und Erbil (Hennerbichler 2018b, 262). Des Weiteren sagt er der ARK trotz Gebietsverlusten infolge des Referendums vom 25. September 2017 (Hennerbichler 2018a, 176), Korruption, Vetternwirtschaft und Misswirtschaft eine positive Zukunft voraus (ebd., 223). Dies begründet er damit, dass die ARK einerseits eine der stabilsten Regionen im Nahen Osten und Eurasien sei und andererseits ihre reformorientierte Jugend seit Jahren für eine echte Demokratisierung kämpfe (ebd.). Hiltermann (2017a, 2017b) sowie Hiltermann und Fantappie (2018) gehen ähnlichen Fragen nach wie Hennerbichler. Haidar und McGinn (2018) erörtern, welche Zukunft die ARK nach dem Referendum von 2017 wohl haben wird. Dabei versuchen die Autoren, mögliche Szenarien für die ARK in ihren internationalen Beziehungen, in ihrem Verhältnis zum Irak und zu den Nachbarländern sowie im wirtschaftlichen, politischen und zivilen Bereich zu entwickeln.

Der von Stansfield und Shareef (2017) herausgegebene Band «The Kurdish Question Revisited», der über 700 Seiten umfasst, gewährt den Lesern einen vielfältigen Einblick in die Kurdenfrage im Irak, in der Türkei, in Syrien und in Iran. Die Autoren der in dem Band versammelten Beiträge behandeln viele Bereiche der Kurdenfrage, unter anderem auch den Aspekt, dass die Kurden im Jahr 2017 im Irak offen über die Unabhängigkeit sprechen konnten – eine Öffnung, die aus Sicht der Autoren zehn Jahre zuvor nicht möglich gewesen wäre (ebd., xxi). Auch Fragen dahingehend, wie die ARK nicht nur aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen, sondern infolge des Aufstiegs des IS auch im militärischen Bereich ein wichtiger Partner des Westens wurde, werden in diesem Sammelband behandelt (ebd., xxii). Die Kurdenfrage im irakischen Kontext fokussiert Kapitel V des Bandes, dessen Autoren sich im Übrigen seit Jahren mit dieser Problematik beschäftigen. Dabei werden allerdings die kurdisch-irakischen Beziehungen und die ARK nicht im gleichen Kontext diskutiert, was dazu führt, dass keine Aussagen über die Motive der kurdischen Elite für ihr Handeln in der ARK und im neuen Irak ab 2003 gemacht werden können.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Phillips (2017) berichtet in seinem Buch «The Kurdish Spring. A New Map of the Middle East» über die Geschichte der Kurden im Irak, in Syrien, in der Türkei und in Iran. Dabei gibt er einen anschaulichen Überblick über die historischen Entwicklungen der Kurdenfrage in den einzelnen Ländern. Im Jahr 2015 lancierte und betreute Phillips als Direktor des ‹Programms für Friedenskonsolidierung und Menschenrechte am Institut für Menschenrechtsstudien der Columbia-Universität› eine Arbeitsgruppe, die sich mit den Staatsbildungsbemühungen der Kurden in der ARK befasste und einen Bericht darüber herausgab. Die Gruppe resümiert darin, dass der Irak ein gescheiterter Staat sei, weswegen insbesondere die USA die kurdischen Staatsbildungsbestrebungen unterstützen sollten (Soderberg & Phillips 2015, 41). Zu diesem Fazit sind die Autoren jedoch gekommen, ohne die kurdische Selbstverwaltung, die Parteipolitik der DPK und der PUK sowie den irakischen Neubeginn analysiert zu haben.

Richter (2016) widmet sich als Herausgeber des Sammelbandes «Identität, Ethnizität und Nationalismus in Kurdistan» verschiedenen Aspekten der Kurdenfrage. Dabei werden zwar die Energiepolitik und die PUK in der ARK näher betrachtet, es wird jedoch nicht auf die vielschichtige Selbstverwaltung und mögliche Nationenbildungsbemühungen in der ARK eingegangen. Auch wird der Kurdenfrage im Kontext der irakischen Neuordnung nach 2003 keine Aufmerksamkeit geschenkt. Romano und Gurses (2014) wiederum bieten als Herausgeber des Sammelbandes «Conflict, Democratization, and the Kurds in the Middle East. Turkey, Iran, Iraq, and Syria» einen Überblick über das Verhältnis der Kurden zum Autoritarismus und zur Demokratisierung sowie über die Demokratie in den geteilten Gesellschaften. Für die Kurden im Irak wird geschildert, wie der arabische Nationalismus eine autoritäre Herrschaft aufgebaut und dadurch die Kurden marginalisiert und unterdrückt hat (ebd., 1–2). Des Weiteren zeigt der Band für die ARK, dass mehr Autonomie oder Staatlichkeit nicht unbedingt mit mehr Freiheit und Demokratisierung einhergeht. Im Bereich der Demokratie in den fragmentierten Ländern wird der Stand der Literatur dargelegt, ohne dabei auf den Irak oder die Kurdenfrage einzugehen (ebd.).

Aziz (2014) untersucht den Nationalismus und die Identität in der ARK anhand einer qualitativen und quantitativen Befragung von über 400 Studierenden an den Universitäten in Erbil, Sulaimaniya und Dohuk (Aziz 2014, xxx). Dabei zeigt sich, dass nationale, territoriale, politische und linguistische Faktoren einen Einfluss auf die Bildung einer nationalen Identität haben (ebd.). Zudem scheint es insbesondere in jener kurdischen Generation, deren Mitglieder seit 1991 auf die Welt gekommen sind, kaum

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Loyalität zum irakischen Staat zu geben. Dieser Umstand kommt daher, dass die jungen Studierenden unter anderem inmitten der kurdischen Kultur und Sprache aufwuchsen und die arabische Sprache nicht beherrschen (ebd., 6). Im Allgemeinen gibt die Studie einen nützlichen Überblick über die soziologischen Aspekte der Entwicklungen in der ARK von 1991 bis 2008.

Unter dem Titel «The Miracle of the Kurds» erzählt Mansfield (2014) die Geschichte der Kurden im Irak bis zum Aufstieg des IS im Jahr 2014. Sein Buch ist eine informative historische Analyse der kurdischen Geschichte im Irak. Ahmed (2012) widmet sich in einem Buch «Iraqi Kurds and Nation-Building» der ARK und der diesbezüglichen Nationenbildung. Das Buch beginnt mit dem Aufstieg der ARK und endet mit den möglichen zukünftigen Perspektiven für diese. Die Studie bietet zwar eine hilfreiche Übersicht über die politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Entwicklungen in der ARK, geht aber kaum auf die Ansätze der Nationenbildung ein. So gesehen passt der Titel nicht zum Inhalt des Buches.

Was den irakischen Neubeginn, die Konsensdemokratie und die Nationenbildung im Irak anbelangt, so wurden diese Fragen mehrheitlich im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts in der Forschung aufgegriffen. Viele der wissenschaftlichen Studien über den Nationenbildungsprozess im Irak konstatieren, dass er gescheitert sei (Dobbins 2006, 2007; Dobbins et al. 2003, 2007, 2008, 2009; Hippler 2007a, 2007c, 2011b, 2011a, 2012, 2004d, 2006, 2007b). Andere bezeichnen den Irak als Beispiel für eine schlechte Aussenpolitik der USA (Becker 2008; Becker & Wulf 2008; Hippler 2008). Einige sehen die irakische Verfassung als einen guten Lösungsansatz für den Irak (O'Leary 2010; Visser 2007). Von anderen wiederum wird der Irak als eine nicht funktionierende Demokratie beurteilt (Al-Ali 2014; Ghanim 2011). Die Idee des Sektarianismus diskutieren weitere Wissenschaftler und wollen aufzeigen, dass mit diesem Konzept die irakische Komplexität nicht zu erklären sei (Dawisha 2010; Haddad 2017; Visser 2007). Wörmer (2018, 651) sieht neben dem Fortbestehen der strukturellen Defizite des irakischen Staates auch die limitierte Teilhabe der sunnitischen Araber am politischen Prozess in Bagdad als ein grosses Problem des Irak an. Dies gilt auch für die Isolierung der ARK nach dem Unabhängigkeitsreferendum vom 25. September 2017 (ebd.).

Als amerikanischer Albtraum im Nahen Osten werden der Irakkrieg von 2003 und seine Konsequenzen für die USA seitens deutschsprachiger und englischsprachiger Autoren bezeichnet (Bierling 2010; Lebovic 2019). Den Irak von seiner Gründung bis zum Aufstieg des IS untersucht Fürtig

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

(2016) und zeigt auf, wie das Land sich aus seiner Sicht «zu einem ethnisch und konfessionell geprägten Flickenteppich» entwickelte (ebd., 10). In «The Modern History of Iraq» (2017) diskutieren Marr und al-Marashi, ähnlich wie Stansfield (2016) sowie Anderson und Stansfield (2014), die Geschichte des Irak. Dabei konstatieren sie für die Zeit nach 2003, dass im Irak neue, demokratischere Formen der Regierungsführung eingeführt worden seien und das Land sich gegenüber der Aussenwelt geöffnet habe. Diese Tatsachen versprächen eine bessere Zukunft für den Irak (Marr & Al-Marashi 2017, 341). Vier Herausforderungen müsse der Irak allerdings laut den Autoren überwinden, damit der irakische Neubeginn gelingen könne: die Festigung des nationalen Zusammenhaltes, die Entwicklung der wirtschaftlichen Ressourcen und die Reparatur des zerrissenen sozialen Gefüges, bessere Regierungsführung sowie ein geschickter Umgang mit ausländischer Kontrolle und ausländischem Einfluss (ebd., 341 ff.).

Ala'Aldeen (2013, 2018) wiederum ist einer der wenigen Autoren, die den Nationen- und Staatsbildungsprozess in der ARK untersucht haben. Dabei stellt er fest, dass dieser kaum stattgefunden habe, und macht Vorschläge für diesbezügliche Entwicklungsmöglichkeiten. Seine Bücher schreibt Ala'Aldeen allerdings auf Kurdisch, was seine internationale Rezeption einschränkt. Im Jahr 2020 plädiert er in einem Artikel für mehr Dezentralisierung im Irak. Der Wiederaufbau des Irak im Sinne seiner demokratischen Verfassung, die im Kern die Dezentralisierung adaptiert hat, werde ein entscheidender Schritt in Richtung Stabilisierung, Wiederaufbau und sozioökonomischer Erholung des Landes sein, so Ala'Aldeen (2020, 5). Baher al-Ulloum (2020) diskutiert in seinem Buch mit den ehemaligen Premierministern des Irak und Dutzenden Politikern, Medienschaffenden und Parlamentariern über die Souveränitätskrise des Landes, um ein Bild von der nationalen Souveränität des Irak zwischen 2004 und 2020 aus Sicht der Interviewten darzustellen.

Bei der Betrachtung der oben erwähnten Werke fällt auf, dass es eine grosse Anzahl an Sammelbänden und kaum Monografien gibt. Das scheint darauf hinzudeuten, dass Synthesen aufgrund der Aufnahme verschiedenster Themen in Bezug auf die Entwicklung der Kurdenfrage sowohl im Irak und in der Türkei als auch in Iran und Syrien schwierig zu schreiben sind, weshalb die Tendenz zu Sammelbänden besteht. Das lässt wiederum nur eine Diskussion der individuellen Literaturbeiträge, Titel nach Titel, und keine Klassifikation der grundlegenden Interpretationsschulen zu. Entsprechend ist es umso wichtiger, im Rahmen eines Forschungsprojektes die einzelnen Aspekte der Kurdenfrage in einem der vier Länder, in denen die

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

kurdischen Gruppierungen leben, näher zu betrachten. Das ist neben der bisherigen Nichtberücksichtigung der Nationenbildungsbemühungen der Kurden in der ARK ein weiterer Grund, weshalb die vorliegende Arbeit sich mit der Kurdenfrage im Irak beschäftigt. Die Behandlung der kurdischen Frage sowohl im Irak als auch in der ARK ist des Weiteren deshalb notwendig, weil eine isolierte Betrachtung der Kurdenfrage nur im Irak oder in der ARK dazu führen würde, die Motive der kurdischen Elite für ihr Handeln nicht zu verstehen. So versucht die vorliegende Forschungsarbeit jene Lücken zu füllen, die von der Forschung bis anhin nicht geschlossen werden konnten. Für die Untersuchung der Kurdenfrage im Irak und in der ARK erscheinen dabei die Konzepte der Konsensdemokratie und der Nationenbildung besonders geeignet, wie im Folgenden näher beschrieben wird.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

2 Theoretischer Rahmen und Arbeitshypothesen

Zwei Ereignisse prägten besonders stark die Geschichte des Irak und der Kurdenfrage innerhalb des Landes: die Besetzung durch Grossbritannien im Jahr 1918 sowie später die Gründung des neuen Irak im Jahre 1921 einerseits und die Invasion der Vereinigten Staaten von Amerika und ihrer Alliierten im Jahr 2003 andererseits. In beiden Episoden spielen jeweils der Neuaufbau des fragmentierten Irak, die Kurdenfrage sowie die Konzepte des Nation-Building und der Demokratisierung des Landes eine wesentliche Rolle. Unterschiedlich stark war dabei jedoch die Position der kurdischen Volksgruppen und Eliten. Während die kurdischen Parteien Anfang des 20. Jahrhunderts kaum existierten und daher keinen grossen Einfluss auf die Geschehnisse im neuen Staat Irak ausüben konnten, waren sie im Norden des Landes ein massgeblicher Faktor bei der Neugestaltung des Irak ab 2003. Gemeinsam mit den verschiedenen schiitischen Fraktionen – bei einer weitgehenden Weigerung der Sunniten, an der Neugestaltung des Irak teilzunehmen – haben die kurdischen Parteien den politischen Prozess ab dem Jahr 2003 in Gang gesetzt. Interessant ist dabei, dass zwei Grossmächte im Irak zu Beginn des 20. und des 21. Jahrhunderts den Versuch eines möglichen Nationenbildungs- und Demokratisierungsprozesses in die Wege geleitet haben, die nach Arend Lijphart zwei Prototypen der Demokratie darstellen: die britische Mehrheitsdemokratie einerseits und die amerikanische Konsensdemokratie andererseits (Lijphart 2012, 1999).

Wie die Erfahrungen des Irak in den mehr als acht Dekaden sunnitischer Vorherrschaft und Zentralisierung gezeigt haben, konnte das vorherrschende majoritäre System aus Sicht der USA weder zu einer erfolgreichen Nationenbildung noch zu einer Willensnation oder einer Demokratisierung im Irak führen. Entsprechend versuchte die amerikanische Administration ein Demokratiemuster zu designen, das stark dem amerikanischen Modell ähnelt. In diesem Zusammenhang kommt Lijphart in Kapitel 16 seines berühmten Buches «Patterns of Democracy» zur folgenden Schlussfolgerung: «Here I show that consensus democracy tends to be the ‹kinder, gentler› form of democracy. I borrow these terms from President George H. W. Bush's acceptance speech at the Republican presidential nominating convention in August 1988, in which he asserted: ‹I want a kinder, and

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gentler nation› (New York Times, August 19, 1988, A14)» (Lijphart 2012, 274; 1999, 275).

Da jedoch der Konsensdemokratie-Ansatz allein für die Analyse der Entwicklungen im Irak und in der ARK nicht ausreichen kann, wird im vorliegenden Forschungsprojekt auch das Nation-Building-Konzept berücksichtigt, um die kurdische Selbstverwaltung im Nordirak und den irakischen Neubeginn vollständig analysieren zu können. Dabei wird die These von Jochen Hippler herangezogen, die einen dreistufigen Ablauf der Nationenbildung vorsieht. Die Kernelemente dieser drei Stufen sind eine gemeinschaftsbildende, überzeugungskräftige Ideologie (integrative Ideologie), die Integration der Gesellschaft und ein funktionsfähiger Staatsapparat (Staatsbildung) (Hippler 2004c, 2005). Dieses Konzept wurde bereits in den fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts im Kontext der Modernisierungstheorien heftig diskutiert (Lipset 1963; Rivkin 1969). Im Mittelpunkt steht dabei die Transformation der traditionellen Gesellschaften in moderne, staatlich verfasste Nationen. In diesem Theoriestrang wird die Staatsbildung als Teil der Nationenbildung gesehen (Schneckener 2007, 116). Dobbins et al. (2003, 2005, 2007, 2008) benutzen die Begriffe des Nation- und des State-Building in ihren Betrachtungen des amerikanischen Engagements im Ausland und der von den USA verantworteten Nationenbildungsversuche seit dem Zweiten Weltkrieg als Synonyme.

Ein weiterer Ansatz, der mehrheitlich in Europa diskutiert wird, ist der Postnationalismus. Der wohl berühmteste Vertreter der postnationalistischen These ist Jürgen Habermas. Für ihn scheint der moderne Nationalstaat, der unter anderem dadurch gekennzeichnet ist, dass er die Verfügungsmacht über seine Grenzen ausübt, als Folge der Globalisierung verdrängt zu werden:

> «Gegenüber der territorialen Verankerung des Nationalstaats beschwört der Ausdruck ‹Globalisierung› das Bild von anschwellenden Flüssen, die die Grenzkontrollen unterspülen und das nationale Gebäude zum Einsturz bringen können. Fluss und Grenze: die neue Relevanz von Stromgrößen signalisiert die Verschiebung der Kontrollen aus der Raum- in die Zeitdimension. Die Verlagerung der Gewichte vom ‹Beherrscher des Territoriums› zum ‹Meister der Geschwindigkeit› scheint den Nationalstaat zu entmachten» (Habermas 1998, 103–104).

Albrow (1998) sprach in dieser Hinsicht von einem «Abschied des Staates», van Creveld (1999) von einem «Untergang des Staates». Die Debatte dreht sich einerseits um das mögliche Regieren jenseits der Grenzen (Dingwerth

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

et al. 2011, 28 ff.; Schroer 2019, 258 ff.) und andererseits um die Zukunft des modernen Staates (Boehme-Neßler 2009; Deitelhoff & Steffek 2009).

Tatsächlich haben sich supranationale Körperschaften wie die EU, die G20 und der Internationale Währungsfonds (IWF) infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 stark in die inneren Angelegenheiten verschiedener von der Krise betroffener Staaten eingemischt. Insbesondere die Kürzungs- und Austeritätspolitik der EU gegenüber diesen Mitgliedstaaten verlagerte die Staatsschuldenkrise zu einer verschärften Wirtschafts- und Sozialkrise (Atkinson et al. 2016; Bieling & Hüttmann 2016; Helldahl 2013; Maronitis et al. 2017; Soeffner 2012; Voigt 2018). Auch die Demokratiekrise wurde infolge der Sparpolitik der EU diskutiert (Armingeon 2017; Croissant et al. 2017; Morlino 2017; Schäfer-Gümbel & Wiesner 2012). Armingeon ist der Ansicht, dass die Qualität der Demokratie in den EU-Staaten und der EU langfristig beschädigt wurde:

> «Es wird argumentiert, dass eine Reihe von demokratisch kaum kontrollierten, aber in der Öffentlichkeit weitgehend stillschweigend akzeptierten Grundsatzentscheidungen der europäischen Eliten viele Jahre nach dem Entscheidungszeitpunkt Strukturen und Abhängigkeiten geschaffen haben, die zu einer nahezu unvermeidlichen Verletzung der Demokratie auf nationaler und europäischer Ebene wie auch der sozialen Gerechtigkeit in Europa zwischen Nationen und sozialen Klassen geführt haben» (Armingeon 2017, 435).

Die postnationalistische Ära, die von vielen Autoren seit den 1990er Jahren näher betrachtet wird, schien ihren Weg eingeschlagen zu haben. Beck (2005) sprach bereits von einem «kosmopolitischen Empire».

Der Nationalstaat als organisierte Struktur und der Nationalismus als motivierende Ideologie, die über mehrere Dekaden hinweg das politische Ideal bildeten, scheinen aufgrund der Globalisierung und der politischen Realitäten unter Druck gekommen zu sein (Breen & O'Neill 2010, 1–4). Für viele Autoren wurde der Nationalstaat als effektive politische Institution durch die Globalisierung verdrängt und nationale Identitäten wurden durch andere Identitätsformen ersetzt. Es wurde insbesondere argumentiert, dass im Bereich der Finanzpolitik die nationalen Grenzen und die Nationalstaaten wenig Einfluss auf die Politik haben (Breen & O'Neill 2010, 3).

Scharpf macht seit den 1980er Jahren auf die Legitimationsprobleme des Nationalstaates infolge der «Internationalisierung der Wirtschaft» und einer Politik des «mehr Europa» aufmerksam (Scharpf 1985,

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

1998, 1999, 2010, 2018). Zürn (2005) sprach bereits von der «Denationalisierung»: «Denationalisierung bedeutet die Verlagerung eines Teils der nationalstaatlichen Kompetenzen auf inter- und supranationale Organisationen oder ersatzloses Verblassen nationalstaatlicher Handlungsmöglichkeiten», so Schmidt (2019a, 251). Weiter spricht er von einem «Effektivitäts-Legitimations-Dilemma», das infolge des immer kleiner werdenden nationalstaatlichen Handlungsspielraums entstehe:

> «Doch Legitimation wird außerhalb des Nationalstaats nicht in ausreichendem Maße hergestellt. Weder die internationalen noch die supranationalen Institutionen noch die nationalen Einrichtungen können den Demokratieverlust wettmachen, der durch die Verlagerung von Kompetenzen der Nationalstaaten auf die inter- und supranationalen Ebenen entstanden ist. Mehr noch: Diese Kompetenzverlagerung gefährdet die Legitimität der EU-Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen» (Schmidt 2019a, 251–252).

Für die Lösung der «postnationalen Konstellation» schlägt Habermas die deliberative Theorie unter Erfüllung von zwei Bedingungen bzw. aufbauend auf zwei Säulen vor: «auf der Legitimität der Verhandlungspartner und der wechselseitigen Öffnung der nationalen Öffentlichkeiten, so dass sich die grenzüberschreitende Politik auf grenzüberschreitende Meinungs- und Willensbildung stützen könne» (Schmidt 2019a, 235). Weiter ist Habermas der Ansicht, dass der Konsens im Rahmen einer gemeinsamen politischen Kultur kulturellen Tendenzen verschiedener Nationalitäten entgegenwirken könne, wie dies etwa die Geschichte der Schweiz zeige (Habermas 1992). Zudem scheint die EU in der «Föderalisierung beziehungsweise Supranationalisierung» den institutionellen Schlüssel dafür entdeckt zu haben, im Krisenzustand durch «eine Politik des ‹mehr Europa›» handlungsfähig zu bleiben (Langewiesche 2016, 42; Wirsching 2012, 408).

Die oben erwähnten Argumentationen werden jedoch nicht von allen Autoren geteilt. Jahn (2015) und Tetzlaff (2004, 2005) sind der Ansicht, dass die Idee des Postnationalismus nur in Europa Anhänger finde. Das gilt auch für Archibugi (2004) und Urbinati (2003). Auch die Tatsache, dass es weltweit liberale Formen sowohl von Staatsnationalismus als auch von Minderheitsnationalismus gebe, spreche gegen die Postnationalismus-These, so Breen und O'Neill (2010, 5) sowie Kymlicka (2001, 10). Das Argument wird mit Verweisen auf die zahlreichen ethnonationalistischen Bewegungen, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg formiert haben, untermauert. Hierzu zählen auch verschiedene kurdisch-nationalistische Gruppierungen. Dem-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

entsprechend scheint der Nationalismus als eine lebhafte Ideologie weiter zu existieren (Breen & O'Neill 2010, 5). Auch die nationalen Identitäten, die zivile, politische und soziale Rechte garantieren, können nicht durch Alternativen ersetzt werden (Breen & O'Neill 2010, 6). Hansen (2009) findet es bedenklich, dass der Postnationalismus gewisse politische Realitäten von Minderheiten nicht berücksichtige: «Postnationalists' indifference to political citizenship is certainly curious, possibly morally suspect» (19). Denn viele Minderheiten und Gruppierungen mussten mehrere Dekaden für ihre Grundrechte, beispielsweise das Wahlrecht, kämpfen. Auch ignoriere die postnationalistische Theorie die Relevanz einer gemeinsamen Sprache (Breen & O'Neill 2010, 6; Kymlicka 1999, 120).

Wie oben angedeutet wurde, ist die Debatte um den Postnationalismus eine Suche nach einem geeigneten politischen System, das sowohl postnationalen Tendenzen als auch regionalen Bestrebungen nach mehr Autonomie sowie der Rolle des Nationalstaates in Zeiten der Globalisierung gerecht werden kann. In den letzten Jahren stellte die Corona-Krise eine grosse Herausforderung für die Nationalstaaten dar, sowohl auf der nationalen als auch auf der internationalen Ebene. Sie ist in der EU sowohl mit einer Erhöhung der Verfügungsmacht des Nationalstaates über die eigenen Grenzen als auch mit einem Souveränitätsverlust der EU gegenüber den Gliedstaaten einhergegangen. Dies gilt sowohl für zentrale als auch für dezentral ausgerichtete Staaten. Zudem können viele Staaten, ähnlich wie während der Finanzkrise von 2008, die finanziellen Folgen der Krise nicht allein meistern. Das hat die Debatte in der Europäischen Union über eine mögliche Beteiligung der EU an den Lasten der besonders stark betroffenen Mitgliedstaaten gezeigt. Des Weiteren weisen viele etablierte Demokratien eine zu hohe Staatsverschuldung auf und können die Finanzierung des ausgebauten Wohlfahrtsstaates mit den aktuellen demografischen Entwicklungen nicht mehr stemmen. Im Nahen Osten und in anderen Teilen der Welt wird die Gefahr des Staatszerfalls insbesondere infolge der Krisen, des Ölpreisverfalls und des rasanten Bevölkerungswachstums steigen. In diesem Sinne wird die Kontroverse um die Rolle des Nationalstaates im 21. Jahrhundert weitergehen.

Entsprechend stehen die oben beschriebenen Auseinandersetzungen mit der Rolle des Staates und der Frage nach dem bestmöglichen politischen System für eine Debatte über die Zukunft des Nationalstaates, der Demokratie, des Nationalismus und der Konfliktforschung. Im Folgenden wird jedoch auf einen spezifischen Rückgriff auf den Postnationalismus-Ansatz verzichtet. Vielmehr wird unter Berücksichtigung der Konsensdemokratie

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und des Nation-Building-Konzepts auf die oben ausgeführte Kontroverse und den Nationalstaat eingegangen. Des Weiteren eruiert die vorliegende Forschungsarbeit die Entwicklung der Kurdenfrage auch im Zusammenhang mit dem irakischen Neubeginn, wobei die Funktionalität des Staates im 21. Jahrhundert in einem Krisengebiet ausserhalb Europas näher betrachtet wird. Zudem wird mit der Analyse der kurdischen Selbstverwaltung beleuchtet, ob das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen Ethnie bzw. Kultur im 21. Jahrhundert ausreicht, um eine nationalstaatliche Identität zu entwickeln.

2.1 Die Konsensdemokratie

Die Kontroverse um die Rolle des Nationalstaates und der Demokratie spiegelt die Tatsache wider, dass sich seit Aristoteles Dutzende von Demokratieforschungsschulen herausgebildet haben, die sich mit der Gestalt, Form und den Variationen der verschiedenen demokratisch verfassten Staaten auseinandersetzen (Schmidt 2019a). Moderne Demokratiemessungen, die mit Dahl (1971) und seinem Konzept der ‹Polyarchy› ihren Anfang nahmen, zeigen auf, dass es verschiedene Arten von Demokratien gibt (Dahl 1971, 1998; Schmidt 2019a, 287 ff.). Es gibt jedoch auch andere Analysen, unter anderem zu den politischen Systemen, die auch Autokratien in ihre Studien aufgenommen haben (Pelke & Croissant 2018; Schmidt 2019a, 289 ff.; Schmidt 2019b).[5] Die Ergebnisse und Analysen der erwähnten Autoren und der in der Fussnote aufgeführten Institutionen machen deutlich, dass es nicht nur grosse Unterschiede zwischen den Demokratien gibt, sondern auch die Autokratien verschieden sind. Es empfiehlt sich deshalb, grundsätzlich zwischen intakten Demokratien, Demokratien, hybriden Regimen, defekten Demokratien, stark defekten Demokratien, moderaten Autokratien, Autokratien und harten Autokratien zu differenzieren (vgl. dazu auch Bühlmann et al. 2012; Schmidt 2019a, 299 ff.; Schmidt 2019b). Zu bemerken ist, dass es innerhalb der einzelnen Staatsregierungsformen weitere Unterschiede geben kann. So können beispielsweise intakte Demokratien teilweise parlamentarisch, präsidentiell oder in Gestalt einer Mischform der beiden organisiert sein.

5 Vergleiche dazu: Freedom House Index (https://freedomhouse.org/report/freedom-world), Polity IV (https://www.systemicpeace.org/inscrdata.html), Varieties of Democracy (https://www.v-dem.net/en/) und BTI Transformation Index der Bertelsmann Stiftung (https://bti-project.org/en/methodology.html).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Entsprechend gibt es nicht nur eine, sondern viele Arten von Demokratien, die seit mehreren Jahrzehnten diskutiert werden. Dies haben auch Lijphart und Lehmbruch Mitte der 1960er Jahre des letzten Jahrhunderts festgestellt und die Idee der Konkordanz bzw. «consociational democracy» entwickelt (Lehmbruch 1967, 1991, 2012; Lijphart 1968, 1977, 1984). Auf dem siebten Weltkongress der International Political Science Association (IPSA) in Brüssel lernten sich Lijphart und Lehmbruch kennen. Von da an begann ihre Forschung rund um das Konzept der Konkordanzdemokratie (Lehmbruch 2012, 34 ff.). Eine Konkordanzdemokratie weist folgende Merkmale auf: Machtteilung, insbesondere gemeinschaftliche Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in Angelegenheiten allgemeiner Bedeutung, mit Beteiligung aller wesentlichen Segmente der Gesellschaft; Autonomie für Subkulturen in anderen Angelegenheiten; Proportionalität der politischen Beteiligung und Vetorechte für Mitglieder der Konsoziation (Lehmbruch 1992, 207 ff.; Lijphart 2008, 31 ff.; Schmidt 2019a, 322). In Lijpharts Worten heisst es: «Consociational democracy means government by elite cartel designed to turn a democracy with a fragmented political culture into a stable democracy» (Lijphart 2008, 32).

Lijphart entwickelte im Jahr 1999 die Konkordanztheorie anhand einer empirischen Untersuchung von 36 Demokratien und mittels einer Gegenüberstellung sowie eines systematischen Vergleichs der Mehrheits- und Konsensdemokratie weiter (Lijphart 1999). Seine Studie gilt als einer der einflussreichsten und bahnbrechendsten Beiträge im Bereich der komparativen Politikforschung (Schmidt 2019a, 330; 2013; 15; Vatter 2012, 53). Sie wurde im Jahr 2012 mit neueren Daten und der Streichung von Kolumbien, Venezuela und Papua-Neuguinea – diese Staaten sind gemäss Kriterien von ‹Freedom House› nicht mehr frei und demokratisch – weiterentwickelt. Die soeben erwähnten Länder wurden durch Argentinien, Uruguay und Südkorea ersetzt. Letzteres war zuvor nicht demokratisch gewesen und erst in den 1980er Jahren in die Gruppe der demokratisch verfassten Länder zurückgekehrt (Lijphart 2012, IX ff.).

Zehn Differenzen, die auf zwei Dimensionen – einer horizontalen (executives-parties) und einer vertikalen (federal-unitary) – verteilt werden, können laut Lijphart unter Berücksichtigung der wichtigsten demokratischen Institutionen und Regeln aus den Mehrheits- und Konsensprinzipien abgeleitet werden (Lijphart 2012, 2; 1999, 2). Demokratische Systeme werden auf einer Achse aufgestellt, mit den Mehrheitsdemokratien am einen Ende und den Konsensdemokratien am anderen (Lijphart 2012, 243 ff.; 1999, 246 ff.). Der Hauptunterschied zwischen den beiden Demokratiety-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

pen liegt, so Lijphart, in der Partizipation: Das Mehrheitsmodell ist eher exklusiv, kompetitiv und kontradiktorisch, während Inklusion, Verhandlung und Kompromisse das Konsensmodell charakterisieren (2012, 2; 1999, 2). Entsprechend könnten Konsensdemokratien auch als «Verhandlungsdemokratien» bezeichnet werden (ebd.).

Tabelle 1: Charakteristika der Mehrheits- und Konsensdemokratien nach Lijphart

Kriterien	Beschreibung	Seitenzahl
Horizontale Dimension: executives-parties (joint-power)		(2012, 174; 1999, 185)
Parteiensystem	Zweiparteien- vs. Multiparteiensystem: In den Mehrheitsdemokratien kämpfen meistens zwei grosse Parteien um die Macht. In den Konsensdemokratien sind es jedoch mehrere Parteien, die den Wettbewerb um die Stimmen bestreiten. Es kommt aber selten vor, dass es in einem Land nur zwei Parteien gibt. Im Parlament ist entsprechend häufig eine kleine Partei neben den grossen Parteien vertreten.	(2012, 60 ff.; 1999, 62 ff.) Bemerkung: Lijphart beschrieb im Jahr 2012 das Parteiensystem in einem kleineren Umfang als im Jahr 1999.
Regierungsformat	Machtkonzentration der Exekutive vs. Machtteilung der Exekutive: Der Kontrast zwischen Einparteienregierung (Mehrheitsdemokratie) und breiten Mehrparteienkoalitionen (Konsensdemokratie) kann insofern als der wichtigste Faktor für die Unterscheidung der beiden Modelle gesehen werden, als er die Konzentration der Macht auf der einen Seite und die Machtteilung auf der anderen Seite impliziert.	(2012, 79 ff.; 1999, 90 ff.)
Kräfteverhältnis zwischen der Exekutive und der Legislative	Das Mehrheitsmodell ist geprägt durch die Dominanz der Exekutive, während die Machtbalance das Verhältnis zwischen der Legislative und der Exekutive im Konsensmodell darstellt. Weiter ordnet Lijphart die meisten Demokratien einem parlamentarischen Regierungssystem, sieben bzw. sechs von ihnen einem präsidentiellen System und die Schweiz einer hybriden Mischform zu, weil sie nicht zum Kern der beiden Systeme passt.	(2012, 105 ff.; 1999, 116 ff.)
Wahlsystem	Mehrheitswahlsystem vs. Verhältniswahlsystem: Das typische Wahlsystem in den Mehrheitsdemokratien ist das Mehrheitssystem. In der Konsensdemokratie ist es ein Proporz- bzw. Verhältniswahlsystem. In Mehrheitssystemen gewinnt der Kandidat mit den meisten Stimmen die Wahlen. Die Partei, die landesweit die Mehrheit der Stimmen	(2012, 130 ff.; 1999, 143 ff.)

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Kriterien	Beschreibung	Seitenzahl
	auf sich vereinigen kann, ist dann im Parlament überrepräsentiert. Das Ziel ist also, ein eindeutiges Mehrheitsverhältnis herzustellen. Das Basisziel im Verhältniswahlsystem ist dagegen eine repräsentative Vertretung der Mehrheit und der Minderheiten. Anstatt einer Überrepräsentation einer Partei werden die Wählerstimmen so auf die Sitze im Parlament verteilt, dass die Wahlstärke der Parteien möglichst genau abgebildet werden kann.	
Verbandsstruktur	Pluralismus vs. Korporatismus: Das typische Interessengruppensystem in den Mehrheitsdemokratien ist ein kompetitiver und unkoordinierter Pluralismus von unabhängigen Gruppen. Die Konsensdemokratie jedoch zeichnet sich durch ein koordiniertes, kompromissorientiertes System des Korporatismus aus. Unter Korporatismus soll hier die demokratische Spielart und nicht die autoritäre verstanden werden. In letzterer kontrolliert der Staat alle Interessengruppen.	(2012, 158 ff.; 1999; 171 ff.)
Vertikale Dimension: federal-unitary (divided-power)		(2012, 174; 1999, 185)
Staatsstruktur	Föderalistisch-dezentraler Staat vs. unitarisch-zentraler Staat: Um das Majoritätsprinzip aufrechtzuerhalten, muss der zentrale Staat in den reinen Mehrheitsdemokratien nicht nur die zentralen Regierungsorgane, sondern auch alle Regierungen der Gliedstaaten kontrollieren. Sie sind entsprechend unitarisch und zentral. Das Konsensmodell zeichnet sich hingegen durch Föderalismus und Dezentralisierung aus. Dadurch wird nicht nur die Teilung der Macht zwischen der Zentralregierung und den Gliedstaaten garantiert, sondern auch der dezentralen Regierung eine starke Position auf den beiden Ebenen eingeräumt. Bei der Staatsstruktur unterscheidet Lijphart zwischen fünf Arten (Skala 4 bis 1: 1945–2010): *Federal and decentralized [5.0]:* Australia, Switzerland, Canada, United States, Germany (Belgium after 1993) *Federal and centralized [4.0]:* Argentina [4.5], Austria [4.5], India [4.5] *Semifederal [3.0]:* Israel, Spain, Netherlands, Belgium [3.5] (Belgium before 1993) *Unitary and decentralized [2.0]:* Denmark, Norway, Finland, Sweden, Japan (United Kingdom after 1998) *Unitary and centralized [1.0]:* Bahamas, Jamaica, Barbados, Luxembourg, Botswana, Malta, Costa	(2012, 174 ff.; 1999; 185 ff.)

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Kriterien	Beschreibung	Seitenzahl
	Rica, Mauritius, Greece, New Zealand, Iceland, Portugal, Ireland, Uruguay, France [1.3], Italy [1.3], Korea [1.5], Trinidad [1.3], United Kingdom [1.2] (United Kingdom before 1998) (Lijphart 2012, 178)	
Parlamentsstruktur	Einkammersystem vs. Zweikammersystem: Das reine Mehrheitsmodell ist durch die Konzentration der Macht der Legislative in einer Kammer gekennzeichnet. Dagegen ist das Konsensmodell durch das Zweikammersystem charakterisiert, das die Macht der Legislative auf zwei gleichgestellte, aber unterschiedlich konstituierte Kammern aufteilt. Es gibt jedoch auch gemischte Modelle wie das britische Parlament, in dem zwei Kammern existieren, aber das ‹House of Lords› nur wenig Macht hat. Lijphart nennt solche Systeme «asymmetrische Zweikammersysteme». Bei der Parlamentsstruktur unterscheidet Lijphart zwischen sieben Arten (Skala 4 bis 1: 1945–2010): *Strong bicameralism:* symmetrical and incongruent chambers [4.0]: Argentina, Switzerland, Australia United States, Germany *Medium-strength bicameralism:* symmetrical and congruent chambers [3.0]: Italy, Netherlands, Japan, Uruguay *Medium-strength bicameralism:* asymmetrical and incongruent chambers [3.0]: Canada, India, France, Spain *Between medium-strength and weak bicameralism [2.5]:* Botswana, United Kingdom *Weak bicameralism:* asymmetrical and congruent chambers [2.0]: Austria, Ireland, Sweden [1.7], Bahamas, Jamaica, Barbados, Trinidad (Belgium after 1995) *One-and-a-half chambers [1.5]:* Iceland [1.4], Norway [1.5] *Unicameralism [1.0]:* Costa Rica, Finland, Greece, Israel, Korea, Luxembourg, Malta, Mauritius, Portugal, Denmark [1.2], New Zealand [1.1] (Iceland after 1991, Norway after 2009, Sweden after 1970) (Lijphart 2012, 199–200)	(2012, 187 ff.; 1999, 200 ff.)
Verfassungstyp (Verfassungsrigidität)	Rigide Verfassungen vs. flexible Verfassungen: Eine flexible Verfassung kann durch einen einfachen Mehrheitsbeschluss des Parlaments geändert werden. Dies ist in den Mehrheitsdemokratien der Fall. Eine rigide Verfassung dagegen kann nur durch eine qualifizierte bzw. Supermehrheit (mehr als zwei Drittel) geändert werden. In Konsensdemokratien ist die Verfassungsrigidität unter anderem auch zum Schutz der Minderheiten gegeben.	(2012, 204 ff.; 1999, 216 ff.)

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

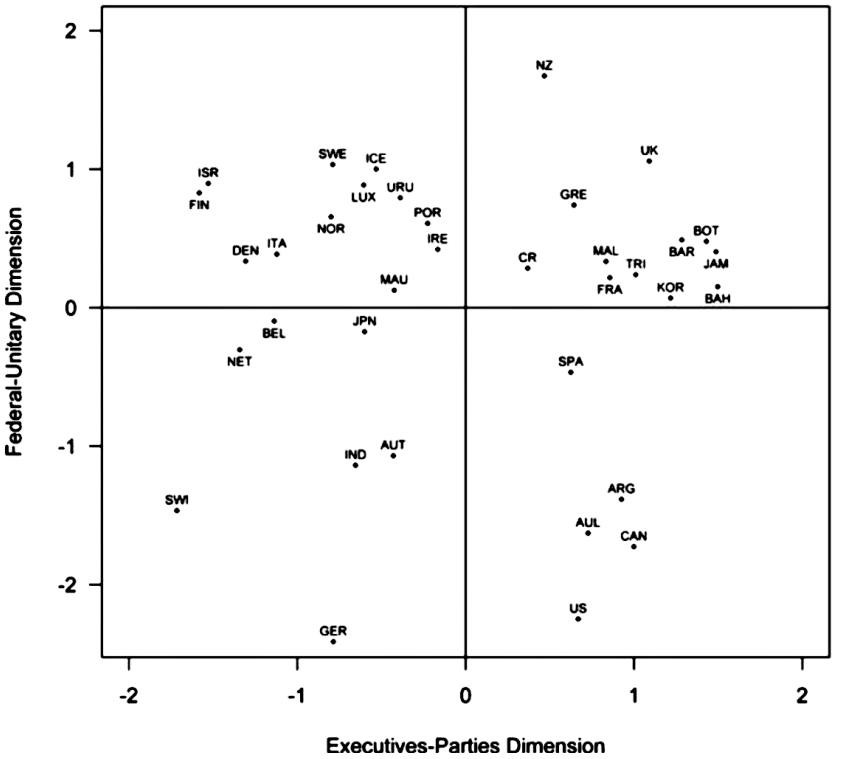
Kriterien	Beschreibung	Seitenzahl
Verfassungsrechtsprechung (Verfassungsgerichtsbarkeit)	Unter der Verfassungsgerichtsbarkeit oder der Normenkontrolle wird die Macht eines unabhängigen Gerichtes bzw. eines Verfassungsgerichtes verstanden, das die vom Parlament verabschiedeten Gesetze auf ihre Verfassungskompatibilität überprüft. Wenn es in einem Land eine verfassungsrichterliche Überprüfungsinstanz gibt, ist es dem Konsensmodell zuzuordnen. Die Mehrheitsdemokratien sind dagegen durch die Absenz von Normenkontrollen charakterisiert. Lijphart unterscheidet jedoch bei der Überprüfung des Grads der Verfassungsgerichtsbarkeit zwischen starken, mittelstarken, schwachen und nicht vorhandenen Normkontrollen. Die Schweiz beispielsweise, die von Lijphart als «the clearest consensual prototype» bezeichnet wird, verfügt über keine Normkontrolle.	(2012, 214 ff.; 1999, 223 ff.)
Zentralbank	Grad der Zentralbankautonomie: Das zehnte und letzte Merkmal betrifft die Zentralbank und den Grad ihrer Unabhängigkeit von der Regierung und dem Parlament. Die Zentralbank ist gemäss Lijphart eine massgebliche Regierungsinstitution, die in der Politikwissenschaft bis dato vernachlässigt wurde. In den Konsensdemokratien ist die Zentralbank unabhängig und kann ihre Macht ungehindert ausüben. In den Mehrheitsdemokratien ist sie hingegen der Regierung untergeordnet und somit von ihr abhängig.	(2012, 226 ff.; 1999, 232 ff.)

Entsprechend der Analyse von Lijphart sind die wichtigsten Merkmale, die eine Konsensdemokratie ausmachen, die Mehrparteienregierung, die Machtbalance zwischen der Legislative und der Exekutive, das Multiparteiensystem, das proportionale Wahlsystem, eine korporatistische Verbandsstruktur, eine föderalistisch-dezentrale Staatsstruktur, ein Zweikammersystem, die Verfassungsrigidität, die Verfassungsgerichtsbarkeit sowie eine unabhängige Zentralbank. Die Schweiz ist gemäss Lijphart trotz Absenz der Verfassungsgerichtsbarkeit der klarste Prototyp des Konsensmodells, gefolgt von Deutschland (2012, 245; 1999, 248–249). Wenn jedoch nur eine dominante Partei regiert, ein Zweiparteiensystem besteht, die Exekutive gegenüber der Legislative dominiert, das Wahlsystem dem Majoritätsprinzip folgt, die Verbandsstruktur pluralistisch, die Staatsstruktur zentralistisch ist, die Parlamentsstruktur ein Einkammersystem aufweist, die Verfassung flexibel änderbar, die Verfassungsgerichtsbarkeit nicht vorhanden und die Zentralbank von der Regierung abhängig ist, dann liegt eine Mehrheitsdemokratie vor. Grossbritannien und Neuseeland können als Prototypen der

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Mehrheitsdemokratie gesehen werden. Die untenstehende Abbildung zeigt die Zuordnung der Länder nach den Prinzipien von Lijphart (2012, 244).

Abbildung 1: Lokalisierung der Länder nach Konsens- und Mehrheitsdemokratien[6]



Bezüglich der politischen Leistung scheint die Konsensdemokratie in vielen Belangen besser als die Mehrheitsdemokratie zu sein. Dies gilt nicht nur für die Demokratiequalität, sondern auch für weitere wesentliche Politikfelder:

> «Consensus democracies demonstrate these kinder and gentler qualities in the following ways: they are more likely to be welfare states; they have

6 Bemerkung zu Abbildung 1 und den Länderabkürzungen: Die 36 Demokratien sind identifiziert durch «the first three characters of their English names, except that AUL means Australia, AUT Austria, CR Costa Rica, JPN Japan, NZ New Zealand, UK United Kingdom, and US United States» (Lijphart 2012, 101).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

> a better record with regard to the protection of the environment; they put fewer people in prison and are less likely to use the death penalty; and the consensus democracies in the developed world are more generous with their economic assistance to the developing nations» (Lijphart 2012, 274–275).

Konsensdemokratie scheint zudem insbesondere für eine gespaltene Gesellschaft gut geeignet zu sein:

> «[B]ecause the overall performance record of the consensus democracies is clearly superior to that of the majoritarian democracies, the consensus option is the more attractive choice for countries designing their first democratic constitutions or contemplating democratic reform. This recommendation is particularly pertinent, and even urgent, for societies that have deep cultural and ethnic cleavages, but it is also relevant for more homogeneous countries» (Lijphart 2012, 296; 1999, 302–303).

Damit zeigt Lijphart, dass er sich nicht nur an den institutionellen Gestaltungen eines Staates orientiert und gleichzeitig kulturelle Aspekte ausblendet (Doorenspleet & Maleki 2018), sondern ein Verfechter der Demokratieförderung auf der Basis des Konsenses ist. So ist er ein ‹Verfassungsingenieur›, während Lehmbruch eher ein vom historischen Institutionalismus geprägter Analytiker ist, der verfassungschirurgischen Eingriffen gegenüber skeptisch bleibt. Demokratieförderliches ‹institutional engineering› ist ein Anliegen von Lijphart (Schmidt 2019a, 330). So erwähnte er nicht nur im Jahr 2018 den Irak als Konsensdemokratie, sondern hatte bereits 2004 im «Journal of Democracy» Empfehlungen abgegeben, wie unter anderem eine zukünftige irakische Verfassung gestalten werden sollte (Lijphart 2004, 2008, 2018).

Lijphart empfahl dabei für die kleine Kammer, sich nach der Einwohnerzahl der Gliedstaaten zu richten, wie es beispielsweise der deutsche Bundesrat umsetzt. Er riet ab von einer Überrepräsentation der kleinen Kammer, wie dies etwa im amerikanischen Senat oder dem Schweizer Ständerat der Fall ist – unter anderem deshalb, weil dadurch die Prinzipien des demokratischen ‹one person, one vote› verletzt würden (Lijphart 2004, 105; 2008, 83–84). Diese Argumentation Lijpharts scheint allerdings davon zu zeugen, dass er die Komplexität des Irak nicht gut kennt. So wäre für den Irak als ein fragmentiertes Land mit unterschiedlichen Einwohnerzahlen in den einzelnen Provinzen (2004 waren es 18, heute sind es mit Halabja inoffiziell 19) und einer Dominanz der Angehörigen der schiitischen Konfession ein

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Modell nach Schweizer Vorbild die bessere Wahl. Andernfalls wäre eine Provinz wie Bagdad mit über sieben Millionen Einwohnern oder wären die schiitisch geprägten Provinzen sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Bundesrat (so nennt die irakische Verfassung die kleine Kammer) übervertreten – und genau das soll gemäss den Prinzipien der Konsensdemokratie verhindert werden. Zudem könnte durch die gleiche Verteilung der Sitze auf alle Provinzen (‹eine Provinz, eine Stimme› anstelle von ‹eine Person, eine Stimme›) in einem möglichen irakischen Bundesrat nicht nur eine konsensbasierte Entscheidungsfindung gefördert, sondern auch der Dominanz der über neun schiitischen Provinzen (zehn mit Bagdad) entgegengewirkt werden. Dadurch würde auch eine Annäherung zwischen den verschiedenen Gruppierungen und Glaubensrichtungen ermöglicht. Dass die zweite Kammer und somit eine wesentliche Säule der Konsensdemokratie im Irak bis anhin nicht eingerichtet wurde, dürfte zwar dem Prinzip ‹one person, one vote› Rechnung getragen, zugleich aber eher zu einer ‹Dissensdemokratie› statt einer Konsensdemokratie geführt haben. In dieser Hinsicht scheinen die Empfehlungen Lijpharts bezüglich der zweiten Kammer und der Dezentralisierung im Irak eher kontraproduktiv zu sein.

Die Studien von Lijphart wurden trotz ihrer Vorzüge und ihres Status als Pionierarbeit, wie bei vielen anderen wissenschaftlichen Analysen auch, in der Literatur umfassend gewürdigt, jedoch nicht kritiklos hingenommen. Es sei zu kurz gegriffen, wenn alle Staaten auf einer Achse mit der Konsensdemokratie an einem Ende und der Mehrheitsdemokratie am anderen dargestellt werden (Köppl & Kranenpohl 2012; Kranenpohl 2012; Schmidt 2013, 2019a; Vatter 2009; Vatter et al. 2011, 2014, 2017; Vatter & Bernauer 2017, 2019). Schmidt ist der Ansicht, dass zwischen vier Demokratiewelten zu unterscheiden sei, nämlich einer einheitsstaatlichen Mehrheitsdemokratie (wie Grossbritannien), einer föderalistischen Mehrheitsdemokratie (wie den USA), einer einheitsstaatlichen Konsensdemokratie (wie den nordeuropäischen Staaten) und einer föderalistischen Konsensdemokratie (wie Deutschland, der Schweiz und Österreich) (Schmidt 2019a, 334). Lijphart übersehe auch, dass es innerhalb der Konsens- und Mehrheitsdemokratien grosse Unterschiede geben könne. Um nur einige Differenzen innerhalb der Prototypen der Konsensdemokratien zu benennen: Der deutsche Bundesrat als zweite, gleichwertige Kammer ist anders strukturiert als der Schweizer Ständerat. Auch die Funktionen und Befugnisse der Gliedstaaten sind in der Schweiz, in Deutschland, in Österreich und in den USA als föderalistischen Staaten sehr unterschiedlich (Vatter & Bernauer 2019, 228 f.). Die politischen Systeme der einzelnen Kantone in der Schweiz sind

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

beispielsweise ebenfalls in hohem Masse heterogen (Linder & Mueller 2017; Vatter 2018; Vatter et al. 2013).

Vatter (2009) empfiehlt zudem die Erweiterung der zwei Dimensionen von Lijphart anhand einer weiteren ‹Top-to-bottom›-Dimension, welche die Kabinettsregierung und die Stärke der Direktdemokratie berücksichtigt. Des Weiteren können die direktdemokratischen Instrumente in der Schweiz je nach Integrationsgrad der Minderheiten zu einer Tyrannei der Mehrheit führen (Vatter & Danaci 2010). Dass die Konsensdemokratien in den meisten Politikfeldern besser als die Mehrheitsdemokratien abschneiden, konnte durch empirische Untersuchungen nicht vollumfänglich bestätigt werden (Obinger & Schmidt 2019; Schmidt 2013, 2019a; Schmidt et al. 2007; Vatter et al. 2011, 2017). Ferner berücksichtigen die Studien von Lijphart nicht die politische Kultur, das politische Erbe, die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung, die Anzahl der Vetospieler sowie die Präferenzen der Stimmberichtigten (Schmidt 2019a, 336 ff.; Tsebelis 2002). Selbst die Methode und die Vorgehensweise von Lijphart wurden infrage gestellt (Doorenspleet & Maleki 2018; Schmidt 2019a). Zudem scheint die Konsensdemokratie nicht für alle gespaltenen Gesellschaften erfolgversprechend zu sein (Dixon 2011, 2018; Jarrett 2018; Rochtus 2012). Konsensdemokratische Mittel können sogar teilweise für die Durchsetzung der Interessen von Einzelgruppen eingesetzt werden (Dixon 2011, 2018). Die Weiterentwicklung der Studien von Lijphart wird die komparative Politikanalyse allerdings noch weiter beschäftigen (Doorenspleet & Maleki 2018; Jakala et al. 2018).

Die vorliegende Forschung berücksichtigt entsprechend der Kontroverse in der Literatur das Modell einer ausdifferenzierten Konsensdemokratie. Schliesslich kann die Konsensdemokratie im 21. Jahrhundert für eine fragmentierte Gesellschaft wie die irakische mit unterschiedlichen Konfliktlinien nur dann erfolgversprechend sein, wenn die Säulen des Föderalismus (die Dezentralisierung und der Bikameralismus) in der Verfassung verankert sind und auch umgesetzt werden. Folglich wird in der Hypothese dieser Arbeit von einer föderalistischen Konsensdemokratie nach Schweizer Vorbild als Lösungsansatz für den Irak und die dortige Kurdenfrage ausgegangen. So war die Schweiz nicht immer eine Konsensdemokratie, sondern diese ist unter anderem nach dem Bürgerkrieg von 1847 und einer grossen Kontroverse um den zukünftigen Staat im Jahr 1848 entstanden. Dass die Jurafrage immer noch nicht vollkommen gelöst ist, zeigt, dass die politische Integration von Minderheiten einen starken Willen der politischen Elite sowie eine Kultur des gegenseitigen Respekts und Vertrauens erfordert. Die

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

politische Elite und die politische Kultur haben einen erheblichen Einfluss auf den möglichen Erfolg bzw. Misserfolg des konstitutionellen Neubeginns in den einzelnen Ländern – ein Umstand, der auch Lijphart (1999, 2008, 2012) nicht entgangen ist:

> «Successful consociational democracy requires: (1) That the elites have the ability to accommodate the divergent interests and demands of the subcultures. (2) This requires that they have the ability to transcend cleavages and to join in a common effort with the elites of rival subcultures. (3) This in turn depends on their commitment to the maintenance of the system and to the improvement of its cohesion and stability. (4) Finally, all of the above requirements are based on the assumption that the elites understand the perils of political fragmentation» (Lijphart 2008, 32).

Bezüglich des Einflusses der politischen Kultur ist Lijphart der Ansicht, dass in vielen Ländern der Konsens bereits in den gesellschaftlichen Strukturen verankert ist. So lösen beispielsweise rivalisierende Stämme ihre Streitigkeiten nach langen Verhandlungen und treffen ihre Entscheidungen nach ausführlicher Diskussion (Lijphart 2012, 300 ff.; 1999, 307 ff.). Lijphart zitiert Lewis (1965, 86), der auf Westafrika Bezug nimmt, wie folgt: «The tribe has made its decisions by discussion, in much the way that coalitions function; this kind of democratic procedure is at the heart of the original institutions of the people» (Lijphart 2012, 302; 1999, 308). Auf die schweizerische und die österreichische Konsenskultur geht Lijphart folgendermassen ein: «Consensus democracies like Switzerland and Austria may have consensual cultures today, but they have not always been so consensual: the Swiss fought five civil wars from the sixteenth to the middle of the nineteenth century, and the Austrians fought a brief but bloody civil war as recently as 1934» (Lijphart 2012, 301–302; 1999, 307). Die Geschichte der heutigen Konsensdemokratien und der konsensorientierten Kulturen der nichtwestlichen Staaten verleitet Lijphart zu der optimistischen Aussicht, dass sich die Konsensdemokratie in weiten Teilen der Welt durchsetzen wird. Diese Ausführungen sind sowohl für den Irak als auch die ARK relevant, da dort die tribalen Strukturen ebenfalls weit verbreitet sind. Der Tribalismus dürfte in keinem anderen Land im Nahen und Mittleren Osten so ausgeprägt sein wie im Irak. Um alle irakischen – inklusive der kurdischen – Stämme aufführen zu können, musste al-'Amry zwischen 1994 und 1995 neun Bände mit je über 200 Seiten unter dem Titel «Mawsu't

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

al-'Ashāyr al-'Irāqyya» (Enzyklopädie der irakischen Stämme) herausgeben (Al-'Amry 1994a, 1994b, 1994c, 1994d, 1994e, 1994f, 1994g, 1994h, 1995).

2.2 Das Nation-Building-Konzept

Die oben skizzierte Diskussion über die Demokratiequalität und die Konsensvariante der Demokratie als möglichen Lösungsansatz für eine fragmentierte Gesellschaft kann allein die Komplexität einer Transformation nach dem Zerfall eines politischen Systems nicht erklären: «Wenn wir Transformation als bewusst intendierte Änderung der Basisinstitutionen eines Sozialsystems definieren, dann beschreibt der Begriff nur den politischer Gestaltung zugänglichen Aspekt eines Prozesses, in den auch die informellen Institutionen, mentale Modelle und Einstellungen, Lebensformen, Kultur und alle sich aus diesem Konglomerat ergebenden Strukturen einbezogen sind» (Kollmorgen et al. 2015b, 22). Da eine solche Transformation hochkomplex ist und viele Sphären berühren kann, lässt sie sich nicht innerhalb einer einzigen Theorie und mit einer uniformen Methode erklären (Croissant et al. 2017; Kollmorgen et al. 2015a, 2015b; Merkel 2010, 2011; Merkel & Gerschewski 2015). Es sind mehrere Etappen zu überwinden, bis der neue Staat vollkommen transformiert ist. Die Transformation beginnt auf politisch-rechtlicher Ebene (z. B. Verabschiedung der Verfassung) und endet mit den sozioökonomischen und soziokulturellen Umwälzungen und somit der Gesellschaftstransformation: «Der staatspolitische Machtwechsel und die konstitutionelle Transformation des politischen Regimes (Makroebene) laufen ungleich schneller ab als die Etablierung der Mesoebene, das heißt von Parteien, Verbänden und den mannigfaltigen Assoziationen der Zivilgesellschaft. Die meso- und mikrosozialen Umbauten und vor allem die soziokulturelle Verankerung der neuen Ordnungen (Mikroebene) können Jahrzehnte in Anspruch nehmen» (Kollmorgen et al. 2015b, 23).

Gleichgültig, welches Ereignis den Kollaps staatlicher Institutionen hervorruft, braucht es also eine vielschichtige Neuordnung, die je nach Land besser oder schlechter funktionieren kann. Im Falle des Irak nach 2003 musste nicht nur die Staatsbildung nachgeholt, sondern eine wie auch immer geartete Willensnation für die nachhaltige Stabilität des Landes formiert werden. Dieser Prozess hatte jedoch im nördlichen Teil des Landes, in der ARK, bereits vor dem Sturz des Baath-Regimes mehr oder minder stattgefunden. Damit wird ersichtlich, dass der irakische Fall der Konsens-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und Nationenbildung von Beginn an komplex war. Auf nationalstaatlicher Ebene mussten in erster Linie drei Probleme gelöst werden, um zu verhindern, dass die Neuordnung ins Schwanken gerät. Merkel ist der Ansicht, dass die Bereiche des Staatsgebiets, des Staatsvolkes und der Staatsgewalt wieder funktionsfähig werden müssen, damit ein neuer Staat gut funktioniert (Merkel 2011, 27–28):

Staatsgebiet: Die territoriale Integrität des Staates und seiner Territorialgrenzen muss gesichert werden. Interner Dissens über das Staatsterritorium gefährdet die Staatsbildung.

Staatsvolk: Die Frage, wer Teil des Staatsvolkes, also gleichberechtigter Staatsbürger ist, berührt die Frage des Demos. Die Exklusion grösserer Teile der Wohnbevölkerung aus der Staatsbürgerschaft oder die Diskriminierung aufgrund ethnischer oder religiöser Zugehörigkeiten gefährden eine friedliche (politische) Nationenbildung.

Staatsgewalt: Die Monopolisierung der legitimen Gewaltanwendung muss unbestritten beim Staat liegen und von diesem auch durchgesetzt werden können.

Somit geht es bei der Transformation – im englischsprachigen Raum wird sie ‹Transition› genannt – auch um die Nationen- und Staatsbildung. Die Demokratisierung verläuft nur dann zielführend, wenn unter anderem der Prozess der Nationen- und Staatsbildung erfolgreich abgeschlossen wird. Damit scheint die Staatlichkeit wichtiger als die Demokratisierung zu sein: «Before you can have a democracy, you must have a state, but to have a legitimate and therefore durable state you eventually must have democracy» (Fukuyama 2005a, 88). Ottaway ist ebenfalls der Ansicht, dass die Demokratisierung als Ziel des Nation-Building nicht immer realistisch ist: «For nation building to work, some harsh compromises are necessary – including military coercion and the recognition that democracy is not always the realistic goal» (Ottaway 2002, 16).

Dass jedoch das Ziel der Restrukturierung und des Neuaufbaus des Staates nicht der Verbleib eines totalitären Regimes oder einer autoritären Herrschaftsform sein kann, liegt an der in ihrem Kern defizitären und menschenverachtenden Natur der autokratisch verfassten Staaten. Denn «im Vergleich zu Demokratien sind autokratische Systeme partizipationsfeindlich, geschlossen, unflexibel, adaptions- und innovationsträge. Dies mindert die Leistungsfähigkeit des politischen Systems und die Möglichkeit seiner Legitimationsbeschaffung. Beide Eigenschaften verschränken und verstärken sich wechselseitig zu einem erheblichen endogenen Destabilisierungspotenzial, das in entwickelteren [sic!] Gesellschaften nur begrenzt

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

durch vermehrte Repression kompensiert werden kann», so Merkel (2010, 59). Es sind häufig relativ kleine Gruppen, die in den Autokratien herrschen. Sie streben nach Machterwerb und -erhalt sowie danach, begehrte Güter vorrangig an die Mitglieder, die Gefolgschaft und die Bündnispartner der Familien und Clans der Machthaber zu verteilen (Acemoglu & Robinson 2006; Schmidt 2019b).

Die Demokratie bringt jedoch den Bürgern wenig, wenn sie deren Rahmen- und Lebensbedingungen nicht verbessert. So waren 18 lateinamerikanische Demokratien im Jahr 2004 mit extremer Armut und einer tiefen Legitimitäts- und Vertrauenskrise konfrontiert, die rund 50 Prozent der Bevölkerung dazu bewog, der Demokratie eine autoritäre Regierungsform vorzuziehen, sofern diese ihre materielle Lage verbessern würde (Rüb 2004, 37; Wolff 2008, 17). Um einen Staatszerfall zu vermeiden und den inneren wie äusseren Frieden gewährleisten zu können, sollte das Ziel des Nation-Building allerdings eine demokratische Konsolidierung sein (Gießmann & Rinke 2011). Diese ist in der Transformationsforschung jedoch umstritten und kann unterschiedlich interpretiert werden (Croissant et al. 2017; Kollmorgen et al. 2015b; Merkel 2010, 2011; Pridham 1995). Merkel (2011, 31) geht von einem mehrere Ebenen umfassenden Modell aus und sieht vier Phasen einer demokratischen Konsolidierung:

Konstitutionelle Konsolidierung: Sie bezieht sich auf die zentralen politischen Verfassungsinstitutionen, wie das Staatsoberhaupt, die Regierung, das Parlament, die Judikative und das Wahlsystem (Makroebene: Strukturen).

Repräsentative Konsolidierung: Sie betrifft die territoriale und funktionale Interessenrepräsentation, das heisst vor allem Parteien und Interessenverbände (Mesoebene: Akteure).

Verhaltenskonsolidierung: Auf der dritten Ebene agieren die ‹informellen›, das heisst die potenziellen politischen Akteure wie Militär, Grossgrundbesitzer, Finanzkapital, Unternehmer, radikale Bewegungen und Gruppen (Mesoebene: informelle politische Akteure).

Demokratische Konsolidierung der politischen Kultur: Die Konsolidierung des demokratischen politischen Systems schliesst mit der Herausbildung einer Staatsbürgerkultur als soziokultureller Unterbau der Demokratie ab. Sie kann Jahrzehnte dauern und wird möglicherweise erst durch einen Generationswechsel besiegelt, wie das Beispiel von Deutschland und Japan gezeigt hat (Mikroebene: Bürger).

Erst wenn diese vier Phasen durchlaufen sind, kann der neuformierte Staat krisenresistent werden. Das waren die BRD und Japan, die als Mus-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

terbeispiele des erfolgreichen Nation-Building gelten, erst in den 1970er Jahren, als sie ohne Gefährdung der demokratischen Strukturen die Ölkrise und die Weltwährungsturbulenzen überstanden (Merkel & Gerschewski 2015, 342). Nach dem Zweiten Weltkrieg waren sie allerdings, wie der Irak ab 2003, von den amerikanischen Streitkräften besetzt worden und hatten unter deren vollumfänglichem Einfluss gestanden. Entsprechend wird im angelsächsischen Raum der Nation-Building-Prozess unter Miteinbezug des Militärs diskutiert. Dobbins et al. (2003, 2005, 2007, 2008) untersuchten die Rolle der USA und der Vereinten Nationen im Prozess des Nation-Building, die sie als «the use of armed force in the aftermath of a crisis to promote a transition to democracy» (Dobbins et al. 2005, xv) sehen. Ergänzend fügen sie hinzu: «Nation-building, as it is commonly referred to in the United States, involves the use of armed force as part of a broader effort to promote political and economic reforms with the objective of transforming a society emerging from conflict into one at peace with itself and its neighbors» (Dobbins et al. 2007, xvii). Methodisch unterscheiden Dobbins et al. zwischen dem «Input» (militärische Stärke, Geld und Zeit) und dem erwünschten «Output» (Frieden, wirtschaftliches Wachstum und Demokratisierung) des Nation-Building-Prozesses und kommen zu folgender Schlussfolgerung: Je grösser die «Inputs» sind, desto grösser sind auch die «Outputs». In anderen Worten: Je länger und umfassender die militärische Präsenz der Besatzungsmacht aufrechterhalten bleibt und je mehr Geld investiert wird, desto erfolgreicher ist das Nation-Building (Dobbins et al. 2003, xix ff.; 2005, xxi ff.).

Für den erfolgreichen Verlauf des Demokratisierungseinsatzes der US-amerikanischen Streitkräfte in Deutschland und Japan spricht laut den Autoren der Grad der investierten «Inputs» und nicht, dass die Länder sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich hoch entwickelt waren. Denn beim Nation-Building gehe es nicht um die wirtschaftliche Rekonstruktion, sondern um die politische Transformation, so die Autoren: «[W]hat principally distinguishes Germany, Japan, Bosnia, and Kosovo from Somalia, Haiti, and Afghanistan are not their levels of Western culture, economic development, or cultural homogeneity. Rather it is the level of effort the United States and the international community put into their democratic transformations. Nation-building, as this study illustrates, is a time- and resource-consuming effort» (Dobbins et al. 2003, xix).

Die hohen Kosten des Nation-Building variieren je nach Entwicklungsgrad und Anzahl der Bewohner eines Landes: Je entwickelter und bevöl-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

kerungsreicher ein Land ist, desto teurer ist das Nation-Building-Projekt (Dobbins et al. 2007, 255 ff.). Aus diesem Grund haben sich die USA in den 1990er Jahren aus einer Reihe von Konflikten herausgehalten und beispielsweise Somalia nach dem ersten ernsthaften Widerstand im Jahr 1993 verlassen (Dobbins et al. 2003, xv). Viele andere Autoren sind ebenfalls der Ansicht, dass das Nation-Building teuer ist und es viel Zeit und Geld für einen Erfolg braucht (Barnett 2002; Chesterman 2003; Creasey et al. 2012; Etzioni 2004, 2012; Pei & Kasper 2003; von Bogdandy et al. 2005), ganz abgesehen von den menschlichen Kosten des Prozesses (Etzioni 2004, 1). Schneckener allerdings vertritt die Auffassung, dass dennoch in Staat und Staatlichkeit investiert werden soll: «State-building ist insofern auch ein Beitrag zu einer globalen Struktur- und Ordnungspolitik, die im Kern auf eine gerechtere Verteilung von Chancen und Ressourcen abzielt» (Schneckener 2007, 120).[7] Er ist auch der Meinung, dass die externen Akteure eher in State-Building statt in das anspruchsvolle und wenig aussichtsreiche Nation-Building investieren sollten (Schneckener 2004c, 2004b, 2004a, 2007).

7 Eine Reihe von Autoren bzw. Herausgebern diskutiert den State-Building-Prozess im Kontext des Staatszerfalls oder der fragilen Staatlichkeit (Acemoglu & Robinson 2012; Asch & Freist 2005; Fukuyama 2005b; Grotenhuis 2016; Mansfield & Snyder 2005; Schlichte 2006a, 2006b; Schneckener 2007, 2004b, 2004c, 2004a; Strassner & Klein 2007; Tetzlaff 2018; Weiss & Schmierer 2007). Fragile Staaten sind unter anderem auf dem afrikanischen Kontinent mit der dritten Demokratisierungswelle (Huntington 1993) und dem Scheitern der Bemühungen einiger Staaten, das demokratische Experiment in den 1990er Jahren erfolgreich umzusetzen, entstanden (Tetzlaff 2018, 144 ff.). Schmidt beschreibt die Herausforderungen nach 1990 wie folgt: «Entgegen den Hoffnungen auf eine friedlichere Welt im Sinne einer ‹neuen Weltordnung› und einer ‹Friedensdividende› nahm in den folgenden Jahren die Anzahl und Intensität von zumeist innerstaatlichen Gewaltkonflikten stark zu» (Schmidt 2015b, 62).
Das Problem der Welt scheint gemäss Fukuyama in erster Linie bei den schwachen Staaten zu liegen: «State-building is the creation of new government institutions and the strengthening of existing ones. In this book I argue that state-building is one of the most important issues for the world community because weak or failed states are the source of many of the world's most serious problems, from poverty to AIDS to drugs to terrorism» (Fukuyama 2005, ix). Auch die Administration von George W. Bush sah 2002 die schwachen Staaten als grosse Bedrohung: «The events of September 11, 2001, taught us that weak states, like Afghanistan, can pose as great a danger to our national interests as strong states. Poverty does not make poor people into terrorists and murderers» (The National Security Strategy of the United States of America 2002, 2). Da jedoch das Konzept des State-Building ohne Miteinbezug des Nation-Building kaum griffige Erklärungen für den Erfolg bzw. Misserfolg eines Neuaufbaus geben kann, wird darauf nur im Rahmen des Nationenbildungskonzepts eingegangen (vgl. dazu auch Lemay-Hébert 2009). Denn insbesondere im Irak gab es bis zum Jahr 1990 einen starken Staat, aber keine irakische Nation.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Fukuyama unterscheidet zwischen der europäischen und der amerikanischen Sicht auf Nation-Building. Die Amerikaner meinen mit Nation-Building immer State-Building, so die Ansicht von Europäern, weil eine Nation nicht einfach so gebildet werden könne, insbesondere nicht von einem externen Akteur, sondern sie entstehe durch gemeinsame Werte, Traditionen und historische Erinnerungen (Fukuyama 2006b, 3). Die Europäer haben nach Fukuyama in dem Punkt recht, dass die Amerikaner mit dem Konzept des Nation-Building auf die Staatsbildung in Verbindung mit wirtschaftlichem Wachstum abzielen, in einem anderen Punkt jedoch unrecht: Die Geschichte zeige, dass ausländische Kräfte, wie das britische Kolonialreich in Britisch-Indien, den Prozess des Nation-Building erfolgreich abschliessen können (ebd.). Im Jahr 2005 äusserte Fukuyama hingegen, dass die Europäer auch hinsichtlich der Nationenbildung recht hätten und nur ein Staat und nicht eine Nation aufgebaut werden könne: «They are, of course, right; only states can be deliberately constructed. If a nation arises from this, it is more a matter of luck than design» (Fukuyama 2005b, 134). Er scheint seine Meinung bezüglich des Nation-Building im Jahr 2006 teilweise revidiert zu haben. Es ist allerdings zu erwähnen, dass Fukuyama die Existenz eines starken Staates vor seinem Zerfall, bedingt durch externe Akteure, als Voraussetzung für ein erfolgreiches Nation-Building sieht, wie im Falle Deutschlands und Japans vor dem Zweiten Weltkrieg (Fukuyama 2006b, 4). Die Amerikaner hätten sehr wenig in State-Building investiert, deshalb werde ihre Rolle überschätzt oder falsch verstanden: «What did occur in both Germany and Japan was the re-legitimation of the new governments on a democratic basis, with the drafting of democratic constitutions» (ebd.).

Fukuyama (2006b) sieht Nation-Building als einen Prozess der «Rekonstruktion» und der «Entwicklung»: «Reconstruction refers to the restoration of war-torn or damaged societies to their preconflict situation. Development, however, refers to the creation of new institutions and the promotion of sustained economic growth, events that transform the society open-endedly into something that it has not been previously» (ebd., 4–5). Bei der «Rekonstruktion» spielen ausländische Mächte eine wesentliche Rolle, wie beispielsweise die Amerikaner in Deutschland, Japan und Italien nach dem Zweiten Weltkrieg (ebd., 5). Dies gilt auch für den Prozess der «Entwicklung», auch wenn sie kompliziert und zeitaufwendig ist. Da die lokalen Akteure nicht in der Lage sind, für die Neuordnung zu sorgen, muss in der Rekonstruktionsphase mit schnellen und massiven ausländischen Interventionen für die Stabilität und den Aufbau der Infrastruktur

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sowie den adäquaten Umgang mit humanitären Fragen gesorgt werden. In der Entwicklungsphase allerdings müssen die lokalen Akteure und Institutionen dazu veranlasst werden, ihre Unabhängigkeit von ausländischer Unterstützung zu erlangen. Das ist zwar konzeptionell einfach, aber in der Realität schwer umsetzbar (ebd., 7). Die Friedenserhaltung und die Friedenserzwingung als zwei weitere Komponenten des Nation-Building scheinen ebenfalls von hoher Relevanz zu sein, damit der gesamte Prozess zielführend verläuft: «The first two functions, peacekeeping and, if necessary, peace enforcement, are necessary conditions for performance of the latter functions of reconstruction and development» (Fukuyama 2006a, 233). Koalitionen mit anderen Staaten oder internationalen Organisationen, wie den Vereinten Nationen, sind ebenfalls massgeblich für die Legitimität einer Okkupation und die Erhöhung der Chancen der Nationenbildung (ebd., 238 f.).

Damit wird auch in Fukuyamas Argumentation deutlich, dass das Nation-Building im Kontext der amerikanischen Intervention unter Einsatz des Militärs diskutiert wird. Diese Überlegungen taugen jedoch insofern nicht als theoretische Grundlage für die vorliegende Arbeit, als die US-amerikanischen und internationalen Streitkräfte zwar im Mittel- und Südirak im Einsatz waren, aber in der ARK keine grosse Rolle gespielt haben. Dies ist eine weitere Komplexität des Nationenbildungsprozesses im Irak nach dem Sturz der Baath-Partei. Des Weiteren haben die Transformationsprozesse in den osteuropäischen Staaten nach dem Zerfall der Sowjetunion gezeigt, dass ein Nation-Building-Projekt auch ohne militärische Intervention ausländischer Akteure erfolgreich verlaufen kann (Grotz & Müller-Rommel 2011; Kollmorgen et al. 2015a). Allerdings beschleunigte die Aussicht auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union die Institutionalisierung der neuen Ordnung in Osteuropa und galt als Transformationsanker (Kollmorgen et al. 2015b, 20). Was die Demokratisierung von Deutschland, Italien und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg anbelangt, so spielten die Amerikaner zwar eine bedeutende Rolle, aber die Konsolidierung demokratischer Strukturen, Verfahren und Kulturen war vornehmlich das Werk der nationalen Binnenakteure (Merkel & Gerschewski 2015, 352). Damit scheinen Dobbins et al. – wie auch Fukuyama ausgeführt hat – die Rolle der Amerikaner in Deutschland und Japan überschätzt zu haben.

Es gibt zahlreiche weitere Autoren, die das Nation-Building-Konzept aufgegriffen und diskutiert haben (Habte 2012; Korte 2013; Linz 1993; Smith 2014; Tsang & Woods 2014; Zajda et al. 2009). Bezugnehmend auf Afrika kommt Schmidt zu folgender Schlussfolgerung:

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

> «Erfolgreiches nation-building beinhaltet den Aufbau einer Ethnien übergreifenden Identität und die Entstehung eines kollektiven Bewusstseins, zu einem Staat zu gehören. Die neuen afrikanischen Eliten propagierten die Nationalstaatsidentität entgegen den Traditionen und stigmatisierten ethnische Identität als rückständigen Tribalismus. Die starke ethnische Fragmentierung und die große Rolle regionaler und lokaler Identitäten stellten und stellen in der Tat strukturelle Transformationshemmnisse dar» (Schmidt 2015, 378).

Nation- und State-Building wurden im Hinblick auf die kurdische Selbstverwaltung im Nordirak insbesondere von Ala'Aldeen (2013, 2018) diskutiert. Er ist der Direktor des Middle East Research Institute (MERI) in Erbil und war unter anderem zwischen 2009 und 2012 Minister für Hochschulbildung und wissenschaftliche Forschung in der ARK. Ala'Aldeen bezeichnet Nation-Building als den Prozess des Einsatzes von Macht und die Fähigkeit der Regierung, alle Gesellschaftsteile miteinander zu verbinden, den Frieden zu sichern und die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu gewährleisten, damit das Gefühl der nationalstaatlichen Zugehörigkeit so weit gefestigt wird, dass alle Gesellschaftsgruppierungen sich als Teil des Nationalstaates sehen und bereit sind, sich für ihn aufzuopfern und ihn zu verteidigen (Ala'Aldeen 2013, 26). Es müssen jedoch drei Voraussetzungen erfüllt sein, damit alle Teile der Gesellschaft integriert werden und sich in ihr aufgehoben fühlen. Ohne die Erfüllung dieser Bedingungen wird kein Land vereint, zukunftsfähig und friedlich bleiben, so Ala'Aldeen.

Erstens muss in psychische, kulturelle, gesellschaftliche, historische und intellektuelle Aspekte investiert werden, damit das Gefühl der Staatszugehörigkeit und der Zuneigung zum Nationalstaat entsteht. Dies kann durch die Förderung jener Faktoren geschehen, die für die Stärkung der gesellschaftlichen Einheit und des Staatszugehörigkeitsgefühls symbolische Bedeutung haben, wie die Flagge, die Sprache oder religiöse, kulturelle und historische Heiligtümer. Zweitens muss in Infrastruktur und andere Mittel investiert werden, die die Gesellschaften verbinden. Das erfordert jedoch den Willen der Regierung, Nationalstrassen, Schienenverkehr, internationale Flughäfen, Sportzentren, Kulturzentren, Freizeitparks usw. aufzubauen. Drittens müssen der Demokratisierungsprozess und das Regierungssystem weiterentwickelt werden, damit das Vertrauen zwischen der Bevölkerung und der Regierung gefördert wird, Gleichheit vor dem Gesetz entsteht, die Menschenrechte gewährleistet werden und die gesellschaftliche

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Gerechtigkeit garantiert sowie das Gefühl der Staatsbürgerschaft gestärkt wird. All diese Faktoren werden dazu führen, dass die Bürger sich mit dem Nationalstaat identifizieren können und bereit sind, ihn zu verteidigen. Allerdings ist nur ein demokratischer Staat ein starker Nationalstaat und kann die genannten Voraussetzungen erfüllen (Ala'Aldeen 2013, 26–27).

Die Überlegungen von Ala'Aldeen zeigen, dass das Nation-Building-Konzept viele Facetten hat und je nach persönlichen Erfahrungen und Sichtweisen der Forscher andere Schwerpunkte gesetzt werden. Da die Transformation ein komplexer und anhaltender Wandlungsprozess ist, kann sie ohnehin nicht nur einen einzigen, sondern verschiedene Ausgangspunkte haben (Kollmorgen et al. 2015b, 23; O'Donnell et al. 1986, 86). Entsprechend sollte nicht ein bestimmtes politisches System als einziger möglicher Output, wie die Demokratie im Falle von Ala'Aldeen, gesehen werden. Als zweite theoretische Grundlage neben dem Konzept der Konsensdemokratie wird daher entsprechend der dargestellten Kontroverse um das Nation-Building die für die vorliegende Forschung relevante Arbeit von Hippler dienen (2004c, 2004a, 2004b, 2004d, 2005) – unter anderem deshalb, weil Hippler das Nation-Building-Konzept aus verschiedenen Perspektiven betrachtet und damit der Komplexität der Transformation eher gerecht wird:

> «Nation-Building ist einerseits ein Prozess sozio-politischer Entwicklung, der idealtypisch – meist über eine längere historische Zeitspanne – aus zuerst locker verbundenen Gemeinschaften eine gemeinsame Gesellschaft mit einem ihr entsprechenden ‹National›-Staat werden lässt. Ein solcher Prozess kann aufgrund politischer, ökonomischer, sozialer, kultureller und anderer Dynamiken in Gang kommen. Allerdings gibt es keinen Automatismus, dass solche Nation-Building-Prozesse erfolgreich verlaufen. Sie können höchst unterschiedliche Dimensionen und Instrumentarien beinhalten, etwa wirtschaftliche Verflechtung, kulturelle Integration, politische Zentralisierung, bürokratische Kontrolle, militärische Eroberung oder Unterwerfung, die Schaffung gemeinsamer Interessen, Demokratisierung und Etablierung gemeinsamer citizenship oder Repression und ‹ethnische Säuberungen›» (Hippler 2004a, 18).

Der Prozess des Nation-Building kann entweder durch interne oder durch externe Akteure zur Durchsetzung eines bestimmten Herrschaftsmodells vorangetrieben werden. Er kann somit, je nach den politischen Umständen oder Akteuren, entweder eine Entwicklungsstrategie oder eine imperiale Strategie sein (ebd., 19). Beide Begriffsanwendungen – Entwicklungsstra-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

tegie und imperiale Strategie – nehmen jedoch nicht nur verschiedene Sichtweisen auf den gleichen Gegenstand ein, sondern beinhalten auch unterschiedliche Dimensionen in Bezug auf den Zeitfaktor, die Mechanismen und Ergebnisse (ebd., 20). Bei allen Prozessen des Nation-Building gibt es allerdings Kernelemente, ohne die der Prozess langfristig nicht erfolgreich verlaufen kann. Diese sind eine gemeinschaftsbildende, überzeugungskräftige Ideologie (integrative Ideologie), die Integration der Gesellschaft und ein funktionsfähiger Staatsapparat (Staatsbildung) (ebd.). Im Folgenden werden die drei Begriffe näher betrachtet.

Integrative Ideologie: Eine grundlegende Umstrukturierung von Politik und Gesellschaft bedarf sowohl für die Rechtfertigung der Politik als auch für die soziale Mobilisierung einer besonderen Legitimierung. Der ‹Nationalismus› in seinen verschiedenen Spielarten – von seiner sinnstiftenden Herausbildung gemeinsamer nationaler Identität bis zur gewaltsamen Abgrenzung von anderen nationalen oder ethnischen Gruppen – kann als klassische Ideologie des Nation-Building gelten. Da für das erfolgreiche Nation-Building eine ‹Nation› herausgebildet werden muss, bedarf es einer gruppenübergreifenden nationalen Identität. Solange die primäre Identität und Loyalität beim Stamm, Clan oder bei einer ethnischen oder ethno-religiösen Gruppe liegt und die nationale Identitätsebene nachgeordnet bleibt oder fehlt, wird ein Nationalstaat prekär bleiben. Es können jedoch auch andere Werte- und Identitätsmuster – wie Verfassungspatriotismus, säkulare Ideologien oder Religion – eine Zeit lang an die Stelle der nationalen Identität treten und die gleiche Funktion oder Hilfsfunktion übernehmen (ebd., 20–21).

Integration einer Gesellschaft: Die zweite Voraussetzung ist die Herausbildung einer Gesellschaft aus zuvor bestehenden losen Gruppierungen. Verschiedene Gruppen in einem Staat müssen nicht nur davon überzeugt werden, dass sie zu einer gemeinsamen ‹Nation› gehören, sondern diese Vorstellung muss sich auch in der sozialen Realität wiederfinden. Dazu müssen sich die Kommunikationsmuster zwischen den sozialen Gruppen so weit verdichten, dass die Kommunikation nicht im Wesentlichen innerhalb der Gruppen stattfindet. Der Austausch zwischen den verschiedenen Gruppierungen ist ein Erfordernis für eine erfolgreiche Nationenbildung. Letztere setzt demnach eine nationale Infrastruktur voraus, beispielsweise Verkehrs- und Kommunikationswege, die Entwicklung einer ‹Nationalökonomie› aus regionalen und lokalen Wirtschaftsbereichen und landesweite Massenmedien für die Etablierung eines nationalen, politischen und kulturellen Diskurses (ebd., 22).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Staatsbildung: Eine entscheidende Komponente des Nation-Building ist die Herausbildung eines funktionsfähigen und sein Staatsgebiet tatsächlich kontrollierenden Staatsapparats. Dies impliziert, dass sich eine sich ihrer selbst bewusste Gesellschaft, wie oben skizziert, als politische Gemeinschaft konstituiert hat. Der Staat wird so, wenn er nicht bereits zuvor bestand und eine Schlüsselrolle bei der gesellschaftlichen Integration spielte, zur politischen Organisationsform einer handlungsfähigen Gesellschaft. Er braucht jedoch loyales Personal, das sich primär mit ihm und der ‹Nation› identifiziert und nicht mit einzelnen sozialen, ethnischen und religiösen Gemeinschaften. Damit ordnet Hippler die Staatsbildung zwar der Nationenbildung unter, sieht sie aber als den Schlüsselaspekt eines erfolgreichen Nation-Building (ebd., 22–23.).

Zusammengenommen ergibt sich ein erfolgreiches Nation-Building aus den erwähnten drei Kernelementen. Während bestimmte Komponenten (wie Teile der Infrastruktur) von externer Seite bereitgestellt werden können, können andere (wie das ideologische Nation-Building) kaum oder gar nicht von aussen erbracht werden. Entsprechend können externe Akteure zwar Nation-Building erleichtern oder erschweren, aber kaum jemals erzwingen oder völlig verhindern, wenn die internen Faktoren dem entgegenstehen (ebd., 23). Darüber hinaus beinhaltet jeder Prozess des Nation-Building «die Schaffung neuer politischer und gesellschaftlicher Strukturen und Mechanismen, zugleich aber die Überwindung und Zerstörung der alten. Deshalb ist er immer und notwendigerweise mit der Neuverteilung von Macht verbunden: Nation-Building hat politisch, ökonomisch und sozial Gewinner und Verlierer – und deshalb kann es auch als Mittel eingesetzt werden, um der eigenen politischen oder sozialen Gruppe Vorteile zu verschaffen» (ebd., 27).

Da das Nation-Building-Projekt ein komplexer Prozess ist, der eher Erfolg verspricht, wenn die betroffene Bevölkerung in ihren konkreten Lebensumständen praktische Verbesserungen feststellt, muss die neue ‹Nation› als Erstes das Gefühl bekommen, dass ihr neuer Nationalstaat die gesellschaftlichen Probleme in ihrem Sinne löst; ansonsten wird das Projekt kaum Erfolg haben (Hippler 2004d, 262–263). Wenn sich die Lebensumstände der Zivilbevölkerung verschlechtern oder auf einem niedrigen Niveau stagnieren, leidet die Legitimität jedes politischen Projektes, was auf Dauer nicht durch Zwangsmassnahmen ausgeglichen werden kann. Entsprechend wird das Nation-Building nur dann akzeptiert, wenn es Hoffnung auf eine bessere Zukunft weckt, die Voraussetzungen für die Demokratisierung schafft und der politische Sektor sich national vernetzt

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

(ebd., 263–264). Was die Intervention externer Akteure anbelangt, so können durch den Grundsatz der internen Unterstützung statt der externen Forcierung von Nation-Building das Risiko und das eigene Engagement in Grenzen gehalten werden, es treten weniger politische und völkerrechtliche Probleme auf und das Risiko der Selbstüberforderung wird vermieden (ebd., 260). Folgende Tabelle zeigt Dimensionen externen Nation-Buildings nach Hippler (ebd., 251–253).

Tabelle 2: Ausgewählte Dimensionen des externen Nation-Building

Ausgangspunkte	Ziele	Funktionen	Sinnvolle Mechanismen
– fragmentierte Gesellschaften und Post-Konflikt-Situationen	– Gewinnung, Ausbau oder Sicherung einer Dominanzposition – Stabilisierung einer Gesellschaft oder eines Staates – Abwendung oder Überwindung einer humanitären Katastrophe – Schaffung der Voraussetzungen für ökonomische und politische Entwicklung	– Wiederherstellung bzw. Bereitstellung technischer und sozialer Infrastruktur – humanitäre Hilfe – wirtschaftliche Entwicklung – Gewährleistung von Sicherheit – Absicherung des staatlichen Gewaltmonopols	– Capacity-Building: Stärkung von Fähigkeiten und Abläufen wirksamer Problemlösung in einer Gesellschaft – State-Building: Anwendung von Capacity-Building auf staatliche Strukturen, Verwaltungen und Regierungen – Good Governance: Verpflichtung der Regierung auf Prinzipien wie Transparenz, Korruptionsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit – soziale Integration verschiedener Gruppierungen durch Kommunikation und Kooperation – Stärkung der Zivilgesellschaft, wenn sie nicht Nation-Building entgegenwirkt – Demokratisierung und Wahlen – Friedenssicherung (Peacekeeping) – militärische Besetzung und Verwaltung

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Hipplers Konzept stellt die drei Modelle der nationalen Einheit in den Mittelpunkt, welche die meisten Staaten im Prozess der Staatsbildung durchlaufen haben: von (erstens) ethnisch differenzierten und hierarchisch organisierten über (zweitens) ihre kulturelle Vielfalt negierende Nationen zu den (drittens) heutigen pluralistisch-egalitären Modellen, die nun die nationale Einheit als Anerkennung der Vielfalt konzeptualisieren (Pfaff-Czarnecka 2004, 51). Dabei wurde in den geteilten Gesellschaften die Konkordanz- bzw. Konsensdemokratie als mögliches demokratisches Modell eingeführt (ebd., 56–57). Es ist zu erwähnen, dass im Allgemeinen die Grösse eines Landes, seine geopolitische Lage, das Verhältnis zwischen Mehr- und Minderheit und der historische Verlauf einer Koexistenz sowie die vergangenen Formen einer gesellschaftlichen Integration ausschlaggebend für den Erfolg oder Misserfolg einer Transformation sein können (ebd., 64).

2.3 Arbeitshypothesen

Die Ausführungen im theoretischen Teil der vorliegenden Forschungsarbeit haben gezeigt, dass die Konzepte von Konsensdemokratie und Nation-Building der Komplexität des Neuaufbaus des Irak und der kurdischen Selbstverwaltung in der ARK durchaus gerecht werden können. Sowohl für die Konsensdemokratie als auch für das Nation-Building ist es ausschlaggebend, dass die angestrebte Neuordnung auf einem Konsens basiert und keine Teile der Gesellschaft ausschliesst. Es müssen alle religiösen, ethnischen und konfessionellen Gruppierungen integriert werden, damit der neue Staat funktionsfähig sein kann. Zu diesem Zweck muss eine gruppenübergreifende nationale Identität entstehen, die zu einer Willensnation führt, die in erster Linie dem Nationalstaat gegenüber loyal ist, ohne dabei die lokalen oder kommunalen Identitätsmuster verleugnen zu müssen oder gar zu verlieren. In Anlehnung an Hippler kann das Nation-Building-Projekt allerdings nur dann erfolgreich verlaufen, wenn es Hoffnungen auf eine bessere Zukunft weckt, die Voraussetzungen für die Demokratisierung schafft und der politische Sektor sich national vernetzt.

Der neue Nationalstaat in den fragmentierten Gesellschaften darf damit auf keinen Fall ein ‹Leviathan› sein, der alles kontrolliert. Im Irak scheiterte eine solche Staatsform schon einmal. Kurz gesagt, es muss eine Konsensnation entstehen, die sich mit dem neu entstandenen Nationalstaat identifiziert und primär diesem gegenüber loyal ist. Das Schweizer Konsensmo-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

dell – das Karl Deutsch bereits 1976 als «pragmatischen Fall politischer Integration» ansah, weil im Jahr 1848 der Aufbau einer Nation gelang, obwohl es kaum eine gesamtschweizerische Gesellschaft gab (Mueller & Linder 2017, 25) – zeigt, dass die heutige Schweiz ohne die Einführung einer zweiten Kammer und der Dezentralisierung womöglich nicht hätte entstehen können (ebd., 39–40). Ein föderales System ohne zweite Kammer ist lückenhaft und nicht vermittelbar (Riescher et al. 2010; Riescher & Russ 2010, 507 ff.). «Richtig konstruiert diversifizieren sie Repräsentation und verbreitern die Legitimation von Politik, wie es keine andere Verfassungsvorkehrung vermag. Wenn es sie nicht gäbe, müßten sie erfunden werden», so Schüttemeyer und Sturm (1992, 536) zu den zweiten Kammern. Dementsprechend ist es unabdingbar, dass die Konsensdemokratie die Voraussetzungen des Föderalismus – nämlich Dezentralisierung und Zweikammersystem – erfüllt.

Aus diesen Überlegungen zur Konsensdemokratie und zum Nation-Building-Konzept heraus sowie in Anlehnung an die theoretischen Rahmenbedingungen wird für den Zeitraum 2003–2018 von den folgenden Hypothesen ausgegangen:

1. Der Nation-Building-Prozess in der Autonomen Region Kurdistan ist als erfolgreich abgeschlossen zu beurteilen, wenn mindestens die ersten zwei Voraussetzungen nach Hippler (integrative Ideologie und Integration einer Gesellschaft) erfüllt sind.
2. Der Nation-Building-Prozess in der ARK ist als gescheitert zu beurteilen, wenn die ersten zwei Voraussetzungen nach Hippler (integrative Ideologie und Integration einer Gesellschaft) nicht erfüllt sind.
3. Der Nation-Building-Prozess im Irak ist als gescheitert zu beurteilen, wenn er von der ARK nicht getragen wird.
4. Das Konzept der Konsensdemokratie bietet keinen Lösungsansatz für den Irak und die Kurdenfrage, wenn die Säulen des Föderalismus (Dezentralisierung und Bikameralismus) nicht vorhanden sind.
5. Das Konzept einer föderalistischen Konsensdemokratie stellt einen möglichen Ansatz für den Irak und die Lösung der Kurdenfrage dar.

2.4 Quellen und Methode

Um die Hauptfragen der Forschungsarbeit möglichst prägnant beantworten zu können, wurden mehrere Reisen in die ARK unternommen. Dabei wurden unter anderem im Oktober 2019 mehrere Zentralen verschiedener kur-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

discher Parteien, Organisationen, Medienschaffender und Archive besucht. Mit Dutzenden von Persönlichkeiten, darunter auch zum Teil jenen, die im März 2020 interviewt wurden, wurden im Oktober 2019 erste Kontakte geknüpft. Der Austausch und das Vertrauen wurden nicht zuletzt dadurch ermöglicht, dass der Verfasser der Arbeit die kurdische Sprache beherrscht und das irakische Kurdistan seit mehreren Jahren regelmässig besucht. Entsprechend konnte für das vorliegende Forschungsprojekt auf wichtige Dokumente und Quellen zurückgegriffen werden, die das Fundament für eine möglichst breite Analyse der Entwicklung der Kurdenfrage in der ARK und im Irak bilden. Zu erwähnen ist, dass alle Primärtextpassagen in der Arbeit, sei es in Form von Zitaten oder Paraphrasen, vom Verfasser übersetzt wurden. Ebenso wurden alle Tabellen, Abbildungen und Anhänge, die keine Quellenangaben aufweisen, vom Verfasser der Arbeit erstellt. Ein Überblick über die Umschrift der arabischen und kurdischen Alphabete bzw. Vokale findet sich in Anhang 1.

Die Forschungsarbeit ist folgendermassen gegliedert: Für die eingehende Literatur- und Quellenanalyse wurden einerseits die Forderungen und Positionierungen der DPK und der PUK als Hauptparteien in der ARK berücksichtigt, wie sie in ihren Zeitungen «Xebat» (‹Kampf›) und «Kurdistani Nwe» (‹Neues Kurdistan›) gegenüber der Zentralregierung in Bagdad sowie in ihrer Politik in der ARK geäussert wurden. Andererseits wurden einflussreiche Politiker aus den Reihen der verschiedenen kurdischen Parteien, die seit mindestens drei Dekaden Politik betreiben, Politbeobachter und die Chefredakteure der beiden erwähnten Zeitungen interviewt (vergleiche dazu Anhang 2).

Das Ziel dieser Vorgehensweise ist es, möglichst viele bis anhin in der Literatur nicht berücksichtigte Positionen und Vorstellungen der kurdischen Elite im Nordirak herauszuarbeiten. Zudem werden dadurch das mögliche kurdische Nation-Building und die irakische Konsensdemokratie aus einem neuen Blickwinkel betrachtet. Die Performanz und die Arbeit der kurdischen Regierungen und Parteien in der ARK werden untersucht, um zu Schlussfolgerungen über die kurdische Selbstverwaltung im Nordirak zu gelangen. Um eine ausreichend lange Zeitspanne für die Beantwortung der Fragestellung und die Beurteilung der politischen Prozesse in der ARK und im Irak erfassen zu können, wird im vorliegenden Forschungsprojekt der Zeitraum zwischen den Jahren 2003 und 2018 untersucht. Wichtige punktuelle Ereignisse in der ARK und im Irak bis zum letzten Tag der Datenaufnahme für diese Monografie am 1. März 2020 – beispielsweise der Parteikongress der PUK oder der Aufstand der irakischen Bevölkerung in

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

den Provinzen des Mittel- und Südirak – werden ebenfalls berücksichtigt, um mögliche weitere Entwicklungen in der ARK und im Irak einschätzen zu können.

Bezüglich der Zeitungsquellen ist Folgendes zu erwähnen: «Xebat» ist seit den 1950er Jahren das Sprachrohr der DPK (Naqshbandy 2019) und gilt als die offizielle Zeitung der Partei. Sie erschien unter unterschiedlichen Namen in kurdischer sowie in arabischer Sprache. Seit 2003 wird sie täglich in kurdischer Sprache herausgegeben (http://xebat.net/ku/). «Kurdistani Nwe» ist seit 1992 die Zeitung der PUK und erscheint ebenfalls täglich in kurdischer Sprache (https://knwe.org/). Eine fruchtbare Grundlage für die Beurteilung der kurdischen Selbstverwaltung und die Entwicklung der Kurdenfrage im Irak stellen neben den Parteizeitungen der DPK und der PUK die unabhängigen Mediennetzwerke «Hawlati» (‹Bürger›) (https://hawlati.co/) und «Awene» (‹Spiegel›) (https://www.awene.com/) dar. Diese Mediennetzwerke sind in der ARK für ihre professionelle und investigative Arbeit sehr angesehen (Ala'Aldeen 2013, 241). In der vorliegenden Arbeit wurde «Hawlati» von 2003 bis zu ihrer Schliessung im Februar 2016 (aufgrund finanzieller Engpässe) und seit ihrer Wiederaufnahme im April 2018 berücksichtigt. Um die Lücke der Jahre 2016–2018 schliessen zu können, wurde «Awene» für die Zeit vom März 2016 bis April 2018 in die Untersuchung aufgenommen. «Hawlati» gibt es seit 2000 und «Awene» seit 2006, deshalb wurde in erster Linie «Hawlati» herangezogen. Die beiden Zeitungen erschienen phasenweise täglich, zweimal in der Woche oder wöchentlich.

Zu erwähnen ist, dass der Verfasser der Arbeit sowohl im Oktober 2019 als auch im März 2020 die Redakteure der Zeitungen «Xebat», «Kurdistani Nwe» und «Hawlati» besucht hat. Bei den Interviews wurde darauf geachtet, dass Persönlichkeiten aus allen wichtigen kurdischen politischen Lagern, die bis 2018 in der ARK oder in den Reihen der kurdisch-nationalistischen Bewegungen aktiv waren, in der Arbeit vertreten sind. Neuere Gruppierungen wurden unter anderem deshalb nicht kontaktiert, weil sie zwischen 2003 und 2018 nicht Teil der kurdischen Selbstverwaltung und des irakischen Neubeginns waren. Hinsichtlich der Zeitungen ist anzumerken, dass der Verfasser dieser Arbeit auf die gesamte Datenbank von «Kurdistani Nwe» für die Jahre 2003–2018, von «Hawlati» für den Zeitraum 2003–2016 sowie ab 2018 und von «Awene» für die Jahre 2016–2018 zurückgreifen konnte. Bei «Xebat» fehlten allerdings die Daten für 2003 und 2005. Auch für einige andere Jahre gab es bei «Xebat» hin und wieder Unvollständigkeiten. Um diese Lücken schliessen zu können, bezieht sich diese Arbeit auf

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ein Buch der DPK (Naqshbandy 2019), das die Geschichte der Zeitungen der Partei von 1959 bis 2019 dokumentiert. Dabei wurden aus der Sicht der Partei bedeutsame Zeitungsartikel ab 1994 abgebildet (ebd.). Dies hilft die besonders wichtigen Ereignisse gemäss den Positionen der DPK bzw. der Redaktion von «Xebat» zu verstehen.

Methodisch handelt es sich bei der vorliegenden Forschungsarbeit um eine qualitative Einzelfallstudie, die anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse durchgeführt wird. Eine Fallstudie (Case Study) repräsentiert einerseits eine umfassende Forschungsmethode, die ein gegenwärtiges Phänomen (einen Fall) eingehend und in seinem realen Kontext tiefgründig untersucht, insbesondere wenn die Grenzen zwischen dem Phänomen und dem Kontext möglicherweise nicht klar erkennbar sind (Yin 2018, 17 ff.). Andererseits erlaubt diese Methode den Einsatz verschiedener Datenquellen (ebd.). «Die Qualifikation der Einzelfallanalyse als Forschungsstrategie beruht darauf, dass sie durch kein spezielles Erhebungs- oder Auswertungsverfahren, sondern vielmehr durch ein umfassendes Forschungsdesign mit dem Ziel eines Tiefenverständnisses des Falls gekennzeichnet ist» (Hering & Jungmann 2019, 619). So gesehen muss eine qualitative Einzelfallstudie nicht unbedingt eine Methode im strengen Sinne darstellen, sondern ein Verfahren, in dem verschiedene Methoden kombiniert werden. Welche Methoden dies sind, hängt von der Forschungsfrage ab (Brüsemeister 2008, 55).

Ein Fall kann (a) eine Person (z. B. Martin Luther), (b) eine Gruppe (z. B. eine Familie), (c) eine Organisation (z. B. ein Unternehmen), (d) ein gesellschaftliches Teilsystem (z. B. das Gesundheitssystem Englands im 19. Jahrhundert) oder (e) ein Ereignis plus einer der anderen Sachverhalte (z. B. der Fall der Mauer plus die Massnahmen, die eine Organisation – etwa die Berliner Polizei – traf) sein (Brüsemeister 2008, 58). Für die Einzelfallstudien können zudem laut Hering und Jungmann (2019) drei Idealtypen wissenschaftlicher Forschungsinteressen analytisch unterschieden werden, die einander je nach Fall häufig ergänzen:

1. Der per se interessante Fall: Es gilt, das neue und unbeschriebene Phänomen zunächst einmal in allen Facetten möglichst erschöpfend darzulegen und so den sozialwissenschaftlichen Debatten zugänglich zu machen. Bei diesem Typus ist eine Begründung des Neuen, Interessanten am Fall notwendig.
2. Erkenntnisinteressen in Bezug auf bestehende Theorien verschiedener Reichweiten: Hierbei ist der Gegenstand für einen theoretischen Diskurs

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

von Interesse, entweder weil er diesem einen neuen Aspekt hinzufügt, bestehende Vorstellungen infrage stellt oder ein besonders typisches Beispiel für diesen ist. Der Fall wird demnach zu bestehenden Theorien unterschiedlicher Reichweiten – also in Bezug zu Konzepten über ein lokales Handlungsfeld bis hin zu gesellschaftsweit tragenden Begrifflichkeiten – in Relation gesetzt.

3. Erkenntnisinteressen in Bezug auf ein umfassenderes Forschungsdesign oder bereits bestehende Einzelfallstudien: Hier steht der Wechsel von Fallvergleich und Fallkontrastierung im Fokus der Analyse, also das Verhältnis des Einzelfalls zu einem oder mehreren konkreten anderen Fällen (Hering & Jungmann 2019, 620).

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um den Fall (e) nach Brüsemeister (2008) bzw. (2) nach Hering und Jungmann (2019), der im Hinblick auf einen spezifischen theoretischen Diskurs einen neuen Aspekt thematisieren möchte (ebd., 622). So werden die irakische Konsensdemokratie bzw. der irakische Neubeginn ab 2003 im Kontext des möglichen Nation-Building-Prozesses in der ARK und der Entwicklung der Kurdenfrage im Irak thematisiert. Dabei wird vertieft analysiert, wie sich die kurdische Frage in der ARK und im Irak entwickelt hat, um Schlussfolgerungen darüber ziehen zu können, ob der irakische Fall überhaupt als Konsensdemokratie bezeichnet werden kann. Dadurch kann zudem beurteilt werden, ob ein Nation-Building-Prozess in der ARK in Gang gesetzt wurde, die kurdische Elite ein gemeinsames Konzept für die ARK und den Irak hatte und wie die Kurdenfrage im Irak womöglich grundsätzlich gelöst werden kann. Das Besondere an einer Einzelfallstudie ist der Fokus auf den Einzelfall: Nur so kann vertieft einer Frage nachgegangen und eine Problematik umfangreich analysiert werden. Das ist gerade für die vorliegende Fragestellung relevant, da, wie im Theorieteil besprochen wurde, sich die politischen Systeme und Strukturen der einzelnen Staaten grundlegend unterscheiden – und zwar auch dann, wenn sie einer einzelnen Kategorie (beispielsweise der Konsensdemokratie) zuordenbar sind.

Als Forschungsdesign wird ein lineares Vorgehen ausgewählt, bei dem die Abgrenzung des Falles mit einem relativ feststehenden Forschungsdesign mit konkretem Sampling-Plan einhergeht, der meist einem Ablauf aus der Festlegung der Forschungsfrage und des Designs, der Datenerhebung und Auswertung sowie der anschliessenden theoretischen Verallgemeinerung folgt (Hering & Jungmann 2019, 624). Mayring (2020, 2) ist der Ansicht, dass qualitativ orientierte Untersuchungsanlagen einer ebenso genau-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

en Untersuchungsplanung bedürfen wie quantitative Forschungen, da das Verfahren nur dann durchsichtig und nachvollziehbar wird, wenn es sich an einen Untersuchungsplan hält (ebd.). Dadurch kritisiert Mayring jene Methodendebatten, die davon ausgehen, dass qualitativ orientierte Ansätze keine festen methodischen Regeln kennen und frei gestaltbar sind (ebd.). So wird in der Literatur im Allgemeinen davon ausgegangen, dass die quantitative Forschung versucht, die Subjektivität der Forschenden weitgehend auszuschalten, indem sie den Forschungsprozess linear organisiert, die theoretische Reflexion an den Anfang des Prozesses stellt und dann die Forschung in einzelne Arbeitsschritte aufteilt (Baur & Blasius 2019, 7). Die qualitative Forschung jedoch geht den umgekehrten Weg: Sie setzt bei der Erkenntnis an, dass eine vollkommene Ausschaltung der Subjektivität der Forschenden nicht möglich ist und die Gegenstände sich permanent verändern, und sie betont, dass die Subjektivität der Forschenden auch eine wesentliche Forschungsressource ist (ebd., 8). Denn ohne ein Grundverständnis von einer Gesellschaft zu haben, ist es gar nicht möglich zu verstehen, was eben in dieser Gesellschaft passiert (ebd.). Unter ‹Objektivität› wird der Versuch der Forschenden verstanden, ihr methodologisches Vorgehen zu reflektieren und nachvollziehbar offenzulegen (ebd.).

So gesehen gibt es in der qualitativen im Gegensatz zur quantitativen Forschung im Bereich der Gütekriterien keine einheitliche Diskussion über einen allgemein akzeptierten Kriteriensatz. Vielmehr wird die Debatte gemäss Flick (2019, 473) in verschiedener Weise für unterschiedliche Bereiche und Forschungsansätze geführt. Während zuvor für die Bestimmung der Güte qualitativer Forschung die ‹klassischen› Kriterien (Validität, Reliabilität, Objektivität) verwendet wurden, werden in der neueren Forschung andere Aspekte diskutiert (Flick 2020, 4–5). Tracy (2010) präsentiert acht Merkmale, die ihr zufolge eine zielführende Grundlage für hochwertige qualitative Forschung darstellen: «(a) worthy topic, (b) rich rigor, (c) sincerity, (d) credibility, (e) resonance, (f) significant contribution, (g) ethics, and (h) meaningful coherence» (ebd., 839). Die einzelnen Kriterien beschreibt Tracy sowohl in einer Tabelle (ebd., 840) als auch in ihrer Analyse detailliert. Eine Auswahl dieser Punkte gibt einen Eindruck von der Argumentation Tracys:

(a) Würdiges Thema: Das Thema der Forschung ist relevant, zeitnah, signifikant und interessant.
(c) Aufrichtigkeit: Die Studie zeichnet sich aus durch Selbstreflexivität über subjektive Werte, Vorurteile und Neigungen der Forschenden.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

(d) Glaubwürdigkeit: Die Forschung ist gekennzeichnet durch dichte Beschreibung und konkrete Details.
(f) Signifikanter Beitrag: Die Forschung leistet einen wesentlichen Beitrag in konzeptioneller bzw. theoretischer, praktischer und moralischer Hinsicht.

Das Problem bei Tracys Merkmalen ist jedoch, dass keine Grenzwerte definiert werden, welchen Wert «worth», «rigor», «credibility» oder «sincerity» haben sollten, damit eine Studie diese Kriterien erfüllt (Flick 2020, 13).

Wie oben erwähnt, wird in der vorliegenden Untersuchung mit einem linearen Forschungsdesign gearbeitet, das insbesondere einen klaren Plan von der Forschungsfrage bis zur Ergebnisanalyse verfolgt. «Unter Design wird dabei die Untersuchungsanlage, die Logik der Studie, die Art und Weise, wie die wissenschaftliche Fragestellung angegangen wird, verstanden» (Mayring 2020, 3). Kleining (1982, 221 ff.) unterscheidet drei Methodologien, die in der qualitativen Forschung zum Einsatz kommen, nämlich die erklärende, die beschreibende und die entdeckende Methode. Der lineare Forschungsverlauf folgt seiner Ansicht nach dem Ideal erklärender Forschung (ebd., 227). Er arbeitet mit aufeinanderfolgenden Schritten, ausgehend von der Aufgabenstellung bis hin zur Prüfung der Ergebnisse und der Berichterstattung (ebd.). Das lineare Design ist, wie Abbildung 2 zeigt, ein deduktiv-theoriegeleitetes Verfahren.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

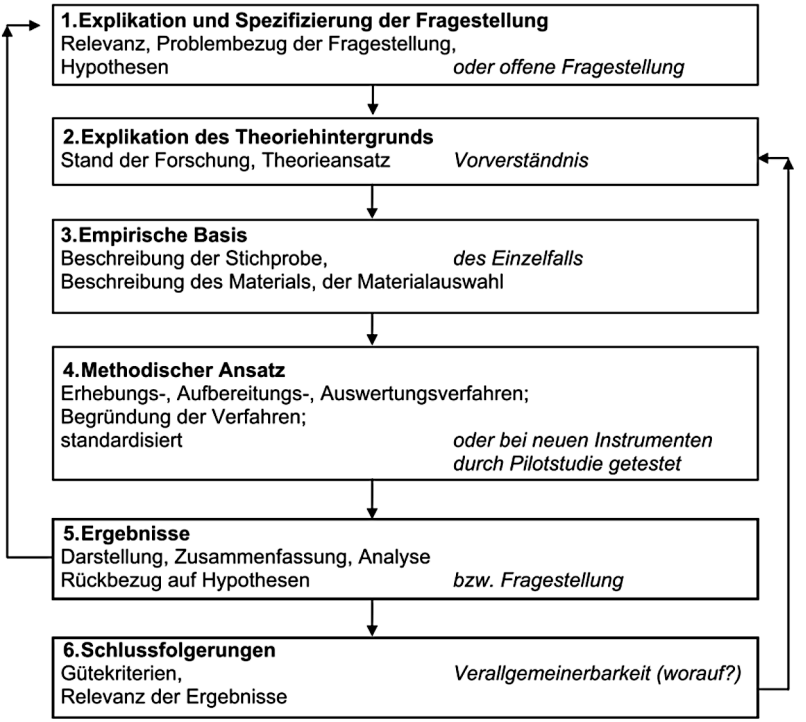
Abbildung 2: Die drei Methodologien nach Kleining (1982, 226)

	Erklärende Methodologien	Beschreibende Methodologien	Entdeckende Methodologien
Verfahren	Deduktiv, hypothesenprüfend	Induktiv, interpretativ	Dialektisch, dialogisch, explorativ
Abstraktionsniveau/ Datenform	Qualitativ und quantitativ	Qualitativ und quantitativ	Qualitativ und quantitativ
Zeit, Kosten	Planbar	Planbar	Nicht immer vorhersehbar, Veränderung nach Wissensstand möglich
Ergebnisse	Hypothese wird bestätigt oder verworfen	Forschungsgegenstände werden interpretativ beschrieben	Struktur der Forschungsgegenstände wird aufgeklärt
Positiv	Klares Ergebnis: ja/nein, scheinbar objektiv	Beschreibung kann plausibel sein, affirmativ	Aha-Erlebnis, neue Erkenntnis, intersubjektiv
Negativ	Hypothesenabhängig, latent subjektiv. Relevanzproblem	Nichts grundsätzlich Neues, Einseitigkeit. Subjektivitätsproblem	Entdeckung gelingt nicht. Risiko des Nicht-Findens

Das von Flick (2002, 73) entwickelte Forschungsdesign unterscheidet zwischen einem linearen und einem zirkulären Design, wobei er die quantitativ orientierte Forschungslogik als linear kritisiert. Mayring (2020, 5) hingegen entwirft ein allgemeines Design (siehe Abbildung 3), das seiner Meinung nach sowohl für die qualitative als auch für die quantitative Methode geeignet ist. Dabei knüpft er an den zentralen Stationen des Forschungsprozesses an, wie sie in der quantitativ orientierten Methodenliteratur postuliert werden, erweitert sie aber so, dass auch qualitativ orientierte Forschung einbeziehbar ist, und fügt die für qualitative Forschung wesentlichen Rückkopplungsschleifen ein (ebd.). Die vorliegende Arbeit berücksichtigt das allgemeine Design von Mayring (2020) insofern, als das Vorgehen dem linearen Modell ähnelt und einen klaren Forschungsablauf befolgt.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Abbildung 3: Grunddesign qualitativer (und quantitativer) Forschung nach Mayring (2020, 5)



Da jedoch die Auswahl des Studientyps und des Designs die grundsätzliche Herangehensweise definiert, ohne dabei eine konkrete methodische Anwendung vorzuschreiben, sollte auch eine passende Methode für die Einzelfallstudie ausgewählt werden (Mayring 2020, 8). Die Einzelfallanalyse erlaubt es, verschiedene Daten nutzbar zu machen. Es können sowohl standardisierte als auch nichtstandardisierte Daten verwendet werden (Hering & Jungmann 2019, 624). Relevant ist jeweils der Gewinn für das Tiefenverständnis des Falles bzw. das Erkenntnisinteresse; so stellen unter anderem Archivdaten, Dokumente, qualitative Interviews, Statistiken, Umfragen, aber auch Bild- und Tonmaterialien sowie Objekte aller Art mögliche Informationsquellen dar (ebd.). Aufgrund der Tatsache, dass in der vorliegenden Forschung sowohl mit Zeitungsartikeln als auch mit Interviews und anderen Quellen gearbeitet wird, ist die geeignete Methode die qua-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

litative Inhaltsanalyse. Sie stellt eine Auswertungsmethode dar, um Texte zu bearbeiten, die im Rahmen sozialwissenschaftlicher Forschungsprojekte in der Datenerhebung anfallen, z. B. Transkripte offener Interviews, offene Fragen aus standardisierten Befragungen, Beobachtungsprotokolle aus Feldstudien, Dokumente, Akten, Zeitungsartikel und Internetmaterialien (Mayring & Fenzl 2019, 633).

Die qualitative Inhaltsanalyse will beide Wortbestandteile, ‹qualitativ› und ‹Inhalt›, ernst nehmen: Während der Begriff ‹Inhaltsanalyse› suggeriert, dass es nur um ‹Inhalte› geht, stellt die qualitative Inhaltsanalyse das qualitativ-interpretative Umgehen mit den Texten dar (ebd., 634). Bei Letzterem besteht das Vorgehen aus zwei Schritten: «In einem ersten Schritt werden induktiv am Material entwickelte oder vorab theoriegeleitet-deduktiv postulierte Kategorien einzelnen Textpassagen zugeordnet. In einem zweiten Schritt wird dann analysiert, ob bestimmte Kategorien mehrfach Textstellen zugeordnet werden können. Aus diesem Grund wäre die Bezeichnung ‹qualitativ orientierte kategoriengeleitete Textanalyse› wohl der bessere Begriff» (ebd.). Die Grundprinzipien der kategoriengeleiteten, qualitativ orientierten Textanalyse sind gemäss Mayring und Fenzl (2019, 635–637) die folgenden:

1. Das Material wird in ein Kommunikationsmodell eingeordnet, in dem Textproduzenten und Textwirkungen sowie Zielgruppen des Textes eruiert werden. Es geht also nicht um eine Textanalyse per se, sondern um Schlussfolgerungen über den Text hinaus.
2. Die qualitative Inhaltsanalyse geht streng regelgeleitet vor, statt ‹freie› Interpretationen zu kreieren.
3. Die Systematik der Inhaltsanalyse zeigt sich darin, dass vorab Analyseeinheiten definiert werden. Die Kodiereinheit legt den kleinsten Textbestandteil fest, der ausgewertet werden darf; die Kontexteinheit bestimmt, welche Informationen für die einzelne Kodierung herangezogen werden dürfen; und die Auswertungseinheit definiert die Materialportion, der ein Kategoriensystem gegenübergestellt wird.
4. Der Grundvorgang besteht in der regelgeleiteten Zuordnung von (entweder induktiv am Material entwickelten oder deduktiv-theoriegeleitet vorab aufgestellten) Kategorien zu konkreten Textstellen. Dabei müssen die Regeln im endgültigen Materialdurchgang konstant gehalten werden (lineares Modell).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

5. Wie auch in der quantitativen Inhaltsanalyse sollten vorab die inhaltsanalytischen Einheiten festgelegt werden. Das Verfahren entspricht der Systematik der Inhaltsanalyse im Punkt 3.
6. Dadurch kann gewährleistet werden, dass inhaltsanalytische Gütekriterien sinnvoll überprüfbar sind. Zentrale Gütekriterien sind dabei die Intra- und die Interkoderübereinstimmung. Die Intrakoderübereinstimmung wird ermittelt, indem nach Abschluss der Analyse noch einmal von Beginn an ausgewertet wird, ohne die vorher zugeordneten Kategorisierungen anzusehen. Sie ist ein Indikator für die Stabilität des Vorgehens und damit ein Reliabilitätsmass. Für die Überprüfung der Interkoderübereinstimmung, die ein Kriterium für die Objektivität des Verfahrens darstellt, wird ein zweiter Kodierer herangezogen.

Die Techniken der qualitativen Inhaltsanalyse orientieren sich je nach Fall an den Vorgängen der Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung (Mayring & Fenzl 2019, 637). Als technisches Modell wird der vorliegenden Arbeit die strukturierte qualitative Inhaltsanalyse dienen. «Bei den strukturierenden qualitativen Inhaltsanalysen handelt es sich um deduktive Kategorienanwendungen, bei denen das Kategoriensystem vorab theoriegeleitet entwickelt und dann an den Text herangetragen wird» (ebd., 638). Dabei wird zwischen einfachen Kategorienlisten (nominales Skalenniveau) und ordinal geordneten Kategoriensystemen (z. B. viel – mittel – wenig) unterschieden. Mit beiden können dann komplexere quantitative Analysen durchgeführt werden. Ein zentrales Hilfsmittel stellt dabei der Kodierleitfaden dar, der für jede Kategorie eine Definition, typische Textpassagen als Ankerbeispiele und Kodierregeln zur Abgrenzung zwischen den Kategorien enthält (ebd.). Der Kodierleitfaden wird zunächst theoriegeleitet entwickelt und in einer Pilotphase am Material weiter ausgebaut und ergänzt. Die Regeln werden in Tabellenform zusammengestellt. Anhand des Kodierleitfadens wird dann bestimmt, wann welche Kategorie einer Textstelle zuzuordnen ist (ebd.).

Gemäss Kelle und Kluge (2010, 109) ist die Auswertung der qualitativen Daten zeitaufwendiger als die statistische Datenanalyse, und kaum ein qualitatives Forschungsprojekt könne hinsichtlich der untersuchten Fallzahlen mit einer quantitativen Studie konkurrieren. Entsprechend ist es insbesondere bei Einzelfallstudien – die zusätzlich das Problem der Verallgemeinerbarkeit haben – von Bedeutung, dass unter Rückgriff auf abstraktere Kategorien, Begriffe oder Zusammenhänge, welche die Analyse des Einzelfalls nahelegen, vorgegangen wird (ebd.). Denn Verallgemeinerbarkeit wird hier

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nicht durch statistisches Schliessen von einer Zufallsstichprobe auf eine umfassendere Grundgesamtheit erreicht, sondern vielmehr unter anderem durch theoriegeleitete Erkenntnisse, die sich entweder mit den Ergebnissen vorhergehender Forschungen kompatibel zeigen oder bestehende Verallgemeinerungen als unzulässig identifizieren (Hering & Jungmann 2019, 626–627). Wie bereits erwähnt, wurden in der vorliegenden Forschungsarbeit verschiedene Datentypen berücksichtigt, damit möglichst genaue Aussagen über die Konsensdemokratie, die Entwicklung der Kurdenfrage im Irak und den Nation-Building-Prozess in der ARK getroffen werden können. Zusätzlich sollen hiermit sowie durch konkrete und transparente Vorgehensweisen unter anderem die Gütekriterien der qualitativen Forschung so weit wie möglich erfüllt werden (Flick 2019, 485).

Die Auswahl von Zeitungsartikeln als eine der Hauptquellen der vorliegenden Forschung führt dazu, dass es – wenn die Zeitungen und der Untersuchungszeitraum bestimmt sind – klar zu definieren gilt, was das interessierende Material ist und wie dieses analysiert werden soll (Klein 2014, 2019; Taddicken 2019). Die vorliegende Arbeit ist in erster Linie daran interessiert zu eruieren, welche Themen auf den Titelseiten von «Xebat» und «Kurdistani Nwe» dargestellt wurden: Worüber haben die Zeitungen an dieser herausragenden Stelle berichtet? Wie standen sie der Konsensdemokratie und der Entwicklung der Kurdenfrage im Irak gegenüber? Wie haben sie übereinander und über die kurdische Selbstverwaltung berichtet? Tabelle 3 stellt den Kodierleitfaden gemäss der strukturierten qualitativen Inhaltsanalyse dar. Mit seiner Hilfe lässt sich erforschen, ob die beiden Parteien ein gemeinsames Konzept für den Irak und die ARK hatten oder nicht. Weiter kann überprüft werden, wie die Beziehung der beiden Parteien zueinander und zu Bagdad war. Ferner ermöglicht das Verfahren, der Frage nachzugehen, wie sich die Kurdenfrage im Irak und in der ARK im Laufe der Zeit entwickelt hat.

Die Zeitungsartikel von «Hawlati» und «Awene» dienen als Vergleichspunkte, um zu überprüfen, ob sie die gleiche Vorstellung zu den ausgewählten Themen vertreten wie die DPK und die PUK oder nicht. Zudem kann anhand der beiden Zeitungen eine differenzierte Analyse der Kurdenfrage im Irak und in der ARK geleistet werden. Da sich jedoch die Analyse der Zeitungsartikel von 2003 bis 2018 auf eine lange Zeitperiode bezieht, wird eine Stichprobe in Form von ‹künstlichen Quartalen› gezogen – unter anderem deshalb, weil eine ‹künstliche Woche›, wie sie in der Literatur empfohlen wird (Klein 2014, 843; 2019, 1151; Taddicken 2019, 1160), aufgrund des weit gefassten Zeitrahmens kaum zu bewältigen wäre. Zu erwähnen

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ist, dass bedeutsame Ereignisse wie Wahlen, Streitigkeiten zwischen den Parteien usw. ausführlicher behandelt werden als Themen, die für die vorliegende Arbeit kaum Bedeutung haben. Als Angaben werden in der Arbeit jeweils der Name der Zeitung, das Erscheinungsdatum und die Nummer der Zeitung sowie die Seitenzahl aufgeführt.

Interviews gehören zu den gängigsten Verfahren der qualitativen Forschung (Mey & Mruck 2019, 2). Das Interview wird als eine Interaktions- und Kommunikationssituation bezeichnet, in der unter den konkreten Bedingungen des Umfelds, der Interaktionsdynamik und des persönlichen Verständigungsprozesses zwischen den am Interview Beteiligten eine spezifische und kontextgebundene Version einer symbolischen Welt erzeugt wird (Helfferich 2019, 671). In Anbetracht der langen Liste von möglichen Interviewverfahren, die sich teilweise überschneiden und recht unscharf formuliert sind, ist es für den Forscher schwierig, sich für eine Variante zu entscheiden (Mey & Mruck 2019, 10). Grundsätzlich kann jedoch zwischen Leitfaden- und Experteninterviews unterschieden werden. «Leitfadeninterviews gestalten die Führung im Interview über einen vorbereiteten Leitfaden, Experteninterviews sind definiert über die spezielle Auswahl und den Status der Befragten» (Helfferich 2019, 669).

Für die hier vorgelegte Forschung wurden Leitfäden erstellt, um das jeweilige Interview so offen wie möglich und so strukturiert wie nötig zu gestalten (Helfferich 2019, 670). Zudem wurde ein einziger Leitfaden entwickelt, der allen Interviews zugrunde gelegt wurde, um so die einzelnen Ergebnisse gut miteinander vergleichen zu können (ebd., 675). Dem Anhang 3 können die schriftlich festgehaltenen Leitfäden bzw. Interviewfragen entnommen werden, die nach dem erwähnten Prinzip ‹so offen wie möglich und so strukturiert wie nötig› erstellt wurden (ebd., 676 ff.). Nicht in die Frageliste aufgenommen wurden Begrüssungsformeln und mögliche Anonymisierungsfragen. Zu bemerken ist, dass aufgrund des Coronavirus im März 2020 nur neun der elf Interviewten mündlich und zwei schriftlich befragt wurden. Dies hatte zur Folge, dass bei beiden schriftlichen Interviews weniger Effekte erzeugt werden konnten. Vergleichende Untersuchungen zu den Auswirkungen des Erhebungsmodus zeigen, dass persönliche Befragungen stärkere Interviewereffekte hervorrufen als beispielsweise telefonische Umfragen (Jedinger & Michael 2019, 367). «Unter Interviewereffekten versteht man allgemein systematische Unterschiede zwischen den Befragten, die durch die wahrgenommenen Eigenschaften oder das Verhalten des Interviewers entstehen» (ebd., 365).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Bezüglich der Fragenformulierung hat sich mittlerweile die Erkenntnis verfestigt, dass neben individuellen Fertigkeiten wie informellem Wissen, persönlicher Erfahrung oder Begabung in zunehmendem Masse die Rezeption und Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse wesentlich zur Optimierung von Fragebögen beitragen können (Porst 2014, 687). In der vorliegenden Forschung wurden die Fragen so formuliert, dass sie einfache und keine zweideutigen Begriffe aufweisen, damit sie von allen Befragten in gleicher Weise verstanden werden. Zudem wurde darauf geachtet, komplexe, hypothetische und suggestive Fragen zu vermeiden. Auch Fragen mit doppelten Stimuli, Verneinungen und Unterstellungen wurden nicht gestellt. Dabei wurde den zehn Geboten der Fragenformulierung nach Porst gefolgt (Porst 2014, 689 ff.).

Die Audioaufnahmen der Interviews, die mithilfe eines Diktiergerätes aufgenommen wurden, hat der Verfasser dieser Arbeit transkribiert und anschliessend übersetzt. Dies gilt auch für die schriftlichen Interviews. Dabei wurden nichtsprachliche Elemente wie Pausen, Betonung, Akzente usw., obwohl sie relevante Details zum Verständnis des Textes liefern können (Dresing & Pehl 2020, 4), nicht berücksichtigt – unter anderem deshalb, weil schriftliche und mündliche Interviews gleich behandelt werden sollen. Übersetzt wurde zudem nicht wortwörtlich, sondern es wurden nur jene Teile detailliert dargelegt, die eine Antwort auf die gestellten Fragen in Bezug auf die Forschungsfrage beinhalteten. So werden im Arbeitsschritt der Transkription im Allgemeinen stets selektiv nur bestimmte Aspekte der Aufnahme festgehalten (ebd.). Die Selektivität von Transkripten kann positive Aspekte aufweisen: «Zwar könnten Transkripte eine soziale Situation nie allumfassend repräsentieren, gerade der selektive Charakter helfe dabei, sich auf bestimmte Ausschnitte zu fokussieren» (ebd.). Wichtig ist beim Vorgang der Transkription jedenfalls, dass sie theoriegeleitet erfolgt (ebd.).

Es wäre jedoch falsch zu erwarten, dass Transkripte bzw. Übersetzungen von Interviews ein vergangenes soziales Geschehen abbilden können. Was sie allerdings den Lesern ermöglichen, ist die Nachvollziehbarkeit der Analyse eines Autors auf der Basis der dafür relevanten Daten (Meyer & Meier 2019, 284). Um die Analyse der vorliegenden Arbeit so transparent wie möglich darstellen zu können, werden die Liste der interviewten Personen, die Interviewfragen und die übersetzten Interviews dem Anhang beigefügt. Da der heutige Standard für die Auswertung qualitativer Daten die Nutzung einer QDA-Software vorsieht (Kuckartz & Rädiker 2019, 441), wurde in der vorliegenden Arbeit mit MAXQDA (https://www.maxqda.de/) ein entsprechendes Programm für die Analyse der Zeitungsartikel und der

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Interviews verwendet. Dabei wurde nicht auf Automatisierung, sondern auf manuelles Arbeiten gesetzt. Insbesondere für die Übersetzung der Interviews ist MAXQDA hilfreich (Kuckartz & Rädiker 2019, 443), da die Software Passagen der Gespräche genau wiedergibt. So können jederzeit einzelne übersetzte Sätze auf ihre Genauigkeit hin überprüft werden. Für die Literaturverwaltung wurde das Programm ‹Mendeley› (https://www.mendeley.com) herangezogen. Es ermöglicht unter anderem eine einheitliche Zitierweise und Darstellung des Literaturverzeichnisses, die direkt über das Word-Dokument erfolgen. Dabei kann auf unterschiedliche Zitierstile zurückgegriffen werden. Für das vorliegende Projekt wurde der Stil der Cambridge University Press (author-date) gewählt.

Wie bereits erwähnt, stellt Tabelle 3 den Kodierleitfaden für die in der vorliegenden Forschung verwendeten Zeitungsartikel und Interviews anhand ordinal geordneter Kategoriensysteme dar. Dabei wurden gemäss der Forschungsfrage und der theoretischen Grundlage der Arbeit zwei Kategoriensysteme entworfen: ein System für den irakischen Neubeginn und ein weiteres für die ARK. Für den irakischen Neubeginn (Konsensdemokratie und Nation-Building) wurden folgende Kategorien entwickelt: 1. Starke Zustimmung; 2. Zustimmung; 3. Ablehnung; 4. Starke Ablehnung. Für den Nation-Building-Prozess in der ARK gelten folgende Kategorien: 1. Erfolgreich verlaufen; 2. Läuft in die richtige Richtung; 3. Gescheitert.

Tabelle 3: Kodierleitfaden in Anlehnung an Mayring & Fenzl (2019, 639)

Kategorie (Irak)	**Definition**	**Ankerbeispiele**	**Kodierregeln**
K1: Starke Zustimmung	– Es wird regelmässig positiv über die Entwicklungen im Irak berichtet. – Die Berichterstattungen sind in allen drei Zeitungen positiv. – 10 bis 11 Interviewte reden positiv über den neuen Irak.	«So waren fünf kurdische Anführer (ich, Mam Jalal, Kak Masud, Dr. Mahmud Othman und Richter Dara Nur al-Din) ein Teil des irakischen Regierungsrates nach dem Sturz des Regimes und haben zentral dazu beigetragen, dass die irakische Verfassung im Jahr 2005 entstanden ist» (S. Bahadin, Anhang 5).	Alle drei Aspekte der Definition müssen erfüllt sein, damit eine starke Zustimmung resultiert. Wenn eine der drei Regeln nicht erfüllt ist, dann gibt es keine starke Zustimmung.
K2: Zustimmung	– Es wird regelmässig neutral über die Ent-	«Wir haben uns stark eingesetzt, damit in der Verfassung einige kurdische Anliegen verankert werden, wie z. B. die kurdische Sprache	Alle drei Aspekte der Definition müssen erfüllt sein, damit eine Zustimmung resultiert. Wenn eine

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Kategorie (Irak)	Definition	Ankerbeispiele	Kodierregeln
	wicklungen im Irak berichtet. – Die Berichterstattungen in «Xebat» und «Kurdistani Nwe» sind positiv. – 8 von 11 Interviewten reden positiv über den neuen Irak.	und Kultur, die Anerkennung der ARK sowie die Föderalisierung des Irak. Entsprechend ist die Verfassung im Allgemeinen wichtig und gut» (M. Othman, Anhang 4).	der drei Regeln nicht erfüllt ist, dann gibt es keine Zustimmung.
K3: Ablehnung	– Es wird sporadisch über die Entwicklungen im Irak berichtet. – Die Berichterstattungen sind in zwei der drei Zeitungen negativ. – 6 von 11 Interviewten reden negativ über den neuen Irak.	«Die Iraker, damit meine ich in erster Linie die Araber und innerhalb der Araber die Schiiten, sind aber leider gescheitert und konnten den Irak weder demokratisieren noch modernisieren» (S. Abdullah, Anhang 8).	Alle drei Aspekte der Definition müssen erfüllt sein, damit eine Ablehnung resultiert. Wenn eine der drei Regeln nicht erfüllt ist, dann gibt es keine Ablehnung.
K4: Starke Ablehnung	– Es wird regelmässig negativ über die Entwicklungen im Irak berichtet. – Die Berichterstattungen sind in allen drei Zeitungen negativ. – 10 bis 11 Interviewte reden negativ über den neuen Irak.	«Es gibt bis anhin keine einzige arabische Partei oder Gruppe, die vom Föderalismus spricht. Nur wir in Kurdistan reden vom Föderalismus. Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes aller irakischen Gesellschaften» (K. Mahmud, Anhang 6).	Alle drei Aspekte der Definition müssen erfüllt sein, damit eine starke Ablehnung resultiert. Wenn eine der drei Regeln nicht erfüllt ist, dann gibt es keine starke Ablehnung.
K1: Erfolgreich verlaufen	– Es wurde eine gruppenübergreifende kurdische nationale Identität herausgebildet. – Es wurde eine nationale Infrastruktur (z. B. Verkehrs- und Kommunikationswege) gebildet. – Es bildete sich eine ‹Nationalökonomie› aus regionalen und lokalen Wirtschaftsbereichen heraus.	«Wir sind ein De-facto-Staat und haben ein Parlament, eine Armee, internationale Beziehungen, Konsulate – es gibt mehr als 30 Konsulate in Erbil, und wir werden auf internationaler Ebene als Staatsvertreter empfangen. Trump hat beispielsweise den Präsidenten der ARK und danach denjenigen des Irak empfangen. Was Kurdistan braucht, ist nur die internationale Anerkennung als ein Staat. Diese Anerkennung muss folgen, weil sich der Irak in eine andere	«Xebat», «Kurdistani Nwe», «Hawlati» bzw. «Awene» bewerten die kurdische Selbstverwaltung positiv, und mindestens 8 von 11 Interviewten sind damit einverstanden. Zudem sind sich «Xebat» und «Kurdistani Nwe» in kurdisch-nationalistischen Fragen einig.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Kategorie (Irak)	Definition	Ankerbeispiele	Kodierregeln
	– Es wurden landesweite Massenmedien für die Etablierung eines nationalen, politischen und kulturellen Diskurses gebildet. – Die kurdische Selbstverwaltung wird von allen drei Zeitungen und von mindestens 8 von 11 Interviewten positiv bewertet.	Richtung bewegt hat, als wir wollten. Wie ich dir zu Beginn gesagt habe, wir wollten in diesem Land unter der Voraussetzung leben, dass es demokratisch ist» (S. Abdullah, Anhang 8).	
K2: Läuft in die richtige Richtung	– Es wird eine gruppenübergreifende kurdische nationale Identität herausgebildet. – Es wird eine nationale Infrastruktur (z. B. Verkehrs- und Kommunikationswege) gebildet. – Es bildet sich eine ‹Nationalökonomie› aus regionalen und lokalen Wirtschaftsbereichen heraus. – Es werden landesweite Massenmedien für die Etablierung eines nationalen, politischen und kulturellen Diskurses gebildet. – Die kurdische Selbstverwaltung wird von zwei der drei Zeitungen und von mindestens 6 von 11 Interviewten positiv bewertet.	«Wenn man die ARK mit anderen Teilen des Irak vergleicht, dann ist die Lage nicht schlecht: Es gibt Sicherheit und Ruhe, und die ARK ist entwickelter als andere Teile des Irak. Auf der anderen Seite ist die Lage nicht gut: In Kurdistan gibt es Korruption, Arbeitslosigkeit und andere Probleme. Diese Probleme sollen die kurdischen Fraktionen zusammen mit dem Parlament lösen» (M. Othman, Anhang 4).	«Xebat» und «Hawlati» bzw. «Awene» oder «Kurdistani Nwe» und «Hawlati» bzw. «Awene» bewerten die kurdische Selbstverwaltung positiv und mindestens 6 von 11 Interviewten sind damit einverstanden. Zudem sind sich «Xebat» und «Kurdistani Nwe» in kurdisch-nationalistischen Fragen einig.
K3: Gescheitert	– Es gibt keine gruppenübergreifende kurdische nationale Identität. – Es gibt keine nationale Infrastruk-	«Bezüglich der inneren Lage ist Kurdistan immer noch zerstritten. Nur auf dem Papier gibt es eine einheitliche Regierung. Die Korruption ist sehr verbreitet, es	«Xebat» und «Hawlati» bzw. «Awene» oder «Kurdistani Nwe» und «Hawlati» bzw. «Awene» bewerten die kurdische

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Kategorie (Irak)	Definition	Ankerbeispiele	Kodierregeln
	tur, wie Verkehrs- und Kommunikationswege. – Es gibt keine ‹Nationalökonomie› aus regionalen und lokalen Wirtschaftsbereichen. – Es gibt keine landesweiten Massenmedien für die Etablierung eines nationalen, politischen und kulturellen Diskurses. – Die kurdische Selbstverwaltung wird von zwei der drei Zeitungen und von mindestens 8 von 11 Interviewten negativ bewertet.	gibt keine Verwaltung und die Unzufriedenheit ist sehr gross. Es gibt auch kein Vertrauen in den politischen Prozess, wie wir bei den letzten Wahlen gesehen haben. Über 60 Prozent der Bevölkerung haben die Wahl boykottiert» (A. B. Karwany, Anhang 9).	Selbstverwaltung negativ und mindestens 8 von 11 Interviewten sind damit einverstanden. Zudem sind sich «Xebat» und «Kurdistani Nwe» in kurdisch-nationalistischen Fragen uneinig.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

3 Die Kurdenfrage im Irak vor 2003

Wenn der Versuch unternommen wird, die Geschichte der Kurdenfrage, des Irak und – bis zu einem gewissen Grad – des Nahen Ostens zu verstehen, ist eine Rückschau auf das gesamte 20. Jahrhundert notwendig. Ein Blick auf Abbildung 4 zeigt, dass das Osmanische Reich zu Beginn des Jahres 1914 immer noch über den heutigen Irak herrschte. Das Land bestand zu dieser Zeit, nach einer Verwaltungsreform der Osmanen ab 1879, aus den drei *Vilâyets*, also den Provinzen Mossul, Bagdad und Basra (Fürtig 2016, 15). Die meisten Kurden des Landes lebten in der damaligen Provinz Mossul und wurden später Teil des neu gegründeten Staates Irak. In diesem Kapitel wird auf die Entstehungsgeschichte des Irak und die unterschiedlichen kurdischen Bewegungen, Strömungen sowie Selbstverwaltungen im Irak bis zum Ende des Jahres 2002 eingegangen.

Abbildung 4: Naher Osten und Nordafrika um das Jahr 1914

Quelle: "What the Middle East looked like in 1914" (2020)

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Im kollektiven Gedächtnis der Kurden im Irak spielt insbesondere die geheime Übereinkunft zwischen dem britischen Diplomaten Sir Mark Sykes und dem französischen Diplomaten Charles François Georges Picot im Jahr 1916 eine negative Rolle. Belege hierfür lassen sich in grosser Zahl anführen: «Ohne Zweifel sind die Kurden als altes Volk in der Region und die ARK als Teil dieser grossen Nation namens Kurdistan, die seit dem Sykes-Picot-Abkommen auf vier Länder aufgeteilt wurde, in der Lage, einen unabhängigen Staat zu gründen, wie alle anderen Nationen und Völker in der Region», so Salahadin Bahadin, Chef der Islamischen Union Kurdistan (IUK) (siehe Anhang 5). Dr. Kawe Mahmud, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Kurdistan (KPK) und Soziologe, ist ebenfalls der Ansicht, dass der Ausgangspunkt für das Leiden der Kurden im Irak in der erwähnten Übereinkunft liegt: «Was wir als Erstes erwähnen sollten, ist der hundertjährige Kampf und die Opferbereitschaft der Kurden in Süd-Kurdistan für ihre Rechte, nach dem Sykes-Picot-Abkommen bis heute» (siehe Anhang 6). Der Chef der DPK, Masud Barzani, erklärte im Mai 2016 zum 100-jährigen Abschluss des Sykes-Picot-Abkommens, «dass die Gültigkeit des Abkommens vorüber sei und dass die Hoheit der staatlichen Grenzen keine Bedeutung mehr geniesse» (Xebat, 17. 05.2016, 5034, 1). Zum gleichen Ereignis wurde ein Sammelband mit Beiträgen von über 50 namhaften kurdischen Intellektuellen, Politikern und Journalisten herausgegeben (Naqshy 2016). Maurus Reinkowski beschrieb im Jahr 2016 in einem Interview mit der Deutschen Welle den Einflussbereich des Abkommens zutreffend wie folgt:

> «Der Grund, warum Sykes-Picot heute so im Vordergrund steht, ist die Geschichte seiner Enthüllung. Nach der bolschewistischen Revolution in Russland veröffentlichte der damalige Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, Leo Trotzki, dieses Abkommen als besonderes Beispiel für die Treulosigkeit der Entente-Mächte und für ihre rein imperialistischen Absichten. Auch die zum Abkommen gehörende Karte zeigt sehr bildhaft die imperialistischen Denkweisen. Man zieht eine lange Linie über hunderte von Kilometern, von Haifa bis nach Kirkuk» (Noll 2016).

Das Abkommen wurde geheim gehalten, weil eine Offenlegung den Bruch der Briten und Franzosen mit ihren Verbündeten – mehrheitlich arabischen Akteuren – im Kampf gegen das Osmanische Reich bedeutet hätte. Denn sie hatten diesen versprochen, sie nicht nur zu befreien, sondern ihnen auch die Gründung neuer und souveräner Staaten zu ermöglichen.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Abbildung 5: Das Sykes-Picot-Abkommen vom 16. Mai 1916

Quelle: Noll (2016)

Im Jahr 1918 begann jedoch die Glaubwürdigkeit Grossbritanniens im Gebiet des heutigen Irak nicht nur bei den Einheimischen, sondern auch bei den Franzosen zu schrumpfen. Denn die Briten besetzten Anfang November 1918, im Widerspruch zum Waffenstillstand von Mudros und zum Sykes-Picot-Abkommen, Mossul (Fürtig 2016, 18–19; Strohmeier & Yalçin-Heckmann 2017, 125). Mit der Deklaration vom 7. November 1918, in der es hiess, das Ziel sei die Befreiung der Völker vom Osmanischen Reich und die Einsetzung nationaler und demokratischer Regierungen und Verwaltungen (Anglo-French Declaration 1918), versuchten Grossbritannien und Frankreich nicht nur eine gewisse Einigkeit zu demonstrieren, sondern die Unterstützung der Weltgemeinschaft und der ansässigen Volksgruppen für ihre Mandate, also unter anderem für den ‹Irak› bzw. für ‹Syrien›, zu sichern. Diese erhielten sie mit der Resolution von San Remo am 25. April 1920: ‹Irak› und ‹Palästina› gingen an Grossbritannien, während Frankreich ‹Syrien› und ‹Libanon› zugesprochen bekam (San Remo Conference 1920). Damit setzte sich vor allem die Idee des Zivilverwalters in Bagdad, des Hochkommissars Sir Arnold Wilson, durch, der die Iraker für unfähig hielt, einen eigenen Staat zu führen (Fürtig 2016, 21 ff.).

Der Widerstand der schiitischen und sunnitischen Stämme gegen die britische Herrschaft im Irak breitete sich allerdings zunehmend aus. Insbesondere die Schiiten und ihre geistlichen Führer unternahmen viele Aktivitäten gegen die Londoner Verwaltung im Irak ab 1918 (Fürtig 2016, 21–22;

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Hafid 2006, 47). Die *Fatwas* (islamische Rechtsgutachten) von Scheich M. T. al-Shirazi im Jahr 1920, in denen er die britische Verwaltung für unrechtmässig erklärte und die Iraker verpflichtete, ihre Rechte einzufordern, halfen bei der schnellen Ausweitung der Revolte gegen die Briten im Irak. Damit wurde der Widerstand zur Pflicht gemacht und den Irakern untersagt, für die Briten zu arbeiten. Die Unruhen im noch nicht offiziell gegründeten Staat Irak waren auch in den kurdischen Gebieten zu beobachten.

Dort nahm nach dem Untergang der kurdischen Fürstentümer, unter anderem Baban und Soran, ab der Mitte des 19. Jahrhunderts die Bedeutung religiöser Führer (Scheichs) zu. Die einflussreichsten von ihnen waren die Anführer der unter sich konkurrierenden Sufi-Orden, auch als *Tariqat* (‹spirituelle Wege›) bekannt, Qadiriya und Nakschbandiya. Die kurdischen Stammesführer besassen aufgrund der vorherrschenden tribalen Strukturen ebenfalls grossen Einfluss. So gab es im Grossraum Sulaimaniya mit Scheich Mahmud Barzanji, dem Enkelsohn von Scheich Ahmed, dem geistlichen Führer der Qadiriya, einen einflussreichen Geistlichen und Stammesführer, der nach dem mysteriösen Tod seines Vaters Scheich Saed und seines Bruders Scheich Ahmed im Jahr 1908 im Raum Mossul nicht nur den Qadiriya-*Tariqat*, sondern auch einen kurdischen Aufstand gegen die britische Herrschaft ab dem Jahr 1919 anführte (Ali 2013, 180). Gleichzeitig kam es zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Grossraum Mossul zu einer Rebellion der Barzanis[8] unter der Führung von Scheich Abdulsalam Barza-

8 Barzan ist ein Dorf, etwa 54 Kilometer nördlich von Akre und südlich der türkischen Grenze in den schwer zugänglichen Bergen gelegen. Die Barzani-Scheichs werden nach diesem Dorf benannt, weil es von Anfang an ihr Zentrum darstellte. Scheich Abdulsalam Barzani I. wurde zu Beginn des 19. Jahrhunderts von Mawlana Khaled, dem geistlichen Anführer der Nakschbandiya, zu seinem geistlichen Vertreter ernannt (Barzani 1998, 16). Dadurch wurde er zum Anführer der Nakschbandiya in der Region und nahm sowohl religiös als auch tribal vermehrt Einfluss. Unter Scheich Abdulsalam II. konnte der Einflussbereich der Barzanis weiter ausgeweitet werden. Einer der Gründe für ihre schnelle Ausbreitung war das egalitäre Prinzip von Scheich Abdulsalam II. So durften nicht nur Scheichs und Stammesführer, sondern auch einfache Leute, die sich den Barzanis anschlossen, den Titel ‹Barzani› verwenden (Sajjady 2017, 129). Nachdem Scheich Abdulsalam II. Ende 1914 seitens der Osmanen in Mossul zum Tode verurteilt wurde, übernahm sein jüngerer Bruder, Scheich Ahmed, im Alter von 18 Jahren die Führung der Barzani (Barzani 1998, 20). Seine Rebellion richtete sich ab 1919 gegen die Briten und die mit ihnen verbündeten Stämme und Gruppierungen (mehr dazu weiter unten in diesem Kapitel). Zu den Barzanis zählten mittlerweile über 400 Dörfer und mehr als 35 000 Menschen (ebd., 17).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ni II., die sich gegen das Osmanische Reich und die mit ihm verbündeten Stämme und Gruppen richtete (Barzani 1998, 16 ff.; Jwaideh 2006, 111 ff.).

Zwischen 1919 und 1931 war es jedoch hauptsächlich Scheich Mahmud, der sich mehrmals gegen die britische und irakische Verwaltung auflehnte. Erfahrungen im Kampf gegen die britischen Kräfte sammelte er bereits im Jahr 1915 im Süden des Irak, im Zuge des Kampfes um Shu'aiba an der Seite osmanischer Truppen (Khwaja 2016, 34 ff.). Im Jahr 1916 nahm er auch an Gefechten gegen russische Einheiten an der heutigen irakisch-iranischen Grenze teil (ebd., 33–34; Sajjady 2017, 73). An die Briten wandte sich Scheich Mahmud im Jahr 1918 mit einem Brief, der wie folgt formuliert wurde: «Die Zeit hat euch erfolgreich in die Heimat der Kurden, welche Kurdistan ist, geführt. Die Kurden haben nichts Gutes von den Osmanen gesehen. […] Ich hoffe, dass ihr den Kurden ihre Rechte gebt. Lasst nicht zu, dass die Kurden mit Waffen für ihre Rechte kämpfen und sich durchsetzen» (Khwaja 2016, 40–41). Zu dieser Zeit war Scheich Mahmud auf Befehl von Ali Ihsan Pascha, dem Kommandanten der osmanischen Truppen in Mossul, der Verwalter von Sulaimaniya.

Am 17. November 1918 erklärte Major Noel als Gesandter der britischen Verwaltung im Irak in Sulaimaniya Scheich Mahmud zum «Verwalter von Kurdistan» (Hilmy 2003, 46; Khwaja 2016, 43–44). Bedeutende Posten in der Verwaltung erhielten Scheich Mahmuds Familie und Verwandte sowie Stammes- und *Tariqat*-Angehörige (Hilmy 2003, 47). Major Noel wurde zum politischen Verwalter ernannt, und die Briten stellten ausreichende finanzielle Mittel für die Administrationsführung zur Verfügung (ebd.). Scheich Mahmuds Ziel war jedoch nicht nur die Herrschaft über Sulaimaniya, sondern diejenige über die meisten von Kurden besiedelten Gebiete im Irak (Khwaja 2016, 46). Der britische Zivilverwalter in Bagdad, Wilson, machte ihm Hoffnung auf das Erreichen seines Zieles, indem er Anfang Dezember 1918 in Sulaimaniya bekannt gab, dass alle kurdischen Stämme vom «Grossen Zab» bis zum «Diyala-(Sirwan-)Fluss» die Wahl hätten, freiwillig unter die Herrschaft von Scheich Mahmud zu treten, die von den Briten moralisch unterstützt werde (Ali 2013, 182; Jwaideh 2006, 167).

Die Forderung Scheich Mahmuds an die Briten, dass ein unabhängiger kurdischer Staat unter seiner Führung und unter britischer Schutzherrschaft ohne jegliche Verpflichtung gegenüber Bagdad gegründet werden sollte, brachte London allerdings dazu, seine Ambitionen zu unterbinden (Al-Bayaty 2007, 121–122). So versuchte Grossbritannien unter anderem durch die Ersetzung von Major Noel durch Major Soane im März 1919, dem Herrschaftsanspruch Scheich Mahmuds Grenzen zu setzen (Hafid

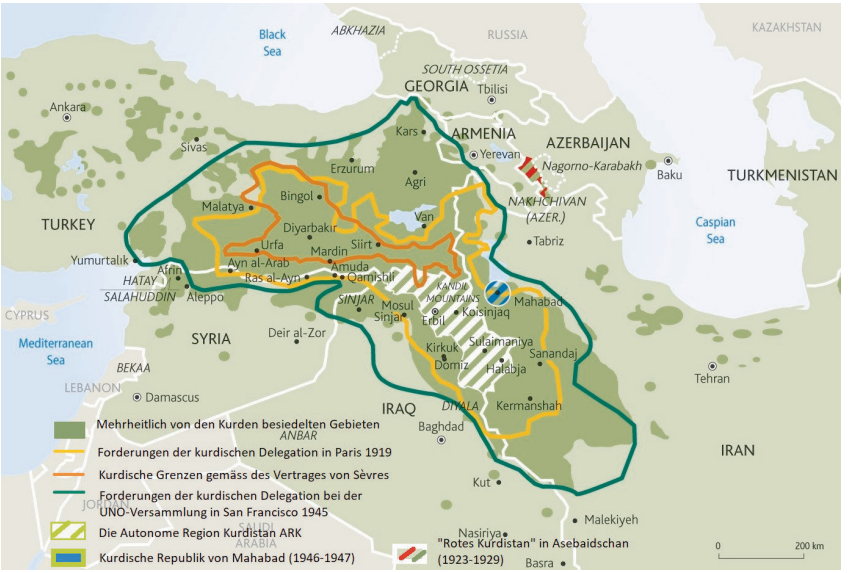
https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

2006, 51 ff.; Hilmy 2003, 62 ff.; Khwaja 2016, 54 ff.). Scheich Mahmud erklärte schliesslich am 21. Mai 1919 den Briten den Krieg, nachdem Major Soane befohlen hatte, die Truppen von Mahmud Khany Dzly, die aus Iran kamen und von Scheich Mahmud nach Sulaimaniya eingeladen worden waren, anzugreifen (Khwaja 2016, 60 ff.). Am 18. Juni 1918 wurde Scheich Mahmud am Bazyan-Engpass nach einem Kampf mit den Briten unter ungleichen Kräfteverhältnissen verletzt festgenommen und nach Bagdad gebracht (Jwaideh 2006, 181). Später schickte ihn die britische Verwaltung ins Exil nach Indien, wo er bis 1922 bleiben sollte. Die Beziehungen zwischen den Briten und den Kurden zerbrachen allerdings nicht vollständig, weil verschiedene kurdische Persönlichkeiten, Intellektuelle, Offiziere, Stämme und Verwalter, die nicht auf der Seite von Scheich Mahmud standen, immer noch mit den Briten in Kontakt standen und in Abwesenheit Scheich Mahmuds auf eine Zunahme ihres Einflussbereiches hofften (Abdullah 2006, 22 ff.; Mala Izzat 2006, 94 ff.; Talabani 1970, 127 ff.).

Scheich Mahmuds Aufstand gegen die Briten kann kaum als Beginn des kurdischen Nationalismus im Irak angesehen werden, weil er nicht nur über ein kleines Gebiet herrschte und viele Stämme, Intellektuelle, Offiziere und Angehörige des Nakschbandiya-*Tariqat* als Rivalen hatte (Salih 2006a, 90), sondern auch – wie sein Begleiter Hilmy beschrieb – über keinen Plan für die Regierungsführung verfügte. Nur die engsten Familien- und Stammesmitglieder hatten die zentralen Verwaltungspositionen inne, nicht aber die geeignetsten Personen (Hilmy 2003, 61 ff.). Seine Forderungen und Kontaktaufnahmen mit den Kurden in Iran (Salih 2016), in der Türkei sowie mit Sherif Pascha und seine Briefe an den Völkerbund, in denen er forderte, den Kurden ihre Rechte zuzusprechen, zeigen allerdings, dass er kurdisch-nationalistischer Gesinnung war (Ali 2013, 187; Hafid 2006, 43–45; Jwaideh 2006, 181 ff.). Da er jedoch kurzfristig nicht mehr auf der politischen Bühne stand, konnte Scheich Mahmud nicht miterleben, wie im Vertrag von Sèvres in den Artikeln 62–64 ein Staat für die Kurden im heutigen Südosten der Türkei in Aussicht gestellt wurde. Der Vertrag von Lausanne vom 24. Juli 1923 ersetzte dann allerdings den Vertrag von Sèvres, ohne dessen Artikel 62–64 wieder aufzugreifen (Carnegie Endowment for International Peace 1924).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Abbildung 6: Die kurdischen Siedlungsgebiete und Forderungen im 20. Jahrhundert



Quelle: Where the Kurds are and what Kurdistan might look like (2020) und eigene Darstellung

3.1 Die Kurdenfrage von der Gründung des Irak bis zum Jahr 1958

Die kurdischen Aufstände gegen die Briten nahmen mit der Verbannung von Scheich Mahmud nicht ab. So begannen die Scheich-Mahmud-Loyalisten ab 1919 punktuelle Revolten gegen die britische Verwaltung im Grossraum Sulaimaniya und in Kifry. Diese führten dazu, dass mehrere britische Offiziere getötet wurden (Hilmy 2003, 172 ff.; Khwaja 2016, 110). Zudem beschlossen die Stammesführer der Zebari und Surchy, den britischen Verwalter von Mossul zu ermorden, nachdem er bei einer Reise in ihre und in Barzani-Gebiete die Stammesführer und Scheich Ahmed Barzani bedroht und die Steuern erhöht hatte. Er wurde mit seinen Begleitern am 14. November 1919 getötet (Barzani 1998, 23). Wie bereits erwähnt, nahmen auch im restlichen Teil des Irak die antibritischen Ressentiments und Revolten zu. Zu erwähnen ist allerdings, dass die meisten Aufstände sowohl in den kurdischen Gebieten als auch im Mittel- und Südirak von 1919 bis 1922 von

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

den Stämmen und deren Stammesführern sowie den geistlichen Führern ausgingen (Hilmy 2003, 172 ff.). Die wenigsten Einwohner der Städte nahmen an den Kämpfen teil, weil sie entweder probritisch, Handelsleute oder der Ansicht waren, ihre Anliegen ohne Anwendung von Gewalt verfolgen zu können (Al-Bayaty 2007, 173; Ali 2013, 194 ff.; Kadhim 2012, 6).

Nachdem die Briten einen verlustreichen Kampf gegen die Aufständischen im Mittel- und Südirak geführt hatten, entschieden sie sich, von der Idee der direkten Verwaltung des Irak Abstand zu nehmen (Rasul 2012, 107–108). So wurde am 25. Oktober 1920 eine Übergangsregierung unter der Führung von Abd al-Rahman al-Naqib – ohne kurdische Vertreter – gegründet (Harb 2020). Die Briten behielten aber die Kontrolle über die kurdischen Gebiete. Dies gilt auch für die Zeit nach der Gründung des ‹Haschemitischen Königreichs Irak› am 23. August 1921. An der Konferenz von Kairo – mit Vertretern der irakischen Regierung, jedoch ohne kurdische Beteiligung – vom 12. bis zum 31. März 1921 wurde die Zukunft des Irak besiegelt. Dabei entschieden die Briten, Faisal, den dritten Sohn von Sharif Hussein ibn Ali, zum König des Irak zu krönen. Faisal, der im Exil lebte, nachdem ihn die Franzosen im Juli 1920 als König von Syrien abgesetzt hatten (Pećinar 2021), musste allerdings die britische Verwaltung des Irak als Mandat des Völkerbundes anerkennen.

Auf der erwähnten Konferenz in Kairo wurde am 15. März 1921 die Kurdenfrage diskutiert. Dabei waren sich die Briten nicht einig, wie sie mit ihr umgehen sollten. Einige wollten, dass die Kurden eine eigene Regierung unter britischem Mandat bekämen. Andere wiederum, wie der neue britische Verwalter des Irak, Percy Cox, waren der Ansicht, dass die kurdischen Gebiete im Irak regulärer Teil des Landes sein sollten und eine Lösung für die Kurdenfrage im Rahmen des Staates Irak gefunden werden müsse (Al-Bayaty 2007, 181 ff.). Am Ende setzte sich die Idee von Cox durch, und es wurde entschieden, dass die Kurdengebiete im Irak Teil des ‹Haschemitischen Königreichs Irak› werden sollten. Die Briten behielten sich allerdings vor, eine direkte Kontrolle über die kurdischen Gebiete auszuüben. Um die Kurden davon zu überzeugen, dass ihre Frage im Irak ernsthaft gelöst werde, versprach Cox am 6. Mai 1921, er werde für die Gründung einer Provinz für die Kurden in Mossul – bestehend aus den Gemeinden Dohuk, Akre, Zaxo und Amedy, mit Dohuk als Zentrum – sorgen. In Erbil, Koya und Rawanduz würden britische Offiziere angestellt, und für die Verwaltung der Region solle dann die Bevölkerung geeignete Personen wählen. Zudem werde Sulaimaniya aus einer Verwaltungseinheit bestehen, die von einem gewählten Gouverneur mit einem britischen Berater regiert werde,

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

so Cox weiter. Den Vorschlag lehnte nur Sulaimaniya ab, während andere kurdische Gebiete die Idee freudig begrüssten (Al-Bayaty 2007, 185; Ali 2005, 11–12).

So entwickelte sich die Stadt Sulaimaniya auch nach der Verbannung von Scheich Mahmud zu einem bedeutenden Zentrum der kurdischen Bewegungen im Irak. Dazu trug – bewusst oder unbewusst – auch der britische Verwalter von Sulaimaniya, Major Soane, bei. Er hatte dort nach seiner Ankunft die erste Druckerei eröffnet und damit die kurdische Sprache, Kultur, Schrift und damit auch die nationalistische Gesinnung gefördert. Soane beherrschte nicht nur die kurdische Sprache, sondern kannte auch die kurdische Mentalität und die kurdischen Stämme sehr gut (Abdullah 2007, 19 ff.; Amin 2013a, 158 ff.). Auch die erste Zeitung in allen kurdischen Gebieten im Irak namens «Peshkawten» (‹Fortschritt›) gab er mit der Unterstützung kurdischer Intellektueller in Sulaimaniya heraus.[9] Von da an hatten im Laufe der kurdischen Geschichte im Irak alle wichtigen kurdischen Bewegungen, Parteien und Organisationen eine eigene Zeitung, um auf ihre Anliegen, Forderungen und ihre Politik aufmerksam zu machen. So gründeten die kurdischen Intellektuellen und Offiziere in Sulaimaniya am 21. Juli 1922 eine Organisation namens *Jam'iaty Kurdistan* (‹Gemeinschaft Kurdistans›) und gaben die Tageszeitung «Bangi Kurdistan» (‹Ruf Kurdistans›) in kurdischer, persischer und türkischer Sprache heraus (Hilmy 2003, 306). Ihr Ziel war die Stärkung der kurdischen Sprache, Kultur, Intellektualität sowie des sozialen und gesellschaftlichen Fortschrittes (Ali 2013, 196 ff.). Auf kurdisch-nationalistischer Ebene wollte die Organisation mit der Unterstützung Grossbritanniens die Unabhängigkeit des kurdischen Teils des Irak erreichen (ebd., 197). Damit stand sie jener kurdisch-konservativ-religiösen Fraktion gegenüber, die protürkisch war und sich gegen die Briten auflehnte (Hilmy 2003, 304–305). Der Chef von *Jam'iaty Kurdistan* war Mustafa Pascha Yamulky; Mitglieder waren unter anderem Rafiq Hilmy und sechs weitere Personen (Hilmy 2003, 305).

Auch bei der Suche der britischen Verwaltung nach einer geeigneten Lösung für die Kurdengebiete warteten die kurdischen Intellektuellen und Offiziere, die sich eine moderne und demokratische Entscheidungsfindung und Gesellschaft wünschten, mit Lösungsvorschlägen auf. So schlug Taufiq Wahby am 15. Juni 1922 vor, eine Verwaltungseinheit einzurichten und

9 Krankheitsbedingt kehrte Soane allerdings früh nach Grossbritannien zurück und starb 1923. Auch viele andere wichtige britische Offiziere im Nahen Osten starben zwischen 1915 und 1935 (Satia 2008, 332).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

unter deren Aufsicht einen neuen Verwalter für die kurdischen Gebiete wählen zu lassen. Als beste Lösung für die Kurdenfrage im Irak sah er eine Dezentralisierung an (Sharif 2006, 57). Die Briten hatten allerdings längst entschieden, Scheich Mahmud aus dem indischen Exil zurückzuholen und ihn wieder zum Verwalter von Sulaimaniya zu machen. Die Stadt Sulaimaniya verliessen sie jedoch infolge des zu hohen Drucks der türkischen und der mit ihnen verbündeten kurdischen Truppen am 5. September 1922. Aus diesem Grund beschlossen die kurdischen Intellektuellen und Nationalisten unter der Führung von Scheich Qader, dem Bruder von Scheich Mahmud, trotz aller Widrigkeiten eine lokale Regierung für die Verwaltung der Stadt und deren Schutz vor protürkischen Gruppierungen zu gründen (Hilmy 2003, 315–316). Diese lokale Regierung traf dann alle Massnahmen, um Scheich Mahmud, der sich seit mehr als acht Monaten in Kuwait befand, ehrenhaft empfangen zu können. Scheich Mahmud kam am 30. September 1922 in Sulaimaniya an, nachdem er am 12. September nach Bagdad gelangt war (Sharif 2006, 60). Bei seiner Ankunft hielt er eine Rede für die Menschen, die ihn empfingen. Darin sagte er:

> «Meine Brüder, aus Liebe zu meinem Volk und zu meiner Heimat habe ich gekämpft und Auseinandersetzungen gehabt. Verletzt und fast ertrunken, wurde ich nach Indien in die Fremde gebracht. Das hat mir nicht wehgetan, weil ich das für die Freiheit und den Stolz meines Volkes gemacht habe. Nun bin ich zurück und bin bei euch. Glaubt mir: Ich werde nie aufgeben, bis wir unsere Freiheit erlangt haben. Ich werde auf diesem Wege weitermachen. Wenn wir unsere Rechte nicht bekommen, werden wir uns opfern, damit wir sie erhalten. Nun bedanke ich mich für eure Treue, Gott sei mit euch und geht, ruht euch aus» (Khwaja 2016, 124–125).

Scheich Mahmud machte deutlich, dass er kaum an die Versprechungen Grossbritanniens und der irakischen Regierung glaubte, wenn er sagte, dass er bereit sei, sich zu opfern, wenn die Kurden ihre Freiheit nicht bekämen. Eine neue Verwaltung richtete er am 10. Oktober 1922 ein. Seine Regierung, die aus sechs Ministern bestand, wurde von seinem Bruder Qader geführt, der gleichzeitig der Chef des Generalstabes war (Hilmy 2003, 327–28; Khwaja 2016, 134; Sajjady 2017, 84–85; Talabani 1970, 135). In einer langen Rede betonte Scheich Mahmud zudem, wie die Kurden seitens der Türken und der Briten für deren eigene Zwecke manipuliert worden seien (Khwaja 2016, 134 ff.). Dieses Statement und weitere Verordnungen von Scheich Mahmud kritisiert Hilmy, weil sie seiner Ansicht nach keine dienli-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

che Grundlage für eine gesunde Verwaltungsführung waren (Hilmy 2003, 329 ff.). Es ist tatsächlich bemerkenswert, dass Scheich Mahmud seine erste Rede als Oberhaupt eines Teils der kurdischen Gebiete im Irak mit einer harschen Kritik an den Briten eröffnete, obwohl sie ihn nach Sulaimaniya zurückgebracht hatten, um erneut eine Verwaltung für ihn aufzubauen. Dass die britische Regierung damit auch eigene Ziele verfolgte, kann kaum bezweifelt werden: Mit diesem Schritt übten sie nicht nur Druck auf die arabischen Nationalisten in Bagdad aus, sondern punkteten auch gegen die Türken im Kampf um die Einflussnahme auf die Kurden, unter anderem auch im Hinblick auf die noch nicht gelöste Mossulfrage.

Um zu unterstreichen, dass sie die Kurden im neuen Irak integrieren und ihnen ihre Rechte geben wollten, gaben die Briten und die irakische Regierung gemeinsam am 24. Dezember 1922 bekannt, dass sie bereit seien, eine kurdische Verwaltung – die von den Kurden selbst bestimmt werden könne – anzuerkennen. Zu diesem Zweck sollten die Kurden eine Delegation nach Bagdad für Gespräche mit der irakischen Regierung und der britischen Verwaltung schicken (Ali 2005, 13). Das gemeinsame Statement kann in vielerlei Hinsicht interpretiert werden. Erstens deutet es darauf hin, dass die Briten und die Iraker Scheich Mahmud nicht als Vertreter aller Kurden im Irak ansahen, weil sie mit keinem Wort auf seine Verwaltung eingingen. Zweitens wussten die Briten, die seit Jahren ihre Spione in den kurdischen Gebieten hatten, sehr gut, dass die Struktur der kurdischen Gesellschaften hochkomplex war und es ihnen nie gelingen würde, sich auf eine einzige Person als Anführer zu einigen. Allein schon in der Stadt Sulaimaniya waren die Beziehungen der verschiedenen Gruppen (Kaufleute, Intellektuelle, Stammesführer, religiöse Persönlichkeiten usw.) zueinander in hohem Masse komplex und von gegenseitigen Abneigungen geprägt (Ahmed 2006).

Diese fragile Grundordnung des sozialen Zusammenhaltes der Kurden im Irak und die ständigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen führten schliesslich dazu, dass die protürkischen und religiösen Kräfte innerhalb der von Scheich Mahmud geführten Verwaltung die Oberhand gewannen und die Mitglieder der säkularen Fraktion zu Ungläubigen erklärten und verjagten. Dabei wurden nicht nur einige unter den Intellektuellen inhaftiert und mit Jamal Irfan eine bekannte Figur der Säkularisten getötet (Hilmy 2003, 348), sondern auch das Ziel der Briten, die Türken mithilfe von Scheich Mahmud aus Rawanduz und anderen Gebieten zu vertreiben, rückte in weite Ferne (ebd., 353). Taufiq Wahby, der eigentlich als Stellvertreter von Scheich Mahmud agieren sollte, konnte nur dank der Unterstützung von Hapsa Khani Naqib (der Ehefrau von

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Scheich Qader) und Adela Khanem, der Anführerin des Jaff-Stammes, die den Briten nahestand, über Halabja nach Bagdad fliehen (Sharif 2006, 63 ff.). Die Einstellung der Administration Scheich Mahmuds selbst wurde zunehmend antibritisch. Wie der Brief von Scheich Mahmud an die Sowjetunion vom 20. Januar 1923 (Talabani 1970, 136–137) deutlich macht, hatte er keine Hoffnung mehr, dass die Briten etwas für ihn bewirken wollten (Hilmy, 352 ff.). Schliesslich führten die erneuten Kampfhandlungen zwischen Scheich Mahmuds Truppen und den britischen Einheiten zur Bombardierung von Sulaimaniya durch die britischen Luftstreitkräfte und zur Zerstörung grosser Teile der Stadt sowie zur Tötung unzähliger Zivilisten am 4. März 1923 (Sajjady 2017, 88; Talabani 1970, 138). Scheich Mahmud, der bereits zuvor mit seinen Anhängern die Stadt verlassen hatte, verlor damit erneut die von ihm aufgebauten Verwaltungsstrukturen.

Scheich Mahmud zog sich in die Berge von Surdash zurück und nahm die Druckerei mit, mit der zuletzt die Zeitung seiner zweiten Administration, «Rozhi Kurdistan» (‹Tag Kurdistans›), herausgegeben worden war (Amin 2013a, 159). Dort, in der Jasene-Höhle, publizierte er die Zeitung «Bangi Haq» (‹Ruf des Rechts›), die laut eigenen Angaben für militärische Anweisungen, die Stärkung der Moral der kurdischen Bevölkerung und die Fortdauer des Widerstandes gegen die fremden Mächte zuständig war (Ali 2013, 204). Damit wurde nicht nur zum ersten Mal in der Geschichte der kurdischen Bewegungen eine Zeitung in den Bergen herausgegeben und hergestellt, sondern sie diente zudem militärischen und taktischen Zwecken (ebd.). Die Stadt Sulaimaniya blieb wiederum ohne Verwaltung, nachdem sich die britischen Truppen am 17. Juni 1923 aus ihr zurückzogen (Salih 2006b, 156 ff.). Das gab Scheich Mahmud die Gelegenheit, am 11. Juli 1923 in die Stadt einzudringen. Am gleichen Tag entschied die irakische Regierung zur Beruhigung der Bevölkerung, dass sie die arabische Sprache den Menschen in den kurdischen Gemeinden nicht aufzwingen, keine arabischen Personen (ausser Experten) in den kurdischen Gebieten anstellen und die Rechte der Menschen sowie ihre religiösen Anschauungen akzeptieren werde (Sajjady 2017, 90; Salih 2006b, 158–59). Gleichzeitig gaben sowohl die britische Verwaltung im Irak als auch die britische Regierung bekannt, die Rechte der Kurden anerkennen zu wollen (Al-Bayaty 2007, 313). Des Weiteren war London dazu bereit, eine erneute Verwaltung von Scheich Mahmud über Sulaimaniya zu akzeptieren, wenn er seine Machtausübung auf die Stadt beschränkte (Salih 2006b, 159). Da aber Scheich Mahmud seinen Einflussbereich weiter ausweiten wollte, kam es erneut zu militärischen Konflikten zwischen ihm und den britischen

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sowie zum ersten Mal auch den irakischen Kräften. Am 19. Juli 1924 eroberten britisch-irakische Truppen Sulaimaniya und beendeten damit die letzte Verwaltungsperiode unter Scheich Mahmud (Sajjady 2017, 92). Sulaimaniya ging nun endgültig in die Hände der irakischen Regierung über.

Das war allerdings nicht das Ende von Scheich Mahmud, der sich mit seinen Anhängern in Gebiete an der irakisch-iranischen Grenze zurückzog und weiterhin militärischen Druck auf Bagdad und die britischen Truppen ausübte. Um seinem Aufstand ein Ende zu setzen und seine Reputation zu schädigen, beschloss die irakische Regierung, entsprechende Massnahmen zu treffen. So verklagte die Gemeinde von Sulaimaniya Scheich Mahmud wegen Verschwendung öffentlicher Gelder vor Gericht. Des Weiteren beschuldigten die Zeitungen «Zhianawa»[10] (‹Wiederbelebung›) und «Zhian» (‹Leben›), die von kurdischen Intellektuellen veröffentlicht und von der Gemeinde Sulaimaniya herausgegeben wurden, Scheich Mahmud, mit seiner protürkischen Politik die Heimat verraten zu haben (ebd., 26 ff.). Zudem entschied die irakische Regierung am 6. März 1926, alles zu beschlagnahmen, was Scheich Mahmud und seine Familie besassen, um ihm die Finanzierung seiner Revolte zu erschweren (ebd., 29). Ferner fing Bagdad an, die Loyalität jener Stämme und Stammesführer zu kaufen, die noch

10 Die Zeitung nannte sich zuerst ‹Belebung›, weil die Mossulfrage noch nicht gelöst war. Nachdem aber der Irak Mossul zugesprochen bekommen hatte, änderte die Zeitung ihren Namen in ‹Leben› als Zeichen dafür, dass ein neues politisches Leben in der Region beginne (Amin 2013b, 12 ff.). «Zhianawa» bestand im Zeitraum vom 18. August 1924 bis zum 14. Januar 1926, «Zhian» zwischen dem 21. Januar 1926 und dem 10. März 1938 (ebd.). Die Mossulfrage ging Ende September 1924 an den Völkerbund, nachdem sich Grossbritannien und die Türkei nicht auf eine Lösung hatten einigen können. Im Juli 1925 schlug dann jene Kommission des Völkerbundes, die im Dezember 1924 in Bagdad angekommen war und über drei Monate in Mossul Gespräche mit verschiedenen Volksgruppierungen geführt hatte, vor, Mossul an den Irak anzugliedern. Voraussetzung sollte dabei sein, dass das britische Mandat im Irak um 25 Jahre verlängert werde und die Rechte der kurdischen und anderen Minderheiten garantiert würden. Der Vorschlag wurde von der Versammlung des Völkerbundes angenommen und vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag am 16. Dezember 1925 bestätigt (Barzani 1998, 13; Fürtig 2016, 28). Die Türkei erkannte den Entscheid im Juli 1926 an, nachdem Grossbritannien und der Irak ihr 10 Prozent der Gewinne der Turkish Petroleum Company (TPC) für 25 Jahre zugesichert hatten (Fürtig 2016, 29). Mit dem Vertrag von Saadabad (1937) erkannten die Türkei, der Irak und Iran unter anderem infolge der zunehmenden kurdisch-nationalistischen Bewegungen schliesslich gegenseitig ihre Grenzen an (Strohmeier & Yalçin-Heckmann 2017, 154).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

auf der Seite von Scheich Mahmud standen.[11] Die Politik, assyrische und christliche Gruppierungen gegen die Pro-Barzani-Truppen zu bewaffnen, verfolgten die Briten bereits ab 1920 im Grossraum Mossul (Barzani 1998, 23–24; Sajjady 2017, 138 ff.).

Nach weiteren Kampfhandlungen einigte sich Scheich Mahmud im Juli 1927 mit der irakischen Regierung darauf, dass er den Irak in Richtung Iran verlassen, sich aus politischen Geschäften zurückziehen, den Irak nur mit Erlaubnis der Briten und der irakischen Regierung betreten, seinen Sohn Baba Ali nach Bagdad schicken (damit dieser auf Kosten der Regierung studieren könne) und er seinen Besitz zurückbekommen werde (Amin 2013b, 35–36; Sajjady 2017, 95 ff.). In Sulaimaniya begannen nun die kurdischen Intellektuellen, sich im Rahmen des irakischen Staatsgebildes für das kurdische Anliegen einzusetzen, nachdem sie akzeptiert hatten, dass die Entstehung eines kurdischen Staates im Irak in weite Ferne gerückt war. Manche unter ihnen wurden in Bagdad als Parlamentsmitglieder oder Minister aktiv, andere wiederum blieben in Sulaimaniya und organisierten sich neu. Zu erwähnen ist, dass grosse Teile der bis heute mit ihren Gedichten und Schriften einflussreichen kurdischen Dichter und Schriftsteller aus dem Irak dieser Zeit entstammen.

Während die Unruhen in den kurdischen Gebieten nicht vollständig aufhörten, schritt der politische Prozess im Irak voran. Die Voraussetzung der irakischen Übergangsregierung für die Anerkennung Faisals als König des Irak im Jahr 1921 war, dass der Irak ein Verfassungsstaat sein müsse. Auch der König selbst wollte von Beginn an eine konstitutionelle Ordnung für den Irak (Qadir 2007, 48). So bekam der Irak am 21. März 1925 seine erste Verfassung als moderner Staat unter dem Namen «al-Qānun al-Asāsy al-'Irāgy» (‹Grundgesetz des Irak›) (Al-Qānun al-Asāsy al-'Irāgy 1925), die bereits ab 1921 von den Briten vorbereitet worden war (Rasul 2012, 125 ff.). Einwände des irakischen Gremiums zur Überprüfung der Verfassung fanden kaum Gehör. Dieses Gremium war der Ansicht, dass der König zu viel Macht habe und der irakisch-britische Bündnisvertrag von 1922 den politischen Rahmen der Verfassung darstelle (ebd.). Tatsächlich war der König gemäss Artikel 26 der Verfassung sehr einflussreich. So durfte er unter anderem alle Gesetze gutheissen sowie den Premierminister und alle Mitglieder der zweiten Kammer (des Senates) wählen; zudem war er

11 Für jene Kurden, die an der Seite der verschiedenen irakischen Zentralregierungen gegen die kurdischen Aufstände kämpften, wurde später seitens der Kurden im Irak der Begriff *Jash* (‹Eselfohlen›) verwendet.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der Oberbefehlshaber der Streitkräfte ("Al-Qānun al-Asāsy al-'Irāgy" 1925). Ferner sah Artikel 28 vor, dass sich die Legislative aus dem Nationalrat und dem König zusammensetzte, wobei der Nationalrat aus dem Senat und dem Repräsentantenhaus bestand (ebd.). Der Senat wurde in der Verfassung explizit vor dem Repräsentantenhaus erwähnt und setzte sich aus einem Viertel des Repräsentantenhauses zusammen. Letzteres sah für jeweils 20 000 männliche Personen einen Sitz vor.

Die Kurden wurden in der Verfassung nicht erwähnt. Die Herausbildung einer irakischen Identität schien das Ziel des Grundgesetzes zu sein, weil es von der Gleichheit der Iraker vor dem Gesetz sprach, egal welche Nationalität, Religion und Sprache sie hätten (Art. 6). Allerdings wurde das Arabische als Amtssprache festgelegt (Art. 17). In den Schulen wurde jedoch der Unterricht in der jeweiligen Sprache der Bevölkerungsgruppe erlaubt (Art. 16). Bezüglich der Wahlen sah die Verfassung vor, dass ein Gesetz sie regeln solle (Art. 37). Ein solches konnte zuerst 1924 und danach 1946 und 1956 verabschiedet werden. Alle drei wiesen allerdings eine Reihe von Schwächen auf, wie die indirekte Wahl der Abgeordneten, der Ausschluss der Frauen und die Definition einer ganzen Provinz als einen einzigen Wahlkreis (Rasul 2012, 135 ff.). Dadurch wurden Verfälschungen der Wahlen gefördert und nur solche Personen zur Wahl zugelassen, die dem König und dem Königreich – bis 1932 auch Grossbritannien – gegenüber loyal waren. Das bestätigte auch der Premierminister Nuri Pascha al-Said 1931 im Parlament, indem er zu einigen Parlamentariern sagte, dass sie ohne Unterstützung der Regierung nie die Möglichkeit gehabt hätten, gewählt zu werden (Amin 2000, 15).

Was die Beteiligung der Kurden an den politischen Geschehnissen des Irak anbelangt, so blieben sie unter anderem im Parlament, im Senat und in den Verwaltungsämtern unterrepräsentiert. Zaki Bag zeigt in seiner an König Faisal – zu dem er eine gute Beziehung hatte – gerichteten Schrift vom Januar 1930 systematisch auf, wie die Kurden in ihren Gebieten und in den Regierungs- sowie Provinzämtern benachteiligt wurden (Zaki Bag 1984, 64 ff.). Zudem erinnerte Zaki Bag König Faisal an dessen Worte vom Jahr 1926, es sei die Aufgabe jedes ehrlichen Irakers, die kurdischen Brüder des Irak davon zu überzeugen, glücklich im Irak zu leben, ohne dass sie ihre eigene Identität verlieren müssten (ebd., 82).[12] König Faisal sah

12 Mohammed Amin Zaki Bag ist eine der bekanntesten kurdischen Persönlichkeiten im Irak. Er war Schriftsteller, Historiker und Politiker sowie Offizier im Osmanischen Reich. Im Gegensatz zu vielen anderen kurdischen Politikern im irakischen König-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

in den mehrheitlich sunnitischen Kurden eine Möglichkeit, einem schiitischen demografischen Übergewicht und damit der Gefahr eines möglichen Regierungssturzes zu begegnen. Entsprechend war er durchaus gewillt, eine Lösung für die Kurdenfrage zu finden. Als geeigneten Ansatz betrachtete Zaki Bag eine Autonomie für die Kurden im Irak, bestehend aus den Provinzen Dohuk, Kirkuk, Sulaimaniya und Erbil. Dieser Meinung waren auch die meisten kurdischen Vertreter im irakischen Parlament. Sie schlugen daher Anfang 1929 in einem Brief an den irakischen Premierminister und die britische Verwaltung im Irak unter anderem die Autonomie für die Kurden, bestehend aus den erwähnten vier Provinzen, als Lösung für die Kurdenfrage im Irak vor (Zaki Bag 1984, 38 ff.) und stellten zudem Forderungen im kulturellen und sprachlichen Bereich.

Die Briten unterstützten die kulturellen und sprachlichen Anliegen der Kurden, allerdings nicht deren politische Forderungen. So wurde der soranische Dialekt der kurdischen Sprache im März 1931 per Gesetz die offizielle Sprache in den mehrheitlich von den Kurden besiedelten Gebieten im Nordirak (Amin 2000, 173). Tatsächlich umgesetzt wurde das Gesetz jedoch nur in Sulaimaniya und einem Teil von Erbil (ebd., 173–174). Zu erwähnen ist, dass die kurdischen Parlamentarier im Irak weder bei den arabischen Nationalisten noch bei kurdischen Intellektuellen beliebt waren, weil sie in deren Augen immer – um persönlicher Vorteile willen – zugunsten Grossbritanniens gestimmt hätten (Amin 2000, 20 ff.). Tatsächlich votierten die kurdischen Parlamentarier in Bagdad stets für einen britischen Verbleib im Irak, weil sie erstens Angst hatten, von den arabischen Nationalisten marginalisiert zu werden, also ein ähnliches Schicksal wie die Kurden in der Türkei zu erleiden, und zweitens erst mit der Unterstützung Grossbritanniens ins Parlament gekommen waren (ebd.).

In Sulaimaniya wiederum gründeten Teile der kurdischen Intellektuellen und bekannten Persönlichkeiten Ende 1929 ein Komitee namens *Hayat Waṭanye* (‹Vaterlandsorgan›), um politisch für die Anliegen der Kurden im Irak aktiv zu werden. Nach einiger Beratung entschlossen sie sich, Scheich Mahmud, der sich damals in der Ortschaft Piran an der iranischen Grenze aufhielt, über ihr Vorhaben nicht zu informieren. Sie glaubten nicht an die Anwendung von Waffengewalt, sondern an friedliche Demonstrationen und den Einsatz der Schrift (Amin 2000, 53–54). Einer der Gründer des Komitees war Scheich Mahmuds Bruder, Scheich Qader (ebd.). Um sicher-

reich stammte er aus einer einfachen Familie. 1880 in Sulaimaniya geboren, starb er in der gleichen Stadt im Jahr 1948.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

zugehen, dass die Kurden im Irak auch nach dem Ende des britischen Mandates geschützt sein würden und ihre kulturellen Rechte bewahren könnten, fokussierte sich das Komitee auf den bevorstehenden irakisch-britischen Bündnisvertrag von 1930. Als dieser jedoch am 30. Juni 1930 abgeschlossen und am 18. Juli 1930 veröffentlicht wurde, führte er im Irak zu landesweiten Unruhen. Während die arabischen Gegner des Vertrags ihn als eine Art der britischen Bevormundung des Irak sahen, hatten die Kurden Angst, zukünftig in einem arabischen Irak marginalisiert zu werden, weil der Vertrag nicht auf ihre Rechte einging und sie nicht einmal erwähnte (Amin 2000, 52). Die Lage war insbesondere in Sulaimaniya explosiv.

Um die Menschen in den kurdischen Gebieten und vor allem in Sulaimaniya zu beruhigen, entschieden sich die Vertreter der britischen Verwaltung und der irakischen Regierung, nach Sulaimaniya und in andere kurdische Städte zu reisen. Während dieser Besuche gab *Hayat Waṭanye* im September 1930 eine Erklärung ab, in der Rechte für die Kurden gefordert wurden und die Bevölkerung aufgerufen wurde, als Zeichen ihrer Unterstützung friedlich zu demonstrieren (Amin 2000, 55). In der Folge kam es in Sulaimaniya zu friedlichen Protestversammlungen gegen solche Besuche und den britisch-irakischen Bündnisvertrag. Das *Hayat-Waṭanye*-Komitee fing an, noch aktiver zu werden, indem es mehrere Briefe an die irakische und britische Regierung sowie an den Völkerbund sendete. Des Weiteren votierte das Komitee am 4. September 1930 dafür, dass Sulaimaniya nicht an den bevorstehenden Wahlen teilnehmen solle. Da die irakische Regierung jedoch darauf bestand, die Wahlen abzuhalten, damit unter anderem der Bündnisvertrag ratifiziert werden konnte, kam es am 6. September 1930 in Sulaimaniya zu einer grossen Demonstration mit mehr als 2 000 Teilnehmenden gegen die Regierung (Amin 2000, 59–60; Sajjady 2017, 110–11).

Weil das Komitee aufgrund der Stimmungslage eine Eskalation erwartete, nahm *Hayat Waṭanye* jedoch nicht daran teil (Amin 2000, 59). Tatsächlich führte die Gewaltbereitschaft einiger Demonstranten und von Teilen der irakischen Armee zu einem Schusswechsel, bei dem Dutzende Demonstranten getötet oder verletzt wurden. Zudem mussten die Organisatoren und weitere Demonstranten ins Gefängnis (ebd., 60). Der bekannte kurdisch-nationalistische Dichter, Faiq Bekas, war einer derjenigen, die zuerst verletzt und später verhaftet wurden (Mala Karim 2011, 14). Dies gilt auch für einige bedeutende Mitglieder des *Hayat Waṭanye,* worauf die Aktivitäten des Komitees ein Ende fanden (Sharif 2006, 79). Der 6. September 1930 nahm bei einem grossen Teil der kurdischen Dichter in den

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

1930er Jahren einen hohen Stellenwert ein und wurde als eine Katastrophe bezeichnet, in der die Kurden massakriert worden seien (Ahmed 2002, 39 ff.). Für die meisten Kurden im Irak und insbesondere in Sulaimaniya ist es ein ‹schwarzer Tag› in ihrer Geschichte. Trotz der Ereignisse bestand die irakische Regierung darauf, die Wahlen abzuhalten, und am 15. September 1930 konnten die Vertreter von Sulaimaniya gewählt werden. Sie nahmen an der ersten Sitzung des neu gewählten irakischen Repräsentantenhauses vom 1. Oktober 1930 teil (ebd., 61). Als neuer Gouverneur von Sulaimaniya agierte die bekannte und in Sulaimaniya beliebte kurdische Persönlichkeit Ahmed Bag (ebd., 61–62).

Nachrichten über diese Auseinandersetzungen erreichten Scheich Mahmud und machten ihn fassungslos. Dazu trugen auch einige Familien der getöteten Demonstranten bei, die ihn aufsuchten und um Rache baten. Scheich Mahmud sah sich veranlasst, wieder zur Waffe zu greifen, und wurde sowohl politisch als auch militärisch aktiv. So schrieb er mehrere Briefe an die britische Vertretung im Irak und an den Völkerbund. In einem Brief an Erstere machte er die Briten darauf aufmerksam, «dass es nach dem Massaker der Kurden unmöglich geworden sei, dass die Kurden und die Araber gemeinsam in einem Land leben würden». In den anderen Briefen rief er die irakische Regierung dazu auf, die kurdischen Gebiete zu verlassen (Ali 2013, 217–218). Des Weiteren bat er um die Gründung eines Staates für die Kurden im Irak, der von Zaxo bis Khaneqin reichen und unter dem Mandat der Briten oder eines anderen mächtigen Staates stehen sollte (ebd.; Amin 2013b, 46). Damit machte Scheich Mahmud deutlich, dass er gegen einen Verbleib des irakischen Kurdistan als Teil des irakischen Staates war. Die Regierung in Bagdad und die britische Verwaltung im Irak wiederum antworteten Scheich Mahmud, gemäss der bestehenden Übereinkunft von 1927 habe er die Waffen niederzulegen und sich aus den politischen und militärischen Geschäften zurückzuziehen (Amin 2013b, 46 ff.).

Die beiden Seiten konnten sich nicht einigen, und es kam wieder zu kriegerischen Konfrontationen zwischen der irakischen Regierung – teilweise mit Unterstützung jener kurdischen Stämme, die zuvor Scheich Mahmud unterstützt hatten – und den Truppen Scheich Mahmuds, die mit dessen Kapitulation im März 1931 endeten (Sajjady 2017, 120). Er wurde in den Südirak und später nach Bagdad verbannt und starb dort am 9. Oktober 1956. Die Nachricht seines Todes und die spätere Beerdigung seines Leichnams in Sulaimaniya lösten einen weiteren Aufstand in Sulaimaniya aus,

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der zu mehreren Toten und Verletzten führte (ebd., 122 ff.). Zu erwähnen ist, dass der Feldzug gegen Scheich Mahmud im März 1931 zur ersten Kooperation der irakischen und der iranischen Armee führte, die in den folgenden Jahren gegen andere kurdische Gruppierungen wiederholt wurde (Amin 2000, 149). Taufiq Wahby, der sich in Beirut befand und im März 1931 seitens einiger kurdischer Persönlichkeiten im Irak als Vertreter der Kurden im Irak gewählt wurde, wandte sich mehrmals an den Völkerbund und Grossbritannien und bat um eine Autonomie für die Kurden im Irak (Ali 2005, 59 ff.; Amin 2000, 213 ff.; Sharif 2006, 79 ff.). Er machte den Völkerbund und die Briten darauf aufmerksam, dass weder der Irak noch der Nahe Osten zur Ruhe kommen könnten, solange die Kurdenfrage im Irak nicht gelöst sei (ebd.). Seine Forderungen fanden allerdings kein Gehör, und er kehrte mit leeren Händen in den Irak zurück, wo er zwischen 1932 und 1958 verschiedene politische Posten im Irak innehatte (Sharif 2006, 87 ff.).[13]

Während die Waffen im Grossraum Sulaimaniya im Jahr 1931 schwiegen, begann die Lage in den Barzan-Gebieten im gleichen Jahr zu eskalieren. Nachdem sich ein britisches Regiment, das für die Sicherheit der Ortschaft Bele südlich von Barzan zuständig war, auf Wunsch von Scheich Ahmed zurückzog und ein irakisches Regiment seinen Platz einnahm, warnte der britische Kommandant des Regiments vor den Folgen dieses Vorgehens: «Wir Ungläubigen verlassen zwar das Gebiet, aber die Lage wird unter Ihren muslimischen Brüdern nicht besser werden», soll er Mustafa Barzani, dem jüngeren Bruder von Scheich Ahmed, gesagt haben (Barzani 1998, 25). Der erste Angriff auf die Barzan-Gebiete im Jahr 1931 erfolgte allerdings durch den mit den Barzanis verfeindeten kurdischen Bradost-Stamm. Dabei wurden mehrere Dörfer geplündert und in Brand gesetzt. Die Barzani-Truppen antworteten mit einem Gegenangriff und fügten dem Bradost-Stamm Ende 1931 grossen Schaden zu (ebd.). Nach der Niederlage der Angehörigen des Bradost-Stammes begann die irakische Armee am 9. Dezember 1931 die Barzan-Gebiete am Boden und aus der Luft anzugreifen. Einen Erfolg konnte die Armee allerdings nicht erzielen (ebd., 26–28).

Damit begann die Feindschaft zwischen der irakischen Regierung und den Anhängern von Scheich Ahmed Barzani, die im Laufe der Zeit immer weiter eskalierte. Im März 1932 startete die irakische Armee eine weitere flächendeckende Offensive auf die Barzan-Gebiete. Sie endete mit der Zer-

13 Nach dem Sturz des irakischen Königreichs im Jahr 1958 verliess Taufiq Wahby den Irak in Richtung London und starb dort im Jahr 1984 im Alter von 93 Jahren.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

störung vieler Dörfer und dem Tod von Dutzenden Kämpfern auf beiden Seiten. Um der Gewalt ein Ende zu setzen und den Menschen in den Barzan-Gebieten weitere Bombardierungen zu ersparen, verliessen Scheich Ahmed und einige seiner Anhänger im Juni 1932 den Irak in Richtung Türkei. Nach einem Jahr wurde er jedoch von der Türkei an die irakische Regierung ausgeliefert. Unter dem Druck von Barzani-Anhängern und um eine weitere Eskalation zu vermeiden, schickte die irakische Regierung Scheich Ahmed in die Barzan-Gebiete zurück (Barzani 1998, 44–45). Ende 1933 nahm die Regierung Scheich Ahmed, Mustafa Barzani, der bereits viel Kampferfahrung gesammelt hatte, und weitere Mitglieder seiner Familie in Mossul in Gewahrsam. Im Jahr 1936 wurden die Barzanis zuerst nach Bagdad und später in den Südirak geschickt, damit sie nicht mit Scheich Mahmud in Kontakt treten konnten (ebd., 46). Die Unruhen gingen dennoch weiter und die antiirakischen Ressentiments nahmen in den Barzan-Gebieten weiter zu. Im Jahr 1939 brachte die irakische Regierung die Barzanis nach Sulaimaniya und isolierte sie dort (ebd., 48). Mustafa Barzani besuchte hier die Koranschule und vertiefte seine Kenntnisse in religiösen Belangen. Dabei kam er auch mit kurdischen Intellektuellen, Stammesführern, Aghas und Aktivisten in Kontakt (Sajjady 2017, 149).

Die politischen Entwicklungen im Irak wiederum entwickelten sich immer mehr zugunsten des Militärs, das nach der Aufnahme des Irak in den Völkerbund und dem Ende des völkerrechtlichen Mandates Grossbritanniens im Oktober 1932 an Einfluss gewann. So verpflichtete die irakische Regierung mit dem Landesverteidigungsgesetz vom Dezember 1934 alle männliche Personen, die älter als 19 Jahre waren, für eine Dauer von mindestens zehn Jahren im Militär zu dienen (Qanun al-Difa' al-Waṭany 1934). Dazu beigetragen hatte auch die Überzeugung von König Faisal, dass der Irak eine starke Armee benötige, um seine Souveränität aufrechtzuerhalten und die nationale Sicherheit zu gewährleisten (Amin 2000, 175). Im Laufe der Zeit hatte er verzweifelt festgestellt, «dass es im Irak keine irakische Nation, sondern verschiedene menschliche Gruppierungen gebe, die leer vom Patriotismus seien und gegen jede Regierung vorgingen, welche auch immer diese sei» (ebd., 172).[14] Tatsächlich konnte die Armee Anfang der 1930er Jahre erfolgreich gegen Demonstranten in den verschiedenen irakischen Städten, kurdische und assyrische Revolten sowie Stämme entlang des Euphrats vorgehen (Rasul 2012, 180). Der erste Staatsstreich des Mi-

14 Ohne eine einheitliche irakische Nation erleben zu können, starb König Faisal im September 1933 in der Schweiz.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

litärs folgte dann im Oktober 1936 unter Führung des Generalleutnants Bakr Sidqi, der zur Tötung des Verteidigungsministers Jaafar al-Askari, zur Absetzung des ambitionierten Premierministers Yasin al-Hashimi und im August 1937 zur Ermordung von Sidqi in Mossul führte (Fürtig 2016, 135 ff.). Danach gab es zwischen 1938 und 1940 weitere Putschversuche, die allerdings scheiterten. Erfolgreich war jedoch der Militärputsch des panarabistischen und antibritischen Politikers Rashid Ali al-Gailani im April 1941, der mit der Rückkehr der britischen Truppen in den Irak und der Zerschlagung der Anhänger des Militärstreichs im Juni 1941 endete (Rasul 2012, 181).

Während dieser turbulenten Zeit in Bagdad formierten sich einige kurdische Intellektuelle, Nationalisten und Aktivisten neu und gründeten im Jahr 1937 in Sulaimaniya eine Organisation namens *Brayati* (‹Brüderlichkeit›) (Qaradakhy 2014, 31). Als Ehrenpräsident der Gruppe wurde Scheich Mahmud gewählt, und sein jüngster Sohn, Scheich Latif Scheich Mahmud, wurde Mitglied der Organisation (Sabir 2007, 108). Sehr einflussreich konnte sie indes nicht werden, und sie löste sich 1943 auf (ebd.). Im Jahr 1939 wiederum gründeten junge kurdische Studenten aus Kirkuk, Sulaimaniya und Erbil in Kirkuk eine weitere Organisation namens *Darker* (‹Holzhacker›), die sich schnell ausbreitete (ebd., 106). Sektionen der Organisation wurden in Sulaimaniya, Erbil, Kifry und anderen kurdischen Städten eröffnet (ebd., 108). Dadurch erreichten die jungen Aktivisten grosse Teile der kurdischen Gebiete im Irak, und sie zogen die Erweiterung der Organisation in Erwägung (ebd.). Bei ihrer Generalversammlung im Juni 1938 in Kirkuk – bis zu diesem Datum gab es nur dort Gymnasien, hingegen nicht in Erbil oder Sulaimaniya – entschieden sie, die Organisation in eine politische Partei umzuwandeln und eine grosse kurdische Persönlichkeit zu ihrem Vorsitzenden zu machen. Infrage kamen unter anderem Rafiq Hilmy[15], Mohammed Amin Zaki Bag und Taufiq Wahby. So kam es im April 1939 in Kirkuk zur Gründung der ersten kurdischen Partei im Irak namens *Hiwa* (‹Hoffnung›) (Sabir 2007, 112). Bei einer Sitzung in Bagdad im Februar 1940 wählten ihre Mitglieder Rafiq Hilmy zu ihrem Präsidenten. Er begrüsste die Entscheidung und wurde Vorsitzender der Partei (ebd.). Deren Aktivitäten erfolgten jedoch zuerst verdeckt (Sajjady 2017, 151).

Die Partei war nicht nur in verschiedenen kurdischen Städten aktiv, sondern hatte ihren Hauptsitz in Bagdad und agierte auch in Mossul. Die meisten Mitglieder, die je nach Quelle 1 500 bis 5 500 zählten (Qaradaghy

15 Rafiq Hilmy wurde 1898 in Kirkuk geboren und ist 1960 in Bagdad gestorben.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

2014, 31; Sabir 2007, 114), gehörten allerdings der Oberschicht an und waren unter anderem als Offiziere in der irakischen Armee tätig; oft handelte es sich auch um Stammesführer, Scheichs oder Grossgrundbesitzer. Bauern, die eine grosse Mehrheit der kurdischen Bevölkerung im Irak darstellten, waren in der Partei kaum zu finden (Qaradaghy 2014, 31). Die Hauptforderung der Partei war die Selbstverwaltung für die Kurden im Irak (Qaradaghy 2014, 35; Sabir 2007, 116). Gleichzeitig stand die Partei mit den kurdischen Bewegungen in Syrien und in Iran in Kontakt (Sajjady 2017, 151). So entsandte sie zwei ihrer engagierten Mitglieder nach Iran und unterstützte die kurdischen Aktivisten in Mahabad bei der Gründung einer Organisation namens *Zhianaway Kurd* (‹kurdische Wiederbelebung›) im August 1942 (Ali 2013, 232; Sabir 2007, 116). Damit trat zum ersten Mal auch ein pankurdisches Gedankengut auf, das darauf abzielte, den Kurden in allen Ländern, in denen sie lebten, zu ihrem Recht zu verhelfen. Die Partei knüpfte auch Kontakte zu Mustafa Barzani, der im Juli 1943 mit der Unterstützung von Scheich Latif Scheich Mahmud als Mullah gekleidet aus Sulaimaniya floh und über Iran die Barzan-Gebiete erreichte (Barzani 1998, 83; Mazhar 2014, 423).

Da Scheich Ahmed in Sulaimaniya blieb und später in den Südirak geschickt wurde, übernahm Mullah Mustafa Barzani – er trug nicht den Titel eines Scheichs, sondern eines Mullah – den erneuten Aufstand der Barzanis gegen die irakische Regierung. Nachdem er mehrere Stämme in der Region besucht hatte, um sich deren Unterstützung zu sichern, griffen seine Truppen im Oktober 1943 irakische Polizeiposten an (Barzani 1998, 91). Bis November 1943 konnten die Pro-Barzani-Truppen mehrere Gebiete in Barzan von den Truppen der irakischen Regierung säubern (ebd., 98). Grosse Unterstützung erhielt Barzani von der *Hiwa*-Partei, die in verschiedenen Erklärungen in Bagdad das Vorgehen der irakischen Regierung kritisierte und als Feindseligkeit gegen das kurdische Volk bezeichnete (ebd., 99). Daraufhin bemühten sich die irakische Regierung und die britische Vertretung in Bagdad um ein Ende der Waffengewalt (ebd.). Um eine endgültige Lösung für die Kurdenfrage im Irak zu finden, wurde in der neuen irakischen Regierung, die im Dezember 1943 unter der Führung von Nuri Pascha al-Said gebildet wurde, der kurdische Minister Majed Mustafa beauftragt, das Kurdendossier zu übernehmen (Barzani 1998, 100–101; Sajjady 2017, 153–154). Daraufhin traf Majed Mustafa sich mit Mullah Mustafa und den Funktionären der *Hiwa*-Partei. Die Vertreter von *Hiwa* und Mullah Mustafa einigten sich darauf, dass die Barzani-Truppen die Waffen niederlegen sollten, wenn unter anderem eine autonome Region

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Kurdistan, bestehend aus den fünf Provinzen Kirkuk, Erbil, Sulaimaniya, Khaneqin und Dohuk, gegründet würde (Sajjady 2017, 155). Mullah Mustafa forderte auch, seinem Bruder, Scheich Ahmed, und allen anderen Barzani-Angehörigen die Rückkehr in die Barzan-Region zu erlauben. Während die irakische Regierung im Februar 1944 veranlasste, dass Scheich Ahmed und seine Leute nach Barzan zurückkehren durften, wurden die anderen Forderungen nicht erfüllt (Barzani 1998, 105) – unter anderem deshalb, weil die Regierung von Nuri Pascha al-Said im Juni 1944 aufgelöst wurde (ebd., 106).

Die neue irakische Regierung erklärte im August 1945 den Barzanis den Krieg (Barzani 1998, 126), der nach mehreren Gefechten mit der Flucht von Barzani nach Iran im Oktober 1945 endete (Sajjady 2017, 185). Die meisten kurdischen Stämme, die zuvor Mullah Mustafa versprochen hatten, zusammen mit ihm zu kämpfen, kehrten ihm den Rücken und unterstützten die irakische Armee (Barzani 1998, 130). In Iran half Mullah Mustafa Qazi Mohammed bei der Gründung der kurdischen Republik Mahabad im Januar 1946 (ebd., 149). Um jedoch den kurdischen Kampf im Irak fortsetzen zu können und um der bereits existierenden Demokratischen Partei Kurdistan-Iran (DPK-I) keine Konkurrenz zu machen, entschieden sich Barzani und seine Begleiter, die Demokratische Partei Kurdistan-Irak[16] (bekannt als DPK) zu gründen. Zu diesem Zweck schickte Mullah Mustafa Anfang 1946 Hamza Abdullah in den Irak, um den möglichen Zusammenschluss der neuen Partei mit den bestehenden Parteien *Rizgary* (‹Befreiung›) und *Shorsh* (‹Revolution›)[17] zu diskutieren. Nachdem die beiden bereits bestehenden Parteien die Zustimmung ihrer Mitglieder eingeholt hatten, schlossen sie sich in einer Generalversammlung in Bagdad am 16. August 1946 der neuen Partei, der DPK, an (Barzani 1998, 158 ff.). Als Präsident der Partei wurde Mullah Mustafa in Abwesenheit gewählt. Sein erster Stellvertreter wurde

16 Der offizielle Name der Partei war zu Beginn ‹Kurdische Demokratische Partei›. Erst 1953 wurde sie beim dritten Parteikongress in Kirkuk in ‹Demokratische Partei Kurdistan-Irak› umbenannt (Rashid 2017b, 56). Zudem rutschte die Partei weiter nach links (ebd.).

17 Die *Hiwa*-Partei spaltete sich im Jahr 1945 in *Rizgary* und *Shorsh*, da der rechtsliberale Flügel um den Vorsitzenden Hilmy der Ansicht war, dass mit der Unterstützung Grossbritanniens die Rechte der Kurden gefordert werden sollten. Dagegen sah der linke Flügel der Partei in der Sowjetunion den wahren Freund der Kurden und wollte mit ihr kooperieren (Qaradaghy 2014, 43). So gründeten die Rechtsliberalen – ohne Rafiq Hilmy – in Kooperation mit Mullah Mustafa die *Rizgary*-Partei und die Linken die *Shorsh*-Partei (ebd., 43–44).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Scheich Latif Scheich Mahmud (ebd.).[18] Ibrahim Ahmed[19], der als Vertreter der DPK-I in Sulaimaniya agierte und mit Hamza Abdullah verwandt war, war nicht bereit, Hamza Abdullah und die Idee von Mullah Mustafa zu unterstützen. Auf diesen Zwist scheint ein Teil der späteren Feindseligkeit zwischen Mullah Mustafa und Ibrahim Ahmed zurückzugehen (Qaradaghy 2014, 57–58).

So begannen die Kurden im Irak, zum ersten Mal die Grenzen der *Tariqat*-, Stämme-, Regionen- und Dialektzugehörigkeit zu überwinden und eine politische Partei zu gründen, die weite Teile der kurdischen Aktivisten miteinschloss. Da jedoch mit Mullah Mustafa Barzani und Scheich Latif Barzanji zwei einflussreiche Stammesmitglieder, die mit einigen anderen kurdischen Stämmen in Konflikt standen, an die Spitze der Partei kamen, gab es in ihr von Beginn an kaum Platz für einige andere Gruppierungen: für jene Mitglieder der konkurrierenden Stämme, die der Stammeszugehörigkeit eine grössere Bedeutung beimassen als der Partei und der Kurdenfrage; für linke kurdische Aktivisten, die sich für ein Ende der Stammesstruktur und der Privilegien zugunsten einiger weniger in der Gesellschaft und für mehr Gleichheit einsetzten; für rechtsliberale kurdische Intellektuelle und Politiker, die Grossbritannien als Freund und Befreier des Irak und nicht als Kolonialmacht ansahen und zudem nicht an Gewalt zur Durchsetzung der politischen Rechte der Kurden glaubten. Viele Angehörige der beiden letztgenannten Gruppen schlossen sich jedoch der Partei aus kurdisch-nationalistischen Überzeugungen an. Einige andere blieben entweder der Politik fern, betrieben Politik im irakischen Staat oder liefen zur seit 1934 existierenden Irakischen Kommunistischen Partei (IKP) über. So war die DPK zwar eine grosse kurdische Partei im Irak, aber schon zu Beginn sehr heterogen.

Ihre hauptsächliche Forderung war, wie schon bei den vormaligen kurdischen Gruppierungen, die Selbstverwaltung der Kurden in den kurdischen Gebieten im Irak inklusive Kirkuk. Auch die Demokratisierung des Irak

18 Laut Jalal Talabani waren Teile der Mitglieder der *Shorsh*-Partei gegen Mullah Mustafa und Scheich Latif an der Spitze der DPK und entschieden sich, sich der Partei nicht anzuschliessen – obwohl sie zu Beginn des Prozesses für die Gründung der DPK gewesen waren (Rashid 2017b, 50–53).

19 Ibrahim Ahmed wurde 1914 in Sulaimaniya geboren und schloss sich 1947 der DPK an, nachdem die Republik Mahabad besiegt und Qazi Mohammed exekutiert worden war. Er studierte zwischen 1934 und 1937 Rechtswissenschaften in Bagdad und war Politiker, Anwalt und Schriftsteller (Rashid 2017b, 60). Im Jahr 2000 starb er in London (ebd.).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

war ein Anliegen der Partei, das allerdings auch innerhalb der Partei wenig Beachtung fand. Die DPK wollte damit die politischen Rechte der Kurden in einem einheitlichen Staat Irak sichern und strebte keinen unabhängigen oder pankurdischen Staat an (Qaradaghy 2014, 73). Nach dem Zerfall der Republik Mahabad im März 1947 waren Mullah Mustafa und seine Anhänger jedoch gezwungen, sich neu zu orientieren. So entschieden sich Scheich Ahmed, einige Kämpfer und die Familien in den Irak zurückzukehren, während sich Mullah Mustafa gemeinsam mit 560 Kämpfern für einen Marsch in die Sowjetunion entschloss (Barzani 1998, 182–183). Mullah Mustafa begleitete zuerst Scheich Ahmed und die Familien – insgesamt etwa 4 565 Personen – in den Irak (Sajjady 2017, 201). Diese wurden allerdings in den Südirak verbannt, nachdem sie sich im April 1947 ergaben. Die irakische Regierung exekutierte zudem am 19. Juni 1947 vier Offiziere: Abdul-Aziz, Mustafa Khoshnaw, Abd al-Karim und Mahmud Qudsy (ebd., 203). Mullah Mustafa und seine Kämpfer machten sich am 6. Mai 1947 auf den Weg in die Sowjetunion und erreichten das Land in einem historischen Marsch trotz Kämpfen und Bombardierungen seitens der irakischen und der iranischen Regierung am 17. Juni 1947 (Barzani 1998, 187 ff.; Sajjady 2017, 205 ff.). Dort blieben sie bis zum Staatsstreich[20] der ‹Freien Offiziere› unter der Führung von Abd al-Karim Qasim[21] und dem Ende der irakischen Monarchie am 14. Juli 1958.

Die DPK im Irak wurde in Abwesenheit von Mullah Mustafa zwischen 1947 und 1958 hauptsächlich von den linksgerichteten Mitgliedern der Partei, wie Ibrahim Ahmed, geführt. Die Aktivitäten der Partei blieben

20 Es ist umstritten, ob der Sturz des irakischen Königreichs eine Revolution oder ein Militärputsch war. Fest steht jedoch, dass der Sturz mit einem Staatsstreich einiger Offiziere der irakischen Armee begann, der schnell die Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung – von Kurden, Arabern und anderen Minderheiten – fand (Rasul 2012, 199–200). Für den Nahen Osten bedeutete der Sturz des irakischen Königs eine fundamentale Änderung der politischen Verhältnisse, die die Monarchien in der Region unter Druck setzte und neue Allianzen ermöglichte. Die DPK schickte einige Stunden nach dem Putsch ein Telegramm an die ‹Freien Offiziere› und wünschte ihnen Erfolg. Den Staatsstreich bezeichnete die Partei in einer Erklärung vom 16. Juli 1958 als eine «heilige Revolution» (Talabani 1970, 176).

21 Qasim, 1914 in Bagdad geboren, trat 1932 der ‹Königlichen Militärakademie› bei. Wie aus seinem persönlichen Tagebuch hervorgeht, nahm er sich in den 1930er Jahren oft frei, um sich im al-Rashid-Militärspital wegen seiner Nasenhöhlenentzündung behandeln zu lassen (Raouf 2012, 4). Das dürfte auch der Grund dafür gewesen sein, dass er nicht in die irakischen Luftstreitkräfte aufgenommen wurde (ebd.). Nachdem er in Grossbritannien die ‹Königliche Militärakademie› besucht hatte, stieg er in der irakischen Armee bis zum Rang eines Divisionärs auf.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

allerdings geheim und ihre Mitglieder wurden sowohl verfolgt als auch zum Teil ins Gefängnis gebracht. Auf den zwei Parteikongressen 1951 in Bagdad und 1953 in Kirkuk rückte die DPK nach Streitigkeiten innerhalb des Politbüros nach links und errichtete Vereine für Studenten, Jungen und Frauen.[22] Ibrahim Ahmed wurde ab 1951 Generalsekretär der DPK (Rashid 2017b, 60). Die Partei gab auch bis 1953 eine Zeitung namens «Rizgary» (‹Befreiung›) heraus. Ab 1953 ersetzte «Xebat» dann «Rizgary» als Parteizeitung (Naqshbandy 2019, 8). Ibrahim Ahmed war Chefredaktor von «Rizgary» und bis in die 1960er Jahre von «Xebat». Mullah Mustafa blieb jedoch Vorsitzender der Partei, weil er mittlerweile einen Heldenstatus bei vielen Kurden hatte. So gab Jalal Talabani[23] bekannt, Mullah Mustafa sei für ihn in jungen Jahren so heilig gewesen wie Mekka für die Muslime (Rashid 2017b, 34). Talabani machte gleichzeitig darauf aufmerksam, dass Hamza Abdullah einen grossen Fehler begangen habe, indem er Stammesführer und Scheichs in die Parteipolitik integrierte, und somit der kurdisch-nationalistischen Bewegung geschadet habe (ebd., 47–48). Entsprechend hinterliess die grosse Distanz zwischen dem Irak und der Sowjetunion viele Spuren zwischen dem religiös-konservativen Mullah Mustafa und den mehrheitlich städtisch-säkular-linken Mitgliedern des Politbüros und der Partei.

Damit schien die Zeit im irakischen Kurdistan stehen geblieben zu sein und die Politik sich im Kreis zu drehen. Während die städtisch-säkularen kurdischen Aktivisten, Intellektuellen und Offiziere in den 1920er Jahren einen ideologischen Kampf gegen die religiös-konservative Gruppe um Scheich Mahmud in Sulaimaniya geführt hatten, sahen sich 1958 die städtisch-säkular-linken Politiker einer religiös-konservativ-charismati-

22 Auf dem dritten Parteikongress im Jahr 1953 kam es zur Auseinandersetzung zwischen Ibrahim Ahmed und Hamza Abdullah. Daraufhin wurde Abdullah aus der Partei ausgeschlossen. Das zeigt, dass es nicht nur Meinungsunterschiede zwischen den Konservativen und den Liberalen, sondern auch unter den Liberalen selbst gab (Hersh 2003, 8). Das gilt auch für die Spannungen innerhalb der konservativen Fraktion ab dem Jahr 1958 zwischen Scheich Latif und Mullah Mustafa (Mazhar 2014, 503).

23 Mit vollen Namen heisst er Jalal Scheich Husameddin Scheich Nuri und wurde laut eigenen Angaben zwischen 1933 und 1934 im Dorf Kalkan in der Nähe von Koya geboren (Rashid 2017b, 21). Sein Vater gehörte dem Qadiriya-*Tariqat* an und pflegte ein *Tekyeh* (‹Konvent›) für seine Anhänger (ebd.). Entsprechend wuchs der später als Talal Talabani oder Mam Jalal (Onkel Jalal) bekannt gewordene kurdische Politiker in einem sowohl religiösen als auch wohlhabenden Umfeld auf. Er ging früh in die Politik und trat bereits 1947 der DPK bei (ebd., 37 ff.; Ali 2009, 2018).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

schen Persönlichkeit wie Mullah Mustafa gegenüber – ganz abgesehen von den Rivalitäten innerhalb und zwischen den einzelnen Lagern, Gruppen und Stämmen. So blieben viele kurdische Stämme und Politiker zwischen 1918 und 1958 Grossbritannien und dem Irak treu. Diese Entwicklungen veranschaulichen, dass es den Kurden im Irak in diesen 40 Jahren nicht gelang, ihre Rivalitäten, ideologischen Kämpfe und einander widersprechenden Weltanschauungen zu überwinden und sich auf ein gemeinsames Konzept für die kurdische Frage im Irak zu einigen. So gesehen darf die Schuld dafür, dass die Kurden im Irak politisch leer ausgingen, nicht nur auf den Irak und Grossbritannien geschoben werden, vielmehr müssen auch die Rivalitäten unter den Kurden und die rückständig gebliebenen Strukturen der verschiedenen kurdischen Gesellschaften im Irak in den Blick genommen werden.

Bezüglich der politischen Entwicklungen im ‹Haschemitischen Königreich Irak› kann zusammenfassend gesagt werden, dass sie von Spannungen, Revolten, politischen Rivalitäten und Auseinandersetzungen geprägt waren. Dies führte dazu, dass das Parlament bei 16 Wahlen, die zwischen dem 16. Juli 1925 und dem 14. Februar 1958 abgehalten wurden, nur zweimal (1939 und 1948) seine Legislaturperiode von vier Jahren beenden konnte (Rasul 2012, 174). Des Weiteren wurde zwischen 1920 und 1958 seitens der irakischen Regierung 16 Mal der Ausnahmezustand ausgerufen (ebd., 176–177). Ferner waren die Kurden erst nach sechs Regierungsrunden, im Jahr 1924, mit einem Minister vertreten. Nur einmal konnte ein Kurde – Ahmed Mukhtar Baban, für weniger als zwei Monate zwischen dem 19. Mai und 14. Juli 1958 – als Premierminister agieren (Harb 2020). Mehrmals als Minister wurden unter anderem Ahmed Mukhtar Baban, Mohammed Amin Zaki Bag, Said Qazaz, Jalal Baban und der Sohn von Scheich Mahmud, Baba Ali, ernannt (ebd.). Ausserdem wurden im irakischen Königreich 59 Regierungen mit einer Gesamtanzahl von 636 Ministern gebildet (Markaz al-'Irāqy Lilma'lumāt Wa al-Dirāsāt 2007, 13). Davon waren 441 Minister und 55 Premierminister Sunniten sowie 167 Minister und vier Premierminister Schiiten (ebd.). Von den 59 Premierministern hatten 40 einen militärischen Hintergrund (ebd., 14). Diese Zahlen offenbaren, dass das irakische Königreich ein sunnitisch-arabischer Staat mit einer Dominanz des Militärs war. Zivile Politiker, Kurden und die schiitische Mehrheit der Bevölkerung hatten entsprechend das Nachsehen. Dazu waren nur elf Personen insgesamt 90 Mal Minister oder Premierminister (Rasul 2012, 175), obwohl die Regierung gemäss der Verfassung meistens aus sechs Ministern und einem Premierminister bestand (Harb 2020). Wei-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ter war die Schere zwischen Reich und Arm sehr gross. So besassen je nach Quelle 2 480 bzw. 3 619 Personen im Jahr 1958 etwa 18 Millionen Dunam Boden, während vier Fünftel aller irakischen Familien über keinerlei Grundbesitz verfügten (Rasul 2012, 188; Sajjady 2017, 273).

Was die Rolle Grossbritanniens anbelangt, so haben die Briten im Irak mitgeholfen, dass die Kurden teilweise kulturelle und sprachliche Rechte erhielten. Versuche der Etablierung eines politischen Gebildes für die Kurden im Irak scheiterten allerdings am Widerstand der irakischen Regierung, an der Unentschlossenheit Grossbritanniens und der Zerstrittenheit der Kurden. Wird jedoch die Lage der Kurden im Irak zwischen 1918 und 1958 mit jener der Kurden in der Türkei, in Syrien und in Iran verglichen, so ist erkennbar, dass sie trotz der Kämpfe und der Zerstörung auch dank der Präsenz der Briten im Irak viel besser war. Dessen ungeachtet kann nicht bestritten werden, dass Grossbritannien im Irak eine widersprüchliche Politik verfolgte: Es setzte auf ein majoritäres politisches System mit einem starken Zentralismus, obwohl der Irak ein ausgeprägt heterogener Staat war. Gleichzeitig blieb Sulaimaniya bis 1924 unter britischer und kurdischer Kontrolle. Der König hatte viel Macht, obwohl er kein Iraker war. London setzte demnach auf die Loyalität des Königs gegenüber Grossbritannien. Die Verfassung enthielt kein Wort über den Status der Kurden, wenngleich Grossbritannien und die irakische Regierung den Kurden aber Anfang der 1920er Jahre des Öfteren versprachen, dass sie ihre politischen Rechte erhalten würden. Schliesslich deutet das Sykes-Picot-Abkommen darauf hin, dass London zumindest am Anfang der Besetzung koloniale Absichten im Irak hatte. Diesen schlechten Ruf vor Beginn der politischen Prozesse im Irak konnten die britischen Behörden im Laufe der Zeit nicht vollumfänglich loswerden. Das Vereinigte Königreich ermöglichte jedoch die Entstehung eines irakischen Staates trotz der komplexen gesellschaftlichen Strukturen im ganzen Land. Entsprechend waren seine Staatsbildungsbemühungen erfolgreich, während seine Nationenbildungsversuche scheiterten.

3.2 Die irakische Republik und die Kurdenfrage zwischen 1959 und 1975

Die Machtübernahme der ‹Freien Offiziere› und das Ende des ‹Haschemitischen Königreichs Irak› am 14. Juli 1958 markierten nicht nur eine Wende in der politischen Landschaft des Nahen Ostens, sondern boten auch

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

den Kurden im Irak eine neue Chance, sich aus der sich allmählich verfestigenden Ausweglosigkeit zu befreien. Die erste Erklärung der Offiziere am ersten Tag des Machtwechsels lautete: «Die Armee hat die schamlose Schicht gestürzt, die die Rechte des Volkes verachtet hat. Sie wird für das Volk arbeiten und eine Regierung bilden, die aus ihm entspringt und von ihm die Inspiration erhält. Dies wird jedoch nur durch eine Volksrepublik geschehen» (Rasul 2012, 200). Am Abend des 14. Juli 1958 wurden sowohl der ‹Souveränitätsrat›, der aus drei Personen – einem Sunniten (Mohammed Najib al-Ruba'i, Präsident des Rates), einem Kurden (Khaled al-Nakschbandi, Mitglied) und einem Schiiten (Mohammed Mahdi Kubba, Mitglied) – bestand, als auch eine neue Regierung unter der Führung von Abd al-Karim Qasim bekannt gegeben (ebd., 200–201). Der ‹Souveränitätsrat› durfte die Aufgaben des Präsidenten der Republik wahrnehmen, bis dieser gewählt war (ebd.). Stellvertretender Premierminister wurde Abdulsalam Arif.[24] Zudem war Qasim Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber der irakischen Streitkräfte.

Damit entstand die erste irakische Republik nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches. Weil die neue Führungsriege des Irak keine Legitimitätslücke aufkommen lassen und die alten Strukturen ändern wollte, begannen sofort Arbeiten an einer vorläufigen Verfassung für die Übergangszeit. Diese dauerten allerdings nur zwei Tage: Der Rechtswissenschaftler Husain Jamil wurde am 20. Juli 1958 seitens der irakischen Übergangsregierung zum Zweck des Entwurfs einer neuen Verfassung kontaktiert. Indem er die ägyptische Verfassung zum Vorbild nahm, stellte Jamil am 22. Juli seinen Verfassungsentwurf vor (Rasul 2012, 202). Am 27. Juli 1958 gab der Premierminister bekannt, dass der Irak eine neue vorläufige Verfassung habe. Während Artikel 2 den Irak als Teil der arabischen Nation bezeichnete, wurde in Artikel 3 festgeschrieben, dass die Kurden und die Araber Partner im neuen Staat seien. Die Verfassung werde dafür sorgen, dass die Rechte der arabischen und der kurdischen Nation in einem einheitlichen Irak gewährleistet seien, so Artikel 2 (Al-Dastur al-Mu'qat Li'ām 1958). Damit wurden die Kurden und die Araber als zwei verschiedene Nationen im neuen Irak anerkannt. Zudem unternahmen die neuen Verwalter des

24 Arif wurde 1921 in Bagdad geboren und besuchte Militärschulen im Irak und in Deutschland. Er unterstützte den Militärputsch von Gailani von 1941. Nachdem Arif in der irakischen Armee verschiedene Posten innegehabt hatte, schloss er sich der Organisation der ‹Freien Offiziere› an, die Ende 1949 gegründet wurde. Er hatte bis Ende der 1950er Jahre eine enge Beziehung zu Qasim und bezeichnete ihn als Anführer.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Irak innenpolitisch weitere Schritte, um aufzuzeigen, dass der Irak einen Neustart unternehmen wolle. So blieb unter anderem der ‹Souveränitätsrat› bestehen, alle politischen Parteien und Gruppierungen wurden legalisiert und eine Amnestie für alle politischen Gefangenen und Geflüchteten ausgesprochen. Mit dem Agrarreformgesetz vom September 1958 sollte des Weiteren knapp die Hälfte des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens umverteilt werden (Fürtig 2016, 67). Diese letztere Massnahme führte jedoch von Beginn an zu grossem Unmut bei den reichen Grossgrundbesitzern, Stammesführern und Scheichs.

Die Politik des neuen irakischen Regimes war auch im Bereich der Aussenpolitik revolutionär. So nahm der Irak diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion auf, kündigte den Bagdadpakt[25] im Jahr 1959 und zwang alle britischen Truppen, noch im selben Jahr den Irak zu verlassen. Diese Änderungen gaben den verschiedenen kurdischen Gruppierungen die Möglichkeit, sich neu aufzustellen. Eine grosse Wende in der Entwicklung der Kurdenfrage im Irak markierte die Rückkehr von Mullah Mustafa in den Irak am 6. Oktober 1958. Er kehrte allerdings als 55-jähriger Mann zurück, der einen grossen Teil seines Lebens im sowjetischen Exil verbracht hatte, keine Erfahrung im Bereich der Parteipolitik hatte sammeln können und sich in erster Linie mit seinen Gefolgsleuten und seinem Stamm identifizierte. Das zeigten gleich seine ersten Worte, die er an Qasim bei ihrer ersten Begegnung richtete: «Ich, mein Stamm und meine Partei sind Soldaten für die Verteidigung der jungen irakischen Republik» (Sinjary 2013, 23) – die Partei wurde also nur nebenbei erwähnt. Mullah Mustafa war dankbar, dass Qasim seine Rückkehr ermöglicht hatte. Seine bedingungslose Loyalität Qasim gegenüber und die Tatsache, dass die Partei von ihm nur als Nebensache gesehen wurde, führten sehr früh zu Unstimmigkeiten zwischen den Mitgliedern des Politbüros der DPK und Mullah Mustafa. Hinzu kam, dass die DPK wie schon erwähnt aus verschiedenen Flügeln bestand und es Rivalitäten zwischen den verschiedenen Lagern der Partei gab.

Zu einer Verschlechterung der Beziehung zwischen Qasim und Mullah Mustafa trugen allerdings früh verschiedene Faktoren bei: Qasim war ein irakischer Nationalist, der weder an eine kurdische noch an eine arabische

25 Der Bagdadpakt, auch bekannt als CENTO (Central Treaty Organization), war ein von 1955 bis 1979 existierendes Militärbündnis, das den Irak, Iran, Grossbritannien, die Türkei und Pakistan als Mitglieder hatte. Die USA ihrerseits hatten einen Beobachterstatus im Bündnis.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Nation glaubte. Für ihn stand der Staat Irak an oberster Stelle. Das war auch für das Politbüro der DPK ein Problem (Rashid 2017b, 167) und verursachte zudem Unstimmigkeiten zwischen Qasim und den Anhängern des panarabischen Nationalismus, die von Abdulsalam Arif und der Baath-Partei[26] angeführt wurden. Die Agrarreform benachteiligte auch jene Stammesführer, die mit den Barzanis verbündet waren. Rivalisierende Stämme wurden zudem von Qasim bewaffnet, weil sie bereits in den 1940er Jahren an seiner Seite gekämpft und sich bei ihm über die Bewaffnung von Barzanis Gefolgsleuten beschwert hatten (Rashid 2017b, 157 ff.). Des Weiteren wurde der Irak nicht demokratisiert, und Qasim war der Ansicht, dass er gleichzeitig sowohl gegen die Ambitionen seiner Rivalen als auch der verschiedenen politischen Gruppierungen vorgehen könne. Ferner isolierte die Forderung Mitte 1961, Kuwait als eine Gemeinde der Provinz Basra im Südirak zu sehen, Qasim international. Iran und die Türkei, die unter anderem darüber unglücklich waren, dass die Kurden in der vorläufigen irakischen Verfassung als eine selbstständige Nation anerkannt wurden, befeuerten eine mögliche Entmachtung Qasims.

So unterstützte Iran Anfang 1961 jene Stämme im irakischen Kurdistan, die bewaffnet gegen die irakische Regierung und ihre Agrarreform vorgingen. Als sie im September 1961 auch von Mullah Mustafa Hilfe bekamen, begann jene kriegerische Auseinandersetzung zwischen Bagdad und den Anhängern von Barzani, die bei vielen Kurden noch heute als September-Revolution (*Shorshy Aylul*) bekannt ist. Das Politbüro der DPK, das links-säkular orientiert war, sprach sich allerdings gegen den Aufstand der Stämme und für die Agrarreform aus (Rashid 2017b, 158 ff.). Es war gleichzeitig gegen den politischen Kurs des irakischen Regimes und sah ihn als autokratisch an. So rief es am 6. September 1961 im Andenken an die Opfer der Demonstrationen vom 6. September 1930 alle Kurden im Irak dazu auf, friedlich gegen die Politik von Qasim zu demonstrieren und zu streiken (ebd., 181–182). Als die Menschen in vielen kurdischen Städten auf die Strassen gingen, wurden sie jedoch durch die irakische Luftwaffe bombardiert. Die Lage im irakischen Kurdistan eskalierte und führte zu einem ununterbrochenen Kampf der kurdischen Peschmerga-Einheiten ge-

26 Die Baath-Partei wurde Ende der 1930er Jahre von Michel Aflaq und Salah ad-Din al-Bitar in Damaskus gegründet; ein genaues Datum gibt es nicht (Mustafa 2007, 47 ff.). Im Irak breitete sich die Partei ab 1948 sukzessive aus (ebd., 63). Ihr Motto lautet: ‹Einheit, Freiheit und Sozialismus›. Dabei wird in erster Linie für einen panarabischen Nationalismus geworben und alle Araber werden als Angehörige einer einzigen Nation gesehen.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gen die Pro-Bagdad-Truppen, der mit dem Sturz der irakischen Regierung am 8. Februar 1963 endete.

In einem Staatsstreich entmachteten die Anhänger der Baath-Partei und die Befürworter eines panarabischen Nationalismus Qasim am 8. Februar 1963 und liessen ihn einen Tag später hinrichten. Die Anführer des militärischen Putsches, die sich ‹Nationalrat für die Führung der Revolution› nannten, gaben am Tag des Umsturzes bekannt, sich unter anderem die Herausbildung einer einheitlichen Nation und die Beteiligung der Bürger an der Verwaltung zum Ziel setzen zu wollen (Rasul 2012, 215). Dass die neuen Verwalter des Irak mit ‹der Nation› eine arabische Nation meinten, zeigt die vorläufige irakische Verfassung von 1963: Dort stand kein Wort über die Kurden, und Artikel 1 bezeichnete das irakische Volk als Teil der arabischen Nation; Ziel sei eine umfassende arabische Einheit. Die Regierung werde alles daran setzen, diese Einheit – die mit einer ‹Vereinigten Arabischen Republik›[27] beginnen solle – so schnell wie möglich zu realisieren, so Artikel 1 weiter ("Al-Dastur al-Mu'qat Li'ām 1963" 1964). All das dürfte eine grosse Enttäuschung für Mullah Mustafa und seine Anhänger gewesen sein, weil sie die Wende ursprünglich begrüsst und einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen hatten (Mustafa 2007, 179–180). Zudem hatte die DPK vor der Durchführung des Staatsstreichs mit der Führungsriege der militärischen Anti-Qasim-Bewegung in Kontakt gestanden. Letztere hatte der Partei versprochen, bei einer erfolgreichen Durchführung des Umsturzes die politischen Rechte der Kurden durchzusetzen (Barzani 2002, 81).

Der Irak wurde zusätzlich militarisiert, nachdem die Anhänger des Präsidenten Abdulsalam Arif am 18. Februar 1963 mit Panzern die Strassen Bagdads besetzt, den Nationalrat aufgelöst und Arif zum neuen Chef des Nationalrates (der abgesehen von Abdul Rahman al-Bazaz nur aus Militäroffizieren bestand) ernannt hatten. Arif wurde zusätzlich zum Oberbefehlshaber der irakischen Streitkräfte gekürt (Rasul 2012, 220–221). Das erschwerte eine Einigung mit den Vertretern von Mullah Mustafa, die ab dem 8. Februar 1963 mit der neuen irakischen Führung über den zukünftigen Status der Kurden im Irak verhandelten. Mullah Mustafa forderte von der irakischen Regierung die Schaffung einer autonomen Region Kurdistan, die von den Kurden verwaltet werden sollte. Diese Forderung lehnte

27 Die Vereinigte Arabische Republik war ein Zusammenschluss der arabischen Staaten Ägypten und Syrien, der von 1958 bis 1961 bestand.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Bagdad vehement ab und nahm die kurdischen Unterhändler am 10. Juni 1963 fest. Gleichzeitig griffen die irakischen Streitkräfte die Stützpunkte der kurdischen Peschmerga-Einheiten am selben Tag an (Mustafa 2007, 185). Diese militärischen Kampfhandlungen, Bombardierungen der von den Kurden besiedelten Gebiete, Massenverhaftungen und Tötungen von Hunderten kurdischen Zivilisten seitens des irakischen Militärs dauerten bis November 1963 an (ebd.). Doch die internen Machtkämpfe zwischen den Nasseristen[28] und den Baathisten sowie der irakischen Armee und der irakischen Nationalgarde, die mit einem erneuten Putsch und der Machtübernahme von Arif am 18. November 1963 endeten, führten ab November 1963 zu einem punktuellen Waffenstillstand zwischen der Zentralregierung und Mullah Mustafa. Arif, der seine Macht konsolidieren und seine Rivalen beseitigen wollte, benötigte eine gewisse Ruhe in den kurdischen Gebieten, um nicht an verschiedenen Fronten kämpfen zu müssen (Barzani 2002, 123–124). Entmachtet wurden unter anderem die Baathisten und ihr Anführer Ahmad Hasan al-Bakr.[29]

So führten erneute Verhandlungen zwischen der irakischen Zentralregierung und den Vertretern von Mullah Mustafa am 10. Februar 1964 zu einer Übereinkunft mit Blick auf den zukünftigen Status der Kurden im Irak. Der irakische Präsident Arif erklärte sich unter anderem bereit, die Rechte der Kurden in einem einheitlichen Irak zu gewährleisten und alle politischen Gefangenen freizulassen. Die Erklärung beinhaltete neun Punkte. Daraufhin forderte Mullah Mustafa seine Anhänger als Zeichen des guten Willens auf, nach Hause zu gehen und ihr Leben wie gewohnt weiterzuführen. Zudem erklärte er das Ende der Kämpfe (Barzani 2002, 128–129). Das Politbüro der DPK, das seit Monaten mit Mullah Mustafa im Streit lag, lehnte das Abkommen, in dem es eine Art Kapitulation sah, jedoch ab und wollte den Kampf fortsetzen (Rashid 2017b, 275). So eskalierten die Meinungsverschiedenheiten zwischen Mullah Mustafa und dem Politbüro der DPK ab Mitte 1964 und führten zu militärischen Auseinandersetzungen sowie zur Verbannung der Anhänger des Politbüros aus dem Irak.

Diese Ereignisse waren der Beginn jener Spaltung innerhalb der DPK, die nicht nur den Kurden im Irak schwer schadete, sondern auch eine erhebliche Schwächung der DPK verursachte. Denn während der militärische

28 In Anlehnung an die Anhänger des damaligen ägyptischen Präsidenten Jamal Abdel Nasser, der im Juli 1952 König Faruk I. gestürzt und eine Republik gegründet hatte. Nasser wurde 1918 geboren und starb 1970 in Kairo.

29 Ahmad Hasan al-Bakr wurde 1914 in Tikrit geboren und ist 1982 in Bagdad gestorben.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Flügel der Partei mehr oder weniger bei Mullah Mustafa blieb, floh ein grosser Teil des politischen Flügels der DPK mit dem Politbüro nach Iran. Die iranische Regierung, die über ihre kurdischen Nachrichtendienstagenten sowohl mit Mullah Mustafa als auch mit dem Politbüro der DPK in Kontakt stand, hatte kein Interesse an einem Ende der Kämpfe zwischen der irakischen Zentralregierung und den kurdischen Peschmerga-Truppen (Barzani 2002, 133 ff.). Die Beziehungen zwischen Iran und dem Irak waren schlecht; Iran wollte das Nachbarland um jeden Preis schwächen (Babanzadeh 2019, 21–22). Das gilt allerdings auch für die Golfstaaten, die den panarabischen Nationalismus fürchteten und daran interessiert waren, die irakische Armee im Norden des Irak beschäftigt zu halten.[30] Auch Grossbritannien präferierte eine Fortdauer der Kämpfe im irakischen Kurdistan, damit die irakischen Streitkräfte unter anderem Kuwait nicht angreifen würden (Sherko 2016, 12). Diese Internationalisierung der Kurdenfrage hatte zwar Vorteile für den kurdischen Widerstand in Form militärischer und finanzieller Unterstützung, war aber auch mit grossen Risiken verbunden. Denn je nach politischen und militärischen Entwicklungen im Nahen Osten konnten die Verbündeten der verschiedenen kurdischen Gruppierungen schnell zu Gegnern werden.

Genau dies widerfuhr den Mitgliedern des Politbüros der DPK in Iran: Als die Kämpfe zwischen der irakischen Zentralregierung und den Anhängern von Mullah Mustafa im Jahr 1965 wieder aufflammten, intensivierte Iran seine Beziehungen zum Barzani-Lager und zwang die Mitglieder des Politbüros zur Rückkehr in den Irak. Nach Verhandlungen akzeptierte Mullah Mustafa ihre Wiederaufnahme in die DPK und ermöglichte ihnen die Rückkehr in den Irak. In Anbetracht dessen, dass es kein Vertrauen mehr zwischen Mullah Mustafa und den Mitgliedern des Politbüros, angeführt von Ibrahim Ahmed und Jalal Talabani, gab, floh ein Teil der Politbüro-Angehörigen im Jahr 1966 in von der irakischen Regierung kontrollierte Gebiete. Ab diesem Jahr kämpften die Peschmerga-Einheiten des Politbüros der DPK unter der Führung von Jalal Talabani an der Seite der irakischen Regierung gegen die Peschmerga-Kräfte von Barzani. Auch jene Stämme,

30 Um dem panarabischen Nationalismus entgegenzuwirken, bat der damalige König von Saudi-Arabien, Faisal Bin Abdulaziz, am 27. Dezember 1966 den US-amerikanischen Präsidenten, Lyndon B. Johnson, um die Unterstützung des kurdischen Aufstandes im Nordirak unter der Führung von Mullah Mustafa und um die Errichtung einer kurdischen autonomen Region. Zum Inhalt seines Briefes an den damaligen amerikanischen Präsidenten vergleiche (Ali 2017).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die Rivalitäten mit den Barzanis hatten, sowie kurdische Söldner unterstützten die Bagdader Angriffe gegen Mullah Mustafa. Dadurch kämpften an der Front mehrheitlich Kurden gegeneinander. Diese Kampfhandlungen, die im Jahr 1966 begannen, sind bei den Kurden als der Krieg zwischen *Jalali und Malali* bekannt.[31]

Die irakische Republik sah sich allerdings nicht nur mit dem Widerstand der verschiedenen kurdischen Gruppierungen im Norden des Landes konfrontiert, sondern auch mit internen Machtkämpfen in Bagdad, die erneut in einen Staatsstreich mündeten und die Baath-Partei an die Macht brachten. Am 17. Juli 1968 gelang den Baathisten die friedliche Entmachtung des irakischen Präsidenten Abdulrahman Arif[32], der seit dem Tod seines Bruders Abdulsalam Arif im Jahr 1966 den Posten innegehabt hatte und der nun mit einem Flugzeug in das Londoner Exil geschickt wurde (Mustafa 2007, 196–197). Präsident des Irak wurde Ahmad Hasan al-Bakr; Saddam Hussein wurde im Jahr 1969 sein Vizepräsident. Jalal Talabani pflegte nach eigenen Worten eine enge Beziehung zu al-Bakr und wusste von dessen Putschplänen, weil dieser ihn darüber informiert hatte. Al-Bakr versprach Talabani bei dieser Gelegenheit, die Rechte der Kurden zu gewährleisten, sollte er an die Macht kommen (Rashid 2017b, 346). Die neuen Machthaber im Irak kontaktierten auch Mullah Mustafa und baten ihn, zwei Personen für zwei Ministerposten, die für ihn und seine Gefolgsleute bestimmt waren, zu benennen. Die Anhänger von Ibrahim Ahmed und Jalal Talabani erhielten ebenfalls einen Ministerposten, obwohl Mullah Mustafa dagegen protestierte. Dies geschah allerdings erst nach einem zweiten Putsch der Baathisten am 30. Juli 1968, da der Talabani-Flügel der DPK bei der ersten Regierungsbildung noch nicht berücksichtigt worden war (Rashid 2017b, 347 ff.). Die irakische Regierung wollte nicht, dass jene kurdischen Kräfte, die an der Seite der Bagdader Truppen gegen die Peschmerga-Einheiten von Mullah Mustafa gekämpft hatten, leer ausgingen (Barzani 2002, 203 ff.).

Die neue Führungsriege des Irak unternahm weitere Schritte zur Lösung der Kurdenfrage. So wurde eine neue Provinz Dohuk, die aus den mehrheitlich von den Kurden besiedelten Gebieten der Provinz Mossul bestehen sollte, in Aussicht gestellt. Zudem wurde die Herausgabe von kurdischen Zeitungen und Magazinen erlaubt, die Universität Sulaimaniya

31 Jalali wurden jene Peschmerga genannt, die an der Seite von Jalal Talabani kämpften, und Malali jene, die an der Seite von Mullah Mustafa waren.

32 Abdulrahman Arif kam 1914 auf die Welt und starb 2007.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gegründet und Newroz[33] als offizieller Feiertag anerkannt. Es folgten weitere Massnahmen im kulturellen Bereich, die allerdings den politischen Forderungen der verschiedenen kurdischen Gruppierungen nicht entsprachen (Amin 1997, 97). In der Tat waren diese Reformen nur Massnahmen der Machtkonsolidierung und zur Vorbereitung für den nächsten militärischen Einsatz gegen die kurdischen Widerstandskämpfer im Nordirak. So kam es Anfang 1969 wieder zu erbitterten Kämpfen zwischen den Pro-Bagdad-Truppen und den Anhängern von Mullah Mustafa (Barzani 2002, 213 ff.). Keine der beiden Seiten konnte jedoch einen Durchbruch erzielen. Weil die Sowjetunion kein Interesse an weiteren kriegerischen Auseinandersetzungen im Irak hatte, intervenierte sie zugunsten einer friedlichen Lösung des Konflikts. In einem Interview mit dem Verfasser dieser Arbeit beschrieb Dr. Mahmud Othman, der damalige Chefunterhändler des Barzani-Lagers, die Annäherungsversuche zwischen Bagdad und Mullah Mustafa wie folgt:

> «Ich war damals Chef der kurdischen Delegation für die Verhandlungen mit Bagdad. Wir hatten damals drei Monate indirekt Kontakt zueinander. Die Sowjetunion war unser Kontaktpartner. Die Sowjetunion wollte, dass wir uns einigen, weil sie eine Vereinbarung mit Bagdad treffen wollten, das haben sie auch im Jahr 1972 gemacht. Wir hatten immer Kontakt zur Sowjetunion, Mullah Mustafa war mehrere Jahre dort. So gab es einen indirekten Austausch zwischen Bagdad und uns. Im Dezember 1969 kam es dann zur ersten direkten Kontaktaufnahme. Bis zur Übereinkunft gab es mehrere Gespräche. Mal haben sie uns besucht, mal wir sie usw. Wie kam es zu diesem Abkommen? Als die Baathisten an die Macht kamen – die Baathisten glauben nicht an die Kurdenfrage und sehen Kurdistan als Teil der arabischen Welt –, haben sie uns ein Jahr lang bekämpft und davon profitiert, dass wir und die Kollegen des Politbüros [der DPK] zerstritten waren. Es gab in den Jahren 1967 und 1968 auch Kämpfe zwischen uns. Trotz alledem konnten sie uns nicht bezwingen. Wir und die kurdische Revolution waren immer noch da. Aus diesem Grund kamen sie auf die Idee, sich mit uns zu einigen. So haben wir uns zum ersten Mal in der Geschichte des Irak im Jahr 1970 auf eine Autonomie für uns Kurden geeinigt» (siehe Anhang 4).

33 Newroz (der neue Tag) wird von den Kurden und anderen Völkern im Nahen Osten als der Beginn des neuen Jahres gefeiert. Er fällt auf den 21. März und wird mit grossen Feierlichkeiten begangen.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Zu erwähnen ist, dass Saddam Hussein laut Masud Barzani[34] ausschlaggebend dafür war, dass es zur Übereinkunft vom 11. März 1970 kam (Barzani 2002, 234 ff.). Dieses Abkommen war die grösste Errungenschaft der kurdisch-nationalistischen Bewegungen im modernen Irak und bestand aus 15 Punkten. Unter anderem wurden die Rechte der Kurden anerkannt, und es wurde eine autonome Region Kurdistan akzeptiert, die von den Kurden verwaltet werden sollte (Sinjary 2013, 128 ff.). Zudem stellte die Vereinbarung eine Revision der vorläufigen irakischen Verfassung von 1968 in Aussicht, die die Kurden nicht erwähnte und den Irak als Teil der arabischen Nation ansah ("Al-Dastur al-Mu'qat Li'ām 1968" 1968). Die Verfassung wurde tatsächlich im Juli 1970 revidiert: Artikel 5 besagte nun, dass die irakische Nation aus den zwei Hauptnationen Kurden und Arabern bestehe. Artikel 7 sah die kurdische Sprache neben der arabischen als Hauptsprache in den kurdischen Gebieten vor ("'Al-Dastur al-Mu'qat Li'ām 1970'" 1970).

Die Annäherung zwischen Bagdad und dem Lager von Mullah Mustafa war allerdings eine herbe Niederlage für die Anhänger des Politbüros der DPK. So begannen unter anderem die Baathisten die Angehörigen des Politbüros zu bekämpfen. Nawshirwan Mustafa Amin[35] beispielsweise, der eine aktive Rolle in den Reihen des Politbüros spielte, wurde zum Tode verurteilt und war gezwungen, sich zu verstecken, bis er Anfang der 1970er Jahre den Irak in Richtung Österreich verliess (Rashid 2017b, 356). Ibrahim Ahmed reiste Mitte der 1970er Jahre aufgrund von Krankheiten nach London und kehrte in den 1970er und 1980er Jahren nicht mehr in den Irak zurück (ebd.). Was Jalal Talabani und seine Anhänger anbelangt, so wurden sie laut Angaben Talabanis von Mullah Mustafa kontaktiert, damit sie zu ihm zurückkehrten (Rashid 2017b, 361). Nach einigen Begegnungen zwischen Mullah Mustafa und den Mitgliedern des Politbüros der DPK kamen Talabani und seine Anhänger schliesslich am 15. Oktober 1970 in das Barzani-Lager zurück (ebd., 366). Masud Barzani schreibt jedoch, dass es ursprünglich Jalal Talabani gewesen sei, der Mullah Mustafa kontaktiert

34 Masud Barzani ist der Sohn von Mullah Mustafa und wurde am 16. August 1946 in Mahabad in Iran geboren. Er wurde bereits Ende der 1960er Jahre einer der wichtigen Entscheidungsträger innerhalb der DPK.

35 Nawshirwan Mustafa Amin wurde am 22. Dezember 1944 in Sulaimaniya geboren und verstarb am 19. Mai 2017. Er bekleidete insbesondere ab 1975 verschiedene wichtige politische Posten in den Reihen der kurdisch-nationalistischen Bewegungen. Zudem verfasste er Dutzende Bücher und Artikel über unterschiedliche Facetten der kurdischen Geschichte.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

habe (Barzani 2002, 254). Jalal Talabani verliess dann zwei Jahre nach der Wiedervereinigung der Bewegung den Irak und kehrte vorerst nicht zurück, weil er sein Vertrauen in Barzani verloren hatte. In einem Brief an Mullah Mustafa schrieb er, dass er es bereue, an der Seite der irakischen Regierung gegen ihn gekämpft zu haben (Rashid 2017b, 369–370).

Auf innerirakischer Ebene bedeuteten die neuen Entwicklungen in der kurdischen Frage einen Sieg für das Lager von Saddam Hussein. Auf kurdischer Seite war zwar eine historische Etappe erreicht worden, aber grosse Teile der links-säkularen Fraktion der DPK standen als Verlierer und in den Augen der Barzani-Anhänger als Verräter da. Diese Kluft hat den kurdisch-nationalistischen Widerstand bis heute nachhaltig geschwächt. Die neuen Ereignisse führten zudem dazu, dass Mullah Mustafa noch stärker wurde. Auf regionaler und internationaler Ebene stellte das Abkommen vom 11. März 1970 einen Sieg für die sowjetische Diplomatie und eine Niederlage für die Politik Irans dar (Babanzadeh 2019, 26–27). Entsprechend unglücklich soll Mohammad Reza Pahlavi[36] über die Aufnahme der Gespräche gewesen sein und Mullah Mustafa im Januar 1970 in Teheran davor gewarnt haben, sich mit der irakischen Zentralregierung zu einigen (Barzani 2002, 236–237). Als die Übereinkunft erzielt wurde, drohte Iran dem Barzani-Lager gar mit Konsequenzen (ebd.). Da jedoch die irakische Regierung die Vereinbarung – insbesondere in der Frage jener Gebiete um die Stadt Kirkuk, die reich an natürlichen Ressourcen sind und von den Kurden beansprucht wurden – nicht umsetzte, kam es schnell zu einem erneuten Misstrauen zwischen Bagdad und der DPK. Auch die kurdische Teilhabe an der irakischen Verwaltung wurde den Kurden verweigert (Babanzadeh 2019, 37). Als einem gescheiterten Mordanschlag im September 1971 auf Mullah Mustafa weitere folgten, verschlechterte sich die Beziehung der Kurden um Mullah Mustafa zur Bagdader Zentralregierung zusätzlich (Barzani 2002, 361 ff.).

Entsprechend kam die Bekanntgabe des Gesetzes über die Selbstverwaltung für die Region Kurdistan am 11. März 1974 seitens des Kommandorates der irakischen Revolution, der sowohl die Macht der Exekutive als auch jene der Legislative innehatte, der Führungsriege der DPK nicht entgegen ("Al-Ḥukem al-Dhāty Limanṭeqa Kurdistan" 1974). Deren Gegenvorschlag wurde vom Präsidenten des Irak und der Führung der Baath-Partei in einem langen Brief abgelehnt (Babanzadeh 2019, 38). Die kriegerische

36 Pahlavi kam 1919 in Teheran auf die Welt und starb 1980 in Kairo. Er war von 1941 bis 1979 der letzte Schah Irans.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Auseinandersetzung schien nun wieder das letztmögliche Mittel für die Durchsetzung des eigenen Willens im irakischen Kurdistan zu sein, und die Zentralregierung schien sich stark genug zu fühlen, um den kurdischen Widerstand niederzuschlagen. Doch ein Jahr Kampf brachte für die irakische Regierung nicht das gewünschte Ziel. Sie konnte zwar die meisten kurdischen Städte erobern, aber die kurdischen Dörfer und Bergregionen entlang der irakisch-iranischen Grenze blieben unter der Kontrolle der kurdischen Widerstandskämpfer. Zudem verfügten die kurdischen Peschmerga-Einheiten zum ersten Mal in der Geschichte des modernen Irak über 50 000 aktive Kämpfer und zusätzliche Reservisten (ebd., 42–43). Andere Quellen sprechen gar von 150 000 aktiven Peschmerga-Kämpfern (Nuri 2018, 38).

Angesichts dessen kam Saddam Hussein auf seine Drohung zurück: Im März 1974 soll er Idris Barzani[37], dem Sohn von Mullah Mustafa, als Chef einer kurdischen Delegation in Bagdad mitgeteilt haben, dass der Irak bereit sei, auf den Schatt al-Arab zugunsten Irans zu verzichten, um so Iran von seiner Unterstützung der Kurden im Irak abzubringen und damit den kurdischen Widertand niederschlagen zu können (Barzani 2002, 296). Saddam Hussein soll in dem Gespräch hinzugefügt haben, dass seine Truppen die kurdischen Peschmerga-Truppen nur ein Jahr lang bekämpfen würden. Sollten die kurdischen Kämpfer dann immer noch nicht besiegt sein, würde er ein Abkommen mit dem Schah schliessen (Amin 1997a, 19–20). Am 6. März 1975 liessen sowohl Teheran als auch Bagdad ihren Drohungen Taten folgen und schlossen in der algerischen Hauptstadt Algier eine Übereinkunft, die das vorläufige Ende des kurdischen Widerstandes im Irak markierte. Die als ‹Abkommen von Algier› bekannt gewordene und aus vier Punkten bestehende Einigung zwischen dem irakischen Vizepräsidenten Saddam Hussein und dem iranischen Schah nannte zwar die Kurden nicht beim Namen, sah aber im Punkt drei vor, dass beide Länder dafür sorgen würden, dass es an ihrer Grenze zu keinen Sabotageaktivitäten mehr komme. Im Gegenzug wurde im Punkt zwei vereinbart, dass die Wassergrenzen gemäss den «Talweglinien»[38] gezogen würden (Babanzadeh 2019, 73 ff.). Damit kam Iran dem Irak in Punkt zwei entgegen, während der Irak in Punkt drei Iran eine Teilhabe an Schatt al-Arab ermöglichte. Der

37 Idris Barzani, der bereits Ende der 1960er Jahre eine der wichtigsten Personen in der DPK war, wurde 1944 geboren und starb 1987. Er war der Vater von Nechirvan Barzani, dem heutigen Präsidenten der ARK.

38 Damit ist die Verbindungslinie der tiefsten Punkte aller Querprofile in der Längsrichtung eines Flusses, Bachs, Kanals oder Tals gemeint.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Irak war also dazu bereit, Grenzverschiebungen zu akzeptieren, um den kurdischen Widerstand im Keim zu ersticken.

Nach der Bekanntgabe des Abkommens traf Mullah Mustafa den Schah am 12. März 1975 in Teheran. Der Schah teilte ihm mit, dass Iran seine Streitigkeiten mit dem Irak zu dessen Gunsten beigelegt habe und dementsprechend nicht mehr den kurdischen Aufstand unterstütze. Den kurdischen Peschmerga-Kämpfern stehe es frei, nach Iran zu kommen oder im Irak zu bleiben. «Saddam Hussein versprach mir, dass er eine Amnestie für die Peschmerga-Truppen ausspricht», so der Schah weiter (Amin 1997a, 29). Nachdem Mullah Mustafa am 13. März 1975 ins irakische Kurdistan zurückkehrte, traf er sich mit der Führungsriege und den Kommandanten der DPK, um einen Beschluss zur Zukunft des kurdischen Widerstandes zu fassen. Dabei zeigte sich bei den meisten Mitgliedern der DPK die Entschlossenheit, den Kampf der Kurden fortzusetzen (DPK 1997, 74 ff.). Mullah Mustafa, der mittlerweile der alleinige Entscheidungsträger der kurdischen Rebellion und Hoffnungsträger der meisten Kurden im Irak war, entschied sich jedoch für ein Ende des kurdischen Aufstandes im Irak. Dieser Entschluss wurde von vielen Gegnern, aber auch von Anhängern Mullah Mustafas kritisiert, weil in ihren Augen die kurdische Erhebung aus militärischer, finanzieller und logistischer Sicht hätte weitergeführt werden können: «Es mangelte an nichts, um den Kampf weiterführen zu können», so ihre Argumentation (Amin 1997a, 30 ff.; DPK 1997, 74 ff.; Nuri 2018, 43–44; Sinjary 2013, 45–46). Masud Barzani hingegen zeigt rückblickend Verständnis für seinen Vater und findet es mutig, eine so schwierige Entscheidung zu treffen. Zudem macht er darauf aufmerksam, dass Mullah Mustafa damals 72 Jahre alt und schwer krank war (Barzani 2002, 15 ff.). Tatsächlich starb Mullah Mustafa infolge seiner Krankheit im März 1979 im Alter von 76 Jahren in den USA (ebd., 422.).

Der März des Jahres 1975 markierte damit ein vorläufiges Ende des kurdischen Kampfes im Irak, der nach jahrelangen kriegerischen Auseinandersetzungen mit der irakischen Zentralregierung zur Zerstörung vieler kurdischer Wohngebiete, zur Flucht und Auswanderung von Tausenden Menschen in die Nachbarländer und ins Ausland sowie zum Tod vieler Menschen auf beiden Seiten geführt hatte. Die Rechte der Kurden im Irak verbesserten sich, ähnlich wie in der irakischen Monarchie, nur im kulturellen Bereich. So gab es fortan kurdische Schulen in fast allen Regionen des irakischen Kurdistan, die kurdische Kultur wurde gefördert und Universitäten wurden eröffnet. Der kurdische Widerstand jedoch war zerstritten wie nie zuvor und zutiefst schockiert. Von dem hoffnungsvollen

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Beginn der kurdischen Selbstverwaltung im Jahr 1970, die allerdings ähnlich wie bei Scheich Mahmud von den Konservativen, Stammesführern und der Familie von Mullah Mustafa geführt worden war und kaum Platz für oppositionelle und säkulare Gruppierungen gelassen hatte, blieb kaum etwas übrig. Mullah Mustafas Fehlkalkulation, während des Kalten Krieges sowohl auf den Ost- als auch auf den Westblock setzen zu können, forderte einen hohen Preis, denn er stand am Ende ohne jegliche Unterstützung da. Zudem verstehen viele kurdische Intellektuelle und Politiker bis heute nicht, warum Mullah Mustafa die irakischen und iranischen Warnungen von 1974 bzw. 1970 nicht ernst genommen und keine entsprechenden Vorkehrungen gegen das Abkommen von Algier getroffen hatte.

Was die Politik der irakischen Regierung ab 1975 anbelangt, so begann sie mit der Beschleunigung jenes Arabisierungsprozesses des Irak, der laut Geheimdokumenten des britischen Aussenministeriums bereits in den 1960er Jahren eingesetzt hatte (Sherko 2016, 10). Zudem wurden ab 1975 die meisten kurdischen Dörfer in den schwer zugänglichen Bergen und an der Grenze zu Iran zerstört und ihre Einwohner gezwungen, in neu gebauten und leicht zugänglichen Wohnkomplexen zu leben. Dieser Prozess führte nicht nur zur Verbannung von über einer Million Menschen aus ihren einstigen Wohngebieten, sondern unter anderem auch dazu, dass viele junge Männer, die zuvor in den Dörfern gearbeitet hatten oder Peschmerga-Kämpfer gewesen waren, nun beschäftigungslos wurden. Das kam dem irakischen Regime zugute, das damit anfing, militärische Einheiten für jene kurdischen Staatsangehörigen aufzubauen, die nicht in der irakischen Armee dienen wollten; sie wurden später als ‹leichte Regimente› bekannt. Auf diese Weise konnte auch der Baathisierungsprozess im Irak beschleunigt und zugleich verhindert werden, dass sich diese jungen Männer wieder den Peschmerga-Kämpfern anschlossen. Auch in den Schulen wurde Kindern und jungen Erwachsenen beigebracht, wie wichtig die Baath-Partei und die Verteidigung des Landes seien. So erreichte der Baathisierungsprozess unterschiedliche Teile der kurdischen Gesellschaft und erschwerte eine Wiedererstarkung des kurdischen Widerstandes.

3.3 Spaltungen und Widerstand zwischen 1976 und 1991

Das Ende des kurdischen Widerstandes unter der Führung von Mullah Mustafa gab rivalisierenden kurdischen Kräften die Möglichkeit, sich neu aufzustellen. So kam es bereits ab 1975 zur Gründung neuer kurdischer

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

politischer Parteien. Die wichtigste davon war die Patriotische Union Kurdistan (PUK), die laut Angaben von Jalal Talabani am 22. Mai 1975 unter seiner Führung und der Beteiligung sechs weiterer Personen, darunter N. M. Amin, in der syrischen Hauptstadt Damaskus gegründet wurde (Rashid 2017a, 31–32). Der offizielle Gründungstag der Partei ist allerdings der 1. Juni 1975. Die PUK bestand von Beginn an aus drei Flügeln, die mehr oder minder unabhängig voneinander arbeiteten. Dies waren der marxistisch-leninistische Flügel, bekannt als *Komala* (‹Gruppe›), der aus jungen Menschen bestand und für militärische Operationen zuständig war; der patriotische Flügel, bekannt als *Shorshgeran* (‹Revolutionäre›), der sich hauptsächlich für die politischen Belange der Kurdenfrage einsetzte und den Marxismus ablehnte; und letztlich der aristokratische Flügel, bekannt als *Khati Pan* (‹breite Linie›), der sich aus Aghas und Stammesführern rekrutierte und Talabani näherstand (Nuri 2018, 45–46). Aufgrund dieser Zusammensetzung der PUK zeigte sich früh, dass die Partei, ähnlich wie die DPK bis in die späten 1970er Jahre, sich mit grossen innerparteilichen Unruhen auseinandersetzen musste. Tatsächlich kam es bereits Ende der 1970er Jahre zum Kampf zwischen und innerhalb der verschiedenen Flügel der Partei, der teilweise mit Abspaltungen von der PUK endete (Rashid 2017a, 105 ff.).

In der DPK wiederum machten sich Idris und Masud Barzani an den Wiederaufbau der Partei, als sie von der Gründung der PUK erfuhren (Nuri 2018, 46). So nahm die DPK im November 1975 ihre politischen Aktivitäten wieder auf, während die erste militärische Operation der Partei laut Angaben von Masud Barzani im März 1976 stattfand (Barzani 2021, 17). Im November 1979 wurde ein Parteikongress organisiert, auf dem eine neue Führung bestimmt wurde. Zum Präsidenten wählte die Partei einstimmig Masud Barzani (ebd., 94). Es traten weitere kurdische Parteien auf die politische Bühne, weil sich beispielsweise Dr. Mahmud Othman[39] und

39 Dr. Mahmud Othman, der mittlerweile eine schlechte Beziehung zur DPK pflegte, weil er die Entscheidung von Mullah Mustafa kritisierte, den Kampf der Kurden für beendet zu erklären, wurde 1980 der Anführer der ‹Sozialistischen Bewegung Kurdistans›. Die Partei war 1976 ohne Beteiligung von Othman in Iran von einer linken politischen Gruppe um Ali Askari und Rasul Mamand gegründet worden (Qaradakhy 2014, 367). Sie bestand bis Anfang der 1990er Jahre und löste sich dann auf. Askari, der 1936 geboren wurde, kam bei einem Angriff der DPK gegen die PUK-Peschmerga im Jahr 1977 ums Leben. Mamand, 1944 geboren, starb 1994 in London.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Sami Abdulrahman[40] von der DPK abspalteten. Die wichtigsten Akteure blieben jedoch die DPK und die PUK. Sie nannten ihr Vorhaben *Shorshy Nwe* (‹neue Revolution›), wie es bei Talabani der Fall war, oder, wie bei der Barzani-Familie, *Shorshy Gulan*[41]. Die politische Forderung der verschiedenen Parteien blieb wie bisher die Gründung einer autonomen Region Kurdistan im Nordirak unter der Verwaltung der kurdischen oppositionellen Gruppierungen.

Die DPK und die PUK fingen allerdings früh damit an, einander zu bekämpfen – die Führungsriegen dieser beiden Parteien konnten sich von der Zerstrittenheit der 1960er Jahre nicht lösen. Die medialen Angriffe im Jahr 1976 endeten in kriegerischen Auseinandersetzungen, die im Jahr 1977 zur Auslöschung grosser Teile der Kommandanten und Peschmerga-Einheiten der PUK führten; etwa 700 Peschmerga-Kämpfer der PUK wurden bei einem Angriff der DPK in der Region Hakari getötet (Nuri 2018, 48). Diese Gefechte dauerten bis Mitte der 1980er Jahre an und verursachten eine erhebliche Schwächung des kurdischen Aufstands gegen die irakische Regierung und den Tod von Tausenden Peschmerga-Kämpfern auf beiden Seiten. Zudem gab es Feindseligkeiten zwischen der PUK und den anderen Parteien, genauso wie zwischen der DPK und anderen Parteien und Gruppierungen. Zum ersten Mal in der Geschichte der kurdisch-nationalistischen Bewegungen aber bekämpften sich auch die Peschmerga-Einheiten der DPK und der DPK-I. Nach der iranischen Revolution im Jahr 1979 und dem Sturz des Schahs kämpften die Truppen der DPK ab dem Jahr 1980 an der Seite der iranischen Regierung gegen die kurdisch-iranischen Peschmerga-Verbände der DPK-I, die einige kurdische Städte in Iran unter ihre Kontrolle gebracht hatten (DPK-I 1981, 40 ff.). Auch zur Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) aus der Türkei pflegte die DPK keine guten Beziehungen, weil die PKK-Kämpfer laut Masud Barzani ab 1985 die Peschmerga-Einheiten und die Einwohner in den von der DPK kontrollierten Gebieten provozierten (Barzani 2021, 357 ff.).

Auf diese Weise schwächten sich die kurdischen Gruppierungen in den 1980er Jahren gegenseitig und waren mehrheitlich mit sich selbst beschäftigt. Auch wenn die kurdischen Peschmerga-Truppen aus dem Irak verschiedene Operationen gegen das irakische Regime durchführten, waren

40 Muhamed Mahmud Shangaly, bekannt als Sami Abdulrahman, wurde 1933 geboren und kam 2001 bei einem terroristischen Anschlag in der Stadt Erbil ums Leben. 1980 gründete er mit weiteren früheren Mitgliedern der DPK die ‹Partei des Volkes› *(Party Gal)*, kehrte aber 1993 zur DPK zurück.

41 Gulan oder Banemar ist im kurdischen Kalender der zweite Monat des Jahres.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sie nicht in der Lage, kurdische Städte unter ihre Kontrolle zu bringen. Vielmehr kämpften sie an der Seite der iranischen Streitkräfte, die sich seit September 1980 im Krieg mit dem Irak befanden, weil Saddam Hussein, der mittlerweile Präsident des Irak geworden war, das Abkommen von Algier im September 1980 für ungültig erklärt hatte. Erst als sich der irakisch-iranische Krieg dem Ende zuneigte – offiziell wurde er im August 1988 für beendet erklärt –, einigten sich die Vertreter der verschiedenen kurdischen Gruppierungen aus dem Irak auf den Aufbau einer einheitlichen politischen Linie. So kam es am 30. Juli 1988 zur Bekanntgabe der *Baray Kurdistani* (‹Front Kurdistans›), die sich aus den Vertretern aller bedeutenden politischen Parteien des irakischen Kurdistan zusammensetzte (Barzani 2021, 215 ff.). Das war ein wesentlicher Schritt, um sich auf die Kurdenfrage im Irak zu konzentrieren und nicht auf Konflikte untereinander.

Da sich jedoch die irakische Führung auf der internationalen Bühne nicht isoliert fühlte und die Golfstaaten als Kreditgeber und Verbündete hatte, gab es für den kurdischen Widerstand wenig Hoffnungen – abgesehen davon, dass er sich im Laufe der Zeit selbst erheblich schwächte. Die Baath-Partei trieb mittlerweile die Arabisierung der kurdischen Gebiete in den Provinzen Kirkuk, Mossul, Selahaddin und Diyala weiter voran und erkaufte sich die Loyalität der meisten kurdischen Stämme. Selbst Berichterstattungen über den kurdischen Kampf im Irak wurden immer seltener. Das war noch in den 1960er Jahren anders gewesen, weil die Kurden von Iran, Saudi-Arabien, den USA usw. als Druckmittel gegen die irakische Regierung eingesetzt worden waren. Erst nachdem Saddams Truppen die Stadt Halabja im Jahr 1988 mit Giftgas angriffen und ihre Säuberungskampagne gegen die kurdischen Gesellschaften und andere Minderheiten im gleichen Jahr intensivierten, begannen sich Akteure auf internationaler Ebene wieder vermehrt mit der Kurdenfrage im Irak zu beschäftigen. Die unter dem Namen ‹Anfal-Operation›[42] laufenden und von 1987 bis 1989 andauernden Säuberungsmassnahmen des irakischen Regimes im Nordirak führten letztlich zur Zerstörung vieler kurdischer Ortschaften und je nach Quelle bis zu 150 000 oder 200 000 Toten in den Reihen der kurdischen Zivilbevölkerung (Bierling 2010, 15; Fürtig 2016, 136).[43]

42 Anfal leitet sich von der achten Sure des Korans ab und bedeutet ‹Beute›. Diese Sure diente den Muslimen im Zuge der islamischen Expansion als Rechtfertigung für die Bekämpfung der Ungläubigen und die Verteilung der ‹Beute›.

43 Für detaillierte Informationen über die Abläufe der Anfal-Operation siehe Barzani (2021, 318 ff.).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

So standen die unterschiedlichen kurdisch-nationalistischen Gruppierungen nach mehreren Dekaden des zivilen und militärischen Kampfes gegen die verschiedenen irakischen Regierungen Ende der 1980er Jahre ohne grossen Einfluss auf die Geschehnisse im Irak da. Erst als Saddam Hussein nach dem Irankrieg seine Position weiter radikalisierte, weil er enorme Summen in Wiederaufbauprojekte, Waffenprogramme und den Unterhalt der mit einer Million Soldaten viertgrössten Armee der Welt steckte, begann der Stern der kurdisch-oppositionellen Gruppierungen wieder zu steigen. Als der Ölpreis weiter sank, drängte der irakische Präsident die arabischen Staaten dazu, dem Irak die Schulden zu erlassen. Vor allem Kuwait, auf das der Irak seit jeher territoriale Ansprüche erhob und dem es zehn Milliarden US-Dollar schuldete, rückte in Saddams Fokus. So griffen Soldaten der irakischen Elitetruppe, der Republikanischen Garden, am 2. August 1990 Kuwait an und eroberten das Land binnen weniger Stunden (Fürtig 2016, 136 ff.). Auf die Besatzung von Kuwait reagierte der UNO-Sicherheitsrat sofort. Er verurteilte die irakische Invasion mit seiner Resolution 660 vom 2. August 1990 und verlangte den sofortigen Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait. Als Saddam Hussein dieser Forderung nicht nachkam, griff der Sicherheitsrat am 6. August 1990 zum nächsten Mittel und verhängte mit der Resolution 661 ein totales Wirtschaftsembargo gegen den Irak, um ihn zum Rückzug seiner Truppen aus Kuwait zu zwingen. Weil weiterhin keine Reaktion aus Bagdad kam, verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat am 29. November 1990 die Resolution 678, die die Anwendung «aller notwendigen Mittel» erlaubte, sollte der Irak das besetzte Land nicht bis zum 15. Januar 1991 räumen (Bierling 2010, 18–21).

Zwischen Januar und März 1991 vertrieben internationale Truppen unter der Führung der USA die irakischen Truppen aus Kuwait. Am 3. April 1991 nahm der UNO-Sicherheitsrat die Kapitulationserklärung des Irak als Resolution 687 unter Kapitel VII der UNO-Charta an. Damit wurde sie völkerrechtlich verbindlich. Der Irak war fortan kein völlig souveräner Staat mehr, sondern unterstand den Anweisungen des UNO-Sicherheitsrates (ebd., 23). Mit der Niederlage der irakischen Armee im Golfkrieg erhoben sich im Norden des Irak die Kurden und im Süden die schiitischen Araber gegen das irakische Regime. Dabei wähnten sie sich auf der sicheren Seite – schliesslich hatte der amerikanische Präsident George Bush kurz zuvor die Völker des Irak zum Aufstand aufgerufen. Als die Proteste aber erbarmungslos niedergeschlagen wurden, entschieden sich die Alliierten dazu, dies als interne Angelegenheit Bagdads zu sehen und nicht im Irak zu intervenieren. Erst als es zu einem Exodus der Kurden in bisher nicht

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gekanntem Ausmass kam und Hunderttausende in Richtung der iranischen und der türkischen Grenze flohen sowie in vielen Fällen unterwegs starben, reagierte die internationale Gemeinschaft. Nachdem der UNO-Sicherheitsrat Briefe von den Vertretern Frankreichs, Irans und der Türkei über die prekäre Lage der Menschen im Irak erhalten hatte, verabschiedete er am 5. April 1991 die Resolution 688 zum Schutz der irakischen und kurdischen Bevölkerung. Frankreich, Grossbritannien und die USA nutzten diese Resolution, um im gleichen Jahr zum Schutz der Kurden eine Flugverbotszone nördlich des 36. Breitengrades zu errichten.

Überraschend zogen sich die irakischen Truppen aus unbekannten Gründen – womöglich um sich auf den Süd- und Mittelirak zu konzentrieren – im November 1991 aus den kurdischen Provinzen Erbil, Sulaimaniya und Dohuk zurück. In der Folge marschierten die Peschmerga-Einheiten der ‹Front Kurdistans› in diese Provinzen ein und gründeten eine autonome Region (Ala'Aldeen 2013, 53). Seitdem werden die drei Provinzen hauptsächlich von der DPK und der PUK verwaltet. So waren es am Ende, wie so oft in der modernen Geschichte des Irak, Fehleinschätzungen der irakischen Führung und die Bereitschaft der kurdischen Gruppierungen, auf spontane politische Richtungswechsel des Irak zu reagieren, die die Entstehung einer autonomen Region Kurdistan ermöglichten. Der kurdische Widerstand war niemals ganz gebrochen, auch wenn er von den Wunden, die ihm seit 1964 entstanden waren, nicht vollständig genesen war. Der nächste Abschnitt dieser Arbeit geht auf die Selbstverwaltung der Kurden ein und analysiert ihre Entwicklungen.

3.4 Die kurdische Selbstverwaltung zwischen 1992 und 2002

Ende 1991 und Anfang 1992 begannen jene kurdischen Kräfte, die sich bis anhin ausschliesslich in den kurdischen Bergen oder im Ausland befunden hatten, das Machtvakuum zu füllen, welches das irakische Regime hinterliess. Neu auf die politische Bühne traten sowohl gemässigt-islamistisch als auch radikal-islamistisch gesinnte politische Parteien. Die ersten Parlamentswahlen im irakischen Kurdistan fanden gemäss den Daten des Parlaments der ARK am 19. Mai 1992 statt ("Mezhwy Halbzhardny Khwly Yekem" 1992). Die Grundlagen für sie wurden seitens der ‹Front Kurdistans› erlassen. Sie legte unter anderem eine Sieben-Prozent-Hürde fest, was dazu führte, dass die meisten kleinen Parteien keine Chance hatten, ins Parlament zu kommen. Den Vorschlag hatten die kleinen Gruppierungen

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

jedoch akzeptiert, weil die DPK und die PUK versprochen hatten, Ende des Jahres 1992 eine zweite Parlamentswahl durchzuführen. Das nun gewählte Parlament werde nur vorläufig für einige Monate bestehen, so die Argumentation der beiden grossen Parteien im irakischen Kurdistan. Mit 45,5 Prozent der Stimmen gewann die DPK die Wahlen. Das Parlament bestand aus 100 Sitzen plus fünf Sitzen für die Minderheiten. Weil die PUK jedoch das Ergebnis der Wahlen ablehnte, obwohl alle Parteien zugesagt hatten, es zu akzeptieren, egal wie es ausgehen würde, bekamen die DPK und die PUK je 50 Sitze des Parlaments, um eine Eskalation der Lage zu vermeiden. Eine zweite Runde der Wahlen fand dann wegen der Spannungen nicht mehr statt.

Nach langen Verhandlungen kam am 4. Juli 1992 die erste kurdische Regierung im Irak mit der Beteiligung aller bedeutenden Parteien zustande (Ala'Aldeen 2013, 63). Den Posten des Regierungschefs erhielt die PUK, während der Parlamentspräsident aus den Reihen der DPK kam. Weil allerdings der Irak unter einem der strengsten Wirtschaftssanktionsregime stand, die je seitens der UNO verhängt wurden, sah sich die irakisch-kurdische Regierung enormen Problemen gegenüber – abgesehen davon, dass die Zentralregierung ein zusätzliches Embargo gegen die ARK verhängt hatte. Diese Embargos und Streitigkeiten zwischen der DPK und der PUK sowie zwischen diesen zwei Parteien und der PKK schmälerten die Freude der Kurden über ihre Selbstverwaltung im Irak. Insbesondere die PKK, die mit Leitsätzen wie der Gründung eines grossen, aus allen vier Teilen – Irak, Iran, Syrien und Türkei – bestehenden Kurdistan bei den jungen beschäftigungslosen kurdischen Männern an Beliebtheit gewann, stellte in den Augen der jungen kurdischen Verwaltung eine Gefahr für die ARK dar. So begannen die Peschmerga-Einheiten der DPK und der PUK im Namen der kurdischen Regierung Ende 1992 die PKK zu bekriegen und aus den kurdischen Städten des Irak zu verdrängen. Auch die türkische Regierung übte Druck auf die ARK dahingehend aus, dass die kurdische Region im Irak kein sicherer Hafen für die PKK werden dürfe.

Doch nicht nur der Kampf zwischen der PKK und der kurdischen Regierung, sondern auch Streitigkeiten innerhalb der PUK sowie das seit Jahren bestehende Misstrauen zwischen der DPK und der PUK stellten ein grosses Problem für die kurdische Selbstverwaltung im Irak dar. So hatte die erste Regierung nur acht Monate Bestand. Im März 1993 wurde eine neue Regierung gebildet. Das Erstarken der ‹Islamischen Bewegung in Kurdistan›, die zum Teil eine radikal-dschihadistische Gruppe war, die von Iran und Saudi-Arabien Unterstützung erhielt, führte Mitte 1993 zu kriegerischen

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Auseinandersetzungen zwischen dieser religiösen Gruppe und der links-säkularen PUK (Ala'Aldeen 2013, 75). Die Kämpfe mündeten im März 1994 in einer – für die ARK viel gefährlicheren – Konfrontation zwischen der DPK und der PUK. Dabei erhielt die PUK Unterstützung aus Iran, während die irakische Regierung und die Türkei der DPK halfen. Eine Wende in diesem innerkurdischen Kampf, der das Leben mehrerer Tausend junger Männer forderte, markierte der 31. August 1996: Der DPK gelang es, mit der militärischen Hilfe und Intervention der irakischen Zentralregierung zuerst Erbil, die Hauptstadt der kurdischen Region, und später alle anderen kurdischen Gebiete unter ihre Kontrolle bringen. Die Peschmerga-Kämpfer der PUK waren gezwungen, nach Iran zu fliehen. Nach nur zwei Monaten kehrten sie jedoch dank eines enormen militärischen Beistands Irans zurück und eroberten die ganze Provinz Sulaimaniya mit einem Teil der Provinz Erbil, während die Stadt Erbil unter der Kontrolle der DPK blieb. Seitdem ist die ARK in zwei Einflusszonen geteilt, in eine gelbe Zone unter der Kontrolle der DPK – gelb ist die Farbe dieser Partei – und eine grüne unter der Kontrolle der PUK (bei den Wahlen im Jahr 1992 wählte jede Partei in der ARK eine Farbe als Symbol für sich). Zudem richteten die DPK und die PUK bis 2005 eigene Regierungen in ihren jeweiligen Einflusssphären ein.

Damit hatten innerkurdische Streitigkeiten erneut zu Krieg und Zerstörung im irakischen Kurdistan geführt. Nachdem bis 1990 mehrheitlich die verschiedenen irakischen Regierungen die Kurdengebiete bombardiert hatten, waren es ab 1992 kurdische Kämpfer, die sich gegenseitig töteten, folterten und ins Gefängnis steckten. Erst als die Amerikaner ihren Einfluss auf die kurdischen Gruppierungen geltend machten und direkt intervenierten, kam es Ende 1997 zu einer Waffenruhe. Washington arbeitete im Jahr 1998 ein Friedensabkommen aus, das von den Vertretern der DPK und der PUK akzeptiert wurde. So kam es am 17. September 1998 zum ‹Friedensabkommen von Washington›, nachdem sich Jalal Talabani, Präsident der PUK, und Masud Barzani, Präsident der DPK, mit dem Inhalt des Abkommens einverstanden erklärt hatten (Rashid 2017a, 267–268). Die wichtigsten Punkte der Übereinkunft lauteten wie folgt: Die kurdischen Städte werden für alle Kurden zugänglich[44]; die Regierungen und Verwaltungen werden

44 Bis 1998 durften sich die Anhänger der PUK nicht in Erbil und Dohuk und die Anhänger der DPK nicht in Sulaimaniya aufhalten. So leben bis heute Tausende von Familien in Erbil und Dohuk, weil sie Mitglieder der DPK sind und nicht mehr in ihre ursprünglichen Wohngebiete zurückkehren wollen. Das gilt auch für die

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

vereinheitlicht; beide Parteien akzeptieren die Resultate einer möglichen Wahl, und finanzielle Mittel werden fair verteilt (ebd., 268). Die Annahme des Abkommens war die Bedingung der USA für die Unterstützung der beiden kurdischen Parteien (ebd.). Damit endete der vier Jahre anhaltende Krieg der 1990er Jahre zwischen der DPK und der PUK. Für die Kurdenregion war entscheidend, dass die USA sich für sie interessierten und einsetzten. Ob die Amerikaner sich bereits Ende der 1990er Jahre auf einen Krieg im Irak vorbereiteten und Verbündete innerhalb des Landes dafür benötigten, lässt sich nicht abschliessend klären. Das zunehmende Interesse an der Kurdenfrage im Irak könnte jedoch dafür sprechen.

Nach dem Washingtoner Abkommen trafen sich alle Mitglieder des kurdischen Parlaments – zum ersten Mal seit 1994 – am 15. Oktober 2002 an ihrem Hauptsitz in Erbil und reaktivierten die Volksvertretung (Ala'Aldeen 2013, 103). Damit begann der erste Schritt zur Wiedervereinigung der kurdischen Verwaltung. Das 20. Jahrhundert war für die Kurden im Irak allerdings nicht glorreich verlaufen, brachte es doch nicht nur Zerstörungen im irakischen Kurdistan mit sich, sondern spaltete auch die kurdischen Bewegungen und die kurdische Gesellschaft. Zudem konnten sich die verschiedenen kurdischen Parteien, Vereine, Organisationen und Stämme während des gesamten 20. Jahrhunderts nicht auf ein gemeinsames Konzept und Programm einigen. Dementsprechend kam der Nationenbildungsprozess kaum in Gang. Das dürfte sich allerdings im 21. Jahrhundert ändern. Im nächsten Kapitel wird auf die Neuordnung im Irak und auf mögliche Bemühungen der kurdischen Fraktionen um ein Nation-Building in der ARK eingegangen.

PUK-Angehörigen, die ihre Wohngebiete in Erbil und Dohuk verlassen haben und bis heute nicht zurückgekehrt sind.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

4 Die Kurdenfrage im Irak zwischen 2003 und 2018

Das 21. Jahrhundert begann für den Irak und die Kurdenfrage ähnlich wie das 20. Jahrhundert tumultuös. Denn in beiden Epochen gerieten die Kurden in den Fokus einer Weltmacht und standen vor grundlegenden Veränderungen – mit dem Unterschied allerdings, dass die kurdischen Fraktionen zu Beginn der 2000er Jahre bereits eine Verwaltung in den Kurdengebieten aufgebaut hatten und ein wesentlicher Machtfaktor im Irak waren. Entsprechend hatten insbesondere die DPK und die PUK im Jahr 2003 nicht nur mehr als elf Jahre Erfahrung im Bereich der Regierungsführung und der politischen sowie militärischen Auseinandersetzungen, sondern verfügten auch über ihre Peschmerga-Einheiten und gute Beziehungen zu Washington. In Anbetracht dessen, dass sie auch ihre internen Streitigkeiten unter amerikanischem Druck beseitigen konnten, waren die DPK und die PUK für die bevorstehende Neugestaltung des Irak gut vorbereitet. Das zeigen auch ihre Präsenz in den USA und ihr Einfluss auf die Vorbereitungsphase des Krieges im Irak. So wurden Jalal Talabani und Masud Barzani bereits im März 2002 nach Washington eingeladen, um sich mit Vertretern aller wichtigen politischen und militärischen Organe des Landes zu treffen. Das Ziel des Besuches und weiterer Reisen in die USA mit anderen irakischen oppositionellen Gruppierungen war, sich auf den Krieg und die Nachkriegsära im Irak vorzubereiten (Rashid 2017a, 363).

Auch auf der Konferenz der irakischen oppositionellen Gruppierungen in London am 14. und 15. Dezember 2002 setzten die kurdischen Vertreter ihre Forderungen durch: Nach dem zweitägigen Meinungsaustausch gab die Opposition eine Erklärung ab, in der sie für den zukünftigen Staat Irak ein demokratisches und föderalistisches politisches System vorsah (Barzani 2020, 46–47). Genau das war die Bedingung von Talabani und Barzani für die Unterstützung des amerikanischen Vorhabens im Irak (Barzani 2020, 46–47; Rashid 2017a, 363). Der Föderalismus gewann bei den kurdischen Gruppierungen ab dem Jahr 2000 an Bedeutung, weil sie mehr Einfluss auf Bagdad ausüben und die Grenzen der kurdischen Region im Irak festlegen wollten. Zuvor hatten die kurdischen Parteien eine Autonomie für die Kurden im Irak gefordert, weil ihre Position nicht stark genug war, um Föderalismus oder gar das Selbstbestimmungsrecht für die Kurden zu

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

beanspruchen. Was die kurdischen Fraktionen unter Föderalismus verstanden, beschreibt Jalal Talabani wie folgt:

> «Föderalismus heisst für mich, dass das irakische Kurdistan mit seiner geografischen Lage, die von den Hamrin-Gebirgen bis zum Ende des Tigris-Flusses reicht [damit werden Kirkuk und andere ‹umstrittene Gebiete› inkludiert], unter die Kontrolle einer kurdischen Verwaltung gebracht wird. Diese Verwaltung muss dann von der kurdischen Bevölkerung gewählt werden und die Verfügungsmacht über alle inneren Angelegenheiten haben. Die Zentralregierung soll nur über die Sachverhalte des Präsidiums, der Armee, der auswärtigen Angelegenheiten und der allgemeinen Finanzen verfügen. Alle anderen Kompetenzen sollen dann bei der föderalen Regierung [der kurdischen Regierung] liegen. Das verstehe ich unter Föderalismus» (Rashid 2017a, 367–368).

Auf diese Weise gaben die kurdischen politischen Parteien zum ersten Mal in der Geschichte des modernen Irak vor, wie der Irak politisch neu gestaltet werden sollte. Gleichzeitig intensivierten die Amerikaner und die Briten ihre Bemühungen um die Gunst der Weltgemeinschaft für ihre baldige militärische Offensive gegen das irakische Regime. Auch die schiitischen Gruppierungen, die genauso wie die Kurden sowohl im irakischen Königreich als auch in der irakischen Republik weitgehend von der Teilhabe an der Macht ausgeschlossen waren, bekamen die Gelegenheit, die Geschichte des Irak neu zu schreiben. Denn bis zum Jahr 2003 wurde der Irak von sunnitischen Arabern, die mehrheitlich eine militärische Laufbahn hatten, dominiert – das zeigt unter anderem die Anzahl der Premierminister- und Ministerposten, die sie innehatten (Markaz al-'Irāqy Lilma'lumāt Wa al-Dirāsāt 2007, 13 ff.).

4.1 Sturz des Saddam-Regimes im Jahr 2003

Die Beziehungen zwischen dem irakischen Regime und den USA verschlechterten sich zwischen 1991 und 2003 kontinuierlich, weil die Bagdader Regierung grösstenteils nicht bereit war, mit dem UNO-Sicherheitsrat zu kooperieren. Entsprechend waren die Amerikaner vom Anfang des Irakkonfliktes bis zu dessen Ende die Kraft, die konsequent gegen die irakische Regierung vorging. In den 1990er Jahren wurden nahezu alle Mittel – darunter ein dreitägiges Bombardement im Jahr 1998 – eingesetzt, um das irakische Regime zur Kooperation zu bewegen. Aus einer Abrüstung, die

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

höchstens ein Jahr dauern sollte, wurden über zwölf Jahre. So gesehen kann die amerikanische Entscheidung, militärisch gegen den Irak vorzugehen, nicht als unbegründete und willkürliche Kriegsführung der Hardliner (Falken) betrachtet werden. Der Plan für eine kriegerische Auseinandersetzung mit dem Irak und für die Beseitigung des irakischen Regimes dürfte früher als 2003 gefasst worden sein. So wurden in den USA die ersten Überlegungen für einen neuerlichen Angriff gegen den Irak im Zuge des ‹war on terror› bereits am Nachmittag des 11. September 2001 dokumentiert (Woodward 2004, 24). Der tatsächliche Militärschlag gegen das Bagdader Regime durch die ‹Koalition der Willigen› unter der Führung der USA erfolgte allerdings erst am 20. März 2003.

Die Pläne der Bush-Administration, den Irak anzugreifen, entfachten jedoch nicht nur eine grosse Protestwelle im Ausland, sondern brachten auch die Beziehungen zwischen den westlichen Verbündeten aus dem Gleichgewicht, und die Rolle der Vereinten Nationen und des Völkerrechts wurde auf eine harte Probe gestellt (Hippler 2003, 15). Die Amerikaner führten den Krieg gegen den Irak unter anderem ohne UNO-Mandat und ohne Unterstützung Frankreichs und Deutschlands. Der Angriff wurde dementsprechend je nach medialer Grosswetterlage anders interpretiert und mit widersprüchlichen Begründungen präsentiert: Sturz des Despoten, Beseitigung von Massenvernichtungswaffen, Kreuzzug gegen das Böse und Kampf für das Gute, für Demokratie, Gerechtigkeit, Wohlstand, für den Nahen Osten und die ferne Zukunft gleich dazu (Assheuer 2004, 61). Das Argument der Verwandlung des Irak in eine Demokratie, die als Modell für den Rest der Region dienen sollte, gewann allerdings vermehrt die Oberhand, nachdem Washington keine Massenvernichtungswaffen gefunden hatte, die eigentlich zur Legitimierung der Invasion des Irak gedient hatten: «By helping Iraqis build a democracy, we will inspire reformers across the Middle East. And by helping Iraqis build a democracy, we'll bring hope to a troubled region, and this will make America more secure in the long-term», so der US-amerikanische Präsident George W. Bush im März 2006 (President Discusses Freedom and Democracy in Iraq 2006).

«Mission accomplished» – mit diesen Worten erklärte Bush am 1. Mai 2003 den Krieg gegen den Irak für erfolgreich beendet und den bisherigen Präsidenten Saddam Hussein für entmachtet. Über 30 Jahre eiserne Herrschaft der Baath-Partei, der erste und zweite Golfkrieg, dreizehn Jahre Wirtschaftsembargo der UNO sowie der dritte Golfkrieg im Jahr 2003 führten allerdings dazu, dass es im Irak beim Sturz des Bagdader Regimes an einer funktionierenden Gesellschaft, zivilgesellschaftlichen Or-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ganisationen, in der Bevölkerung verankerten Parteien, Infrastruktur und einer landesweiten Armee fehlte. Diese Rahmenbedingungen, die Rückkehr verschiedenster Parteien aus dem Exil, das Misstrauen der irakischen Zivilbevölkerung gegenüber den USA, der Einfluss von Nachbarstaaten des Irak auf die Parteien und ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes sowie die dürftige Zusammenarbeit der Parteien und deren Argwohn gegeneinander waren von Beginn an grosse Herausforderungen für Washington im Irak. Diese Faktoren stärkten allerdings die Position der kurdischen Gruppierungen zusätzlich, weil die kurdischen Parteien unter anderem eine sichere Basis in den kurdischen Gesellschaften hatten und die kurdische Region sich unabhängig vom restlichen Teil des Irak entwickelte. Die Beseitigung der irakischen Zentralregierung war demnach eine grosse Chance für die Kurden, sich sowohl in der ARK als auch im Irak besser und stärker zu positionieren. Was die kurdische Zivilbevölkerung im Irak anbelangt, so war sie den USA gegenüber positiv gesinnt und brachte im April 2003 in einer Umfrage zum Ausdruck, dass sie eine direkte Herrschaft Washingtons über den Irak begrüssen würde (Hawlati, 16.04.2003, 119, 1).

4.2 Die Verwaltung des Irak zwischen 2003 und 2005

Nach dem Sturz des irakischen Regimes übernahmen die Amerikaner ähnlich wie die Briten zu Beginn des 20. Jahrhunderts direkt die Macht im Irak. Amerikanischer Verwalter wurde im April 2003 der pensionierte Korpskommandant Jay Garner, der jedoch bereits im Mai durch Paul Bremer ersetzt wurde. Der UNO-Sicherheitsrat nahm am 22. Mai 2003 mit der Resolution 1483 die Machtübernahme der Koalition zur Kenntnis und hob die früheren Resolutionen in Bezug auf den Irak auf (Resolution 1483, 2003). Die als Übergangsverwaltung der Koalition (Coalition Provisional Authority, CPA) bekannte Regierungsführung im Irak wurde der mächtigste Entscheidungsträger des Landes und gab sehr früh einige Verordnungen bekannt, die dem Irak nachhaltig schadeten und oft in der Literatur kritisiert wurden: So verfügte die CPA im Rahmen der De-Baathifizierung des Irak die Entfernung aller Mitglieder der Baath-Partei aus leitenden Positionen des Staates, löste die irakischen Streitkräfte auf und führte im Juli 2003 anhand eines ethnisch-konfessionellen Proporzes den ‹irakischen Regierungsrat› ein. Während die ersten zwei Entscheidungen nach sich zogen, dass grosse Teile der sunnitisch-arabischen Bevölkerung ihre Existenz verloren und sich in der Folge vom neuen irakischen Staat nach der

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Saddam-Hussein-Ära abwandten, hatte die CPA keine andere Wahl, als Vertreter aus verschiedenen Volksgruppen und religiösen Ausrichtungen für die Regierungsführung des Irak auszuwählen. Denn die acht Dekaden der sunnitisch-arabischen Herrschaft über den Irak hatten eine nachhaltige Nationenbildung verhindert. So schlug im Jahr 2003 die Stunde null, und die Angehörigen der ‹Koalition der Willigen› standen vor einer Situation wie im Jahr 1918, als die Briten die Stadt Bagdad betraten und später die osmanische Verfügungsmacht über den Irak beendeten.

Der ‹irakische Regierungsrat› bestand aus 25 Personen: fünf Kurden, fünf sunnitischen Arabern, 13 schiitischen Arabern, einem Turkmenen und einem Christen. Dr. Mahmud Othman, damals kurdisches Mitglied dieses Rates, beschreibt das amerikanische Handeln im neuen Irak wie folgt:

> «Wer nach Saddam an die Macht kam, waren die Amerikaner, für ein Jahr und zwei Monate. Sie haben den Irak direkt unter Bremer und den anderen regiert. Das war meiner Meinung nach ein Fehler. Denn Bremer kannte den Irak zuvor nicht und hatte nicht einmal vom Irak gehört. Er war sehr schlecht, und sein Chef in den USA war Rumsfeld, der Militärmann war und nichts über den Irak wusste. Bush wusste auch nicht viel über den Irak. Wir waren dementsprechend wie in einem Militär-Camp unter dem Kommando des [amerikanischen] Verteidigungsministeriums. Das war ein fataler Fehler der Amerikaner. Nach diesem Jahr und zwei Monaten haben sie die irakische Übergangsregierung aufgebaut und später wurde das Parlament gewählt usw. Aber von Beginn an gab es sehr viele Fehlentscheide, die bis heute den Irak beeinflussen: Sie haben es nicht geschafft, eine Generalamnestie auszusprechen oder eine nationale Versöhnung für die Bevölkerung zu starten – so wie wir nach dem Aufstand von 1991. Wir haben damals eine Generalamnestie ausgesprochen und eine nationale Versöhnung gestartet. Leute, die uns 20 bis 30 Jahre bekämpft haben, wurden begnadigt, den Armeeangehörigen oder anderen Personenkreisen haben wir auch nichts angetan. So haben wir einen gewissen Frieden für die Bevölkerung geschaffen» (siehe Anhang 4).

Trotz einiger Fehleinschätzungen der amerikanischen Verwaltung im Irak gelang es ihr, mit den schiitischen, kurdischen und einigen Elementen der sunnitischen Einheiten im März 2004 ein Gesetz für die Übergangszeit zu verabschieden (Coalition Provisional Authority 2004). Artikel 4 dieses Gesetzes hielt fest, dass die Regierungsform des Irak ein republikanisches, föderalistisches, demokratisches und pluralistisches System sei. Die Macht sollte demnach zwischen der föderalistischen Regierung, den Regierungen

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der Regionen, der Provinzen sowie der Gemeinden und den lokalen Administrationen geteilt werden (ebd.). Zudem wurde die ARK in Artikel 52 offiziell anerkannt. Das Gesetz sah in den weiteren Artikeln umfassende Rechte für die Kurden im Irak vor. Das war bis anhin die grösste Errungenschaft für die kurdisch-nationalistischen Bewegungen im Irak. Entsprechend glücklich zeigten sich sowohl die Zeitungen «Xebat» und «Kurdistani Nwe» als auch teilweise «Hawlati» im März 2004 über den neuen Irak (Xebat, 02.03.2004, 1375, 1; Kurdistani Nwe, 09.03.2004, 3314, 1; Hawlati, 03.03.2004, 163, 1). «Hawlati» allerdings zeigte sich weniger euphorisch als die zwei Zeitungen der DPK und der PUK, die das Gesetz feierten und allen Menschen im Irak und in Kurdistan diesbezüglich gratulierten. Salahadin Bahadin ist der Ansicht, dass die Kurden «zentral dazu beitrugen, dass die irakische Verfassung im Jahr 2005 entstanden ist» (siehe Anhang 5).

Da das Gesetz für die Übergangszeit in den Artikeln 2 und 61 vorsah, dass die Macht anhand eines festen und engen Zeitplans an die Iraker übergeben werden und eine Parlamentswahl bis spätestens Januar 2005 stattfinden sollte (Coalition Provisional Authority 2004), lösten sich sowohl die Übergangsverwaltung als auch der Regierungsrat im Juni 2004 auf, nachdem im gleichen Monat die vorläufige irakische Regierung unter der Führung des säkularen schiitischen Politikers Iyad Allawi ihre Arbeit aufgenommen hatte. So konnte der politische Prozess trotz chaotischer Zustände, schlechter Sicherheitslage und Feindschaften zwischen verschiedenen Gruppierungen fortgeführt und ein Demokratisierungsversuch des Irak in Gang gesetzt werden. Die kurdischen Gruppierungen erhielten verschiedene Posten sowohl in der Regierung als auch in der Staatsführung. So ging die Macht wieder an die Iraker, die mit einer Neuordnung unter Beteiligung aller Gruppen beginnen sollten. Ende Januar 2005 konnte schliesslich eine provisorische Nationalversammlung gewählt werden, die im April Jalal Talabani zum Staatspräsidenten wählte.[45] Die DPK und die PUK, die mit einer gemeinsamen Liste bei diesen Wahlen antraten, bekamen mehr als 70 Sitze des 275 Sitze umfassenden irakischen Repräsentantenhauses. Die ‹Vereinigte Irakische Allianz›, die alle bedeutenden konservativen und religiösen schiitischen Gruppierungen vereinte, gewann die Wahlen mit

45 Ein strategisches Abkommen zwischen der DPK und der PUK führte dazu, dass Jalal Talabani den Posten des Präsidenten des Irak bekam und Masud Barzani denjenigen der ARK. Dadurch konzentrierte sich die PUK mehr auf den Irak, während die DPK ihre Macht in der ARK konsolidieren wollte. Zudem vereinbarten beide Parteien, sowohl im Irak als auch in der ARK mit einer gemeinsamen Liste bei den Wahlen aufzutreten.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

über 130 Sitzen. Seitdem steht den Schiiten der Posten des Premierministers, den Kurden derjenige des Staatspräsidenten und den sunnitischen Arabern jener des Parlamentspräsidenten zu. Die Postenverteilung ist allerdings nicht nur ein Resultat der Wahlen, sondern das Ergebnis einer politischen Abmachung zwischen den verschiedenen Gruppierungen im Irak.

Am 23. Mai 2005 gab dann das offizielle irakische Amtsblatt, «al-Waq'i' al-'Irāqyya», in der Nummer 3998 die Namen der Mitglieder der irakischen Übergangsregierung unter der Führung von Ibrahim al-Jaafari bekannt. Die kurdischen Gruppierungen erhielten unter anderem den Posten des Aussenministers und des Vizepremierministers. Diese Parlamentswahl bekam allerdings nicht nur den Gegenwind der sunnitischen Araber, sondern auch jenen der kurdischen Zivilbevölkerung, Intellektuellen und kurdisch-nationalistischen Politikerinnen und Politiker zu spüren. Eine Kampagne der kurdischen antiirakischen Fraktion, die im Jahr 2004 startete, führte schliesslich dazu, dass die Kurden im Nordirak im Januar 2005 nicht nur über die Wahlen im Irak, sondern auch über ein Referendum für ein unabhängiges Kurdistan abstimmten. Über den Verlauf und die Vorbereitungen für eine mögliche Abspaltung des irakischen Kurdistan vom Irak fasst Dr. Mahmud Othman seine Erfahrungen wie folgt zusammen:

> «Wir haben bereits 2004 und 2005 ein Referendum abgehalten. Im Jahr 2004 haben wir 1 750 000 Unterschriften für die Unabhängigkeit gesammelt und das Verfassungskomitee hat sie mit zwei LKWs nach Bagdad gebracht. Die Amerikaner und die UNO haben sie aber nicht beachtet, weil es ihrer Ansicht nach keine Aufsicht seitens der UNO gab. Im Jahr 2005 haben wir in Kurdistan parallel zu den irakischen Parlamentswahlen darüber abstimmen lassen, ob die Bevölkerung Teil des Irak sein will oder die Unabhängigkeit möchte. 98,6 Prozent der Leute wollten die Unabhängigkeit» (siehe Anhang 4).

Somit war der Neustart des politischen Prozesses im Irak, der unter anderem mit den Kurden und den schiitischen Arabern vorangetrieben werden sollte, mit internen und externen Schwierigkeiten konfrontiert. Dennoch konnte ein Komitee die Arbeit für den Entwurf einer Verfassung im Irak aufnehmen. Dr. Mahmud Othman, der bei der Entstehung dieser Konstitution mitwirkte, geht wie folgt auf die Bemühungen um ein irakisches Grundgesetz ein:

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

> «Wir waren 55 Personen, Kurden, Schiiten, Sunniten und Experten, die als Verfassungsrat die Verfassung geschrieben haben. Es hat einige Monate gedauert, und es war nicht einfach, sie zu schreiben. Nach dem Sturz von Saddam gab es das Transitional Administrative Law (TAL), danach wurde die irakische Verfassung, die aus 144 Artikeln besteht, geschrieben. Es war schwierig, zu einem Konsens zu gelangen, weil die Kurden, die Schiiten, die Sunniten, die Turkmenen und die Christen alle ihre Forderungen durchsetzen wollten. Trotzdem haben wir es geschafft, und ich sehe die irakische Verfassung als eine Errungenschaft für den Irak und zum Teil auch für uns Kurden. Es hat einige Zeit gedauert, bis wir sie geschrieben haben, weil wir alle föderalistisch verfassten Staaten angeschaut haben, um zu verstehen, wie sie zustande gekommen sind» (siehe Anhang 4).

Salahadin Bahadin beschreibt die Verfassungsarbeit folgendermassen:

> «Zweifelsohne ist das Vorhandensein einer Verfassung eine wichtige Säule der Rechtsstaatlichkeit und der Verwaltung eines Landes. Auch dient sie der Regelung der Beziehung zwischen den Bürgern und dem Staat. Zu diesem Zweck haben wir im Regierungsrat zwei Dinge getan: Zum einen wurde das Übergangsverwaltungsrecht (Transitional Administrative Law) bis zur endgültigen Festschreibung der Verfassung verabschiedet, und zum anderen wurde die Verfassung, die im Grossen und Ganzen gut ist, ausgearbeitet und am 15. Oktober 2005 in einer Abstimmung mit über 80 Prozent der Stimmen im ganzen Irak angenommen» (siehe Anhang 5).

Dr. Kawe Mahmud sieht die Dinge hingegen anders und hat eine andere Interpretation für die Entstehung der irakischen Verfassung:

> «Die irakische Verfassung ist selbst ein Problem. Die irakische Verfassung kann die Probleme des Irak nicht lösen. Die irakische Verfassung ist unter anderem dank eines Konsenses zwischen den Amerikanern und den Iranern über die Zukunft des Irak unter Berücksichtigung einiger Standpunkte verschiedener Gruppierungen im Irak entstanden. Die Kurden wurden auch für die Verfassung gewonnen, weil man einige ihrer Forderungen erfüllt hat. Aber die Verfassungstexte wurden so unscharf formuliert, dass man sie unterschiedlich interpretieren kann» (siehe Anhang 6).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Derselben Meinung ist Mahmud Raza Amin, der später unter anderem Mitglied des irakischen Parlaments wurde. Er ist der Ansicht, dass die Annahme der Verfassung, die mit den Stimmen von drei Provinzen hätte abgelehnt werden können, nur durch eine Fälschung der Ergebnisse zustande gekommen sei, weil die drei sunnitisch-arabischen Provinzen des Irak – Mossul, al-Anbar und Selahaddin – sie abgelehnt hätten. Zudem macht er darauf aufmerksam, dass sich die Religion und die schiitischen Oberhäupter in die Politik einmischten und somit dem Demokratisierungsprozess schadeten:

> «Am Anfang war die Idee, dass der Regierungsrat, bestehend aus 25 Personen, mit Unterstützung der Amerikaner und der Alliierten den definitiven Verfassungsentwurf fertigstellt. Danach hat aber die Instanz, Ali al-Sistani[46], eine Fatwa erlassen, die besagte, dass die Verfassung nur von den Irakern entworfen werden darf. Diese Fatwa wurde zur politischen Realität und die Verfassung wurde von den irakischen Experten fertig geschrieben. Die Sunniten haben dann die Abstimmung boykottiert und die Schiiten sowie die Kurden haben sie gefälscht, damit die Verfassung mit über 85 Prozent der Stimmen angenommen werden kann» (siehe Anhang 12).

Ebenso argumentiert Salam Abdullah, der Chefredakteur von «Xebat», der die Einmischung der Religion in die Politik harsch kritisiert:

> «Für was braucht man in einem Land eine Instanz, wenn es ein Parlament und andere staatliche Strukturen gibt? Kann der Papst einen europäischen Staat befehligen? Natürlich nicht. Aber dieser Mann, der in Najaf sitzt, kann alle Entscheidungen [die vom Parlament usw. verabschiedet werden] aufheben. Seine Worte stehen über den Worten von allen anderen. Ich glaube nicht, dass die Mehrheit der Iraker so ein System will. Auch nicht die Schiiten. Zwar wollen die schiitischen Parteien

46 Al-Sistani ist die höchste Instanz der Schiiten im Irak und seine Fatwas werden von den Schiiten befolgt. Da er ein hohes Ansehen hat, akzeptieren auch andere Gruppierungen seine Entscheidungen. Obwohl er 1930 in Iran geboren wurde, ist er gegen jegliche Einmischung Irans in die inneren Angelegenheiten des Irak. Deshalb hat er auch den Schiiten im Irak verboten, gegen die Kräfte der Alliierten zu kämpfen, während die einflussreiche schiitische Schule in der iranischen Stadt Ghom den Kampf gegen die Amerikaner für legitim erklärte. Säkulare Kräfte sehen jedoch in seiner institutionellen Rolle ein Problem, weil ihrer Ansicht nach in den Demokratien keine Instanz die Rolle eines über der Gewaltenteilung stehenden Oberhauptes einnehmen darf.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

> und Fraktionen ein solches System, weil sie unter dem Einfluss Irans stehen und sowohl religiös als auch konfessionell gleich eingestellt sind, aber nicht so die Bevölkerung» (siehe Anhang 8).

Am 15. Dezember 2005 kam es dann auf der Grundlage dieser irakischen Verfassung zur endgültigen Wahl des Repräsentantenhauses, das im März 2006 die provisorische Nationalversammlung ablöste. Dieser Urnengang, der wieder die ‹Vereinigte Irakische Allianz› zum Sieger machte und der gemeinsamen Liste von DPK und PUK über 50 Sitze bescherte, brachte im Juni 2006 mit Nuri al-Maliki einen religiös-konservativen Schiiten ins Amt des Premierministers, der lange in Iran gelebt hatte und der iranischen Regierung politisch nahestand. Weil zudem Jalal Talabani im Jahr 2005 als erster Kurde Präsident des Irak wurde, war der Machtübergang zugunsten jener gesellschaftlichen Gruppen offensichtlich, die über acht Dekaden hinweg kaum einen Einfluss auf die politischen Geschehnisse im Irak gehabt hatten und zwischen 1980 und 2003 vermehrt marginalisiert und unterdrückt worden waren. Somit konnte im Irak eine grundlegende politische Veränderung erfolgen, und zum ersten Mal in seiner modernen Geschichte wurden grösstenteils freie und demokratische Wahlen abgehalten.

4.3 Die Entstehung der irakischen Verfassung im Oktober 2005

Die Entstehungsgeschichte der irakischen Verfassung zeigt, dass diese ähnlich wie bei vielen anderen modernen Staaten ein Projekt der Eliten war. Zugleich konnten die Durchsetzung einer Gewaltenteilung und die Etablierung von mehr Spielraum für die ARK ihre Akzeptanz bei der kurdischen Zivilbevölkerung steigern. Das ist auch in Deutschland der Fall gewesen, als das Konzept des Föderalismus die gesellschaftliche Akzeptanz des Anliegens erleichterte (Langewiesche 2016, 52). Es waren jedoch nicht nur die Führungsriegen der verschiedenen irakischen und kurdischen Gruppierungen, die die Idee einer möglichen Konsensdemokratie im Irak durchsetzen wollten, sondern auch die amerikanische Besatzungsmacht. Stran Abdullah, der Chefredakteur von «Kurdistani Nwe», fasst den Einfluss der fremden Mächte auf den Irak wie folgt zusammen:

> «Als der erste irakische Staat in den 1920er Jahren aufgebaut wurde, war es Mode, dass der Staat zentralistisch ist. Das heisst, dass die Provinzen, die Regionen, die Städte, die Dörfer und die Kommunen von der Hauptstadt aus befehligt wurden. Das ist das englische Modell des Regierens,

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

> und England hatte damals auch den Irak erobert. Entsprechend wurde im Irak ein zentralistischer Staat aufgebaut. Auch andere Länder der Region, wie die Türkei und Iran usw., waren zentralistisch. Aber das irakische Beispiel seit 2003 ist ein amerikanisches Modell. Das heisst, dass es ein System von unten nach oben ist. Entsprechend können alle Gesetzgebungen im Irak bis und mit der Entstehung der Verfassung als Söhne der amerikanischen Verfassung gesehen werden. So haben alle Provinzen ihre Vertreter geschickt, damit sie bei der Entstehung des Übergangsverwaltungsrechts (Transitional Administrative Law) und später der irakischen Verfassung mitwirken. Die irakische Verfassung wurde dann bei einer Abstimmung von einer klaren Mehrheit der Iraker angenommen. Im Irak wurde auf diese Weise sowohl das britische als auch das amerikanische Modell ausprobiert. Das amerikanische Modell wurde aber mit der Theorie des Niederländers [damit meint S. Abdullah Arend Lijphart] gemischt, damit ein[e] Konsens[demokratie] entsteht» (siehe Anhang 7).

Nun zeigt ein Blick auf die irakische Verfassung von 2005, dass der Irak gemäss Artikel 1 ein föderalistischer Staat ist, der als politisches System republikanisch, repräsentativ, parlamentarisch und demokratisch konzipiert ist (Iraq's Constitution of 2005). Artikel 2 Absatz 1 schreibt allerdings den Islam als Religion des Staates und als fundamentale Quelle seiner Gesetzgebung vor. Da jedoch im Irak die Schiiten und die Sunniten unterschiedliche Interpretationen des Islam als Religion vertreten, legt die Verfassung damit schon von Beginn an die Basis für Unklarheiten über die zukünftige Gesetzgebung. Weiter widersprechen sich die Buchstaben A und B des gleichen Artikels: Ersterer lehnt jegliche Gesetzgebung ab, die nicht im Einklang mit den Bestimmungen des Islam steht, während Letzterer keine Gesetze akzeptiert, die den demokratischen Prinzipien entgegenstehen (ebd.). Hier zeigt sich ein Gegensatz, der unter anderem religiöse Minderheiten im Irak benachteiligt und kaum demokratisch ist. Mahmud Raza Amin sieht die Problematik der Verfassung wie folgt:

> «Die Verfassung finde ich sehr gut, obwohl sie wie gesagt Mängel aufweist. So ist beispielsweise auch Artikel 2 mangelhaft. Denn er besagt im Absatz 1 [Buchstabe A] einerseits, dass der Islam die Staatsreligion und eine Grundlage der Gesetzgebung sei und dass kein Gesetz verabschiedet werden darf, das gegen die Vorschriften des Islam und seines Rechtssystems [der Scharia] verstösst. Andererseits besagt der gleiche Absatz [unter Buchstabe B], dass kein Gesetz verabschiedet werden darf, das gegen

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

> die Prinzipien der Demokratie verstösst. Das ist ein grosser Widerspruch und das Ergebnis [der widerstreitenden Interessen] jener Gruppen, die religiös, nationalistisch, liberal usw. waren und an der Festschreibung der Verfassung teilgenommen haben. Diese Mängel – Artikel 2 und 49 und andere Kleinigkeiten – machen die Verfassung zwar merkwürdig, aber sie ist trotz alledem eine gute Verfassung» (siehe Anhang 12).

Die Verfassung garantiert die Rechte der Kurden und erkennt in Artikel 117 die ARK als eine föderale Region an. In Artikel 140 wurde vorgesehen, dass in den «umstrittenen Gebieten» (Kirkuk usw.) bis spätestens zum 31. Dezember 2007 ein Referendum abgehalten werden solle, damit die Bevölkerung ihren Willen äussern und ihre Forderungen artikulieren könne. Angespielt wird hier auf die Normalisierung der Lage, die Rückkehr der kurdischen Bevölkerungsteile, die zuvor vertrieben worden waren, in ihre ursprünglichen Wohngebiete und den Entscheid hinsichtlich der Zugehörigkeit dieser Regionen (wie in Artikel 58 des Übergangsverwaltungsrechts ausführlich beschrieben). Die kurdischen Gruppierungen wollten damit erreichen, dass diese Gebiete sich der ARK anschliessen. Die kurdischen Fraktionen in Bagdad konnten auch durchsetzen, dass die Verfassung nicht geändert werden darf, wenn im Rahmen eines Referendums zwei Drittel der Wähler von drei oder mehr Provinzen dagegen stimmen (Artikel 142 Abs. 4; siehe auch das Interview mit Dr. Mahmud Othman, Anhang 4). Somit hat die kurdische Region ein gewisses Vetorecht, weil sie aus drei Provinzen besteht und eine mögliche Änderung der Verfassung gegen ihren Willen blockieren kann. Entsprechend erfreut äusserten sich die Führungsriegen der DPK und der PUK über die irakische Verfassung (Xebat, 16.10.2005, 1947, 1; Kurdistani Nwe, 19.10.2005, 3804, 1).

Eine grosse Schwäche der irakischen Verfassung ist allerdings (worauf auch Dr. Kawe Mahmud hingewiesen hat) die Konzeption der meisten ihrer Artikel, die so angelegt sind, dass sie einen aufschiebenden Charakter aufweisen und ein Gesetz für ihre Konkretisierung erforderlich ist. So bildet die Konstitution nicht einmal eine starke Grundlage für die zweite Kammer, die in föderalistischen und heterogenen Staaten die Voraussetzung für den Erfolg des Föderalismus ist und deren Funktionalität dort entsprechend in der Verfassung verankert ist. Vielmehr wurde auch die Festschreibung der gesetzlichen Basis für die Entstehung der zweiten Kammer die Aufgabe des Repräsentantenhauses, was einen Verstoss gegen die Grundprinzipien des Föderalismus darstellt (Artikel 65). Diese und weitere Schwächen des irakischen Grundgesetzes führten von Beginn an dazu, dass

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sich weder «Hawlati» noch Teile der kurdischen oppositionellen Gruppen über die Verfassung freuten: «Als im Jahr 2005 der Verfassungsentwurf veröffentlicht wurde, war ich der Chef der Partei der Lösung und habe festgestellt, dass die Verfassung sehr mangelhaft ist. Kein einziger Artikel der Verfassung erkennt das kurdische Volk als eine Entität des irakischen Staates an. Für den Artikel 140 wurde ein Zeitraum für die Umsetzung vorgesehen. Verfassungsartikel dürfen nicht zeitabhängig gemacht werden. […] Damals war ich der Meinung, dass uns der Irak mit dieser Verfassung alle Rechte in der ARK entziehen wird, wenn er wieder stark wird», so Dr. Faiq Gulpy (siehe Anhang 13). «Die Kirkuk-Frage wurde auf Ende 2007 verschoben. Jabar Qader: Der Verfassungsentwurf erwähnt nur zweimal die Kurden beim Namen. Nuri Talabani: Ein Ayatollah schrieb die Präambel», so titelte «Hawlati» kritisch über den Inhalt des irakischen Verfassungsentwurfes (24.08.2005, 238, 1).

Was die Konsensdemokratie betrifft, so wurden in der irakischen Verfassung einige Kriterien von Lijphart berücksichtigt; die wichtigsten allerdings, nämlich Dezentralisierung, Zweikammersystem und Proporzwahlsystem, fanden darin keine grosse Beachtung. Zwar wurde in Sektion 5 der Verfassung eine weitreichende Verfügungsmacht für die Regionen vorgesehen, aber auch dort sollte ein Gesetz die genauen Bedingungen der Regionenbildung und der dezentralen Verwaltungsführung regulieren (Art. 118 und 122). Die zweite Kammer hatte wie erwähnt keine verfassungsrechtliche Grundlage, und auf das Wahlsystem wurde nicht spezifisch eingegangen. Artikel 49 Absatz 1 der irakischen Verfassung sieht nur vor, dass das Abgeordnetenhaus sich aus einer Zahl von Abgeordneten im Verhältnis von einem Sitz zu 100 000 irakischen Bürgern zusammensetzt und in einer allgemeinen, direkten und geheimen Wahl gewählt werden muss. Dieser Artikel ist ein weiteres Problem der Verfassung, weil sie keine Rücksicht auf die sozioökonomischen Faktoren nimmt. Dazu meint Mahmud Raza Amin: «Einer der Mängel ist beispielsweise Artikel 49 Absatz 1, der besagt, dass pro 100 000 Einwohner ein Vertreter ins Parlament gewählt werden darf. Das ist jetzt zu einem Problem geworden, weil die irakische Bevölkerung rasant wächst» (siehe Anhang 12).

Andere Bedingungen von Lijphart für eine Konsensdemokratie – wie ein Mehrparteiensystem, die Machtteilung in der Exekutive (Art. 66 ff.), ein ausbalanciertes Kräfteverhältnis zwischen der Legislative und der Exekutive (Art. 61 Abs. 8, Art. 76 Abs. 4. und Art. 78), die Verfassungsrigidität und die Verfassungsgerichtsbarkeit (Art. 13, 92, 126) sowie eine unabhängige Zentralbank (Art. 103 Abs. 1) – erfüllt die irakische Verfassung. Bezüglich

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

des Pluralismus-Korporatismus-Konzeptes ist festzustellen, dass sich im Irak im Laufe der Zeit kaum Verbände und Gewerkschaften herausgebildet haben. Entsprechend kann das Konzept auf den Irak nicht angewendet werden. Es ist jedoch zu erwähnen, dass die irakische Verfassung trotz ihrer teilweise mangelhaften Formulierungen eine der modernsten und demokratischsten Konstitutionen im Nahen Osten ist. Abu Bakir Karwany beurteilt sie so: «Die Verfassung ist trotz ihrer Mängel sehr gut. Sie ist eine der fortschrittlichsten Verfassungen in der Region und regelt grösstenteils das Verhältnis zwischen dem Staat und der Religion. Sie regelt auch die Frage des Föderalismus, der Neutralität der Armee und der staatlichen Verwaltungen sowie der Individual- und Zivilrechte» (siehe Anhang 9). Auch Taufiq Karim ordnet die Verfassung ähnlich wie Karwany ein: «Ich glaube, dass die irakische Verfassung sehr fortschrittlich und eine grosse Errungenschaft ist» (siehe Anhang 14).

4.4 Der kurdische Einfluss in Bagdad zwischen 2006 und 2010

Das Jahr 2006 begann mit Diskussionen über einen neuen Premierminister für den Irak. Talabani und Barzani lehnten die erneute Kandidatur von al-Jaafari ab, weil er unter anderem einen Besuch in der Türkei unternommen hatte, ohne den kurdischen Präsidenten Talabani und den kurdischen Aussenminister Hoshiar Zebary informiert zu haben (Hawlati, 01.03.2006, 263, 1). Auch der iranische Druck auf die beiden grossen Parteien, al-Jaafari für eine zweite Amtszeit zu unterstützen, führte zu keinem Ergebnis (Hawlati, 15.03.2006, 265, 1). Die kurdischen Kräfte setzten sich gemeinsam mit einigen sunnitischen Fraktionen durch und wählten Nuri al-Maliki zum neuen Premierminister des Irak. Masud Barzani und Washington nahmen dies positiv auf und sahen in ihm die Chance für die Durchsetzung des Föderalismus (Xebat, 21.05.2006, 2150, 1). Al-Maliki seinerseits sagte im Juli 2006 vor dem amerikanischen Kongress, dass die Zeiten der Zentralisierung im Irak vorüber seien und der Irak nun den Föderalismus belebe (Xebat, 27.07.2006, 2217, 1). Die DPK und die PUK konnten sich auch in der Frage der zukünftigen Flagge des Irak durchsetzen. Sie wollten nicht, dass die drei Sterne in der irakischen Fahne, die die Herrschaft der Baath-Partei und deren Leitsatz ‹Einheit, Freiheit und Sozialismus› symbolisierten, bestehen blieben. So griff das kurdische Parlament auf die irakische Flagge der Putschisten von 1958 zurück und liess sie über dem kurdischen Parlament neben der kurdischen Flagge wehen (Xebat, 09.09.2006, 2706, 1).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Eine Lösung wurde im Jahr 2008 gefunden, indem die drei Sterne entfernt wurden. Eine endgültige Abstimmung im irakischen Parlament über die heutige Fahne des Irak fand jedoch bis anhin nicht statt.

Die kurdischen Parteien DPK und PUK demonstrierten so ihre Macht im Irak, indem sie auch in den symbolischen Fragen des Landes die Oberhand gewannen. Möglich war ihnen dies – neben ihren guten Beziehungen zu den meisten Führungspersonen der irakischen Verwaltung, weil einige von diesen auf der Flucht vor dem Saddam-Regime im irakischen Kurdistan gelebt hatten – auch dank der Unterstützung aus Washington. Denn die USA hatten die Kurden als Verbündete im Irak, während die meisten schiitischen Gruppierungen unter dem Einfluss Irans standen und antiamerikanisch eingestellt waren. Da auch der sunnitische Widerstand gegen die irakische Regierung und die amerikanische Besatzungsmacht stärker wurde, konnten die kurdischen Parteien zusätzlich von den chaotischen Zuständen im Irak profitieren und ihren Einfluss ausweiten: «Die Kurden konnten auch nach 2003 im neuen Irak eine wichtige Rolle spielen und wurden einflussreich. Allerdings nicht, weil sie stark waren, wie die Kurden selbst gerne wären, sondern weil die Schiiten und Sunniten mit sich selbst beschäftigt waren. Die Schwäche der Gegner machte also die Kurden stark und nicht die eigene Macht», so Karwany (siehe Anhang 9).

Die Machtteilung zwischen DPK und PUK Ende 2004 hatte jedoch zur Folge, dass sich die DPK auf die ARK konzentrierte, weil das vereinigte kurdische Parlament im Juni 2005 Masud Barzani zum Präsidenten der ARK wählte und mit dessen Neffen Nechirvan Barzani ein weiteres hochrangiges Mitglied der DPK und der Barzani-Familie Premierminister wurde. Beim Blick in die Zeitungsartikel von «Xebat» wird ersichtlich, dass Masud Barzani ständig als Präsident von Kurdistan und nicht der ARK bezeichnet wurde. Damit agierte die DPK wie die Führung eines souveränen Staates und nicht einer Region: «Der Präsident von Kurdistan: Die irakische Regierung muss ohne ethno-konfessionelle Engstirnigkeit allen Bevölkerungsteilen wie einer einzigen Gruppe dienen» (Xebat, 06.11.2006, 2316, 1) – gemeint war Masud Barzani beim Empfang des irakischen Vizepremierministers – und «Der Präsident von Kurdistan empfängt bei zwei verschiedenen Begegnungen den Vizepräsidenten und den Präsidenten des Obersten Bundesgerichtes des Irak» (Xebat, 01.12.2006, 2341, 1), so lauteten beispielsweise die Berichte von «Xebat» über die Aktivitäten von Masud Barzani. Interessant ist dabei, dass des Öfteren die irakische Führungsriege ihren Weg in die ARK fand und nicht umgekehrt. Das unterstreicht die Machtverhältnisse beim Neubeginn des politischen Prozesses im Irak,

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

heisst jedoch nicht, dass die DPK keine wichtigen Posten in der Regierung und der Staatsführung des Irak hatte. So war unter anderem Hoshiar Zebary, der Onkel von Masud Barzani, immer noch Aussenminister des Irak.

Da jedoch Jalal Talabani Präsident des Irak wurde, dominierten die Berichterstattungen über seine Aktivitäten im neuen Irak die Medienlandschaft der PUK. Das gilt auch für «Kurdistani Nwe». «Präsident Talabani: Wir haben grosse Hoffnung, dass wir bis Ende des Jahres Frieden und Sicherheit gewährleisten», so der Präsident des Irak beim Empfang der Vertreter der US-amerikanischen Irak-Studiengruppe unter der Führung von James Baker (Kurdistani Nwe, 01.09.2006, 4026, 1). Talabani war um die Wiederherstellung des Friedens im Irak bemüht und seine Arbeit wurde geschätzt, während Masud Barzani sich vom neuen Irak fernhielt. So teilten die DPK und die PUK die Macht unter sich auf und schlossen grösstenteils andere kurdische Gruppierungen von Führungspositionen sowohl im Irak als auch in der ARK aus. Missverständnisse zwischen der irakischen Zentralregierung und der ARK wurden ohne offene Auseinandersetzungen gelöst. Auf diese Weise konnte der erste Budgetstreit vom Jahr 2006 ohne jegliche Eskalation beigelegt werden. Nachdem die kurdische Regierung im August 2006 gemerkt hatte, dass sie 8 Prozent des irakischen Budgets anstatt der vorgesehenen 17 Prozent erhielt, beschwerte sie sich bei der irakischen Regierung (Hawlati, 23.08.2006, 288, 1). Nach einigen Verhandlungen entschied Bagdad, den verbleibenden Anteil des kurdischen Budgets im Jahr 2007 auszuzahlen (Kurdistani Nwe, 01.12.2006, 4135).

Doch die Fragen der Umsetzung des Artikels 140 der irakischen Verfassung bezüglich der «umstrittenen Gebiete», eines irakischen Budgets für die kurdischen Peschmerga-Kämpfer und der Erdöl- und Erdgasverträge der ARK belasteten bald schon die Beziehungen zwischen Erbil und Bagdad. Als sich auch im irakischen Parlament Dutzende Parlamentsmitglieder dazu entschieden, gegen die Umsetzung des Artikels 140 vorzugehen, entstand das erste grosse Misstrauen zwischen der ARK und der irakischen Regierung. Erst nachdem sich al-Maliki darauf festlegte, die kurdischen Forderungen zu erfüllen, gaben die Vertreter der DPK und der PUK bekannt, seinen Verbleib als Premierminister zu unterstützen (Hawlati, 16.01.2008, 388, 1). Doch die Lage beruhigte sich nicht, und es kam zu militärischen Spannungen, nachdem Angehörige der irakischen Armee die Peschmerga-Truppen der DPK und der PUK in der Provinz Diyala provoziert hatten (Hawlati, 10.08.2008, 447, 1). Der Befehl von al-Maliki an die kurdischen Peschmerga-Einheiten, sich aus der erwähnten Provinz zurückzuziehen, führte zu weiteren Eskalationen (Kurdistani Nwe, 11.08.2008, 4647, 1). Die

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Peschmerga-Kräfte ignorierten ohnehin die Entscheidungen der irakischen Regierung, weil sie kaum mit ihr zu tun hatten. Dadurch kam es zu ersten schweren Verwerfungen bei den irakischen Bemühungen um ein Nation-Building unter Beteiligung jener schiitischen und kurdischen Fraktionen, die einen demokratischen Neuaufbau des Irak ermöglichen sollten. Militärische Auseinandersetzungen fanden zwar nicht statt, weil Vertreter beider Seiten sie mieden, aber das Vertrauen war beschädigt. Zudem ging die irakische Regierung unter al-Maliki hart gegen den sunnitischen Widerstand vor.

Dementsprechend nahmen wie so oft zuvor im 20. Jahrhundert die politischen und militärischen Spannungen im Irak zu – diesmal allerdings zwischen verschiedenen sunnitischen und kurdischen Fraktionen und einer irakischen Zentralregierung, die von einer konservativ-religiösen schiitischen Gruppe kontrolliert wurde. Die Situation entspannte sich nicht, weil sich die ARK wie ein souveräner Staat verhielt und Beziehungen zum Ausland aufbaute sowie Verträge abschloss. So wurde unter anderem im Juni 2009 der Export von kurdisch-irakischem Öl ins Ausland unter Beteiligung von Barzani und Talabani als eine grosse Errungenschaft für die ARK und den Irak gefeiert (Xebat, 02.06.2009, 3188, 1). Der Irak stellte sich jedoch dagegen, weil er von den Inhalten der Ölverträge der ARK nichts wusste. Zudem machte er darauf aufmerksam, dass nur die Zentralregierung die Kompetenz habe, Verträge über die natürlichen Ressourcen des Irak abzuschliessen. In der Tat sieht Artikel 111 der irakischen Verfassung vor, dass Öl und Gas in allen Provinzen und Regionen der irakischen Bevölkerung gehören. Ferner besagt Artikel 112, dass die föderale Regierung gemeinsam mit den produzierenden Gouvernements und Regionalregierungen die Verwaltung des aus den vorhandenen Feldern geförderten Erdöls und Erdgases übernimmt. Vorgesehen ist unter anderem, dass sie die Einnahmen auf gerechte Weise im Verhältnis zur Bevölkerungsverteilung in allen Teilen des Landes verteilt. Die kurdische Seite lehnte es jedoch ab, die Verwaltung ihrer natürlichen Ressourcen an den Irak zu übergeben, weil sie ihm nicht vertraute. Zudem wurde die ‹State Organization for Marketing of Oil› (SOMO), das irakische Staatsunternehmen für die Vermarktung des irakischen Erdöls, von der Zentralregierung ohne kurdische Beteiligung kontrolliert.

Damit begannen die Verstösse der irakischen und der kurdischen Regierung gegen die irakische Verfassung. Dr. Faiq Gulpy beschreibt diesen Umstand wie folgt: «Ich kann sagen, dass der irakische Staat einer jener Staaten ist, die selten die Verfassung beachtet haben. […] Nachdem die Amerikaner das Saddam-Regime gestürzt haben, haben sie festgestellt, dass der Irak kei-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ne Verfassung hat. So haben sie einen Verfassungsentwurf vorbereitet und liessen im Jahr 2005 darüber abstimmen. Aber die irakische sowie die kurdische Seite beachten die Verfassung nicht allzu sehr» (siehe Anhang 13). Es wurde schnell ersichtlich, dass die kurdischen und schiitischen Fraktionen keinen gemeinsamen Nenner für die Führung des Irak fanden. Da jedoch die kurdische Verwaltung unter der Führung der DPK und der PUK zu Beginn der politischen Prozesse im Irak einen grossen Einfluss auf Bagdad ausübte und die schiitische Regierung unter al-Maliki Rivalitäten mit anderen säkularen, konservativen und religiösen schiitischen Parteien sowie sunnitischen Einheiten auszufechten hatte, fanden sie vorläufige Lösungen für ihre Probleme. Diese waren jedoch nicht nachhaltig und wurden nur aus Opportunitätsgründen ausgehandelt. So unterstützten die DPK und die PUK eine erneute Kandidatur Nuri al-Malikis als Premierminister des Irak im Jahr 2010, obwohl er des Öfteren die Peschmerga-Kämpfer und führende Kräfte der kurdischen Parteien brüskiert und die ARK bedroht hatte.

Interessant ist dabei, dass die ‹Kurdistani-Liste› der DPK und der PUK zwischen 2005 und 2010 an Einfluss gewann, obwohl sie bei den Wahlen im Irak dreimal hintereinander Sitze verlor. So kam sie bei den Wahlen vom 7. März 2010 nur noch auf 43 Sitze, nachdem die kurdischen oppositionellen Gruppierungen 14 Sitze gewannen – *Gorran* (8 Sitze), Islamische Union Kurdistan (IKU, 4 Sitze) und Islamische Gemeinschaft in Kurdistan (IGK, 2 Sitze). Doch die Zerstrittenheit der neuen Fraktionen in Bagdad, die aufgrund der Wahlergebnisse des Jahres 2010 zunahm, machte die DPK und die PUK für die Stabilität im Irak unverzichtbar, konnte doch keiner der drei grossen Blöcke eine klare Mehrheit für sich beanspruchen: Die ‹Irakische Nationalbewegung› (al-Iraqiya-Liste) unter der Führung von Iyad Allawi kam auf 91 Sitze, die ‹Rechtsstaatskoalition› von Nuri al-Maliki auf 89 und die ‹Irakische Nationalallianz› um Muqtada al-Sadr[47] und Ammar al-Hakim[48] auf 70. So entstand eine politische Krise im Irak, die nur nach intensiven Interventionen der internationalen, regionalen und lokalen Kräfte gelöst werden konnte.

47 Der 1973 geborene Muqtada ist der Sohn des 1999 ermordeten schiitischen Grossajatollahs Muhammad Sadiq al-Sadr. Er ist schiitischer Geistlicher, Politiker, Milizenführer und laut eigenen Angaben irakischer Nationalist.

48 Al-Hakim wurde 1971 geboren und gehört der renommierten schiitischen Familie al-Hakim an. Er ist ein gemässigter schiitischer Politiker und Vorsitzender der 2017 gegründeten ‹Nationalen Weisheitsbewegung› (Tayar al-Hikmah al-Watani).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Insbesondere Masud Barzani spielte bei der Lösungsfindung eine entscheidende Rolle und verschaffte sich dadurch mehr Anerkennung im Irak: «Talabani wird wieder Präsident des Irak, al-Maliki Premierminister und das Parlament geht an die al-Iraqiya-Liste: Ein Vorschlag von Präsident Barzani setzt sich durch», so titelte die Zeitung der PUK (Kurdistani Nwe, 11.11.2010, 5329, 1). Barzani gab bei einer Sitzung mit Vertretern der kurdischen Parteien und in einem Interview mit der «Los Angeles Times» bekannt, er sei stolz darauf, dass die Kurden eine solch grosse Rolle bei der Befreiung des Irak aus der politischen Krise gespielt hätten (Xebat, 14.11.2010, 3625, 1). Karwany kritisiert allerdings die Bemühungen der kurdischen Politiker um die Stabilität der Lage im Irak harsch, weil sie seiner Meinung nach den Anliegen der Kurden im Irak schadeten: «Der fatale Fehler der Kurden war, dass sie zwischen den Schiiten und den Sunniten vermittelt haben, anstatt die neue Situation auszunützen und ihre eigene Agenda durchzusetzen» (siehe Anhang 9).

Am 11. Januar 2011 veröffentlichte das offizielle irakische Amtsblatt die Liste der Kabinettsmitglieder, die am 21. Dezember 2010 vom irakischen Parlament abgesegnet worden war (al-Waq'i' al-'Irāqyya, 4173, 8–9). Interessant ist dabei, dass Nuri al-Maliki nicht nur Premierminister, sondern auch ad interim Verteidigungsminister, Innenminister und Minister für nationale Sicherheit wurde. So viel Macht in der Hand einer einzigen Person hatte es im Irak seit 2003 nicht gegeben. Ferner zeigte al-Maliki während seiner ersten Amtszeit, dass er das Militär zu kontrollieren suchte und es auch gegen die Ambitionen der sunnitischen Widerstandskämpfer und der kurdischen Kräfte einsetzte. Durch ihre politische Unterstützung trugen die kurdischen Kräfte massgeblich dazu bei, dass al-Maliki seine Macht ausbauen konnte. Al-Maliki zeigte sich zwar während und nach der zweiten Regierungsbildung versöhnlich und wollte die bestehenden Probleme mit den Kurden lösen, indem er unter anderem im November 2010 sagte, er werde dafür sorgen, dass Artikel 140 und alle anderen offenen Fragen zwischen Bagdad und Erbil gemäss der irakischen Verfassung gelöst würden (Xebat, 28.11.2010, 3633, 1); aber daraus wurde nichts, weil beide Seiten sich kaum einander annäherten. Iyad Allawi wiederum machte Iran dafür verantwortlich, dass er nicht Premierminister geworden war (Xebat, 22.11.2010, 3628, 1). Masud Barzani schrieb im Jahr 2020, die Iraner und die Amerikaner hätten nicht gewollt, dass Allawi Regierungschef wurde (Barzani 2020, 50).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

4.5 Das kurdische Misstrauen und der sunnitische Aufstand ab 2011

Der Einfluss von Masud Barzani im Irak nahm Anfang 2011 weiter zu, als die Iraqiya-Liste ihn bat, in der Auseinandersetzung um die Wahl eines nationalen Rates für politisch-strategische Fragen zwischen al-Maliki und Allawi zu vermitteln (Xebat, 30.01.2011, 3687, 1). Bis anhin hatten sich die beiden Seiten kaum einander annähern können. Barzani pflegte eine gute Beziehung zu Allawi. Auch im Ausland schien Barzani angesehen zu sein, weil er unter anderem bei seiner Reise nach Italien und in den Vatikan nicht nur den Papst und hochrangige politische Führungspersönlichkeiten der westlichen Länder traf, sondern auch seitens der North Atlantic Treaty Organization (NATO) in Italien mit der Atlantik-Medaille ausgezeichnet wurde (Xebat, 23.02.2011, 3709, 1). Bei seiner Dankesrede warnte er Bagdad, dass die Kurden je nach Entwicklung des Irak über den künftigen Status ihrer Region entscheiden würden, so z. B., wenn sich abzeichnen würde, dass der Irak sich in Richtung Diktatur und Alleinherrschaft bewege (ebd.). Talabani seinerseits intensivierte seine Bemühungen, einen gemeinsamen Nenner für alle irakischen Kräfte zu finden (Kurdistani Nwe, 25.02.2011, 5414, 1). Doch die Streitigkeiten zwischen verschiedenen irakischen Fraktionen nahmen schnell zu, als Allawi und die meisten sunnitischen Kräfte die neue irakische Regierung und den Machtzuwachs al-Malikis ablehnten. Auch die DPK und die PUK waren besorgt, weil die irakische Regierung wiederholt den Ausnahmezustand in Kirkuk und anderen von den Kurden beanspruchten Gebieten ausrief. Die kurdischen Peschmerga-Einheiten vor Ort warnten gar vor einer Eskalation der Lage in Kirkuk (Kurdistani Nwe, 04.03.2011, 5420, 1).

Tatsächlich kam es mehrfach zu Anschlägen in Kirkuk und anderen «umstrittenen Gebieten», weil das Misstrauen zwischen Bagdad und Erbil wuchs und dadurch ein Machtvakuum entstand (Kurdistani Nwe, 20.05.2011, 5484, 1). Entsprechend den Entwicklungen im Irak änderte sich langsam der Ton des Präsidenten der ARK; anlässlich der Erklärung der Souveränität der Republik Südsudan forderte er, dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker überall akzeptiert werden solle. Gleichzeitig kritisierte er al-Maliki scharf, weil dieser die anderen Gebiete des Irak davor warnte, föderalistische Regionen zu bilden, da dies laut al-Maliki zur Teilung des Irak und zum Bürgerkrieg führen würde. «Ich bin sehr erstaunt über diese Aussagen, weil die irakische Verfassung dieses Recht garantiert. Das würde nicht zur Gefahr führen. Im Gegenteil würde so ein Schritt die Einheit des Irak stärken», so Barzani (Xebat, 10.07.2011, 3820, 1). Auf diese

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Weise nahmen die Spannungen im Laufe der Amtszeit von al-Maliki zu. Zur Problematik der Regionsbildung fasst Mamosta Jaafar seine Eindrücke folgendermassen zusammen:

> «Die Verfassung ist nicht schlecht. Denn im ersten Artikel steht, dass der Irak ein föderalistischer Staat ist. Nur deshalb setzen die Leute Hoffnung in den Irak. Sie hoffen, dass dank dem Föderalismus eines Tages auch in Basra, Anbar, Mossul und an anderen Orten autonome Regionen gebildet werden. Aber das Problem ist, dass ein Gebiet angegriffen wird, wenn es eine autonome Region bilden will. So wollte Basra unter Wael Abdul Latif eine autonome Region bilden, aber das wurde nicht akzeptiert. Das gilt auch für Mossul. Zwei Wochen vor dem Aufstieg des IS in Mossul kam Asil al-Nujaifi nach Erbil und hat bekannt gegeben, dass sie eine autonome Region in Mossul bilden wollen. Aber kurz danach kam Daesh. Ich weiss nicht, ob das geplant oder ein Zufall war. Ein Freund von mir war in der Vergangenheit einmal bei Khamenei. Khamenei meinte zu ihm, dass er nichts dagegen habe, wenn im Irak föderalistische Regionen gebildet werden – abgesehen von Bagdad, Kirkuk und Mossul. Aber wenn ich genau hinsehe, will Iran nicht, dass im Irak überhaupt autonome Regionen gebildet werden» (siehe Anhang 10).

Die Lage verschärfte sich und militärische Auseinandersetzungen konnten nicht mehr ausgeschlossen werden, weil sowohl die DPK und die PUK als auch die irakische Regierung Truppen in die von den Kurden beanspruchten Gebiete der Provinz Diyala verlegten (Hawlati, 17.08.2011, 758, 1). Die Forderungen von al-Maliki, die irakische Verfassung zu sistieren und mit politischen Übereinkünften zwischen den politischen Kräften im Irak zu arbeiten, verschlechterten die Beziehungen der kurdischen Fraktionen zu Bagdad zusätzlich (Kurdistani Nwe, 14.11.2011, 5626, 1). Nachdem auch einige sunnitische Politiker, die von der irakischen Regierung als Unterstützer der Terroristen bezeichnet und verfolgt wurden, nach Erbil reisten und dort Unterschlupf fanden, eskalierte die Beziehung zwischen Erbil und Bagdad zusehends. Der Rückzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak im Dezember 2011 und zunehmende sunnitische Aufstände in den sunnitischen Gebieten gegen die irakische Regierung führten zu weiteren Unruhen im Land. Verschiedenste Sitzungen mit der Beteiligung unterschiedlicher politischer Gruppierungen im Irak gingen ohne jegliche Ergebnisse zu Ende – obwohl alle Seiten verlangten, dass die Übereinkunft von Erbil, die eine Grundlage für das zweite Kabinett von al-Maliki darstellte, akzeptiert werden sollte (Kurdistani Nwe, 29.08.2012, 5764, 1). Sie wiesen auch darauf hin, dass der Irak vor

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

grossen und unlösbaren Problemen stehen würde, wenn die politische Krise ungelöst bliebe (ebd.). Die DPK ihrerseits bezeichnete al-Maliki als Gegner der ARK, der mit allen Mitteln versuche, der kurdischen Region Schaden zuzufügen (Xebat, 01.07.2012, 4106, 1). Masud Barzani schrieb im Vorfeld von Wahlen im irakischen Kurdistan in einem Artikel über die Lage in der ARK und im Irak, der Irak habe

> «keine seiner Versprechungen im Bereich der Umsetzung des Artikels 140, des Budgets, der Bedürfnisse der Peschmerga, des Öl- und Gasgesetzentwurfes und der Beteiligung der Kurden in den Führungsfunktionen der irakischen Armee gehalten. Umgekehrt wurden kurdische Offiziere aus der Armee ausgeschlossen und die Punkte der Vereinbarung von Erbil ignoriert. Entsprechend arbeitete die Zentralregierung nicht nach den Grundlagen des wahren Konsenses in der Verwaltung des Landes, sondern mit diktatorischen und eigenmächtigen Gesinnungen. Wir haben immer geduldig und im Rahmen der irakischen Verfassung an der Lösung der Probleme gearbeitet, aber dies führte zu keinem Ergebnis. Wenn wir merken, dass unsere Bedürfnisse nicht berücksichtigt werden, dann werden wir einen kurdischen Ausweg wählen und unsere Bevölkerung darüber entscheiden lassen» (Xebat, 29.07.2012, 4126, 1).

Mit diesen Worten warnte Barzani die irakische Regierung vor Konsequenzen und einem möglichen Referendum über einen unabhängigen Kurdenstaat im Nordirak, sollte sie weiter keine Massnahmen für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Erbil und Bagdad treffen. «Hawlati» kommentierte die Drohungen von Barzani über ein mögliches Referendum wie folgt: «Die DPK kehrt zur Bevölkerung zurück, nachdem sie gescheitert ist» (Hawlati, 17.10.2012, 909, 1). Die PUK und Jalal Talabani wollten allerdings weiterhin an einer Lösung der Probleme im Rahmen einer irakischen Einheit arbeiten (Kurdistani Nwe, 18.12.2012, 5956, 1) und lehnten einen Alleingang seitens des Irak oder der Kurden ab (Kurdistani Nwe, 30.12.2012, 5966, 1). «Vielmehr sei es wichtig, dass das Verhalten der Regierung gemäss den Kriterien der irakischen Verfassung angepasst wird» (ebd.). Als jedoch Talabani Ende 2012 schwer erkrankte und für Behandlungen immer wieder nach Deutschland reisen musste, wurde Masud Barzani der mächtigste Mann in der ARK.

Die Spannungen zwischen der irakischen Zentralregierung unter der Führung von al-Maliki und der ARK sowie den sunnitischen Kräften im neuen Irak nahmen auf diese Weise weiter zu und mündeten in Misstrauen und Dissens. Zugleich waren ab 2013 Meinungsunterschiede zwischen der

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

DPK und der PUK über den Umgang mit dem Irak zu beobachten. Waren beide Parteien unter der Führung von Barzani und Talabani sich bis dahin in vielen Fragen einig und daher in der Lage gewesen, grosse Teile der kurdischen Forderungen in Bagdad durchzusetzen, so wurde ihre Position allmählich schwächer, da Talabani im Irak und in der ARK immer weniger präsent war. Ferner führten die vielen unterschiedlichen Flügel der PUK dazu, dass die DPK keinen klaren Ansprechpartner mehr in den Reihen der PUK fand. Zudem stand die PUK der Zentralregierung in Bagdad näher als die DPK, die sich von Beginn des irakischen Neuaufbaus an auf die ARK konzentriert hatte. Entsprechend wurde nicht nur die Position von al-Maliki unsicher, weil er mittlerweile viele Gegner hatte, sondern auch jene der DPK und der PUK, die gar ihr ‹strategisches Abkommen› aus dem Jahr 2004 infrage stellten. Masud Barzani bekräftigte allerdings wiederholt seine Meinung, dass die Kurden selbst über ihr Schicksal entscheiden müssten (Xebat, 17.07.2013, 4365, 1). So wandte er sich vom neuen Irak ab und machte das Selbstbestimmungsrecht der Kurden zu seiner neuen Forderung.

Divisionär Bakhtyar M. Sidiq resümiert die Entwicklungen im Irak zwischen 2005 und 2014 wie folgt:

> «Im neuen Irak konnten Wahlen durchgeführt, konnte ein demokratisches Parlament gewählt und eine Verfassung niedergeschrieben werden. Die verschiedenen Entitäten konnten am politischen Prozess mitwirken. Dies dauerte bis zum Rückzug der Amerikaner Ende 2011 und Anfang 2012 an. In dieser Phase tauchte unter al-Maliki als Premierminister der Konflikt mit den Kurden und den Sunniten auf. Dies führte dazu, dass einerseits die Beziehung zwischen der ARK und Bagdad teilweise abgebrochen wurde und andererseits die Sunniten wegen des schlechten Umgangs mit ihnen und wegen des Mangels an Dienstleistungen in ihren Gebieten gegen die Regierung auf die Strasse gingen. Letzteres führte zum bewaffneten Widerstand und später zum Aufstieg von Daesh im Jahr 2014» (siehe Anhang 11).

4.6 Die Herausforderung des ‹Islamischen Staates›

Die Unzufriedenheit der meisten sunnitischen Stämme, Gruppen, Politiker und Mitglieder der Zivilbevölkerung mit der Politik von al-Maliki führte insbesondere ab 2012 zu einem permanenten Aufstand gegen die irakische Zentralregierung unter anderem in der Provinz al-Anbar. Verschiedenste Versuche der Pro-Bagdad-Kräfte, die Lage unter Kontrolle zu bringen und das

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Ende der Demonstrationen sowie des Widerstandes zu erwirken, blieben erfolglos. Als zudem der Budgetstreit zwischen Bagdad und Erbil eskalierte, weil die irakische Verwaltung im Januar 2014 das Budget gegen den Willen und ohne Beteiligung der kurdischen Vertreter im Irak verabschiedete, verschärfte sich die Lage zusätzlich (Kurdistani Nwe, 16.01.2014, 6281, 1; Xebat, 16.01.2014, 4483, 1). Denn das führte vor allem dazu, dass die Zentralregierung die Löhne der Verwaltungsangestellten in der ARK nicht mehr auszahlte und eine Krise auslöste. Zuvor waren viele Gelder in die ARK geflossen, was einen beachtlichen Wohlstand und mehr Stabilität in der ARK zur Folge gehabt hatte. Mit dem Ausbleiben dieser finanziellen Mittel konnte die Regierung der ARK die erlangte Prosperität nicht mehr gewährleisten, weil sie keinen nachhaltigen Plan für eine gesunde Regierungsführung in der ARK hatte. Das Budget war so das grösste Druckmittel der Bagdader Zentralregierung, das nun zum Einsatz kam und die DPK und die PUK empfindlich traf. Karwany beschreibt diesen Zustand folgendermassen:

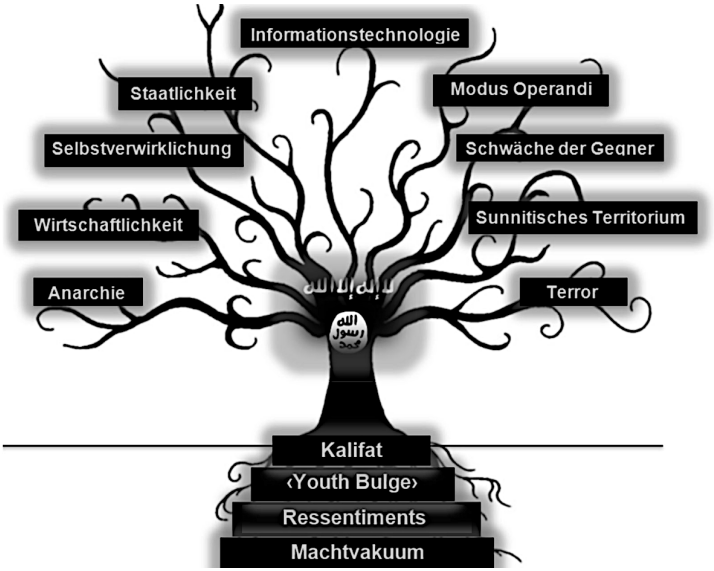
> «Dieser Umstand [die Zuweisung der Gelder im Rahmen des Budgets] führt dazu, dass die ARK sich in manchen Hinsichten wie ein unabhängiger Staat und in anderen als Teil des Irak verhält. Die negative Seite dieses Umstandes ist, dass die ARK wirtschaftlich dermassen vom Irak abhängig ist, als ob sie ein Wohnkomplex wäre. Mit dem Wohnkomplex meine ich, dass man in der ARK monatlich auf die Lohnzahlungen aus Bagdad wartet. Wenn sie nicht erfolgen, dann gibt es eine wirtschaftliche und politische Krise in der ARK. Das heisst, dass diese Gesellschaft nicht unabhängig ist und wie in einem Wohnkomplex auf die Unterstützung aus Bagdad oder von der Aussenwelt angewiesen ist. Wenn diese nicht geleistet wird, dann stürzt der Wohnkomplex in eine Krise» (siehe Anhang 9).

Entsprechend hart kritisierten die Vertreter der DPK und der PUK die irakische Regierung, weil sie die politische Lage in der ARK änderte und die zwei Parteien in Verlegenheit brachte. So sahen die PUK-Angehörigen in dem Vorgehen der Regierung einen klaren Verstoss gegen die irakische Verfassung (Kurdistani Nwe, 02.03.2014, 6319, 1), während der irakische Aussenminister Hoshiar Zebary vor grossen Gefahren für den Irak warnte (Xebat, 05.03.2014, 4517, 1). Die Unzufriedenheit der kurdischen und sunnitischen Kräfte mit der Politik von al-Maliki und weitere Umstände, die den Aufstieg des IS ermöglichten, werden im Folgenden näher beschrieben. Ausserdem wird das Verhalten des IS beleuchtet, um jene Faktoren zu eruieren, die ihn zu einer dritten Macht im Irak und einer auf der ganzen Welt gefürchteten Gruppe machten. Hierzu wird der IS als Baum dargestellt,

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der das Machtvakuum, die Ressentiments, den ‹Youth Bulge› (‹Jugendüberschuss›) und das Kalifat zum Nährboden hatte. Die verschiedenen Äste symbolisieren die Bereiche, in denen der IS erfolgreich agierte.

Abbildung 7: Das Phänomen ‹Islamischer Staat› und seine Wirkungsbereiche



Quelle: eigene Darstellung

Machtvakuum:

Bereits am 14. Februar 2007 machte der amerikanische Präsident, George W. Bush, darauf aufmerksam, dass es im Irak viel mehr Engagement brauche und keine Rückschritte erlaubt seien, wenn es gelte, ein Machtvakuum mit desaströsen Folgen zu vermeiden:

> «I've listened to a lot of voices; people in my administration heard a lot of voices. We weighed every option. I concluded that to step back from the fight in Baghdad would have disastrous consequences for people in America. That's the conclusion I came to. It's the conclusion members of my staff came to. It's the conclusion that a lot in the military came to. And the reason why I say ‹disastrous consequences›: the Iraqi government could collapse, chaos would spread, there would be a vacuum, into the vacuum would flow

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

more extremists, more radicals, people who have stated intent to hurt our people. I believe that success in Baghdad will have success in helping us secure the homeland» (Press Conference by the President 2007).

Ab 2007 konnten im Irak dank des vermehrten Aufgebots amerikanischer Truppen und einer Politik der Diplomatie die radikalen sunnitischen und schiitischen Gruppierungen geschwächt werden. Sie vernichtend zu schlagen, vermochten die Amerikaner jedoch nicht. Entsprechend führte der Abzug der US-Truppen im Jahr 2011 bei der sunnitischen Zivilbevölkerung zu einer Zunahme der Unzufriedenheit mit der Politik des Premierministers Nuri al-Maliki. Ebenfalls traten vermehrte Spannungen zwischen der Zentralregierung in Bagdad und der ARK auf. Dies führte zu einem Machtvakuum und schliesslich zum Fall der Stadt Mossul im Juni 2014. Das Machtvakuum besteht noch heute, weil der irakische Staat nicht das ganze Land kontrolliert. Noch immer fehlt es ihm an ausreichend Macht über die mindestens fünfzig verbliebenen schiitischen Milizen-Truppen. Die Zerstrittenheit mit der kurdischen Verwaltung vermag er ebenfalls nicht beizulegen. Entsprechend ist eine Eskalation in den schiitisch kontrollierten Gebieten oder eine Kaperung der sunnitischen Gesellschaft durch radikale Kräfte jederzeit wieder möglich. Zu dieser Thematik stellt Mamosta Jaafar Folgendes fest:

«Der Irak hat das Problem des Staatshaushaltes. Es werden viele Gelder für die Staatsämter verschwendet. Auch hat der Staat wenig Einnahmen, weil beispielsweise irgendeine Person die Kontrolle über eine Ölanlage ausübt und die Einnahmen aus dem Ölverkauf für sich behält. Niemand traut sich etwas zu sagen, weil diese Leute Truppen und Kämpfer haben. […] Auf der einen Seite exportiert Saudi-Arabien salafistische Ideologien, Käse und andere Sachen zu uns (*lacht*). Auf der anderen Seite exportiert Iran die schiitische Ideologie, die schiitischen Milizen usw. zu uns. Sie haben auch ihre eigenen Leute bei uns. Es gibt Parteien, die ausschliesslich für sie arbeiten, weil sie Gelder von ihnen erhalten. Wenn es so weitergeht, dann wird es schwierig, einen Ausweg zu finden» (siehe Anhang 10).

Ressentiments:

Der neue Irak war aus Sicht verschiedener irakischer Gruppierungen von Beginn an kein Land für alle, obwohl mithilfe konsensdemokratischer Elemente eine egalitäre Machtverteilung angestrebt wurde. Vielmehr fühlten sich unterschiedliche Gruppen ausgeschlossen und suchten nach

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

einem geeigneten Mittel, um sich an Bagdad – und bis 2011 an den US-Amerikanern – zu rächen. Ab 2011 nahmen antischiitische Ressentiments nicht nur bei den sunnitischen Gruppierungen und der DPK, sondern aufgrund der vermehrten Einflussnahme Irans auf den Irak und des proiranischen Kurses der irakischen Regierung auch in den meisten sunnitischen Golfstaaten markant zu. Reiche Privatpersonen und Regierungen der verschiedenen Golfstaaten unterstützten die sunnitischen Stämme und ihren Widerstand im Irak. Dieser zweite Faktor verhalf dem IS ebenfalls zum Aufstieg. Dr. Mahmud Othman schätzt diese Entwicklungen folgendermassen ein:

«Das Hauptproblem des Irak ist, dass der Irak vor hundert Jahren künstlich gebildet wurde. Die Kurden, Scheich Mahmud und so, wollten ein unabhängiges Kurdistan, bekamen dies aber von den Briten nicht. Gleichzeitig haben die vielen Putsche und Auseinandersetzungen dazu geführt, dass der Irak nicht vorankommen konnte. Jeder, der an die Macht kam, hat alle Rivalen ausgeschaltet usw. Nach dem Sturz von Saddam ist der Irak in die Hände der vielen Parteien und Gruppierungen geraten. Insbesondere in die Hände der schiitischen Kräfte. Aber auch Sunniten und Kurden waren mit ihnen. Diese Kräfte, die noch heute im Irak regieren, sind nicht vereint und unterstützen einander nicht. Sie konnten sich nicht auf der Grundlage der Interessen der irakischen Bevölkerung einigen. Sie verfolgen nur eigene Interessen und die Interessen der eigenen Fraktion. Mit den Nachbarländern kooperieren sie auch nach ihren eigenen Interessen. So sind die Schiiten mit Iran und die Sunniten mit der Türkei und Saudi-Arabien verbündet. Die Kurden haben auch ihre eigene Zusammenarbeit mit den Nachbarn, weil sie eigene Fragen haben. Entsprechend konnten diese Gruppierungen nicht wie Staatsmänner handeln, das Land gut regieren und einen zivilen Staat für alle Iraker aufbauen: einen Staat gemäss den Kriterien der Verfassung» (siehe Anhang 4).

‹Youth Bulge› (‹Jugendüberschuss›):

Ein weiterer Faktor, der je nach Land als Chance oder Bedrohung wahrgenommen wird, ist der sogenannte Youth Bulge. Gary Fuller, Professor für Geografie und Bevölkerung an der Universität Hawaii, verwendete den Begriff erstmals im Jahr 1995 in einer Publikation des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA. Er ging davon aus, dass es einen sogenannten Überhang oder Überschuss an jungen Menschen

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gebe, wenn 20 Prozent der Gesellschaft zwischen 15 und 24 Jahre alt seien. Da diese Bevölkerungsgruppe vermehrt Bedürfnisse nach Landbesitz, nach Arbeit, einer höheren Ausbildung und anderen gesellschaftlichen Ressourcen verspüre, könne dies zu einer sozialen Instabilität führen. In Ländern, in denen es ethnische Konflikte gebe, wie beispielsweise in Sri Lanka, könne dies die Lage verschärfen, so Fuller (1995, 152–54). Diese These gewann an Gewicht, als der deutsche Soziologe Gunnar Heinsohn in seinen vielen Schriften und Auftritten darauf aufmerksam machte, dass die Gefahr von Terror, Kriegen und Unruhen erheblich steige, wenn die Gruppe der jungen Männer zwischen 15 und 29 mindestens ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmache. Vor dieser jugendlichen ‹Ausstülpung› sei bereits ein Überhang an Kindern, also ein ‹Children Bulge›, entstanden, wobei Kinder unter 15 Jahren 30 Prozent der Gesamtbevölkerung stellten (Heinsohn 2019, 16). Er geht davon aus, dass die meisten Kriege, Unruhen und Auseinandersetzungen in der Weltgeschichte mit einer grossen Anzahl von jungen Männern, für die nicht ausreichend prestigeträchtige Rollen und Positionen vorhanden waren, zusammenhingen. Die bemerkenswerte Häufung von Aufständen, kriegerischen Auseinandersetzungen, Terrorismus oder sogar Völkermord ist gemäss Heinsohn ein Produkt des Jugendüberschusses (ebd., 9 ff.). Auch Huntington ging in seinem berühmten Buch über den «Kampf der Kulturen» davon aus, dass ein kultureller Konflikt dann in einen blutigen Krieg münden könne, wenn es einen Überschuss an jungen Männern als Protagonisten von Protesten, Instabilitäten, Reformen und Revolutionen gebe (Huntington 1997, 182).

Der Demokratisierungsprozess in Afghanistan und im Irak konnte nach Heinsohn aufgrund demografischer Entwicklungen nicht vorangetrieben werden: «Die Reparatur einer Nation, deren Strukturen unter dem Ansturm wütender junger Männer zerbrechen, gehört mithin an das Ende eines youth bulge. Die Demokratisierung eines failed state muss scheitern, wenn des Westens rare Söhne sie mitten in einer Bevölkerungsexplosion voranbringen sollen. Das wird in Irak und Afghanistan zwar blutig gespürt, aber noch kaum verstanden» (Heinsohn 2011, 93). Das Jugendüberschuss-Konzept ist zwar umstritten, weil die jungen Männer ebenso als Katalysatoren einer positiven Entwicklung in einem Land dienen können, wenn die Wirtschaft schneller wächst als die Bevölkerung, und sie nicht per se wegen fehlender Aufstiegschancen Chaos stiften. Es lässt sich jedoch im Fall des Irak und auf die meisten

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

anderen Staaten der arabischen und islamischen Welt anwenden. Die Wut der jungen Bevölkerung rief in einigen arabischen Ländern entweder eine politische Neuordnung hervor oder hinterliess sie in einem chaotischen Zustand. Über die Lage der Jugend in der arabischen Welt schrieb das Entwicklungsprogramm der UNO im Jahr 2016 Folgendes:

«First, that while young people between the ages of fifteen and 29 make up nearly a third of the region's population, another third are below the age of fifteen. This ‹demographic momentum› will last for at least the next two decades, and offers an historic opportunity which Arab countries must seize. Second, the report underlines that the wave of protests which has swept through a number of Arab countries since 2011 with youth at the forefront has led to fundamental transformations across the entire region. Some countries have seen new national constitutions, free and fair elections, and a widening of the public participation sphere for previously excluded groups. Elsewhere, however, systems which had maintained stability came under serious challenge […]» (UNDP 2016, 4).

Während der Bericht der UNO das Vorhandensein eines Überhanges an jungen Menschen in den arabischen Staaten untermauert, zeigen die spezifischen Daten der Weltbank für den Irak, dass nicht nur die Gesamtbevölkerung, sondern vor allem die Anzahl der jungen Personen zwischen 2003 und 2021 rasant anstieg: Der Irak hatte im Jahr 2003 eine Bevölkerungszahl von knapp über 27 Millionen Einwohnern. Davon waren 49,78 Prozent männlich und über 28 Prozent davon zwischen 15 und 29 Jahre alt. Während des Aufstiegs des IS im Jahr 2014 hatte der Irak eine Bevölkerungsanzahl von über 36,7 Millionen und einen Männeranteil von über 49,8 Prozent mit einem männlichen Jugendanteil von etwa 28,3 Prozent. Gemäss den Zahlen für das Jahr 2021 umfasste die ständige Wohnbevölkerung des Irak ungefähr 43,5 Millionen Einwohner. Der männliche Anteil lag nun bei über 50 Prozent, jener der männlichen Jugendlichen zwischen 15 und 29 Jahren bei 28,4 Prozent. Die Arbeitslosigkeit bei den Personen zwischen 15 und 24 Jahren wurde im Jahr 2003 auf etwa 17 Prozent, im Jahr 2014 auf 20 Prozent und im Jahr 2021 auf 27,2 Prozent geschätzt (Weltbank 2022). Diese demografischen Entwicklungen können jederzeit zu einer Eskalation der Lage im Irak führen, wie der Aufstieg des IS im Jahr 2014 und die ständigen Demonstrationen und Unruhen seit 2019 prominent aufzeigen. Dass der IS nicht nur vom irakischen ‹Jugend-Boom›, sondern von der gesamten überproportiona-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

len Präsenz junger Männer in den restlichen arabischen und islamisch-sunnitischen Staaten profitieren konnte, zeigte die Anzahl der sogenannten Foreign Fighters[49], die auf mehrere Tausend Personen beziffert wurden.

Das unaufhaltsame Bevölkerungswachstum im Irak scheint nicht nur eine sicherheitspolitische Bedrohung für das Land zu sein, sondern laut Mahmud Raza Amin auch den Demokratisierungsprozess zu beeinflussen und die Verfassung infrage zu stellen: «Einer der Mängel ist beispielsweise Artikel 49 Absatz 1, der besagt, dass pro 100 000 Einwohner ein Vertreter ins Parlament gewählt werden darf. Das ist jetzt zu einem Problem geworden, weil die irakische Bevölkerung rasant wächst. Jedes Jahr steigt damit die Anzahl der Parlamentarier, obwohl das Parlament seine Arbeit nicht gut macht. So fordern die Demonstranten, dass dieser Artikel beseitigt wird. Denn die neue Generation hat von der Demokratie nichts gesehen. Was sie erlebt, sind Arbeitslosigkeit, Hoffnungslosigkeit und Vernachlässigung» (siehe Anhang 12).

Kalifat:

Die bisher erwähnten Komponenten, die den Aufstieg des IS begünstigten, hätten ohne das Hinzukommen einer ‹integrativen Ideologie›, welche die Politik und die Gesellschaft grundlegend umzustrukturieren beansprucht, kaum zum Erfolg geführt. Zu diesem Zweck wählten die Anführer des IS womöglich bewusst die Ausrufung eines ‹Kalifats›. Mit diesem Schritt erklärten sie sich sowohl zu rechtmässigen Nachfolgern des ‹Gesandten Gottes› (Mohammed) als auch zur weltlichen und geistlichen Quelle des Islams. Alle anderen dschihadistischen und islamistisch-religiösen Gruppierungen hätten sich dementsprechend der Herrschaft des Kalifen zu fügen. Der Erfolg des IS könnte andere radikal gesinnte Gruppierungen motivieren, sich weiterhin für den Erhalt des ‹Kalifats› einzusetzen, zumal der IS nie komplett ausgelöscht werden konnte.

Der von ihm verbreitete Terror, die Kontrolle über sunnitische Gebiete, die Schwächung der Gegner infolge von deren Heterogenität und Zerstrittenheit, der Einsatz von ‹Suicide Vehicle-Borne Improvised Explosive Devices› (SVBIED) zur Durchbrechung gegnerischer Schutzwälle, die Verminung ganzer Regionen sowie das Anzünden von Reifen und Öl zur

49 ‹Foreign Fighters› sind jene jungen Männer, die ihr Heimatland verliessen, um sich dem IS anzuschliessen und auf dessen Seite zu kämpfen.

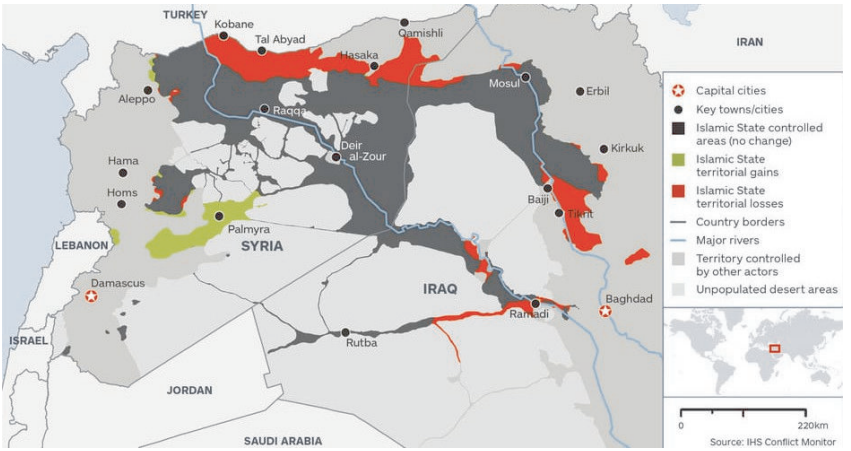
https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Verschleierung der eigenen Position als ‹Modus Operandi› sind Vorgehensweisen des IS, die bis heute geblieben sind und von den IS-Anhängern nach wie vor angewandt werden. Zugleich konnte der IS von den Informationstechnologien profitieren und verschiedene Magazine (wie «Dabiq») sowie Videos für die Rekrutierung von Kämpfern und zur Ausbreitung seiner Ideologie veröffentlichen. Der IS baute auch staatliche Infrastrukturen auf, die aus *Hisbah* (‹Religionspolizei des IS›), *al-Amnia* (‹Sicherheitsapparat›), *Wali* (‹Gouverneur›), *Qādi* (‹Richter›), *Jaysh al-Khalifa* (‹Armee des Kalifates›), *Bait al-Mal* (‹Schatzhaus›) und *al-Istikhbārāt* (‹Nachrichtendienst›) bestand. Die Organisation versprach den Menschen Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung und fand insbesondere bei jenen Bevölkerungsteilen Anklang, die sich zuvor in der westlichen und der islamischen Welt sozial degradiert fühlten. Der IS profitierte ausserdem wirtschaftlich ungemein vom Ölhandel und von der Kriegsbeute. Er bekam Hilfe von Privatpersonen aus den Golfstaaten, etablierte einen Schwarzmarkt für archäologische Objekte und erhob ‹Steuern› und Schutzgelder. Insgesamt war sein System anarchistischer Natur. Auf diese Weise vermochte der IS, eine Vielzahl von Widersprüchen in einer einzigen Organisation zu vereinen und diese eine Zeit lang erfolgreich zu führen.

Strategisch war die Eröffnung verschiedener militärischer Fronten und die gleichzeitige Durchführung von Operationen gegen unterschiedliche Gegner ein grosser Fehler des IS. Anstatt von den Streitigkeiten zwischen der ARK und der irakischen Zentralregierung zu profitieren und eine stille Abmachung mit den kurdischen Eliten zur Vermeidung kriegerischer Auseinandersetzungen zu treffen, griff der IS im Sommer 2014 nicht nur den irakischen Staatsapparat, sondern auch die ARK an. Das überraschte nicht nur Masud Barzani, der kein Verständnis dafür aufbrachte, dass der IS die ARK ohne nennenswerten Grund zur Zielscheibe machte (Barzani 2020, 54), sondern auch viele Politbeobachter, die in diesem Schritt einen strategischen Fehler des IS sahen.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Abbildung 8: Vom ‹Islamischen Staat› kontrollierte Gebiete im Jahr 2015



Quelle: Herter (2016)

An den entstandenen Spannungen konnten auch die Parlamentswahlen vom Ende April 2014 nichts ändern. Diese entschied die ‹Rechtsstaatskoalition› von Premierminister al-Maliki mit über 90 Sitzen für sich. Die DPK und die PUK traten nach zunehmenden Differenzen jeweils mit eigenen Listen auf und gewannen je 19 Sitze des aus 329 Sitzen bestehenden irakischen Repräsentantenhauses. So wurde der IS neben der irakischen Zentralregierung und der ARK zu einem dritten Machtfaktor im Irak nachdem er im Juni 2014 innert kürzester Zeit und ohne nennenswerten Widerstand der irakischen Streitkräfte die zweitgrösste Stadt des Irak unter seine Kontrolle gebracht hatte. Von dort aus rief die radikale Organisation das Kalifat aus. Nach der Eroberung von Mossul brauchte der IS nur wenige Wochen, bis er vor den Toren Bagdads stand. Masud Barzani nahm die neuesten Entwicklungen im Irak zum Anlass, zu unterstreichen, dass im Irak grundlegende Veränderungen vorgenommen werden müssten (Xebat, 19.06.2014, 4587, 1). Er sagte im gleichen Monat in einem Interview mit CNN, dass die Zeit für die Unabhängigkeit der kurdischen Region gekommen sei. Im Juli 2014 betonte er nochmals ausdrücklich, dass «die ARK nicht für ewig unter dem radikalen Konfessionalismus, den falschen Verwaltungen, der Missachtung der Verfassung und der willkürlichen Herrschaft von Bagdad bleiben» könne (Xebat, 16.07.2014, 4606, 1).

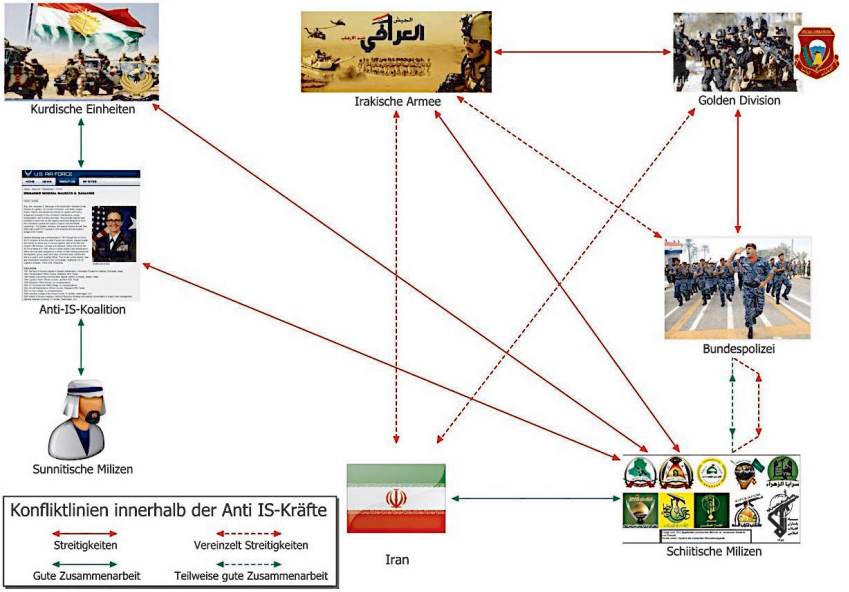
https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Entsprechend wurde die Situation für die irakische Zentralregierung immer prekärer und sie musste handeln. Spätestens jetzt scheiterten die Nationenbildungsbemühungen des Irak sowohl aus kurdischer als auch aus sunnitisch-arabischer Sicht. Daran änderte sich nichts, als Nuri al-Maliki im August 2014 zurücktrat und Haidar al-Abadi Premierminister wurde (Kurdistani Nwe, 21.08.2014, 6462, 1). Es kam schlimmer für die irakische Verwaltung, da unter anderem die kurdischen Fraktionen und Peschmerga-Truppen in der ARK im Kampf gegen den IS zu zuverlässigen Verbündeten der internationalen Anti-IS-Koalition wurden. So bekamen sie nicht nur moderne Waffen, sondern auch erhebliche finanzielle Mittel und konnten die Stadt Kirkuk sowie andere von den Kurden beanspruchte ‹umstrittene Gebiete› unter ihre Kontrolle bringen. Damit stand aus Sicht von Masud Barzani der Arbeit für einen unabhängigen Kurdenstaat im Nordirak nichts mehr im Wege. Zudem verkomplizierte die Fatwa von al-Sistani vom Juni 2014, worin er zum Dschihad gegen den IS aufrief, die Lage im Irak zusätzlich. Denn nach dieser religiösen Rechtsprechung kam es zur Gründung von Dutzenden schiitischen Milizen, den sogenannten Hashd al-Sha'bi (‹Volksmobilisierungen›), die teilweise Iran sehr nahestehen und ihre Befehle direkt aus Teheran erhalten.

Nicht nur die schiitischen Milizen, sondern auch die Verstärkung der sunnitischen Stammeskämpfer, der Ausbau der Kapazitäten der Anti-Terror-Einheiten (‹Golden Division›), der Bundespolizei und der lokalen Polizei sowie der kurdischen Peschmerga-Einheiten gegen den IS führten zu einer Militarisierung des Irak, die auch nach dem territorialen Ende der IS-Herrschaft im Jahr 2017 kaum Raum für Entspannung liess.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Abbildung 9: Die Konfliktlinien innerhalb der Anti-IS-Kräfte im Irak



Quelle: eigene Darstellung

4.7 Die Eskalation zwischen Erbil und Bagdad ab 2017

Bereits während des Kampfes der Anti-IS-Kräfte um Mossul im Januar 2017 gab Masud Barzani in einem Interview mit der «Washington Post» bekannt, dass er immer davon geträumt habe, einen kurdischen Staat zu gründen (Xebat, 23.01.2017, 5197, 1). «Nachdem dieser Staat bekannt gegeben wird, werde ich keine politischen Posten mehr übernehmen», so Barzani weiter (ebd.). Damit stellte er klar, dass die Kurden nicht Teil des Irak bleiben sollten. Da Barzani im Laufe der Zeit der alleinige Entscheidungsträger in der ARK wurde und die Unabhängigkeit vom Irak bereits im Jahr 2004 der Wunsch der meisten Kurden im Irak war, traute sich kaum jemand in der ARK, Einwände zu erheben. Auch die Warnungen der internationalen, regionalen und lokalen Kräfte vor einem solchen Schritt konnten Barzani nicht davon abhalten, an einem Referendum über die Unabhängigkeit der ARK vom Irak zu arbeiten. Aus seiner Sicht war die Zeit reif, weil unter anderem die kurdischen Kräfte über die ‹umstrittenen

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Gebiete› herrschten und die gewünschte Grenze Kurdistans festlegen konnten. Weitere Faktoren, die Barzani womöglich dazu ermutigten, dem Staat Irak den Rücken zu kehren und ihn für nicht handlungsfähig zu erklären, waren der permanente Kampf der irakischen Kräfte gegen den sunnitischen Widerstand, mehrere Millionen Binnenflüchtlinge und Vertriebene, die enormen Kosten des Krieges, der Verfall des Ölpreises ab 2013, die zunehmenden Streitigkeiten zwischen Bagdad und Erbil und die grosse Anerkennung, die die kurdischen Peschmerga-Einheiten auf der internationalen Ebene im Kampf gegen den IS erfuhren.

Barzani selbst scheint bereits 2015 bei seinen Reisen in Deutschland, Frankreich, den USA und weiteren westlichen Staaten bemerkt zu haben, dass das Thema der Unabhängigkeit Kurdistans nicht mehr tabu war, nicht zuletzt weil die kurdischen Peschmerga-Truppen den IS tapfer und erfolgreich bekämpft hätten (Barzani 2020, 70 ff.). Dem irakischen Premierminister Haidar al-Abadi soll er im gleichen Jahr im Rahmen der Münchener Sicherheitskonferenz in Deutschland mitgeteilt haben, er plane die Unabhängigkeit des irakischen Kurdistan und hoffe, dass sich Bagdad und Erbil friedlich voneinander trennen würden (ebd., 70). Weiter dürften seine guten Beziehungen zur Türkei und zu den sunnitischen Golfstaaten dazu beigetragen haben, dass er mit einem Referendum Fakten schaffen wollte. Die PUK wollte hingegen im Rahmen des Staates Irak eine Lösung für die bestehenden Unstimmigkeiten zwischen Bagdad und Erbil finden. Zudem intensivierte die Partei ihre Bemühungen zur Klärung der Probleme zwischen den kurdischen Parteien und Gruppierungen (Kurdistani Nwe, 01.02.2017, 7183). Die Spannungen zwischen der DPK und einigen Flügeln der PUK nahmen nicht ab, während die DPK eine weitere politische Krise in der ARK auslöste: Die Partei vertrieb Ende 2015 den kurdischen Parlamentspräsidenten der *Gorran*-Liste aus Erbil und sistierte die Arbeit des Parlaments. So gesehen waren eigentlich weder innenpolitisch noch aussenpolitisch günstige Rahmenbedingungen für die Gründung eines Staates im Norden des Irak gegeben.

Doch die Eskalation der Spannungen zwischen Bagdad und Erbil nach dem Entscheid des irakischen Parlaments, dass nur die irakische und keine kurdische Flagge in Kirkuk gehisst werden dürfe, empörte einige kurdische Fraktionen zusätzlich und führte dazu, dass die Stimmen gegen die irakische Regierung auch bei den dem Irak nahestehenden Fraktionen laut wurden. So nahm die PUK diese Entscheidung zum Anlass dafür, in einer Sitzung des Politbüros der Partei zu beschliessen, dass ernsthafte Schritte für das Referendum und die Unabhängigkeit Kurdistans in die We-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ge geleitet werden sollten (Kurdistani Nwe, 02.04.2017, 7230, 1). Schliesslich riefen die DPK und die PUK im April 2017 alle kurdischen Gruppierungen auf, das bevorstehende Referendum zu unterstützen. Die Unabhängigkeit Kurdistans, so die Argumentation der beiden Parteien, könne auch zur Beseitigung der innerkurdischen Probleme führen (Xebat, 04.04.2017, 5243). Dieses Vorgehen wurde jedoch seitens der *Gorran*-Bewegung harsch kritisiert, weil es aus ihrer Sicht nicht demokratisch war, da in der ARK das Parlament ausgesetzt worden war (Awene, 18.04.2017, 573, 1). Interessant ist, dass sowohl der Beschluss, die irakische Neuordnung zu unterstützen, als auch jener, sich vom Irak zu trennen, tatsächlich ausschliesslich in der Verantwortung der DPK und der PUK lag; die Idee der Sezession vom Irak kam jedoch mehrheitlich von Masud Barzani und der DPK. Das kurdische Parlament als Vertreter der kurdischen Bevölkerung hatte bei den beiden Beschlussfassungen nichts zu sagen – keine der beiden Entscheidungen wurde demokratisch getroffen. Dass die kurdische Zivilbevölkerung nicht Teil des Irak sein wollte, hatte sie bereits 2004 und 2005 zum Ausdruck gebracht – jedoch nicht, weil sie von der kurdischen Verwaltung begeistert gewesen wäre, sondern weil sie mittlerweile über neun Dekaden hinweg von der Zentralregierung in Bagdad enttäuscht war.

Auch die Warnung aus Washington vor den möglichen Folgen des Referendums brachte Barzani nicht dazu, von der Idee abzurücken. So machte der amerikanische Botschafter im Irak, Douglas Silliman, darauf aufmerksam, dass es für die Kurden im Irak drei Möglichkeiten gebe: Die erste und beste Möglichkeit sei, das Referendum zu verschieben; die zweite Möglichkeit sei, es ohne Kirkuk abzuhalten. Werde aber der dritte Weg gewählt und das Referendum auch in Kirkuk abgehalten, dann werde es zu einem grossen Krieg kommen (Awene, 12.09.2017, 592, 1). Masud Barzani war jedoch entschlossen, die Kurden über ihr Schicksal in allen von den Kurden kontrollierten Gebieten abstimmen zu lassen, weil seiner Meinung nach «die Unabhängigkeit das einzige Mittel gegen den kurdischen Schmerz wäre» (Xebat, 01.08.2017, 5320, 1). Weiter wollte er mit dem Referendum der Welt sagen, dass die Kurden die Unabhängigkeit wollten (Xebat, 21.09.2017, 5353, 1). Entsprechend kam es am 25. September 2017 zur Abstimmung über eine mögliche Unabhängigkeit der kurdischen Gebiete vom Irak, die wenig überraschend von über 92 Prozent der Stimmberechtigten angenommen wurde. Die irakische Zentralregierung wies das Referendum umgehend zurück und drohte mit Konsequenzen, sollten die kurdischen Behörden das Ergebnis des Referendums nicht ablehnen. Das irakische Parlament und die Zentralregierung entschieden ohne die Kur-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

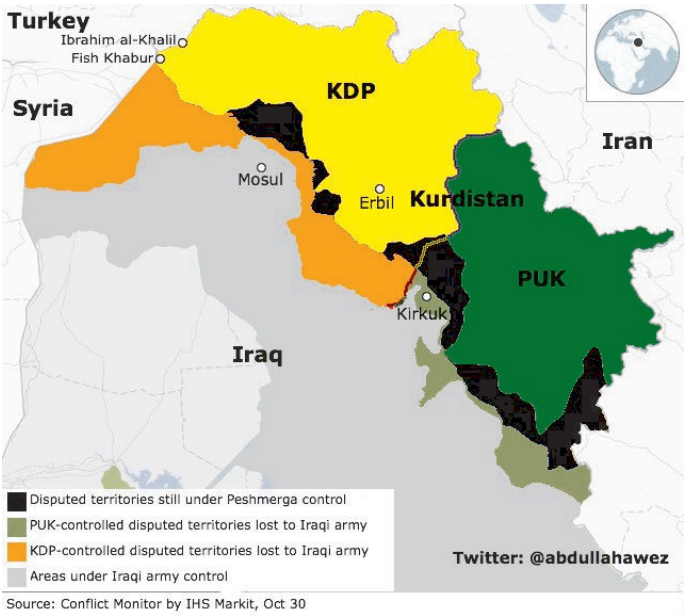
den und mit Beteiligung der sunnitischen und schiitischen Fraktionen, dass die ARK die Kontrolle über ihre Grenzen und Flughäfen an Bagdad abzugeben habe. Nachdem Erbil die Drohungen aus Bagdad ablehnte, kam es zur Schliessung des Luftraums über der ARK.

Die weiteren Eskalationen der Lage führten schliesslich zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den kurdischen Peschmerga-Kämpfern einerseits und den Pro-Bagdad-Kräften (irakische Armee, Bundespolizei, Anti-Terror-Einheiten, schiitische Milizen, iranische und türkische Militärs) andererseits. Dabei verloren die kurdischen Truppen innert kürzester Zeit Kirkuk und andere von den Kurden beanspruchte ‹umstrittene Gebiete›. Die irakische Kontrolle über Kirkuk am 16. Oktober 2017 kam allerdings deshalb so schnell zustande, weil ein Teil der PUK-Peschmerga mit Bagdad kooperierte und nicht kämpfen wollte. Barzani bezeichnete bei seiner Rücktrittserklärung als Präsident der ARK diese Gruppe[50] als Verräter des Vaterlandes. Weiter gab er bekannt, dass niemand das Referendum und die Stimmen von über drei Millionen Menschen rückgängig machen könne (Xebat, 30.10.2017, 5380, 3). Somit standen die kurdischen Einheiten mehr oder minder dort, wo sie bereits 1992 gestanden hatten. Zum Verhängnis wurde den Kurden, dass sie keine einheitlichen Streitkräfte hatten, sondern Peschmerga-Einheiten, die jeweils von der DPK und der PUK kontrolliert wurden. Des Weiteren verstiessen die kurdischen Fraktionen gegen die irakische Verfassung, indem sie ein Referendum über die Unabhängigkeit vom Irak abhielten. Ihrerseits verletzte die irakische Regierung wiederum die Verfassung, indem sie die Armee gegen die Kurden einsetzte, obwohl Artikel 9 Buchstabe A dies untersagt.

50 Eine Gruppe um den Sohn (Bafel Talabani) und den Neffen (Lahur Scheich Jangi) des bereits verstorbenen Präsidenten der PUK, Jalal Talabani, war vermehrt gegen den Machtzuwachs der Barzani-Familie und wollte ihn stoppen. Aus diesem Grund arbeitete sie mit der irakischen Regierung zusammen und sorgte dafür, dass die Barzani-Familie und die DPK eine herbe Niederlage erlitten. Das führte allerdings dazu, dass die Spannungen in der ARK markant zunahmen.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Abbildung 10: Von Pro-Bagdad-Kräften eroberte Gebiete im Oktober 2017



Quelle: Hawez (2017)

Mit Blick auf die irakische Offensive gegen die kurdischen Peschmerga und die Folgen des Referendums meint Divisionär Sidiq:

> «Ich persönlich bin der Ansicht, dass es gemäss allen menschlichen und himmlischen Normen unser Recht ist, ein Referendum darüber abzuhalten, was wir wollen und wie wir leben wollen. Das Referendum wurde [von Bagdad] nur als Vorwand benutzt, um kurdische Gebiete zu erobern. Auch ohne das Referendum hätten sie [die Iraker] uns angegriffen, um unsere Gebiete, die wir im Kampf gegen Daesh befreit und verteidigt haben, zu erobern» (siehe Anhang 11).

Seine Ansichten über das Referendum formuliert Dr. Mahmud Othman wie folgt:

> «Ich habe meine Meinung bereits in den Medien kundgetan: Ich war dafür, dass das Referendum verschoben wird, weil die ganze Welt dagegen war. Du machst das Referendum, damit du die Unabhängigkeit erklärst, aber wenn die Unabhängigkeit verboten ist, wieso machst du es

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

dann? Das Referendum wurde gemacht, weil die Parteien so entschieden haben. Iran, dem Irak und der Türkei war es aber recht, dass wir das Referendum machen, damit sie uns angreifen und Kirkuk und andere Gebiete erobern. Die Parteien konnten das Referendum in den kurdischen Gebieten ausserhalb der kurdischen Kontrolle abhalten, weil das gemäss Artikel 140 verfassungskonform wäre. Trotz alledem habe ich mit Ja abgestimmt und Werbung für das Referendum gemacht, weil es um die Kurdenfrage geht» (siehe Anhang 4).

Stran Abdullah seinerseits schätzt die Lage folgendermassen ein:

«Immer wenn ich mit meinen schiitischen Kollegen spreche, sage ich ihnen, dass ein Schiit atheistisch, säkular usw. sein kann, aber du wirst nie einen Schiiten finden, der Ali nicht mag. Das gleiche Prinzip gilt auch für die Kurden: Du wirst nie einen Kurden finden, der sagen wird, dass er die Unabhängigkeit Kurdistans nicht will. Innenpolitisch waren wir jedoch in Kurdistan nicht gut auf das Referendum vorbereitet, weil die politische Macht monopolisiert ist, die Kurden sich nicht einig waren und es sehr viele wirtschaftliche und soziale Probleme gab. Das politische Umfeld und die Vorbereitung der Bevölkerung auf das Referendum waren nicht gut. Man wollte das Referendum als die Errungenschaft einer einzigen Person, nämlich Masud Barzanis, verkaufen» (siehe Anhang 7).

Karwany ist ähnlicher Meinung wie Abdullah, allerdings seien die DPK und die PUK unzureichend vorbereitet gewesen:

«Das Referendum wurde mit einem Jahr Verspätung abgehalten. Wenn es früher abgehalten worden wäre, hätte es viel mehr Chancen gehabt, erfolgreich zu sein. Das Referendum war gut, aber es gab zwei Dinge, die als Vorbereitung hätten gemacht werden müssen. Die strategische Hauptschwäche des Referendums war, dass es keinen innerkurdischen Konsens darüber gab. Kurdistan befand sich in einer turbulenten Zeit, es gab keinen Konsens und einige kurdische Kräfte waren gegen das Referendum. Und diejenigen, die dafür waren, waren nicht mit ganzem Herzen dabei, wie die PUK. Das hat später zur Katastrophe vom 16. Oktober 2017 geführt. Wenn es einen innerkurdischen Konsens über das Referendum gegeben hätte, wäre es erfolgreich verlaufen und hätte – wenn auch nicht sofort – zu einem späteren Zeitpunkt zu einem unabhängigen Staat und zur Lösung der geografischen Grenzen geführt. Aber das Referendum wurde von der Welt aufgrund des innerkurdischen Kon-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

fliktes nicht wie die Frage einer Nation, sondern wie das Anliegen einiger Parteien betrachtet. Trotz alledem hat das Referendum die Grenzen Kurdistans definiert und der Weltgemeinschaft gezeigt, dass die Kurden Alternativen haben, sollte ihre Frage langfristig nicht gelöst werden» (siehe Anhang 9).

Damit meint Karwany wohl, dass die Kurden zukünftig im Falle einer erneuten Eskalation der Spannungen mit Bagdad anhand des Abstimmungsresultates die Unabhängigkeit erklären würden. Wenig überraschend führte das Referendum zu einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen zwischen Erbil und Bagdad und stellte das Prinzip des Konsenses im Irak grundlegend infrage. Denn es wurden im September und Oktober 2017 seitens des irakischen Parlaments innert kurzer Zeit mehrere Entscheide gegen die ARK getroffen, ohne dass die Kurden bei der Entscheidungsfindung anwesend gewesen wären. Zu einer Normalisierung der Lage kam es dann erst, nachdem es verschiedene Sitzungen zwischen Vertretern der beiden Lager gegeben hatte und die Beschlussfassungen gegen die ARK aufgehoben worden waren. Weil auch bei den Wahlen vom Mai 2018 die Liste der ‹Allianz für Reformen› von Muqtada al-Sadr, der Barzani nahesteht, mit 54 Sitzen die stärkste Kraft wurde, verbesserten sich die Beziehungen der DPK zu Bagdad. Die DPK ihrerseits erreichte 26 Sitze, während die PUK 18, die ‹Rechtsstaatskoalition› 25, die Fatah-Koalition der proiranischen schiitischen Milizen 47 und die ‹Sieg-Allianz› von Haidar al-Abadi 42 Sitze erhielten. Andere kurdische Gruppierungen bekamen 13 Sitze (*Gorran* 5, ‹Neue Generationsbewegung› 4, IGK 2 und IUK 2).

Was die Politik der DPK und der PUK im Irak anbelangt, so verabschiedeten sie sich von ihren bisher bestehenden Übereinkünften und traten bei der Wahl des Präsidenten des Irak zum ersten Mal gegeneinander an. Der Kandidat der PUK, Barham Saleh, gewann die Wahl und wurde mit 219 Stimmen der 272 anwesenden Parlamentsmitglieder der neue Präsident des Irak (Kurdistani Nwe, 03.10.2018, 7679, 1–2). Als Premierminister bestätigte das Parlament allerdings mit Adel Abdul-Mahdi einen Freund von Masud Barzani. Entsprechend gab die DPK schnell bekannt, seine Regierung zu unterstützen (Xebat, 25.10.2018, 5619, 1). Der neue Start der kurdischen Fraktionen im Irak nach dem Referendum war jedoch schwierig geworden, weil sie nicht mehr einheitlich auftraten und in hohem Masse zerstritten waren. Das dürfte auch ihre Position gegenüber Bagdad geschwächt haben. Da allerdings auch die schiitischen und die sunnitischen Gruppierungen unterschiedliche politische Gesinnungen hatten und oft

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

keinen gemeinsamen Nenner fanden, blieb der Konsens für sie alle die einzige Möglichkeit, damit der Irak überdauern konnte. Das führte unter anderem dazu, dass der politische Prozess trotz Hindernissen aufrechterhalten wurde und der Irak zwischen 2003 und 2018 fünf Premierminister hervorbrachte. Eine Art ‹Demokratie der Zerstrittenheit› oder ‹defekte Demokratie›[51] war im Irak entstanden, was eine gewisse Stabilität und grösstenteils freie Wahlen ermöglichte.

51 Defekte Demokratien können als Herrschaftssysteme charakterisiert werden, die sich durch das Vorhandensein regelmässiger, hinreichend allgemeiner, freier und fairer sowie effektiver Wahlen auszeichnen, aber durch signifikante Beeinträchtigungen weiterer Prinzipien der liberalen Demokratie jene komplementären Stützen verlieren, die in einer liberalen Demokratie für die Sicherung von bürgerlicher Freiheit, politischer Gleichheit und rechtsstaatlicher Kontrolle politischen Handelns notwendig sind (Croissant 2002, 32). Intakte Demokratie meint hingegen eine stabile, nicht defekte Demokratie mit allgemeinem Wahlrecht, offenem Wettbewerb und intaktem Rechtsstaat (Schmidt 2012, 2).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

5 Die kurdische Selbstverwaltung zwischen 2003 und 2018

Mit der Beseitigung des Regimes von Saddam Hussein im Jahr 2003 begann für die Kurden im Irak und in der ARK eine neue politische Phase, standen sie doch nun nicht mehr unter dem internationalen Embargo und konnten an der Regierungsbildung im Irak mitwirken. Insbesondere die amerikanische Unterstützung führte zu signifikanten Änderungen in der ARK; allein im Sommer 2003 wurden mehr als 1,4 Milliarden US-Dollar nach Erbil geschickt. Da sowohl die DPK als auch die PUK eine eigene Verwaltung etabliert hatten, wurde der Betrag aufgeteilt: Die PUK-Regierung in Sulaimaniya unter der Führung von Barham Saleh bekam 600 Millionen und die DPK-Regierung in Erbil unter der Regentschaft von Nechirvan Barzani 800 Millionen US-Dollar (Ala'Aldeen 2013, 95). Die Teilung des irakischen Kurdistan in zwei Einflusszonen, die offiziell im Jahr 1996 begonnen hatte, dauerte bis zum Jahr 2006 an. In Erbil bildete die DPK in dieser Zeit zwei Regierungen. Dabei konnte Nechirvan Barzani vom Dezember 1999 bis zum Juni 2005 als Regierungschef agieren. Die PUK stellte aufgrund der verschiedenen Flügel in der Partei vier Kabinette auf: Von Oktober 1996 bis Januar 2001 standen zwei Kabinette unter der Führung von Kosrat Rasul Ali, die Regierung von Barham Saleh dauerte von Januar 2001 bis Juli 2004 an, und von Juli 2004 bis Juni 2005 wurde Omar Fattah Hussein Premierminister (ebd., 92 ff.). Dadurch gelang es der PUK nicht, eine nachhaltige Strategie für ihr Einflussgebiet zu entwickeln. Stattdessen war die DPK, die sehr zentralistisch organisiert ist und von der Barzani-Familie kontrolliert wird, in der Lage, in ihrem territorialen Kontrollbereich sowohl wirtschaftlich als auch politisch eine gewisse Stabilität zu gewährleisten.

Zu erwähnen ist zudem, dass die DPK über die meisten Ressourcen in der ARK verfügte, weil sie den irakisch-türkischen Grenzübergang Ibrahim-Khalil kontrollierte und somit beträchtliche Zolleinnahmen generieren konnte. Unter anderem aufgrund von Spannungen mit der PKK baute die DPK gute Beziehungen zur Türkei als direktem Nachbarstaat auf der anderen Seite der Grenze auf. So konnte die gelbe Zone sich besser als die grüne Zone entwickeln und mehr in die Infrastruktur des Landes investieren. Die Verfügungsmacht über Erbil als Hauptstadt der ARK verlieh der DPK zudem eine grössere regionale und internationale Anerkennung – dies alles jedoch auf Kosten der freien Meinungsäusserung und der politischen

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Rechte. So entstand in Erbil eine Medienlandschaft, die weitgehend unter der Kontrolle der DPK war. In Sulaimaniya war hingegen die Ausbreitung verschiedenster Medienorgane zu beobachten, die der PUK gegenüber kritisch eingestellt waren. Das dürfte unter anderem damit zusammenhängen, dass die Stadt Sulaimaniya bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Heimatstadt des kurdischen Journalismus und der kurdischen Literaturvielfalt gewesen war.

Die neuen Gegebenheiten im Irak und das ‹Washingtoner Abkommen› von 1998 führten schliesslich dazu, dass die DPK und die PUK sich vermehrt einander annäherten und Ende 2004 eine neue Übereinkunft trafen. Damit begann eine neue politische Epoche in der ARK, die mehr Sicherheit und Stabilität mit sich bringen und die jahrelange Feindschaft zwischen der DPK und der PUK beenden sollte. Doch bevor es so weit war, kam es zu neuen Streitigkeiten zwischen der DPK und der PUK über das zukünftige politische System der ARK. Während die PUK ein parlamentarisches System präferierte, pochte die DPK darauf, dass das System präsidentiell sein und der Präsident direkt vom Volk gewählt werden sollte. Ferner wünschte die PUK, dass das Oberhaupt der ARK in allen wesentlichen Belangen einen Vizepräsidenten haben sollte; die DPK bestand hingegen darauf, dass es nur einen Vizepräsidenten geben solle. Diese und weitere Meinungsunterschiede konnten zugunsten der DPK beseitigt werden, weil insbesondere Jalal Talabani, der bereits seit April 2005 den Posten des irakischen Präsidenten bekleidete, sich gegen seine Rivalen innerhalb der PUK behauptete. Die DPK versprach ihrerseits, sie werde alles daransetzen, dass er auch nach den Parlamentswahlen im Irak Ende 2005 Präsident bleibe – Talabani befürchtete, nicht wiedergewählt zu werden (Hawlati, 25.05.2005, 225, 1 und 5).

Der Neustart in der ARK wurde so mehrheitlich von der DPK und einem Teil der PUK um Jalal Talabani getragen. Dass dieses politische Arrangement, das inoffiziell nicht einmal die Mehrheit des Politbüros und der Mitglieder der PUK hinter sich hatte, keine langfristige Perspektive haben würde, zeigten die Entwicklungen und Spannungen in der ARK schon ab dem Jahr 2005. Eine Einigkeit der beiden Parteien war jedoch notwendig, damit sich die kurdischen Fraktionen im neuen Irak günstig positionieren und die Wahlen in der ARK durchgeführt werden konnten. Die Peschmerga-Einheiten, die Sicherheitskräfte, die lokale Polizei und die vielen Kontrollposten in der ARK stehen unter der Kontrolle der DPK oder der PUK – ohne diese beiden Parteien, die noch heute in ihren Einflussgebieten nahezu alles kontrollieren, geht im irakischen Kurdistan

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nichts voran. Die Einigkeit war daher für die ARK ein zweckmässiger und notwendiger Schritt, um Fortschritt, Prosperität und politische Stabilität gewährleisten zu können. Zudem brachte die Annäherung der DPK und der PUK mehr Sicherheit für die kurdische Zivilbevölkerung mit sich und konnte deren ständige Angst vor erneuten militärischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien beruhigen. Zu einer vollständigen Beseitigung des Misstrauens innerhalb der verschiedenen kurdischen Fraktionen führte der neue politische Prozess allerdings nicht. Dr. Mahmud Othman, der sich seit mehreren Dekaden für die Kurdenfrage im Irak einsetzt, beurteilt die Entwicklungen in der ARK zwischen 2003 und 2018 folgendermassen:

> «Die ARK hat eine historische Gelegenheit erhalten, weil sie unter Saddam zerstört wurde. […] Für die ARK war der Sturz von Saddam ein grosser Gewinn. […] Das Problem von uns ist, dass die zwei Parteien, die seit 2003 an der Macht sind, zerstritten sind. Sie sind noch heute zerstritten. Entsprechend gab es keine gemeinsame kurdische Front, die dafür sorgt, dass die ARK einheitlich regiert wird. Es gab zwei Zonen: Auf der einen Seite war die PUK an der Macht und auf der anderen Seite die DPK. Es gibt diese zwei Zonen noch heute. Da diese zwei Parteien, die an der Macht waren, verfeindet waren, konnte man diese Gelegenheit nicht gut für die ARK nutzen. Es kam sogar zu weiteren Problemen zwischen diesen Parteien. Trotz alledem war die Entwicklung nicht schlecht: Es gibt eine Regierung, ein Parlament wurde gewählt. Es hat sich langsam ein System gebildet, das in manchen Bereichen einige Dinge bewirkt hat, auch wenn es mangelhaft ist. Aber wenn es einheitlicher wäre, wäre mehr möglich gewesen. Anstatt dass eine Partei sich an die Türkei wendet, eine andere an Iran und eine dritte an ein anderes Land, sollte dies die Vertretung der Regierung und des Parlaments tun. Wenn alle wichtigen Parteien an den Entscheidungen beteiligt wären, könnte die ARK viel mehr Fortschritte erzielen. Bei uns ist eine eng konzipierte Parteipolitik vor die Kurdenpolitik getreten» (siehe Anhang 4).

5.1 Das Abkommen zwischen Masud Barzani und Jalal Talabani von 2004

Am 1. Dezember 2004 traten Talabani und Barzani vor die Medien und erklärten, dass sie aus Liebe zur kurdischen Bevölkerung eine historische Vereinbarung über die Verteilung der Posten im Irak und in der ARK getroffen hätten. Der Inhalt dieses Abkommens blieb jedoch laut Angaben

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

von N. M. Amin, dem Vizechef der PUK, für die PUK-Funktionäre lange geheim, und er selbst wusste über den genauen Inhalt der Abmachung nichts (Amin 2013c, 2–3). So versuchten einige Mitglieder des Politbüros der PUK, Talabani davon zu überzeugen, nicht wegen eines wichtigen Postens im neuen Irak zu viele Konzessionen an die DPK zu machen (ebd., 3 ff.). Talabani selbst behauptete, die Einheit der Kurden sei für ihn wichtig, nicht die politischen Posten in Bagdad (Rashid 2017a, 367–68). Die Medien der beiden Parteien meldeten schliesslich am 2. Dezember 2004, dass die DPK und die PUK eine historische politische Übereinkunft getroffen hätten (Kurdistani Nwe, 02.12.2004, 3536, 1–2; Xebat, 02.12.2004, 1637, 1–2). Darin wurde unter anderem vereinbart, dass die DPK und die PUK mit einer gemeinsamen Liste bei den Wahlen im Irak und in der ARK antreten würden. Masud Barzani würde Präsident der ARK und Jalal Talabani entweder Präsident oder Regierungschef des Irak; der Posten des Parlamentspräsidenten der ARK würde an die PUK und derjenige des Premierministers an die DPK gehen. Des Weiteren wurde beschlossen, die auf 111 aufgestockten Sitze des Parlaments der ARK wie folgt zu verteilen: Die DPK und die PUK sollten je 41 Sitze, die Minderheiten in der ARK zehn und die anderen Parteien die restlichen Sitze erhalten (Hawlati, 01.12.2004, 201, 1). Es wurde ferner festgelegt, dass auch andere kurdische Parteien für die Liste der DPK und der PUK gewonnen werden sollten (ebd.).

Auf der Basis dieses Abkommens kam es am 30. Januar 2005 neben den Wahlen im gesamten Irak zum Urnengang in den drei Provinzen der ARK: Erbil, Sulaimaniya und Dohuk. Kurdische Wahlberechtigte in den Provinzen Kirkuk, Mossul und Diyala hatten kein Anrecht darauf, an den Parlamentswahlen in der ARK teilzunehmen, weil ihr Status noch nicht geklärt war. Gleichzeitig wurden die Provinzräte gewählt. Die Wahlen in der ARK, die in Form einer Proporzwahl durchgeführt wurden, konnte die Liste des ‹Patriotischen Demokratischen Kurdistan›, die unter anderem aus der DPK, der PUK, der IUK, den assyrischen und turkmenischen Minderheiten, der Sozialistischen Partei Kurdistan (SPK) und der KPK bestand, klar für sich entscheiden. Diese Liste kam auf 104 Sitze, die IGK als grösste Oppositionskraft auf sechs und die Liste ‹Unabhängige und Proletariat› auf einen Sitz (Mezhwy Halbzhardny Khwly Dwham 2005). Bei den Kommunalwahlen konnte die DPK die Provinzen Erbil und Dohuk gewinnen, während die PUK in Sulaimaniya und gemeinsam mit der DPK und anderen Parteien in Kirkuk die meisten Stimmen erhielt (Kurdistani Nwe, 14.02.2005, 3596, 1–2). Die UNO meldete allerdings in einem Bericht über die Parlamentswahlen im Irak, dass in den drei Provinzen der ARK

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sowie in den Provinzen Mossul und Babel am meisten gefälscht worden sei. Sie setzte sogar diese fünf Provinzen auf eine schwarze Liste, um so bei den nächsten Wahlen mehr unabhängige Beobachter dorthin schicken zu können (Hawlati, 03.08.2005, 235, 1).

Die DPK und die PUK errangen damit die totale Kontrolle über die ARK; Erstere konnte 40, Letztere 38 Sitze des Parlaments für sich beanspruchen (Ala'Aldeen 2013, 104). Zwar wären sie auch ohne Wahlen die stärksten politischen Kräfte, weil sie die militärischen Ressourcen der ARK stellen und die kurdische Region keine eigene Armee hat. Doch das Abkommen zwischen den beiden Parteien hatte zur Folge, dass die Legitimität der Herrschaftsfamilien von Barzani und Talabani gesichert werden konnte. Ferner führte die Einigung dazu, dass die DPK sowohl den Posten des Präsidenten als auch jenen des Regierungschefs der ARK ins Auge fasste. Zudem forderte die DPK für den Fall einer möglichen gemeinsamen kurdischen Regierung die Posten der Ministerien für Finanzfragen und Peschmerga-Angelegenheiten. Vehement gegen diese Bedingungen waren seitens der PUK unter anderem N. M. Amin und seine Gefolgsleute; Amin sah sie als unannehmbar an (Amin 2013c, 9 ff.). Bei zahlreichen Sitzungen, auf denen DPK und PUK die zukünftige Gestaltung der ARK und der Beziehungen der beiden Parteien besprachen, stellte Amin sich ständig gegen die vielen Zugeständnisse der PUK (ebd.). Doch Talabani hörte nicht auf seine Gegner innerhalb der PUK, weil er nach mehreren Dekaden des Konfliktes mit der Barzani-Familie endlich Frieden haben wollte und zudem beabsichtigte, Präsident des Irak zu werden; an der ARK hatte er entsprechend wenig Interesse. Zudem war er im Jahr 2005 über 72 Jahre alt. Amin war von ihm enttäuscht, weil Talabani aus seiner Sicht die PUK gravierend schwächte und die ARK der DPK überliess (ebd., 49 ff.).

Die Streitigkeiten innerhalb der PUK über die Neugestaltung der ARK und die Verteilung der Posten führten dazu, dass das neu gewählte Parlament seine Arbeit nicht aufnehmen konnte. Auch eine Übereinkunft zwischen Talabani und Barzani vom Februar 2005, die den Rahmen der künftigen Ordnung in der ARK und die Verteilung der wichtigsten Ämter festlegte, konnte den politischen Prozess nicht beschleunigen (Hawlati, 09.02.2005, 211, 1; Kurdistani Nwe, 04.02.2005, 3588, 1). Weitere Sitzungen und Briefwechsel zwischen Talabani und Barzani hatten schliesslich zur Folge, dass Talabani den Präsidentenposten des Irak und Barzani jenen der ARK bekam. Es wurde auch entschieden, dass der Regierungschef aus den Reihen der DPK kommen solle. So gewann die DPK aus der Sicht von N. M. Amin den politischen Machtkampf gegen die PUK dank Jalal Talaba-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ni, weil dieser allzu fahrlässig alle Bedingungen der DPK akzeptierte (Amin 2013c, 49 ff.). Am 4. Juni 2005 wurde unter Beteiligung des irakischen Präsidenten, Jalal Talabani, und des Präsidenten der DPK, Masud Barzani, die erste Versammlung des kurdischen Parlaments durchgeführt und Adnan Mufti von der PUK zum Parlamentspräsidenten ernannt (Kurdistani Nwe, 05.06.2005, 3689, 1).

Am 12. Juni 2005 wählte das kurdische Parlament Masud Barzani einstimmig zum Präsidenten der ARK (Kurdistani Nwe, 13.06.2005, 3696, 1). An Barzanis Vereidigung am 14. Juni 2005 nahmen, neben Talabani und weiteren Vertretern der irakischen Parteien, zahlreiche Repräsentanten der regionalen, aber auch anderer Staaten teil (Kurdistani Nwe, 15.06.2005, 3698, 1; Xebat, 15.06.2005, 1743, 1). N. M. Amin blieb der Amtseinführung von Barzani hingegen fern, weil er das Gesetz über die Präsidentschaft der ARK harsch kritisierte (Amin 2013c, 50 ff.). Dieses war tatsächlich mangelhaft und gab dem Oberhaupt der ARK weitreichende Kompetenzen. So sieht Artikel 1 vor, dass der Präsident der ARK auch der Präsident der Verwaltungsführung der ARK ist (Yasay Sarokayety Haremy Kurdistan 2005). Artikel 2 gibt dem Präsidenten die Befugnis, sowohl in inneren als auch in auswärtigen Angelegenheiten im Namen der ARK zu handeln. Zudem arbeitet er gemäss Gesetz mit den Behörden der ARK und der föderalen Regierung zusammen. Des Weiteren sehen Artikel 10 mit insgesamt 18 Absätzen und Artikel 13 umfangreiche Machtbefugnisse für den Präsidenten der ARK vor. So ist er der Oberbefehlshaber der kurdischen Peschmerga-Einheiten; er kann die Gesetze des Parlaments revidieren oder ablehnen, Amnestien aussprechen und den Ausnahmezustand erklären; er kann zulassen, dass die Kräfte der irakischen Regierung in die ARK gesandt werden; er ist zuständig für die Ernennung der Richter und der Staatsanwaltschaft und kann militärische Ränge verleihen. Zudem bekam der Präsident im Juli 2005 eine Kanzlei, die ebenfalls ein bedeutender Machtfaktor ist, weil der Präsident der Kanzlei unter anderem an den Sitzungen der kurdischen Regierung teilnehmen darf (Yasay Diwany Sarokayety Haremy Kurdistan 2005).

So starteten die kurdischen Gruppierungen von vornherein mit einem Manko in eine neue Epoche, weil sie nicht alle wichtigen Akteure und Kräfte für ihren Verbund gewinnen konnten. Der Neubeginn war dennoch erforderlich, um politisch voranzukommen und die Stabilität der ARK zu gewährleisten. Er führte auch dazu, dass sich die Menschen frei zwischen den verschiedenen Einflusszonen der DPK und der PUK in der ARK bewegen konnten, was zuvor nicht der Fall gewesen war. Eine grosse Schwäche

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der Übereinkunft zwischen der DPK und der PUK war allerdings, dass Jalal Talabani, der bei der Unterzeichnung des Bündnisses über 70 Jahre alt war, sie fast im Alleingang ermöglichte. Wäre er gestorben oder hätte er sich aus dem politischen Prozess zurückgezogen, wäre nicht nur die Beziehung zwischen der DPK und der PUK bedroht gewesen, sondern auch die Zukunft der ARK, falls die DPK keine Bereitschaft gezeigt hätte, die Macht neu zu verteilen. Der Schritt war aber unverzichtbar, um die kurdischen Gebiete im Irak tatsächlich und offiziell in eine einheitliche autonome Region umwandeln zu können. Ohne innere Einigkeit hätten die kurdischen Akteure ohnehin nicht von Bagdad verlangen können, dass die irakische Verwaltung und die Verfassung für die Bildung föderaler Strukturen auch in anderen Teilen des Irak sorgen sollten. Des Weiteren nahm der politische Prozess in der ARK ab 2005 Fahrt auf, als bekannt gegeben wurde, dass die Regierungen der DPK und der PUK sich vereinigen und neu im Namen des fünften Kabinetts der kurdischen Regierung agieren würden.

5.2 Eine neue Ära in der Autonomen Region Kurdistan im Jahr 2006

Nach mehreren Sitzungen einigten sich die DPK und die PUK im Oktober 2005 darauf, dass sich die zwei Verwaltungen in der ARK zusammenschliessen würden. Ein Streitpunkt blieb, wie lange die Amtsdauer des Regierungschefs und des Parlamentspräsidenten sein sollte (Hawlati, 05.10.2005, 244, 1). Die PUK bestand darauf, dass diese zwei Posten nach zwei Jahren rotieren sollten, um selbst auch den Posten des Premierministers übernehmen zu können. Eine definitive Vereinbarung über die Neugestaltung der ARK und eine Zusammenführung der DPK- und PUK-Regierungen fanden jedoch erst im Januar 2006 statt. Unter der Überschrift «Gratulation an das kurdische Volk zur Vereinigung der beiden Verwaltungen» verkündete «Xebat», es sei eine Übereinkunft zwischen der DPK und der PUK getroffen worden (Xebat, 08.01.2006, 2025, 1). In einer Rede erklärte Masud Barzani, dieses Abkommen sei ein Festgeschenk für die kurdische Bevölkerung und die Familien der stolzen Märtyrer (ebd., 1–2). Die Wortwahl ist bemerkenswert, weil sie nicht auf Reumütigkeit der Anführer der DPK und der PUK hindeutet, sondern darauf, dass die Chefs der beiden Parteien die eigenen Fehler als einen Sieg verkaufen wollten.

Um die Glaubwürdigkeit des fünften Kabinetts der ARK zu stärken und ein Aufkommen oppositioneller Gruppierungen zu vermeiden, bestanden die DPK und die PUK darauf, dass alle wesentlichen politischen Parteien

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

an der Regierungsbildung teilnahmen. Doch die kleineren Parteien, beispielsweise die IUK, lehnten mehrmals ab, mit nur einem Ministerium abgespeist zu werden (Hawlati, 01.02.2006, 259, 1). Zudem war die PUK nicht bereit, an der neuen Regierung teilzunehmen, bevor definitiv über die politischen Posten der PUK in Bagdad entschieden worden war (Hawlati, 19.04.2006, 270, 1). So zog sich die Regierungsbildung in die Länge, weil die DPK und die PUK ihre Streitigkeiten nicht aus Überzeugung und angesichts der dringenden Lage beseitigen wollten, sondern danach strebten, die Macht unter sich zu teilen und von den neuen Gegebenheiten im Irak zu profitieren. Nicht ein aufrichtiges Engagement in der Kurdenfrage, wie sie es gerne glauben machten, war das Motiv ihres Handelns, sondern die Aufteilung der politischen Posten – und damit verbunden der finanziellen Bereicherungsmöglichkeiten – unter sich: «Anstatt eine nationale Strategie für die Unabhängigkeit im Irak zu entwickeln, sind die Kurden nach 2003 den persönlichen, parteipolitischen und materiellen Interessen sowie den politischen Ämtern im Irak hinterhergelaufen. Damit meine ich namentlich die kurdische Elite und die kurdischen Herrscher», so beurteilt T. Karim die Politik der DPK und der PUK nach 2003 (siehe Anhang 14).

Am 7. Mai 2006 konnte schliesslich die neue gemeinsame Regierung bekannt gegeben und im Parlament vereidigt werden. Während die DPK und die PUK diesen Schritt als eine grosse Errungenschaft feierten, kritisierten viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier, darunter auch einige aus den Reihen der PUK, die Wahlprozedur im Parlament, weil sie nicht geheim war: «Wenn die Abstimmung im Parlament geheim gewesen wäre, hätte die Einheitsregierung nicht genügend Stimmen erhalten», so die Schlagzeile von «Hawlati» über die neue Verwaltung in der ARK (Hawlati, 10.05.2022, 273, 1). Aufschlussreich ist zudem, dass die Regierung unter der Führung von Nechirvan Barzani aus 41 Ministerinnen und Ministern bestand und zwei Ministerien für grösstenteils gleiche Angelegenheiten vorgesehen waren (vergleiche dazu das offizielle Amtsblatt der ARK, Waqai'y Kurdistan, vom 16.07.2006, 61, 15–16). Diese Postenverteilung war kaum tragfähig, weil die ARK eine Region mit nur etwa siebeneinhalb Millionen Einwohnern und mit einer Grösse von knapp über 46 800 Quadratkilometern ist. Aus Sicht der DPK und der PUK war sie aber notwendig, um alle bedeutenden Parteien an der Regierung zu beteiligen, ohne selbst auf eigene Ministerposten zu verzichten. Dass eine solche Verwaltungsführung ineffizient war und enorme Geldsummen verschlang, scheint die herrschenden Parteien in der ARK nicht interessiert zu haben. Jawher Namiq Salem, der frühere Generalsekretär der DPK und der erste Parlamentspräsident in

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der ARK, zweifelte entsprechend am Willen der DPK und der PUK, die Spaltung der ARK wirklich zu überwinden, und bezeichnete ihre Übereinkunft als «Ehe auf Zeit» (Hawlati, 12.04.2006, 269, 1).

Auch die Beschäftigungspolitik der DPK und der PUK führte von Beginn an dazu, dass die öffentliche Verwaltung anschwoll, sorgten doch nun die zwei Parteien dafür, dass in den meisten Ministerien und Verwaltungseinheiten jeweils ihre Gefolgsleute und Anhänger angestellt wurden. Darüber hinaus wurden Parteimitglieder wie Regierungsangestellte behandelt und erhielten entsprechende Löhne. Folglich waren jene Menschen in der ARK mit der anfänglichen Politik der beiden Parteien zufrieden, die davon profitierten. Es wurde allerdings auch einiges an guter Arbeit geleistet, wie der Bau von Strassen, Flughäfen, Universitäten, Schulen, Freiheitsräumen, Spitälern und öffentlichen Einrichtungen, die der zuvor durch Kriege zerstörten ARK ein neues Gesicht gaben. Die ARK erlebte eine Blütezeit, und die Sicherheit nahm dank der besseren Kooperation der beiden Parteien zu. «Im wirtschaftlichen Bereich hat Kurdistan Fortschritte erzielt. Das kann man anhand der Daten, die ich hier nicht zur Verfügung habe, feststellen. Wie viele Schulen und Krankenhäuser gab es 2003 und wie viele gibt es heute? Die Daten habe ich nicht bei mir, aber der Unterschied ist sehr gross. Schau, wie sich die Städte entwickelt haben, wie viele Universitäten und zivilgesellschaftliche Organisationen aufgebaut wurden», so Divisionär B. M. Sidiq zur Lage der ARK nach 2003 (siehe Anhang 11).

Des Weiteren erhielten auch die kleineren Parteien die Gelegenheit, ihren Gefolgsleuten öffentliche Gelder zuzuschanzen. Das alles war möglich, weil die ARK neben eigenen Einnahmen auch viele Gelder aus Bagdad und den USA erhielt. Karwany geht wie folgt auf diese Thematik ein: «Was dazukam, war der Umstand, dass Kurdistan nach 2003 einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebte. Es kamen sehr viele Ölgelder nach Kurdistan und dadurch stieg die Anzahl der Lohnbezieher der Regierung überproportional an. Die DPK und die PUK haben die öffentlichen Gelder dazu verwendet, Leute zu kaufen und den öffentlichen Sektor auf eine abnormale Art und Weise anschwellen zu lassen» (siehe Anhang 9). Das war, wie Karwany im Rahmen des Interviews beschrieb, ein grosses Problem, weil dadurch nicht nur die Wahrscheinlichkeit einer politischen, sondern auch einer wirtschaftlichen Krise zunahm. So mussten etwa ein Rückgang des Ölpreises oder Unstimmigkeiten mit Bagdad unabsehbare Auswirkungen auf die Stabilität der ARK zur Folge haben. Karwany bezeichnet die ARK entsprechend, wie im letzten Kapitel erwähnt wurde,

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

als einen «Wohnkomplex», der ohne Unterstützung der Aussenwelt nicht überleben könne (siehe Anhang 9).

Trotz all dieser Mängel markierte das Jahr 2006 eine politische Wende im irakischen Kurdistan, nicht nur, weil die kurdischen Fraktionen nun in Bagdad einheitlich auftraten, sondern auch, weil die Wahrscheinlichkeit erneuter Kampfhandlungen zwischen der DPK und der PUK markant sank und dadurch politische Stabilität entstand. Zudem ermöglichte die neue Epoche die Aufnahme der Arbeit durch ein stabiles Parlament und eine stabile Regierung. So konnte auch eine Entwicklungspolitik begonnen werden, wenngleich sie in erster Linie darauf abzielte, dass sich ein Teil der Zivilbevölkerung wohlfühlte, und nicht darauf, eine gemeinsame, gruppenübergreifende Identität zu schaffen. Eine weitere Schwäche der neuen Ära war, dass zwar alle bedeutenden kurdischen politischen Parteien an der Regierungsbildung teilnahmen, aber die grundlegenden Entscheidungen noch immer von der Führung der DPK und der PUK getroffen wurden. Insgesamt konnte die ARK so in einigen Belangen Fortschritte erzielen, weil ihr ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung standen, mangels der Souveränität ihrer politischen Institutionen gelang es aber nicht, eine langfristige Strategie zu entwickeln. Die eigentlichen Entscheidungsträger blieben Masud Barzani und Jalal Talabani – wobei Barzani als Präsident der ARK einen grösseren Einfluss auf die dortigen politischen Geschehnisse hatte.

Während die PUK aufgrund zunehmender Spannungen zwischen Jalal Talabani und N. M. Amin im Oktober 2006 alle Organe der Partei darüber abstimmen liess, wer die Partei zukünftig führen solle, kontrolliert die Barzani-Familie seit den 1960er Jahren die DPK und ist der alleinige Entscheidungsträger der Partei. Amin verlor die PUK-Wahlen gegen Talabani und entschied sich, zwar mit seinen Anhängern in der Partei zu bleiben, aber eine eigene Fernsehstation und eigene Medienorgane zu gründen (Hawlati, 01.11.2006, 298, 1). Anfang Dezember 2006 gab N. M. Amin dann bekannt, dass er sich als Vizechef der PUK zurückziehen und dem Aufbau eines neuen Medienunternehmens widmen werde (Hawlati, 06.12.2006, 303, 1). Nach ihm traten weitere hochrangige Mitglieder der PUK zurück und schlossen sich N. M. Amin an. Mitte Dezember 2006 hiess es, N. M. Amin wolle ein Medienunternehmen namens *Wusha* (‹Wort›) gründen, das alle Arten von Medien umfassen sollte. Zu diesem Zweck bezog er ein neues ‹Hauptquartier› auf einem grossen Hügel mit voller Infrastruktur inmitten der Stadt Sulaimaniya. Viele weitere Gebäude in der Stadt Sulaimaniya und ausreichende Mittel standen ihm ebenfalls zur Verfügung, um

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die Angestellten und das Unternehmen zu finanzieren (Hawlati, 13.12.2006, 304, 1). Woher er die finanziellen Mittel hatte, um eines der grössten Unternehmen in der ARK aufzubauen, ist sowohl eine Frage als auch eine Kritik an N. M. Amin gewesen. Ungeachtet dessen war dieser Schritt der Beginn der Abspaltung von N. M. Amin von der PUK und des späteren Aufstiegs der Opposition in der ARK.

Nicht nur N. M. Amin war mit den Entwicklungen in der ARK unzufrieden, sondern auch andere Parteien, die zwar an der Regierung beteiligt waren und Mitglieder im Parlament hatten, sich aber von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen fühlten. So verlangten Anfang 2007 die Parteichefs von IUK, IGK, SPK, KPK und ‹Proletariat› in einem Memorandum, das an das Präsidium der ARK gerichtet war, diese Parteien an der wirklichen politischen Entscheidungsfindung der ARK zu beteiligen. Zudem forderten sie die Gründung eines «nationalen politischen Rates», der die Kompetenz haben sollte, wichtige Beschlüsse zu fassen. Ihre Vorstellungen fanden nach einer Sitzung mit dem Präsidenten der ARK Gehör (Hawlati, 24.01.2007, 310, 1). Tatsächlich entschieden die Chefs der erwähnten Parteien gemeinsam mit der DPK, der PUK und den Minderheiten in der ARK, einen politischen Rat zu etablieren, der aus den Präsidenten dieser Parteien bestehen sollte. Dieser Entscheid wurde von Politbeobachtern und kleineren Parteien harsch kritisiert, weil sie dadurch die Rolle des Parlaments infrage gestellt sahen (Hawlati, 07.03.2007, 216, 1–2). Die Befürworter des Projektes argumentierten hingegen, es sei allen bekannt, dass in der ARK die bedeutsamen Entscheidungen von den Parteichefs und nicht von den politischen Institutionen getroffen würden (ebd.). Dieser Schritt aller Regierungsparteien zeigt, dass sie an der Fähigkeit der Volksvertretung und der eigenen Regierung zweifelten, die Entwicklungen in der ARK gemäss einer parlamentarischen Demokratie gestalten zu können.

Die Unzufriedenheit der Menschen und der Verwaltungsführung in der Provinz Sulaimaniya nahm allerdings zu, weil die Regierung in Erbil in ihren Augen ihre Region vernachlässigt hatte (Hawlati, 24.01.2007, 310, 1). So geriet das neue Zeitalter in der ARK insbesondere im regionalen Machtbereich der PUK unter Druck und offenbarte erste Schwächen. Auch der Parlamentspräsident A. Mufti kritisierte nicht nur die Regierung, weil sie die Probleme des Strom- und Brennstoffmangels nicht zu lösen vermochte, sondern auch Parlamentsmitglieder, die aus seiner Sicht ihre Aufgaben nicht gut erledigten (Kurdistani Nwe, 24.01.2007, 4176, 1). Da sie monatlich mehrere Tausend US-Dollar bezogen, sah die kurdische Zivilbevölkerung das Parlament als einen Ort der Bereicherung an. Zudem sorgten die stän-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

digen Diskussionen über die Machtlosigkeit des Parlaments dafür, dass die Institutionalisierung der ARK von Beginn an keine breite Unterstützung fand, weder bei den politischen Parteien noch bei einem grossen Teil der kurdischen Zivilbevölkerung. Mit Blick auf die Rolle und Leistungsfähigkeit des Parlaments kommt Mamosta Jaafar zu folgender Einschätzung:

> «Was wir haben, ist eine Region, die die Menschen ein wenig verbindet, und ein Parlament, das leider keine Befugnisse hat. Seine Entscheidungen werden nicht einmal im Parlamentsgebäude umgesetzt: 2006 hat das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das das Rauchen im öffentlichen Raum wie Restaurants, Cafeterias usw. verboten hat. Das Gesetz konnte jedoch nicht umgesetzt werden. Die Leute rauchen jetzt im Parlamentsgebäude (*lacht*)» (siehe Anhang 10).

Die zunehmenden kritischen Stimmen der privaten Medien, der kleineren Parteien und neuerdings der Gefolgsleute von N. M. Amin trugen dazu bei, dass die Unzufriedenheit unter den unteren und mittleren Schichten in der ARK zunahm. Berichte über Korruption und Vetternwirtschaft erreichten die Menschen in der ARK und setzten die Regierung weiter unter Druck. Aufgrund der Tatsache, dass auch Teile der Mitglieder und Organe der PUK sporadisch die Arbeit der Regierung kritisierten, weil sie von Beginn an mit der neuen Ordnung nicht zufrieden waren, wurde die DPK besonders stark für die Missstände in der ARK verantwortlich gemacht. Zudem nahmen die Diskussionen innerhalb der PUK über einen angemessenen Umgang mit der DPK auch nach der Abspaltung von N. M. Amin nicht ab. Die Verabredung, dass der Posten des Premierministers nach zwei Jahren von der DPK an die PUK übergehen sollte, führte zu Spannungen zwischen dem Lager von Jalal Talabani und einem Teil der PUK-Führung, der sich ‹Reform-Flügel› nannte. Während Jalal Talabani darauf bestand, dass Nechirvan Barzani von der DPK bis zu den nächsten Wahlen im Jahr 2009 Regierungschef bleiben sollte, um die Arbeit der Regierung zu Ende führen zu können, verlangten die Gegner dieses Vorschlages, dass die PUK im Jahr 2008 diesen Posten übernehmen müsse (Hawlati, 30.12.2007, 383, 1). Doch auch dieses Mal konnte sich Talabani durchsetzen und die Regierung bis zum nächsten Urnengang in ihrer bisherigen Besetzung bestehen bleiben (Hawlati, 09.07.2008, 438, 1). Ab Mitte 2008 kam es allerdings in der Provinz Sulaimaniya zu Demonstrationen gegen die Arbeit der Regierung und die Verwaltungsführung in der ARK (Hawlati, 09.07.2008, 438, 1).

Im Kontrollgebiet der DPK gab es aufgrund von Restriktionen hingegen kaum kritische Stimmen gegen die kurdische Verwaltung. Die Partei war

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

zudem der Ansicht, dass die Entwicklungen in der ARK im Allgemeinen sehr positiv seien. So antwortete beispielsweise Salam Abdullah, der Chefredakteur von «Xebat», auf die Frage, wie er die Lage der ARK nach 2003 beurteile, wie folgt: «Sehr gut, weil Saddam Hussein uns ein zerstörtes Land hinterlassen hat. Mehr als 4 500 Dörfer wurden zerstört, es gab keine Infrastruktur, keine Firmen, und als er 1991 Kurdistan verlassen hat, hat er alles mitgenommen, was für uns hätte nützlich sein können. Wenn man 1992 mit heute vergleicht, sieht man, was für eine Entwicklung wir gemacht haben. Schau, wie Erbil heute aussieht. So hat es vor dreissig Jahren niemals ausgesehen. Kurdistan hat in allen Belangen grosse Fortschritte gemacht. So gut entwickelt ist Kurdistan, dass die Schiiten und die sunnitischen Fraktionen uns sehr beneiden» (siehe Anhang 8). Abdullah scheint dabei, wie andere Interviewte, vor allem auf die wirtschaftliche Entwicklung abzuheben.

5.3 Der Aufstieg der Opposition ab 2009

Die kritischen Stimmen in der Provinz Sulaimaniya gegen die Vorherrschaft der DPK und der PUK wurden ab Mitte 2008 immer lauter; die Demonstrationen rissen nicht ab und das *Wusha*-Unternehmen[52] von N. M. Amin machte mit seinen vielen Medien unermüdlich auf die Missstände in der ARK aufmerksam. Auch andere Parteien brachten ihre Unzufriedenheit stärker zur Geltung, weil sie der Ansicht waren, dass die DPK und die PUK die Macht weiterhin monopolisierten und nicht teilen wollten: «Die PUK und DPK hören auf niemanden, und es ist ihnen alles egal», so beispielsweise S. Bahadin, der Chef der IUK, in einem Interview mit «Hawlati» im Januar 2009 (Hawlati, 04.01.2009, 487, 1). Im gleichen Zeitraum forderten die vier Parteien IUK, IGK, SPK und ‹Proletariat›, dass der Präsident der ARK keinen parteipolitischen Posten innehaben, das Parlament seine Rolle als Kontrollorgan über die Exekutive ausüben, das politische System der

52 *Wusha* war im Jahr 2009 die Inhaberin folgender Medien: «Print (Rozhnama Newspaper), internet (Sbeiy.com), televised news (KNN satellite channel) and radio (Dangi Gorran)». Dazu kamen mehrere Forschungszentren und Bibliotheken. «Our vision is a democratic society in which everyone has access to and is free to exchange information and opinions about all issues relevant to them as individuals and to society as a whole». Diese Informationen stammen von der damaligen Homepage des Wusha-Unternehmens www.wusha.net, die mittlerweile nicht mehr existiert. Die meisten dieser Informationen können heute der folgenden Website der *Gorran*-Bewegung entnommen werden: https://gorran.net/ershif.aspx (abgerufen am 06.04.2022).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ARK den herrschenden Parteien und der Opposition die gleichen Chancen geben sowie die Verfassung der ARK die demokratischen Grundprinzipien und Rahmenbedingungen der irakischen Verfassung berücksichtigen solle (Hawlati, 11.01.2009, 489, 1). Damit richtete sich die Kritik nicht nur gegen die mangelhafte Strom- und Energieversorgung, gegen Korruption und Vetternwirtschaft, sondern auch gegen das politische System und das Fehlen eines Konsenses über den Verfassungsentwurf der ARK. Letzterer gewann an Bedeutung, weil die ARK immer noch ohne Verfassung war, obwohl die kurdischen Kräfte sie für unabdingbar erklärt hatten und die irakische Verfassung sie in Artikel 120 als notwendig bezeichnet hatte.

Diese lange Periode ohne Einführung einer Verfassung zeugt von der Zerstrittenheit der kurdischen Gruppierungen in der ARK im Hinblick auf die künftige politische Gestaltung der Region. Zwar hatten die Vertreter der meisten wichtigen Parteien sich bereits im Jahr 1992 und später im Jahr 2002 darauf geeinigt, dass die ARK eine moderne, demokratische und föderalistische Verfassung bekommen solle.[53] Die Arbeit an einer solchen begann jedoch erst am 8. September 2005 mit der Ernennung eines aus 18 Personen bestehenden Verfassungskomitees durch das Parlament. Das Komitee erstellte den Entwurf einer Verfassung zwischen dem 24. September 2005 und dem 22. August 2006 und gab bekannt, dass es sich dabei auf die Analyse von über 40 Verfassungen weltweit gestützt habe (Hamakarim et al. 2015, 54–56). Eine Abstimmung über den Verfassungsentwurf fand jedoch erst statt, nachdem die Legislaturperiode abgelaufen war und das Parlament rechtlich keine Befugnis hatte, Gesetze zu verabschieden. Diese lief am 4. Juni 2009 aus, wurde allerdings mit Entscheid Nummer 5 des Präsidenten der ARK, Masud Barzani, bis zu den nächsten Wahlen verlängert (Waqai'y Kurdistan, 01.06.2009, 100, 28). Der Präsident der ARK verlängerte zugleich seine eigene Amtsperiode, die am 12. Juni 2009 ablief (ebd., 29). Entsprechend wurde die Annahme der Verfassung am 24. Juni 2009 durch das Parlament von Intellektuellen und oppositionellen Gruppierungen harsch kritisiert. Eine Gruppe, die mehrheitlich aus Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus den Reihen der PUK bestand,

53 Das kurdische Parlament entschied am 7. November 2002, dass die ARK im Rahmen eines demokratischen und föderalistischen Irak eine Verfassung bekommen solle (vergleiche dazu: Waqai'y Kurdistan, 20.12.2002, Nummer 38). Die Grundlage für diese Beschlussfassung schaffte der Entscheid des Parlaments vom 4. Oktober 1992 über den Föderalismus als künftiges politische System der ARK (Yasay Zhmare (16)ey Saly 2008: Yasay Pasandkrdny Dastwry Haremy Kurdistan 2008).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

bezeichnete den Vorgang gar als einen «schwarzen Tag» in der Geschichte der zweiten Legislaturperiode in der ARK (Hawlati, 24.06.2009, 536, 1).

Zur Unzufriedenheit über die Verfassung trugen verschiedene Faktoren bei: ihr Entstehungsprozess, die vorgesehene direkte Wahl des Präsidenten durch das Volk und damit das Präsidialsystem, die uneingeschränkte Macht des Präsidenten, die wenig juristische Sprache des Verfassungstextes und die Ablehnung einer Möglichkeit des Parlaments, Änderungsvorschläge zu machen. Seitdem wurden verschiedene Ideen eingebracht, wie der Verfassungsentwurf abgeändert werden und die kurdische autonome Region ein Grundgesetz bekommen könnte (Hamakarim et al. 2015, 58 ff.; KIE 2012, 2 ff.; Talabani 2015, 8 ff.). Festzuhalten ist, dass der Verfassungsentwurf der ARK durchaus demokratische Elemente beinhaltet (Iraq-Kurdistan Parliament Draft Constitution of the Iraqi Kurdistan Region 2009), aber eben auch die erwähnten Mängel aufweist. Dazu kommt, dass er nach dem regulären Ablauf der Legislaturperiode verabschiedet wurde, obwohl zwischen 2005 und 2009 genügend Zeit gewesen war, um im Parlament über ihn abstimmen zu lassen. So konnte ausser der DPK, die die Entstehung der Verfassung im Parlament als eine grosse Errungenschaft ansah und entsprechend würdigte (Xebat, 25.06.2009, 1430, 1), kaum eine andere Gruppe in der ARK gefunden werden, die sie feierte. Die PUK, die mit den Stimmen einiger ihrer Parlamentsmitglieder die Verabschiedung des Verfassungsentwurfes erst ermöglicht hatte, erwähnte nur am Rande, dass die Verfassung mit den Stimmen von 96 Abgeordneten angenommen worden sei (Kurdistani Nwe, 25.06.2009, 4906, 1). Das ‹Reformkomitee› der PUK, das aus den Vertretern jenes Flügels der PUK bestand, der der Ansicht war, dass der Einfluss der DPK in der ARK zu gross geworden gewesen sei, und ihn daher ablehnte, stellte sich gegen die Verfassung und forderte die Bevölkerung auf, gegen sie zu stimmen (Hawlati, 01.07.2009, 538, 1). Doch nicht nur die politischen Fraktionen, sondern auch Anwälte, Dozenten der Universität Sulaimaniya, Ärzte, Intellektuelle und die neu gegründete Bewegung *Gorran* (‹Wechsel› oder ‹Wandel›) verurteilten die Entstehung der Verfassung (Hamakarim et al. 2015, 58 ff.).

Neben der privaten Medienlandschaft und politischen Aktivistinnen und Aktivisten in der Provinz Sulaimaniya spielte insbesondere die seit April 2009 als *Gorran*-Bewegung bekannt gewordene Gruppe um N. M. Amin eine grosse Rolle beim Aufstieg und bei der Erstarkung der oppositionellen Kräfte in der ARK. In einem Interview mit der in London ansässigen arabischen Tageszeitung «Asharq al-Awsat» teilte N. M. Amin am 11. April 2009 mit, für die nächste Parlamentswahl in der ARK eine Liste namens

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Gorran anführen zu wollen (Bzwtnaway Gorran 2020). N. M. Amin und seine Anhänger hatten die Zeit zwischen Ende 2006 und Anfang 2009 genutzt, um auf eine neue Art und Weise auf die politische Bühne zurückzukehren: Sie traten bei den Parlamentswahlen im Juli 2009 unter der Bezeichnung *Gorran* zum ersten Mal in der Geschichte der ARK mit einer Liste an, die es sich zum Ziel setzte, die Alleinherrschaft der DKP und der PUK zu brechen. Die Flagge der *Gorran*-Bewegung wurde tiefblau mit einer Kerze in der Mitte gestaltet, ein Symbol für den Anspruch, die Dunkelheit, die in ihren Augen über dem kurdischen Autonomiegebiet lag, zu erleuchten. Des Weiteren betonte N. M. Amin in einigen Interviews mit dem Fernsehsender der Bewegung, KNN (Kurdish News Network), dass *Gorran* jedem Einzelnen in der Gesellschaft gehöre und sich für jeden einsetzen werde. Er forderte ferner alle Bürgerinnen und Bürger, die daran interessiert waren, für die Parlamentswahl zu kandidieren, dazu auf, zur *Gorran*-Bewegung zu gehen und diese Kandidatur in die Tat umzusetzen. Damit wollte er die Menschen in der ARK davon überzeugen, dass eine neue Zeitordnung eingeläutet sei und jede Person, egal welche Ausbildung oder welchen Hintergrund sie habe, sich politisch engagieren und bei einer erfolgreichen Wahl ins kurdische Parlament einziehen könne. Tatsächlich war es bislang Menschen, die nicht der politischen Elite der einzelnen Parteien angehörten, unmöglich gewesen, ins Parlament zu kommen.

Anders als in den zwei vorherigen Parlamentswahlen in der ARK fand somit der Urnengang am 25. Juli 2009 mit einer starken Vertretung der oppositionellen Parteien und mit unabhängigen Wahlbeobachtern statt. Neben der *Gorran*-Liste traten die IUK, die IGK, die SPK und die ‹Partei der Zukunft› mit einer gemeinsamen Liste namens ‹Reform und Dienstleistung› bei den Wahlen an. Am Wahltag konnten diese Parteien der DPK und der PUK eine herbe Niederlage zufügen, indem sie gemeinsam mit der ‹Islamischen Bewegung in Kurdistan› auf über 38 Prozent der Stimmen kamen. Die Kurdistani-Liste der DPK und der PUK erreichte 57,37 Prozent der Stimmen (Mezhwy Halbzhardny Khwly Seham 2009). Die 111 Sitze des Parlaments wurden wie folgt verteilt: Kurdistani-Liste 59, *Gorran* 25, Liste ‹Reform und Dienstleistung› 13, ‹Islamische Bewegung in Kurdistan› 2, Liste ‹Freiheit und gesellschaftlichen Gerechtigkeit› 1 und die verschiedenen Listen der religiösen und ethnischen Minderheiten in der ARK 11 Sitze (Jamal 2010, 7–8). Die *Gorran*-Bewegung wurde nach einer erfolgreichen Wahlkampagne zur stärksten Kraft in der Provinz Sulaimaniya. Der grosse Verlierer war demnach die PUK, die nicht nur mit internen Machtkämpfen und der Abspaltung von N. M. Amin konfrontiert war, sondern auch mit

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

zunehmend unzufriedenen Menschen in dem Gebiet, das sie kontrollierte. Entsprechend war sie nach dem Urnengang schwach und musste sich von nun an vermehrt den Entscheidungen der DPK fügen.

Abbildung 11: Die Wahlkampagne der Gorran-Bewegung im Jahr 2009

Die Kandidaten der *Gorran*-Liste und insbesondere N. M. Amin äusserten bei vielen Anlässen und Interviews während des Wahlkampfes die folgenden Kritikpunkte an den herrschenden Parteien. Die Lösungsvorschläge der Bewegung für die in ihren Augen unakzeptablen Probleme werden im Folgenden kursiv geschrieben (vergleiche dazu unter anderem die verschiedenen Auftritte von N. M. Amin im Jahr 2009).

Macht der grossen Parteien über die Legislative und Exekutive: In allen Demokratien der Welt ist die Legislative die oberste Instanz, weil sie den Souverän repräsentiert. Sie verabschiedet Gesetze und kontrolliert die Arbeit der Exekutive. In ihrer Funktion als Vollziehungsmacht ist die Exekutive befugt, die Gesetze auszuführen. In Kurdistan aber verabschieden die DPK und die PUK in ihren Parteibüros die Gesetze. Sie haben die Macht der Legislative und der Exekutive. *Gorran wird dafür sorgen, dass diese Missstände ein Ende finden. Keine Partei darf sich in die Arbeit des Parlaments und der Regierung einmischen.*

Fehlende unabhängige Judikative: Damit alle vor dem Gesetz gleich behandelt werden, brauchen wir unabhängige Gerichte. Es gibt kein einziges Gericht in Kurdistan, das unabhängig von der DPK und der PUK ist, deshalb gibt es auch keine fairen Prozesse. Ein Gericht, das den Rechtsstaat garantieren kann, fehlt in Kurdistan. Um die Demokratie entwickeln zu können, ist die Existenz eines unabhängigen Gerichts jedoch unumgänglich. Alle sind in diesem Land gleich und haben es verdient, nicht diskriminiert zu werden. *Wir werden dafür sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger vor dem Gericht die gleichen Chancen und Rechte haben, unabhängig von ihrem sozialen Status.*

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Korruption: In der ARK verfügen einige wenige hochrangige Mitglieder der DPK und der PUK über mehr Eigentum und Geld als der Rest der Gesellschaft. Sehr viele Firmen, grosse Geschäfte und Unternehmen gehören ihnen. Sie schliessen Ölverträge in Milliardenhöhe mit ausländischen Firmen ab, und niemand ausser den beteiligten Personen weiss irgendetwas über die Inhalte der Verträge. Alle wichtigen Geschäfte werden hinter verschlossenen Türen abgeschlossen. Die Ressourcen des Landes verteilen die zwei Parteien unter sich und die Bürgerinnen und Bürger müssen um ihr Überleben kämpfen. Gehören die Leute nicht zu den herrschenden Parteien, sind sie gezwungen, ihre Geschäfte durch Bestechungen zu erledigen. *Die Gorran-Bewegung gehört nicht bestimmten Leuten der Gesellschaft, sondern jedem Einzelnen. Sie wurde gegründet, um Transparenz zu schaffen. Wir von der Gorran-Bewegung werden euch detailliert darüber informieren, wie die Verträge abgeschlossen werden und welche Inhalte sie haben werden. Keine Person der Gesellschaft wird den anderen vorgezogen oder bevorteilt, falls wir gewinnen werden. Die Korruption wird, wenn ihr uns wählt, ein Ende finden.*

Vetternwirtschaft: Die Menschen hier in Kurdistan werden nicht nach ihren Fähigkeiten, ihren Leistungen oder ihrem Können behandelt, sondern nach ihrer Nähe zur DPK und zur PUK. Es kann nicht sein, dass Tausende Universitätsabsolventinnen und -absolventen aus verschiedenen Bereichen, die nicht den genannten Parteien angehören, aber sehr gute Noten vorweisen können, ohne Job sind, während die Mitglieder der herrschenden Parteien nach dem Studienabschluss sofort eine Stelle erhalten. Die höchsten Stellen in diesem Land bekommen die Verwandten der Parteipräsidenten oder hochrangiger Akteure der Parteien. *Wenn wir bei den Wahlen siegen, wird keine Person eine Stelle antreten, die nicht die fachlichen Fähigkeiten dazu besitzt. Jeder Mensch in diesem Land wird die Möglichkeit erhalten, den höchsten Posten zu besetzen, wenn er nachweisen kann, dass er der Aufgabe gewachsen ist. Wir sind Vertreter aller Schichten und nicht einer bestimmten Schicht.*

Bildung: Die herrschenden Parteien entscheiden darüber, wer an den Universitäten und Instituten unterrichten darf und wer nicht. Die jungen Studentinnen und Studenten stellen nach kurzer Zeit fest, dass das, was sie an den Hochschulen lernen, nicht zeitgemäss ist, da es kaum Reformen gibt. *Wir werden die Hochschulen reformieren und dafür sorgen, dass die jungen Leute mit neuer Schubkraft studieren können. Die Reformen werden den jeweiligen Fachleuten in den verschiedenen Bereichen überlassen.*

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Militärmacht der Parteien: Die DPK und die PUK haben eigene Peschmerga-Einheiten. Es fehlt hingegen eine Peschmerga-Kraft in Kurdistan, die unabhängig von diesen beiden Parteien ist. Mit der eigenen Militärmacht können die DPK und die PUK jede neue Bewegung zwingen, sich ihrer Herrschaft zu fügen. Diese beiden Parteien sollen das eigene Militär abschaffen, um eine unabhängige Armee für die Region Kurdistan aufzubauen. Solange die Parteien über eine eigene Militärmacht verfügen, wird die Gefahr eines erneuten Bürgerkrieges immer vorhanden sein. *In Demokratien haben die Parteien keine eigenen Truppen. Alle Parteien müssen auf eigene Militärleute verzichten, damit das Land demokratisiert werden kann.*

Gorran fokussierte auch andere Themen, wie die mangelnde Strom- und Wasserversorgung, die Beziehung zu Bagdad, Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen und das Gesundheitssystem. Alle Themen wurden unter dem Begriff des ‹Wandels› zusammengefasst, um zu zeigen, dass sich einiges in der ARK ändern sollte. So wurde N. M. Amin, der selbst über 40 Jahre einer der wichtigsten Entscheidungsträger in den Reihen des links-säkularen Lagers des politischen Spektrums gewesen war, während der Wahlkampagne im Jahr 2009 zum neuen Hoffnungsträger der vielen mit der Politik der DPK und der PUK unzufriedenen Menschen im irakischen Kurdistan. Mit seinen Forderungen nach demokratischen Reformen, Rechtsstaatlichkeit und vor allem der Ausrottung der weitverbreiteten Korruption und Vetternwirtschaft in der ARK konnte er die Wahlkampagne erfolgreich abschliessen. Nach dem Ursprung der erheblichen eingesetzten Summen an Geld und der vielen für *Gorran* aktiven Medien fragten insbesondere die jungen Wählerinnen und Wähler zunächst nicht, weil sie unbedingt die Vorherrschaft der DPK und der PUK brechen wollten.

Gegen Masud Barzani, der sich mehr als vier Jahre nach seinem Amtsantritt erstmals einer Direktwahl stellte, waren vier weitgehend unbekannte Kandidaten angetreten, da die oppositionellen Gruppierungen keine Gegenkandidaten aufgestellt hatten. Damit galt seine Wiederwahl bereits vor der Bekanntgabe der Ergebnisse als sicher; allerdings erlitt er in vielen Orten der Provinz Sulaimaniya eine Niederlage gegen Kamal Mirawdeli, jenen Präsidentschaftskandidaten, der von der *Gorran*-Bewegung unterstützt wurde. Die Wahl gewann Barzani schliesslich mit 69,6 Prozent der Stimmen (Mezhwy Halbzhardny Khwly Seham 2009). Die Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf des Parlaments der ARK konnte jedoch auf-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

grund des Drucks der oppositionellen Gruppierungen, der unabhängigen Medien und der politischen Aktivistinnen und Aktivisten nicht durchgeführt werden. Entsprechend blieb die ARK ohne Verfassung.

Die neue Epoche in der ARK begann mit dem ersten politischen Erfolg der oppositionellen Gruppierungen, der nicht nur die herrschenden Parteien DPK und PUK in eine Art Schockstarre versetzte, sondern auch dazu führte, dass die Verfassung nicht wie vorgesehen zur Volksabstimmung kam. Um ihre Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren, erteilten die *Gorran*-Liste und die Liste ‹Reform und Dienstleistung› jeglichen Bemühungen der DPK und der PUK um ihre Teilnahme an einer neuen Regierung eine Absage. Entsprechend wurde am 28. Oktober 2009 das sechste Kabinett ohne Beteiligung dieser beiden Listen bekannt gegeben. Der Regierungschef kam diesmal gemäss der strategischen Abmachung zwischen der DPK und der PUK aus den Reihen der PUK. Mit Barham Saleh, der einer gebildeten Familie entstammt, 1960 in Sulaimaniya geboren wurde und in den 1980er Jahren in Grossbritannien ein Doktoratsstudium im Bereich der Statistik und computergestützten Modellierung abschloss, wurde ein bildungsfreudiger Politiker Premierminister. Da er aber keiner einflussreichen Familie wie den Talabanis oder Barzanis angehörte und in den Augen der DPK ihnen den Posten des Regierungschefs stahl, sowie in Anbetracht des Umstandes, dass es in der ARK zum ersten Mal eine starke Opposition gab, musste seine Arbeit von Beginn an auf Schwierigkeiten stossen. Trotzdem konnte er die Regierung, die nun aus 25 Ministern bestand, erfolgreich führen. So wurden in seiner Regierungszeit unter anderem nicht nur mehrere Schulen, Universitäten und Studentenhäuser für Studierende ausserhalb der grossen Städte aufgebaut, sondern auch Studentinnen und Studenten, die in ihre Dörfer zurückkehren wollten, Zuwendungen gewährt, Menschen finanziell entschädigt, neue Strassen gebaut, die Bildung reformiert und das monatliche Budget der DPK und der PUK, das zuvor bei etwa 35 Millionen US-Dollar lag, gekürzt. Es folgten weitere Reformen im Bereich der Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik (Ala'Aldeen 2013, 117 ff.).

Doch Salehs Regierung blieb ohne Rückendeckung, weil die Opposition teilweise populistisch alles schlechtredete, was in der ARK politisch vonstattenging. Zudem unterstützte die DPK die Regierung von Saleh nur halbherzig, weil sie nicht mehr die Führung besass. So lassen sich in «Xebat», der Zeitung der DPK, zwischen 2009 und 2012 kaum Berichte über die Aktivitäten der Regierung finden. Dagegen konzentrierte sie sich auf die Arbeit des Präsidenten der ARK und die Politik der DPK. Das

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gilt teilweise auch für die PUK, die viel mehr mit den Handlungen des irakischen Präsidenten und den Reformbemühungen der PUK beschäftigt war als mit der Regierungsarbeit der ARK. Auch die Vorbereitungen für die zwei Parteiversammlungen der DPK und der PUK vom Dezember 2010 bzw. Juni 2010 nahmen grosse Teile der Berichterstattungen von «Xebat» und «Kurdistani Nwe» ein. Die Versammlungen führten jedoch nicht zu den erhofften Erneuerungen in den Reihen der beiden Parteien und zu möglichen Reformen, sondern bestätigten jeweils Masud Barzani und Jalal Talabani an der Spitze. Des Weiteren verschlechterte sich die Beziehung zwischen der DPK und der PUK allmählich, weil grosse Teile der PUK-Funktionäre im strategischen Abkommen zwischen diesen zwei Parteien von 2004 und in den vielen Konzessionen der PUK den Grund für ihre Wahlniederlage sahen. Entsprechend forderten sie einen konfrontativeren Umgang mit der DPK. Zudem brachte ein Parteiplenum der PUK Ende Oktober und Anfang November 2009 nicht die gewünschte Entspannung innerhalb der Partei, sondern stärkte vielmehr die Flügelpolitik und nahm neu *Gorran* ins Visier (Hawlati, 01.11.2009, 573, 1). Ergo wurden die Rahmenbedingungen für die Regierung schwieriger als zuvor. Dazu kam, dass die Opposition wesentlich glaubwürdiger wirkte, weil sie nicht nur neu, sondern auch reformfreudig war. So verzichteten die *Gorran*-Bewegung und die Liste ‹Reform und Dienstleistung› auf eigene Peschmerga-Kräfte und konzentrierten sich auf die politische Arbeit zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Unter anderem sahen sie die Auflösung der militärischen Einheiten der DPK und der PUK und den Aufbau einer einheitlichen Armee für die Verteidigung der ARK als unabdingbar an. Sie kritisierten weiterhin unermüdlich die weitverbreitete Korruption, Vetternwirtschaft und die Einmischung der DPK und der PUK in alle Angelegenheiten der ARK.

Neben der schwierigen politischen Entwicklung gab es viele andere Probleme – etwa die schlechte Stromversorgung. Hierzu fanden immer wieder Demonstrationen in der Provinz Sulaimaniya statt. In Anbetracht dessen, dass sich die Lage kaum veränderte, gab eine Gruppe namens ‹Schrei des Volkes› am 30. November 2011 bekannt, ähnlich wie 2008 gegen die mangelhafte Stromversorgung auf die Strasse gehen zu wollen. Sie forderte auch die Menschen in den Provinzen Erbil und Dohuk auf, für die Lösung der Probleme zu demonstrieren (Hawlati, 30.11.2011, 701, 1). Am Tag zuvor hatte die *Gorran*-Bewegung ein Sieben-Punkte-Manifest herausgegeben, in dem sie die Auflösung des Parlaments und der Regierung sowie die Bildung einer technokratischen Übergangsregierung forderte. Des Weiteren

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

appellierte sie an die DPK und die PUK, sich nicht in die Angelegenheiten der Regierung, des Parlaments, der Verwaltung, der Gerichte, der Sicherheitsorgane und der Peschmerga einzumischen. Zudem forderte die *Gorran*-Bewegung, innerhalb von drei Monaten eine demokratische Wahl ohne Fälschungen abzuhalten. Ferner machte sie auf die Wut der Bevölkerung in einigen arabischen Ländern gegen die autokratische Herrschaft ihrer Regierungen aufmerksam und bezeichnete die Aufstände in der arabischen Welt als «Tag des Zerfalls der diktatorischen Regime» (ebd.). Bezüglich der politischen Entwicklungen in der ARK führte das Manifest aus, dass in Kurdistan ein «tyrannisches System der Verwaltung der Parteien» aufgebaut worden sei (ebd.). Das Ministerium für Peschmerga-Angelegenheiten sah in der Erklärung von *Gorran* eine Bedrohung und liess alle Peschmerga-Kämpfer in der ARK in Alarmbereitschaft versetzen (ebd.).

Entsprechend begann sich die Lage insbesondere in der Provinz Sulaimaniya zu verschärfen. Die Reaktion der DPK und der PUK auf die Erklärung von *Gorran* war harsch und machte die Bewegung für eine etwaige Eskalation der Situation in der ARK verantwortlich (Kurdistani Nwe, 30.11.2011, 3591, 1; Xebat, 30.11.2011, 3687, 1). «Die Anhänger von *Gorran* sind die einzigen, die Verantwortung für die Bekämpfung des legitimen Parlaments und der legitimen Regierung tragen und sie werden zur Rechenschaft gezogen, wenn etwas Unerwünschtes in der ARK passiert», so lautete beispielsweise eine gemeinsame Stellungnahme der Politbüros der DPK und der PUK (ebd.). Doch die Drohungen der beiden Parteien hielten *Gorran* und Teile der wütenden Bevölkerung in der Provinz Sulaimaniya nicht davon ab, sich gegen die Herrschaft der DPK und der PUK und gegen mangelhafte Dienstleistungen aufzulehnen. Die ständigen Berichte der in der Provinz Sulaimaniya beliebten Zeitungen «Hawlati» und «Awene» über die Missstände in der ARK halfen der Opposition und setzten die DPK und die PUK zusätzlich unter Druck. So gab beispielsweise «Hawlati» Anfang Februar 2011 unter Bezug auf die kaum funktionierende Stromversorgung in der ARK bekannt, dass allein die Häuser von Nechirvan Barzani und Barham Saleh in Erbil mehr Strom verbrauchen würden als mehrere Quartiere in der Stadt (Hawlati, 06.02.2011, 703, 1). Solche Benennungen von Missständen und die Auflehnung der Völker in einigen arabischen Staaten gegen die dortigen autoritären Regime, die im Dezember 2010 begonnen hatte und als ‹Arabischer Frühling› bekannt wurde, ermutigten die Menschen in Sulaimaniya, gegen die Verwaltung der ARK vorzugehen und ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu geben.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Am 17. Februar 2011 kam es in der Stadt zu einer Protestdemonstration gegen die herrschenden Parteien DPK und PUK. Doch was als eine friedliche Versammlung begann, eskalierte schnell, nachdem sich die Menschen in Richtung des Sitzes der Sektion 4 der DPK bewegten und diese mit Steinen bewarfen. In kürzester Zeit führten die Auseinandersetzungen zwischen den Demonstrierenden und den Wächtern der Sektion 4 der DPK zu Dutzenden Verletzten und einigen Toten. Gleichzeitig demonstrierten in Erbil einige Menschen gegen die *Gorran*-Bewegung und setzten den Sitz ihres Fernsehkanals in Brand. In Erbil und in Dohuk fanden angesichts der massiven Präsenz der Sicherheitskräfte keine Demonstrationen gegen die Regierung und die Verwaltung der ARK statt. In der Provinz Sulaimaniya hingegen breiteten sie sich rasch aus und betrafen beinahe alle Städte. Die Wut der Bürgerinnen und Bürger in dieser Provinz wurde nicht nur von den oppositionellen Gruppierungen, sondern auch von den privaten Medien, Intellektuellen und politischen Aktivistinnen und Aktivisten bestärkt. Am 20. Februar 2011 berichtete «Hawlati» unter dem Titel «Der rote Donnerstag in Sulaimaniya» detailliert über die Ereignisse vom 17. Februar 2011 und die vielen Verletzten und Toten (Hawlati, 20.02.2011, 707, 1–2). Die DPK und die PUK forderten ihrerseits zur Ruhe auf und bezeichneten Teile der Demonstrierenden als «Chaoten» (Kurdistani Nwe, 18.02.2011, 5408, 1; Xebat, 20.02.2011, 3705, 1). Die Auflehnung der Menschen in der Provinz Sulaimaniya dauerte einige Wochen an; die Medien der oppositionellen Parteien und Gruppierungen verfolgten mit einer emotionalen Berichterstattung das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die unzufriedenen Bürgerinnen und Bürger.

Grundlegende Änderungen brachten die Strassenkämpfe der Menschen nicht mit sich, weil die DPK und die PUK weiterhin die Kontrolle in der ARK hatten und nicht bereit waren, von ihrem politischen Kurs abzurücken. Auch die Forderung des Regierungschefs nach grundlegenden Reformen als Bedingung für die Fortdauer seiner Regierung führte zu keinem Ergebnis. Barham Saleh erklärte sich zugleich in einem Interview mit «Hawlati» bereit, sofort zurückzutreten, wenn dies die Probleme der Menschen lösen und ihren Forderungen genügen sollte (Hawlati, 02.03.2011, 710, 1–2). Auf diese Weise wurde Saleh zur tragischen Figur der Missstände in der ARK, weil die Menschen grundsätzlich mit seiner Arbeit zufrieden waren und mit ihrem Unmut die DPK und die PUK treffen wollten und nicht ihn.

Die anhaltenden Unruhen in der Provinz Sulaimaniya und das erzwungene Schweigen der Menschen in den Provinzen Erbil und Dohuk hatten

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

zur Folge, dass der Druck auf Jalal Talabani grösser wurde, Reformen durchzuführen und das strategische Abkommen mit der DPK zu revidieren. So forderten einige hochrangige Mitglieder der PUK Talabani auf, sich von der DPK zu distanzieren, damit die PUK nicht ein Anhängsel der DPK werde (Hawlati, 13.03.2011, 713, 1). Entsprechend drohte die Lage weiter zu eskalieren und die kurdische autonome Region in die Zeit der 1990er Jahre zurückzuwerfen. So gab es nicht nur Demonstrationen gegen die herrschenden Parteien, sondern auch Angriffe der Anhänger der DPK und der PUK gegen die Angehörigen der Opposition und ihre Parteisitze. *Gorran* in der Provinz Erbil und die IUK in der Provinz Dohuk wurden wiederholt zur Zielscheibe von Überfällen der DPK-Sympathisanten.

Auf die Versprechungen des Präsidenten der ARK, Masud Barzani, vom 20. März 2011, dass innerhalb von drei Monaten grundlegende Reformen durchgeführt würden – andernfalls würde er zurücktreten –, reagierten über 18 000 Menschen bei einer Umfrage von «Hawlati» kalt und glaubten nicht, dass er diese Zusagen einhalten würde (Hawlati, 10.04.2011, 721, 1). In der Tat vergingen drei Monate, ohne dass Reformen umgesetzt wurden, und Masud Barzani blieb wie erwartet Präsident. N. M. Amin warnte seinerseits die regierenden Parteien, die Demonstrationen würden wieder einsetzen, sollten DPK und PUK ihre Politik nicht ändern (Hawlati, 20.07.2011, 750, 1). Doch die Menschen schienen resigniert zu haben, da die Auflehnung gegen die Vorherrschaft der beiden Parteien aufgrund von Restriktionen auf die Provinz Sulaimaniya begrenzt blieb und Erbil sowie Dohuk nicht erreichen konnte. Ein kurzer Aufstand gegen die DPK Ende 2011 in der Provinz Dohuk wurde schnell unter Kontrolle gebracht und als Anlass genommen, noch strikter gegen jegliche Form des Widerstands vorzugehen. Gezielt angegriffen wurden dabei Anhänger und Sitze der IUK, die in der erwähnten Provinz an Beliebtheit gewonnen hatte (Hawlati, 07.12.2011, 789, 1).

Ab 2011 ergab sich allerdings eine neue politische Situation mit der Annäherung zwischen *Gorran* und der DPK und einer Zunahme der Spannungen zwischen DPK und PUK. Dabei versuchte die DPK, sich nicht nur von der PUK und ihren vielen Flügeln zu lösen, sondern auch die Opposition zu spalten, um so insbesondere die IUK zu schwächen. *Gorran* ihrerseits brauchte einen mächtigen Partner wie die DPK, um sich dem Druck der PUK zu entziehen. Damit verfehlte N. M. Amin sein ursprüngliches Ziel, die Macht des Präsidenten der ARK und der DPK zu brechen, um eine Alleinherrschaft der Barzani-Familie über die ARK zu verhindern. Im Gegenteil traf sich Amin samt einer Delegation der *Gorran*-Bewegung

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

am 24. April 2012 mit Masud Barzani in dessen Hauptsitz in Pirmam, nachdem Barzani Amin im September 2011 in Sulaimaniya besucht hatte. Gesprächsthema sollen die neuesten Entwicklungen in der ARK und der Region gewesen sein (Hawlati, 25.04.2012, 829, 1). Folglich profitierte die DPK vom Aufstieg der Opposition, weil sie sich aufgrund der Unterdrückung der politischen Teilhabe in den Provinzen Erbil und Dohuk auf die Provinz Sulaimaniya konzentrierte und die dortigen politischen Kräfte sich fragmentierten. Dadurch konnte sie neue Allianzen schliessen und ihre Vorhaben einfacher umsetzen. Es gelang ihr auf diese Weise, nach mehr als zwei Jahren Regentschaft der PUK ohne nennenswerten Widerstand den Posten des Premierministers wieder zu besetzen. Regierungschef wurde am 5. April 2012 erneut Nechirvan Barzani. Der 1966 geborene Neffe und Schwiegersohn von Masud Barzani genoss innerhalb der Barzani-Familie in der Provinz Sulaimaniya eine grosse Akzeptanz und Beliebtheit, weil seine Mutter aus einer renommierten Familie von Gründungsvätern der Stadt Sulaimaniya stammte. Das siebte Kabinett unter der Führung N. Barzanis bestand insgesamt aus 28 Ministern und wies zum zweiten Mal in Folge keine Angehörigen von *Gorran*, IUK und IGK als Mitglieder auf (Hamakarim et al. 2015, 48–49).

Das zunehmende Misstrauen zwischen der DPK und der PUK und die grundlegend negative Haltung von N. M. Amin und seinen Anhängern gegenüber der Führung der DPK mündeten dann aber in einer Annäherung zwischen *Gorran* und der PUK. N. M. Amin und Jalal Talabani trafen sich am 24. September 2012 und erzielten eine Einigung über die Revision der Verfassung und die Einführung eines parlamentarischen Systems. Des Weiteren wurde vereinbart, dass alle Gesetze, die im Parlament beschlossen wurden und von nationalem Interesse waren, revidiert werden müssten. Ferner einigten sich die beiden Parteien darauf, zukünftig gemeinsame politische Projekte zu verfolgen. Die DPK war nicht erfreut über die Erklärung der beiden politischen Gruppen und bezeichnete sie als zu voreilig (Hawlati, 25.09.2012, 893, 1 und 3). Dieser Schritt in Richtung einer Normalisierung der Beziehungen zwischen *Gorran* und der PUK wurde unter anderem deshalb möglich, weil Jalal Talabani aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes keinen grossen Einfluss mehr auf die PUK ausüben konnte. Zudem entsprach die Übereinkunft vom September 2012 im Grossen und Ganzen jenen Forderungen des Politbüros der PUK, die bereits im Jahr 2004 als Bedingungen für eine Zusammenarbeit mit der DPK definiert worden waren. Damals hatte sich allerdings Talabani durchgesetzt, was zur

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

späteren Abspaltung von N. M. Amin und weiteren hochrangigen Mitgliedern von der PUK geführt hatte.

In Abwesenheit von Jalal Talabani kam es so zu einer weiteren Annäherung zwischen *Gorran* und der PUK, ohne dass jedoch ein Durchbruch gelang. Das galt auch für Bemühungen der DPK, sich der Opposition anzunähern. Vielmehr führten die permanenten Sitzungen zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen dazu, dass keine Partei der anderen mehr vertraute, weil sie über den Inhalt der jeweils anderen Zusammenkünfte im Unklaren war. Entsprechend zerfielen die bestehenden parlamentarischen Listen, und die Parteien entschieden sich, jeweils getrennt bei den nächsten Wahlen anzutreten. Für die Wahlen vom 21. September 2013 wurden über 20 Parteien und Listen registriert (Hawlati, 13.06.2013, 1076, 2). Darüber hinaus arbeiteten DPK und PUK weiterhin zusammen, um einige Gesetzesinitiativen vor Ablauf der Legislaturperiode abzuschliessen. Eines dieser Gesetze, das am 30. Juni 2013 im kurdischen Parlament mit den Stimmen von 75 Parlamentarierinnen und Parlamentariern der DPK, der PUK und verschiedener Minderheiten verabschiedet wurde, war das Gesetz Nummer 19 (Xebat, 02.07.2013, 4354, 1). Es sorgte für viel Ärger in den Reihen der oppositionellen Gruppierungen und für Streitigkeiten sowie Chaos zwischen den Befürwortern und den Gegnern des Gesetzes während der Abstimmung im Parlament. Die Opposition und ein Teil der PUK bezeichneten den erwähnten Gesetzgebungsprozess als «Putsch des Parlaments» (Hawlati, 01.07.2013, 1088, 1–2).

Zur Unzufriedenheit und zum Unverständnis der Gegner des Gesetzes 19 trug insbesondere dessen Artikel 1 bei. Er sah vor, die Amtsperiode von Masud Barzani als Präsident der ARK, die am 20. August 2013 endete, um zwei Jahre bis zum 19. August 2015 – ohne die Möglichkeit einer weiteren Verlängerung – auszudehnen (Yasay Zhmare (19)ey Saly 2013). Der Artikel verstiess aus Sicht der oppositionellen Kräfte insbesondere gegen Artikel 3 des Gesetzes über die Präsidentschaft der ARK von 2005, wonach der Präsident nur zweimal für je vier Jahre gewählt werden durfte. Zudem bestimmte Artikel 2 des gleichen Gesetzes (der auf Beharren der DPK hin eingefügt worden war), dass der Präsident direkt vom Volk gewählt werde. Ferner verstiess Gesetz 19 gegen Artikel 61 (Wahl des Präsidenten durch die Bevölkerung) und Artikel 64 (höchstens zwei Amtszeiten des Präsidenten) des bereits im Parlament verabschiedeten Verfassungsentwurfes der ARK. Es half der Opposition entsprechend wenig, dass Artikel 2 des Gesetzes Nummer 19 eine ihrer wichtigsten Forderungen erfüllte: Der Verfassungsentwurf der ARK sollte bis zum 19. August 2015 im Rahmen

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

einer Verständigung revidiert werden. Zudem schien nun der Weg für ein parlamentarisches System geebnet zu sein, da der Präsident im Parlament gewählt wurde – ein weiteres Anliegen der Opposition und von Teilen der PUK. Trotzdem vergiftete das Gesetz das politische Klima in der ARK zusätzlich. Denn es führte nicht nur dazu, dass Masud Barzani bei den oppositionellen Gruppierungen und vielen Menschen in der Provinz Sulaimaniya als unrechtmässiger Präsident angesehen wurde, sondern auch dazu, dass *Gorran* und einige PUK-Funktionäre mit landesweiten Protesten gegen das Gesetz drohten (Hawlati, 01.07.2013, 1088, 2). DPK und PUK verteidigten demgegenüber ihr Vorgehen als notwendig, um die politische Blockade in der ARK zu durchbrechen und die Entstehung einer Verfassung zu ermöglichen (Kurdistani Nwe, 01.07.2013, 6118, 1; Xebat, 02.07.2013, 4354, 1).

Die Frage nach einem angemessenen Umgang mit der Verfassung führte bei der Wahlkampagne von DPK und PUK im September 2013 zu Meinungsverschiedenheiten und Spannungen zwischen den beiden Parteien. Während die PUK eine umfassende Revision der Verfassung im Parlament forderte, pochte die DPK darauf, diese ausserhalb des Parlaments in den Politbüros der Parteien anzupassen (Hawlati, 05.09.2013, 1134, 1 und 5). Damit zeichnete sich früh ab, dass der Verfassungsentwurf unverändert bleiben und es keine Volksabstimmung darüber geben würde. Ferner konzentrierte sich die DPK in ihrem Wahlprogramm vermehrt auf den kurdischen Nationalismus und das Selbstbestimmungsrecht der Kurden in der ARK (Xebat, 17.07.2013, 4365, 1; Xebat, 01.09.2013, 4393, 1; Xebat, 02.09.2013, 4394, 1): «Ich wähle die DPK, damit die Kurden in allen vier Teilen [Kurdistans] mehr Hoffnungen auf diese Verwaltung richten [können]», so lautete beispielsweise ein Werbespruch der DPK (Xebat, 01.09.2013, 4393, 1). Diese Strategie wurde bewusst gewählt, weil nicht nur Masud Barzani Meinungsverschiedenheiten mit dem irakischen Premierminister Nuri al-Maliki hatte, sondern auch die Zentralregierung in Bagdad sich in Öl- und Budget-Fragen mit der ARK in Streitigkeiten befand. Ferner sah sich die DPK unter anderem aufgrund der 2004 vereinbarten Machtteilung zwischen ihr und der PUK sowie wegen der Besetzung der Posten des Präsidenten und des Premierministers der ARK als wahrer Vertreter der kurdischen Bevölkerung im Irak.

Die PUK wiederum, die eine ausgeglichenere Beziehung zu Bagdad pflegte und den Posten des irakischen Präsidenten innehatte, setzte bei ihrer Wahlkampagne ähnlich wie die oppositionellen Gruppierungen auf eine Demokratisierung der ARK, eine Verbesserung der wirtschaftlichen

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Lage der Menschen, mehr Dienstleistungen und freie Meinungsäusserung (Kurdistani Nwe, 01.09.2013, 6169, 1 ff.). Der kurdische Nationalismus wurde von der PUK aufgrund seiner Bedeutung für die kurdische Zivilbevölkerung in der ARK ebenfalls thematisiert, jedoch eher im Rahmen der Kritik am Machtanspruch der DPK in der ARK und nicht im Sinne einer Polemik gegen Bagdad: «Kurdistan ist nur ein Kurdistan und Erbil ist Hauptstadt für alle», lautete beispielsweise ein Slogan der PUK (Kurdistani Nwe, 01.09.2013, 6169, 2). *Gorran* und andere oppositionelle Parteien wiederum warben mit dem Kampf gegen die Korruption und für die Verbesserung der finanziellen Lage der Menschen in der ARK um die Stimmen der Wahlberechtigten: «Wir haben die Korruption aufgedeckt und werden sie beseitigen», so ein Wahlplakat von *Gorran* (Hawlati, 02.09.2013, 1132, 1).

Nach einer dreiwöchigen Wahlkampagne fand am 21. September 2013 die Parlamentswahl in der ARK statt. Als Gewinner ging die DPK mit 38 Sitzen hervor. Zweitstärkste Partei wurde *Gorran* mit 24 Sitzen. Die PUK bekam 18, die IUK 10 und die IGK 6 Sitze. Die verschiedenen Parteien und Gruppierungen der Minderheiten in der ARK erhielten die für sie bestimmten 11 Sitze, während die restlichen Sitze an kleinere Parteien gingen (Mezhwy Halbzhardny Khwly Chwarham 2013). So wurde die DPK zur stärksten Kraft in der ARK und kam mit den Stimmen der Minderheiten, die aufgrund ihrer geografischen Lage – sie siedeln in Gebieten unter Kontrolle der DPK – und ihrer Nähe zur Barzani-Familie die Partei unterstützten, auf 49 der aus 111 Sitzen bestehenden Volksvertretung. Das Resultat war insbesondere für die PUK eine grosse Enttäuschung, weil sie nunmehr nur noch die drittstärkste Fraktion im kurdischen Parlament war. Entsprechend gross war die Frustration der PUK-Angehörigen, die weitgehende Massnahmen und Reformen in den eigenen Reihen forderten. Die Medienorgane der PUK liessen verlauten, dass die Parlamentswahl seitens der DPK und *Gorran* gefälscht worden sei; nur deshalb habe die Partei so wenig Stimmen erhalten (Kurdistani Nwe, 27.09.2013, 6193, 1 ff.). Diese Argumentation ist, insbesondere was *Gorran* anbelangt, zweifelhaft, weil die PUK in der Provinz Sulaimaniya, in der die *Gorran*-Liste die meisten Stimmen bekam, nicht nur die militärischen Kräfte und Sicherheitsorgane kontrollierte, sondern die Macht seit mindestens 2003 uneingeschränkt ausübte.

So führte die grundlegende Ablehnung der neuen politischen Gegebenheiten in der ARK durch die PUK dazu, dass die DPK und *Gorran* ihre Bemühungen intensivierten, eine neue Regierung zu bilden und einen neuen Präsidenten für das kurdische Parlament zu wählen. Diese Bestrebungen

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

mündeten am 29. April 2014, neun Monate nach dem Urnengang in der ARK, in der Wahl des 1978 in der Provinz Sulaimaniya geborenen *Gorran*-Mitgliedes Dr. Youssif Mohammed Sadiq zum neuen Präsidenten des kurdischen Parlaments. Die PUK, die laut eigenen Angaben aus Respekt für ihre Wählerschaft an der Parlamentssitzung am erwähnten Tag teilnahm, bezeichnete den Wahlprozess im Parlament als ein politisches Geschäft zwischen der DPK und *Gorran*, das darauf abziele, die finanzielle, politische und militärische Kraft der PUK zu schwächen (Hawlati, 29.04.2014, 1296, 1 und 3; Kurdistani Nwe, 30.04.2014, 6369, 1 und 3). Als am 18. Juni 2014 die neue Regierung der ARK unter der erneuten Führung von Nechirvan Barzani als Ministerpräsident bekannt gegeben wurde, läutete dies ein neues politisches Zeitalter in der ARK ein: Zum ersten Mal seit 1992 stellte die PUK weder den Posten des Parlamentspräsidenten noch denjenigen des Regierungschefs. «Die Regierung wurde nach neun Monaten geboren», so titelte «Hawlati» ironisch über das achte Kabinett, in dem neben der DPK und *Gorran* auch die PUK, die IUK, die IGK und Vertreter der Minderheiten sassen (Hawlati, 19.06.2014, 1332, 1 und 5). Die Regierung umfasste 29 Ministerposten, damit alle Parteien zufriedengestellt werden konnten.

Zu diesem Zeitpunkt waren allerdings die Eroberungszüge des IS in vollem Gange und drohten schon bald die kurdische Region in existenzielle Gefahr zu bringen. Diese neue Entwicklung im Irak kam insbesondere Masud Barzani zugute, weil er seit Wochen und Monaten mit antiirakischen Parolen und Forderungen nach Selbstbestimmungsrechten für die Kurden im Irak warb, um unter anderem die Legitimität seines Postens als Präsident der ARK zu stärken und als der wahre Anführer der Kurden im Irak des 21. Jahrhunderts in die Geschichte einzugehen. Der Aufstieg des IS versetzte gleichzeitig die PUK in eine schwierige Lage, weil sie in Bagdad nicht nur den Posten des irakischen Präsidenten innehatte, sondern in der Zentralregierung des Irak die Möglichkeit sah, die Macht der DPK in der ARK zu brechen. Oppositionelle Gruppierungen wiederum hatten den Nachteil, über keine eigenen militärischen Truppen für die Verteidigung der ARK zu verfügen. Die DPK und die PUK führten jedoch verschiedene kampfbereite Peschmerga-Einheiten und stärkten ihre militärischen Kapazitäten im Zuge des Kampfes gegen den IS seit dem Sommer 2014. Sie profitierten auch davon, dass ab September 2014 eine internationale Koalition gegen den IS unter der Führung der USA geschmiedet wurde. Diese lieferte nicht nur der irakischen Armee, sondern auch der DPK und der PUK moderne Waffen und stellte finanzielle Mittel zur Verfügung. Ausserdem ermöglichten es die

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

schnellen Siege der kurdischen Peschmerga-Einheiten über den IS ab Oktober 2014, die Kurdenfrage zu internationalisieren und die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft für sich zu gewinnen. So wurden die irakischen und syrischen Kurden als die ‹Guten› bezeichnet, die die ‹Bösen› und ‹Schrecklichen› bekämpften. Entsprechend forderte Masud Barzani nun intensiver die Gründung eines kurdischen Staates im Irak: «Das Wichtigste ist, dass Kurdistan unabhängig wird. Es ist nicht wichtig, wer Präsident wird», so Barzani im November 2014 (Xebat, 20.11.2014, 4687, 1).

Mit der endgültigen Verteidigung der mehrere Monate vom IS umzingelten Stadt Kobane im Nordosten Syriens durch die YPG, YPJ und kurdische Peschmerga-Truppen aus den Reihen der DPK und der PUK Anfang 2015 begann die ‹märchenhafte› Geschichte des Kampfes der kurdischen Kämpferinnen und Kämpfer gegen den IS. Die gemeinsamen Kampfhandlungen der verschiedenen kurdischen Gruppierungen trugen allerdings nicht dazu bei, die innerkurdischen Streitigkeiten zu beseitigen. Die ARK blieb eine von der DPK und der PUK kontrollierte Region ohne eine einheitliche Armee. Dabei waren die Peschmerga-Kämpfer auf beiden Seiten Angehörige der Unterschicht, die mehrheitlich aus finanziellen Gründen Waffen trugen. Auch die besonderen Herausforderungen – die Bedrohung durch den IS, die finanzielle Krise in der ARK im Zuge des Verfalls des Ölpreises und des Budgetstreites mit der irakischen Zentralregierung sowie die Flüchtlingsströme – begünstigten nicht die Bestrebungen, die verschiedenen Verwaltungen zu vereinheitlichen und die Rolle des Parlaments als Kontrollorgan zu stärken. Vielmehr verschärften diese neuen Gegebenheiten die politische und wirtschaftliche Krise in der ARK, weil die Politiker der ARK ohne einen nachhaltigen Plan arbeiteten und damit beschäftigt waren, die politischen Posten und die Ressourcen des Landes unter sich aufzuteilen.

Zu noch mehr Unruhen in der ARK trug Masud Barzani mit einem Brief vom 16. April 2015 an das Parlament, die Regierung und die politischen Fraktionen bei. Darin sprach er vom Verrat und der Feindseligkeit einiger kurdischer Akteure in der ARK, die es zum Ziel hätten, der nationalen Sicherheit und dem kurdischen Volk Schaden zuzufügen: «Es ist sehr bedauernswert zu beobachten, dass zur Bekämpfung des kurdischen Volkes eine neue Art der Untreue entstanden ist, die über verschiedene Kanäle für Bürgerkrieg, Spaltungen und Wiederbelebung der chaotischen Zustände wirbt», so Barzani (Xebat, 19.04.2015, 4782, 1). Das Schreiben führte dazu, dass die PUK, *Gorran*, die IUK und die IGK eine Erklärung von Barzani verlangten, weil sie nicht verstanden, wen er damit meinte und

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

warum er solche Beschuldigungen aussprach. Zudem waren diese Parteien der Ansicht, dass Barzani schwere Vorwürfe erhob, ohne Beweise vorlegen zu können (Hawlati, 19.04.2015, 1536, 1 und 3). Zu den Hintergründen des Schachzugs von M. Barzani äusserte sich der damalige Parlamentspräsident, Dr. Youssif Mohammed Sadiq, in einer Sprachnachricht vom 23. Januar 2023 wie folgt gegenüber dem Verfasser dieser Arbeit:

> «Es gab verschiedene Faktoren, die dazu geführt haben, dass Masud Barzani den Brief und im Laufe des Jahres 2015 ähnliche Erklärungen abgab. Die Hauptgründe waren jedoch das Scheitern der DPK, die Fraktionen im Parlament davon zu überzeugen, die Amtsperiode des Präsidenten der ARK ein weiteres Mal für zwei Jahre zu verlängern und die Revision des Gesetzes über die Präsidentschaft der ARK vom Jahr 2005 auf Eis zu legen. Ich habe in einer Sitzung mit den Vertretern der verschiedenen Fraktionen klargestellt, dass ich nicht bereit bin, irgendeine abgelaufene Amtsperiode der politischen Persönlichkeiten oder Institutionen zu verlängern, weil dieses Vorgehen nicht demokratisch wäre. Ich habe auch damit gedroht, sofort zurückzutreten, wenn die Fraktionen abgelaufene Amtsperioden verlängern würden. Die vier Vorschläge der Fraktionen der PUK (zwei), der *Gorran* (einer) und der drei islamistischen Gruppierungen (einer) für die Revision des Präsidentschaftsgesetzes habe ich ebenfalls auf die Agenda des Parlaments gesetzt. Diese sahen insbesondere vor, dass der Präsident der ARK nicht vom Volk, sondern vom Parlament gewählt werden solle. Ein parlamentarisches und nicht präsidentielles System war also das Ziel der Fraktionen. In Anbetracht dessen, dass die DPK im Jahr 2018 akzeptiert hat, dass ein neues Gesetz über die Präsidentschaft der ARK verabschiedet und der Präsident vom Parlament gewählt werden darf, war die Hauptursache für die Wut der DPK die Nichtverlängerung der Präsidentschaft von Masud Barzani.»

Die PUK und *Gorran* intensivierten nach Barzanis Brief ihre Bemühungen, um auf der Grundlage ihrer früheren Abmachungen eine gemeinsame Strategie für die Neugestaltung der ARK zu entwickeln. Am 30. April 2015 gaben beide politischen Parteien bekannt, sich in vielen Fragen, wie der Verfassung und der Verwaltung der ARK, einig zu sein und das künftige politische System der ARK parlamentarisch ausrichten zu wollen (Hawlati, 30.04.2015, 1545, 1 und 3; Kurdistani Nwe, 30.04.2015, 6667, 1–2). Weitere Sitzungen zwischen PUK, *Gorran*, IUK und IGK zwecks Institutionalisierung der politischen Einrichtungen und insbesondere zur Revidierung des Gesetzes über die Präsidentschaft der ARK hatten zum Ergebnis, dass das

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Parlament am 23. Juni 2015 ohne Beteiligung der DPK tagte. Drohungen der DPK, die Tagung des Parlaments würde zu einer Eskalation der Lage in der ARK führen, ignorierten die genannten politischen Fraktionen (Hawlati, 25.06.2015, 1585, 1 und 3). Dadurch bildete sich eine Allianz der ehemaligen Opposition mit Beteiligung der PUK, um den Posten des Präsidenten der ARK neu zu strukturieren und ein parlamentarisches System für die ARK durchzusetzen. Die DPK verurteilte das Vorgehen des Parlaments scharf und drohte mit Konsequenzen. Zur Zielscheibe der DPK wurde unter anderem der Präsident des Parlaments, Dr. Youssif Mohammed Sadiq, dem sie vorwarf, seine Neutralität verloren zu haben, weil er die Abhaltung der Sitzung zugelassen habe (Xebat, 24.06.2015, 4830, 1).

Von der neuen Situation profitierte vor allem die PUK, war die Partei doch ausschlaggebend dafür, ob sich die ehemalige Opposition oder die DPK im Kampf um die Einflussnahme durchsetzen würde. Dadurch konnte sie auch ihre Niederlage bei den Parlamentswahlen vom September 2013 teilweise kompensieren. Ferner rächte sich die PUK an der DPK, weil diese die PUK bei der Verteilung der Posten nach den Parlamentswahlen 2013 ignoriert und versucht hatte, deren Einfluss in der Provinz Sulaimaniya durch einen Verbund mit *Gorran* zu schmälern. Dutzende Sitzungen der fünf politischen Parteien DPK, PUK, *Gorran*, IUK und IGK, die mehrheitlich in den Politbüros der Parteien und nicht im Parlament stattfanden und das Ziel hatten, die Lage zu beruhigen und die offenen Fragen einvernehmlich zu lösen, endeten ohne Ergebnis. Vielmehr wollten die beiden Lager ihre Forderungen ungeschmälert durchsetzen und die kleineren Parteien auf ihre Seiten ziehen. So wurde aufgrund der Meinungsverschiedenheiten zwischen DPK, PUK, *Gorran*, IUK und IGK auch vermehrt eine mögliche endgültige Teilung der ARK in zwei Regionen in den Medien thematisiert. Die DPK und die PUK wiesen jedoch solche Vermutungen in ihren Mitteilungen zurück (Kurdistani Nwe, 13.08.2015, 6751, 1; Xebat, 25.08.2015, 4867, 1). Für eine permanente Diskussion sorgten – wie des Öfteren erwähnt – die verschiedenen Forderungen seitens der PUK, *Gorran*, der IUK und der IGK nach einer Revision der Verfassung und einer Anpassung des Gesetzes über die Präsidentschaft der ARK. Da der Posten des Präsidenten der ARK, den Masud Barzani als Präsident und alleiniger Lenker der DPK innehatte, eine rote Linie für die DPK darstellte, konnte jedoch keine Lösung für die politische Unruhe in der ARK gefunden werden. Nicht nur die Anpassung der Beschlussfassungen des Parlaments, sondern auch die Amtsdauer des amtierenden Präsidenten, die nun mehr als zehn Jahre währte, obwohl für

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sie eigentlich höchstens acht Jahre vorgesehen waren, führten in der ARK zu einem kaum überwindbaren politischen Dilemma.

Mit Ablauf der (verlängerten) Amtszeit des Präsidenten der ARK am 20. August 2015 verschärfte sich die Lage weiter. Schliesslich gab auch die PUK bekannt, Masud Barzani nicht mehr als rechtmässigen Präsidenten der ARK anzusehen (Hawlati, 05.10.2015, 1647, 1 und 3). Nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Krise und die Nichtfortzahlung der Löhne der Regierungs- und Provinzangestellten führten ab Oktober 2015 zu erneuten ununterbrochenen Demonstrationen in der Provinz Sulaimaniya und in der innerhalb der ARK neu gegründeten Provinz Halabja (Bagdad erkennt Halabja bis anhin – Stand 2022 – nicht als Provinz an). Dabei wurden insbesondere mehrere Niederlassungen der DPK in Brand gesetzt und bei Auseinandersetzungen Dutzende Personen verletzt oder getötet (Hawlati, 11.10.2015, 1651, 1 und 4). Die DPK machte in erster Linie *Gorran* für die Angriffe auf ihre Parteisitze verantwortlich und gab unilateral bekannt, dass *Gorran* ab sofort nicht mehr Teil der Regierung sei. Auch den Parlamentspräsidenten, Dr. Y. M. Sadiq, erklärte die DPK als abgesetzt (Xebat, 13.10.2015, 4898, 1). Entsprechend liess die Partei am 12. Oktober 2015 nicht zu, dass einige Parlamentsmitglieder, die mit dem Präsidenten des Rates von Sulaimaniya nach Erbil zum Parlamentsgebäude unterwegs waren, Erbil betraten. Die PUK verurteilte dieses Vorgehen der DPK scharf (Kurdistani Nwe, 13.10.2015, 6793, 1 ff.). Das Parlament konnte daraufhin mehr als zwei Jahre nicht tagen. Mit diesem Vorgehen der DPK wurde die Rolle des Parlaments, der Regierung und des Präsidenten weiter geschwächt und die Macht der DPK über die Geschehnisse in dem von ihnen traditionell kontrollierten Gebiet bestätigt.

Die ARK blieb damit eine Region, die nicht einheitlich regiert wurde und keine Fortschritte im Bereich der Institutionalisierung der politischen Einrichtungen erzielte. Doch während der Parlamentspräsident weiterhin das Gebäude des Parlaments nicht betreten durfte, blieb Masud Barzani Präsident der ARK und agierte auch als solcher, obwohl er weder vom Volk noch vom Parlament dazu legitimiert war. Diese neue Eskalationsstufe der politischen Lage in der ARK führte dazu, dass sich die PUK und *Gorran* der Zentralregierung in Bagdad annäherten, um von dort aus Druck auf die DPK auszuüben. So bat die PUK bei einem mehrtägigen Besuch in Bagdad die irakischen politischen Parteien im Dezember 2015 um Vermittlung und Einflussnahme, um die Probleme der ARK zu lösen (Hawlati, 13.12.2015, 1696, 1 und 3). Ferner gründeten die beiden politischen Gruppierungen im Juni 2016 einen gemeinsamen Präsidentenrat, um die Macht der DPK zu

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

brechen. Bei der ersten Sitzung des Rates in Anwesenheit von Vertretern der beiden Parteien machte N. M. Amin darauf aufmerksam, dass die neue PUK-*Gorran*-Allianz nun 42 Sitze im kurdischen und 30 Sitze im irakischen Parlament innehabe und damit versuchen könne, auf einem demokratischen und rechtmässigen Weg ein Gleichgewicht der Kräfte in der ARK herzustellen (Awene, 14.06.2016, 532, 1). Dadurch gewann innerhalb der PUK schleichend jener Flügel die Oberhand, der sich seit Jahren gegen das strategische Abkommen zwischen mit der DPK gewandt hatte. Doch Kosrat Rasul Ali, der erste Vizepräsident der PUK und Vizepräsident von Masud Barzani, der in Abwesenheit von Jalal Talabani die Geschäfte der PUK führte, pflegte keine guten Beziehungen zu N. M. Amin und einigen anderen Flügeln der PUK, sondern stand der DPK und Masud Barzani nahe. Auf diese Weise schwächte sich die PUK und konnte keine kohärente Politik gegenüber der DPK und anderen politischen Parteien sowohl in der ARK als auch in Bagdad verfolgen.

Die ARK wandelte sich aufgrund der zunehmenden politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Spannungen von einer Region, die als Modell für den Rest des Irak galt, zu einer Problemregion, die immer fragmentierter und handlungsunfähiger wurde und so z. B. die Löhne der Staats- und Provinzangestellten nicht mehr auszahlen konnte. Demzufolge wurde in der Provinz Sulaimaniya vermehrt diskutiert, ob es für die Menschen in der ARK nicht besser wäre, wenn sich die ARK auflösen würde und die einzelnen Provinzen direkt mit Bagdad zusammenarbeiten würden (Awene, 12.07.2016, 535, 1 und 9; Awene, 22.11.2016, 553, 2). Nicht nur war der politische Graben zwischen der DPK und der PUK-*Gorran*-Allianz so gross geworden, dass er kaum mehr überwindbar erschien, sondern auch die finanzielle Lage der Staatsangestellten in Bagdad und Erbil entwickelte sich auseinander. Während die Angestellten in der ARK alle zwei oder drei Monate einen halben Lohn erhielten, bekamen diejenigen unter der Kontrolle der irakischen Zentralregierung regelmässig ihre Löhne ohne jegliche Kürzung ausgezahlt. Daran änderten auch Demonstrationen und Streiks der Regierungs- und Provinzangestellten in den Provinzen Sulaimaniya und Halabja nichts. Entsprechend nahmen auch die Arbeitslosigkeit und die Armut in der ARK zu: Betrug die Arbeitslosigkeit im Jahr 2014 noch 7,13 Prozent, so stieg sie im Jahr 2016 auf 13,53 Prozent. Die Armut bei den Menschen, die sich kaum Nahrungsmittel leisten konnten, lag im Jahr 2014 bei 3 Prozent und erhöhte sich im Jahr 2016 auf 13 Prozent (Awene, 06.09.2016, 543, 1). Zu Opfern der Politik der kurdischen Selbstverwaltung wurden nun auch Schülerinnen und Schüler sowie Studierende in den Pro-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

vinzen Sulaimaniya und Halabja, weil die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Dozierenden keinen Unterricht mehr gaben und vermehrt gegen die Politik der kurdischen Regierung auf die Strasse gingen (Awene, 15.11.2016, 552, 1).

Diese Entwicklungen und das bevorstehende militärische Ende des IS im Irak liessen demnach schnell die Frage aufkommen, wie es nach dem Niedergang des IS im Irak und in der ARK weitergehen würde. Politische Beobachter waren sich mehrheitlich einig, dass nach dem militärischen Sieg über den IS die Position der irakischen Regierung stärker und jene der ARK aufgrund der dortigen politischen Spannungen schwächer sein würde (Awene, 18.10.2016, 548, 1). Damit drohte insbesondere der DPK und Masud Barzani eine herbe Niederlage, weil sie seit Wochen und Monaten mit antiirakischen Statements für die Stärkung ihrer Rolle in der ARK warben und sich von Bagdad distanzierten. Masud Barzani übte Druck auf alle politischen Gruppierungen in der ARK aus, um sie zu veranlassen, die Rahmenbedingungen für das Abhalten eines Referendums über die Unabhängigkeit der ARK vom Irak zu schaffen. Gleichzeitig erklärte Barzani sich am 20. November 2016 in einem politischen Manifest bereit, auf den Posten des Präsidenten zu verzichten und einen neuen politischen Prozess in der ARK nach ihm zu unterstützen, falls die Parlamentsmitglieder zusammenkämen und sowohl eine neue Regierung als auch einen neuen Präsidenten für die ARK wählten (Awene, 22.11.2016, 553, 2; Kurdistani Nwe, 22.11.2016, 7124, 1; Xebat, 21.11.2016, 5155, 1). Doch mehrere Sitzungen in den Politbüros der verschiedenen Parteien nach dieser Erklärung Barzanis führten zu keinem Ergebnis (Awene, 20.12.2016, 557, 1). Die *Gorran*-Bewegung, die sich in einem erbitterten Kampf mit der DPK befand, musste zudem den Schlag hinnehmen, dass ihr charismatischer Anführer, Nawshirwan Mustafa Amin, am 17. Mai 2017 nach einigen Monaten der Krankheit starb. Das schwächte die Position von *Gorran* enorm und hinterliess eine grosse Lücke in der Bewegung.

Bis Ende Mai 2017 konnte keine Einigung über die mögliche Abhaltung eines Referendums und die Wiederaufnahme der Arbeit des Parlaments erzielt werden. Die DPK, die sich nun in erster Linie darauf konzentrierte, jenen Teil der PUK für ihr Anliegen zu gewinnen, der im Streit mit den Anti-DPK-Flügeln der Partei lag, scheiterte mit ihren Vorschlägen zu einer Lösungsfindung immer wieder. Die Konzentration der DPK auf diese Gruppe innerhalb der PUK ging darauf zurück, dass nicht nur *Gorran*, sondern auch andere Flügel der PUK sowie die IGK nach den Ereignissen vom 12. Oktober 2015 nicht mehr bereit waren, mit der DPK zu kooperieren.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Doch die Konzentration der DPK auf eine mögliche Unabhängigkeit der ARK vom Irak half der Partei, kurdisch-nationalistische Entscheidungsträger innerhalb der verschiedenen Parteien für sich zu gewinnen. So wurde am 7. Juni 2016 in einer Sitzung der meisten politischen Parteien in der ARK – ohne *Gorran* und IGK – entschieden, dass am 25. September 2017 ein Referendum über die Unabhängigkeit der ARK vom Irak abgehalten werden sollte (Kurdistani Nwe, 08.06.2017, 7288, 1; Xebat, 08.06.2017, 5287, 1). Als Präsident des Referendumsrates wurde Masud Barzani gewählt. Damit setzten sich Barzani und die DPK gegen ihre Rivalen innerhalb der verschiedenen Parteien durch. Keine Partei stand allerdings einstimmig hinter dem Referendum und dem Vorhaben von M. Barzani. Infolgedessen löste die Erklärung über das Referendumsdatum nicht nur grosse Empörung bei den meisten politischen Parteien in Bagdad und in den Nachbarländern des Irak aus, sondern hatte auch unter anderem kaum die Unterstützung wichtiger PUK-Funktionäre um den Talabani-Clan. Innerhalb der PUK bekam Masud Barzani vor allem von Kosrat Rasul Ali und einigen Mitgliedern des Politbüros Rückendeckung. Die meisten anderen Flügel und Mitglieder des Präsidiumsrates der PUK waren hingegen der Ansicht, dass eine politische Kraft, die das Parlament lahmlegte, kein Anrecht darauf haben sollte, über das Schicksal der Kurden im Irak zu entscheiden (Awene, 13.06.2017, 581, 1 und 3). Mahmud Raza Amin geht wie folgt auf die Beharrlichkeit der DPK ein, das Referendum trotz Warnungen auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene auf den Weg zu bringen:

> «Wir haben gesehen, dass das Referendum abgehalten wurde. Das Ergebnis haben wir ebenfalls bereits gesehen. Das ist nicht lange her. Ich wusste von Beginn an, dass sie [die DPK] das Referendum lancieren wird. Viele Funktionäre der *Gorran*-Bewegung waren jedoch der Ansicht, dass das Referendum über die Unabhängigkeit nicht abgehalten würde, sondern dass es nur ein politisches Manöver sei. Ich sagte ihnen aber wie oben erwähnt, dass er [der Barzani-Clan] unbedingt so schnell wie möglich einen kurdischen Staat will, weil wir heute gar keine demokratischen Institutionen [in der ARK] haben: Es herrschen die Milizen und die Sicherheitskräfte, die Polizei, die Peschmerga und die internationalen Beziehungen sind unter der Kontrolle von ihm [dem Barzani-Clan]. Zudem kontrolliert er [der Barzani-Clan] die Öleinnahmen, die Zolleinnahmen und alle Medien. Es gibt nichts in der [ARK], das nicht von ihm [dem Barzani-Clan] kontrolliert wird. Andere Parteien und das kurdische Volk verfügen über nichts. Entsprechend sind die

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Rahmenbedingungen für ihn [den Barzani-Clan] perfekt, um aus der ARK einen kurdischen Staat zu machen, der von ihm noch härter regiert wird. Das habe ich bereits in einem langen Artikel erwähnt, den ich vor dem Referendum geschrieben habe» (siehe Anhang 12).

5.4 Das Referendum vom September 2017 und seine Folgen

Nachdem Masud Barzani Teile der PUK und der IUK für sein Referendumskomitee gewinnen konnte und dadurch in erster Linie jene parteipolitische Koalition spaltete, die aus der PUK, *Gorran*, der IUK und der IGK bestand, drängte er darauf, dass auch das durch seine Partei sistierte Parlament wieder seine Arbeit aufnahm. Nach langem Hin und Her konnte das Parlament schliesslich am 15. September 2017 mit Beteiligung von 68 Parlamentsmitgliedern unter anderem aus den Reihen der DPK, Teilen der PUK und verschiedenen Minderheiten tagen und sprach seine Unterstützung für den Referendumsrat und das Unabhängigkeitskomitee aus (Kurdistani Nwe, 17.09.2017, 7365, 1; Xebat, 17.09.2017, 5349, 1 und 6). Das Referendum wurde schliesslich am 25. September 2017 abgehalten und von über 92 Prozent der Wahlberechtigten gutgeheissen (Xebat, 28.09.2017, 5358, 1). Die Ablehnung des Urnengangs insbesondere durch die irakische, die iranische und die türkische Regierung führte jedoch dazu, dass die ARK unter enormen Druck geriet. Militärische Kampfhandlungen zwischen den Pro-Bagdad-Truppen und den Peschmerga-Einheiten der DPK und der PUK endeten im Oktober 2017 mit der Einnahme der ‹umstrittenen Gebiete› durch die proirakischen Einheiten. Um insbesondere die Stadt Kirkuk zu erobern, bekam die irakische Regierung Unterstützung von jenem Flügel der PUK um die Talabani-Familie, der gegen eine enge Zusammenarbeit mit der DPK und für eine bessere Beziehung zu Bagdad sowie *Gorran* war. So liessen Teile der Kämpfer der PUK aufgrund einer Entscheidung der Talabani-Familie die proirakischen Truppen ohne Kampf in die Stadt Kirkuk eindringen, und es gab Gerüchte, dass Spezialeinheiten der PUK an der Seite der irakischen Regierung gegen die DPK-Peschmerga kämpften.

Dadurch schwächten die Angehörigen des Talabani-Flügels nicht nur die Position von Masud Barzani und der DPK, sondern sie übernahmen die PUK und bestraften jene Mitglieder von deren Politbüro, die eng mit Barzani und der DPK zusammenarbeiteten. Eine grosse Rolle dabei spielte der 1973 geborene Bafel Talabani, der ältere Sohn von Jalal Talabani. Unterstützt wurde Bafel Talabani durch seinen Cousin Lahur Scheich Jangi, der,

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

1975 geboren, seit Jahren eine Anti-DPK-Politik betrieb. Da Jalal Talabani am 3. Oktober 2017 starb, wollte die zweite Generation des Talabani-Clans um Bafel und Lahur die PUK selbst übernehmen. Der damit einsetzende interne Machtkampf innerhalb der PUK vertiefte die politische Krise in der ARK zusätzlich. Die ARK konnte sich nicht aus ihrer politischen Fragmentierung befreien und kaum Fortschritte im Bereich der Nationenbildung erzielen. Zudem verschärfte sich die Wirtschafts- und Finanzkrise, weil die irakische Regierung aufgrund der Abhaltung des Referendums, der Zerstrittenheit mit der DPK und der Ölfrage nicht mehr bereit war, Geld in die ARK zu schicken. Dadurch wurden in erster Linie Staats- und Provinzangestellte sowie die kurdische Zivilbevölkerung Opfer des Machtkampfes zwischen der DPK auf der einen Seite und anderen politischen Gruppierungen in der ARK sowie der Zentralregierung in Bagdad auf der anderen Seite. Sie gingen zwar wieder auf die Strasse, um ihrem Unmut Ausdruck zu geben; an ihrer Situation änderten die Demonstrationen jedoch kaum etwas.

Masud Barzani, der zum ersten Mal nach 2003 eine herbe politische Niederlage hinnehmen musste, räumte schliesslich seinen Posten als Präsident der ARK. In einem Brief, den er Ende Oktober 2017 an das kurdische Parlament richtete, bat er um die Wahl eines Nachfolgers für ihn (Xebat, 29.10.2017, 5379, 1). Die Wahl eines neuen Präsidenten für die ARK konnte jedoch nicht durchgeführt werden, weil sich die DPK und die PUK in einem – auch medialen – Machtkampf befanden und ihre Beziehungen zum Zerreissen gespannt waren. Nach seinem Rücktritt richtete Barzani zudem ein Büro ein, das weiterhin wichtige Entscheidungen traf und das Schicksal der ARK beeinflusste. M. R. Amin beschreibt dies und die Folgen des Referendums folgendermassen:

> «Ich habe geschrieben, dass es nicht in unserem Interesse ist, das Referendum abzuhalten, weil es uns in vielerlei Hinsicht – wie unsere Beziehungen zu den internationalen und regionalen Akteuren, zu Bagdad, unsere Reputation usw. – schaden wird. Ich habe auch geschrieben, dass wir gegen Bagdad verlieren werden. Tatsächlich haben wir 51 Prozent der Gebiete, die im Kampf gegen Daesh unter die Kontrolle der Peschmerga gerieten, innerhalb von 24 Stunden verloren. Das Gute an diesem Referendum war, dass [Masud] Barzani zurückgetreten ist. Er kommt jetzt aber schleichend über das Barzani-Büro, das nun über die ARK herrscht, zurück. Der Chef des Barzani-Büros ist Masud Barzani, und sein Sohn sowie seine Neffen sind Mitglieder» (siehe Anhang 12).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Die Lage in der ARK blieb nach dem Referendum und den Ereignissen vom Oktober 2017 äusserst angespannt, weil die DPK die neue Führung der PUK um die Talabani-Familie als Verräter ansah und die PUK die DPK als rückständig und diktatorisch bezeichnete. Entsprechend nahmen die Differenzen zwischen den beiden rivalisierenden Parteien kontinuierlich zu und führten dazu, dass die Menschen in der ARK ein erneutes Aufflammen des Krieges befürchteten. Hinzu kam der Umstand, dass sich sowohl die PUK als auch *Gorran* nach dem Tod ihrer Anführer neu positionieren wollten und mit enormen internen Rivalitäten rangen. Ferner trat eine neue politische Bewegung namens *Jwlaneway Neway Nwe* (Neue Generationsbewegung, NGB) auf, die sich dem Kampf gegen die Korruption verschrieb. Sie konnte bei den Parlamentswahlen in der ARK vom 30. September 2018 gut abschneiden und 8 Sitze im kurdischen Parlament gewinnen. Der Gewinner der fünften Parlamentswahl in der ARK wurde aber erneut die DPK mit 45 Sitzen. Die PUK erhielt 21 Sitze, *Gorran* 12, die IGK 7 und die Liste der ‹Allianz für Reform›, die unter anderem die IUK miteinschloss, lediglich 5 Sitze; die restlichen Sitze gingen an die Minderheiten und kleinere Parteien (Mezhwy Halbzhardny Khwly Penjham 2018). Die angespannte politische Situation liess jedoch nicht zu, dass schnell eine neue Regierung gebildet werden konnte. Erst im Sommer 2019 konnten sich die Parteien auf die Konstituierung einer neuen Regierung einigen. Dabei wurde Masrur Barzani, der 1969 geborene Sohn von Masud Barzani, der neue Premierminister; Präsident der ARK wurde Nechirvan Barzani. Damit blieb die exekutive Macht erneut in den Händen der DPK und innerhalb der Barzani-Familie. Die ARK stand politisch wieder da, wo sie im Jahr 1992 angefangen hatte – mit dem einen Unterschied, dass die kurdischen Parteien Vertreter in Bagdad hatten und einige von ihnen gute Beziehungen zu den neuen Eliten des Irak aufgebaut hatten.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

6 Beurteilung des Nation-Building-Prozesses in der Autonomen Region Kurdistan

Die Analyse der Kurdenfrage im Irak und in der ARK zeigt, dass die kurdischen Fraktionen im Laufe des gesamten 20. Jahrhunderts nicht in der Lage waren, ihre Differenzen zu beseitigen und die Herausbildung eines von allen Gruppierungen und Gesellschaften getragenen kurdischen Nationalismus zu befördern. Nach 2003 bekamen die kurdischen Fraktionen in der ARK noch einmal die Gelegenheit, sich auf ein gemeinsames Konzept für die ARK zu einigen, was allerdings – wie im letzten Kapitel aufgezeigt – scheiterte. Die in der Kategorie 1 (K1) des Kodierleitfadens aus Tabelle 3 definierten Voraussetzungen für einen erfolgreichen Verlauf der Nationenbildung in der ARK sind nicht erfüllt. Einzig die Zeitung der DPK, «Xebat», bewertete die kurdische Selbstverwaltung in der Periode zwischen 2003 und 2018 als mehrheitlich positiv, während «Hawlati» und «Awene» sie negativ beurteilten. Dasselbe gilt auch für «Kurdistani Nwe», die Zeitung der PUK, die aufgrund der Flügelpolitik nie vollumfänglich hinter der Führung der ARK stand. Sie begann ab dem Jahr 2011 sogar, negativ über die Verwaltungsführung der ARK zu berichten, obwohl die PUK immer ein Teil der Regierung war. Abgesehen von Salam Abdullah zeigten sich alle Interviewpartner ebenfalls enttäuscht über die kurdische Art der Regierungsführung in der ARK und bewerteten sie als unzureichend. So konnten die Kodierregeln der K1, die für einen erfolgreichen Verlauf der Nationenbildung die Zustimmung aller Zeitungen und acht der elf Interviewten voraussetzten, nicht erfüllt werden.

Auch die Kodierregeln der Kategorie 2 (K2) wurden nicht eingehalten. Diese sehen eine positive Bewertung seitens einer der beiden Zeitungen der DPK und der PUK mit «Hawlati» oder «Awene» sowie sechs von elf Interviewten als Kriterium für einen Verlauf der Nationenbildung in der ARK in eine richtige Richtung vor. Entsprechend fanden nur die Kodierregeln der Kategorie 3 (K3), die sich auf eine gescheiterte Nationenbildung bezogen, Bestätigung. Acht der elf Interviewten und eine Zeitung der beiden Parteien sowie «Hawlati» bzw. «Awene» gaben Negativbewertungen ab. Als Negativbewertungen werden unter anderem Äusserungen der Unzufriedenheit der Interviewten und Zeitungen mit den politischen Entwicklungen in der ARK und bezüglich der Absenz einer gruppenübergreifenden kurdischen Identität

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

verstanden.[54] Da die vorliegende Arbeit in den vorhergehenden Abschnitten auf die Berichterstattungen aus den Zeitungen einging, wird sie sich in diesem Kapitel vor allem auf die Interviewaussagen fokussieren.

Die obigen Schlussfolgerungen führen dazu, dass die erste Hypothese, die besagt, dass der Nation-Building-Prozess in der ARK als erfolgreich abgeschlossen zu beurteilen ist, wenn mindestens die ersten zwei Voraussetzungen nach Hippler (integrative Ideologie und Integration einer Gesellschaft) erfüllt sind, zu verwerfen ist. Die zweite Hypothese, die beinhaltet, dass der Nation-Building-Prozess in der ARK als gescheitert zu bewerten ist, wenn mindestens die ersten zwei Voraussetzungen nach Hippler (integrative Ideologie und Integration einer Gesellschaft) nicht erfüllt sind, konnte hingegen bestätigt werden. Den Politikern der ARK, die mehrheitlich aus den Reihen der DPK und der PUK stammen, gelang es nicht, eine von allen Gruppierungen in der ARK anerkannte ‹integrative Ideologie› zu formulieren und die ‹Integration einer Gesellschaft› zu ermöglichen. Die Erfüllung dieser zwei Voraussetzungen, die nach Hippler eine Vorstufe der Staatenbildung darstellen, wäre notwendig gewesen, um die Nationenbildungsbemühungen in der ARK als erfolgreich zu beurteilen. Entsprechend ist es den herrschenden Parteien in der ARK nicht gelungen, eine gruppenübergreifende nationale Identität herauszubilden und aus bestehenden losen Gruppierungen eine nationale Gesellschaft zu formen. Die Existenz einer eigenständigen kurdischen Entität im Nordirak hat zwar dazu geführt, dass sich die neuen kurdischen Generationen kaum mit dem irakischen Staat identifizieren können, aber diese Gegebenheit konnte nicht ausgenutzt werden, um die Entwicklung einer einheitlichen kurdischen Identität zu ermöglichen. So blieb die Loyalitätsstruktur sowohl in der ARK wie auch im Irak ähnlich wie im 20. Jahrhundert: Die primäre Identität und Loyalität gelten der Familie, gefolgt vom Stamm, der Gemeinde, der Verwaltungseinheit, der Region oder dem Quartier, der Provinz, der ideologischen, politischen oder religiösen Anschauung, der Ethnie oder Sprache und schliesslich dem Staat.

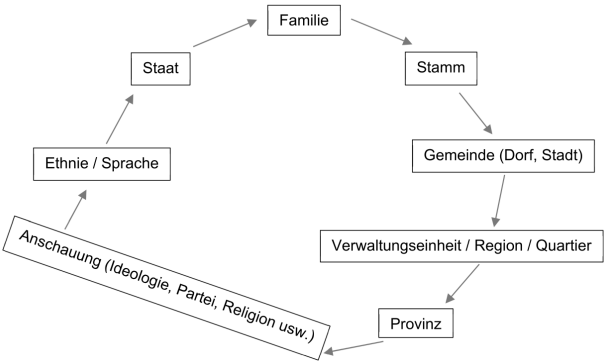
Einzig bei den Anschauungen ist es zu Verschiebungen gekommen: Der Einfluss von Scheichs und *Tariqats* wurde ab den 1950er Jahren zunehmend schwächer. Parteipolitische, konfessionelle und ideologische Zugehörigkeiten gewannen hingegen an Bedeutung. Diese Entwicklung hatte für die ARK ab dem Jahr 1994 einen negativen Effekt auf den kurdischen Nationalismus, weil die DPK und die PUK die Gesellschaft zusätzlich auseinandertrieben

54 Für eine genaue Erklärung der Negativbewertung siehe Definition der Kategorie 3 (K3) in Tabelle 3 und Hipplers Konzept der Nationenbildung in Abschnitt 2.2.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und mehr Macht für sich und ihre Anführer beanspruchten. Die beiden Parteien stärkten auch den Tribalismus, weil sie – ähnlich wie die irakischen Regierungen im 20. Jahrhundert – damit begannen, die rivalisierenden Stammesführer und Stämme für sich zu gewinnen und deren Loyalität zu erkaufen. Diese Politik führte dazu, dass viele Stämme und Anhänger der DPK und der PUK ihr ursprüngliches Wohngebiet verliessen und sich im Kontrollbereich der jeweiligen Partei ansiedelten. Ihnen widerfuhr damit ein ähnliches Schicksal wie unter den Bagdader Verwaltungen.

Abbildung 12: Identitätsstruktur im Irak und in der ARK[55]



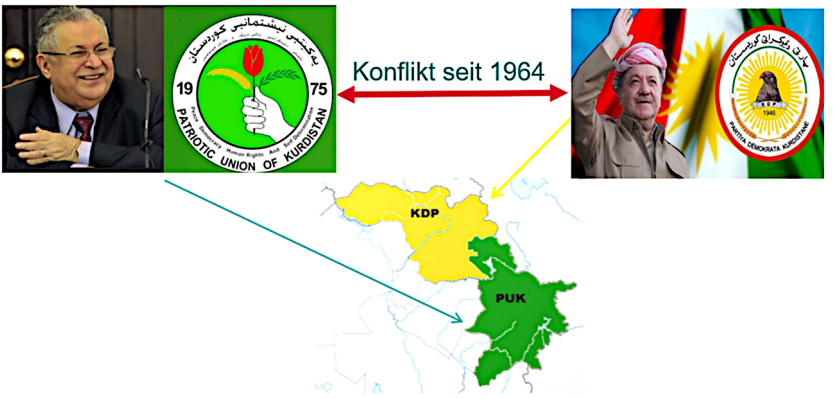
Quelle: eigene Darstellung

55 Bemerkung zur Abbildung 12: Die Identitätsbildung im Irak und in der ARK kann an der einen oder anderen Stelle von der aufgezeichneten Reihenfolge abweichen. Etwa 10 bis 20 Prozent der irakischen und kurdischen Gesellschaften interessieren sich kaum für Stammes- und Religionszugehörigkeit. Dieser kleine Teil der Bevölkerung lebt mehrheitlich in den grossen Städten wie Bagdad oder Sulaimaniya. Ferner ist in vielen Fällen möglich, dass es bei den Anschauungen Überschneidungen gibt: So kann eine Person konservativ, Muslim, Sunnit, Angehöriger eines *Tariqat* und letztlich einer Partei bzw. Gruppe sein, wie beispielsweise einige Angehörige der DPK oder der sunnitisch-arabischen Parteien oder Gruppierungen. Zwei Beispiele sollen illustrieren, wie genau die Gesellschaften im Irak und in der ARK funktionieren: Auf der irakischen Ebene kommt eine Person aus einer Familie, sie gehört einem bestimmten Stamm an, lebt in einer grossen Gemeinde (wie Bagdad), dort in einem Quartier (z. B. al-Karkh), in der Provinz Bagdad, ist Muslimin, Schiitin oder Sunnitin, Angehörige einer Partei oder normale Bürgerin, ist Araberin und schliesslich Irakerin. Auf der ARK-Ebene kommt eine Person aus einer Familie, sie gehört einem bestimmten Stamm an, lebt in einer Gemeinde, z. B. Kalar, damit in der Verwaltungseinheit Garmiyan und in der Provinz Sulaimaniya, die Person ist Muslimin, Sunnitin und gehört einem *Tariqat* an, sie sieht sich als Kurdin und schliesslich als Irakerin.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Eine Nationenbildung stand entsprechend kaum zur Debatte. Es konnte kein politischer Konsens über die Gestaltung der ARK generiert und kein angemessener Umgang mit den oppositionellen Gruppierungen und unzufriedenen Menschen gefunden werden. In der zentralistisch und teilweise gar absolutistisch regierten ARK liegt der Fokus bis heute primär auf den Bedürfnissen und Wünschen der eigenen Partei und ihrer Mitglieder. Das gilt im Übrigen auch für die politischen Parteien, Gruppierungen und Milizen im restlichen Irak. An einer demokratischen Entscheidungsfindung innerhalb der DPK und der PUK wurde in den letzten Dekaden kaum gearbeitet. So blieb Jalal Talabani bis zu seinem Tod im Jahr 2017 trotz langer Krankheit und entsprechender physischer Abwesenheit der Versitzender der PUK. Die DPK ihrerseits wird seit 1979 von Masud Barzani geführt. Diese Gegebenheit hatte im irakischen Kurdistan zur Folge, dass die DPK seit den 1960er Jahren mit dem Talabani-Clan zerstritten ist. Die Spannungen zwischen diesen beiden politischen Lagern führten nicht nur zu verschiedenen militärischen Auseinandersetzungen, sondern ab 1996 zu einer faktischen Teilung der ARK.

Abbildung 13: Zerstrittenheit der Talabani- und der Barzani-Familie



Quelle: DPK und PUK Einflusszonen (2018) und eigene Darstellung

Ab dem Jahr 2008 lehnten sich viele Menschen insbesondere in den Provinzen Sulaimaniya und Halabja gegen diesen politischen Zustand – also das Machtmonopol der DPK und der PUK, ihre schlechte Regierungsführung und ihre mangelhaften Dienstleistungen – auf. Jedoch erfuhren sie von den Bürgern aus den Provinzen Erbil und Dohuk keine Unterstützung.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

So ist die ARK nicht nur auf politischer, sondern auch auf gesellschaftlicher Ebene gespalten. Die unzufriedenen Bürger aus Sulaimaniya und Halabja bezeichneten diejenigen in Erbil und Dohuk als unsolidarisch. Die zunehmenden Spannungen zwischen der DPK und der PUK nach dem Referendum vom 25. September 2017 hatten zudem zur Folge, dass die PUK nun mehr Dezentralisierung oder gar eine direkte Zusammenarbeit mit der irakischen Regierung für ihr Kontrollgebiet fordert. Entsprechend überrascht es wenig, dass vermehrt Vorschläge aus Sulaimaniya für eine Dezentralisierung und mehr Macht für Kommunen, Gemeinden und Provinzen zu hören sind (Jamal et al. 2017; Jamal & Kaẓem 2020; KIE 2016; Zaki et al. 2020). Dr. Kawe Mahmud geht wie folgt auf diese Thematik und die Entwicklungen in der ARK zwischen 2003 und 2018 ein:

> «Es gibt einen Unterschied zwischen der Lage Kurdistans und den Herrschern Kurdistans. Die Behörden Kurdistans sind nicht gleich die inneren Gegebenheiten Kurdistans. […] Die kurdische Gesellschaft ist eine Klassengesellschaft und ist entsprechend von Klassenkämpfen geprägt. Sie ist auch eine Gesellschaft mit unterschiedlichen Identitäten. Wurde überhaupt etwas unternommen, um die Beziehungen zwischen diesen Identitäten gut zu regeln? Wenn man den Vergleich mit dem Irak zieht, hat man vielleicht Fortschritte erzielt. Diese reichen aber nicht aus, damit das Problem der Identitätsfrage der Gesellschaften in Kurdistan gelöst wird. Was die Verwaltung Kurdistans anbelangt, so ist sie auf dem Papier die Autonome Region Kurdistan, aber in der Realität wird sie aufgrund der gesellschaftlichen Gegebenheiten von den verschiedenen Regionen regiert. So haben wir beispielsweise bis heute noch praktisch die grüne und die gelbe Zone. Diese Zonen haben ihrerseits Einfluss auf die Verwaltung der Region und die Regierung. Entsprechend ist die Regierung nicht handlungsfähig. […] Das ist eine schlechte und abnormale Lage, die gelöst werden muss. […] Wenn wir allerdings keine funktionierenden Institutionen haben und dazu noch intransparent, korrupt und nicht in der Lage sind, die Peschmerga-Kräfte zu vereinheitlichen, werden wir auch jene Freunde auf internationaler Ebene verlieren, die sich aus Eigeninteresse für uns einsetzen» (siehe Anhang 6).

Dr. Mahmud Othman sieht das Problem nicht nur bei den Politikern der ARK, sondern auch bei den Nachbarstaaten des Irak, die seiner Meinung nach eine antikurdische Politik verfolgen:

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

> «Eine Person ist für die DPK, die andere für die PUK, noch eine andere für *Gorran* usw. Die Interessen der Parteien sind wichtiger als die Interessen der Kurden geworden. Wenn etwas für die Partei gut ist, wird es gemacht, auch wenn es für die Kurden schlecht ist. Wegen der Parteipolitik gibt es hier die Kontrollpunkte einer Partei, woanders von einer anderen Partei. Ein Projekt ist für diese Partei und ein anderes Projekt für eine andere usw. Die Parteien haben eigene Militärs. Bis heute konnten sie keine Verfassung verabschieden. In der irakischen Verfassung haben wir damals festgeschrieben, dass sie eine Verfassung schreiben können, aber das haben sie seit 15 Jahren aufgrund der Zerstrittenheit nicht geschafft. Aus diesen Gründen gibt es sehr viele Probleme. Sie konnten nicht die Peschmerga, die Sicherheitskräfte und die Polizei unter eine Führung bringen. Die DPK hat eigene Kräfte und die PUK hat auch eigene Kräfte. Obwohl wir eine Regierung haben, haben wir noch immer zwei Verwaltungen. Hier ist die gelbe Zone und ab Degela die grüne Zone. All diese Dinge und die Nachbarn sind das Problem. Die Türkei und Iran sind unsere Feinde, sie haben auch einen negativen Einfluss auf uns gehabt. Die Amerikaner und die anderen werden aus Rücksicht auf die Türkei nicht alles für uns machen, was wir wollen, andere aus Rücksicht auf Iran. Unsere geopolitische Lage zwischen der Türkei, dem Irak, Iran und Syrien hat dazu geführt, dass wir umzingelt sind. In diesen vier Ländern gibt es Kurden, deshalb kooperieren sie [die vier Staaten] immer, damit die Kurdenfrage nicht voranschreitet» (siehe Anhang 4).

Salahadin Bahadin ist der Ansicht, dass die kurdische Verwaltung die Erwartungen nicht zu erfüllen vermochte:

> «Es kann nicht geleugnet werden, dass sich das politische System und die Verwaltung in der ARK weiterentwickelt haben, aber es kann gleichzeitig nicht verschleiert werden, dass die Lage hätte besser werden sollen. Der Bürgerkrieg der machthabenden Parteien sowie der Kampf um die Einflussnahme und die Macht sind Gründe dafür, dass sich die ARK nicht besser entwickeln konnte. Aber auch die enge Parteipolitik, die Kontrolle des Marktes und der Wirtschaft seitens der Eliten der regierenden Parteien, die schwache Rechtsstaatlichkeit, die Verletzung der Menschenrechte sowie weitere Probleme und Schmerzen dieser Art haben dazu geführt, nicht dort anzukommen, wo dies nach 29 Jahren Verwaltungserfahrung zu erwarten wäre» (siehe Anhang 6).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Stran Abdullah wiederum macht die DPK und teilweise die irakische Regierung dafür verantwortlich, dass sich die Lage in der ARK nicht gemäss den Erwartungen entwickeln konnte:

> «Innenpolitisch hat die ARK aber leider sehr viele Probleme, in politischer, wirtschaftlicher, administrativer und finanzieller Hinsicht. Gut in der ARK ist die Sicherheit und teilweise auch der Demokratisierungsprozess. Die Demokratie entwickelt sich in der ARK. Was wir als grosses Problem in der ARK haben, ist die Verwaltung aus staatlicher und politischer Perspektive. Der politische Prozess in Kurdistan verläuft sehr schlecht. Wir haben weder eine gute Opposition, noch ist die Regierung gut. Die politischen Parteien kommen auch aus diesem Umfeld. Prozentual sind die Parteien, und innerhalb der Parteien vor allem die DPK, für 80 Prozent der Probleme in Kurdistan verantwortlich. Das heisst jedoch nicht, dass die PUK, *Gorran* und die anderen Parteien unschuldig sind. Der Irak ist auch verantwortlich für die Probleme von Kurdistan. Die Zentralregierung interveniert nur, wenn sie ihre eigenen Interessen in Gefahr sieht oder sich besser als die ARK darstellen will. Dies geschieht, obwohl die politische Lage in der ARK viel besser als die Lage im Irak ist […]» (siehe Anhang 7).

Salam Abdullah stellt als einziger Interviewpartner die Entwicklungen in der ARK in ein positives Licht. Das hängt mutmasslich damit zusammen, dass er aus den Reihen der DPK kommt:

> «Kurdistan hat in allen Belangen grosse Fortschritte gemacht. So gut entwickelt ist Kurdistan, dass die Schiiten und die sunnitischen Fraktionen uns sehr beneiden. Sogar Nuri al-Maliki sagte einmal, als er Kurdistan besuchte, dass wir im Luxus leben. Alle gewissenhaften Schiiten und Sunniten geben zu, dass Kurdistan weit fortschrittlicher ist als der Mittel- und Südirak. Auch die Politbeobachter und ausländischen Staaten sind der Ansicht, dass Kurdistan nun ein anderes Land ist und einen grossen Schritt nach vorne gemacht hat. Aber nach dem Aufstieg von Daesh sowie der Einfrierung des Budgets und der Löhne durch den Irak gab es in Kurdistan während vier Jahren eine Rezession. Nun laufen die Dinge langsam besser. Es gab in jener Zeit auch andere Probleme in Kurdistan, wie den Verfall des Ölpreises und die über eine Million Flüchtlinge, die wegen Daesh zu uns kamen. Aus diesen Gründen konnte sich Kurdistan nicht wie erwartet weiterentwickeln. Trotz alledem geht es uns in allen Belangen besser als dem Irak. Geh und schau dir Bagdad und Sulaima-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

niya, Erbil und Dohuk an. Schau dir deren und unsere Strassen usw. an. Wenn man in Erbil spazieren geht, hat man das Gefühl, dass man in einer europäischen Stadt ist. Du kommst aus der Schweiz und kannst das beurteilen» (siehe Anhang 8).

Abu Bakir Karwany, der sich als einen kurdischen Nationalisten bezeichnet, sieht die Leistung der DPK und der PUK weder auf der Ebene der ARK noch auf der irakischen Ebene als positiv an:

«Was in der ARK nach 2003 passierte, ist, dass die ARK in der irakischen Verfassung anerkannt wurde, die ‹umstrittenen Gebiete› in Süd-Kurdistan in der irakischen Verfassung zu ‹umstrittenen Gebieten› wurden und die ARK in dieser Angelegenheit die Schwäche des Irak nicht ausnützen konnte, um diese wichtige Frage zu lösen. Diese Gebiete waren bei den Gesprächen mit Bagdad niemals auf der Agenda der PUK und der DPK. Dazu kam, dass Kurdistan nach 2003 zwar einen wirtschaftlichen Aufschwung, jedoch keine wirtschaftliche Entwicklung erlebte. Es wurden Gebäude, einige Strassen und Freizeitparks errichtet, aber keine wirtschaftliche Infrastruktur wie Wachstum, Arbeitsstellen usw. aufgebaut. Zudem hat sich die ARK mehr als zuvor auf die Rentenwirtschaft und damit auf Ölgelder und weitere Einnahmen aus Bagdad konzentriert. Der Lebensstandard ist nach 2003 jedoch gestiegen und die ARK hat sich besser als der restliche Teil des Irak entwickelt. Da es aber keinen nachhaltigen Plan gab, sind nun die politischen Krisen explodiert, die Korruption hat sich massiv ausgebreitet und die Spuren der zwei getrennten Verwaltungszonen sind bis heute noch da» (siehe Anhang 9).

Mamosta Jaafar, der sich über mehrere Dekaden in den Reihen der PUK für die Kurdenfrage einsetzte, erläutert mehrere Faktoren, die ihm zufolge einen Einfluss auf das kurdische Anliegen haben: Sie reichen von den internationalen, regionalen und nationalen Mächten bis hin zu innerkurdischen Problemen. Mit den Entwicklungen in der ARK zwischen 2003 und 2018 ist er ebenfalls unzufrieden:

«So versuchen unsere Nachbarstaaten, uns immer Probleme zu bereiten. Auf der anderen Seite haben wir in Kurdistan jedoch das Problem der politischen und gesellschaftlichen Struktur, die die Kurden im eigenen Land gefangen hält. So konnten die kurdischen Kräfte im Jahr 2003 vom Zerfall des Saddam-Regimes und damit des irakischen Staates nicht profitieren, weil sie sich nicht einig waren. Das haben wir auch beim Referendum vom 25. September 2017 gesehen, als sich eine Gruppe

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

infolge der Einmischung einiger Staaten gegen das Referendum ausgesprochen hat. […] In der Geschichte vieler Länder können wir zwei Phasen beobachten: eine Phase des State-Building und eine Phase des Nation-Building. In Kurdistan haben wir, meiner Ansicht nach, keine einheitliche Nation. Damit meine ich, dass wir keine einheitliche und gruppenübergreifende nationale Institution haben. Was wir haben, ist eine Region, die die Menschen ein wenig verbindet, und ein Parlament, das leider keine Befugnisse hat. […] Wir haben seit 2003 nicht eine gemeinsame Stelle, die im Namen der Kurden spricht. Das gilt auch für Kirkuk. Nachdem wir 1991 unsere Freiheit erlangt haben, kam es 1994 zu Spannungen. Jede Seite wollte die alleinige Oberhand gewinnen und sich durchsetzen. Ich will dieses Thema nicht detailliert beschreiben. Es ist ersichtlich, dass wir es seit 2003 nicht geschafft haben, einige Organe zu fusionieren. Es wurden zwar einige Ministerien fusioniert, aber das Ministerium für Peschmerga-Angelegenheiten, die Sicherheitsapparate oder die Finanzfragen wurden nicht zusammengelegt […]» (siehe Anhang 10).

Divisionär B. M. Sidiq, der mittlerweile Generalsekretär des Ministeriums für Peschmerga-Angelegenheiten wurde, stellt seine Beobachtungen der Lage in der ARK wie folgt dar:

«Im wirtschaftlichen Bereich gibt es Fortschritte, aber ich konzentriere mich auf drei wichtige Aspekte: Erstens ist eine nationale Armee für die Kurden wichtig, national im wahrsten Sinne des Wortes. Heute bestehen unsere Kräfte aus der DPK und der PUK. Diese nehmen zwar, wie der Kampf gegen Daesh gezeigt hat, auch nationale Verteidigungsaufgaben wahr, aber wenn sie unter dem Einfluss einer Partei bleiben, wird der Soldat bei Streitigkeiten die eigene Partei verteidigen. Das macht mir Angst, auch wenn es eine Vereinbarung und Übereinkunft gibt, dass wir nie wieder zum Bürgerkrieg zurückkehren werden. […] Zweitens brauchen wir eine Nationalökonomie. Was wir in der ARK haben, ist eine Rentenwirtschaft. […] Drittens haben wir in der ARK glücklicherweise eine Regierung als Vollzugsorgan, ein Parlament als Gesetzgebungsorgan und eine Justiz als Rechtsprechungsorgan, aber diese Institutionen müssen gestärkt werden. Diese Organe sind meiner Meinung nach nicht stark genug, um handlungsfähig zu sein. Ihre Stärkung ist eminent wichtig, damit wir in Krisensituationen handeln können. Heute leiden wir beispielsweise unter der Corona-Krise. Wenn wir ein gutes Gesundheitssystem haben, können wir diese Krise einfacher überwinden» (siehe Anhang 11).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

M. R. Amin ist ein Verfechter der Demokratie und vertritt die Meinung, dass in erster Linie die Demokratie und die Bürgerrechte gewährleistet sein müssen. Entsprechend sieht er die Lösung der Kurdenfrage im Irak nicht in der Gründung eines kurdischen Staates, sondern in der Stärkung der demokratischen Bemühungen in Bagdad:

> «Ich bin der Ansicht, dass wir in der ARK wissen sollten, was wir wollen. Wenn wir gemäss der irakischen Verfassung ein wichtiger Teil des Irak sind, wieso sollen wir nicht versuchen, die Demokratie im Irak in allen Hinsichten voranzutreiben? Das heisst, dass wir den Föderalismus, die Demokratisierung, die menschlichen und natürlichen Ressourcen fördern sowie alle wichtigen Fragen per Gesetz regeln. […] Wichtig ist, dass es Bürgerrechte gibt und alles auf der Grundlage der Verfassung sowie des Gesetzes geregelt wird. Selbst wenn wir zukünftig nicht ein Teil des Irak bleiben wollen, weil wir uns im Irak nicht gleichberechtigt behandelt fühlen, ist es für uns besser, wenn der Irak ein demokratischer Staat ist. Denn mit den demokratischen Staaten hat man grundsätzlich weniger Probleme als mit den nicht demokratischen Staaten. Eine Mehrheit der kurdischen Parteien ist jedoch der Ansicht, je schlechter es dem Irak geht, desto besser sei es für die Kurden. Ich sehe es genau umgekehrt. Je besser es dem Irak geht, desto besser ist es für uns Kurden. […] Wenn die Nachbarn nett sind, dann hat man auch Ruhe. Wenn sie jedoch schlimm sind, dann geht es dir auch nicht gut. Ich bin dafür, dass die Völker friedlich zusammenleben. Mich interessiert nicht, ob Kurdistan ein unabhängiger Staat wird oder nicht. Was mich interessiert, ist, dass sowohl im Irak als auch in der ARK gut regiert wird» (siehe Anhang 12).

Laut Amin trifft das aber weder auf die ARK noch auf den Irak zu:

> «Was wir sowohl in der ARK als auch im Irak als Problem haben, ist die Demokratisierung des politischen Systems. Die Verfassung ist demokratisch, aber das politische System ist eine Mischung aus Oligarchie, Diktatur, Konfessionalismus usw. Das System in der ARK und im Irak ist so hybrid, dass keine Bezeichnung richtig zu ihm passt. […] Auf geopolitischer Ebene ist das kurdische Gebiet das schwächste Gebiet in dieser Region, weil es auf vier Länder verteilt ist, keinen Zugang zum Meer hat und die kurdische Bevölkerung [im jeweiligen Land] in der Minderheit ist. So ist der richtige Weg, dass wir versuchen, friedlich mit den anderen Entitäten und Mehrheiten zusammenzuleben. Das können wir im Irak

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

im Rahmen der irakischen Verfassung tun. Bei uns in der ARK wird der Staat heiliggesprochen. Man geht davon aus, dass wir gar keine Probleme mehr haben werden, wenn wir einen unabhängigen Staat haben. Der Staat wird aber unsere Probleme nicht lösen. Vielmehr wird er uns mehr unterdrücken, weil der Barzani-Clan wie gesagt einen Staat nach saudischem und katarischem Vorbild will. Ein solcher Staat wird nicht anständig sein, weil er einer einzigen Familie zur Verfügung stehen muss und nicht den Bedürfnissen der Gesellschaft. […] In der ARK muss es eine Änderung geben. Diese zwei Herrscher- bzw. Oligarchenfamilien sind sehr rückständig und können nicht gut regieren. Sie verlassen sich nur auf das Öl und wollten sogar mit dem Öl einen Staat gründen. Aber mit dem Öl kannst du gar nichts machen, weil weder sein Preis noch sein Markt in deiner Hand ist. Es ist eine Utopie, sich auf etwas zu verlassen, über das andere durch die Verkaufsmengen, die Produktion und die Preise entscheiden. Für die Staatsgründung braucht es einen Nachhaltigkeitsplan, der von regelmässigen und kaum schwankenden Einnahmen abhängt. Jährliche Budgetierungen müssen demnach mindestens zu 90 Prozent treffsicher sein. […] Diese zwei Herrscherfamilien wollen in der ARK eine Rentenökonomie, weil sie die Gesellschaft vom Staat abhängig macht. Anstatt dass die Regierung von den Einnahmen aus der Gesellschaft abhängig ist, sind die Menschen von der Regierung abhängig. Diese Fehlentwicklung muss korrigiert werden, aber sie wird unter der Herrschaft dieser zwei Oligarchenfamilien nicht korrigiert» (siehe Anhang 12).

Dr. Faiq Gulpy vertritt in Bezug auf die Entwicklungen in der ARK ähnliche Ansichten wie Amin:

«Gemäss der irakischen Verfassung muss die ARK eine Verfassung haben, aber sie hat bis heute keine, weil die kurdischen Machthaber sie ignoriert haben. Meiner Ansicht nach ist der grösste Fehler der ARK, dass sie keine Verfassung hat. Gemäss der irakischen Verfassung muss die Erdöl- und Gasgewinnung in der ARK in Zusammenarbeit zwischen der ARK und der Zentralregierung erfolgen. Aber die Regierung der ARK hat ohne Wissen und Einverständnis der irakischen Regierung unter dem Deckmantel der wirtschaftlichen Autonomie mit Ankara einen Vertrag für 50 Jahre abgeschlossen, der den Ölexport über die Türkei erlaubt. Das Referendum der ARK über die Unabhängigkeit war ein weiterer Schritt, der dazu führte, dass die ARK vorläufig politisch isoliert wurde und wirtschaftlich in eine Krise geriet. Zudem war Kirkuk nach

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

dem Sturz des Saddam-Regimes im Jahr 2003 faktisch unter kurdischer Kontrolle, aber die Kurden haben das Gebiet aufgrund der undemokratischen und parteilichen Politik der kurdischen Herrscher innerhalb von ein paar Stunden verloren. Gemäss der jüngsten Entwicklung ist die ARK bereit, dem Irak das Öl der ARK zu übergeben, wenn Bagdad die Löhne der Angestellten der ARK auszahlt. Damit erklärt die ARK das Scheitern ihrer wirtschaftlichen Politik. All die erwähnten negativen Entwicklungen zeugen davon, dass die Politik in der ARK keine gesetzliche, verfassungsmässige, demokratische und nationale Grundlage hat. […] Die gescheiterte Politik der Verwalter der ARK im Namen der Kurden und des kurdischen Nationalismus hat dazu geführt, dass die Leute in Kurdistan weder den kurdischen Nationalismus noch die Unabhängigkeit Kurdistans wollen. […] Die Herrscher in der ARK verwalten das Land auf der Basis der Partei- und Stammespolitik sowie des Regionalismus. Dies ist ein politisches System aus der Zeit vor der Nationenbildung. In der ARK gibt es kaum nationale Institutionen. Die Organe der Parteien und der Stämme sind sehr stark» (siehe Anhang 13).

Die Schlussfolgerungen von Taufiq Karim zu der kurdischen Selbstverwaltung zwischen 2003 und 2018 weichen kaum von den Aussagen von Amin und Gulpy ab:

«Wenn wir die kurdische Verwaltung mit der Umgebung, insbesondere dem Mittel- und Südirak, vergleichen, dann hat sie den Umständen entsprechend gute Fortschritte gemacht. Aber auf der politischen Ebene konnten die kurdischen Führer nicht staatsmännisch mit den Gelegenheiten und Gegebenheiten umgehen. Es wird verwaltet, aber die Zerstrittenheit der Parteien hat dazu geführt, dass immer die Interessen der Parteien, der Personen und der Elite innerhalb der Parteien verfolgt werden. Es wurden auf zwei Ebenen Fortschritte erzielt: Erstens liess die Verwaltung auf materieller Ebene beispielsweise nicht zu, dass Leute, wie in einigen Teilen des Irak, hungern, und zweitens ist die Sicherheit gewährleistet. Aber auf der politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Ebene haben die kurdischen Führer bewiesen, dass sie nicht in der Lage sind, einen Staat zu führen. […] Die kurdischen Führer meinen, dass die Kurden etwa 5 Millionen sind. Davon scheinen aber über 1,7 Millionen ihre Löhne vom Staat zu beziehen. Es scheint so, als hätten die Kinder auch die Löhne ihrer Eltern. Wir scheinen auch mehrere Hunderttausend Pensionierte und andere Empfänger von staatlichen Zahlungen zu haben. Diese Zahlen werden auf der internationalen

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

> Ebene nicht ignoriert. Die kurdischen Führer haben nichts in die wirtschaftliche Infrastruktur investiert. Wenn die Grenzen für einen einzigen Tag schliessen, entsteht ein Chaos bei uns und die Leute bekommen Angst. So gesehen haben die gute Sicherheitslage und die materiellen Absicherungen, worauf die kurdischen Führer sehr stolz sind und welche sie immer wieder betonen, keine wissenschaftliche bzw. feste Grundlage. Die Lage kann sich jederzeit verschlechtern. Es kann zudem jederzeit wieder zu einem Bürgerkrieg zwischen der DPK und der PUK bzw. innerhalb der verschiedenen Parteien kommen. Es kann auch jederzeit geschehen, dass Bagdad die Löhne nicht auszahlt und die ARK diese somit auch nicht auszahlen kann» (siehe Anhang 14).

All diese Einschätzungen und die Analyse zu den Entwicklungen in der ARK zwischen 2003 und 2018 lassen die Behauptung zu, dass die kurdische Selbstverwaltung im Bereich der Nationenbildung gescheitert ist. Sie zeigen auch, dass die ethnische Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe allein nicht ausreicht, um eine erfolgreiche Herrschaftsform aufzubauen. Die sozioökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen, die sich seit Jahrzehnten verfestigt und in ihrer Heterogenität kaum verändert haben, können nur durch den starken Willen der politischen Eliten angepasst werden. Dieser Wille ist in der ARK nicht vorhanden. Entsprechend bleiben die Kurden im Irak des 20. und 21. Jahrhunderts aufgrund der unterschiedlichen politischen Ausrichtungen, tribalen Strukturen, Dialekte und Loyalitäten eine uneinheitliche Gruppe ohne einen gruppenübergreifenden gemeinsamen Nenner. Zudem leben auch andere Minderheiten in den von den Kurden besiedelten Gebieten, weshalb die Stärkung der föderalistischen Strukturen im Irak die einzige vernünftige Lösung für die Kurdenfrage und den Irak als heterogener Staat ist. Im nächsten Kapitel wird nicht nur auf die Entwicklung der Kurdenfrage im Irak, sondern auch auf die Konsensdemokratie, die Probleme des irakischen Staates sowie die föderalistische Konsensdemokratie als eine mögliche Lösung für den Irak eingegangen. Die Geschichte der Entstehung der Schweizer Verfassung und die Gründe für den Aufstieg und Untergang des IS werden ebenfalls näher betrachtet, um die Chancen und Gefahren für die Zukunft des Irak zu eruieren.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

7 Beurteilung der irakischen Konsensdemokratie und der Kurdenfrage im Irak

In Kapitel 4 wurden sowohl die irakische Art der Konsensdemokratie als auch die Entwicklung der Kurdenfrage im Irak zwischen 2003 und 2018 erläutert. Dabei zeigte sich, dass die Konsensdemokratie im Irak aus unterschiedlichsten Gründen unvollständig ist und unter anderem deswegen keine Bemühungen zur Nationenbildung eingeleitet werden konnten. Das Fehlen eines Zweikammersystems und dezentraler Strukturen stellt auf verfassungsrechtlicher Ebene eine der Hauptschwächen der irakischen Neuordnung dar. Das dürfte an der fehlenden Begeisterung der meisten schiitischen und sunnitischen Fraktionen bei der Entstehung der irakischen Verfassung gegenüber der von kurdischer Seite eingebrachten Idee eines föderalen Staates mit regionalen Gliederungen liegen. Nur Vertreter linker und säkularer Gruppierungen sowie Repräsentanten der religiösen Minderheiten hatten sich dafür ausgesprochen, dass sich föderale Regionen herausbilden sollten.[56] Infolgedessen entstand ausser der ARK keine weitere autonome Region im Irak. Ein weiterer Grund für das Ausbleiben des Aufbaus weiterer regionaler Regierungen ist die Zentralität des irakischen Staates. Ferner formierten sich 14 der heute 18 Provinzen des Irak direkt nach der Gründung des irakischen Königreichs im Jahr 1921. Dadurch war es von Beginn an kaum wahrscheinlich, dass die Provinzen ihre Persönlichkeit und Selbstverwaltung zugunsten einer grösseren Region abgeben würden, ohne Gewissheit über deren Funktionalität zu haben. Entsprechend hilft es wenig, dass Artikel 119 der irakischen Verfassung vorsieht, dass eine Region auch aus nur einer einzigen Provinz entstehen darf. Denjenigen Provinzen, die nicht Teil einer Region werden oder selbst eine Region bilden, gewährt die Verfassung in Artikel 122 lediglich eine minimale Autonomie im Bereich der Administration und Finanzen. Weitere Kompetenzen von Provinzen und Regionen klärt die Verfassung kaum. Diese sind durch das irakische Parlament gesetzlich zu regeln. Alle Provinzen des Irak ausser der ARK

56 Zur Position der verschiedenen irakischen und kurdischen Fraktionen in Bezug auf die Entstehung der irakischen Verfassung im Jahr 2005 siehe das Buch des kurdisch-irakischen Forschers A. K. Rasul über die politischen Rechte in den irakischen Verfassungen von 1921 bis 2005 (Rasul 2012, 396 ff.).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

haben sich bis anhin weder einer Region angeschlossen noch sich als eine solche konstituiert. Aus diesem Grund unterstehen sie noch immer direkt der Bagdader Verfügungsmacht.

Die auf dem föderalistischen Konzept beharrenden kurdischen Parteien DPK und PUK wollten in erster Linie durchsetzen, dass die ARK in der irakischen Verfassung anerkannt und als ein souveränes und handlungsfähiges politisches Organ akzeptiert wird. Sowohl die DPK und die PUK als auch die kurdischen Bevölkerungsgruppen vertrauten dem neuen irakischen Staat allem Anschein nach nicht, weil sie diesen von 1918 bis 1991 kaum zu beeinflussen vermochten und unter früheren Bagdader Regierungen gelitten hatten. Zu diesem Ergebnis kam auch eine informelle Abstimmung über die Unabhängigkeit der ARK vom irakischen Staat im Jahr 2005, bei der über 98 Prozent der Stimmberechtigten für den Aufbau eines souveränen irakischen Kurdistan votierten. Eine Umfrage der Zeitung «Hawlati» ergab, dass die Teilnehmer eine US-amerikanische Verwaltung über den Irak präferierten, sollte die ARK Teil des irakischen Staatsgebietes bleiben (vergleiche dazu Abschnitt 4.2). Dass die DPK und die PUK zerstritten waren und die ARK bereits ab 1996 informell unter sich aufgeteilt hatten, schien für die kurdische Zivilbevölkerung Anfang der 2000er Jahre kaum von Bedeutung gewesen zu sein. Sie sahen nur in der Intervention der internationalen Truppen und dem Sturz der irakischen Regierung im Jahr 2003 die Gelegenheit, sich vom irakischen Zentralstaat abzuspalten. Um dieser Gesinnung entgegenzuwirken, waren die Amerikaner bereit, die kurdischen Kräfte Einfluss auf die Entstehung der irakischen Verfassung nehmen zu lassen. Dies führte dazu, dass einige kurdische Intellektuelle, Nationalisten und die Zeitung «Hawlati» mit der irakischen Neuordnung nicht zufrieden waren. Sie alle setzten sich für einen unabhängigen kurdischen Staat ein.

Folglich trat die erste Kategorie (K1, starke Zustimmung für den neuen Irak) des in Tabelle 3 definierten Kodierleitfadens nie für den Irak ein. Diese sieht nämlich vor, dass in der ARK regelmässig positiv über die Entwicklungen im Irak berichtet wird, die Berichterstattungen in allen drei Zeitungen positiv sind und zehn bis elf Interviewte positiv über den neuen Irak sprechen. Während sich die DPK und die PUK mit dem irakischen Neubeginn zufriedengaben, waren «Hawlati» und die meisten Interviewten der Auffassung, dass die ARK einen Plan für ihre Unabhängigkeit hätte entwerfen sollen, anstatt dem Irak bei seinem Neuaufbau zu helfen (bezogen auf den Zeitraum von 2003 bis 2010). Auch die zweite Kategorie (K2, Zustimmung) konnte nicht bestätigt werden, weil die DPK ab 2011 begon-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nen hatte, den irakischen Staat und die irakische Verwaltung für unfähig zu erklären, die Probleme des Irak und die Kurdenfrage jemals zu lösen (bezogen auf den Zeitraum von 2011 bis 2018). Einzig die dritte Kategorie (K3, Ablehnung), wonach in der ARK sporadisch über die Entwicklungen im Irak berichtet wird, die Berichterstattungen in zwei der drei Zeitungen negativ sind und sechs von elf Interviewten negativ über den neuen Irak reden, fand Bestätigung. So begannen die Zeitungen «Xebat» und «Hawlati» im Laufe der Zeit immer weniger über die Ereignisse im Irak und deutlich mehr über die Aktivitäten in der ARK zu schreiben (bezogen auf den Zeitraum von 2008 bis 2018). Wenn «Xebat» und «Hawlati» den Irak thematisierten, war die Berichterstattung selten positiv. Die Zeitung «Hawlati», die damals unter der Leitung von säkularen kurdischen Intellektuellen und Nationalisten stand, lehnte die irakische Neuordnung unter anderem aufgrund des Einflusses der schiitisch-religiösen Gruppierungen auf den Staat ab. Die vierte Kategorie (K4, starke Ablehnung), die unter anderem eine regelmässig negative Berichterstattung aller drei Zeitungen über den Irak und die Zustimmung von zehn der elf Interviewten zu der Einschätzung, dass die irakische Neuordnung schlecht verlief, zum Inhalt hatte, konnte nicht bestätigt werden. Die PUK hatte nicht nur den Posten des irakischen Präsidenten inne und versuchte entsprechend als eine Partei aller irakischen Bevölkerungsschichten zu agieren, sondern sah auch im irakischen Staat ab 2017 aufgrund zunehmender Streitigkeiten mit der DPK die Möglichkeit, die Macht der DPK in der ARK zu schwächen. Ferner sprachen zehn der elf interviewten Personen zu keinem Zeitpunkt negativ über den neuen Irak (im Zeitraum von 2003 bis 2018).

Diese Situationsbeschreibung führt zu der Erkenntnis, dass die dritte Hypothese, der zufolge der Nation-Building-Prozess im Irak als gescheitert zu beurteilen ist, wenn er von der ARK nicht getragen wird, bestätigt werden kann. Auch die vierte Hypothese, nach der das Konzept der Konsensdemokratie keine geeignete Lösung für den Irak und die Kurdenfrage bietet, wenn die Säulen des Föderalismus (Dezentralisierung und Bikameralismus) nicht gegeben sind, lässt sich bestätigen. Bezüglich der dritten Hypothese war ausschlaggebend, dass die Nationenbildungsbemühungen im Irak ab 2011 von der ARK nicht mehr getragen wurden; bezüglich der vierten war entscheidend, dass die irakische Art der Konsensdemokratie die Herausbildung eines Dezentralismus und eines Bikameralismus als wichtigste Säulen des Föderalismus verunmöglichte. Unter anderem aus diesen Gründen scheiterte im Irak des 21. Jahrhunderts der Nationenbildungsprozess. Der Aufbau einer integrativen Staatsideologie, die Integrati-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

on der Staatsbürger in eine einheitliche Gesellschaft und eine erfolgreiche Staatsbildung mit einem funktionsfähigen und einem das Staatsgebiet tatsächlich kontrollierenden Staatsapparat misslangen. Den irakischen Neubeginn als gänzlich gescheitert zu verurteilen, wäre jedoch zu kurz gegriffen. Die Irakerinnen und Iraker haben es trotz der chaotischen Zustände mit der Unterstützung der Amerikaner im Jahr 2005 geschafft, eine irakische Verfassung zu verabschieden, die mittlerweile von den meisten politischen Parteien und Gruppierungen als eine gute Grundlage für die Zusammenarbeit im Irak bezeichnet wird. So konnten die kurdischen Parteien nach dem Referendum von 2017 dank der Rahmenbedingungen der irakischen Konstitution ein neues Kapitel der Kooperation mit der irakischen Zentralregierung aufschlagen. Dasselbe gilt auch für die sunnitischen Araber, die nach ihren schmerzhaften Erfahrungen unter der Herrschaft des IS froh waren, dass im Irak zumindest diese ausgewogene Verfassung galt, die ihnen ihre Rechte garantiert. Zu erwähnen ist, dass es den kurdischen Fraktionen in der ARK trotz finanzieller, politischer und militärischer Unterstützung der Amerikaner bis heute nicht gelungen ist, sich auf ein Grundgesetz für ihre Region zu einigen.

Angesichts dieser Lage wurde die irakische Konstitution trotz ihrer Mängel und der unter den Befragten vorherrschenden kurdisch-nationalistischen Gesinnung von den meisten Interviewten als ein gutes Fundament für die Lösung der irakischen Probleme bezeichnet. Das dürfte damit zusammenhängen, dass viele kurdische Forderungen in der Verfassung verankert wurden. Doch weil sie nicht umgesetzt wurde und im Bereich des Föderalismus bedeutende Lücken aufweist, ist es für die Zukunft des Irak von hoher Relevanz, dass die Bundesverfassung in einigen Bereichen revidiert wird. Rasul schlägt in seinem Buch über das Zweikammersystem in föderalistischen Staaten vor, bei einer möglichen Revision des irakischen Grundgesetzes in erster Linie die verfassungsrechtlichen Grundlagen für den Aufbau des Bundesrates bzw. der zweiten Kammer zu schaffen. Er kritisiert die irakische Konstitution dahingehend, dass in ihr keine starke Voraussetzung für die Bildung der zweiten Kammer etabliert wurde (Rasul 2013, 362). Ferner kommt er zu dem Schluss, dass der Irak innerhalb von 20 untersuchten föderalistischen Staaten das einzige gemäss der Verfassung föderalistische Land ist, in dem keine verfassungsrechtliche Basis für die Gründung einer zweiten Kammer verankert ist (ebd., 356). Entsprechend findet sich unter diesen 20 Staaten nur im Irak lediglich ein Repräsentantenhaus und kein Haus für die Vertreter der Provinzen bzw. Gliedstaaten (ebd., 149).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

In der heutigen Form ermöglicht die irakische Verfassung zwar das Zusammenleben der verschiedenen Gruppierungen auf dem Staatsgebiet des Irak, löst aber die Probleme des Landes nicht, weil sie in erster Linie nicht den irakischen Provinzen, sondern etwaigen Regionen eine weitreichende Autonomie zusichert. Wie bereits erwähnt, gibt es im Irak nur die ARK, und es ist unwahrscheinlich, dass es zur Gründung von weiteren autonomen Regionen kommt. Dies und die fehlenden verfassungsrechtlichen Grundlagen haben die Entstehung einer zweiten Kammer verhindert. Stran Abdullah spricht in diesem Kontext nicht nur die politische Kultur als ein Hindernis für die Demokratisierung des Irak an. Er geht auch auf eine mögliche Revision der Verfassung zugunsten einer Erweiterung der demokratischen Prozesse ein. Ferner sieht Abdullah in der irakischen Konstitution ein potenzielles Instrument für ein Teilgebiet des Irak, den Weg der Sezession einzuschlagen. Auf die Frage, ob die irakische Verfassung eine Lösung für die Kurdenfrage im Irak biete, antwortet er wie folgt:

> «Ja, die Verfassung kann 98 Prozent der Kurdenfrage lösen. Zwei Prozent, die eigentlich einfach zu lösen wären, bleiben für die Iraker. Die Verfassung gewährleistet den Kurden sogar still das Selbstbestimmungsrecht, indem sie besagt, dass die Verpflichtung zur Verfassungstreue die Einheit des Irak garantiert. Das würde implizit heissen, dass die Entitäten im Irak die Möglichkeit zur Abspaltung hätten, wenn die Verfassungstreue nicht mehr gewährleistet ist. Dass ein solcher Schritt nicht von allen Irakern hingenommen wird, haben die Ereignisse nach dem kurdischen Referendum gezeigt. […] Die irakische Verfassung löst viele Probleme des Irak, aber sie ist aus dem amerikanischen Himmel gefallen. Denn die Realitäten im Irak sagen etwas anderes als die Verfassung. Und eine Kultur der Demokratie gibt es im Irak bis heute noch nicht. Die türkische Demokratie beispielsweise ist fortgeschrittener als die irakische, obwohl die irakische Verfassung demokratischer als die türkische ist und den Kurden im Gegensatz zur Türkei alle Rechte gibt. […] Im Irak haben wir keine Mehrheit der Demokratie, sondern eine Mehrheit der Schiiten, weil die Probleme der irakischen Entitäten nicht gelöst wurden. Die irakische Verfassung braucht zwei Dinge: erstens eine historische Sitzung aller Iraker, um alle Probleme wie beispielsweise die ‹umstrittenen Gebiete› usw. zu lösen. […] Zweitens müssen die Individualrechte usw. gewährleistet werden, damit irakweite Parteien und Verbände gegründet werden. Durch diese zwei Schritte werden nicht nur alle Probleme des

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Irak, sondern auch 98 Prozent der kurdischen Probleme gelöst» (siehe Anhang 7).

Dort, wo die irakische Verfassung eine angemessene verfassungsrechtliche Grundlage zur Schaffung neuer Behörden bietet, funktioniert die betreffende Institution gut. Dies zeigen die Erfahrungen mit dem irakischen Obersten Bundesgericht. Divisionär B. M. Sidiq bestätigt dies und geht ferner auf den etwaigen Einfluss der politischen Kultur auf den Demokratisierungsprozess und die Frage der Verfassung als Lösungsansatz für den Irak ein:

> «Ich bin der Ansicht, dass die Lösung der Kurdenfrage im Irak von der Mentalität und Kultur der Menschen im Land abhängt. Sind die Menschen im Irak bereit, einander zu akzeptieren, wie es in der Schweiz der Fall ist, wo es Deutschsprachige, Französischsprachige und andere Minderheiten gibt? Haben wir nicht Erfahrungen damit, was passiert, wenn die Sunniten oder die Schiiten die Oberhand gewinnen? Wurde etwas unternommen, damit wir die irakische Demokratie, die wir haben, weiterentwickeln? Das heisst, dass die Kultur eine entscheidende Rolle spielt. Nur auf die Verfassung als höchstes Gesetz kann bei Problemen zurückgegriffen werden. Wir haben auch das Bundesgericht und das Parlament. Auch wenn die Verfassung nicht umgesetzt, sondern verletzt wird, ist sie die einzige Garantie für den Schutz aller Entitäten im Irak. Auch dank dem Bundesgericht kann bei Unklarheiten eine differenzierte Auslegung für die einzelnen Artikel der Verfassung ermittelt werden. Entsprechend ist die Verfassung für die Lösung der Kurdenfrage gut. Von ihr abgesehen haben wir kein anderes Dokument» (siehe Anhang 11).

Die Schweiz als gutes Beispiel für das Gelingen der politischen Integration von Gruppierungen mit unterschiedlichen Hintergründen wird nicht nur in der Wissenschaft hoch gelobt, sondern auch von weiteren interviewten Personen, wie Salam Abdullah und Mamosta Jaafar. S. Abdullah meint:

> «Wie ich dir zu Beginn gesagt habe, wir wollten in diesem Land unter der Voraussetzung leben, dass es demokratisch ist. Du lebst in der Schweiz. Wieso wollen dort die Italienischsprachigen, die Deutschsprachigen und die Französischsprachigen keine Sezession? Weil sie all die Selbstbestimmungen, Freiheiten und Rechte haben, die sie wollen. Entsprechend wollen sie selbst Teil der Schweiz bleiben. Wieso scheiterten die Referenden über die Unabhängigkeit in Québec und in Schottland? Weil sie all ihre Rechte hatten. Wenn man in einem Land lebt, in dem man Rechte und Freiheiten hat, braucht man keine Unabhängigkeit. Es

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

> gibt kaum ein Land, das aus einer einzigen Nation besteht. Schau die Vereinigten Staaten von Amerika an. Da leben fast alle Nationen der Welt und sie sind einer der modernsten Staaten der Erde» (siehe Anhang 8).

Und M. Jaafar äussert sich zur Schweiz wie folgt:

> «Wieso entschieden sich in der Schweiz nicht die Deutschsprachigen, die Italienischsprachigen, die Französischsprachigen und die Rätoromanen, einen [eigenen] Staat aufzubauen? Wieso bleiben sie zusammen? Die Französischsprachigen könnten ja ein Referendum darüber abhalten, ob sie nicht ein Teil von Frankreich sein wollen. Oder die Italienischsprachigen das Gleiche. Sie machen das nicht, weil sie seit über 100 Jahren sehen, dass es im Interesse der Kantone ist, ein Teil der Schweiz zu sein und zusammenzuleben. Es ist aber nicht in unserem Interesse, ein Teil des Irak zu sein. Unser Öl wird verschwendet und unser Land wird zerstört, aber wir können nichts machen. Iran kann verhindern, dass Wasser nach Kurdistan fliesst. Wir können nichts machen, weil Iran sich mit dem Irak über die Dinge einigt und nicht mit uns. Deshalb ist es sehr schlecht, ein Teil solcher Länder zu sein» (siehe Anhang 10).

Die kurdischen Fraktionen scheinen sich eine Demokratieform für den Irak zu wünschen, die der Schweizer Konsensdemokratie stark ähnelt. Die Schweiz ist allerdings nicht nur für die Interviewten, sondern auch für einen breiten Teil der politisch interessierten kurdischen und irakischen Bevölkerung, wie Politikerinnen und Politiker, Akademikerinnen und Akademiker sowie Politbeobachterinnen und -beobachter ein Vorbild, wenn es um die politische Integration der Minderheiten und die Lösung der Heterogenitätsfrage geht. Folglich erscheint es sinnvoll, auf die Entstehungsgeschichte der Schweizer Konsensdemokratie vertieft einzugehen und jene Faktoren näher zu beleuchten, die zur Herausbildung des Schweizer Erfolgsmodells im Jahr 1848 beigetragen haben. Ein kurzer Rückblick auf die historischen Etappen der Schweizer Demokratie ist für die Ergründung des Gelingens der tatsächlichen Integration der verschiedenen Gruppierungen und deren Entwicklung im Laufe der Zeit unumgänglich.

Laut dem Mythos der ersten Feierlichkeiten zum 600-jährigen Geburtstag der Schweiz aus dem Jahr 1891 beginnt die Schweizer Geschichte lange vor dem Jahr 1848, nämlich am 1. August 1291. Gefeiert wurde damals der Bundesbrief aus dem Jahr 1291, der den Schwur der Landesleute der drei ‹Waldstätten›, Uri, Schwyz und Unterwalden, auf der Rütliwiese am Vierwaldstättersee festhielt. Darin gelobten sich die ‹drei Eidgenossen›, ihr

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Land vor Eindringlingen und Unrechtherrschaft der landfremden Fürsten zu schützen (Reinhardt 2014, 33 ff.). Um dieser Legende mehr Strahlkraft zu verleihen und die Politikerinnen und Politiker an die Werte der Gründungsväter zu erinnern, wurde im Jahr 1914 im Mittelpunkt der Kuppelhalle des Bundeshauses in Bern eine über 24 Tonnen schwere Statue des Genfers James Vibert[57] aufgestellt. Die vier Wächter der Skulptur symbolisieren die vier Landessprachen der Schweiz. Obwohl die Erzählung umstritten ist, war sie gegen Ende des 19. Jahrhunderts notwendig, um das nationale Bewusstsein der Schweizer zu stärken und den Stimmen der zunehmend unzufriedenen Arbeiterklasse entgegenzuwirken.

Abbildung 14: Die Statue der drei Eidgenossen in der Kuppelhalle des Bundeshauses in Bern

Quelle: Die drei Eidgenossen im Mittelpunkt des Bundeshauses (2010)

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts bildeten 13 sogenannte Alte Orte eine lose Föderation. Da sie allerdings unversöhnlich waren und sich gegenseitig immer wieder Untertanengebiete streitig machten, war es für die französischen Truppen ein leichtes Spiel, im Jahr 1798 in die Schweiz

57 James Vibert wurde 1872 in Carouge geboren und ist 1942 in Plan-les-Ouates verstorben.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

einzumarschieren. Unter dem Diktat von Napoleon Bonaparte wurden die Alten Orte im gleichen Jahr zu gleichberechtigten Kantonen in dem neuen zentralistischen Einheitsstaat ‹Helvetische Republik› (Linder 2005, 27). Einige Kantone kämpften erfolgreich gegen die Pariser Herrschaft und den Zentralismus. So ging die ‹Helvetik› im Jahr 1803 auf Geheiss Napoleons in eine ‹Mediation› mit mehr Autonomie für die Kantone über (ebd.). Erst nach der Niederlage der französischen Streitkräfte in der Schlacht bei Waterloo gewann die Eidgenossenschaft im Jahr 1815 ihre volle Unabhängigkeit zurück. Als Errungenschaft aus der Französischen Revolution blieb die Gleichberechtigung aller Kantone erhalten. Diese gründeten im Jahr 1815 einen Staatenbund, der dem alten System der Föderation ähnelte. In ihrem ‹Bundesvertrag› garantierten die 25 sich als souveräne Staaten bezeichnenden Kantone, die gemeinsame Sicherheit durch gegenseitige Hilfeleistung zu gewährleisten (Linder 2005, 27). Weil jedoch der Staatenbund weder ein Parlament noch ein Exekutivorgan hatte, fehlten der damaligen Schweiz einige Eigenschaften eines Nationalstaates. Die ‹Tagsatzung›, an der die Delegierten der Kantone teilnahmen und Entscheide fällten, war das einzige Organ des Bundes. Die Vertreter der Kantone waren an die Vorgaben ihrer jeweiligen Kantonsregierungen gebunden, weshalb es ihnen schwerfiel, einen Konsens zu erreichen (ebd.). Ab 1830 verschärfte sich die Kluft zwischen den katholischen, ländlichen und konservativen Kantonen und denjenigen, die protestantisch, industrialisiert und liberal waren, weil das laizistische Staatsverständnis der Freisinnigen den konservativen Minderheiten die Bewahrung der gesellschaftlichen Vorrechte ihrer Kirche verweigerte (Linder 2005, 28). Dadurch nahmen die konfessionellen Spannungen zu Beginn des kantonalen Demokratisierungsprozesses eklatant zu (ebd.).

Zu einer Zuspitzung der Lage trugen jene Freischärlertruppen bei, die den Kanton Luzern erfolglos von seiner konservativen Regierung zu entbinden versuchten. In der Folge schlossen sich die katholischen Kantone zur Verteidigung ihrer gemeinsamen Interessen zu einem ‹Sonderbund› zusammen. Sie suchten für ihr Anliegen auch Unterstützung aus dem Ausland und bemühten sich um entsprechende diplomatische Verbindungen (Linder 2005, 29). Schliesslich verliessen die Konservativen im Jahr 1846 die ‹Tagsatzung›, nachdem sie mit ihren Vorstössen zur Änderung des Bündnisses von 1815 gescheitert waren. Dieser Schritt wurde den Sonderbundkantonen von den progressiven Kantonen als Sezessionserklärung ausgelegt, was zu einer militärischen Intervention führte. Insgesamt wur-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

den etwa 170 000 Mann mobilisiert; nach 26 Tagen endete der ‹Sonderbundskrieg› (4. bis 29. November 1847) mit der Niederlage der katholischen Kantone. Dank der effizienten und humanen Kriegsführung des Oberbefehlshabers der Truppen der reformierten Kantone, General Guillaume Henri Dufour[58], soll der Krieg nur ungefähr 100 Tote gefordert haben (Holenstein 2018, 40–41). Zuvor hatten sich die beiden Lager bereits viermal in den Jahren 1529, 1531, 1656 und 1712 bekriegt (Linder 2005, 28).

In der Mitte des 19. Jahrhunderts machten die Katholiken etwa 40 Prozent der Schweizer Bevölkerung aus. Sie lebten überwiegend in elf kleineren Kantonen. Die Kantone waren insgesamt aber nicht nach dem katholisch-protestantischen Muster aufgeteilt, sondern es gab in einigen Kantonen ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den beiden Konfessionen (Linder 2005, 36–37). Die Schweiz war also nicht immer so friedlich wie heute und hatte lange Zeit auch keine Nachbarregionen, die intakte Demokratien waren. Im Gegensatz zum Irak konnte sie auch nicht auf die Unterstützung einer Weltmacht zählen. Allerdings machte sie – ähnlich wie der Irak – Erfahrungen mit der Intervention einer fremden Herrschaft. Sie war arm und entstand direkt nach einem Bürgerkrieg. Die Schweiz hat auch keinen Zugang zum Meer, wie die kurdischen Gebiete und der restliche Teil des Irak – abgesehen von der Provinz Basra. Der Sieg der progressiven Kantone wurde von den konservativen Grossmächten des europäischen Kontinents als eigene Niederlage angesehen, weil sie die konservativen Kantone nicht unterstützen konnten. Die Intellektuellen und Freidenker sowie bereits existente demokratische Staaten erfreute die Durchsetzung des liberalen Gedankengutes in der Schweiz (Holenstein 2018, 41–43). Hinzu kommt, dass die Loyalitätsstruktur in der Schweiz des 19. Jahrhunderts ähnlich aufgebaut war wie die irakische im 21. Jahrhundert: Am wichtigsten war die Familie, gefolgt von der Klasse anstelle des Stammes; dann kamen die Gemeinde, die Regionszugehörigkeit, die Weltanschauung, und zuletzt die Sprache und die Kantonszugehörigkeit. Erst ab dem Jahr 1848 entwickelte sich langsam eine Loyalität gegenüber dem Staat. Entsprechend diesen Erläuterungen ist es durchaus plausibel, die Schweiz des 19. Jahrhunderts mit dem Irak des 21. Jahrhunderts zu vergleichen.

Nach dem kurzen letzten Krieg begann die Geschichte der Schweiz, wie wir sie heute kennen. Die 23-köpfige Bundesrevisionskommission nahm

58 Guillaume Henri Dufour wurde 1787 in Konstanz geboren und ist 1875 in Les Eaux-Vives verstorben.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

am 17. Februar 1848 ihre Arbeit auf. Bereits vor dem Krieg, am 16. August 1847, war sie von der ‹Tagsatzung› zwecks der Revision des Bundesvertrages von 1815 ernannt worden (Druey 1848, 3). Die Kommissionsmitglieder[59], die zwischen dem 17. Februar und dem 8. April 1848 innert 51 Tagen und 31 Sitzungen den Verfassungsentwurf in Bern ausarbeiteten, stammten aus zwanzig Voll- und drei Halbkantonen. Die Kantone Appenzell Innerrhoden und Neuenburg, die während des ‹Sonderbundskrieges› neutral geblieben waren, verzichteten freiwillig auf eine entsprechende Vertretung in Bern (Holenstein 2018, 45). Alle Kantonsvertreter hatten dasselbe Stimmengewicht in der Kommission und leisteten aus Sicht der heutigen Schweiz eine ausgezeichnete Arbeit. Ihr Entwurf ging ohne nennenswerte Abänderungen durch alle eidgenössischen Entscheidungsinstanzen. Im August und September 1848 kam die Vorlage in den einzelnen Kantonen zur Abstimmung und wurde von diesen flächendeckend angenommen (ebd., 48). Der Verfassungsentwurf gilt deshalb als äusserst gelungen, weil er nicht nur in einer kurzen Zeit und direkt nach einem Bürgerkrieg zustande kam, sondern aus den zerstrittenen Kantonen einen Bundesstaat zu begründen vermochte, der später sämtliche Krisen in Europa unversehrt überstand und der Schweiz politische Stabilität, Wohlstand, die Integration einer heterogenen Gesellschaft und das Herausbilden einer Willensnation ermöglichte.

Perfekt war der Entwurf indes nicht, sah er doch für Frauen mehr als 120 Jahre lang – bis zum Jahr 1971 – kein passives und aktives Stimmrecht vor und schloss sie so aus dem politischen Leben aus. Die Angehörigen nicht-christlicher Religionen wurden mehrere Jahrzehnte lang in ihrer Glaubensausübung eingeschränkt.[60] Die Bundesverfassung war auch dafür

59 Folgt man den Worten von Rolf Holenstein, der die Privatprotokolle und Geheimberichte der Kommissionsmitglieder in seinem Buch «Stunde Null» analysiert hat, waren sechs Mitglieder 50- bis 60-jährig, zwölf 40- bis 50-jährig und fünf 30- bis 40-jährig. Sie alle waren zudem pragmatische, kompetente und verantwortungsvolle Persönlichkeiten. Was die Vertreter der besiegten konservativen Kantone in der Kommission anbelangt, so wechselten sie ihr Personal aus und schickten anstatt der konservativen Garde die Prominentesten ihrer liberalen Minderheiten in die Kommission (Holenstein 2018, 47–48). Damit war die Kommission, die die Zukunft der Schweiz gestalten sollte, frei vom konservativen Geist und somit ohne Vertreter von über 40 Prozent der Bevölkerungsgruppen der Kantone geblieben.

60 Artikel 63 besagte, dass jeder Schweizer stimmberechtigt sei, der das 20. Altersjahr vollendet habe, und Artikel 41, 44 und 48 machten deutlich, dass nur die christlichen Konfessionen anerkannt seien (Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft 1848). Dass das Grundgesetz von christlichen Konfessionen und nicht vom

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

verantwortlich, dass die Vertreter des katholisch-konservativen Milieus bis 1891, diejenigen der ländlich-protestantischen Regionen bis 1929 und die links-sozialdemokratischen Strömungen bis 1943 keinen Sitz in dem aus sieben Personen bestehenden Bundesrat (Schweizer Regierung) innehatten (Linder 2005, 81 ff.). Bei den Letztgenannten war Grund, dass die Wahlen bis ins Jahr 1919 nur über das Majorzsystem abgewickelt wurden, was den Freisinnigen zugutekam. Doch die Schweizer Verfassung und der Schweizer Geist jener Zeit entpuppten sich als anpassungsfähig, waren doch die Grundlagen der Verfassung stimmig. Dieser positive politische Ausgangspunkt ermöglichte ein harmonisches Leben für die Schweizer Bürger und die Integration der politischen Vielfalt in der Schweiz. Im Jahr 1959 wurde die sogenannte Zauberformel festgelegt, wonach die stärksten Parteien in die Regierung einbezogen werden. In keinem anderen Land der Welt besteht die Exekutive aus sieben Vertretern der grössten Parteien, die sich jedes Jahr im Präsidium abwechseln. Ein Nachteil dieses Systems ist zwar der Mangel an oppositionellen Kräften. Doch auch hier wurde mit dem Ausbau der direktdemokratischen Instrumente in den Jahren 1874 (fakultatives Referendum) und 1891 (Volksinitiative) für ein Vetorecht der Stimmbürger (institutionelle Opposition) gesorgt.[61]

---

christlichen Glauben sprach, zeigt die Zerstrittenheit der katholischen und der reformierten Kirche. Demokratiedefizite weist die Bundesverfassung noch heute auf: Ausländerinnen und Ausländer, die ungefähr 25 Prozent der Schweizer Gesellschaft ausmachen, haben auf der Bundesebene weder das passive noch das aktive Wahlrecht, egal wie lange sie in der Schweiz leben und wie viel sie zum Wohlstand des Landes beisteuern. Daten des Bundesamtes für Statistik für das Jahr 2021 zeigen, dass über 39 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz ab 15 Jahren einen Migrationshintergrund haben (Bevölkerung nach Migrationsstatus 2021). Das Minarettverbot ist ebenfalls nicht demokratisch, obwohl es bei einer Volksabstimmung im November 2009 angenommen wurde, untersagt es doch nur Angehörigen des muslimischen Glaubens, Minarette zu bauen (Artikel 72 Abs. 3), während es solch eine Bestimmung für keine andere Glaubensrichtung in der Schweiz gibt (Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft 1999).

61 In der Bundesverfassung von 1848 wurde unter anderem das obligatorische Referendum eingeführt, mit dem Verfassungsänderungen und Gesetze von grosser Wichtigkeit den stimmberechtigten Männern auf Bundes- und Kantonsebene vorgelegt werden mussten. In solchen Fällen braucht es noch heute sowohl ein Volks- als auch ein Ständemehr, um eine Änderung vornehmen zu können. Bei einem fakultativen Referendum, das mit 50 000 gesammelten Unterschriften oder acht Kantonen zustande kommen kann, können alle Gesetze und referendumspflichtige Bundesbeschlüsse vors Volk gebracht und mit einem Volksmehr zu Fall gebracht werden. Mit Volksinitiativen können ab 100 000 gesammelten Unterschriften beliebige Vorschläge oder allgemeine Anregungen eingereicht werden. Nach Behandlung durch den Bun-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Das Fundament für den erfolgreichen Übergang von einem Staatenbund zu einem schweizerischen Bundesstaat findet sich in der Bundesverfassung von 1848. Die Verfassung entzog den 25 Kantonen nur geringfügige Hoheitsrechte und übertrug diese auf den Bundesrat, die Bundesversammlung und die Bundesverwaltung. Die Kantone blieben im Grunde souverän wie früher und befanden sich zusätzlich in einem grösseren Wirtschaftsraum, der den Handel erleichterte. Zudem bekamen sie (mit der neu geschaffenen zweiten Kammer) und die Bevölkerung (mit dem neuen Nationalrat) die Möglichkeit, direkten Einfluss auf die politischen Prozesse in Bern zu nehmen. Weiter entstand eine Aufgabenteilung zwischen den Kantonen und dem Bund, die Letzterem die Zuständigkeit für die Wahrung der Unabhängigkeit und die Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt zuwies (Artikel 2 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft des Jahres 1848). Ferner wurde eine demokratische Grundordnung mit einer Exekutive, einer Legislative in zwei Kammern, freiem Wahlrecht und einer Jurisdiktion auf Bundesebene eingerichtet. Da es zu jenem Zeitpunkt noch kein Schweizer Staatsvolk gab, wurde die Bundesverfassung von der ‹Tagsatzung› per 12. September 1848 in Vertretung der Kantone als angenommen erklärt (Linder 2005, 29). Die freisinnige Mehrheit beeinflusste das Resultat zu ihren Gunsten, indem sie nicht mehr von einer «Einstimmigkeit der Kantone», sondern von der «genügenden Mehrheit der Kantone» ausging, um die Annahme der Bundesverfassung zu garantieren (ebd.). Vergleichbar ist dieses Vorgehen mit jenem im Irak des 21. Jahrhunderts, wo es Zweifel daran gibt, ob nicht doch drei sunnitisch-arabische Provinzen mit einer Zweidrittelmehrheit die Verfassung vom 15. Oktober 2005 abgelehnt haben (NZZ 2005). Eine solche Zweidrittelmehrheit von drei Provinzen wäre notwendig gewesen, um den Verfassungsentwurf abzulehnen.

Der wichtigste Grund für den langjährigen Erfolg der Schweizer Verfassung ist das Föderalismusprinzip mit seinem Dezentralismus und dem Zweikammersystem. Jeder Kanton soll demnach eine Stimme in der zweiten Kammer – dem Ständerat – haben, wobei die Kantonsgrösse irrelevant ist. Diese Institution ist daher als Prävention gegen eine ‹Tyrannei der Mehrheit› zu betrachten. In welcher Form und unter welchen Konditionen der jeweilige Kantonsvertreter gewählt wird, ist jedem Kanton selbst überlassen. Die Volksvertreter in der ersten Kammer – dem Nationalrat – werden von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern in direkter Wahl

desrat und das Parlament werden sie zur Annahme oder Ablehnung empfohlen (hier braucht es auch das doppelte Mehr) (Linder 2005, 248).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gewählt (vergleiche dazu Artikel 148 bis 150 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft von 1999). Das Staatssystem ist dezentral, damit die Kantone ihre Souveränität in möglichst grossem Umfang wahren können (Artikel 3, 1999). Ohne die Einführung der zweiten Kammer wäre es womöglich zu einem militaristischen Zentralstaat gekommen und damit die Neutralität verhindert sowie die Auflösung der Kantone eingeleitet worden. Die Geschichte der Schweiz wäre eine andere gewesen, und die politische Landschaft der Schweiz würde der heutigen kaum gleichen (Holenstein 2018, 326–27). Auch wenn es aus heutiger Sicht auf das Demokratieprinzip fraglich ist, wieso beispielsweise die Kantone Uri mit rund 36 500 und Zürich mit mehr als 1,5 Millionen Einwohnern die gleiche Anzahl an Sitzen – nämlich zwei – im Ständerat haben (Art. 150 Abs. 1, 1999), war diese Konstruktion für den Erfolg des Schweizer Modells äusserst wichtig. In heterogenen Gesellschaften hat der Föderalismus nun einmal Vorrang, um die Stabilität des Landes langfristig zu garantieren, wie Holenstein nach seiner Analyse der Neuerfindung der Schweiz anhand der Privatprotokolle und Geheimberichte der Mitglieder der Bundesrevisionskommission deutlich macht:

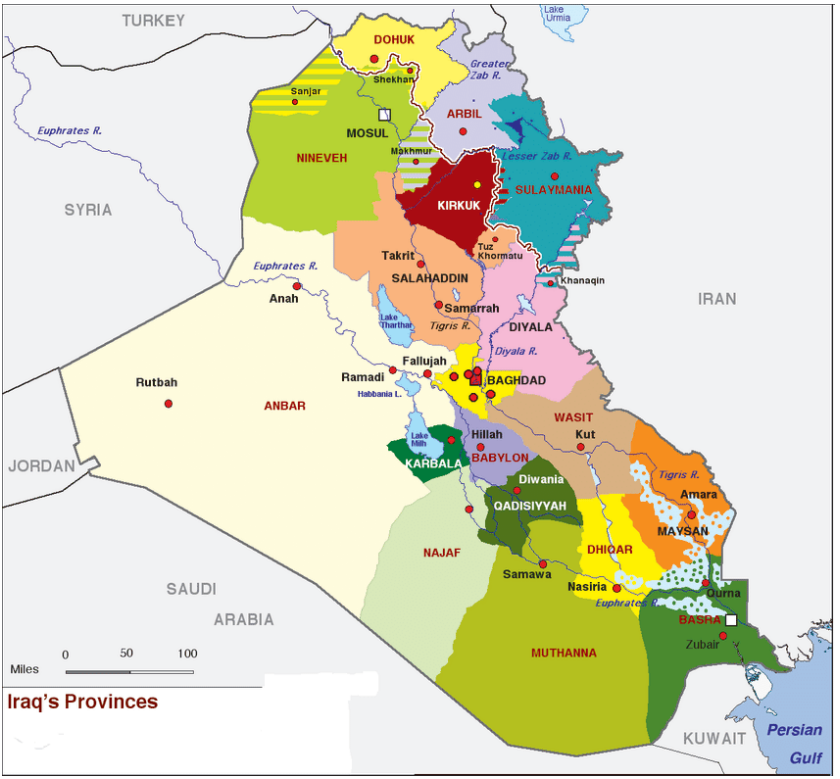
> «Langlebigkeit ist eine Qualität in Staatsangelegenheiten. Wenn die Grundkonstruktion der Verfassung von 1848 nach 170 Jahren noch immer steht, so verdankt sie das der geglückten Verbindung zwischen der damaligen Gegenwart und einer mit historischer Vernunft entworfenen Zukunft: dem Weiterbestand der Kantone mit eigener Persönlichkeit und der Neukonstruktion eines Bundesstaates mit einem Zweikammersystem, das den Willen der Nation als friedlichen und permanenten historischen Kompromiss zum Ausdruck bringt und meist zuverlässig die jeweils zeitnotwendige Dynamik entwickelt. Meist, aber nicht immer, wie das verspätete Frauenstimmrecht lehrt» (Holenstein 2018, 330).

Was Holenstein hier beschreibt, ist eine politische Tatsache, die im irakischen Staat kein Gehör gefunden hat. Die Vertreter der 23 Kantone in der Bundesrevisionskommission erfanden die Demokratie im Jahr 1848 nicht neu, sondern profitierten von der US-amerikanischen Verfassung als Vorbild, die einen dezentralen Staatenbund mit einem Zweikammersystem auf Bundesebene als Grundlage hatte. Was sie jedoch mit Erfolg neu einzuführen vermochten, war die Abschaffung eines Gewinner- oder Verliererprinzips. An dessen Stelle trat das ‹Wir-alle-sind-Gewinner-Prinzip›. Die dadurch entstandene Stabilität und Kohärenz ermöglichte es dem Schweizer Staat, trotz konfessioneller, sprachlicher und sozioökonomischer

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Gegensätze sowie trotz der zwei grossen Weltkriege zu Beginn und zur Mitte des 20. Jahrhunderts unversehrt und als Erfolgsmodell bestehen zu bleiben. «Der Weg zum Zweikammersystem entschied alles», weil er neu war und einen grossen Einfluss auf andere offene Fragen hatte, so Holenstein (2018, 327 ff.). Hatten die Kantone früher bereits Erfahrungen mit ihrer Eigenständigkeit gesammelt, so war ein Rat mit Vertretern der Kantone, der in seiner Kompetenz dem Nationalrat gleichgestellt war, neu. Dass und wie dieser Rat nicht nur die kantonale Souveränität garantierte, sondern gleichzeitig für die Entstehung der Konsensdemokratie und den politischen Ausgleich verantwortlich war, muss an dieser Stelle nicht weiter aufgezeigt werden.

Abbildung 15: Irakische Provinzen und Schweizer Kantone



https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Quellen: Irakische Karte (2020); Schweizer Karte (2021)

Die Wichtigkeit der zweiten Kammer für die Stabilität des Irak und die Lösung der irakischen Probleme ist Dr. Gulpy nicht entgangen:

> «Ich bin der Ansicht, dass es drei mögliche Lösungsansätze für die Probleme des kurdischen Volkes im Irak gibt: Die erste Lösung ist die Umsetzung der irakischen Verfassung. Insbesondere muss Artikel 140 umgesetzt und der Bundesrat aufgebaut werden. In den Vielvölkerstaaten der Welt bestehen die Parlamente aus zwei Kammern: einer ersten Kammer, welche die gesamte Bevölkerung vertritt, und einer zweiten Kammer, welche die Entitäten vertritt. Der Bundesrat wird in den Artikeln 48 und 52 der irakischen Verfassung erwähnt, aber bis anhin wurde diesbezüglich kein Gesetz verabschiedet und er wurde dementsprechend nicht errichtet. Der Bundesrat wird aus den Vertretern der irakischen Entitäten entstehen. Die Kurden, die Araber und die Turkmenen werden jeweils gleich viele Vertreter im Bundesrat haben. Das gilt auch für die Schiiten, Sunniten, Jesiden und anderen Minderheiten. Die wichtigen Entscheidungen in diesem Bundesrat werden auf der Grundlage des Konsenses und nicht aufgrund von Mehrheitsentscheiden getroffen» (siehe Anhang 13).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Der irakischen Verfassung aus dem Jahr 2005 fehlen die Grundzüge des Föderalismus. Entsprechend kann sie in dieser Form keine Lösung für die Heterogenitätsfrage im Irak sein. Für den irakischen Staat ist es eine unumstössliche Notwendigkeit, bei der Inklusion aller Teile der Gesellschaft und der Herausbildung einer nationalen Identität erfolgreich und zukunftsfähig zu sein. Das Land vermochte zwischen 2003 und 2018 einige demokratische Hürden zu bewältigen, hat das Ziel eines ‹Staates für alle› aber noch nicht erreicht. Es gibt noch immer grosse Defizite im Bereich der Demokratisierung, schwerer wiegt aber das Fehlen einer föderalistischen Basis . Wie die Geschichte der Schweiz zeigt, können demokratische Defizite im Laufe der Zeit durch den Ausbau und die Stärkung föderalistischer Kernelemente in einer heterogenen Gesellschaft ausgeglichen werden. Wenn der irakische Staat es schafft, von einer ‹Halbkonsensdemokratie› zu einer föderalistischen Konsensdemokratie überzugehen, könnte er zukunftsfähig werden. Die fünfte Hypothese, die besagt, dass das Konzept einer föderalistischen Konsensdemokratie einen möglichen Ansatz für den Irak und die Lösung der Kurdenfrage darstellt, wäre demnach zu bestätigen.

Ein Föderalismus der Provinzen anstatt der Regionen verspricht mehr Erfolg, weil die Provinzen seit mehreren Dekaden bestehen und die Loyalität der Einwohner geniessen. Das zeigt auch das Beispiel der ARK, wo Sulaimaniya kaum auf seine Eigenständigkeit verzichtet hat und vermehrt mit dem Aufbau einer Selbstverwaltung droht. Eine solche Staatsform hat auf nationaler und internationaler Ebene grosse Durchsetzungschancen, weil sie nicht auf konfessionelle und ethnische Elemente setzt, sondern auf den Erhalt und die Förderung der Lebensräume der Menschen in den jeweiligen Provinzen.

Die Entwicklungen im heutigen Irak haben insbesondere ab 2012 dazu geführt, dass nicht nur Ethnien, Konfessionen und Ideologien instrumentalisiert wurden, sondern auch Dutzende Milizen und Gruppierungen mit unterschiedlichen Zielsetzungen ausserhalb der staatlichen Kontrolle entstehen konnten. In dieser Zeit nahm die Hassrede im Irak dermassen zu, dass das ‹Irakische Medienhaus›[62] im Jahr 2019 ein Buch unter dem Titel «Qāmus al-Kyrāhyeh» (‹Wörterbuch des Hasses›) herausgab. Darin wurde systematisch aufgezeigt, wie nicht nur radikale Kleriker, Politiker

62 In der Selbstbeschreibung handelt es sich um «an independent Iraqi institution established by a group of Iraqi journalists, academics and lawmakers. It aims to monitor the media phenomena in Iraq, develop the independent media machine, and monitor local media conflicts in spreading violence, hatred and incitement to racism in all its forms» (Iraqi Media House 2020).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und bekannte Persönlichkeiten, sondern auch Medienschaffende die Hassrede im Irak verbreiten (Hijazy 2019, 13 ff.). Dr. Kawe Mahmud geht auf diese Problematik folgendermassen ein:

> «Die Hassrede bzw. ‹hate speech›, die weltweit verbreitet ist, von Trump bis zu Erdogan, hat zugenommen. Schau die Demonstrationen der Menschen für ihre Rechte in Bagdad an: Sie sind zu Recht auf der Strasse, aber verbreiten gleichzeitig Hassreden gegen Kurdistan usw. Die Idee der Verfassung war also, die Krise des Staates zu lösen, aber sie hat ihr Ziel verfehlt. Die Krise des Staates wurde aus zwei Gründen vertieft: Es gibt erstens eine massive Einmischung der Nachbarländer sowie der regionalen und internationalen Mächte in die inneren Angelegenheiten des Irak, und zweitens ist die Verfassung selbst ein Problem. Die verschiedenen Gruppierungen wollen nicht aus Überzeugung einen neuen Irak aufbauen, der Platz für alle Bürgerinnen und Bürger hat, sondern einen Irak jener Gruppe aufbauen, die in der Mehrheit ist, also der Schiiten» (siehe Anhang 6).

Wenn langfristig keine nachhaltigen Lösungen für die innerirakischen Spannungen gefunden werden, ist die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation der Lage, wie die bisherigen Erläuterungen zeigen, gross. Hiervon wären nicht nur die sunnitisch-arabischen Gebiete, sondern auch diejenigen im Süden des Irak oder die ARK betroffen. Das Beispiel des IS zeigt, dass insbesondere die sozioökonomischen Faktoren und die demografischen Entwicklungen eine Gefahr für die Stabilität des Irak darstellen. Kommen ein Machtvakuum oder Ressentiments gegenüber einer bestimmten Bevölkerungsgruppe hinzu, wird der Aufstieg radikaler oder neuartiger Akteure immer wahrscheinlicher. Dass diese unter Umständen durchaus in der Lage sind, wie ein souveräner Staat zu agieren, hat bereits der IS gezeigt, indem er innerhalb seiner Kontrollgebiete Dienstleistungen zur Verfügung stellte und für die Sicherheit und die Entstehung staatlicher Strukturen sorgte.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

8 Schlussfolgerung

An welchem Punkt soll die wissenschaftliche Arbeit beginnen, um sich den Entwicklungen und Ereignissen einer bestimmten Periode am besten annähern zu können? Mit jenen Geschichten vielleicht, die viele Kulturen und Völker über sich selbst erzählen und schreiben? Oder sind es doch die Chroniken, die andere über sie verfassen? Bei der Erforschung und Darstellung vergangener Epochen, egal wie lange diese auch zurückliegen mögen, sollte den Wissenschaftlern klar sein, dass sie diejenigen sind, die die Vorgänge und Persönlichkeiten auswählen, die ihrer Meinung nach die Vergangenheit konstituieren, und dass sie entscheiden, was die Rezipienten darüber erfahren (Howell & Prevenier 2004, 5). Der vorliegenden Studie ergeht es nicht anders: Sie konzentriert sich anhand der Theorien der Nationenbildung- und der Konsensdemokratie auf die irakische Neuordnung und die kurdische Selbstverwaltung zwischen den Jahren 2003 und 2018. Innerhalb der Arbeit liegt ein besonderer Fokus auf den kurdischen Fraktionen, die nicht nur seit Ende des Jahres 1991 die Kontrolle über die von ihnen besiedelten Gebiete des Irak ausüben, sondern als Verbündete der Amerikaner eine grosse Rolle bei der Entstehung der irakischen Verfassung von 2005 und der irakischen Neuordnung ab 2003 gespielt haben. In der vorliegenden wissenschaftlichen Forschungsarbeit kommen allerdings nicht nur Vertreter aller bedeutenden kurdischen Strömungen im Irak zu Wort, sondern es werden auch die Zeitungen der herrschenden kurdischen Parteien und der privaten Medienlandschaft analysiert, um eine möglichst präzise Aussage über die Entwicklung der Kurdenfrage in der Autonomen Region Kurdistan (ARK) und im Irak zu treffen.

Die Studie stützt sich im Bereich der Nationenbildung auf das Konzept von Jochen Hippler. Es besagt, dass es für eine erfolgreiche Nationenbildung zum einen eine ‹integrative Ideologie› in Form verschiedener Spielarten des ‹Nationalismus› zugunsten der Entstehung einer gruppenübergreifenden Identität und zum anderen die ‹Integration einer Gesellschaft› für die Herausbildung einer nationalen Gesamtheit aus zuvor losen Gruppierungen braucht. Ausserdem ist ein funktionsfähiger und sein Staatsgebiet tatsächlich kontrollierender Staatsapparat unumgänglich (vergleiche dazu Abschnitt 2.2). Arend Lijphart erlangte Bekanntheit unter Politikwissenschaftlern insbesondere durch seine Typologie der Mehrheits- und Kon-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sensdemokratie. Entsprechend bildet seine Idee die zweite theoretische Grundlage dieser Arbeit. Der Hauptunterschied zwischen den beiden Demokratieformen liegt laut Lijphart in der Partizipationsform: Während das Mehrheitsmodell eher exklusiv, kompetitiv und kontradiktorisch ist, charakterisieren Inklusion, Verhandlung und Kompromisse das Konsensmodell (vergleiche dazu Abschnitt 2.1). Der amerikanische Versuch einer Demokratisierung des Zweistromlandes nach 2003 und die Wahl einer Regierungsform, die alle irakischen Gruppierungen an der Macht teilhaben lässt, leiten sich demnach vom Ansatz der Konsensdemokratie ab.

Im Falle des modernen Irak werden insbesondere zwei Zeitspannen beleuchtet, die das Land geprägt haben: die britische Invasion im Jahr 1914 und die darauffolgende Gründung des ‹Haschemitischen Königreichs Irak› im Jahr 1921 sowie die Invasion der internationalen Truppen unter der Führung der USA und der Sturz des irakischen Regimes im Jahr 2003. Mit Blick auf den erstgenannten Zeitraum sind sich Historikerinnen und Historiker mehrheitlich einig, dass die britische Entscheidung ‹von oben› diktiert wurde und aus einer heterogenen Gesellschaft einen einheitlichen Staat aufzubauen versuchte. Dass hierbei die Macht an die sunnitisch-arabische Minderheit übertragen wurde, ist heute das schwere politische Erbe des Irak. Hinsichtlich der letztgenannten Periode werden die Amerikaner ob ihrer Strategielosigkeit kritisiert, die in der Nachkriegsära die Auflösung der irakischen Armee und die Teilung der Macht entlang eines ethno-konfessionellen Proporzes mit sich brachte. Für den Zeitraum zwischen 1914 und 1958 zeigt der vorliegende Text auf, dass es im Staatsgebiet des Irak kaum Alternativen zu einem einheitlichen Staat gab, weil weder die Sunniten noch die Schiiten noch die kurdischen Gruppierungen eine einheitliche politische Linie verfolgten. Eine Teilung des Irak in drei Staatsgebilde war dementsprechend unwahrscheinlich. In den Jahren 1958 bis 2003 wurde der Irak militärisch verwaltet und alle demokratischen Bemühungen wurden im Keim erstickt. Ferner gewannen die arabischen Sunniten im 20. Jahrhundert die Oberhand, weil die Benachteiligung der schiitischen Glaubensrichtung im Irak weit in die Geschichte zurückreicht und nicht erst mit der britischen Präsenz im Irak begann. Die Kurden wiederum schafften es zwischen 1918 und 2002 nicht, ihre Zerstrittenheit und ihre unterschiedlichen politischen Anschauungen, die bereits im Jahr 1918 augenfällig waren, beizulegen. So blieb der Irak des 20. Jahrhunderts aufgrund von sozioökonomischen Faktoren, den Strukturen der irakischen Gesellschaften und den Spannungen zwischen verschiedenen irakischen und kurdischen Fraktionen ein Staat ohne Nation.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Das sollte sich mit dem US-amerikanischen Experiment im Irak ab dem Jahr 2003 ändern. Aus den heterogenen irakischen Gesellschaftsschichten sollte sich eine Willensnation herausbilden. Nicht das britische Modell des Zentralismus, sondern ein dezentraler Staat nach US-amerikanischem oder schweizerischem Vorbild sollte im Irak des 21. Jahrhunderts entstehen. So gab die Übergangsverwaltung der Koalition, die ab April 2003 den Irak regierte, bereits im Juli 2003 Teile ihrer Kompetenzen an den 25-köpfigen ‹irakischen Regierungsrat› ab. Dieser bestand aus den Vertretern der wichtigsten irakischen Gruppierungen. Die Entscheidung der provisorischen US-Verwaltung, die irakische Armee aufzulösen und die Baathisten aus allen bedeutenden Ämtern zu entfernen, führte allerdings dazu, dass grosse Teile der sunnitisch-arabischen Bevölkerung ihre Existenzgrundlage verloren und sich in der Folge vom neuen irakischen Staat abwandten. Dass jedoch der ‹Regierungsrat› aus Mitgliedern der verschiedenen irakischen Volksgruppen und religiösen Richtungen bestand, kann nicht als Fehler der US-Amerikaner angesehen werden, hatten doch die vorangegangenen acht Dekaden der sunnitisch-arabischen Herrschaft über den Irak eine nachhaltige Nationenbildung verhindert. Das hatte zur Folge, dass die Loyalität weiterhin primär der Familie, dem Stamm, der Region, der Anschauung – ob religiös oder säkular – und der Sprache bzw. Ethnie galt.

Was den irakischen Parteien im Jahr 2005 trotz chaotischer Zustände und dank US-amerikanischer Unterstützung gelang, ist die Verabschiedung jener irakischen Verfassung, die mittlerweile von den meisten politischen Parteien und Gruppierungen sowohl im Irak als auch in der ARK als eine gute Voraussetzung für die Zusammenarbeit im Irak bezeichnet wird – auch wenn sie, wie in Abschnitt 4.3 aufgezeigt wurde, gewisse Mängel aufweist. Zur Entstehung der Verfassung trugen vor allem die kurdischen Parteien DPK und PUK als Verbündete der USA bei. Sie zielten jedoch in erster Linie auf die verfassungsrechtliche Anerkennung ihrer Region als dezentrale Verwaltungseinheit und die Möglichkeit der Autonomie für andere irakische Gebiete ab. Nach Vorstellung der kurdischen Kräfte sollte im Irak eine Konsensdemokratie der Regionen entstehen. Diese Idee wurde allerdings von Beginn an von den meisten Mitgliedern des Verfassungskomitees abgelehnt. Aus diesem Grund sieht die Verfassung in Artikel 119 vor, dass die Provinzen mit einigen administrativen und finanziellen Rechten selbstständig bleiben können und sich keiner Region anschliessen müssen. Diese Ausnahme, die Eigenschaften der einzelnen Provinzen und die politischen Entwicklungen führten dazu, dass bis heute keine weiteren Regionen im Irak gegründet werden konnten. Entsprechend wurde auch der Irak

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nicht föderalisiert, weil ihm die zwei wichtigsten Säulen des Föderalismus fehlen, nämlich das Zweikammersystem und die Dezentralisierung.

Dass für heterogene Gesellschaften ein Föderalismus mit Dezentralisierung und Zweikammersystem unabdingbar ist, wurde in Kapitel 7 anhand der Analyse der erfolgreichen Entstehungsgeschichte der Schweizer Eidgenossenschaft im Jahr 1848 aufgezeigt: Einer 23-köpfigen, ausschliesslich aus liberalen Kreisen gebildeten Bundesrevisionskommission gelang es, innerhalb von fünf Monaten nach dem Bürgerkrieg von 1847 einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten, der im Bereich des Föderalismus bis heute gilt. Die Mitglieder dieser Kommission sollten als eigentliche Helden der Schweizer Geschichte bezeichnet werden, nicht jene drei Männer, die mit einer über 24 Tonnen schweren Statue im Mittelpunkt der Kuppelhalle des Bundeshauses in Bern gefeiert werden. Die dennoch bestehenden Schwächen der schweizerischen Verfassung von 1848 wurden in Kapitel 7 ebenfalls diskutiert. Die irakische Art der Staatsführung kann im Vergleich dazu bestenfalls als eine ‹Halbkonsensdemokratie› bezeichnet werden. Sie weist zwar einige Elemente des Konsenses auf, wie ein Multiparteiensystem, ein unabhängiges Bundesgericht, eine unabhängige Nationalbank sowie Verfassungsrigidität und Verfassungsgerichtsbarkeit, ist aber vor allem aufgrund des Fehlens einer zweiten Kammer eine Mehrheitsdemokratie. Die schiitischen Gruppierungen stellen die Mehrheit im Parlament und können somit alles durchsetzen, was sie wollen – was in der Vergangenheit bereits verhängnisvolle Folgen für den Irak hatte. So eskalierte die Lage beispielsweise nach dem Rückzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak Ende des Jahres 2011 nicht nur in den sunnitischen Gebieten, sondern es kam auch zu einer Zuspitzung der Streitigkeiten zwischen dem Präsidenten der ARK, Masud Barzani, und dem irakischen Premierminister, Nuri al-Maliki.

Der proiranische und zentralistische Kurs des Bagdader Regierungschefs führte im Jahr 2012 insbesondere zum Aufstand von Teilen der sunnitischen Bevölkerung in der Provinz al-Anbar. Eine harte Gangart der Regierung gegen sunnitische Demonstranten, die Verweigerung der Kooperation der ARK hinsichtlich der Frage nach der Ressourcenteilung und die Budgetstreitigkeiten zwischen Bagdad und Erbil verursachten schliesslich zunehmende antischiitische Ressentiments und ein Machtvakuum. Dies nutzten die Anhänger des sogenannten Islamischen Staates (IS) gekonnt aus, um im Sommer 2014 die meisten sunnitischen Gebiete im Irak zu erobern. Drei Jahre später wurde der IS zwar territorial besiegt, jedoch blieb eine stark militarisierte irakische Gesellschaft zurück, die noch immer geschwächt und zerstritten ist. Die kurdischen Peschmerga-Einheiten der

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

DPK und der PUK, welche mangels eigener militärischer Einheiten die Truppen der ARK stellen, konnten im Kampf gegen den IS von ihrem Bündnis mit der Anti-IS-Koalition profitieren und wurden mit Waffen sowie finanziellen Mitteln unterstützt. Die Kurdenfrage wiederum war damit auf der internationalen Bühne so präsent wie lange nicht mehr. Das nutzte Masud Barzani aus und gab bereits im Jahr 2014 bekannt, dass die Kurden selbst über ihr Schicksal entscheiden würden.

Das Referendum über die Unabhängigkeit der ARK vom irakischen Staat kam am 25. September 2017 zustande. Dabei entschieden sich mehr als 92 Prozent der Stimmberechtigten dafür, dass sich die ARK vom Irak unabhängig machen solle. Dass das Volksbegehren auf innerkurdischer, innerirakischer, regionaler und internationaler Ebene umstritten war, zeigten die Ereignisse nach dem Referendum. Es kooperierten nicht nur Bagdad, Ankara und Teheran, um dem Machtanspruch von Masud Barzani Grenzen zu setzen, sondern auch ein Teil der PUK mit der irakischen Regierung. Ein kritischer Punkt war vor allem die Kontrolle über die ölreiche Stadt Kirkuk und andere ‹umstrittene Gebiete›. Jene Problematik führte nicht nur zu einer Anspannung der politischen Lage im Irak, sondern vor allem auch in der ARK. Die überzogenen Forderungen Barzanis nach einer Sezession der kurdischen Gebiete vom Irak waren nicht nur gegen die Interessen der irakischen politischen Elite, sondern auch gegen die kurdischen oppositionellen Gruppierungen in der ARK gerichtet. Diese bestanden ab 2015 darauf, dass Barzani seinen Posten als Präsident der ARK aufgeben sollte. Barzani war im Jahr 2005 vom kurdischen Parlament in diese Position gewählt worden. Nach einer Direktwahl durch die Stimmberechtigten in der ARK im Jahr 2009 sollte er seinen Posten gemäss dem geltenden Gesetz im Jahr 2013 räumen, sah doch das Gesetz über die Präsidentschaft der ARK vom Jahr 2005 nur zwei mögliche Amtszeiten von jeweils vier Jahren vor. Zum Unmut der meisten kurdischen Parteien in der ARK war Barzani jedoch im Jahr 2017 noch immer im Amt.

Die Normalisierung der Beziehungen zwischen DPK und PUK nach dem letzten Krieg, der von 1994 bis 1998 dauerte und die Teilung der ARK in zwei Einflusszonen zur Folge hatte, begann im Jahr 2004 mit der Unterzeichnung eines strategischen Abkommens zwischen den beiden Parteien. Die Vereinbarung sah vor, dass DPK und PUK, die in der ARK alles kontrollierten, bei den künftigen Wahlen im Irak und in der ARK mit einer gemeinsamen Liste auftreten und die wichtigsten Posten im Irak und in der ARK unter sich aufteilen würden (vergleiche dazu Kapitel 5). Entsprechend wurde Jalal Talabani im Jahr 2005 Präsident des Irak, während Barzani den

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Posten des Präsidenten der ARK übernahm. Das Abkommen war allerdings aufgrund der Flügelpolitik der PUK, des zunehmenden Machtanspruchs der DPK und der Unzufriedenheit der kurdischen Bevölkerung mit der Verwaltung der ARK keine adäquate Grundlage für eine vernünftige und nachhaltige Regierungsführung. Mit dem Aufkommen der Opposition im Jahr 2009 und den kontinuierlichen Demonstrationen in der Provinz Sulaimaniya gegen die dort vorherrschende Korruption, Vetternwirtschaft und mangelhafte Stromversorgung begannen sich die politische Lage in der ARK und die Beziehungen zwischen der DPK und der Opposition sowie Teilen der PUK zu verschlechtern. Zu einer Eskalation der Situation in der ARK kam es, als die DPK 2015 gegen die Sitzung des Parlaments für eine Revision des Gesetzes vom Jahr 2005 über die Präsidentschaft der ARK vorging und die Arbeit der Volksvertretung für zwei Jahre sistierte. Die vermehrte Kooperation des Talabani-Clans mit der irakischen Regierung, die ab dem Jahr 2017 begann und die Schwächung der Position der DPK sowie die Stärkung der PUK zum Ziel hatte, führte schliesslich dazu, dass sich die ARK mehr oder weniger an derselben Stelle wiederfand, an der sie im Jahr 1992 begonnen hatte.

Entsprechend schafften es weder die irakischen noch die kurdischen Fraktionen im 21. Jahrhundert, den Nationenbildungsprozess voranzutreiben und die Loyalität verschiedener irakischer und kurdischer Gruppierungen für den Staat Irak bzw. für die ARK zu gewinnen. Hauptgrund ist, dass der Irak und die ARK noch immer von tribalen Strukturen, Rivalitäten und einander entgegenstehenden politischen und religiösen Gesinnungen geprägt sind. Doch ist im Irak mittlerweile dank des verfassungsrechtlichen Rahmens immerhin eine ‹defekte Demokratie› entstanden, die regelmässige, hinreichend allgemeine, freie und faire sowie effektive Wahlen ermöglicht. Die ARK hat hingegen aufgrund der Meinungsverschiedenheiten der verschiedenen politischen Gruppierungen trotz mehrerer Versuche bis heute keine Verfassung. Auch die abgehaltenen Wahlen hatten keinen positiven Einfluss auf die politischen Entwicklungen in der ARK. Die Verfügungsgewalt über die militärischen Verbände und die Macht liegen in den Händen der DPK und der PUK. Aus diesem Grund werden nun Stimmen sowohl in der ARK als auch im Irak laut, die nicht nur eine Stärkung der demokratischen Bemühungen des Irak, sondern auch die Durchsetzung von Dezentralität und die Einführung einer zweiten Kammer fordern.

Wie in Kapitel 7 gezeigt wurde, stellt die irakische Verfassung von 2005 keine nachhaltige Lösung für die Heterogenitätsfrage im Irak dar, weil ihr die Grundelemente des Föderalismus fehlen. Für den Irak ist es essenziell,

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

in den beiden Fragen der Inklusion aller Teile der Gesellschaft und der Herausbildung einer nationalen Identität erfolgreich und zukunftsfähig zu werden. Das Land hat zwischen 2003 und 2018 Hürden auf dem Weg zur Demokratie überwunden, es aber nicht geschafft, ein Staat für alle zu werden. So gibt es immer noch grosse Defizite im Bereich der Demokratisierung, das Fehlen einer föderalistischen Basis wiegt aber schwerer. Die Geschichte der Schweiz verdeutlicht, dass demokratische Defizite im Laufe der Zeit behoben werden können, wenn die Kernelemente des Föderalismus in einer heterogenen Gesellschaft vorhanden sind. Wenn der Irak es schafft, von einer ‹halben› zu einer föderalistischen Konsensdemokratie überzugehen, hat er die Chance, zukunftsfähig zu werden. Nicht ein Föderalismus der Regionen, sondern der Provinzen wäre das Ziel, weil diese seit mehreren Dekaden bestehen und die Loyalität der eigenen Einwohner geniessen. Das zeigt auch das Beispiel der ARK, wo die Provinz Sulaimaniya unter der Kontrolle der PUK kaum von ihrer Eigenständigkeit abgerückt ist und vermehrt damit droht, eine selbstständige Verwaltung aufzubauen.

Ferner haben die Erfahrungen der sunnitischen Araber mit der Schreckensherrschaft des IS, jene der schiitischen Zivilbevölkerung mit den vielen Milizen und korrupten Politikern und jene der kurdischen Bevölkerung mit der schlechten Verwaltung der DPK und der PUK gezeigt, dass die Teilung des Irak in drei Staaten auch im 21. Jahrhundert keine gute Option wäre. Entsprechend ist eine föderalistische Konsensdemokratie, die den Provinzen, Gemeinden und Kommunen eine weitgehende Selbstverwaltung überlässt, die bessere Lösung für den Irak. Im Falle der ARK könnten dadurch auch erhebliche finanzielle Mittel eingespart werden, die in die Verwaltung der Region fliessen, ohne dass die Regierung oder das Parlament als Entscheidungsträger fungieren würden. Durch die dezentralen Provinzen könnten die Verantwortlichkeiten besser festgelegt werden. Heute investiert beispielsweise die Provinz Sulaimaniya kaum in die Infrastruktur, weil ihrer Meinung nach ihr Anteil am kurdischen Budget in Erbil stecken bleibt. Der Aufbau einer zweiten Kammer für die Vertreter der Provinzen, die wie in der Schweiz – unabhängig von der Grösse oder der Bevölkerungszahl – je zwei Sitze erhalten sollten, würde auch den politischen Austausch zwischen den irakischen Gebieten fördern. Die Stärkung eines möglichen irakischen Föderalismus scheint jedoch ohne Investitionen in das Vertrauen der Menschen und die Infrastruktur des Landes unwahrscheinlich.

Weiter ist der Aufbau einer nationalen Armee, die aus den militärpflichtigen Bürgern der einzelnen Provinzen besteht, ein zentraler Aspekt. Jede

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Provinz sollte eine Division beherbergen und der Oberbefehlshaber der irakischen Streitkräfte von beiden Kammern gewählt werden. Heute gibt es weder im Irak noch in der ARK eine Militärpflicht, weshalb die Militärangehörigen mehrheitlich aus der Unterschicht kommen und nur aus finanziellen Gründen Waffen tragen. Alle Milizgruppen, die einer Partei angehören oder nahestehen, sollten aufgelöst werden. Die Rolle der Bundespolizei muss auf die polizeilichen Einsätze begrenzt werden, damit sie nicht, wie es zurzeit der Fall ist, an militärischen Operationen teilnimmt und mit der Armee konkurriert. Das gilt auch für die Anti-Terror-Einheiten, die selbstständig agieren und grosse Macht besitzen. Sie müssten der Armeeführung unterstellt werden.

Eine föderalistische Staatsform besitzt auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene grosse Durchsetzungskraft, weil sie nicht auf konfessionelle und ethnische Elemente setzt, sondern auf den Erhalt und die Förderung der Lebensräume der Menschen in den jeweiligen Provinzen. Sie würde zudem, wie auch von den Interviewpartnern bestätigt, eine zielführende Lösung für die Kurdenfrage in der Türkei, in Syrien und in Iran darstellen, wenn diese Länder bereit wären, den Kurden mehr Rechte und Selbstverwaltung einzuräumen. Wenn allerdings langfristig keine nachhaltige Lösung für die innerirakischen Spannungen gefunden wird, ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass es erneut zu einer Eskalation der Lage nicht nur in den sunnitisch-arabischen Gebieten, sondern auch im Süden des Irak oder in den kurdischen Gebieten kommt. Das Beispiel des IS zeigt, dass insbesondere die sozioökonomischen Faktoren und die demografischen Entwicklungen eine grosse Gefahr für die Stabilität des Irak darstellen. Der gemäss der ‹Youth-Bulge›-Theorie konstatierte Überhang an jungen Menschen im Irak repräsentiert eine weitere Problematik. Da diese Bevölkerungsgruppe Bedürfnisse nach Land, Arbeit, höherer Ausbildung und anderen Arten von gesellschaftlichen Ressourcen hat, kann ihre Nichtbeachtung zu sozialer Instabilität führen und in Ländern, in denen es ethnische Konflikte gibt, für eine Verschärfung der Lage sorgen. Weil der Irak nicht nur einen Jugendüberschuss, sondern infolge des Klimawandels auch vermehrt einen Mangel an Wasser und Lebensraum aufweist, ist die Situation dort besonders prekär. Kommen noch ein Machtvakuum oder Ressentiments gegenüber einer bestimmten Bevölkerungsgruppe dazu, dann nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass radikale oder neuartige Akteure auftreten und Fuss fassen. Dass solche Kräfte durchaus in der Lage sind, wie ein souveräner Staat zu agieren, hat der IS deutlich gemacht. Er stellte in seinen Kontrollgebieten nicht nur Dienstleistungen zur Verfügung, sondern sorgte

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

auch für die innere Sicherheit und die Entstehung staatlicher Strukturen (vergleiche dazu Abschnitt 4.6).

Die vorliegende Studie hat die Entwicklungen im Irak und in der ARK mehrheitlich aus einer kurdischen Perspektive dargelegt und ist nur punktuell auf die Positionen anderer Gruppierungen im Irak eingegangen. Der Verfasser der Arbeit hat, wie zu Beginn erwähnt, jene Vorgänge und Persönlichkeiten ausgewählt, die seiner Meinung nach für die vergangenen Jahrzehnte im Irak konstitutiv waren. Entsprechend ist es für zukünftige Untersuchungen ein Forschungsdesiderat, der irakischen Neuordnung vom Standpunkt der verschiedenen nichtkurdischen Fraktionen und Akteure im Irak aus nachzugehen. Ausserdem würde es einen grossen Mehrwert für die vergleichende Konfliktforschung bedeuten, wenn die Rolle der irakischen Provinzen im neuen Irak eruiert und ihre Entwicklung in den letzten zehn Dekaden näher betrachtet würde. Wie bereits beschrieben, sind die Gründung einer zweiten Kammer und die Stärkung der Selbstverwaltung der Provinzen sowohl im Irak als auch in der ARK wesentliche aktuelle Themen. Dass die Menschen im Irak und in der ARK mit dem Status quo nicht zufrieden sind, ist mit den zunehmenden Demonstrationen der letzten Jahre und dem vermehrten Boykott von Wahlen offensichtlich.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

10 Literaturverzeichnis

Abdullah, N. (2006). Shekh Mahmudy Hafid Zadeh Le Balgenamey Ferensyda 1919–1934, Sulaimaniya: Shivan.

Abdullah, N. (2007). Chend Sernjek Derbarey Hozekany Kurdistany Khwaru, Sulaimaniya: Shivan.

Acemoglu, D., & Robinson, J. A. (2006). Economic Origins of Dictatorship and Democracy, New York: Cambridge University Press.

Acemoglu, D., & Robinson, J. A. (2012). Why Nations Fail. The Origins of Power, Prosperity, and Poverty, New York: Crown Publishers.

Ahmed, F. K. (2006). Shary Slemany: Mlmlaney Grupe Komelayetyekan (1820–1920), Sulaimaniya: Shivan.

Ahmed, H. A. (2002). Shery Berderky Seray Sulaimany 6y Aylwly 1930, Sulaimaniya: Zhyr.

Ahmed, M. M. A. (2012). Iraqi Kurds and Nation-Building, New York: Palgrave Macmillan.

Al-'Amry, A. T. (1994a). Mawsu't al-'Ashāyr al-'Irāqyya, 3., London: Maktabat al-Ṣafā Wa al-Marwa.

Al-'Amry, A. T. (1994b). Mawsu't al-'Ashāyr al-'Irāqyya, 2., London: Maktabat al-Ṣafā Wa al-Marwa.

Al-'Amry, A. T. (1994c). Mawsu't al-'Ashāyr al-'Irāqyya, 4., London: Maktabat al-Ṣafā Wa al-Marwa.

Al-'Amry, A. T. (1994d). Mawsu't al-'Ashāyr al-'Irāqyya, 1., London: Maktabat al-Ṣafā Wa al-Marwa.

Al-'Amry, A. T. (1994e). Mawsu't al-'Ashāyr al-'Irāqyya, 5., London: Maktabat al-Ṣafā Wa al-Marwa.

Al-'Amry, A. T. (1994f). Mawsu't al-'Ashāyr al-'Irāqyya, 8., London: Maktabat al-Ṣafā Wa al-Marwa.

Al-'Amry, A. T. (1994g). Mawsu't al-'Ashāyr al-'Irāqyya, 7., London: Maktabat al-Ṣafā Wa al-Marwa.

Al-'Amry, A. T. (1994h). Mawsu't al-'Ashāyr al-'Irāqyya, 6., London: Maktabat al-Ṣafā Wa al-Marwa.

Al-'Amry, A. T. (1995). Mawsu't al-'Ashāyr al-'Irāqyya, 9., London: Maktabat al-Ṣafā Wa al-Marwa.

Al-Ali, Z. (2014). The Struggle for Iraq's Future. How Corruption, Incompetence and Sectarianism Have Undermined Democracy, New Haven/London: Yale University Press.

Al-Bayaty, A. I. S. (2007). Al-Sheikh Mahmud Hafid «al-Berzinjy» We al-Nfudh al-Baritāny Fi Kurdistan al-'Irāq Heta 'Ām 1925, Al-Sulaymanyiah: Shivan.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Al-Dastur al-Mu'qat Li'ām 1958 (1958), https://www.hjc.iq/view.85/, abgerufen am 15.05.2019.

Al-Dastur al-Mu'qat Li'ām 1963 (1964), https://www.hjc.iq/view.83/, abgerufen am 18.08.2019.

Al-Dastur al-Mu'qat Li'ām 1968 (1968), https://www.hjc.iq/view.82/, abgerufen am 17.10.2019.

Al-Dastur al-Mu'qat Li'ām 1970 (1970), from https://www.hjc.iq/view.81/, abgerufen am 12.06.2019.

Al-Ḥukem al-Dhāty Limanṭeqa Kurdistan (1974), http://iraqld.hjc.iq:8080/LoadLawBook.aspx?page=1&SC=&BookID=30072, abgerufen am 11.09.2019.

Al-Qānun al-Asāsy al-'Irāgy (1925), https://www.hjc.iq/view.86/, abgerufen am 11.02.2020.

Ala'Aldeen, D. (2013). Nation Building and the System of Self-Governance in Kurdistan Region, Hawler: Aras.

Ala'Aldeen, D. (2018). State-Building. A Roadmap for the Rule of Law and Institutionalisation in the Kurdistan Region, Hawler: Rozhhelat.

Ala'Aldeen, D. (2020). Decentralisation in Iraq. Process, Progress and a New Tailor-Made Model, Erbil: Middle East Research Institute.

Albrow, M. (1998). Abschied vom Nationalstaat. Staat und Gesellschaft im globalen Zeitalter, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Ali, J. (2013). Nationalismw Nationalismy Kurdi, 2. Aufl., Hawler: Rozhhelat.

Ali, S. (2005). Kurdistany 'Iraq Le Belgenamekany Wezarety Daraway Baritanyada, Sulaimaniya: Shivan.

Ali, S. (2009). Bashek le Bireweryekani Mam Jelal, Kerkuk: Komeley Runakbiryw Komelayety Kerkuk.

Ali, S. (2017). Letter Shows Saudi King Faisal Asking US President to Support Kurdish Government, http://www.kurdistan24.net/en/news/fldf39fa-d2c9-4580-bd0c-143f627cbd4c, abgerufen am 10.08.2018.

Amin, N. M. (1997a). Le Kenary Danwbewe Bo Khry Nawzeng. Dywy Nawewey Rwdawekany Kurdistany 'Iraq 1975–1978, Berlin: o. A.

Amin, N. M. (1997b). Penjekan Yaktry Ashkenen. Diwy Nawewey Rudawekany Kurdistany 'Iraq 1979–1983, o. O: o. A.

Amin, N. M. (2000). Kurdistany 'Iraq: Serdemy Qelemw Muraje'et (1928–1931), Sulaimaniya: Sardam.

Amin, N. M. (2013a). Bedem Regawe Gwlchnyn: Chend Lapereyek Le Mezhwy Rozhnamewany Kurdy 1898–1958, Beirut: Arab Scientific Publishers.

Amin, N. M. (2013b). Bedem Regawe Gwlchnyn. Qwtabkhanekany Rozhnamewany Kurdyw Serdemy Qelemw Muraj'at, Beirut: Arab Scientific Publishers.

Amin, N. M. (2013c). Prosey Pekhenany Serokayety Harem?, https://www.kurdistanpost.nu/?mod=news&id=67491&rp=0&act=pdf&rf=1, abgerufen am 18.09.2019.

Anaid, A., & Tugdar, E. E. (Hrsg.) (2019). Iraqi Kurdistan's Statehood Aspirations. A Political Economy Approach, Cham: Palgrave Macmillan.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Anderson, L., & Stansfield, G. (2014). The Future of Iraq. Dictatorship, Democracy or Division?, 2. Auflage, New York: St. Martin's Press.

Anglo-French Declaration (1918), http://self.gutenberg.org/articles/Anglo-French_Declaration, abgerufen am 20.02.2020.

Archibugi, D. (2004). Cosmopolitan Democracy and Its Critics: A Review. European Journal of International Relations, 10(3), 437–473.

Armingeon, K. (2017). Die Beschädigung der Demokratie in der Krise der EU. In A. Croissant, S. Kneip & A. Petring (Hrsg.), Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit. Festschrift für Wolfgang Merkel, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, S. 435–446.

Asch, R. G., & Freist, D. (Hrsg.) (2005). Staatsbildung als kultureller Prozess. Strukturwandel und Legitimation von Herrschaft in der Frühen Neuzeit, Köln: Böhlau.

Assheuer, T. (2004). Hat Bush Recht? In F. Rudloff & V. Ulrich (Hrsg.), Der Fischer Weltalmanach aktuell. Pulverfass Irak, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 61–64.

Atkinson, A. B., Huber, P. M., James, H., & Scharpf, F. W. (Hrsg.) (2016). Nationalstaat und Europäische Union. Eine Bestandsaufnahme, Baden-Baden: Nomos.

Aziz, M. A. (2011). The Kurds of Iraq. Ethnonationalism and National Identity in Iraqi Kurdistan, London/New York: Tauris.

Aziz, M. A. (2014). The Kurds of Iraq. Nationalism and Identity in Iraqi Kurdistan, London/New York: Bloomsbury Academic.

Babanzadeh, K. J. (2019). Itifāqyat al-Jazā'r Wa T'thyrihā 'Ala al-Qaḍyat al-Kurdyeh Fy al-'Irāq, Sulaimaniya: Markaz Kurdistan Lildirāsāt al-Istrātyjyeh.

Baher al-Ulloum, I. M. (2020). Azmat al-'Irāq Syādyān. Awal Wathyqeh Tunāqish Mafhum al-Syādeh al-Waṭanyeh 2004-2020, Beirunt: al-'Ilmin lilnasher.

Bakawan, A. (2014). L'indépendance du Kurdistan est-elle possible ? Savoir/Agir, 4(30), 109–112.

Bakawan, A. (2017a). Kurdistan : L'indépendance en Balance. Politique Étrangère, 4, 41–51.

Bakawan, A. (2017b). L'échec du Nationalisme Kurde : Fragmentation, Partisanisation, Milicisation. Confluences Méditerranée, 1(100), 89–100.

Bakawan, A. (2018). Les Kurdes d'Irak : Une difficile formule politique. Confluences Méditerranée, 2(105), 113–130.

Bakawan, A. (2019). L'impossible État irakien. Les Kurdes à la recherche d'un État, Paris: L'Harmattan.

Barnett, M. (2002). Nation Building's New Face. Foreign Policy, 133, 98–99.

Barzani, M. (1998). Barzaniw Bzwtnaway Rzgarykhwazy Kurd 1931–1958, Dohuk: Xebat.

Barzani, M. (2002). Al-Barzani Wa al-Ḥarakeh al-Taḥriryeh al-Kurdyeh: 1961–1975, Erbil: Wizārat al-Tarbiyeh.

Barzani, M. (2020). Bo Mezhw, Hawler: Roxana.

Barzani, M. (2021). Barazanyw Bzwtnaway Rizgarykhwazy Kurd 1975–1990. Shorshy Gulan, Bashy Yakam, Hawler: Chapkhanay Roxana

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Baur, N., & Blasius, J. (2019). Methoden der empirischen Sozialforschung – Ein Überblick. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 1–28.

Beck, U. (2005). Das kosmopolitische Empire: Ein Plädoyer für ein Europa jenseits des Nationalstaats. Internationale Politik, 6–12.

Becker, J. M. (2008). Bilanz eines katastrophalen Krieges. In J. M. Becker & H. Wulf (Hrsg.), Zerstörter Irak – Zukunft des Irak? Der Krieg, die Vereinten Nationen und die Probleme eines Neubeginns, Berlin: LIT, S. 17–42.

Becker, J. M., & Wulf, H. (Hrsg.) (2008). Zerstörter Irak – Zukunft des Irak? Der Krieg, die Vereinten Nationen und die Probleme eines Neubeginns, Berlin: LIT.

Bengio, O. (Hrsg.) (2014). Kurdish Awakening. Nation Building in a Fragmented Homeland, Austin: University of Texas Press.

Bengio, O. (2017). The Kurds in a Volatile Middle East. Mideast Security and Policy Studies, 130, 1–56.

Bengio, O. (2018). Contextualizing the Kurdish National Project: The Failed Iraqi Nation-State Thesis. British Journal of Middle Eastern Studies, 45(4), 559–573.

Bessent, S., Brown, D., Franke, E., & De Bode, H. (2019). After Iraqi Kurdistan's Thwarted Independence Bid, Crisis Group Middle East Report N°199, Brussels: o. A.

Bevölkerung nach Migrationsstatus (2021), https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/migration-integration/nach-migrationsstatuts.html, abgerufen am 10.08.2022.

Bieling, H.-J., & Hüttmann, M. G. (Hrsg.) (2016). Europäische Staatlichkeit. Zwischen Krise und Integration, Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Bierling, S. (2010). Geschichte des Irakkriegs. Der Sturz Saddams und Amerikas Albtraum im Mittleren Osten, München: Beck.

Boehme-Neßler, V. (2009). Das Ende des Staates? Zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf den Staat. Zeitschrift für öffentliches Recht, 64, 145–199.

Breen, K., & O'Neill, S. (Hrsg.) (2010). After the Nation? Critical Reflections on Nationalism and Postnationalism, New York: Palgrave Macmillan.

Brüsemeister, T. (2008). Qualitative Forschung. Ein Überblick, 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bühlmann, M., Merkel, W., Müller, L., Giebler, H., & Weßels, B. (2012). Demokratiebarometer: ein neues Instrument zur Messung von Demokratiequalität. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 6, 115–159.

Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (1848), https://www.verfassungen.ch/verf48-i.htm, abgerufen am 18.10.2021.

Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (1999), http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#, abgerufen am 20.10.2020.

Bzwtnaway Gorran (2020), https://gorran.net/about.aspx?jimare=1, abgerufen am 11.03.2020.

Carnegie Endowment for International Peace (1924). Treaty of Lausanne, https://wwi.lib.byu.edu/index.php/Treaty_of_Lausanne, abgerufen am 08.09.2020.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Černy, H. (2018). Iraqi Kurdistan, the PKK and International Relations. Theory and Ethnic Conflict, Oxon/New York: Routledge.

Chesterman, S. (2003). You, the People. The United Nations, Transitional Administration, and State-Building, New York.

CNN (2014). Iraqi Kurdistan President Says It's Time for Self-determination, https://ekurd.net/mismas/articles/misc2014/6/state8128.htm, abgerufen am 11.09.2019.

Coalition Provisional Authority (2004). Law of Administration for the State of Iraq for the Transitional Period, https://www.cesnur.org/2004/iraq_tal.htm, abgerufen am 11.05.2019.

Creasey, E., Rahman, A. S., & Smith, K. A. (2012). Nation Building and Economic Growth. The American Economic Review, 102(3), 278–282.

Croissant, A. (2002). Von der Transition zur defekten Demokratie. Demokratieentwicklung in den Philippinen, Südkorea und Thailand, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Croissant, A., Kneip, S., & Petring, A. (Hrsg.) (2017). Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit. Festschrift für Wolfgang Merkel, Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Dahl, R. A. (1971). Polyarchy. Participation and Opposition, New Haven/London: Yale University Press.

Dahl, R. A. (1998). On Democracy, New Haven/London: Yale University Press.

Danilovich, A. (Hrsg.) (2017). Iraqi Kurdistan in Middle Eastern Politics, Oxon/New York: Routledge.

Danilovich, A. (Hrsg.) (2019). Federalism, Self-Determination and International Recognition Regime. Iraqi Kurdistan, Oxon/New York: Routledge.

Dawisha, A. (2010). Afghanistan & Iraq: Iraq – A Vote Against Sectarianism. Journal of Democracy, 21(3), 26–40.

Deitelhoff, N., & Steffek, J. (Hrsg.) (2009). Was bleibt vom Staat? Demokratie, Recht und Verfassung im globalen Zeitalter, Frankfurt: Campus.

Derichs, C. (2004). Die Nation gestalten – Ideologische Aspekte des Nation-Building. In J. Hippler (Hrsg.), Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung?, Bonn: Dietz, S. 69–85.

Deutsch, K. W. (1976). Die Schweiz als ein pragmatischer Fall politischer Integration, Bern: Haupt.

Die drei Eidgenossen im Mittelpunkt des Bundeshauses (2010), https://de.wikipedia.org/wiki/Die_drei_Eidgenossen#/media/Datei:Bundeshaus_Kuppelhalle.jpg, abgerufen am 15.10.2021.

Dingwerth, K., Blauberger, M., & Schneider, C. (2011). Postnationale Demokratie. Eine Einführung am Beispiel von EU, WTO und UNO, Heidelberg: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Dixon, P. (2011). Is Consociational Theory the Answer to Global Conflict? From the Netherlands to Northern Ireland and Iraq. Political Studies Review, 9(3), 309–322.

Dixon, P. (2018). What Politicians Can Teach Academics: ‹Real› Politics, Consociationalism and the Northern Ireland Conflict. In M. Jakala, D. Kuzu & M. Qvortrup (Hrsg.), Consociationalism and Power-Sharing in Europe. Arend Lijphart's Theory of Political Accommodation, Cham: Palgrave Macmillan.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Dobbins, J. (2006). Learning the Lessons of Iraq. In F. Fukuyama (Hrsg.), Nation-Building. Beyond Afghanistan and Iraq, Baltimore: Johns Hopkins University Press, S. 218–229.

Dobbins, J. (2007). Who Lost Iraq? Lessons from the Debacle. Foreign Affairs, 86(5), 61–74.

Dobbins, J., MacGinn, J. M., Crane, K., Jones, S. G., & Lal, R. (2003). America's Role in Nation-Building. From Germany to Iraq, Santa Monica: RAND.

Dobbins, J., Jones, S. G., Crane, K., … Timilsina, A. (2005). The UN's Role in Nation-Building. From the Congo to Iraq, Santa Monica: RAND Corporation.

Dobbins, J., Jones, S. G., Crane, K., & DeGrasse, B. C. (2007). The Beginner's Guide to Nation-Building, Santa Monica: RAND Corporation.

Dobbins, J., Poole, M. A., Long, A., & Runkl, B. (2008). After the War. Nation-Building from FDR to George W. Bush, Santa Monica: RAND Corporation.

Dobbins, J., Jones, S. G., Runkl, B., & Mohandas, S. (2009). Occupying Iraq. A History of the Coalition Provisional Authority, Santa Monica: RAND Corporation.

Doorenspleet, R., & Maleki, A. (2018). Understanding Patterns of Democracy: Reconsidering Societal Divisions and Bringing Societal Culture Back In. In M. Jakala, D. Kuzu & M. Qvortrup (Hrsg.), Consociationalism and Power-Sharing in Europe. Arend Lijphart's Theory of Political Accommodation, Cham: Palgrave Macmillan, S. 11–34.

DPK-I (1981). Khyanetekany Qyadey Muweqet Be Neteway Kurd, DPK-I Rekkhrawy Eurupa.

DPK (1997). Teqyym Mesyrat al-Thewrat al-Kurdyeh Wa Inhyāryhā Wa al-Drws Wa al-'Iber al-Mustekhliṣeh Minhā, 2. Aufl., Sulaimaniya: DPK

DPK und PUK Einflusszonen (2018), https://www.descifrandolaguerra.es/kdp_and_puk_controlled_areas_of_kurdistan/, abgerufen am 11.08.2019.

Dresing, T., & Pehl, T. (2020). Transkription. In G. Mey & K. Mruck (Hrsg.), Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie, Wiesbaden: Springer, S. 1–20.

Druey, H. (1848). Bericht über den Entwurf einer Bundesverfassung, https://www.e-rara.ch/zut/content/titleinfo/7530617, abgerufen am 11.07.2021.

Etzioni, A. (2004). A Self-restrained Approach to Nation-Building by Foreign Powers. International Affairs, 80(1), 1–17.

Etzioni, A. (2012). The Folly of Nation Building. National Interest, (120), 60–68.

Flick, U. (2002). Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung, 6. Aufl., Reinbek: Rowohlt.

Flick, U. (2019). Gütekriterien qualitativer Sozialforschung. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 473–488.

Flick, U. (2020). Gütekriterien qualitativer Forschung. In G. Mey & K. Mruck (Hrsg.), Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie, Wiesbaden: Springer, S. 1–17.

Fukuyama, F. (2005a). Building Democracy After Conflict: «Stateness» First. Journal of Democracy, 16(1), 84–88.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Fukuyama, F. (2005b). State-Building. Governance and World Order in the Twenty-First Century, Croydon: CPI.

Fukuyama, F. (2006a). Guidelines for Future Nation-Builders. In F. Fukuyama (Hrsg.), Nation-Building. Beyond Afghanistan and Iraq, Baltimore: Johns Hopkins University Press, S. 231–244.

Fukuyama, F. (2006b). Nation-Building and the Failure of Institutional Memory. In F. Fukuyama (Hrsg.), Nation-Building. Beyond Afghanistan and Iraq, Baltimore: Johns Hopkins University Press, S. 1–16.

Fuller, G. (1995). The Demographic Backdrop to Ethnic Conflict: A Geographic Overview. In CIA (Hrsg.), The Challenge of Ethnic Conflict to National and International Order in the 1990s. Geographic Perspectives, Washington, S. 151–154.

Fürtig, H. (2016). Geschichte des Irak. Von der Gründung 1921 bis heute, 3. Aufl., München: Beck.

Ghanim, D. (2011). Iraq's Dysfunctional Democracy, Santa Barbara/Denver: ABC-CLIO.

Gießmann, H. J., & Rinke, B. (Hrsg.) (2011). Handbuch Frieden, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Grotenhuis, R. (2016). Nation-Building as Necessary Effort in Fragile States, Amsterdam: Amsterdam University Press.

Grotz, F., & Müller-Rommel, F. (Hrsg.) (2011). Regierungssysteme in Mittel- und Osteuropa. Die neuen EU-Staaten im Vergleich, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gunes, C. (2019). The Kurds in a New Middle East. The Changing Geopolitics of a Regional Conflict, Cham: Palgrave Macmillan.

Gunter, M. M. (2015). The Kurds in the changing political map of the Middle East. Kurdish Studies, 3(1), 64–81.

Gunter, M. M. (Hrsg.) (2016). Kurdish Issues. Essays in Honor of Robert W. Olson, Costa Mesa, CA: Mazda.

Gunter, M. M. (2018). Historical Dictionary of the Kurds, 3. Aufl., Lanham: Rowman/Littlefield.

Gunter, M. M. (Hrsg.) (2019). Routledge Handbook on the Kurds, Oxon/New York: Routledge.

Habermas, J. (1992). Citizenship and National Identity: Some Reflections on the Future of Europe. Praxis International, 12(1), 1–19.

Habermas, J. (1998). Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habte, M. (2012). Nationenbildung in einem multiethnischen Staat. Beitrag von Bildung und Schulbücher im nationalen Integrationsprozess Eritreas, Berlin: LIT.

Haddad, F. (2017). ‹Sectarianism› and its discontents in the study of the Middle East. Middle East Journal, 71(3), 363–382.

Hafid, N. (2006). Yadnamey Shekh Mahmudy Hafid, Sulaimaniya: Shivan.

Haidar, R. S., & McGinn, J. (2018). Iraq and Its Regions. The Future of the Kurdistan Region of Iraq after the Referendum. London: LSE Middle East Centre.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Hamakarim, A., Ali, M., Mohammed, D., … Mahwy, A. (2015). Prse Syasyw Qayrane Hawcharkhekan, Sulaimany: Piremerd.

Hansen, R. (2009). The Poverty of Postnationalism: Citizenship, Immigration, and the New Europe. Theory and Society, 38(1), 1–24.

Harb, T. (2020). Al-Wzarā' al-Malakywn al-Kurd, https://www.nrttv.com/AR/birura-details.aspx?authorid=105&Articleid=1945, abgerufen am 20.04.2019.

Hawez, A. (2017). Gebietsverluste der «Autonomen Region Kurdistan» nach Oktober 2017, https://twitter.com/abdullahawez/status/931020983393275904, abgerufen am 11.04.2019.

Heinsohn, G. (2011). Gesellschaftliche Kriegstheorien: Demografische Faktoren. In T. Jäger & R. Beckmann (Hrsg.), Handbuch Kriegstheorien, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 72–95.

Heinsohn, G. (2019). Söhne und Weltmacht. Terror im Aufstieg und Fall der Nationen, 2. Aufl., Zürich: Orell Füssli.

Helfferich, C. (2019). Leitfaden- und Experteninterviews. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 669–686.

Helldahl, P. (2013). The Challenge from Nationalism. Problems of Community in Democracy, Uppsala: Acta Universitatis Upsaliensis.

Hennerbichler, F. (2018a). Future Options of the Kurds. Part I: The Current Situation. Advances in Anthropology, 08, 175–234.

Hennerbichler, F. (2018b). Future Options of the Kurds. Part II: Historical Background. Advances in Anthropology, 08, 235–272.

Hering, L., & Jungmann, R. (2019). Einzelfallanalyse. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 619–632.

Hersh, S. (2003). Balgename: Party Dymwkraty Kurdistan – 'Iraq La Chandin Belgenamey Mezhwyyda (1958–1963), Sulaimaniya: Zhyr.

Hijazy, A. (2019). Qāmus al-Kyrāhyah. Muṣṭlaḥāt Taḍrb al-Silm al-Ijtimā'y Fy al-'Irāq, London: Dar Alhikmeh.

Hilmy, R. (2003). Yadasht, 3. Aufl., Sulaimaniya: Sardam.

Hiltermann, J. (2017a). What Did the Kurds Get Out of the Referendum?, September 2017, https://www.theatlantic.com/international/archive/2017/09/kurds-iraq-barzani-isis-referendum/541260/, abgerufen am 28.05.2020.

Hiltermann, J. (2017b). The Kurds Are Right Back Where They Started, 31.10.2017, https://www.theatlantic.com/international/archive/2017/10/history-of-the-kurds/544316/, abgerufen am 14.04.2020.

Hiltermann, J., & Fantappie, M. (2018). Twilight of the Kurds, Januar 2018, https://foreignpolicy.com/2018/01/16/twilight-of-the-kurds-iraq-syria-kurdistan/, abgerufen am 28.05.2020.

Hippler, J. (2003). Unilateralismus der USA als Problem der internationalen Politik. Aus Politik und Zeitgeschichte, 53(31/32), 15–22.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Hippler, J. (2004a). Gewaltkonflikte, Konfliktprävention und Nationenbildung – Hintergründe eines politischen Konzepts. In J. Hippler (Hrsg.), Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung?, Bonn: Dietz, S. 14–30.

Hippler, J. (2004b). Militärische Besatzung als Schöpfungsakt – Nation-Building im Irak. In J. Hippler (Hrsg.), Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung?, Bonn: Dietz, S. 121–140.

Hippler, J. (Hrsg.) (2004c). Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung?, Bonn: Dietz.

Hippler, J. (2004d). Nationalstaaten aus der Retorte? Nation-Building zwischen militärischer Intervention, Krisenprävention und Entwicklungspolitik. In J. Hippler (Hrsg.), Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung?, Bonn: Dietz, S. 245–270.

Hippler, J. (Hrsg.) (2005). Nation-building. A Key Concept for Peaceful Conflict Transformation?, London/Ann Arbor: Pluto Press.

Hippler, J. (2006). Krieg, Repression, Terrorismus. Politische Gewalt und Zivilisation in westlichen und muslimischen Gesellschaften, Regensburg: Friedrich Pustet.

Hippler, J. (2007a). Der Nahe und Mittlere Osten – Terrorismus und politische Gewalt. In J. Hippler (Hrsg.), Von Marokko bis Afghanistan – Krieg und Frieden im Nahen und Mittleren Osten, Hamburg: Konkret Literatur Verlag, S. 161–178.

Hippler, J. (2007b). Intervention, Demokratie, Kontrolle – Die US-Politik im Mittleren Osten. In J. Hippler (Hrsg.), Von Marokko bis Afghanistan – Krieg und Frieden im Nahen und Mittleren Osten, Hamburg: Konkret Literatur Verlag, S. 179–196.

Hippler, J. (2007c). Von der Diktatur zum Bürgerkrieg – Der Irak seit dem Sturz Saddam Husseins. In J. Hippler (Hrsg.), Von Marokko bis Afghanistan – Krieg und Frieden im Nahen und Mittleren Osten, Hamburg: Konkret Literatur Verlag, S. 92–109.

Hippler, J. (2008). Nachkriegszeit als Krieg – Der Irak seit der Invasion der USA. In J. M. Becker & H. Wulf (Hrsg.), Zerstörter Irak – Zukunft des Irak? Der Krieg, die Vereinten Nationen und die Probleme eines Neubeginns, Berlin: LIT, S. 252–265.

Hippler, J. (2011a). Counterinsurgency – Theorien unkonventioneller Kriegführung: Callwell, Thompson, Smith und das US Army Field Manual 3-24. In T. Jäger & R. Beckmann (Hrsg.), Handbuch Kriegstheorien, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 256–283.

Hippler, J. (2011b). Strategische Grundprobleme externer politischer und militärischer Intervention. Unter besonderer Berücksichtigung der Krisensituationen des Nahen und Mittleren Ostens, Duisburg.

Hippler, J. (2012). Zum Zustand des Irak beim Abzug des US-amerikanischen Militärs. Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 5(1), 61–71.

Holenstein, R. (2018). Stunde Null: Die Neuerfindung der Schweiz 1848. Die Privatprotokolle und Geheimberichte, Basel: Echtzeit Verlag.

Howell, M., & Prevenier, W. (2004). Werkstatt des Historikers. Eine Einführung in die historischen Methoden, Köln: Böhlau.

Huntington, S. P. (1993). The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century, Norman: University of Oklahoma Press.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Huntington, S. P. (1997). Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Wien: Europaverlag.

Irakische Karte (2020), Iraqi map (the study area). | Download Scientific Diagram (researchgate.net), abgerufen am 20.10.2021.

Iraq's Constitution of 2005 (2005), https://www.constituteproject.org/constitution/Iraq_2005?lang=en, abgerufen am 18.08.2019.

Iraqi Media House (2020), https://www.imh-org.com/من-نحن, abgerufen am 16.06.2020.

Jahn, E. (2015). Politische Streitfragen. Band 4: Weltpolitische Herausforderungen, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Jakala, M., Kuzu, D., & Qvortrup, M. (2018). Conclusion: Consociationalism After Fifty Years: Reflections and Pathways Forward. In M. Jakala, D. Kuzu & M. Qvortrup (Hrsg.), Consociationalism and Power-Sharing in Europe. Arend Lijphart's Theory of Political Accommodation, Cham: Palgrave Macmillan, S. 197–199.

Jamal, A. (2010). Rebery Hawlatyian bo Ptawkrdny Paywandy Lagal Andamany Khwly Sehamy Parlamany Kurdistanda, Sulaimaniya: Rahand.

Jamal, A., & Kaẓem, K. (2020). Dasteberkrdny Chyewayeky Yasay Tebaw Gunjaw Bo Lamerkazyety Kargery La Haremy Kurdistan, Sulaimaniya: o. A.

Jamal, A., Abdulfatah, H., & Muhamed, G. (2017). Anjamy Raprsy. Sistemy Lamarkazy La Newan Khwasty Hawlatianw Asty Pyiadekrdny La Haremy Kurdistan, Sulaimaniya: o. A.

Jarrett, H. (2018). The Limits of Consociational Power Sharing. In M. Jakala, D. Kuzu & M. Qvortrup (Hrsg.), Consociationalism and Power-Sharing in Europe. Arend Lijphart's Theory of Political Accommodation, Cham: Palgrave Macmillan, S. 35–54.

Jedinger, A., & Michael, T. (2019). Interviewereffekte. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 365–376.

Jwaideh, W. (2006). The Kurdish National Movement. Its Origins and Development, New York: Syracuse University Press.

Kadhim, A. (2012). Reclaiming Iraq. The 1920 Revolution and the Founding of the Modern State, Austin: University of Texas Press.

Kelle, U., & Kluge, S. (2010). Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung, 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Khwaja, A. (2016). Chim Dy: Bargy (1–4), 3. Aufl., Sulaimaniya: Shivan.

KIE (2016). Anjamy Raprsy. Sistemy Lamarkazy La Newan Khwasty Hawlatianw Asty Pyiadekrdny La Haremy Kurdistan, Sulaimaniya: o. A.

Klein, H. (2014). Zeitungsartikel. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 841–846.

Klein, H. (2019). Quantitative Analyse von Zeitungsartikeln und Online-Nachrichten. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 1149–1155.

Kleining, G. (1982). Umriss zu einer Methodologie qualitativer Sozialforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 34(2), 224–253.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Kollmorgen, R., Merkel, W., & Wagner, H.-J. (Hrsg.) (2015a). Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Kollmorgen, R., Merkel, W., & Wagner, H.-J. (2015b). Transformation und Transformationsforschung: Zur Einführung. In R. Kollmorgen, W. Merkel & H.-J. Wagner (Hrsg.), Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 11–27.

Köppl, S., & Kranenpohl, U. (Hrsg.) (2012). Konkordanzdemokratie. Ein Demokratietyp der Vergangenheit?, Baden-Baden: Nomos.

Korte, H. (2013). Prozesse der Staats- und Nationenbildung. In H. Korte (Hrsg.), Der Mythenjäger, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 53–79.

Kranenpohl, U. (2012). Konkordanz – Begriffsklärung und Forschungsgeschichte. In S. Köppl & U. Kranenpohl (Hrsg.), Konkordanzdemokratie. Ein Demokratietyp der Vergangenheit?, Baden-Baden: Nomos, S. 13–31.

Kuckartz, U., & Rädiker, S. (2019). Datenaufbereitung und Datenbereinigung in der qualitativen Sozialforschung. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 441–456.

Kymlicka, W. (1999). Citizenship in the Era of Globalization: Commentary on Held. In I. Shapiro & C. Hacker-Cordon (Hrsg.), Democracy's Edges, Cambridge: Cambridge University Press, S. 112–126.

Kymlicka, W. (2001). Politics in the Vernacular. Nationalism, Multiculturalism, and Citizenship, Oxon: Oxford University Press.

Langewiesche, D. (2016). Föderalistische Traditionen und europäische Entwicklungsperspektiven. In A. B. Atkinson, P. M. Huber, H. James & F. W. Scharpf (Hrsg.), Nationalstaat und Europäische Union. Eine Bestandsaufnahme, Baden-Baden: Nomos, S. 39–53.

Lebovic, J. H. (2019). Planning to Fail. The US Wars in Vietnam, Iraq, and Afghanistan, New York: Oxford University Press.

Lehmbruch, G. (1967). Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich, Tübingen: Mohr Siebeck.

Lehmbruch, G. (1991). Das konkordanzdemokratische Modell in der vergleichenden Analyse politischer Systeme. In H. Michalsky (Hrsg.), Politischer Wandel in konkordanzdemokratischen Systemen, Vaduz: Verlag der Lichtensteinischen Akademischen Gesellschaft, S. 13–24.

Lehmbruch, G. (1992). Konkordanzdemokratie. In D. Nohlen (Hrsg.), Lexikon der Politik, Bd. 3, München: Beck, S. 206–211.

Lehmbruch, G. (2012). Die Entwicklung der vergleichenden Politikforschung und die Entdeckung der Konkordanzdemokratie – eine historisch-institutionelle Perspektive. In S. Köppl & U. Kranenpohl (Hrsg.), Konkordanzdemokratie. Ein Demokratietyp der Vergangenheit?, Baden-Baden: Nomos, S. 33–47.

Lemay-Hébert, N. (2009). Statebuilding without Nation-building? Legitimacy, State Failure and the Limits of the Institutionalist Approach. Journal of Intervention and Statebuilding, 3(1), 21–45.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Lijphart, A. (1968). The Politics of Accommodation. Pluralism and Democracy in the Netherlands, Berkeley/Los Angeles: University of California Press.

Lijphart, A. (1977). Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration, New Haven/London: Yale University Press.

Lijphart, A. (1984). Democracies. Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries, New Haven/London: Yale University Press.

Lijphart, A. (1999). Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries, New Haven/London: Yale University Press.

Lijphart, A. (2004). Constitutional Design for Divided Societies. Journal of Democracy, 15(2), 96–109.

Lijphart, A. (2008). Thinking about Democracy. Power Sharing and Majority Rule in Theory and Practice, Oxon: Routledge.

Lijphart, A. (2012). Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries, 2. Aufl., New Haven/London: Yale University Press.

Lijphart, A. (2018). Consociationalism After Half a Century. In M. Jakala, D. Kuzu & M. Qvortrup (Hrsg.), Consociationalism and Power-Sharing in Europe: Arend Lijphart's Theory of Political Accommodation, Cham: Springer International Publishing, S. 1–9.

Linder, W. (2005). Schweizerische Demokratie. Institutionen – Prozesse – Perspektiven, 2. Aufl., Bern: Haupt.

Linder, W., & Mueller, S. (2017). Schweizerische Demokratie. Institutionen – Prozesse – Perspektiven, 4. Aufl., Bern: Haupt.

Linz, J. J. (1993). Staatsbildung, Nationbildung und Demokratie. Transit, (07), 43–62.

Lipset, S. M. (1963). The First New Nation. The United States in Historical and Comparative Perspective, New York: Basic Books.

Mala Izzat, M. (2006). Ḥukumety Kurdistan Lenaw Metely Syasaty Britanyada 1918–1924, Sulaimaniya: Shivan.

Mala Karim, M. (2011). Diwany Faiq Bekas, 2. Aufl., Sulaimaniya: Shivan.

Mansfield, E. D., & Snyder, J. (2005). Electing to Fight. Why Emerging Democracies Go to War, Cambridge, MA: MIT Press.

Mansfield, S. (2014). The Miracle of the Kurds. A Remarkable Story of Hope Reborn in Northern Iraq, Brentwood: Worthy.

Markaz al-'Irāqy Lilma'lumāt Wa al-Dirāsāt (2007). Dalil al-Wazārāt al-'Irāqyya (1920–2003), Bagdad: Dar Nur al-Sharq.

Maronitis, K. (2017). Postnationalism and the Challenges to European Integration in Greece. The Transformative Power of Immigration, London: Palgrave Macmillan.

Marr, P., & Al-Marashi, I. (2017). The Modern History of Iraq, 4. Aufl., Boulder: Westview Press.

Mayring, P. (2020). Qualitative Forschungsdesigns. In G. Mey & K. Mruck (Hrsg.), Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie (Springer Reference Psychologie), Wiesbaden: Springer, S. 1–15.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Mayring, P., & Fenzl, T. (2019). Qualitative Inhaltsanalyse. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 633–648.

Mazhar, K. (2014). Kurdw Kurdistan La Balganame Nhenyekany Ḥukumaty Baritaniada, 2. Aufl., Hawler: Hajjy Hashem.

Merkel, W. (2010). Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Merkel, W. (2011). Systemtransformation: Konsolidierung und Qualität der Demokratie. In F. Grotz & F. Müller-Rommel (Hrsg.), Regierungssysteme in Mittel- und Osteuropa. Die neuen EU-Staaten im Vergleich, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 27–46.

Merkel, W., & Gerschewski, J. (2015). Demokratische Transformationen nach dem Zweiten Weltkrieg. In R. Kollmorgen, W. Merkel & H.-J. Wagner (Hrsg.), Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 339–353.

Mey, G., & Mruck, K. (2019). Qualitative Interviews. In G. Mey & K. Mruck (Hrsg.), Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie, Wiesbaden: Springer, S. 1–21.

Meyen, M., & Schamberger, K. (2018). Die Kurden. Ein Volk zwischen Unterdrückung und Rebellion, Frankfurt am Main: Westend.

Meyer, C., & Meier, C. (2019). Ergebnispräsentation in der qualitativen Forschung. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 271–289.

Mezhwy Halbzhardny Khwly Chwarham (2013), https://www.parliament.krd/about-parliament/parliament-terms/term-4/, abgerufen am 11.07.2020.

Mezhwy Halbzhardny Khwly Dwham (2005), https://www.parliament.krd/about-parliament/parliament-terms/term-2/, abgerufen am 13.07.2020.

Mezhwy Halbzhardny Khwly Seham (2009), https://www.parliament.krd/about-parliament/parliament-terms/term-3/, abgerufen am 14.06.2020.

Mezhwy Halbzhardny Khwly Yekem (1992), https://www.parliament.krd/about-parliament/parliament-terms/term-1/, abgerufen am 11.05.2020.

Morlino, L. (2017). Wirtschaftskrise und Demokratie: Eine Wirkungsanalyse. In A. Croissant, S. Kneip & A. Petring (Hrsg.), Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit. Festschrift für Wolfgang Merkel, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 447–468.

Mustafa, S. K. (2007). Be'syzmw Kurd 1947–1975, Sulaimaniya: Dezgay Chapw Pakhshy Hamdy.

Naqshbandy, S. A. (2019). Xebat: Tomary Xebaty Neteweyek 1959–2019, Hawler: Chapkhaney Rozhhelat.

Naqshy, R. (2016). Sadayek Dway Sykes-Picot, o. O.: o. A.

Noll, A. (2016). Sykes-Picot steht für die erlebte Übermächtigkeit des Westens, https://www.dw.com/de/reinkowski-sykes-picot-steht-für-die-erlebte-übermächtigkeit-des-westens/a-19241357, abgerufen am 20.02.2020.

Nuri, B. (2018). Prsy Kurdw Azmuny Kurdistany 'Iraq, Sulaimaniya: Zana.

NZZ (2005). Irakische Verfassung angenommen, https://www.nzz.ch/newzzEF82ODWI-12-ld.365159?reduced=true, abgerufen am 18.06.2020.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Obinger, H., & Schmidt, M. G. (Hrsg.) (2019). Handbuch Sozialpolitik, Wiesbaden: Springer Fachmedien.

O'Donnell, G., Schmitter, P. C., & Whitehead, L. (1986). Transitions from Authoritarian Rule. Comparative Perspectives, Baltimore: Johns Hopkins University Press.

O'Leary, B. (2010). Iraq as a New Multinational State: A Cautious Defence. In K. Breen & S. O'Neill (Hrsg.), After the Nation? Critical Reflections on Nationalism and Postnationalism, New York: Palgrave Macmillan, S. 60–83.

Ottaway, M. (2002). Nation Building. Foreign Policy, 132, 16–24.

Pećinar, A. (2021). Cairo Conference 1921, https://wsimag.com/economy-and-politics/66016-cairo-conference-1921, abgerufen am 17.10.2020.

Pei, M., & Kasper, S. (2003). Lessons from the Past: The American Record on Nation Building. Policy Brief, Washington DC.

Pelke, L., & Croissant, A. (2018). Autokratische Redistribution – Institutionen, Legitimation und die Umverteilung von Einkommen in Nicht-Demokratien. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 12(3), 509–538.

Pfaff-Czarnecka, J. (2004). Demokratisierung und Nation-Building in «geteilten Gesellschaften». In J. Hippler (Hrsg.), Nation-Building: Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung?, Bonn: Dietz, S. 49–68.

Phillips, D. L. (2017). The Kurdish Spring. A New Map of the Middle East, Oxon/New York: Routledge.

Porst, R. (2014). Frageformulierung. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 687–699.

President Discusses Freedom and Democracy in Iraq (2006), https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2006/03/20060313-3.html, abgerufen am 19.06.2020.

Press Conference by the President (2007), https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2007/02/print/20070214-2.html, abgerufen am 18.06.2020.

Pridham, G. (1995). The International Context of Democratic Consolidation: Southern Europe in Comparative Perspective. In R. Gunther, N. P. Diamandouros & H.-J. Puhle (Hrsg.), The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective, Baltimore: Johns Hopkins University Press, S. 66–203.

Qadir, A. M. A. (2007). Mewqif Mejlis al-Newāb al-'Irāqy Min al-Qaḍyeh al-Kurdyeh Fy al-'Irāq (1925–1945), Al-Sulaymanyiah: Shivan.

Qanun al-Difa' al-Waṭany (1934), 22.02.1934, https://iraqld.hjc.iq/LoadLawBook.aspx?page=1&SC=&BookID=1032, abgerufen am 08.12.2021.

Qaradakhy, A. (2014). Gwtary Nasionalizmy Kurdi, 2. Aufl., Sulaimaniya: Chwarchra.

Rafaat, A. (2007). An Independent Kurdish State: Achievable or Merely a Kurdish Dream? The Journal of Social, Political and Economic Studies, 32(3), 267–304.

Rafaat, A. (2018). Kurdistan in Iraq. The Evolution of a Quasi-State, Oxon/New York: Routledge.

Raouf, I. A. (2012). Al-Melafat al-Shakhṣya Liliwā' al-Rukn Abd al-Karim Qasim, Al-Sulaymanyiah: Shivan.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Rashid, S. (2017a). Mam Jalal: Dydary Temen – Le Lawetyewe Bo Koshky Komary – Bashy Dwham, 3. Aufl., Sulaimaniya: Karo.

Rashid, S. (2017b). Mam Jalal: Dydary Temen – Le Lawetyewe Bo Koshky Komary – Bashy Yakam, 1. Aufl., Sulaimaniya: Karo.

Rasul, K. A. (2012). Al-Ḥuquq al-Syāsyiat Fi al-Dasātir al-'Irāqyya, Al-Sulaymanyiah: Muasasat Ḥamdy Lilṭab' Wa al-Nashr.

Rasul, K. A. (2013). Al-Majlis al-Tashri'y al-Thāny Fi al-Dawleh al-Fidrālyeh, Al-Sulaymanyiah: Markaz Kurdistan Lildirāsāt al-Istrātyjyeh.

Reinhardt, V. (2013). Die Geschichte der Schweiz. Von den Anfängen bis heute, 2. Aufl., München: Beck.

Resolution 1483 (2003), https://digitallibrary.un.org/record/495555, abgerufen am 17.09.2019.

Richter, F. (Hrsg.) (2016). Identität, Ethnizität und Nationalismus in Kurdistan. Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Ferhad Ibrahim Seyder, Berlin: LIT.

Riescher, G., & Russ, S. (2010). Zur Funktion von Zweiten Kammern in modernen Demokratien. In G. Riescher, S. Russ & C. M. Hass (Hrsg.), Zweite Kammern, 2. Aufl., München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 507–532.

Riescher, G., Russ, S., & Hass, C. M. (Hrsg.) (2010). Zweite Kammern, 2. Aufl., München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

Rivkin, A. (1969). Nation-Building in Africa. Problems and Prospects, New Brunswick: Rutgers University Press.

Rochtus, D. (2012). Belgien: Konsens- oder «Dissensdemokratie»? In S. Köppl & U. Kranenpohl (Hrsg.), Konkordanzdemokratie. Ein Demokratietyp der Vergangenheit?, Baden-Baden: Nomos, S. 133–146.

Romano, D., & Gurses, M. (Hrsg.) (2014). Conflict, Democratization, and the Kurds in the Middle East. Turkey, Iran, Iraq, and Syria, New York: Palgrave Macmillan.

Rüb, F. W. (2004). Einleitung: Demokratisierung, Konsolidierung und Wohlfahrtsstaat – Überlegungen zu einem ungeklärten Verhältnis. In A. Croissant, G. Erdmann & F. W. Rüb (Hrsg.), Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–41.

Sabir, S. A. (2007). Rafiq Hilmi: Dirāsat Tārykhya Fy Neshāṭehy al-Syāsy We al-Theqāfy, Al-Sulaymanyiah: Shivan.

Sajjady, A. (2017). Shorshekany Kurdw Komary 'Iraq, Sanandaj: Kurdistan Publication.

Salih, S. (2006a). Albumy Shekh Mahmudy Hafid, Hawler: Aras.

Salih, S. (2006b). Ḥukumety Kurdistan (1918–1924), 2. Aufl., Sulaimaniya: Shivan.

Salih, S. (2016). Lebelgenamekany Jwlanewey Shekh Mahmudy Hafid, Sulaimaniya: Shivan.

San Remo Conference (1920), http://self.gutenberg.org/articles/eng/San_Remo_conference, abgerufen am 11.02.2020.

Satia, P. (2008). Spies in Arabia. The Great War and the Cultural Foundations of Britain's Covert Empire in the Middle East, Oxon/New York: Oxford University Press.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Schäfer-Gümbel, T., & Wiesner, C. (2012). Ist die Finanzkrise auch eine Demokratiekrise? Eine Diskussion aus politischer und politikwissenschaftlicher Sicht. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 6(2), 187–206.

Scharpf, F. W. (1985). Die Politikverflechtungs-Falle: Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich. Politische Vierteljahresschrift, 26(2), 323–356.

Scharpf, F. W. (1998). Verhandlungssysteme, Verteilungskonflikte und Pathologien politischer Steuerung. In M. G. Schmidt (Hrsg.), Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 61–87.

Scharpf, F. W. (1999). Demokratieprobleme in der europäischen Mehrebenenpolitik. In W. Merkel & A. Busch (Hrsg.), Demokratie in Ost und West. Für Klaus von Beyme, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 672–694.

Scharpf, F. W. (2010). Community and Autonomy. Institutions, Policies and Legitimacy in Multi-level Europe, Frankfurt/New York: Campus.

Scharpf, F. W. (2018). There Is an Alternative: A Two-Tier European Currency Community (MPIfG Discussion Paper 18/7), Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

Schlichte, K. (2006a). Staatsbildung oder Staatszerfall? Zum Formwandel kriegerischer Gewalt in der Weltgesellschaft. Politische Vierteljahresschrift, 47(4), 547–570.

Schlichte, K. (2006b). Staatsbildung und Staatszerfall. Zur politischen Soziologie der Weltgesellschaft. In T. Bonacker & C. Weller (Hrsg.), Konflikte der Weltgesellschaft. Akteure – Strukturen – Dynamiken, Frankfurt/New York, S. 197–220.

Schmidt, M. G. (2012). Staatstätigkeit in Autokratien und Demokratien. In S. Kailitz & P. Köllner (Hrsg.), Autokratien im Vergleich. PSV-Sonderheft 47, 418–437.

Schmidt, M. G. (2013). Vier Welten der Demokratie. Ein Kommentar zu Arend Lijpharts Neubearbeitung von Patterns of Democracy (2012). In International Symposium to honour Gerhard Lehmbruch on the occasion of his 85th birthday, Berlin: o. A., S. 1–24.

Schmidt, M. G. (2019a). Demokratietheorien. Eine Einführung, 6. Aufl., Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Schmidt, M. G. (2019b). Sozialpolitik in Demokratien und Autokratien: Befunde des internationalen Vergleichs. In H. Obinger & M. G. Schmidt (Hrsg.), Handbuch Sozialpolitik, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 235–254.

Schmidt, M. G., Ostheim, T., Siegel, N. A., & Zohlnhöfer, R. (Hrsg.) (2007). Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schmidt, S. (2015a). Postkoloniale Transformationen im 20. Jahrhundert in Afrika. In R. Kollmorgen, W. Merkel, & H.-J. Wagner (Hrsg.), Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 371–387.

Schmidt, S. (2015b). Ursachen und (Schein-)Lösungen in Afrika: Staatszerfall als Herausforderung. Politische Studien, 1, 62–71.

Schneckener, U. (2004a). Der Umgang mit fragilen Staaten: Ergebnisse und Empfehlungen. In U. Schneckener (Hrsg.), States at Risk. Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem (SWP-Studie, 43/2004), Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, S. 171–194.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Schneckener, U. (Hrsg.) (2004b). States at Risk. Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem (SWP-Studie, 43/2004), Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit.

Schneckener, U. (2004c). States at Risk – Zur Analyse fragiler Staatlichkeit. In U. Schneckener (Hrsg.), States at Risk. Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem (SWP-Studie, 43/2004), Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, S. 5–27.

Schneckener, U. (2007). Fragile Staatlichkeit und State-building: Begriffe, Konzepte und Analyserahmen. In M. Beisheim & G. F. Schuppert (Hrsg.), Staatszerfall und Governance, Baden-Baden: Nomos, S. 98–121.

Schroer, M. (2019). Räume der Gesellschaft. Soziologische Studien, Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Schüttemeyer, S. S., & Sturm, R. (1992). Wozu Zweite Kammern? Zur Repräsentation und Funktionalität Zweiter Kammern in westlichen Demokratien. Zeitschrift für Parlamentsfragen, 23(3), 517–536.

Schweizer Karte (2021), http://karteplan.com/schweiz/schweiz-karte-mit-stadten.html, abgerufen am 15.10.2021.

Herter, M. (2016). «Der Islamische Staat könnte bald zusammenbrechen», https://www.srf.ch/news/international/der-islamische-staat-koennte-bald-zusammenbrechen, abgerufen am 10.06.2020.

Seufert, G. (Hrsg.) (2018). Die Kurden im Irak und in Syrien nach dem Ende der Territorialherrschaft des «Islamischen Staates». Die Grenzen kurdischer Politik, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

Sharif, H. H. (2006). Taufiq Wahby: 1891–1984: Ḥayātuhu Wa Dawrhu al-Syāsy Wa al-Thaqāfy, Al-Sulaymanyiah: Shivan.

Sherko, P. (Hrsg.) (2016). Southern Kurdistan National Movement 1961–1977 from Confidential British Foreign Ministry Documents, o. O.: Panjare.

Sinjary, A. (2013). Ḥaqyqat Masyrat Thawrat 11 Aylul 1961, Dohuk: Khany.

Smith, A. D. (2014). The Rites of Nations: Elites, Masses and the Re-Enactment of the ‹National Past›. In R. Tsang & E. T. Woods (Hrsg.), The Cultural Politics of Nationalism and Nation-Building. Ritual and Performance in the Forging of Nations, Oxon/New York: Routledge, S. 21–37.

Soderberg, N. E., & Phillips, D. L. (2015). Task Force Report. State-Building in Iraqi Kurdistan, New York.

Soeffner, H.-G. (Hrsg.) (2012). Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main 2010, Wiesbaden: Springer VS.

Stansfield, G. (2016). Iraq. People, History, Politics, 2. Aufl., Cambridge/Malden: Polity Press.

Stansfield, G., & Shareef, M. (Hrsg.) (2017). The Kurdish Question Revisited, New York: Oxford University Press.

Strassner, A., & Klein, M. (Hrsg.) (2007). Wenn Staaten scheitern. Theorie und Empirie des Staatszerfalls, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Strohmeier, M., & Yalçin-Heckmann, L. (2017). Die Kurden. Geschichte, Politik, Kultur, 5. Aufl., München: Beck.

Taddicken, M. (2019). Analyse von Zeitungsartikeln und Online-Nachrichten. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 1157–1164.

Talabani, J. (1970). Kurdistan Wa al-Ḥarakat al-Qawmyat al-Kurdyah, Bagdad: Maṭba'at al-Jumhwryeh.

Tetzlaff, R. (2004). Globalisierung und Nation-Building – kein Widerspruch. In J. Hippler (Hrsg.), Nation-Building: Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung?, Bonn: Dietz, S. 31–48.

Tetzlaff, R. (2005). Globalisation and Nation-building – Not a Contradiction in Terms. In J. Hippler (Hrsg.), Nation-building. A Key Concept for Peaceful Conflict Transformation?, London/Ann Arbor: Pluto Press, S. 15–27.

Tetzlaff, R. (2018). Staatsbildung und Staatszerfall. In R. Tetzlaff (Hrsg.), Afrika. Eine Einführung in Geschichte, Politik und Gesellschaft, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 141–172.

The National Security Strategy of the United States of America (2002), https://2009-2017.state.gov/documents/organization/63562.pdf, abgerufen am 18.06.2020.

Tracy, S. J. (2010). Qualitative Quality: Eight «Big-Tent» Criteria for Excellent Qualitative Research. Qualitative Inquiry, 16(10), 837–851.

Tsang, R., & Woods, E. T. (2014). The Cultural Politics of Nationalism and Nation-Building: Ritual and Performance in the Forging of Nations. In R. Tsang & E. T. Woods (Hrsg.), The Cultural Politics of Nationalism and Nation-Building. Ritual and Performance in the Forging of Nations, Oxon/New York: Routledge, S. 1–17.

Tsebelis, G. (2002). Veto Players. How Political Institutions Work, Princeton, NJ: Princeton University Press.

Tugdar, E. E., & Al, S. (Hrsg.) (2018). Comparative Kurdish Politics in the Middle East. Actors, Ideas, and Interests, Cham: Palgrave Macmillan.

UNDP (2016). Arab Human Development Report 2016. Youth and the Prospects for Human Development in a Changing Reality, https://hdr.undp.org/system/files/documents/ahdr2016enpdf.pdf , abgerufen am 15.06.2020.

Urbinati, N. (2003). Can Cosmopolitan Democracy Be Democratic? In D. Archibugi (Hrsg.), Debating Cosmopolitics, London: Verso, S. 67–85.

van Creveld, M. (1999). Aufstieg und Untergang des Staates, München: Gerling Akademie.

Vatter, A. (2009). Lijphart Expanded: Three Dimensions of Democracy in Advanced OECD Countries? European Political Science Review, 1(1), 125–154.

Vatter, A. (2012). Vom Prototyp zum Normalfall? Die schweizerische Konsensusdemokratie im Wandel. In S. Köppl & U. Kranenpohl (Hrsg.), Konkordanzdemokratie. Ein Demokratietyp der Vergangenheit?, Baden-Baden: Nomos, S. 51–72.

Vatter, A. (2018). Das politische System der Schweiz, 3. Aufl., Baden-Baden: Nomos.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Vatter, A., & Bernauer, J. (2017). Conflict, Choice or Geography? Explaining Patterns of Democracy in Continental Europe. European Journal of Political Research, 56, 251–278.

Vatter, A., & Bernauer, J. (2019). Power Diffusion and Democracy. Institutions, Deliberation and Outcomes, Cambridge: Cambridge University Press.

Vatter, A., & Danaci, D. (2010). Mehrheitstyrannei durch Volksentscheide? Zum Spannungsverhältnis zwischen direkter Demokratie und Minderheitenschutz. Politische Vierteljahresschrift, 51(2), 205–222.

Vatter, A., Bühlmann, M., & Germann, M. (2011). The Multidimensionality of Democracy: Institutional Patterns and Democratic Quality: Lijphart's Democratic Quality Thesis Revisited. In 1st Annual Conference of the European Political Science Association (EPSA), Dublin: o. A., S. 1–28.

Vatter, A., Bühlmann, M., Dlabac, O., & Schaub, H.-P. (2013). Liberale Romandie, radikale Deutschschweiz? Kantonale Demokratien zwischen Repräsentation und Partizipation. Swiss Political Science Review, 19(2), 157–188.

Vatter, A., Flinders, M., & Bernauer, J. (2014). A Global Trend Toward Democratic Convergence? A Lijphartian Analysis of Advanced Democracies. Comparative Political Studies, 47(6), 903–929.

Vatter, A., Mueller, S., & Arnold, T. (2017). State Capture from Below? The Contradictory Effects of Decentralisation on Public Spending. Journal of Public Policy, 37(4), 363–400.

Visser, R. (2007). Ethnicity, Federalism and the Idea of Sectarian Citizenship in Iraq: A Critique. International Review of the Red Cross, 89(868), 809–822.

Voigt, R. (Hrsg.) (2018). Handbuch Staat, Wiesbaden: Springer VS.

von Bogdandy, A., Häußler, S., Utz, R., & Hanschmann, F. (2005). State-Building, Nation-Building, and Constitutional Politics in Post-Conflict Situations: Conceptual Clarifications and an Appraisal of Different Approaches. Max Planck Yearbook of United Nations Law Online, 9, 579–613.

Weiss, S., & Schmierer, J. (Hrsg.) (2007). Prekäre Staatlichkeit und internationale Ordnung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Weltbank (2022). Daten der Weltbank über den Irak, https://data.worldbank.org/country/iraq, abgerufen am 25.12.2022.

What the Middle East looked like in 1914 (2020), https://cdn2.vox-cdn.com/assets/4395687/middle_east_1914_english.jpg, abgerufen am 03.03.2020.

Where the Kurds are and what Kurdistan might look like (2020), https://cdn0.vox-cdn.com/assets/4396023/kurdistan_crop.jpg, abgerufen am 02.02.2020.

Wirsching, A. (2012). Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München: Beck.

Wolff, J. (2008). Turbulente Stabilität. Die Demokratie in Südamerika diesseits ferner Ideale, Baden-Baden: Nomos.

Woodward, B. (2004). Der Angriff. Plan of Attack, London: Pocket Books.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Wörmer, N. (2018). Der Irak im Spannungsfeld zwischen Demokratisierung, Staatszerfall und externer Einflussnahme. Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 11, 643–652.

Yasay Diwany Sarokayety Haremy Kurdistan (2005), https://www.parliament.krd/media/2455/یاسای-دیوانی-سه-رۆڵایه-تی-هه-رێمی-کوردستان-عێراق.pdf, abgerufen am 14.04.2019.

Yasay Sarokayety Haremy Kurdistan (2005), https://www.parliament.krd/media/2456/یاسای-سه-رۆڵایه-تی-هه-رێمی-کوردستان-عێراق.pdf, abgerufen am 13.03.2019.

Yasay Zhmare (16)ey Saly 2008: Yasay Pasandkrdny Dastwry Haremy Kurdistan (2008), https://www.parliament.krd/media/2372/یاسای-ژمارە-16-ی-ساڵی-2008-یاسای-پەسەندکردنی-دەستووری-هە-رێمی-کوردستان.pdf, abgerufen am 11.02.2019.

Yasay Zhmare (19)ey Saly 2013 (2013), https://www.parliament.krd/media/2031/یاسای-ژمارە-19-ی-ساڵی-2013-یاسای-درێژکردنەوە-ی-وێڵایە-تی-سە-رۆڵی-هە-رێم-کوردستان-.-عێراق.pdf, abgerufen am 11.09.2020.

Yin, R. K. (2018). Case Study Research and Applications. Design and Methods, 6. Aufl., Los Angeles: Sage.

Zajda, J., Daun, H., & Saha, L. J. (Hrsg.) (2009). Nation-building, Identity and Citizenship Education. Cross-cultural Perspectives, Dordrecht: Springer.

Zaki Bag, M. A. (1984). Duw Taqalay Be Suwd, London: Halwest.

Zaki, R., Raza, D., & Fatah, S. (2020). Prokhay Sistemy Lamerkazy Kargery W Daray, o. O.: o. A.

Zürn, M. (2005). Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance, Frankfurt am Main: Campus.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

9 Anhang

Anhang 1: Umschrift der arabischen und kurdischen Alphabete/Vokale[63]

Arabisch	Umschrift	Zentral-kurdisch	Umschrift
آ	ā	ئا	a
ب	b	ب	b
ت	t	پ	p
ث	th	ت	t
ج	j	ج	j
ح	ḥ	چ	ch
خ	kh	ح	ḥ
د	d	خ	kh
ذ	dh	د	d
ر	r	ر، ڕ	r
ز	z	ز	z
س	s	ژ	zh
ش	sh	س	s
ص	ṣ	ش	sh
ض	ḍ	ع	‘
ط	ṭ	غ	gh
ظ	ẓ	ف	f
ع	‘	ڤ	v
غ	gh	ق	q
ف	f	ک	k
ق	q	گ	g
ك	k	ل، ڵ	l
ل	l	م	m
م	m	ن	n

63 In Anlehnung an das «International Journal of Middle East Studies» (IJMES) der Universität Cambridge. Die Namen von Ortschaften, Personen, Büchern usw. wurden so dargestellt, wie sie in öffentlich zugänglichen Quellen bekannt sind. Die kurdischen Personennamen weichen von den Arabischen ab, z. B.: Saleh (Arabisch), Salih (Kurdisch).

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Arabisch	Umschrift	Zentral-kurdisch	Umschrift
ن	n	هـ	h
ه	h	ه، ێ	e
و	w (u)[64]	و، وو	w (u)
ي	y	ۆ	o
ة	at (eh)[65]	ی، ێ	y
ـَ	a		
ـِ	i		
ـُ	u		
ء	ʾ		

64 In fast allen Fällen w ausser bei Kurden. «Kwrden» würde wenig Sinn ergeben.
65 Je nach Betonung, z. B.: «Al-Muqāwamat al-Kurdyeh» für «المقاومة الكردية».

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Anhang 2: Liste der interviewten Personen

Name	Funktion	Art/Datum/Ort	Foto
1. Dr. Mahmud Othman	Unter anderem Chef der DPK-Verhandlungsdelegation 1970 mit Bagdad und Mitglied des irakischen Regierungsrates im Jahr 2003/04. Seit 2014 ist er pensioniert.	Mündlich. Am 13. März 2020 in Erbil. Das Interview fand auf seinen Wunsch hin am Nachmittag in seinem Haus statt. Dauer: 45 Minuten	
2. Salahadin Bahadin	Unter anderem Chef der Islamischen Union Kurdistan und Mitglied des irakischen Regierungsrates im Jahr 2003/04	Schriftlich. Am 10. März 2020 in Erbil. Aus gesundheitlichen Gründen konnte das Interview nicht mündlich durchgeführt werden.	
3. Dr. Kawe Mahmud	Unter anderem Chef der Kommunistischen Partei Kurdistan, Soziologe und Kultur- und Jugendminister in der ARK von 2009 bis 2012	Mündlich. Am 8. März 2020 in Erbil. Das Interview fand auf seinen Wunsch hin am Vormittag in seinem Büro im Hauptsitz der Partei statt. Dauer: 70 Minuten	
4. Stran Abdullah	Unter anderem Chefredakteur von «Kurdistani Nwe» und Mitglied des Generalpräsidentenrates der PUK	Mündlich. Am 12. März 2020 in Sulaimaniya. Das Interview fand auf seinen Wunsch hin am Vormittag in seinem Büro statt. Dauer: 72 Minuten	
5. Salam Abdullah	Unter anderem Chefredakteur von «Xebat»	Mündlich. Am 7. März 2020 in Erbil. Das Interview fand auf seinen Wunsch hin am Abend in seinem Büro statt. Dauer: 40 Minuten	
6. Abu Bakir Ali (Abu Bakir Karwany)	Unter anderem Schriftsteller, Politbeobachter und Mitglied des Präsidentenrates der Islamischen Union Kurdistan	Mündlich. Am 10. März 2020 in Sulaimaniya. Das Interview fand auf seinen Wunsch hin am Nachmittag in seinem Haus statt. Dauer: 22 Minuten	

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Name	Funktion	Art/Datum/Ort	Foto
7. Mamosta Jaafar (Fazil Karim Ahmed)	Unter anderem Schriftsteller, Politbeobachter, langjähriges Mitglied und Chef des Geschichtszentrums der PUK	Mündlich. Am 10. März 2020 in Sulaimaniya. Das Interview fand auf seinen Wunsch hin am Vormittag in seinem Haus statt. Dauer: 75 Minuten	
8. Divisionär Bakhtyar Mohammed Sidiq	Unter anderem Generalsekretär des Ministeriums für Peschmerga-Angelegenheiten in der ARK	Mündlich. Am 8. März 2020 in Erbil. Das Interview fand auf seinen Wunsch hin am späten Nachmittag in einer Cafeteria namens ‹Cappuccino› statt. Dauer: 37 Minuten	
9. Mahmud Raza Amin	Unter anderem Intellektueller und Mitgründer der *Gorran*-Bewegung. Cousin des Gründers von *Gorran*, Nawshirwan Mustafa Amin	Mündlich. Am 12. März 2020 in Sulaimaniya. Das Interview fand auf seinen Wunsch hin unter strenger Einhaltung der Corona-Vorschriften in der Bibliothek der *Gorran*-Bewegung am Mittag statt. Dauer: 55 Minuten	
10. Dr. Faiq Gulpy	Unter anderem von 2004 bis 2008 Chef der ‹Partei der Demokratischen Lösung Kurdistan›. Aktuell Politbeobachter und Arzt	Schriftlich. Am 9. Mai 2020. Infolge der Corona-Krise und meiner frühzeitigen Abreise aus der ARK konnte das Interview leider nicht wie erwünscht mündlich stattfinden.	
11. Taufiq Karim	Unter anderem Mitgründer verschiedener islamistischer Parteien und hochrangiges Mitglied der ‹Islamischen Gemeinschaft in Kurdistan›	Mündlich. Am 12. März 2020 in Halabja. Das Interview fand auf seinen Wunsch hin am späten Nachmittag in seinem Haus statt. Dauer: 29 Minuten	

Bemerkung: Ich erhielt die Erlaubnis der interviewten Personen, ihre Namen zu nennen und ihre Antworten in der vorliegenden Forschungsarbeit mit ihren Namen zu verwenden. Im Anschluss an die Interviews schickte ich den Befragten ein Exemplar der aufgezeichneten Gespräche, damit sie die von ihnen gegebenen und in dieser Forschungsarbeit ausgewerteten Antworten jederzeit überprüfen können.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Anhang 3: Interviewfragen

Nr.	Hauptfragen	Zielsetzung und theoretischer Hintergrund
1	Wie schätzen Sie die Lage der Kurden im Irak heute ein?	Verständnis der allgemeinen Entwicklung der Kurdenfrage im Irak
2	Wie schätzen Sie die Lage der Kurden seit 2003 ein?	Verständnis des Nation-Building-Prozesses in der ARK
3	Wie schätzen Sie die Lage des Irak seit 2003 ein?	Verständnis des Nation-Building-Prozesses im Irak nach dem Sturz des Saddam-Regimes
4	Wie beurteilen Sie den Entstehungsprozess der irakischen Verfassung?	Erörterung der Frage, ob es einen Konsens der Amerikaner, der schiitischen Elite und der kurdischen Parteien über den Irak ohne Berücksichtigung der sunnitischen Bedürfnisse gab oder ob eine Integration der Sunniten in den neuen Staat geplant war; Bezugnahme auf das Konzept der Konsensdemokratie
5	Wie beurteilen Sie die irakische Verfassung?	Verständnis der irakischen Spielart der Konsensdemokratie
6	Kann die irakische Verfassung eine Lösung für die Kurdenfrage im Irak darstellen?	Überprüfung der Frage, ob die Konsensdemokratie aus den fragmentierten irakischen Gesellschaften, den politischen Parteien, Fraktionen und Gruppierungen eine Willensnation machen kann
7	Wie beurteilen Sie die Entwicklungen in der ARK seit 2003?	Verständnis des Nation-Building-Prozesses und der kurdischen Selbstverwaltung in der ARK
8	Sind Sie der Ansicht, dass die ARK bereit für einen eigenen Staat ist?	Verständnis des Nation-Building-Prozesses in der ARK
9	Wie beurteilen Sie das Referendum über die mögliche Unabhängigkeit der ARK vom Irak vom 25. September 2017?	Einschätzung der Zukunft der Konsensdemokratie im Irak; Verständnis des innerkurdischen Konflikts und des Nation-Building-Prozesses in der ARK
10	Was ist das Hauptproblem der Kurden im Irak?	Einschätzung der Zukunft der Konsensdemokratie und des Nation-Building-Prozesses im Irak und in der ARK
11	Was ist das Hauptproblem des Irak?	Einschätzung des Nation-Building-Prozesses und der Zukunft der Konsensdemokratie im Irak
12	Wie beurteilen Sie die Zukunft des Irak?	Überprüfung der Frage, ob es einen geeigneten Lösungsansatz für den Staat Irak und die Zukunft der Kurdenfrage im Irak gibt

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Nr.	Hauptfragen	Zielsetzung und theoretischer Hintergrund
13	Wie beurteilen Sie die Zukunft der Kurden im Irak?	Überprüfung der Frage, ob es einen möglichen Lösungsansatz für die Kurdenfrage im Irak und in der ARK gibt
14	Welcher Lösungsansatz wäre Ihrer Meinung nach der beste für die Kurden im Irak?	Einschätzung der Zukunft der Konsensdemokratie im Irak und der zukünftigen Beziehung der ARK zur Zentralregierung in Bagdad
15	Wie könnte die Kurdenfrage Ihrer Ansicht nach im Irak, in Syrien, in der Türkei und in Iran gelöst werden?	Erörterung der Frage, welche Lösungsansätze es für die Kurdenfrage im Nahen Osten gibt
16	Möchten Sie etwas ergänzen, was Ihnen noch wichtig ist?	Ermöglichung von Ergänzungen seitens der interviewten Person

Bemerkung: Falls erforderlich, wurden Ergänzungsfragen gestellt. Da beispielsweise Dr. Mahmud Othman Chef der kurdischen Delegation im Verhandlungsprozess mit Bagdad um die Teilautonomie für das irakische Kurdistan war, wollte ich wissen, wie es im Jahr 1970 zu der Kontaktaufnahme mit der Zentralregierung und zur späteren Teilautonomie kam.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Anhang 4: Interview mit Dr. Mahmud Othman

1. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden im Irak heute ein?*
Wenn man die ARK mit anderen Teilen des Irak vergleicht, dann ist die Lage nicht schlecht: Es gibt Sicherheit und Ruhe, und die ARK ist entwickelter als andere Teile des Irak. Auf der anderen Seite ist die Lage nicht gut: In Kurdistan gibt es Korruption, Arbeitslosigkeit und andere Probleme. Diese Probleme sollen die kurdischen Fraktionen zusammen mit dem Parlament lösen. So gesehen ist die Lage im Allgemeinen nicht schlecht. Die Kurden haben in den Gebieten ausserhalb der kurdischen Kontrolle, wie in Kirkuk, Khaneqin, Sinjar usw., Probleme. Dort gibt es eine Arabisierung und die Leute werden vertrieben. Artikel 140 wurde auch immer noch nicht umgesetzt. Zuvor gab es dort Peschmerga, jetzt sind sie nicht mehr präsent. So sind die eigentlichen Probleme dort.

2. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden seit 2003 ein?*
Nach 2003 wurde eine Verfassung verabschiedet, die im Allgemeinen nicht schlecht ist. Wir haben uns stark dafür eingesetzt, dass in der Verfassung einige kurdische Anliegen verankert werden, wie z. B. die kurdische Sprache und Kultur, die Anerkennung der ARK sowie die Föderalisierung des Irak. Entsprechend ist die Verfassung im Allgemeinen wichtig und gut. Es gibt auch noch einen sehr wichtigen Artikel, der gegen den Willen der Schiiten und Sunniten verankert wurde, und zwar: Artikel 61 Absatz 3 [bzw. Art. 142 Abs. 4] besagt, wenn zwei Drittel der Provinzen gegen ein Gesetz sind, wird es abgelehnt. Dieser Artikel ist für uns Kurden sehr wichtig. Denn damit können wir jedes Gesetz ablehnen, das gegen den Willen und die Interessen der Kurden ist. Dieser Artikel hat einen Veto-Charakter. Die Schiiten und die Sunniten können natürlich auch von diesem Artikel Gebrauch machen, aber sie waren damals vehement dagegen. Das hat dazu geführt, dass die Verfassung spät festgeschrieben wurde. Artikel [58], später 140, ist auch nicht schlecht, wenn er umgesetzt wird. Wir wollten natürlich, dass die kurdischen Gebiete ausserhalb der kurdischen Kontrolle zu uns gehören, aber das war nicht möglich. Entsprechend ist Artikel 140 nicht schlecht, wenn er umgesetzt wird. Die Peschmerga wurden als Grenzschutzkräfte anerkannt und auch andere Artikel. Entsprechend ist die Verfassung nicht schlecht, wenn sie umgesetzt wird. Aber es gibt natürlich nicht alles in der Verfassung, was wir wollten. Zum Beispiel gibt es in der Verfassung kein Selbstbestimmungsrecht der Kurden: Die Amerikaner, die Briten, die UNO

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und die irakischen Fraktionen wollten das nicht. Sie waren der Ansicht, dass dies eine Grundlage für die Aufspaltung des Irak wäre.

3. *Wie schätzen Sie die Lage des Irak seit 2003 ein?*
Was nach 2003 gut war, ist, dass das Saddam-Regime beseitigt wurde. Es war ein sehr brutales Regime, das mit allen Mitteln versuchte, den Irak und insbesondere Kurdistan zu zerstören. Nach Saddam gibt es auch Probleme: Die Kurden haben eigene Forderungen, die Schiiten, die Sunniten und auch die Turkmenen. Dementsprechend ist es nicht einfach. Wer nach Saddam an die Macht kam, waren die Amerikaner, für ein Jahr und zwei Monate. Sie haben den Irak direkt unter Bremer und den anderen regiert. Das war meiner Meinung nach ein Fehler. Denn Bremer kannte den Irak zuvor nicht und hatte nicht einmal vom Irak gehört. Er war sehr schlecht und sein Chef in den USA war Rumsfeld, der Militärmann war und nichts über den Irak wusste. Bush wusste auch nicht viel über den Irak. Wir waren dementsprechend wie in einem Militär-Camp unter dem Kommando des [amerikanischen] Verteidigungsministeriums. Das war ein fataler Fehler der Amerikaner. Nach diesem Jahr und zwei Monaten haben sie die irakische Übergangsregierung aufgebaut und später wurde das Parlament gewählt usw. Aber von Beginn an gab es sehr viele Fehlentscheide, die bis heute den Irak beeinflussen: Sie haben es nicht geschafft, eine Generalamnestie auszusprechen oder eine nationale Versöhnung für die Bevölkerung zu starten – so wie wir nach dem Aufstand von 1991. Wir haben damals eine Generalamnestie ausgesprochen und eine nationale Versöhnung gestartet. Leute, die uns 20 bis 30 Jahre bekämpft hatten, wurden begnadigt, den Armeeangehörigen oder anderen Personenkreisen haben wir auch nichts angetan. So haben wir einen gewissen Frieden für die Bevölkerung geschaffen. Sie haben das nicht getan, weil die Schiiten die Oberhand gehabt haben und sehr rachsüchtig waren. Sie wollten jeden einzelnen Baath-Angehörigen oder anderen [Saddam-Anhänger] verfolgen und töten. Was wir 1991 gemacht haben, haben sie nicht gemacht. Dies, obwohl wir sehr lange mit ihnen gesprochen und versucht haben, sie zu überzeugen, dass dies der richtige Weg wäre. So kam es von Beginn an zu Feindschaften, Auseinandersetzungen und Problemen zwischen den Leuten. Wenn du Leute töten willst, werden sie gegen dich sein. Sehr viele Leute wurden auch festgenommen. Weil es von Anfang an keine Generalamnestie und keine nationalen Versöhnungsversuche gab, gab es im Irak keine Stabilität. Und die Amerikaner hatten den Irak nicht richtig studiert. Sie wussten nicht, wie der Irak funktioniert, welche Gruppierungen es dort gibt usw. Sie dachten,

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wenn sie in den Irak kommen und das Regime stürzen, werden sie von den Leuten bejubelt. So haben sie und auch wir sehr viel verloren. So wurde der Irak nach dem Saddam-Regime von Beginn an in Abwesenheit von klaren politischen Strategien, Versöhnungspolitiken und mit einem Geist der Rache falsch aufgebaut. Die Grundlage des Irak nach 2003 war fehlerhaft. Nun sehen wir langsam die schmerzlichen Folgen dieser Politik. Sehr viel irakisches Geld verschwand. Geh nach Bagdad und in den Süden und schau, wie es dort aussieht. Du wirst dort keine Entwicklungen sehen. Schau dir beispielsweise Erbil an: Trotz Problemen, Korruption usw. siehst du schon einen Unterschied zwischen heute und vor zehn Jahren. Es wurden Strassen, Brücken, neue Gebäude usw. aufgebaut. Das sieht man in Bagdad und im Süden nicht. Deshalb gehen jetzt die Schiiten selbst seit fünf Monaten Tag und Nacht gegen die schiitischen Behörden auf die Strasse. In den Irak kam sehr viel Korruption, weil es keine Kontrolle über die vielen geflossenen Gelder gibt. Die Lage des Irak wurde entsprechend schlecht und es wird noch schlechter. Die Erwartungen der Menschen wurden nicht erfüllt.

4. *Wie beurteilen Sie den Entstehungsprozess der irakischen Verfassung?*
Wir waren 55 Personen, Kurden, Schiiten, Sunniten und Experten, die als Verfassungsrat die Verfassung geschrieben haben. Es hat einige Monate gedauert und es war nicht einfach, sie zu schreiben. Nach dem Sturz von Saddam gab es das Transitional Administrative Law (TAL), danach wurde die irakische Verfassung, die aus 144 Artikeln besteht, geschrieben. Es war schwierig, zu einem Konsens zu gelangen, weil die Kurden, die Schiiten, die Sunniten, die Turkmenen und die Christen alle ihre Forderungen durchsetzen wollten. Trotzdem haben wir es geschafft, und ich sehe die irakische Verfassung als eine Errungenschaft für den Irak und zum Teil auch für uns Kurden. Es hat einige Zeit gedauert, bis wir sie geschrieben haben, weil wir alle föderalistisch verfassten Staaten angeschaut haben, um zu verstehen, wie sie zustande gekommen sind. Die Verfassung wurde aber leider nicht umgesetzt, weil die Schiiten und Sunniten noch heute nicht an den Föderalismus glauben, obwohl sie die Verfassung unterschrieben haben. Wenn du den Irak beobachtest, sind es nur die Kurden, die über den irakischen Föderalismus sprechen. Die Schiiten und Sunniten wollen nur eine Zentralregierung, weil sie nur eine solche kennen. Und sie wollen auch nicht, dass die Kurden Macht haben. Sie wollen die Macht der Kurden beschneiden, weshalb sie immer wieder nach einer Revision der Verfassung verlangen. Trotz alledem sehe ich die Verfassung als einen Schritt vorwärts.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

5. *Wie beurteilen Sie die irakische Verfassung?*
Die irakische Verfassung ist eine gute Verfassung.

6. *Kann die irakische Verfassung eine Lösung für die Kurdenfrage im Irak darstellen?*
Ja, wenn die irakische Verfassung umgesetzt wird, kann sie die Kurdenfrage im Irak lösen. Wenn der Föderalismus verankert ist, führt sie langfristig zum Selbstbestimmungsrecht. Die Verfassung wurde aber nicht wie gewünscht umgesetzt.

7. *Wie beurteilen Sie die Entwicklungen in der ARK seit 2003?*
Die ARK hat eine historische Gelegenheit erhalten, weil sie unter Saddam zerstört wurde. Viele Dörfer wurden in Brand gesetzt, viele Menschen sind verschollen, 182 000 Kurden wurden lebendig begraben, es gab Chemie-Angriffe usw. Für die ARK war der Sturz von Saddam ein grosser Gewinn. Die ARK ist Teil des Irak, deshalb musste sie immer schauen, wie die Regierung im Irak ist und wie die Dinge laufen. Gleichzeitig musste die ARK auch auf sich schauen. Das Problem von uns ist, dass die zwei Parteien, die seit 2003 an der Macht sind, zerstritten sind. Sie sind noch heute zerstritten. Entsprechend gab es keine gemeinsame kurdische Front, die dafür sorgt, dass die ARK einheitlich regiert wird. Es gab zwei Zonen: Auf der einen Seite war die PUK an der Macht und auf der anderen Seite die DPK. Es gibt diese zwei Zonen noch heute. Da diese zwei Parteien, die an der Macht waren, verfeindet waren, konnte man diese Gelegenheit nicht gut für die ARK nutzen. Es kam sogar zu weiteren Problemen zwischen diesen Parteien. Trotz alledem war die Entwicklung nicht schlecht: Es gibt eine Regierung, ein Parlament wurde gewählt. Es hat sich langsam ein System gebildet, das in manchen Bereichen einige Dinge bewirkt hat, auch wenn es mangelhaft ist. Aber wenn es einheitlicher wäre, wäre mehr möglich gewesen. Anstatt dass eine Partei sich an die Türkei wendet, eine andere an Iran und eine dritte an ein anderes Land, sollte dies die Vertretung der Regierung und des Parlaments tun. Wenn alle wichtigen Parteien an den Entscheidungen beteiligt wären, könnte die ARK viel mehr Fortschritte erzielen. Bei uns ist eine eng konzipierte Parteipolitik vor die Kurdenpolitik getreten. Eine Person ist für die DPK, die andere für die PUK, noch eine andere für *Gorran* usw. Die Interessen der Parteien sind wichtiger als die Interessen der Kurden geworden. Wenn etwas für die Partei gut ist, wird es gemacht, auch wenn es für die Kurden schlecht ist. Wegen der Parteipolitik gibt es hier die Kontrollpunkte einer Partei, woanders von einer anderen

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Partei. Ein Projekt ist für diese Partei und ein anderes Projekt für eine andere usw. Die Parteien haben eigene Militärs. Bis heute konnten sie keine Verfassung verabschieden. In der irakischen Verfassung haben wir damals festgeschrieben, dass sie eine Verfassung schreiben können, aber das haben sie seit 15 Jahren aufgrund der Zerstrittenheit nicht geschafft. Aus diesen Gründen gibt es sehr viele Probleme. Sie konnten die Peschmerga, die Sicherheitskräfte und die Polizei nicht unter eine Führung bringen. Die DPK hat eigene Kräfte und die PUK hat auch eigene Kräfte. Obwohl wir eine Regierung haben, haben wir noch immer zwei Verwaltungen. Hier ist die gelbe Zone und ab Degela die grüne Zone. All diese Dinge und die Nachbarn sind das Problem. Die Türkei und Iran sind unsere Feinde, sie haben auch einen negativen Einfluss auf uns gehabt. Die Amerikaner und die anderen werden aus Rücksicht auf die Türkei nicht alles für uns machen, was wir wollen, andere aus Rücksicht auf Iran. Unsere geopolitische Lage zwischen der Türkei, dem Irak, Iran und Syrien hat dazu geführt, dass wir umzingelt sind. In diesen vier Ländern gibt es Kurden, deshalb kooperieren sie [die vier Staaten] immer, damit die Kurdenfrage nicht voranschreitet.

8. *Sind Sie der Ansicht, dass die ARK bereit für einen eigenen Staat ist?*
Ja, wenn es uns die Geografie erlaubt, warum nicht? Schau doch den Irak und Kurdistan an. Hier ist es sicher und ruhig, und es wird verwaltet. Wir haben immer zwei Probleme gehabt. Erstens die Geografie: Wir haben keinen Zugang zum Meer. Wenn Israel keinen Zugang zum Meer hätte und von den Arabern umzingelt wäre, wäre es nicht zu einem Staat geworden. Auch wenn es die Unterstützung der Weltgemeinschaft gehabt hätte. Wir sind von den Feinden umzingelt, und das ist das Hauptproblem von uns. Wenn wir uns beispielsweise mit dem Irak auf die Unabhängigkeit einigen würden, würde die Türkei dafür sorgen, dass wir zerstört werden. Zweitens sieht die Weltgemeinschaft wie die UNO, die Amerikaner, die Russen usw. die Kurdenfrage nicht als eine Nationenfrage. Sie sieht uns nicht als eine Nation. Ständig argumentieren sie, dass wir ein Teil des Irak und die anderen Kurden ein Teil der Türkei usw. sind. Sie sieht uns nicht als eine Nation, die das Recht auf Selbstbestimmung hat und geteilt wurde. Es werden immer die irakischen, türkischen, iranischen und syrischen Regierungen als Partner angeschaut, und das hindert uns daran, voranzukommen. Hast du gesehen, wie sie auf das Referendum reagiert haben? Die ganze Welt wurde zu unserem Feind. Was ist mit dem Referendum? Mit dem Referendum wollten wir nur die Meinung unserer Leute wissen. Entsprechend sind die Geografie und die Weltgemeinschaft grosse Hindernisse für die

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Unabhängigkeit der ARK. Ohne diese Hindernisse könnten die Kurden den eigenen Staat sehr gut verwalten. Schau die ARK an: Sie ist wie ein Staat und hat viel weniger Probleme als der Irak oder Iran. Der innerkurdische Konflikt ist auch ein Problem, aber viel weniger schlimm als die anderen zwei.

9. *Wie beurteilen Sie das Referendum über die mögliche Unabhängigkeit der ARK vom Irak vom 25. September 2017?*
Ich habe meine Meinung bereits in den Medien kundgetan: Ich war dafür, dass das Referendum verschoben wird, weil die ganze Welt dagegen war. Du machst das Referendum, damit du die Unabhängigkeit erklärst, aber wenn die Unabhängigkeit verboten ist, wieso machst du es dann? Das Referendum wurde gemacht, weil die Parteien so entschieden haben. Iran, dem Irak und der Türkei war es aber recht, dass wir das Referendum machten, damit sie uns angreifen und Kirkuk und andere Gebiete erobern können. Die Parteien konnten das Referendum in den kurdischen Gebieten ausserhalb der kurdischen Kontrolle hätten abhalten können, weil das gemäss Artikel 140 verfassungskonform wäre. Trotz alledem habe ich mit Ja abgestimmt und Werbung für das Referendum gemacht, weil es um die Kurdenfrage geht. Die Gebiete in Sulaimaniya, Erbil und Dohuk brauchen kein Referendum, weil man bereits weiss, wie die Leute dort zum Referendum stehen. Wir haben bereits 2004 und 2005 ein Referendum abgehalten. Im Jahr 2004 haben wir 1 750 000 Unterschriften für die Unabhängigkeit gesammelt, und das Verfassungskomitee hat sie mit zwei LKWs nach Bagdad gebracht. Die Amerikaner und die UNO haben sie aber nicht beachtet, weil es ihrer Ansicht nach keine Aufsicht seitens der UNO gab. Im Jahr 2005 haben wir in Kurdistan parallel zu den irakischen Parlamentswahlen darüber abstimmen lassen, ob die Bevölkerung Teil des Irak sein will oder die Unabhängigkeit möchte. 98,6 Prozent der Leute wollten die Unabhängigkeit. Da wir bereits zweimal ein Referendum abgehalten hatten, war ich dagegen und wollte nicht, dass wir deshalb Probleme bekommen. Diejenigen aber, die über das Abhalten des Referendums entschieden haben, waren der Meinung, dass das Ergebnis zur Realität und allseits akzeptiert werden würde.

10. *Was ist das Hauptproblem der Kurden im Irak?*
Das Problem der Kurden ist, dass sie eine Nation sind, die das Recht hat, sich zu verwalten, die aber von den irakischen Gruppierungen nicht verstanden wird. Und das, obwohl die Iraker besser als Syrer sind, die

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nicht an die Kurdenfrage glauben. Oder Ägypter, Algerier oder andere Chauvinisten. Die irakischen Araber sind zwar besser, aber wollen nicht, dass du eine eigene Region, den Föderalismus usw. hast. Das Problem liegt darin, dass wir zwei verschiedene Perspektiven haben, die sich nicht einander annähern können. Wir haben eine Meinung und die anderen in Bagdad, sei es ein Schiit oder ein Sunnit usw., eine andere. Wir wollen mehr Selbstverwaltung, sie wollen weniger, wir wollen Föderalismus, sie wollen Zentralismus, wir sehen Kirkuk, Khaneqin, Sinjar geografisch und historisch als Teil von Kurdistan, sie sind jedoch der Ansicht, dass Kurdistan nur aus diesen drei Provinzen besteht. Das sind die Probleme. Die Tatsache, dass Teile der Verfassung seit über 15 Jahren nicht umgesetzt wurden, zeigt eindeutig, dass es viel mehr Arbeit braucht, damit man vorankommt.

11. *Was ist das Hauptproblem des Irak?*
Das Hauptproblem des Irak ist, dass Irak vor hundert Jahren künstlich gebildet wurde. Die Kurden, Scheich Mahmud und so, wollten ein unabhängiges Kurdistan, bekamen es aber von den Briten nicht. Gleichzeitig haben die vielen Putsche und Auseinandersetzungen dazu geführt, dass der Irak nicht vorankommen konnte. Jeder, der an die Macht kam, hat alle Rivalen ausgeschaltet usw. Nach dem Sturz von Saddam ist der Irak in die Hände der vielen Parteien und Gruppierungen geraten. Insbesondere in die Hände der schiitischen Kräfte. Aber auch Sunniten und Kurden waren mit ihnen. Diese Kräfte, die noch heute im Irak regieren, sind nicht vereint und unterstützen einander nicht. Sie konnten sich nicht auf der Grundlage der Interessen der irakischen Bevölkerung einigen. Sie verfolgen nur eigene Interessen und die Interessen der eigenen Fraktion. Mit den Nachbarländern kooperieren sie auch nach ihren eigenen Interessen. So sind die Schiiten mit Iran und die Sunniten mit der Türkei und Saudi-Arabien verbündet. Die Kurden haben auch ihre eigene Zusammenarbeit mit den Nachbarn, weil sie eigene Fragen haben. Entsprechend konnten diese Gruppierungen nicht wie Staatsmänner handeln, das Land gut regieren und einen zivilen Staat für alle Iraker aufbauen: einen Staat gemäss den Kriterien der Verfassung. Jetzt sehen wir, dass sie sich seit fast einem Jahr nicht auf einen Regierungschef geeinigt haben. Das Hauptproblem des Irak sind die oben erwähnten Dinge. Die iranisch-amerikanischen Auseinandersetzungen auf irakischem Boden sind natürlich auch ein Problem. Wenn diese Probleme nicht wären, wäre der Irak sehr fortgeschritten.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

12. *Wie beurteilen Sie die Zukunft des Irak?*
Wenn es so weitergeht – ich war selbst elf Jahre in Bagdad als Teil des Regierungsrates und später im irakischen Parlament –, wird die Zukunft des Irak noch schlimmer werden. Du lebst im Ausland und kannst entsprechend auch beobachten, dass man sich im Ausland nicht mehr für den Irak interessiert. Vorher haben die Amerikaner und andere immer über den Irak gesprochen, heute haben alle genug vom Irak und wollen von ihm nichts wissen. Es wird sehr selten über den Irak berichtet. Entsprechend wird sich die Lage verschlechtern, wenn die Fraktionen nicht lernen, sich wie Staatsmänner zu verhalten, die Interessen des Irak vor die Interessen der eigenen Parteien und Gruppen zu stellen und einen modernen Staat aufzubauen.

13. *Wie beurteilen Sie die Zukunft der Kurden im Irak?*
Die Zukunft der Kurden hängt vom Irak ab. Die gesamte Weltgemeinschaft sagt uns, dass wir Teil des Irak sind und unsere Probleme im Rahmen der irakischen Verfassung lösen sollen. Solange das die Meinung ist, werden wir uns mit dem Irak abfinden müssen und Teil des irakischen Chaos sein. Die ARK will beispielsweise seit vier Monaten Gespräche mit dem Irak führen, aber kann dies nicht, weil in Bagdad Chaos herrscht.

14. *Welcher Lösungsansatz wäre Ihrer Meinung nach der beste für die Kurden im Irak?*
Die Lösung ist, dass sich erstens die Kurden einig sind und die Interessen der Kurden vor die Interessen der Parteien stellen. Man kann Parteipolitik betreiben. Überall auf der Welt gibt es Parteipolitik, und dies ist eine gute Sache, aber sie müssen sich einig sein. Sie müssen sich langfristig einigen und nicht nur kurzfristig aufgrund einer bevorstehenden Sitzung usw. Sie müssen sich in Kurdistan, in Bagdad, in der Türkei, in Iran und überall auf der Welt einig sein. Nicht, dass die PUK nach Iran und die DPK in die Türkei geht, ohne dass sie voneinander wissen. Die Parteien sollen auch unter sich eine Front gründen. Wir haben in den 1980er und 1990er Jahren die Kurdistani-Front gehabt. Zweitens müssen sie an zwei Stellen arbeiten: Erstens müssen sie versuchen, sich mit Bagdad auf ihre Rechte und die Umsetzung der Verfassung zu einigen, und zweitens müssen sie im Ausland Lobbyarbeit betreiben. Und zwar gemeinsam und nicht jede Partei für sich. Heute hat jede Partei einen eigenen Sitz im Ausland, so geht es nicht. Des Weiteren dürfen sie die kurdische Nation nicht vergessen. Wir sind eine Nation, die zwischen dem Irak, der Türkei, Iran und Syrien geteilt

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wurde. Wir dürfen nicht mit der Türkei gegen die Kurden in der Türkei kooperieren. Auch nicht mit Iran oder mit Syrien.

15. *Wie könnte die Kurdenfrage Ihrer Ansicht nach im Irak, in Syrien, in der Türkei und in Iran gelöst werden?*
Wir haben bei uns im Irak sehr viel erreicht, aber die Kurden in den anderen Teilen haben nichts. In Iran beispielsweise gibt es so etwas wie die Kurdenfrage nicht. Lies die gesamte iranische Verfassung, du wirst kein Wort über die Kurden finden. Wenn man sie [die Iraner] fragt, wieso dies so ist, sagen sie, wir sind alle Muslime und brauchen das nicht. Unter dem Schah haben sie uns gesagt, wir sind alle Arier, deshalb gibt es keinen Unterschied zwischen uns. Sie lügen, weil in Iran nur die Perser und Azeri herrschen. In der Türkei haben sie [die Kurden] nicht nur nichts, sondern werden als Terroristen bezeichnet. Jeder Kurde in der Türkei, der Waffen trägt, um sich zu verteidigen, ist ein Terrorist. Und die USA unterstützen die türkische Politik. Wieso ist die PKK eine Terrorgruppe? Und in Syrien: Vor vier Tagen hat Baschar al-Assad gesagt, dass es keine Kurdenfrage in Syrien gebe, das sei nur eine Fantasie. Sie seien damals aus der Türkei nach Syrien gekommen und die Syrer hätten sie aufgenommen. Entsprechend ist die Lösung der Kurdenfrage in den anderen Teilen sehr schwierig. Was wichtig ist, ist, dass sich die Kurden alle einig werden und sich nicht gegenseitig bekämpfen. Bekämpft haben sie sich in der Vergangenheit allerdings mehrmals.

16. *Möchten Sie etwas ergänzen, was Ihnen noch wichtig ist?*
Ich wünsche dir Erfolg.
Kann ich einige Zusatzfragen stellen?
Ja.

16.1 *Wie kam es zur Einigung mit der irakischen Regierung am 11. März 1970?*
Ich war damals Chef der kurdischen Delegation für die Verhandlungen mit Bagdad. Wir hatten damals drei Monate indirekt Kontakt zueinander. Die Sowjetunion war unser Kontaktpartner. Die Sowjetunion wollte, dass wir uns einigen, weil sie eine Vereinbarung mit Bagdad treffen wollten, das haben sie auch im Jahr 1972 gemacht. Wir hatten immer Kontakt zur Sowjetunion, Mullah Mustafa war mehrere Jahre dort. So gab es einen indirekten Austausch zwischen Bagdad und uns. Im Dezember 1969 gab es dann die erste direkte Kontaktaufnahme. Bis zur Überein-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

kunft gab es mehrere Gespräche. Mal haben sie uns besucht, mal wir sie usw. Wie kam es zu diesem Abkommen? Als die Baathisten an die Macht kamen – die Baathisten glauben nicht an die Kurdenfrage und sehen Kurdistan als Teil der arabischen Welt –, haben sie uns ein Jahr lang bekämpft und davon profitiert, dass wir und die Kollegen des Politbüros [der DPK] zerstritten waren. Es gab in den Jahren 1967 und 1968 auch Kämpfe zwischen uns. Trotz alledem konnten sie uns nicht bezwingen. Wir und die kurdische Revolution waren immer noch da. Aus diesem Grund kamen sie auf die Idee, sich mit uns zu einigen. So haben wir uns zum ersten Mal in der Geschichte des Irak im Jahr 1970 auf eine Autonomie für uns Kurden geeinigt.

16.2 *Wieso hat sich die irakische Regierung dann aus dem Vertrag zurückgezogen?*
Sie haben sich nicht zurückgezogen, sie haben von Anfang an nicht daran geglaubt. Sie wussten, dass sie uns militärisch nicht besiegen können, deshalb wollten sie uns durch eine Friedensverhandlung für sich gewinnen. Sie wollten aber, dass wir die Baath-Partei unterstützen und auf ihrer Seite sind. Das konnten wir aber nicht machen, deshalb kam es allmählich zu Problemen zwischen uns.

16.3 *Wie sehen Sie den Vertrag von Algier?*
Als Saddam uns 1974 ein Jahr lang bekämpft hat, aber uns nicht besiegen konnte, war er bereit, alle Konzessionen an den Schah von Iran zu machen, damit wir von hinten umzingelt werden. So hat er den Vertrag von Algier mit dem Schah abgeschlossen.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Anhang 5: Interview mit Salahadin Bahadin

1. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden im Irak heute ein?*
Die Kurden als eine wichtige Entität des Irak haben ihre Stellung und ihr Gewicht im föderalistischen Irak. Die neuen Komplexitäten und Probleme des neuen Irak, wie der Missbrauch des Mehrparteiensystems, der Aufstieg des Konfessionalismus, die Ausbreitung der Korruption und der Ungerechtigkeit, der Mangel an Rechtsstaatlichkeit, die Entstehung der bewaffneten Milizkräfte sowie der Kampf gegen al-Qaida und später gegen Daesh [den sogenannten Islamischen Staat], haben dazu geführt, dass die Beteiligung der Kurden an der föderalen Regierung nachgelassen hat. Die Mehrheit der schiitischen Parteien dominiert gegenüber der Rolle der Kurden und der sunnitischen Araber. Entsprechend konnten die Kurden in den letzten zehn Jahren keine aktive und partnerschaftliche Rolle im Irak spielen.

2. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden seit 2003 ein?*
Die Kurden und die kurdischen Kräfte waren ein wichtiger Teil der Opposition gegen das irakische Regime und ein Unterstützer der internationalen Koalition beim Sturz des Saddam-Regimes und beim Aufbau einer neuen Verwaltung im Irak am 7. April 2003. So waren fünf kurdische Anführer (ich, Mam Jalal, Kak Masud, Dr. Mahmud Othman und Richter Dara Nur al-Din) ein Teil des irakischen Regierungsrates nach dem Sturz des Regimes und haben zentral dazu beigetragen, dass die irakische Verfassung im Jahr 2005 entstanden ist. Seitdem steht die irakische Präsidentschaft den Kurden zu. Aber das Problem liegt darin, dass die Präsenz und die Mitwirkung der Kurden in Bagdad in den letzten 17 Jahren allmählich nachgelassen und abgenommen haben. Die Kurden waren eher mit der eigenen Verwaltung als föderale Region beschäftigt. Insbesondere nach dem Rückzug der amerikanischen Truppen und der Koalitionskräfte ging die Verwaltung des Irak in die Hände der Iraker. Da die Schiiten die Mehrheit ausmachen, haben sie die Oberhand gewonnen und die Verpflichtung gegenüber der Verfassung vernachlässigt.

3. *Wie schätzen Sie die Lage des Irak seit 2003 ein?*
Von Beginn des Regime-Sturzes an war die Verwaltung des Irak in den Händen der Koalition unter der Führung der USA, aber gleichzeitig stieg der Einfluss Irans als Nachbarstaat und den Schiiten nahestehende Partei an. Mit dem Rückzug der USA ist das Kräfteverhältnis zugunsten Irans verschoben worden. Die schiitischen konfessionellen Kräfte wurden mächtiger

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und haben sich die Mehrheit sowohl im Parlament als auch in der Regierung gesichert. Die Korruption hat im finanziellen und administrativen Bereich zugenommen und die Bewaffnung ausserhalb der formellen Armee wurde amtlich und eine Realität. Das politische System verschob sich von einer Konsensdemokratie hin zu einer konfessionellen Mehrheit. Die Städte wurden nicht weiterentwickelt und das Budget sowie die Ausgaben nicht kontrolliert. Selbst die schiitischen Städte leiden unter mangelnden Dienstleistungen. Die Demonstrationen der letzten zwei Jahre sind ein Beweis dafür, dass die schiitischen Bürger mit ihren Parteien unzufrieden sind.

4. *Wie beurteilen Sie den Entstehungsprozess der irakischen Verfassung?*
Zweifelsohne ist das Vorhandensein einer Verfassung eine wichtige Säule der Rechtsstaatlichkeit und der Verwaltung eines Landes. Auch dient sie der Regelung der Beziehung zwischen den Bürgern und dem Staat. Zu diesem Zweck haben wir im Regierungsrat zwei Dinge getan: Zum einen wurde das Übergangsverwaltungsrecht (Transitional Administrative Law) bis zur endgültigen Festschreibung der Verfassung verabschiedet, und zum anderen wurde die Verfassung, die im Grossen und Ganzen gut ist, ausgearbeitet und am 15. Oktober 2005 in einer Abstimmung mit über 80 Prozent der Stimmen im ganzen Irak angenommen. Aber leider sind in dieser langen Zeitperiode noch immer mehr als 50 Gesetze übrig geblieben, die gemäss der Verfassung im Parlament hätten verabschiedet werden sollen. Hinzu kommt, dass die Regierung die Artikel und Absätze der Verfassung nach eigener Lust und Laune umsetzt.

5. *Wie beurteilen Sie die irakische Verfassung?*
Wie gesagt, die Verfassung ist modern und kommt den meisten Wünschen und Forderungen der Entitäten und Bürger nach. Aber wichtig ist, dass sie umgesetzt wird. Nur die Verpflichtung gegenüber der Verfassung kann die Einheit des Irak bewahren, wie es in der Verfassung steht. Beispielsweise wurde Artikel 140, der eine Lösung für die ‹umstrittenen Gebiete› vorsieht, bis anhin nicht umgesetzt. Dadurch wurde den kurdischen Entitäten in diesen Gebieten inklusive Kirkuk Unrecht getan.

6. *Kann die irakische Verfassung eine Lösung für die Kurdenfrage im Irak darstellen?*
Ja, wenn sie, insbesondere Artikel 140, umgesetzt würde, wären viele Fragen rund um die territorialen Grenzen der ARK gelöst. Obwohl aber in der Verfassung feststeht, dass der Irak ein föderalistischer Staat ist, wollen die

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

irakischen Machthaber davon nichts wissen und interpretieren die Verfassungsartikel in dieser Hinsicht unterschiedlich.

7. *Wie beurteilen Sie die Entwicklungen in der ARK seit 2003?*
Es kann nicht geleugnet werden, dass sich das politische System und die Verwaltung in der ARK weiterentwickelt haben, aber es kann gleichzeitig nicht verschleiert werden, dass die Lage hätte besser werden sollen. Der Bürgerkrieg der machthabenden Parteien sowie der Kampf um die Einflussnahme und die Macht sind Gründe dafür, dass sich die ARK nicht besser entwickeln konnte. Aber auch die enge Parteipolitik, die Kontrolle des Marktes und der Wirtschaft seitens der Eliten der regierenden Parteien, die schwache Rechtsstaatlichkeit, die Verletzung der Menschenrechte sowie weitere Probleme und Schmerzen dieser Art haben dazu geführt, nicht dort anzukommen, wo dies nach 29 Jahren Verwaltungserfahrung zu erwarten wäre.

8. *Sind Sie der Ansicht, dass die ARK bereit für einen eigenen Staat ist?*
Ohne Zweifel sind die Kurden als altes Volk in der Region und die ARK als Teil dieser grossen Nation namens Kurdistan, die seit dem Sykes-Picot-Abkommen auf vier Länder aufgeteilt wurde, in der Lage, einen unabhängigen Staat zu gründen, wie alle anderen Nationen und Völker in der Region. Aber lassen die regionalen und internationalen Rahmenbedingungen dies zu und will der Irak das hinnehmen? Nein, das haben wir am 25. September 2017 gesehen, als wir das Referendum abgehalten haben. Die ganze Umgebung war dagegen. Dieser Schritt hängt nicht von der Bereitschaft [der ARK] ab, sondern von den Interessen der Länder und der Weltgemeinschaft. Er hängt auch von den Vereinbarungen und den Machtteilungen der Supermächte ab.

9. *Wie beurteilen Sie das Referendum über die mögliche Unabhängigkeit der ARK vom Irak vom 25. September 2017?*
Wie oben erwähnt, fehlt dem kurdischen Volk nichts, was die anderen Völker haben, sodass es keinen eigenen Staat verdient hätte. Zumal ihm in den jeweiligen Ländern seine nationalen und heimatlichen Rechte verweigert werden. Als der Irak nicht in der Lage war, die Rechte der Entitäten und der Bevölkerung gemäss der Verfassung zu sichern, und als Bagdad die Auszahlung der Löhne verweigert und die Gesetze verletzt hat, haben die kurdischen Politiker die Idee des Referendums vorgebracht, um zu sehen, was die eigene Bevölkerung dazu sagt und wie die Reaktionen darauf

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sind. Vielleicht hat es technisch, zeitlich, organisatorisch und in anderen Hinsichten einige Mängel gegeben, aber die Abstimmung und das Referendum an sich waren natürliche Rechte der Kurden. Wir von der Islamischen Union Kurdistans und ich persönlich waren dafür und haben es als eine gute Sache befunden. Aber leider hat die Bagdader Regierung mit der Unterstützung der Nachbarländer und der Supermächte eine harsche und gnadenlose Reaktion gezeigt und die kurdische Bevölkerung bestraft.

10. *Was ist das Hauptproblem der Kurden im Irak?*
Die Kurden wurden Anfang des 20. Jahrhunderts als ‹Vilâyet Mossul› bekannt. Nach dem Ersten Weltkrieg und der Eroberung seitens Grossbritanniens wurde ihnen die Unabhängigkeit versprochen. Scheich Mahmud Hafid wurde sogar zum König von Kurdistan ernannt. Später aber haben sie [die Briten] sich abgewendet. Seitdem gab es verschiedene Arten der kurdisch-nationalistischen Bewegungen: die Barzanen in den 1940er Jahren, danach die kurdische Revolution vom 11. September 1961 unter der Führung von Mullah Mustafa Barzani, die im Jahr 1970 zur Selbstverwaltung führte; aber es [das irakische Regime] hat sich nach vier Jahren vom Abkommen zurückgezogen. Dann fing die Revolution im Jahr 1974 noch einmal an und wurde im Jahr 1975 aufgelöst. Danach ging die bewaffnete Auseinandersetzung bis zum Aufstand von 1991 weiter. Die Kurden wollen im Irak eine unabhängige Selbstverwaltung. Der jetzige Föderalismus ist auf politischer Ebene gut, aber nur die Verpflichtung gegenüber der Verfassung und eine transparente Regierung in Bagdad können dafür sorgen, dass der Föderalismus überlebt.

11. *Was ist das Hauptproblem des Irak?*
Der Irak ist ein Staat, der aus verschiedenen religiösen, ethnischen und konfessionellen Entitäten besteht. Er kann nicht von einer zentralistischen und konfessionellen Regierung verwaltet werden. Genauso wenig von einer Diktatur, einem Sektarianismus oder einem Arabismus. Der Föderalismus und die Demokratisierung müssen vorangetrieben werden, die Verfassung muss umgesetzt werden und die Einmischung der verschiedenen Länder muss aufhören.

12. *Wie beurteilen Sie die Zukunft des Irak?*
Der Irak ist ein reiches, kultiviertes und historisch bedeutendes Land. Konfessionalistische und antidemokratische Arten des Regierens müssen verschwinden. Wir haben auch gesehen, dass die Diktatur und der Zentra-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

lismus nutzlos waren. [Der Irak] kann den Föderalismus weiterentwickeln und weitere autonome Regionen wie Basra, Anbar, Tikrit und Mossul zulassen. Die Regierung muss eine Regierung der Bevölkerung sein und alle Freiheiten müssen gewährleistet werden. Die Milizen sollen verschwinden, das Gesetz muss für alle gelten und das Gericht muss unabhängig sein.

13. *Wie beurteilen Sie die Zukunft der Kurden im Irak?*
Die Kurden haben Regierungserfahrung und verfügen über eine eigene politische Verwaltung – auch wenn es Einwände zu ihr gibt, kann sie ein gutes Beispiel für den föderalen Irak darstellen. Sie [die Kurden] sollen ein Teil des Irak bleiben und versuchen, von Bagdad aus eine Lösung für die Probleme des Irak und der ARK zu finden.

14. *Welcher Lösungsansatz wäre Ihrer Meinung nach der beste für die Kurden im Irak?*
Der beste Lösungsweg ist die Stärkung des irakischen Föderalismus. Auf diese Weise wird auch die ARK gestärkt und vor den Plänen und Feindschaften mancher Gegner geschützt. Die Weiterentwicklung des Irak ist auch für die ARK eine Weiterentwicklung. Denn ohne die Entwicklung und die Stabilität des Irak kann sich auch die ARK nicht entwickeln und stabilisieren. Auch innerkurdisch muss man besser, flexibler, einheitlicher und gemeinschaftlicher auftreten.

15. *Wie könnte die Kurdenfrage Ihrer Ansicht nach im Irak, in Syrien, in der Türkei und in Iran gelöst werden?*
Jeder der vier Teile hat spezifische Eigenheiten, deshalb kann nicht von einer einheitlichen Lösung für alle Teile gesprochen werden. Aber im Allgemeinen kann die Erfahrung der Kurden im Irak, weil sie eine eigene politische Verwaltung haben, den anderen kurdischen Teilen zugutekommen. Auch müssen alle in der heutigen Zeit leben und nach einer friedlichen und demokratischen Lösung suchen und die Lösung nicht in bewaffneten Auseinandersetzungen sehen. Auch müssen die Kurden und die kurdischen Bewegungen der anderen Teile berücksichtigen, dass die ARK dem Prinzip der guten Nachbarschaft verpflichtet ist. Aus diesem Grund müssen sie der besonderen Lage der ARK Rechnung tragen.

16. *Möchten Sie etwas ergänzen, was Ihnen noch wichtig ist?*
Die Kurden und Kurdistan sind eine edle und alte Bevölkerung und Nation, die über eine lange Geschichte und Kultur sowie über Wasser, Berge,

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Ebenen, ein gutes Klima, Städte, Öl und weitere Ressourcen verfügt. Loyalität und Treue ihr gegenüber werden ein positiver Faktor sein, sowohl auf nationaler als auch auf regionaler sowie internationaler Ebene.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Anhang 6: Interview mit Dr. Kawe Mahmud

1. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden im Irak heute ein?*
Man sollte von der Kurdistan-Frage und nicht von der Kurdenfrage sprechen. Die Lage der Kurden in Süd-Kurdistan kann man nicht von der Lage des Irak und des Nahen Ostens trennen. Im Nahen Osten gab es jedoch in den letzten hundert Jahren viele Veränderungen. Was wir als Erstes erwähnen sollten, ist der hundertjährige Kampf und die Opferbereitschaft der Kurden in Süd-Kurdistan für ihre Rechte, nach dem Sykes-Picot-Abkommen bis heute. Das Produkt ist der heutige Föderalismus im Irak. Dieser ist ein Föderalismus für uns Kurden, aber nicht für Bagdad. Bagdad will eigentlich keinen Föderalismus, und wir wollen mehr als Föderalismus, deshalb ist das kein Föderalismus. Wir wurden durch internationale Unterstützung wie Flugverbotszone usw. zur politischen Realität. Aber wir wollen mehr als das, was wir jetzt haben. Was wir als Problem im Nahen Osten haben, ist das Problem der Heiligkeit des Staates. Wir haben eine Krise des Staates im Nahen Osten. Solange diese Krise nicht gelöst wird, wird der Nahe Osten nicht zur Ruhe kommen. Diese Krise kann nur durch die Integration der Gesellschaft auf der Grundlage des gegenseitigen Respektes gelöst werden. Es sind nicht die Menschen, die wichtig sind, sondern der Staat. So denken auch die Schiiten und die Elite im Irak. Für sie sind der Staat Irak und dessen Grenzen wichtig und nicht die Iraker. Es wird vom Staat Irak geredet und nicht von der irakischen Nation. Menschen können sterben, das ist der Elite egal – Hauptsache, der Staat bleibt bestehen. Die Zivilbevölkerung interessiert die Elite im Irak nicht. Diese Denkweise hat beispielsweise dazu geführt, dass Krisen mit Krisen gelöst werden, keine Entwicklungen stattfinden und im Irak 700 Milliarden US-Dollar verschwinden.

2. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden seit 2003 ein?*
Die Entwicklung der Kurdenfrage im Irak nach 2003 hing vom Sturz des Diktatur-Regimes ab. Der Fall des Regimes wurde aber nicht durch interne, sondern durch externe Akteure herbeigeführt. Wenn aber externe Kräfte der Grund für eine Änderung sind, werden sie versuchen, ihre Meinungen und Interessen durchzusetzen und neue, ihnen entsprechende Realitäten hervorrufen. Dies führt dazu, dass sich die internen Akteure anpassen müssen und versuchen, sich mit den neuen Gegebenheiten abzufinden. Das war auch bei den Gruppen aus Kurdistan der Fall. Sie mussten schauen, was möglich ist und was nicht. Entsprechend hat ein neuer politischer

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Prozess begonnen. Die Idee war, dass man einen neuen Irak aufbaut, der auf der Bürgerschaft, der Machtteilung, des Konsenses und der Balance basiert. Diese Ideen sollten sich in der neuen Verfassung widerspiegeln. Aber die neue irakische Verfassung und ihre Artikel sind komplette Minen, die jederzeit explodieren können. Das haben die letzten 15 Jahre gezeigt. Entsprechend konnte die irakische Verfassung keine gute Grundlage für den neuen Irak werden und die vielen Probleme des Irak lösen. Nicht nur das: Die Hassrede bzw. ‹hate speech›, die weltweit verbreitet ist, von Trump bis zu Erdogan, hat zugenommen. Schau die Demonstrationen der Menschen für ihre Rechte in Bagdad an: Sie sind zu Recht auf der Strasse, aber verbreiten gleichzeitig Hassreden gegen Kurdistan usw. Die Idee der Verfassung war also, die Krise des Staates zu lösen, aber sie hat ihr Ziel verfehlt. Die Krise des Staates wurde aus zwei Gründen vertieft: Es gibt erstens eine massive Einmischung der Nachbarländer sowie der regionalen und internationalen Mächte in die inneren Angelegenheiten des Irak, und zweitens ist die Verfassung selbst ein Problem. Die verschiedenen Gruppierungen wollen nicht aus Überzeugung einen neuen Irak aufbauen, der Platz für alle Bürgerinnen und Bürger hat, sondern einen Irak jener Gruppe aufbauen, die in der Mehrheit ist, also die Schiiten. Die Schiiten wollen allein an der Macht sein und einen Staat errichten, der entweder direkt oder indirekt Teil der Statthalterschaft der Rechtsgelehrten (*Welāyat al-Faqih*) ist. Das können wir in den über 45 der 70 schiitischen Milizen sehen, die sich als Teil der Statthalterschaft der Rechtsgelehrten sehen. Diese Gruppierungen glauben nicht an die Grenze zwischen den Schiiten. Sie sehen Iran als Mutter der Dörfer, also als das Zentrum des Islams. Damit glauben sie auch an den Export der Revolution in die anderen Länder. Sie glauben an eine Revolution im Sinne der iranischen Staatsform und nicht im Sinne der Revolution selbst. Noch ein Problem des Irak ist der Staat im Staate (deep state). So stehen einzelne Gruppen und Personen über dem Staat. Einen Staat im Staate kann man auch in den anderen Ländern beobachten, wie beispielsweise in Iran oder in der Türkei. Einen Staat im Staate gibt es auch in Kurdistan.

3. *Wie schätzen Sie die Lage des Irak seit 2003 ein?*
Siehe die Antwort zur Frage 2.

4. *Wie beurteilen Sie den Entstehungsprozess der irakischen Verfassung?*
Die irakische Verfassung ist selbst ein Problem. Die irakische Verfassung kann die Probleme des Irak nicht lösen. Die irakische Verfassung ist unter

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

anderem dank eines Konsenses zwischen den Amerikanern und den Iranern über die Zukunft des Irak unter Berücksichtigung einiger Standpunkte verschiedener Gruppierungen im Irak entstanden. Die Kurden wurden auch für die Verfassung gewonnen, weil man einige ihrer Forderungen erfüllt hat. Aber die Verfassungstexte wurden so unscharf formuliert, dass man sie unterschiedlich interpretieren kann. So gesehen glaube ich nicht, dass die irakische Verfassung die Krise des Staates lösen kann. Es gibt sogar Versuche, die Verfassung zu revidieren, damit der Staat noch zentralistischer wird. Selbst die Demonstranten im Irak verlangen eine Revision der Verfassung, damit der Irak zentralistisch regiert wird. So haben die Demonstranten die Auflösung der Provinzräte verlangt, und diese wurden auch kurze Zeit später aufgelöst. Hinter diesen Forderungen steht die Zentralregierung selbst, damit es den Föderalismus nicht mehr gibt. Die Provinzräte wurden aufgelöst, weil einige korrupt waren, so der Vorwand. Wenn einige korrupt sind, müssen diese die Konsequenzen tragen. Es kann nicht sein, dass die ganzen Räte aufgelöst werden. Schau auch das Wahlgesetz an: Es ist noch schlimmer als zuvor und möchte den Irak noch zentralistischer machen. Auf diese Weise werden auch die Demonstranten manipuliert. Wir sind im Nahen Osten mit den Problemen der Armut, Arbeitslosigkeit und der Umwelt konfrontiert. Ein weiteres Problem, das wir im Nahen Osten haben, ist die Frage der Identität. Dieses Problem wurde auch in Europa nicht gelöst. Wenn das Problem gelöst wäre, hätten die Katalanen nicht die Unabhängigkeit von Spanien gewollt. Oder die Schotten nicht von Grossbritannien usw. Der moderne Kapitalismus konnte die Identitätsfrage nicht lösen. Die Postmoderne ist aber auch keine Lösung, weil sie den Sprung in die Dunkelheit bedeutet. Wir sind auf der ganzen Welt mit dem Problem der Hassrede und des Populismus konfrontiert. Schau Trump, die Türkei usw. an. Den Populismus sieht man auch im Irak und bei uns in Kurdistan. Die Opposition bei uns bestand zum grössten Teil aus populistischen Forderungen. Opposition heisst aber nicht Populismus. Was wir brauchen, ist eine soziologische Analyse der Probleme, die es nicht nur bei uns, sondern auf der ganzen Welt gibt.

5. *Wie beurteilen Sie die irakische Verfassung?*
Siehe die Antwort zur Frage 4.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

6. *Kann die irakische Verfassung eine Lösung für die Kurdenfrage im Irak darstellen?*
Nein, weil die Verfassung selbst ein Teil der Probleme ist. Eine Verfassung muss die gesellschaftlichen Gegebenheiten wiedergeben. Der Irak besteht nicht nur aus einer Gesellschaft, sondern aus mehreren Gesellschaften. Die kurdische Gesellschaft ist vollkommen anders als die irakische. Das ist aber selbst den grossen irakischen Soziologen entgangen. So spricht Ali Wardi, einer der bekanntesten irakischen Soziologen, nur von der arabischen Gesellschaft, wenn er über die irakische Gesellschaft redet. Er erwähnt die kurdische Gesellschaft mit keinem Wort. Für ihn ist die irakische Gesellschaft die arabische Gesellschaft.

6.1 *Aber die irakische Verfassung erwähnt die ARK?*
Ja, aber das Problem ist, dass die Verfassung etwas ist und die Realität etwas anderes. Das ist der grosse Widerspruch. Die Verfassung erwähnt die ARK als Teil des Irak, aber nicht die kurdische Gesellschaft. Der Staat kann nicht eine Nation bilden. Wenn wir zurück zur Geschichte gehen, so sprach König Faisal, ich glaube, im Jahr 1933, über den Irak wie folgt: Im Irak gibt es nicht so etwas wie die irakische Nation. Es gibt Kurden, Schiiten und Sunniten mit ihren eigenen Sitten, aber keine irakische Nation. Damit wir eine Nation bilden können, brauchen wir eine starke Armee, so Faisal. Damit droht er mit der Anwendung der Gewalt, und das ist eine gefährliche Mentalität. Vielleicht hat es in den USA nach langen Turbulenzen geklappt, durch einen Staat eine Nation zu bilden, aber das wird in dieser Region nicht funktionieren. Im Irak kann der irakische Staat nicht die irakische Nation bilden. Der irakische Staat ist auch die irakische Verfassung. Die Lösung des Irak ist das Selbstbestimmungsrecht für die irakischen Gesellschaften. Sie sollen selbst freiwillig entscheiden, was sie wollen. Dadurch kann man friedlich miteinander und nebeneinander leben. Aber man kann sie nicht zwingen, etwas zu akzeptieren, was sie nicht akzeptieren wollen. Das gilt auch für Kurdistan. Wir müssen den Turkmenen, Chaldäern und Assyrern in Kurdistan zuhören und wissen, was sie wollen, wenn wir ihre Probleme lösen wollen.

6.2 *Denken Sie nicht, dass die Umsetzung der Verfassung diese Probleme lösen kann?*
Nein, die Verfassung löst kein Problem. Die Verfassungsartikel werden je nach Gruppe anders interpretiert. Einer aus Kurdistan sieht die Verfas-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sung anders als die in Bagdad. Für Bagdad ist der Zentralismus wichtig und nicht der Dezentralismus. Es gibt bis anhin keine einzige arabische Partei oder Gruppe, die vom Föderalismus spricht. Nur wir in Kurdistan reden vom Föderalismus. Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes aller irakischen Gesellschaften. Es gibt noch heute demografische Änderungen und eine Arabisierung in Kirkuk und in anderen Gebieten. Die Verfassung hat keine Antwort auf diese Probleme. Wieso soll ich Probleme damit haben, dass eine Minderheit einen Staat für sich gründen will? Wieso ist das kein Problem, wenn es Luxemburg neben Belgien und Deutschland gibt, aber ein Problem, wenn eine Minderheit im Irak einen Staat gründen will?

7. *Wie beurteilen Sie die Entwicklungen in der ARK seit 2003?*
Es gibt einen Unterschied zwischen der Lage Kurdistans und den Herrschern Kurdistans. Die Behörden Kurdistans sind nicht gleich die inneren Gegebenheiten Kurdistans. Die allgemeine Lage Kurdistans hängt von der Lage der Welt und der Region ab. Sie ist Teil dieser Geschichte. Die kurdische Gesellschaft ist eine Klassengesellschaft und ist entsprechend von Klassenkämpfen geprägt. Sie ist auch eine Gesellschaft mit unterschiedlichen Identitäten. Wurde überhaupt etwas unternommen, um die Beziehungen zwischen diesen Identitäten gut zu regeln? Wenn man den Vergleich mit dem Irak zieht, hat man vielleicht Fortschritte erzielt. Diese reichen aber nicht aus, damit das Problem der Identitätsfrage der Gesellschaften in Kurdistan gelöst wird. Was die Verwaltung Kurdistans anbelangt, so ist sie auf dem Papier die Autonome Region Kurdistan, aber in der Realität wird sie aufgrund der gesellschaftlichen Gegebenheiten von den verschiedenen Regionen regiert. So haben wir beispielsweise bis heute noch praktisch die grüne und die gelbe Zone. Diese Zonen haben ihrerseits Einfluss auf die Verwaltung der Region und die Regierung. Entsprechend ist die Regierung nicht handlungsfähig. Die Beschlüsse des Regierungschefs haben bis Degela Gültigkeit, weil wir ab dort eine andere Zone haben. Das ist eine schlechte und abnormale Lage, die gelöst werden muss. Zu diesem Zweck müssen nicht nur die verschiedenen Gruppierungen Kurdistans, sondern auch die Gesellschaften Kurdistans dazu beitragen, dass wir ein anderes und besseres Beispiel liefern können. Nur so können wir auf internationaler Ebene auf die Zustimmung unseres Anliegens zählen. Wenn wir allerdings keine funktionierenden Institutionen haben und dazu noch intransparent, korrupt und nicht in der Lage sind, die Peschmerga-Kräfte zu vereinheitlichen, werden wir auch jene Freunde auf internationaler Ebene verlieren,

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die sich aus Eigeninteresse für uns einsetzen. All diese Faktoren werden Einfluss auf das nationale Anliegen, nämlich die Kurdistan-Frage, die nur durch die Unabhängigkeit gelöst werden kann, haben. Solange wir unsere internen Probleme nicht gelöst haben, werden wir keine Fortschritte erzielen. Es gibt noch sehr viel zu tun.

8. *Sind Sie der Ansicht, dass die ARK bereit für einen eigenen Staat ist?*
Ja, die Autonome Region Kurdistan ist in der Lage, unabhängig zu werden, und zwar dank dem Volkswillen. Wenn 93 Prozent der Bevölkerung für die Unabhängigkeit Kurdistans sind, dann ist das ein positiver Faktor. Ein zweiter Faktor sind der lange Kampf der kurdisch-freiheitlich-nationalistischen Bewegungen und die vielen Aufstände seit dem Ersten Weltkrieg für die kurdische Frage und die Rechte der Kurden. Die Forderungen der Kurden haben sich im Laufe der Zeit geändert. Es begann mit den kulturellen und administrativen Rechten, und nun haben wir den Föderalismus. Wichtig ist die Beantwortung der Frage, ob Kurdistan eine Heimat ist und ob es kurdisch-freiheitlich-nationalistische Bewegungen gibt. Meiner Meinung nach ist Kurdistan eine Heimat, und deshalb haben die Volksgruppen, Entitäten und die Nationen, die dort leben, das Recht auf Selbstbestimmung und einen Nationalstaat. Wer diese Forderungen durchsetzen kann, ist die kurdisch-freiheitlich-nationalistische Bewegung.

9. *Wie beurteilen Sie das Referendum über die mögliche Unabhängigkeit der ARK vom Irak vom 25. September 2017?*
Das Referendum war nur ein Mittel, um an das oben erwähnte Ziel der Gründung eines Nationalstaates heranzukommen. Die verschiedenen Völker wurden durch unterschiedliche Mechanismen unabhängig. Algerien beispielsweise wurde nach den Revolutionskämpfen unabhängig usw. Heutzutage ist das verbreitetste Mittel das Referendum, wie wir in Katalonien, Schottland, Osttimor usw. gesehen haben. Dieses Mittel kann jedoch manchmal nicht sofort zum Ziel führen. Das heisst jedoch nicht, dass das Referendum als Mittel zum Zweck der Unabhängigkeit ein Fehler ist. Schottische Unabhängigkeitsbefürworter sind zwar einmal an der Urne gescheitert, aber die jetzige Premierministerin will aufgrund des Brexits noch einmal über die Unabhängigkeit Schottlands abstimmen lassen. Sie will eigentlich die Unabhängigkeit, aber benutzt den Brexit als Legitimitätsvorwand. Das kurdische Referendum war richtig, aber die verschiedenen Kräfte haben es falsch verwaltet. Man hat versucht, den Referendumsprozess als Errungenschaft einer Person oder einer Partei darzustellen. Das

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

habe ich selbst in einer Sitzung zu Herrn Masud Barzani gesagt: Ich sagte ihm, dass die Zustimmung und das Engagement der Staatsoberhäupter für das Referendum in anderen Ländern eigentlich einen positiven Effekt auf den Prozess haben können. Bei uns aber ist das umgekehrt, weil die Medien der DPK das Referendum als Ihr persönliches Projekt verkaufen wollen. Und das, obwohl wir das Referendum als ein nationales Projekt Kurdistans darstellen sollten. Auch die Unstimmigkeiten innerhalb der verschiedenen Parteien usw. haben einen negativen Einfluss auf den Prozess gehabt. Manche haben nur das gemacht, was Iran wollte. Das alles heisst aber nicht, dass die kurdische Nation kein Recht auf ein Referendum hat. Der Referendumsprozess war erfolgreich; was damit gemacht wird bzw. wurde, hängt von anderen Faktoren ab. Die Kräfteverschiebung zugunsten Bagdads, der Angriff der schiitischen Milizen, die indirekte amerikanische und direkte britische Unterstützung Bagdads haben die Ära nach dem Referendum beeinflusst. Das Referendum ist das Recht der Völker. In manchen Ländern wird ein Referendum über den Bau einer Brücke oder eines Spitals abgehalten.

10. *Was ist das Hauptproblem der Kurden im Irak?*
Das Hauptproblem der Kurden ist, dass sie keinen eigenen Staat haben. Und solange sie keinen Staat haben, sind sie immer dem Genozid ausgesetzt. Der irakische Staat ist nicht der kurdische Staat, und er wird es nie werden.

11. *Was ist das Hauptproblem des Irak?*
Der Irak ist kein Staat. Er befindet sich ständig in der Krise und die politischen Kräfte lösen eine Krise mit einer neuen Krise.

12. *Wie beurteilen Sie die Zukunft des Irak?*
Der Irak muss seine ständigen Krisen lösen.

13. *Wie beurteilen Sie die Zukunft der Kurden im Irak?*
Die Zukunft der Kurden hängt von ihren Bemühungen ab. Niemand ist bereit, den Kurden die Unabhängigkeit auf einem goldenen Tablett zu servieren. Sie hängt auch von der Kraft der Bemühungen der Gesellschaft und deren Glauben daran ab, ob Kurdistan eine Heimat ist oder nicht.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

13.1 *Meinen Sie die kurdischen Gesellschaften oder die kurdischen Behörden?*
Sie haben gesagt, dass man zwischen den beiden unterscheiden soll.
Wir müssen realistisch sein und einsehen, dass die Behörden aus der Gesellschaft kommen. Diese politischen Parteien und Gruppierungen sind nicht vom Himmel gefallen. Eine politische Kraft schöpft seine Legitimität aus der Gesellschaft heraus. Es ist die Gesellschaft, die der DPK und der PUK die Legitimität gibt und nicht mir. Es gibt jedoch viele Gründe dafür, wieso die Gesellschaft so entscheidet: Ich bin nicht gut genug für sie, oder sie wird mit Geld, Macht und Gewalt beeinflusst, oder sie ist nicht aufgeklärt.

13.2 *Denken Sie, dass es eine Zivilgesellschaft in Kurdistan gibt?*
Die Zivilgesellschaft in Kurdistan ist Teil des innerkurdischen Konfliktes. Wir können nicht sagen, dass es keine Zivilgesellschaft gibt, aber wir können auch nicht sagen, dass sie der Entscheidungsträger ist. In dieser Gesellschaft ist alles ein Teil des Konfliktes, weil die Gesellschaft sich in einem langwierigen Transformationsprozess befindet. Die Transformation spiegelt sich darin wider, dass es in dieser Gesellschaft eine Gruppe gibt, die sich für jene zivilgesellschaftlichen Strukturen einsetzt, die über die familiären, lokalen und regionalen Identitätsformen hinausgeht, und zwar, weil es in Kurdistan noch nicht eine kurdistanische [= kurdische] Identität gibt, die über den anderen Identitäten steht. Wenn es eine zivilgesellschaftliche Identität bzw. Kurdistan-Identität gibt, dann wird sich niemand dafür interessieren, aus welchem Stamm, welcher Region, welchem Gebiet usw. jemand stammt oder welche Konfession jemand hat, welchen Dialekt er spricht usw., sondern er wird sich nur für die gemeinsame Identität interessieren. Die zivilgesellschaftliche Identität hängt jedoch von der Bürgerschaft ab. Diese Bürgerschaft haben wir aber in Kurdistan nicht in Form einer Identitätskarte, weil wir keinen Staat haben, sondern in Form eines erwünschten Ziels der Bevölkerung. Es ist daher die Aufgabe der Behörden, eine Bürgerschaft aufzubauen, wenn sie sich für die Zukunft, Weiterentwicklung und die Unabhängigkeit Kurdistans interessieren. Es ist jedoch auch die Aufgabe der Zivilgesellschaft und der Gesellschaft sowie der politischen Parteien, sich für die gemeinsame Identität bzw. Bürgerschaft einzusetzen, wenn sie die Unabhängigkeit Kurdistans wollen. Dem gegenüber stehen jedoch die traditionellen Gruppierungen, die keine Modernität wollen und sich nur mit ihren Stämmen, Familien und alten Traditionen sowie lokalen Iden-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

titäten identifizieren wollen. Die Lage Kurdistans hängt damit von diesen gesellschaftlichen Konflikten ab. Und die Zivilgesellschaft ist ein sehr breiter Begriff, der sich nicht nur in Form einer Organisation bildet. Für einen erfolgreichen Aufbau der Zivilgesellschaft braucht man unter anderem eine aktive Bürgerschaft und eine gute Regierungsführung (good governance).

14. *Welcher Lösungsansatz wäre Ihrer Meinung nach der beste für die Kurden im Irak? Nur die Unabhängigkeit, oder gibt es andere Lösungsvarianten?*
Wenn wir von der Unabhängigkeit Kurdistans sprechen, sprechen wir vom Aufbau guter Beziehungen zu allen anderen Gruppierungen und Völkern der Region. Unabhängigkeit heisst nicht die Verlegung Kurdistans auf den Planeten Mars, sondern die Möglichkeit des friedlichen Zusammenlebens mit den Nachbarn. Gab es seit der Gründung des Irak überhaupt einmal Frieden? Nein, es gab ihn nicht. Gab es Fortschritte? Nein. Wurden die Ressourcen und Gelder verschwendet? Ja, das gab es usw. Wir verstehen unter der Unabhängigkeit eine nachhaltige Friedenssicherung (sustainable peace). Wir wollen keinen Krieg mehr erleben. Wieso sollen wir immer angegriffen werden, damit wir ihnen die Leichen zurückschicken? Wieso soll Halabja mit Chemiegas angegriffen werden? Wieso soll es 182 000 Anfal-Opfer geben? Wir leben im Irak in einem einheitlichen Staat, aber die Produkte aus Sulaimaniya und Erbil, die nach Bagdad transportiert werden, werden versteuert. So kann doch ein Staat nicht funktionieren (*lacht*).

15. *Wie könnte die Kurdenfrage Ihrer Ansicht nach im Irak, in Syrien, in der Türkei und in Iran gelöst werden?*
Jede kurdische Gruppe und Gesellschaft soll selbst darüber entscheiden, was sie will. Es gibt kein Modell, das perfekt zu allen Teilen passt. Wenn ich von der Kurdistan-Frage spreche, spreche ich von Süd-Kurdistan. Ich bin gegen Modellexporte. Die Kurdistan-Frage ist auch in anderen Teilen eine gerechte Frage und muss im Sinne aller Beteiligten gelöst werden. Die Gesellschaften sollen jedoch selbst entscheiden, was sie wollen.

16. *Möchten Sie etwas ergänzen, was Ihnen noch wichtig ist?*
Ich hoffe, dass Sie von den Antworten profitieren können, und wünsche Ihnen viel Erfolg.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Anhang 7: Interview mit Stran Abdullah

1. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden im Irak heute ein?*
Um zu eruieren, wie die Stellung der Kurden im Irak heute ist, muss man sie mit zwei Faktoren vergleichen: mit der Lage der Kurden in den anderen Ländern und mit der eigenen Situation im Laufe der Zeit. Die Position der Kurden ist im Vergleich zu der Zeit vor dem Referendum und aufgrund der Entwicklungen im Irak in den letzten zwei bis drei Jahren nicht gut. Aber die Lage der Kurden im Irak ist besser als die Situation der Kurden in den anderen Ländern. Denn die Kurden im Irak sind durch die irakische Verfassung, die föderalistisch ist, geschützt, und sie verfügen über eine Selbstverwaltung, die nicht nur in der irakischen Verfassung, sondern auch durch die Weltgemeinschaft anerkannt ist. Der kurdische Status im Irak ist aufgrund der internationalen Anerkennung gar vergleichbar mit der vorgesehenen Stellung der Kurden im Vertrag von Sèvres. Man beobachtet jedoch zurzeit leider, dass die Iraker sich der Verfassung gegenüber nicht verpflichtet fühlen und dass sie die Stellung der Kurden im irakischen politischen Prozess und in der irakischen Verfassung nicht mehr hinnehmen wollen. So wurde das Problem der kurdischen Gebiete ausserhalb der kurdischen Kontrolle, etwa in Kirkuk und anderen Orten, bis anhin nicht gelöst, und das, obwohl die irakische Verfassung ganz deutlich den Lösungsweg aufgezeigt hat. So gesehen ist die Lage der Kurden im Irak nicht gut, aber mit der irakischen Verfassung verfügt sie über einen guten Mechanismus, der sie vor den negativen Einflüssen schützen kann. Die Kurden können sich immer auf ihre Stellung in der irakischen Verfassung stützen. Aber wir leben in einer Region namens Naher Osten, die sich sehr schnell verändert und in der die Verpflichtung gegenüber der Verfassung ganz schwach ausgeprägt ist. Entsprechend ist es schwierig zu versuchen, den Irak zu modernisieren.

2. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden seit 2003 ein?*
Die Lage der Kurden hat sich, meiner Meinung nach, nach 2003 massiv verbessert, und zwar, weil das brutale Regime von Saddam Hussein, das eine Gefahr für die Kurden, den Irak und die Region dargestellt hat, beseitigt wurde. Dieses Ereignis zeigte uns auch, dass die diktatorischen Regime zu Ende gehen müssen. Das Regime wurde aber nicht von den Irakern und insbesondere den Kurden, die sehr lange Zeit für seine Absetzung gekämpft haben, gestürzt, sondern von den Amerikanern und ihren Alliierten. Dies führte dazu, dass man nicht allein darauf stolz sein konnte,

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

dass das Regime gestürzt wurde, sondern dass andere auch Teil dieses Triumphes wurden und dass sie – das ist das Positive daran – Zeuge der Ereignisse der Post-Saddam-Ära wurden. So konnten die Amerikaner und ihre Alliierten trotz der schwierigen Lage des neuen Irak, des Terrorismus und der Bekämpfung der neuen Situation durch Länder und Gruppen in der Region, die den neuen Irak nicht akzeptieren wollten, den Irak dazu führen, dass er im Jahr 2005 eine gute Verfassung bekam. Entsprechend ist die irakische Verfassung nicht nur eine Leistung der Iraker, sondern auch der Amerikaner und ihrer Alliierten. Wenn die USA und ihre Alliierten den Irak nach dem Saddam-Sturz verlassen und ihn den Irakern übergeben hätten, hätte sich der Irak in Richtung Chauvinismus und Konfessionalismus bewegt. Die irakische Verfassung wäre dann so geschrieben worden, dass die Kurden keine Rechte bekommen hätten, die Schiiten die Sunniten beherrscht hätten und das politische System des Irak ein rein islamistischer Staat gewesen wäre. Es ist zwar zutreffend, dass es trotz der neuen Verfassung Versuche der Islamisierung und Konfessionalisierung des Irak gibt, dass es eine Marginalisierung der Sunniten und eine Beschneidung der Rechte der Kurden gab und gibt, aber diese waren nicht hundertprozentig erfolgreich und sind an Widerständen, wie beispielsweise der irakischen Verfassung, gescheitert. Der irakischen Regierung bzw. der Neigung zum Chauvinismus und Konfessionalismus fehlt es an Vorwänden, um ihre Ziele zu erreichen. Wenn sie aber einen Vorwand finden, schlagen sie sofort zu. So haben sie die Sunniten im Namen des Kampfes gegen al-Qaida und Daesh und die Kurden wegen des Referendums angegriffen. Hätten sie sich in der Kurdenfrage nur im Rahmen der Verfassung bewegt, so hätten sie keine Möglichkeit gehabt, Kurdistan so zu marginalisieren. Die Iraker, insbesondere die schiitischen Araber, und die Nachbarstaaten des Irak, in denen es auch Kurden gibt, haben das Referendum als Vorwand benutzt, um die Rolle und die Stellung der Kurden zu schwächen. So haben sie das Referendum als Verstoss gegen die Verfassung deklariert, damit sie uns im Namen der Verfassung angreifen können. Entsprechend ist die Lage der Kurden nach dem Referendum nicht gut. Die Position der Kurden im Irak war jedoch von 2003 bis zum Referendum sehr stark.

3. *Wie schätzen Sie die Lage des Irak seit 2003 ein?*
Ich glaube, dass der Sturz von Saddam die beste Gelegenheit für die Iraker – Schiiten, Sunniten und andere Minderheiten sowie die Kurden – war, einen neuen und guten Anfang zu starten. Von den 1920er Jahren bis zum Sturz des Saddam-Regimes ist es den Schiiten und Sunniten im Irak nicht

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gelungen, einen guten, modernen, den Bedürfnissen der Iraker entsprechenden und anständigen Staat aufzubauen. Nach dem Fall von Saddam begann jedoch die Stunde null im reichen Irak. Sie hätten einige Schritte unternehmen können, um den neuen Irak erfolgreich zu machen. Mit den natürlichen Ressourcen könnte man die Zeit der Zerstörung infolge der vielen Kriege kompensieren. Die Demokratisierung des Irak, die dank der Amerikaner mit der neuen föderalistischen Verfassung in Gang kam, hätte man vorantreiben und somit aus einem Ölstaat einen demokratischen Staat machen können. Eigentlich ist es meistens so, dass die Ölstaaten nicht demokratisch und die demokratisch verfassten Staaten keine Ölstaaten sind. Man konnte auch von der modernen Staatlichkeit aus der Zeitperiode von der Monarchie bis zum Irak-Iran-Krieg profitieren. Es ist zwar wahr, dass die Regierungen in dieser Zeit autoritär waren, aber sie hatten mit dem irakischen Öl auch einen modernen Staat aufgebaut. Man hätte auch von der Hochkultur und der allgemeinen Modernität des Irak profitieren und ein gutes Beispiel werden können. Es gibt Staaten, wie beispielsweise die Golfstaaten, die weder modern noch demokratisch sind, aber trotzdem etwas aufgebaut haben. Die Iraker, und damit meine ich in erster Linie die Araber und innerhalb der Araber die Schiiten, sind aber leider gescheitert und konnten den Irak weder demokratisieren noch modernisieren. Die Kurden sind jedoch auch Teil dieses Prozesses und werden für dieses Scheitern in der Geschichte verantwortlich gemacht.

4. *Wie beurteilen Sie den Entstehungsprozess der irakischen Verfassung?*
Als der erste irakische Staat in den 1920er Jahren aufgebaut wurde, war es Mode, dass der Staat zentralistisch ist. Das heisst, dass die Provinzen, die Regionen, die Städte, die Dörfer und die Kommunen von der Hauptstadt aus befehligt wurden. Das ist das englische Modell des Regierens, und England hatte damals auch den Irak erobert. Entsprechend wurde im Irak ein zentralistischer Staat aufgebaut. Auch andere Länder der Region, wie die Türkei und Iran usw., waren zentralistisch. Aber das irakische Beispiel seit 2003 ist ein amerikanisches Modell. Das heisst, dass es ein System von unten nach oben ist. Entsprechend können alle Gesetzgebungen im Irak bis und mit der Entstehung der Verfassung als Söhne der amerikanischen Verfassung gesehen werden. So haben alle Provinzen ihre Vertreter geschickt, damit sie bei der Entstehung des Übergangsverwaltungsrechts (Transitional Administrative Law) und später der irakischen Verfassung mitwirken. Die irakische Verfassung wurde dann bei einer Abstimmung von einer klaren Mehrheit der Iraker angenommen. Im Irak wurde auf diese Weise sowohl

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

das britische als auch das amerikanische Modell ausprobiert. Das amerikanische Modell wurde aber mit der Theorie des Niederländers [damit meint S. Abdullah Arend Lijphart] gemischt, damit ein[e] Konsens[demokratie] entsteht. Entsprechend hat die irakische Verfassung die ARK anerkannt und andere Iraker ermutigt, autonome Regionen zu bilden. Für die kurdischen Gebiete, die ausserhalb der kurdischen Kontrolle liegen, wurde Artikel 140 als Lösungsansatz festgeschrieben.

5. *Wie beurteilen Sie die irakische Verfassung?*
Ich sehe in der irakischen Verfassung Folgendes: Sie konnte zum ersten Mal die Geschichte und die Geografie versöhnen. Die Verfassung hat die Geschichte versöhnt, indem sie diesen historischen Teil Kurdistans, die Briten sprachen damals von Süd-Kurdistan, als ARK anerkannt hat. Saddam Hussein akzeptierte auch die drei kurdischen Provinzen als Region der Selbstverwaltung. Sie waren die Grundlage der heutigen ARK, die in der Verfassung anerkannt ist. Die Verfassung hat die Geografie versöhnt, indem sie einen Lösungsweg für die kurdischen Gebiete ausserhalb der kurdischen Kontrolle in Artikel 140 festschrieb. Durch eine Abstimmung soll festgelegt werden, ob Kirkuk, Khaneqin, Sinjar usw. zu uns gehören wollen oder nicht. So hat die Verfassung sowohl Kurdistan für die Kurden als auch die Geografie des Irak geschützt, indem sie Kurdistan als Teil des Irak sieht. Dadurch wurden auch positive Signale in die Nachbarstaaten gesendet, indem Kurdistan als ein anerkannter Teil des Irak gesehen wurde. So sind als die guten Seiten der Verfassung die Versöhnung der Geschichte und der Geografie, die Anerkennung aller Minderheitsrechte sowie die Möglichkeit zur Bildung von Regionen für alle Gebiete und Entitäten des Irak zu sehen. Die Verfassung versucht somit, auf einem demokratischen Weg alle Probleme des Irak zu lösen. Auch die Rechte des Individuums usw. sind gewährleistet. Das Negative in der Verfassung ist, dass sie sowohl Teil des Schmerzes als auch des Heilmittels ist, dass die Iraker sie nicht würdigen, weil sie sie als ein Geschenk der Amerikaner sehen, und dass die Iraker die Verfassung geringschätzig behandeln. Dass eine Verfassung erst durch ihre Umsetzung ins Leben gerufen wird und damit ihr Fleisch und ihren Blutzufluss nicht dem Willen der Menschen zu verdanken hat, macht jede festgeschriebene Verfassung schwach.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

6. *Kann die irakische Verfassung eine Lösung für die Kurdenfrage im Irak darstellen?*
Ja, die Verfassung kann 98 Prozent der Kurdenfrage lösen. Zwei Prozent, die eigentlich einfach zu lösen wären, bleiben für die Iraker. Die Verfassung gewährleistet den Kurden sogar stillschweigend das Selbstbestimmungsrecht, indem sie besagt, dass die Verpflichtung zur Verfassungstreue die Einheit des Irak garantiert. Das würde implizit heissen, dass die Entitäten im Irak die Möglichkeit zur Abspaltung hätten, wenn die Verfassungstreue nicht mehr gewährleistet ist. Dass ein solcher Schritt nicht von allen Irakern hingenommen wird, haben die Ereignisse nach dem kurdischen Referendum gezeigt. Die Iraker sind auch Söhne der Region und in der Region mag man die Kurdenfrage nicht. Man mag sie in Syrien, im Irak und in der Türkei nicht. Und genau diese Länder setzen den Irak unter Druck und fragen die Iraker, wieso sie den Kurden so viele Rechte geben, die sie in ihren eigenen Ländern niemals geben würden. Die irakische Verfassung löst viele Probleme des Irak, aber sie ist aus dem amerikanischen Himmel gefallen. Denn die Realitäten im Irak sagen etwas anderes als die Verfassung. Und eine Kultur der Demokratie gibt es im Irak bis heute noch nicht. Die türkische Demokratie beispielsweise ist fortgeschrittener als die irakische, obwohl die irakische Verfassung demokratischer als die türkische ist und den Kurden im Gegensatz zur Türkei alle Rechte gibt. So kann ein Kurde im türkischen Parlament offen sprechen, im Irak kann er dies jedoch bis heute nicht. Somit hat die politische Kultur einen grossen Einfluss auf den Demokratisierungsprozess. Im Irak haben wir keine Mehrheit der Demokratie, sondern eine Mehrheit der Schiiten, weil die Probleme der irakischen Entitäten nicht gelöst wurden. Die irakische Verfassung braucht zwei Dinge: erstens eine historische Sitzung aller Iraker, um alle Probleme wie beispielsweise die ‹umstrittenen Gebiete› usw. zu lösen. Diese Gebiete gehören Kurdistan und müssen ihm zugesprochen werden. Sie werden dann auch Teil des Irak bleiben, weil Kurdistan Teil des Irak ist. Zweitens müssen die Individualrechte usw. gewährleistet werden, damit irakweite Parteien und Verbände gegründet werden. Durch diese zwei Schritte werden nicht nur alle Probleme des Irak, sondern auch 98 Prozent der kurdischen Probleme gelöst.

7. *Wie beurteilen Sie die Entwicklungen in der ARK seit 2003?*
Eine grosse Errungenschaft für die ARK ist ihre Anerkennung in der irakischen Verfassung. Auch, dass das Saddam-Regime und damit das Embargo gegen die ARK beseitigt wurden, ist eine weitere positive Entwicklung für

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die ARK. Innenpolitisch hat die ARK aber leider sehr viele Probleme, in politischer, wirtschaftlicher, administrativer und finanzieller Hinsicht. Gut in der ARK sind die Sicherheit und teilweise auch der Demokratisierungsprozess. Die Demokratie entwickelt sich in der ARK. Was wir als grosses Problem in der ARK haben, ist die Verwaltung aus staatlicher und politischer Perspektive. Der politische Prozess in Kurdistan verläuft sehr schlecht. Wir haben weder eine gute Opposition, noch ist die Regierung gut. Die politischen Parteien kommen auch aus diesem Umfeld. Prozentual sind die Parteien, und innerhalb der Parteien vor allem die DPK, für 80 Prozent der Probleme in Kurdistan verantwortlich. Das heisst jedoch nicht, dass die PUK, *Gorran* und die anderen Parteien unschuldig sind. Der Irak ist auch verantwortlich für die Probleme von Kurdistan. Die Zentralregierung interveniert nur, wenn sie ihre eigenen Interessen in Gefahr sieht oder sich besser als die ARK darstellen will. Dies geschieht, obwohl die politische Lage in der ARK viel besser als die Lage im Irak ist. Dass kein guter Wille vom Irak zu erwarten ist, zeigte die Reaktion von einem Täuscher wie Abadi, der damals Premierminister des Irak war, auf die Demonstrationen der Bevölkerung in der ARK nach dem Referendum für die Verbesserung der Lebenslage. Er, der dafür gesorgt hatte, dass die Leute in Kurdistan keine Löhne mehr erhielten, warnte die ARK, dass sie gut mit den Demonstranten umgehen solle. Die irakische Regierung antwortet den Demonstranten jetzt aber mit Eisen und Feuer. Wir gehen insbesondere in Sulaimaniya unter der Verwaltung der PUK viel besser mit den Demonstranten um als Bagdad und auch Erbil, das von der DPK verwaltet wird. Aber selbst Erbil geht viel besser mit den Demonstranten um als die Verwaltung in Bagdad und im Süden des Irak. Die Schiiten haben insbesondere im Südirak gezeigt, wie brutal sie mit den Demonstranten umgehen können. So ist die Verwaltung der ARK in allen Belangen besser als die des Irak.

8. *Sind Sie der Ansicht, dass die ARK bereit für einen eigenen Staat ist?*
Kurdistan ist immer bereit für einen eigenen Staat. Was jedoch die Lage Kurdistans beeinflusst, sind die regionalen und internationalen Faktoren. Insbesondere sind die internationalen Mächte gegen die Unabhängigkeit Kurdistans, und damit sind sie ein Hindernis für ein mögliches unabhängiges Kurdistan. Wenn die Amerikaner und andere Kräfte wollen, kann Kurdistan unabhängig werden. Die regionalen Mächte müssen einen unabhängigen Kurdenstaat hinnehmen, wenn die Supermächte es wollen. Sie wollen es aber nicht, weil sie ein unabhängiges Kurdistan als Gefahr

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sehen. Ich weiss aber nicht, wieso ein Kurdenstaat gefährlich sein soll. Was gefährlich ist, ist das Coronavirus. Der Kommunismus war für die demokratisch verfassten Staaten gefährlich. Für säkulare Staaten ist ein islamisch-religiöser Staat gefährlich, aber man akzeptiert Iran seit 1979. Ein Kurdenstaat ist nicht nur keine Gefahr, sondern vielleicht eine gute Chance für die Region. Wenn das Argument ist, dass vielleicht auch andere Kurden in anderen Teilen die Unabhängigkeit wollen, wenn die ARK unabhängig wird, ist dies auch nicht korrekt. Denn wir haben beispielsweise einen Staat namens Aserbaidschan und eine Region namens Aserbaidschan in Iran.

9. *Wie beurteilen Sie das Referendum über die mögliche Unabhängigkeit der ARK vom Irak vom 25. September 2017?*
Prinzipiell ist das Referendum ein Recht der kurdischen Bevölkerung, über das eigene Schicksal abzustimmen. Das Referendum ist viel besser als der bewaffnete Kampf, der nicht nur von den Kurden, sondern auch von anderen Völkern als Mittel eingesetzt wurde. So gesehen ist das Referendum als Mittel viel besser als der bewaffnete Kampf. Entsprechend war es eine Schande für die internationale Gemeinschaft und die regionalen Kräfte, so mit dem kurdischen Referendum umzugehen. Die Geschichte kann vielleicht die Unterdrückungen des 20. Jahrhunderts verzeihen, aber sie wird niemals den Umgang dieser vier Länder [Irak, Iran, Türkei, Syrien] mit unserem Referendum verzeihen. Immer wenn ich mit meinen schiitischen Kollegen spreche, sage ich ihnen, dass ein Schiit atheistisch, säkular usw. sein kann, aber du wirst nie einen Schiiten finden, der Ali nicht mag. Das gleiche Prinzip gilt auch für die Kurden: Du wirst nie einen Kurden finden, der sagen wird, dass er die Unabhängigkeit Kurdistans nicht will. Innenpolitisch waren wir jedoch in Kurdistan nicht gut auf das Referendum vorbereitet, weil die politische Macht monopolisiert ist, die Kurden sich nicht einig waren und es sehr viele wirtschaftliche und soziale Probleme gab. Das politische Umfeld und die Vorbereitung der Bevölkerung auf das Referendum waren nicht gut. Man wollte das Referendum als die Errungenschaft einer einzigen Person, nämlich Masud Barzanis, verkaufen. Entsprechend wurde dieses wichtige Thema von einer einzigen Partei und anderen kleinen Gruppen monopolisiert. Dies hat sich gerächt. So hat das Referendum nicht nur Abadi, sondern auch Masud Barzani bestraft, indem auch er seinen Posten nach dem Referendum räumen musste. Dass sich jetzt die Beziehungen der DPK zur PUK verschlechtert haben und die DPK nach dem Referendum den Posten des irakischen Präsidenten wollte, der immer der PUK zustand, zeigt, dass sie das Referendum nicht als das Recht

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der kurdischen Bevölkerung auf ihre Selbstbestimmung sahen, sondern dass sie sich als einziger Vertreter der Kurden verkaufen wollten.

10. *Was ist das Hauptproblem der Kurden im Irak?*
Das Hauptproblem der Kurden im Irak ist die nationale Frage. Denn wir Kurden sind wie alle anderen Völker der Region, wir sind genauso demokratisch, genauso religiös usw. Wir haben Sunniten und Schiiten wie die Araber, und wir sehen auch ähnlich aus wie andere Völker der Region. Was wir als Problem haben, ist jedoch die Frage der Nation. Das ist nicht nur im Irak, sondern auch in Syrien, in Iran und in der Türkei der Fall. Ich glaube fest an das Selbstbestimmungsrecht der Völker und einen kurdischen Staat als Endziel.

11. *Was ist das Hauptproblem des Irak?*
Der Irak wurde, wie viele andere Staaten der Region, nach dem Ersten Weltkrieg im Zuge der Modernisierung gegründet. So gesehen ist seine Geschichte neu. Das Problem des Irak ist seine Fragmentierung. Die Briten haben den Irak künstlich gegründet und schlechten Führern übergeben. Nicht nur der Irak, sondern auch andere Staaten wurden willkürlich gegründet. Der Arabische Frühling hat gezeigt, dass das Problem der Länder, die zuvor Teil des Osmanischen Reiches waren, in der künstlichen Gründung dieser Länder nach dem Ersten Weltkrieg liegt. Entsprechend ist es schwierig, diese Staaten ohne Präsenz von fremden Kräften transparent und demokratisch zu regieren. Für den Irak sehe ich die Chance nur in der irakischen Verfassung, sofern sie denn umgesetzt wird.

12. *Wie beurteilen Sie die Zukunft des Irak?*
Die Zukunft des Irak hängt vom Willen der Iraker ab, die Verfassung umzusetzen. Es müssen in erster Linie die Probleme der verschiedenen Entitäten und Minderheiten gelöst werden. Auch die Demokratisierung und die Individualrechte müssen garantiert werden. Dass jetzt die Bevölkerung im Irak auf die Strasse gegangen ist, zeigt, dass sie kein Vertrauen mehr in die Elite hat. Die irakischen Fraktionen sind in den letzten Jahren daran gescheitert, die Probleme des Irak zu lösen.

13. *Wie beurteilen Sie die Zukunft der Kurden im Irak?*
Die Zukunft der Kurden im Irak hängt von der Versöhnung der Geschichte und der Geografie, die ich vorhin erwähnt habe, ab. Wenn das Problem

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nicht gelöst wird, wird sich Kurdistan früher oder später unabhängig machen.

14. *Welcher Lösungsansatz wäre Ihrer Meinung nach der beste für die Kurden im Irak?*
Solange die Lösungen politisch sind, sind sie menschlich. Entsprechend werden sie immer zwei Seiten haben. Für die Kurden gibt es zwei Lösungsmöglichkeiten: entweder die Unabhängigkeit zu erklären oder Teil des Irak zu bleiben. Wichtig ist, dass man von der Vergangenheit lernt und versucht, die Probleme ernsthaft zu lösen. Auch die Kurden müssen eine historische Sitzung abhalten, um all ihre Probleme anzusprechen, sich zu einigen und die zukünftigen Schritte zu besprechen.

15. *Wie könnte die Kurdenfrage Ihrer Ansicht nach im Irak, in Syrien, in der Türkei und in Iran gelöst werden?*
Da Kurdistan geteilt wurde, sollen die Kurden und auch andere Völker in den einzelnen Teilen selbst entscheiden, was sie wollen. Solange die Kurdenfrage im Nahen Osten nicht gelöst ist, wird der Nahe Osten nicht zur Ruhe kommen. Wichtig ist, dass man voneinander und aus der Geschichte lernt.

16. *Möchten Sie etwas ergänzen, was Ihnen noch wichtig ist?*
Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Aufarbeitung dieser wichtigen Fragestellung, die nicht nur für die Kurden im Irak, sondern auch für den gesamten Nahen Osten grosse Bedeutung hat.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Anhang 8: Interview mit Salam Abdullah

1. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden im Irak heute ein?*
Die Lage Kurdistans ist vielschichtig und dynamisch. Ständig tauchen neue Ereignisse auf. Am besten betrachten wir die Lage Kurdistans von 2003 bis heute. Sie war von verschiedenen Gegebenheiten geprägt. Als wir wieder nach Bagdad gingen, um einen Neuanfang zu starten, hatten wir einige Bedingungen und Voraussetzungen. Wir wollten einen neuen, demokratischen, föderalistischen, parlamentarischen und auf Machtteilung beruhenden Staat aufbauen, nachdem der Irak mehr als 35 Jahre lang von Diktatur und Faschismus regiert worden war. In dieser langen Zeit waren es in erster Linie die Kurden und die kurdischen Parteien, die den Irak befreien wollten. Es gab zwar auch andere oppositionelle Gruppierungen, aber sie waren in der Realität kaum präsent. Wir waren zudem von 1991 an, nachdem sich das Regime aus Kurdistan zurückgezogen hatte, de facto ein unabhängiger Staat. Wir hatten eigene Grenzlinien mit dem Irak, eine eigene Währung, und wir haben ein Parlament, eine Regierung und ein föderalistisches System aufgebaut. Nachdem das Regime im Jahr 2003 gestürzt wurde, dachten wir, dass wir einen Neuanfang mit dem Irak machen könnten. Wir dachten auch, dass die oppositionellen irakischen Gruppierungen, die an die Macht kommen würden, von der bitteren Vergangenheit gelernt hätten und die hohe Zahl der kurdischen Opfer, wie beispielsweise die 182 000 Anfal-Opfer, und deren Leiden würdigen würden. Zwar wurden am Anfang unsere Bedingungen mit Unterstützung der Amerikaner akzeptiert, aber wurden sie im Laufe der Zeit auch umgesetzt? Wurde derjenige Irak aufgebaut, den wir wollten? Wir hatten immerhin auf einen De-facto-Staat verzichtet, damit ein neuer irakischer Staat errichtet wurde. Wir waren mit Leib und Seele dabei und haben sogar die neue irakische Armee mehrheitlich allein aufgebaut, nachdem die Armee des Regimes aufgelöst worden war. Denn die oppositionellen irakischen Gruppierungen hatten im Gegensatz zu unseren regulären Peschmerga-Kämpfern keine disziplinierten Kräfte. Aber leider hat sich die Situation nach und nach verändert, nachdem sie [die oppositionellen Gruppierungen] stärker wurden und ihre Position festigten. Als erster Schritt wurde uns der 17-Prozent-Anteil an der irakischen Armee und später der 17-Prozent-Anteil am irakischen Budget verweigert. Wir haben heute gar 1 Prozent Anteil an der irakischen Armee und bekommen 8 bis 9 Prozent des irakischen Budgets. Nicht nur diese, sondern auch weitere Artikel der irakischen Verfassung, wie Artikel 140, wurden nicht umgesetzt. So ist auch nach 17 Jahren die Frage der getrennten Gebiete [damit sind

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die ‹umstrittenen Gebiete› gemeint] nicht gelöst. In letzter Zeit sagen sie sogar, dass Artikel 140 verfallen sei, als ob er ein konserviertes Lebensmittel wäre. Dieser Artikel ist für uns überlebenswichtig, weil er die Frage dieser Gebiete in einer Abstimmung lösen will. Am 16. Oktober 2017 haben sie [die Sicherheitskräfte der irakischen Zentralregierung] dann diese Gebiete mit Gewalt unter ihre Kontrolle gebracht.

Die Versprechungen, die in der Verfassung verankert wurden und als Grundlage für den neuen Irak gelten sollten, wurden somit nicht eingehalten. Wir haben die irakische Verfassung akzeptiert, weil sie gut ist und die Bedürfnisse sowohl der Kurden als auch der anderen irakischen Gruppen befriedigt. Aus diesen Gründen ist die Lage Kurdistans völlig anders, als wir erwartet oder erhofft hatten. Nach dem 16. Oktober 2017 ist die Situation nochmals anders. Die neue Situation ist davon abhängig, ob die irakische Regierung nun die irakische Verfassung als Grundlage des Zusammenlebens aller Gruppen im Irak akzeptiert oder nicht. Alle Regierungen bis anhin – von Adel Abdul-Mahdi abgesehen – waren nicht gewillt, die Verfassung umzusetzen. Adel Abdul-Mahdi hat versucht, die Probleme zwischen uns und Bagdad durch Dialog zu lösen. Er wurde aber leider abgesetzt, weil man die Demonstrationen im Irak als Mittel gegen ihn eingesetzt hat. Nach Abdul-Mahdi wurde jemand [Mohammed Tawfiq Allawi] als Kandidat für den Posten des Premierministers aufgestellt, der von der Kurdenfrage nichts hören wollte. Er wollte sogar keine Kandidatur für den Ministerposten aus den politischen Parteien. Wie kann man so etwas in einem Land verlangen, wo das Parlament gewählt wurde und in dem so viele Parteien sitzen? Für was braucht man denn dann die vielen verschiedenen Parteien und das Parlament? Aus diesen Gründen haben ihn die Kurden nicht unterstützt. Nun warten wir, wer kommen und wie er sein wird. Er darf auf keinen Fall so sein wie Abadi, der von der ARK nichts wissen und sie wie eine Provinz behandeln wollte. Auch die Peschmerga wollte er wie die schiitischen und die sunnitischen Milizen betrachten. Die ARK ist in der Verfassung anerkannt, deshalb muss jeder, der an die Macht kommt, sie respektvoll behandeln.

2. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden seit 2003 ein?*
Die Lage der Kurden ist schlecht und wird Tag für Tag schlechter, weil Iran einen grossen Einfluss auf die schiitischen Parteien hat. Diese Parteien wollen keinen zivilen Irak aufbauen und glauben gar nicht an den Föderalismus. Von der ARK abgesehen, gibt es gar keine föderalen Regionen im Irak. Basra und andere Gebiete wollen föderale Regionen aufbauen, aber

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

dieser Wunsch wird stets abgelehnt. Die Sunniten wollten bis anhin keine föderalen Gebiete errichten, aber selbst wenn sie es wollten, würden sie sie nicht bekommen. Nur wir Kurden haben eine föderale Region, und zwar lange bevor wir Teil des neuen Irak wurden. Wir haben den Föderalismus von uns aus eingeführt und waren, wie erwähnt, ein De-facto-Staat.

3. *Wie schätzen Sie die Lage des Irak seit 2003 ein?*
Die Lage ist nicht nur schlecht, sondern wird noch schlechter. Denn man will im Irak ein theokratisches Regierungssystem, ein religiöses System nach iranischem Vorbild, aufbauen. Schau mal, sie haben die schiitischen Milizen gegründet, ähnlich wie die Pasdaran [iranische Revolutionsgarde], und sie haben eine Instanz (*Marja'*) gegründet, die über dem Parlament, der Regierung und dem Staatspräsidenten steht. Das ist eine hundertprozentige Kopie Irans. Die Schiiten versuchen nicht, ein demokratisches System im Irak einzuführen, sondern ein iranisch-theokratisches System. Deshalb glaube ich nicht, dass solche Regierungssysteme im Irak Erfolg haben werden. Denn die irakische Bevölkerung – Schiiten, Sunniten und Kurden – hat niemals für ein solches System gekämpft. Sogar die schiitischen Parteien beteiligten sich am Anfang mit demokratischen Parolen am neuen Irak. Deshalb wurden sie akzeptiert, und man erlaubte ihnen, an der Regierungsbildung teilzunehmen. Denn viele dieser Parteien standen auf der Terrorliste der Amerikaner, wie beispielsweise die Dawa-Partei.

4. *Wie beurteilen Sie den Entstehungsprozess der irakischen Verfassung?*
Die irakische Verfassung finde ich gut. Wenn sie eins zu eins umgesetzt worden wäre, hätten wir nun einen gesunden Irak, der von allen Seiten, sowohl von den Kurden als auch von den anderen Entitäten, akzeptiert würde, und wir hätten einige wichtige Schritte in Richtung der Demokratie und der Zivilisation gemacht.

5. *Wie beurteilen Sie die irakische Verfassung?*
Die Verfassung ist sehr gut.

6. *Kann die irakische Verfassung eine Lösung für die Kurdenfrage im Irak darstellen?*
Ja, sicherlich. Aber da sie [die schiitischen Parteien] die Verfassung nicht wollen, haben wir versucht, ein Referendum [über die Unabhängigkeit] abzuhalten. Das haben wir auch erfolgreich gemacht. Eine grosse Mehrheit unseres Volkes – 93 Prozent – war für das Referendum. Wir können nichts

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

dafür, dass die Aussenwelt, der Irak und die Umgebung diesen demokratischen Prozess nicht akzeptieren wollten. Was uns besonders geschockt und erstaunt hat, war der Umstand, dass auch die Europäer und die Amerikaner, die von diesem demokratischen Mittel Gebrauch machen, dagegen waren. Die Türkei hat ein Referendum abgehalten, ob man ein präsidiales oder ein parlamentarisches System will. In vielen anderen Ländern wird über zahlreiche Sachen abgestimmt. Schweden hat abgestimmt, ob die Leute den Euro wollen oder nicht.

6.1 *Sie meinen, wenn die Verfassung umgesetzt worden wäre, hätte es kein Referendum gegeben?*
Nein, auf keinen Fall. Denn wir akzeptieren die Verfassung und unsere Rechte, die in der Verfassung festgeschrieben sind. Kein Kurde oder keine kurdische Partei wollte, dass die Verfassung revidiert wird. Aber die Schiiten wollen das, weil sie der Ansicht sind, dass wir in der Verfassung zu viele Rechte bekommen haben. Sie wollen einen zentralistischen Staat aufbauen. Wenn der Staat aber zentralistisch ist, dann werden wir Personen wie Saddam, Ahmed Hassan Bakir, Abdulsalam Arif und Qasim haben. Wir hatten aber mehr als 41 Jahre lang Erfahrung mit solch einem System. Was hatten wir davon? Hat der Irak einen Schritt nach vorne gemacht? Nein, im Gegenteil. Wenn wir das monarchische Regierungssystem mit den Systemen, die nach ihm kamen, vergleichen, so war die Monarchie viel demokratischer, menschlicher, sicherer und stabiler. Und uns Kurden ging es unter der Monarchie hundertmal besser als danach. Denn der Innenminister, der Stabschef der Armee und andere einflussreiche Persönlichkeiten waren stets von uns [Kurden]. Auch die meisten Kommandanten der Divisionen der Armee waren Kurden. So waren die Kurden von der Gründung des Irak bis zum Jahr 1958 einflussreich.

7. *Wie beurteilen Sie die Entwicklungen in der ARK seit 2003?*
Sehr gut, weil Saddam Hussein uns ein zerstörtes Land hinterlassen hat. Mehr als 4 500 Dörfer wurden zerstört, es gab keine Infrastruktur, keine Firmen, und als er 1991 Kurdistan verlassen hat, hat er alles mitgenommen, was für uns hätte nützlich sein können. Wenn man 1992 mit heute vergleicht, sieht man, was für eine Entwicklung wir gemacht haben. Schau, wie Erbil heute aussieht. So hat es vor dreissig Jahren niemals ausgesehen. Kurdistan hat in allen Belangen grosse Fortschritte gemacht. So gut entwickelt ist Kurdistan, dass die Schiiten und die sunnitischen Fraktionen uns sehr beneiden. Sogar Nuri al-Maliki sagte einmal, als er Kurdistan besuchte,

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

dass wir im Luxus leben. Alle gewissenhaften Schiiten und Sunniten geben zu, dass Kurdistan weit fortschrittlicher ist als der Mittel- und Südirak. Auch die Politbeobachter und ausländischen Staaten sind der Ansicht, dass Kurdistan nun ein anderes Land ist und einen grossen Schritt nach vorne gemacht hat. Aber nach dem Aufstieg von Daesh sowie der Einfrierung des Budgets und der Löhne durch den Irak gab es in Kurdistan während vier Jahren eine Rezession. Nun laufen die Dinge langsam besser. Es gab in jener Zeit auch andere Probleme in Kurdistan, wie den Verfall des Ölpreises und die über eine Million Flüchtlinge, die wegen Daesh zu uns kamen. Aus diesen Gründen konnte sich Kurdistan nicht wie erwartet weiterentwickeln. Trotz alledem geht es uns in allen Belangen besser als dem Irak. Geh und schau dir Bagdad und Sulaimaniya, Erbil und Dohuk an. Schau dir deren und unsere Strassen usw. an. Wenn man in Erbil spazieren geht, hat man das Gefühl, dass man in einer europäischen Stadt ist. Du kommst aus der Schweiz und kannst das beurteilen.

8. *Sind Sie der Ansicht, dass die ARK bereit für einen eigenen Staat ist?*
Ja, in allen Belangen. Wir kontrollieren unser Gebiet und verfügen über sehr viele natürliche Ressourcen. Wenn das Problem von Daesh nicht wäre, würden wir heute mehr als eine Million Barrel Öl pro Tag produzieren. Wenn man eine Million Barrel Öl pro Tag verkauft und über weitere natürliche Ressourcen wie Gas, produktive Landwirtschaft usw. verfügt, kann man einen erfolgreichen Staat aufbauen. Denn wir sind heute wie ein Staat. Alles, was ein Staat hat, haben wir auch. Wir sind ein De-facto-Staat und haben ein Parlament, eine Armee, internationale Beziehungen, Konsulate – es gibt mehr als 30 Konsulate in Erbil, und wir werden auf internationaler Ebene als Staatsvertreter empfangen. Trump hat beispielsweise den Präsidenten der ARK und danach denjenigen des Irak empfangen. Was Kurdistan braucht, ist nur die internationale Anerkennung als Staat. Diese Anerkennung muss erfolgen, weil sich der Irak in eine andere Richtung bewegt hat, als wir wollten. Wie ich dir zu Beginn gesagt habe, wir wollten in diesem Land unter der Voraussetzung leben, dass es demokratisch ist. Du lebst in der Schweiz. Wieso wollen dort die Italienischsprachigen, die Deutschsprachigen und die Französischsprachigen keine Sezession? Weil sie all die Selbstbestimmungen, Freiheiten und Rechte haben, die sie wollen. Entsprechend wollen sie selbst Teil der Schweiz bleiben. Wieso scheiterten die Referenden über die Unabhängigkeit in Québec und in Schottland? Weil sie all ihre Rechte hatten. Wenn man in einem Land lebt, in dem man Rechte und Freiheiten hat, braucht man keine Unabhängigkeit.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Es gibt kaum ein Land, das aus einer einzigen Nation besteht. Schau die Vereinigten Staaten von Amerika an. Da leben fast alle Nationen der Welt und sie sind einer der modernsten Staaten der Erde.

9. *Wie beurteilen Sie das Referendum über die mögliche Unabhängigkeit der ARK vom Irak vom 25. September 2017?*
Der beste Entscheid, den wir in den letzten hundert Jahren getroffen haben, war derjenige, das Referendum abzuhalten. Wir haben das Referendum vollumfänglich unterstützt, und dies sehr erfolgreich. Wir haben nun ein historisches Dokument, das wir jederzeit einsetzen können, wenn die Lage es uns erlaubt. Ich bin überzeugt, egal wann ein weiteres Referendum in Kurdistan in einem demokratischen Prozess abgehalten wird, vorausgesetzt, die Bevölkerung wird von den westlichen Ländern und den Nachbarstaaten nicht eingeschüchtert, wird es mit über 93 Prozent der Stimmen gutgeheissen. So wie wir es im Jahr 2005 gesehen haben. Da wurde auch über die Unabhängigkeit abgestimmt und sie wurde mit 98 Prozent der Stimmen gutgeheissen. 2017 waren es 93 Prozent. Am meisten Zustimmung erhielt das Referendum in den getrennten Gebieten wie Kirkuk usw. Deshalb konnten der Irak und die Nachbarstaaten das Resultat nicht akzeptieren und griffen uns an.

10. *Was ist das Hauptproblem der Kurden im Irak?*
Wir wollen als gleichberechtigte Bürger behandelt werden und alle Rechte haben, die die Araber haben. Das war alles, was wir wollten. Das wird nicht akzeptiert, deshalb haben wir nun andere Forderungen. Sie [die Iraker] müssen uns als Kurden akzeptieren. Wir sprechen eine andere Sprache, kleiden uns anders, haben andere Sitten sowie Normen und sogar eine andere Religion. Wenn wir so akzeptiert werden, dann ist alles gut. Wie ich gesagt habe, wieso will die Bevölkerung in der Schweiz unter diesem System leben? Weil es ihre Rechte garantiert.

11. *Was ist das Hauptproblem des Irak?*
Keine Demokratie, Rückschritte und Aufbau eines theokratischen Systems, das nicht mehr zeitgemäss ist. Es wurden Milizen und eine Instanz aufgebaut. Für was braucht man in einem Land eine Instanz, wenn es ein Parlament und andere staatliche Strukturen gibt? Kann der Papst einen europäischen Staat befehligen? Natürlich nicht. Aber [dieser Mann, der in Najaf sitzt], kann alle Entscheidungen aufheben [die vom Parlament usw. verabschiedet werden]. Seine Worte stehen über den Worten von allen

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

anderen. Ich glaube nicht, dass die Mehrheit der Iraker so ein System will. Auch nicht die Schiiten. Zwar wollen die schiitischen Parteien und Fraktionen ein solches System, weil sie unter dem Einfluss Irans stehen und sowohl religiös als auch konfessionell gleich eingestellt sind, aber nicht so die Bevölkerung. Das Hauptproblem des Irak ist, dass er nicht demokratisch ist. Und wenn ein Land nicht demokratisch ist, dann bekommen die Entitäten, die Minderheiten und die Frauen ihre Rechte nicht. Es wird auch nicht an die Gleichheit geglaubt.

12. *Wie beurteilen Sie die Zukunft des Irak?*
Der Irak muss auseinanderfallen, weil er mit Gewalt errichtet wurde. Die Briten haben ihn mit einem Kugelschreiber auf einer Karte konstruiert. In diesem Land leben aber drei unterschiedliche Gruppen. Die Schiiten und die Sunniten bekämpfen sich seit 1 430 Jahren. Sie werden sich weitere 1 400 Jahre bekämpfen. Sie werden sich nicht einigen. Die Kurden und die Araber, Schiiten wie Sunniten, wollen nicht zusammenleben. Die Schiiten wollen überhaupt nicht mit den Kurden zusammenleben. Die schiitischen Instanzen bezeichnen die Kurden als Dämonen. In letzter Zeit hatten sie den Schiiten verboten, sich mit den Kurden auszutauschen. Wie kannst du mit solchen Leuten in einem Land zusammenleben? Und die Sunniten: Wir haben 80 Jahre mit den Sunniten gelebt und nichts anderes als Angriffe mit Chemiegas, Anfal und Zerstörung gesehen.

13. *Wie beurteilen Sie die Zukunft der Kurden im Irak?*
Da wir fest an die Demokratie, den Fortschritt, die Gleichheit, die Rechte der Frauen und vor allem an die Religionsfreiheit glauben – geh nach Sulaimaniya und schau, wie die Christen, Schiiten, Sunniten, wie Gläubige und Ungläubige usw. zusammenleben –, funktionieren wir anders. Bevor die Juden aus dem Irak verbannt wurden, hatten wir in vielen Städten Kurdistans jüdische Gemeinschaften. Ich kann mich daran erinnern, dass das gesamte Süd-Sulaimaniya nach den Juden benannt wurde, weil dort nur Juden lebten. Entsprechend sind wir Kurden tolerant und mögen die religiöse Vielfalt. Wenn wir eines Tages einen Staat gründen, werden wir einen demokratischen Staat aufbauen. In der Geschichte Kurdistans waren die Frauen nie verschleiert. In den kurdischen Dörfern waren die Frauen an den Seiten der Männer frei und offen, und sie haben zusammen getanzt. Wenn sie uns das Recht zugestehen, dass wir einen eigenen unabhängigen Staat aufbauen, und das werden wir eines Tages, dann wird dieser Staat

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sehr zivilisiert und modern sein. Schau, wie wir heute trotz all der Hindernisse sind.

14. *Welcher Lösungsansatz wäre Ihrer Meinung nach der beste für die Kurden im Irak?*
Wenn dieser konfessionelle Trend im Irak weitergeht, dann ist die Aufteilung die beste Lösung. Der Irak soll in drei Gebiete aufgeteilt werden.

14.1 *Dann wird der schiitische Staat viel grösser sein als der kurdische oder der sunnitische Staat.*
Das ist kein Problem. Kuwait ist ein Staat und Iran ist auch ein Staat. Wenn du einen unabhängigen Staat hast, dann ist alles anders. China ist auch ein Staat und Kuwait auch.

14.2*Der schiitische Staat wird keine Gefahr darstellen?*
Nein. Wenn du einen unabhängigen Staat hast, dann hast du die Sicherheit. Der Schiit kann machen, was er will. Er kann sich selbst sogar Tag und Nacht schlagen [Anspielung auf das Aschura-Ritual].

15. *Wie könnte die Kurdenfrage Ihrer Ansicht nach im Irak, in Syrien, in der Türkei und in Iran gelöst werden?*
Da wir voneinander abgeschnitten und in vier bzw. fünf Teile geteilt wurden, wenn man den russischen Teil mitzählt, hat jeder Teil eigene Gegebenheiten. Deshalb fordern wir nicht das grosse Kurdistan. Wir im Irak wollen unsere Rechte; die Kurden und die kurdischen Parteien in der Türkei können selbst entscheiden, was sie wollen. Das gilt auch für die Kurden in Iran. So gesehen soll jeder Teil für sich entscheiden, was er will.

16. *Möchten Sie etwas ergänzen, was Ihnen noch wichtig ist?*
Nein, wenn du keine weiteren Fragen hast.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Anhang 9: Interview mit Abu Bakir Karwany

1. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden im Irak heute ein?*
Im Allgemeinen ist die Lage der Kurden heute in vielerlei Hinsicht eine Verlängerung der vergangenen Phasen. So sehen sich die Kurden nicht als Iraker, aber sie müssen Teil des Irak bleiben, weil die regionale und internationale Politik es so will. Das heisst, dass die Kurden gezwungen werden, im Irak zu bleiben, obwohl sie sich nicht verpflichtet fühlen, dem Irak gegenüber loyal zu sein. Sie wollen auch die irakische Identitätskarte nicht haben, aber sie müssen sie hinnehmen. Und dies ist der Fall, seitdem Süd-Kurdistan Teil des Irak wurde. Das ist die eine Seite der Kurden-Geschichte, die als Verlängerung der Geschichte betrachtet werden kann. Auf der anderen Seite regelt die irakische Verfassung theoretisch die Beziehung zwischen Kurdistan und dem Irak. Aber was in der Realität die Beziehung regelt, ist nicht immer die Verfassung, sondern es sind die Machtverhältnisse. Sie werden jedoch nicht nur innenpolitisch bestimmt, sondern auch von der Aussenpolitik beeinflusst. Dies gilt insbesondere für Iran, der einen grossen Einfluss auf den Irak hat. Auch die Türkei beeinflusst den Irak. Nun kann die ARK weder ein natürlicher Teil des Irak werden noch sich verselbstständigen. Dieser Umstand führt dazu, dass die ARK sich in manchen Hinsichten wie ein unabhängiger Staat und in anderen als Teil des Irak verhält. Die negative Seite dieses Umstandes ist, dass die ARK wirtschaftlich dermassen vom Irak abhängig ist, als ob sie ein Wohnkomplex wäre. Mit dem Wohnkomplex meine ich, dass man in der ARK monatlich auf die Lohnzahlungen aus Bagdad wartet. Wenn sie nicht erfolgen, dann gibt es eine wirtschaftliche und politische Krise in der ARK. Das heisst, dass diese Gesellschaft nicht unabhängig ist und wie in einem Wohnkomplex auf die Unterstützung aus Bagdad oder von der Aussenwelt angewiesen ist. Wenn diese nicht geleistet wird, dann stürzt der Wohnkomplex in eine Krise.

Diese Faktoren führen dazu, dass sich die Gesellschaften Kurdistans nicht behaupten können, dass sie vom Irak abhängig sein werden und dass sie sich auf der politischen Ebene nicht selbstständig machen können. Weiter haben wir auf der politischen Ebene viele Probleme mit dem Irak, die bis anhin nicht gelöst worden sind. Auf der nationalen Ebene ist der Irak nach 2003 wie der Irak im Jahr 1970 und nicht mehr. Die jetzige Situation ist wie diejenige am 11. März 1970, als es ein Abkommen über die Lösung der Kurdenfrage und der ‹umstrittenen Gebiete› wie Kirkuk, Sinjar usw. gab, und nicht mehr. Die Frage der ‹umstrittenen Gebiete› hat sich im Irak

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nicht weiterentwickelt, obwohl sie in der irakischen Verfassung verankert ist. Der Artikel, der diese Frage regeln soll, ist aber aus Sicht der irakischen Araber seit dem Jahr 2007 tot. Selbst wenn die Iraker die Kurdenfrage lösen wollen, gibt es eine regionale Achse, bestehend aus der Türkei und Iran, die dagegen ist und keine Lösung will. So gesehen befindet sich der Irak in einem chaotischen Zustand. Selbst der ‹neue Irak›, der mit dem Jahr 2003 begann, neigt sich dem Ende zu, weil sich auf den Strassen der schiitischen Regionen ein Aufstand gegen die schiitische Macht formiert hat. Dies geschah, nachdem die schiitischen Iraker mit der Unterstützung Irans die sunnitischen Iraker strategisch und mit voller Wucht niedergeschlagen haben.

Die Schiiten haben sich in drei Phasen historisch an den Sunniten gerächt: In der ersten Phase wurden die Sunniten aus dem politischen Prozess des Neuaufbaus des Irak ausgeschlossen, auch wenn sie sich zu diesem Zeitpunkt gar nicht daran beteiligen wollten; in der zweiten Phase wurden viele sunnitische Politiker und Vertreter unter dem Vorwand des Terrorismus usw. verbannt oder suspendiert; und in der dritten Phase wurden die Sunniten durch den Aufstieg des IS strategisch geschlagen. Nun will die Strasse, dass die schiitische Elite der Ära nach 2003 verschwindet, so wie die Baath-Partei im Jahr 2003 verschwand. So befindet sich der Irak selbst nun in einer Transformations-, Unsicherheits- und Änderungsphase. Auch die ARK befindet sich in so einer Situation. Dies ist der Fall, weil auch die Verständigung zwischen den USA und Iran über den Irak beendet wurde. Vorher verteilten sie durch Übereinkünfte die Rollen und bestimmten den Premierminister des Irak. Nun ist das zu Ende. Wenn die Kurden zukünftig nicht achtsam sein werden, dann müssen sie sich entweder für die USA oder Iran entscheiden. Bezüglich der inneren Lage ist Kurdistan immer noch zerstritten. Nur auf dem Papier gibt es eine einheitliche Regierung. Die Korruption ist sehr verbreitet, es gibt keine Verwaltung und die Unzufriedenheit ist sehr gross. Es gibt auch kein Vertrauen in den politischen Prozess, wie wir bei den letzten Wahlen gesehen haben. Über 60 Prozent der Bevölkerung haben die Wahl boykottiert. Das kann als Signal dafür gesehen werden, dass die Leute vom Nutzen der Wahlen nicht mehr überzeugt sind, weil die Wahlen ihre Lebenslage nicht ändern. Der gesamte politische Prozess in der ARK wird nun infrage gestellt.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

2. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden seit 2003 ein?*
Was nach 2003 für die Kurden wichtig war, ist die Tatsache, dass die ARK in der Verfassung verankert wurde. Auch die ‹umstrittenen Gebiete› wurden in der Verfassung als solche bezeichnet. Es war aber ein fataler Fehler der Kurden, diese Gebiete als umstritten zu sehen und sie womöglich für immer zu verlieren. Was dazu kam, war der Umstand, dass Kurdistan nach 2003 einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebte. Es kamen sehr viele Ölgelder nach Kurdistan und dadurch stieg die Anzahl der Lohnbezieher der Regierung überproportional an. Die DPK und die PUK haben die öffentlichen Gelder dazu verwendet, Leute zu kaufen und den öffentlichen Sektor auf eine abnormale Art und Weise anschwellen zu lassen. Dies hat dazu geführt, dass sich die Lage verschlechtert hat und das Leben der Menschen lahmgelegt wurde. Da der öffentliche Sektor sehr gross wurde, keine Gelder mehr aus Bagdad flossen und Kurdistan selbst über keine eigene Wirtschaftsinfrastruktur verfügt, befinden wir uns jetzt in einer wirtschaftlichen und politischen Krise.

3. *Wie schätzen Sie die Lage des Irak seit 2003 ein?*
Im Jahr 2003 wurde die Baath-Partei als eine totalitäre Partei gestürzt. Einige Gruppierungen tauchten mit der Unterstützung einer Fremdmacht auf, die das Regime beseitigte. Das Regime wurde damit nicht von diesen Parteien gestürzt. Zum ersten Mal in der Geschichte des Irak wird das Land dank einem Konsens seiner Gemeinschaften, zumindest der Kurden, der Schiiten und der Sunniten, neu aufgebaut. Gleichzeitig geht der Irak zum ersten Mal unter die Herrschaft der schiitischen Gruppe. Der Irak wurde seit seiner Gründung von den Sunniten beherrscht. Die Kurden konnten auch nach 2003 im neuen Irak eine wichtige Rolle spielen und wurden einflussreich. Allerdings nicht, weil sie stark waren, wie die Kurden selbst gerne wären, sondern weil die Schiiten und Sunniten mit sich selbst beschäftigt waren. Die Schwäche der Gegner machte also die Kurden stark und nicht die eigene Macht. Der fatale Fehler der Kurden war, dass sie zwischen den Schiiten und den Sunniten vermittelt haben, anstatt die neue Situation auszunützen und ihre eigene Agenda durchzusetzen. Was nach 2003 auch noch geschah, war die Tatsache, dass Iran einen grossen Einfluss auf den Irak ausübte. Später kam es zum Krieg zwischen den Schiiten und den Sunniten, zum Aufstieg des IS und zur Zerstörung eines Teiles des Irak sowie zur massiven Ausbreitung der Korruption und nun zum Aufstand der schiitischen Bevölkerung. Zurzeit befindet sich der Irak vor einer ungewissen Zukunft.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

4. *Wie beurteilen Sie den Entstehungsprozess der irakischen Verfassung?*
Ein Teil der irakischen Verfassung stellt die Sicht der Amerikaner auf die Zukunft des Irak dar. Ein anderer Teil besteht aus den irakischen Realitäten und ein weiterer Teil gilt als Zwang für diejenigen Iraker, die nicht an sie glauben. Die Amerikaner wollten keinen starken Zentralstaat für den Irak, sondern eine parlamentarische, demokratische und wirtschaftlich florierende Staatsform, die als Vorbild für die gesamte Region dienen sollte. Weiter wollten die Amerikaner, dass der politische Prozess im Irak erfolgreich verläuft, damit sie sich als eine siegreiche Macht darstellen können. Diese Idee ist jedoch dank dem massiven Engagement der Islamischen Republik Iran und Syriens gescheitert. Die irakische Verfassung ist unter dem Konsens der Gemeinschaften entstanden, weil zuvor der irakische Regierungsrat als Konsens der Entitäten entstanden war und die Idee des Rates in die Verfassung übertragen wurde. Die Kurden wollten ihr Gebiet unbedingt als eine föderale Region beibehalten, obwohl die Amerikaner die Idee nicht gut fanden. Die Sunniten waren nach 2003 nicht für den ‹neuen Irak› und auch nicht für den Föderalismus. Die Schiiten glaubten auch nicht an den Föderalismus, waren jedoch gezwungen, mit den Kurden zu kooperieren, damit der ‹neue Irak› entstehen kann. Die Tatsache, dass die Schiiten die Entstehung weiterer föderaler Regionen im Irak nicht zuliessen, zeigt, dass sie von Beginn an dagegen waren. Aus diesen Gründen wird die irakische Verfassung aus demokratischer, konsensualer und föderalistischer Sicht misstrauisch betrachtet. Sie diente nur dem Zweck des Zeitvertreibs, weshalb sich die Iraker im Rahmen dieser Verfassung nicht einigen und ab 2003 keinen ‹neuen Irak› aufbauen konnten.

5. *Wie beurteilen Sie die irakische Verfassung?*
Die Verfassung ist trotz ihrer Mängel sehr gut. Sie ist eine der fortschrittlichsten Verfassungen in der Region und regelt grösstenteils das Verhältnis zwischen dem Staat und der Religion. Sie regelt auch die Frage des Föderalismus, der Neutralität der Armee und der staatlichen Verwaltungen sowie der Individual- und Zivilrechte. Aber leider gibt es keine Verpflichtungen gegenüber der Verfassung. Was wir im Irak beobachten, ist das Gegenteil von dem, was die Verfassung will. Der Aufbau der schiitischen Milizen erfolgte beispielsweise im Namen der Verfassung und des Gesetzes. Dies ist ein klarer Verstoss gegen die Verfassung.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

6. *Kann die irakische Verfassung eine Lösung für die Kurdenfrage im Irak darstellen?*
Nein, ich glaube nicht. Sie kann die Kurdenfrage im Rahmen des Föderalismus nur teilweise lösen. Die einzige Lösung für die Kurdenfrage ist ein unabhängiger Staat, weil die Kurden keine kleine Minderheit im Nahen Osten, sondern eine grosse Nation sind. Insbesondere im Irak lehnt sie seit 100 Jahren die irakische Identität ab und wurde marginalisiert, dem Genozid ausgesetzt und mit Chemiegas angegriffen. Es ist nicht einfach für eine Nation, die in einem Land einem Völkermord ausgesetzt war, gerade in diesem ihre Fragen zu lösen. Aber wenn es einen starken Willen der Iraker gegeben hätte, Artikel 140 umgesetzt worden wäre und die abgetrennten Gebiete an Kurdistan angeschlossen worden wären, könnten die Kurden mit dem Föderalismus zufriedengestellt werden. Zurzeit wird die Kurdenfrage jedoch auch im Rahmen des Föderalismus nicht gelöst. Wenn das Hauptproblem der Kurdenfrage Kirkuk und andere abgetrennte Gebiete sind, dann ist das Problem immer noch wie früher [damit ist die Zeit bis 1970 gemeint] da.

7. *Wie beurteilen Sie die Entwicklungen in der ARK seit 2003?*
Was in der ARK nach 2003 passierte, ist, dass die ARK in der irakischen Verfassung anerkannt wurde, die ‹umstrittenen Gebiete› in Süd-Kurdistan in der irakischen Verfassung zu ‹umstrittenen Gebieten› wurden und die ARK in dieser Angelegenheit die Schwäche des Irak nicht ausnützen konnte, um diese wichtige Frage zu lösen. Diese Gebiete standen bei den Gesprächen mit Bagdad niemals auf der Agenda der PUK und der DPK. Dazu kam, dass Kurdistan nach 2003 zwar einen wirtschaftlichen Aufschwung, jedoch keine wirtschaftliche Entwicklung erlebte. Es wurden Gebäude, einige Strassen und Freizeitparks errichtet, aber keine wirtschaftliche Infrastruktur wie Wachstum, Arbeitsstellen usw. aufgebaut. Zudem hat sich die ARK mehr als zuvor auf die Rentenwirtschaft und damit auf Ölgelder und weitere Einnahmen aus Bagdad konzentriert. Der Lebensstandard ist nach 2003 jedoch gestiegen und die ARK hat sich besser als der restliche Teil des Irak entwickelt. Da es aber keinen nachhaltigen Plan gab, sind nun die politischen Krisen explodiert, die Korruption hat sich massiv ausgebreitet und die Spuren der zwei getrennten Verwaltungszonen sind bis heute noch da.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

8. *Sind Sie der Ansicht, dass die ARK bereit für einen eigenen Staat ist?*
Ja, wenn die regionalen und internationalen Akteure kein Hindernis darstellen würden. Die ARK erfüllt alle Voraussetzungen, um ein unabhängiger Staat werden zu können.
9. *Wie beurteilen Sie das Referendum über die mögliche Unabhängigkeit der ARK vom Irak vom 25. September 2017?*
Das Referendum wurde mit einem Jahr Verspätung abgehalten. Wenn es früher abgehalten worden wäre, hätte es viel mehr Chancen gehabt, erfolgreich zu sein. Das Referendum war gut, aber es gab zwei Dinge, die als Vorbereitung hätten gemacht werden müssen. Die strategische Hauptschwäche des Referendums war, dass es keinen innerkurdischen Konsens darüber gab. Kurdistan befand sich in einer turbulenten Zeit, es gab keinen Konsens, und einige kurdische Kräfte waren gegen das Referendum. Und diejenigen, die dafür waren, waren nicht mit ganzem Herzen dabei, wie die PUK. Das hat später zur Katastrophe vom 16. Oktober 2017 geführt. Wenn es einen innerkurdischen Konsens über das Referendum gegeben hätte, wäre es erfolgreich verlaufen und hätte – wenn auch nicht sofort – zu einem späteren Zeitpunkt zu einem unabhängigen Staat und zur Lösung der geografischen Grenzen geführt. Aber das Referendum wurde von der Welt aufgrund des innerkurdischen Konfliktes nicht wie die Frage einer Nation, sondern wie das Anliegen einiger Parteien betrachtet. Trotz alledem hat das Referendum die Grenzen Kurdistans definiert und der Weltgemeinschaft gezeigt, dass die Kurden Alternativen haben, sollte ihre Frage langfristig nicht gelöst werden.

10.*Was ist das Hauptproblem der Kurden im Irak?*
Das Hauptproblem der Kurden ist das Fehlen eines innerkurdischen Konsenses und der innerkurdische Konflikt. Die ARK kann bis heute nicht als eine einheitliche und nationale Entität auftreten. Sie verfügt über keine gemeinsame nationale Identität, keine gemeinsame nationale Strategie, kein gemeinsames politisches Programm und keine gemeinsame Vertretung nach aussen.

10.1 *Wie kann man denn mit all diesen Problemen einen unabhängigen Staat aufbauen?*
Ich bin der Ansicht, wenn wir einen unabhängigen Staat haben, werden wir diese Probleme einfacher lösen können. Ein Staat regelt die Dinge anders. Wieso geht die kurdische Bevölkerung nicht auf Konfrontationskurs mit der PUK und der DPK? Weil sie Angst hat, das zu verlieren, was

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sie jetzt hat, und wieder unter die Kontrolle der Araber und des Irak zu geraten.

11. *Was ist das Hauptproblem des Irak?*
Das Hauptproblem des Irak ist, dass der Irak willkürlich aufgebaut wurde. Es gibt kein irakisches Volk, keine irakische Nation und keine irakische Identität. Der Irak wurde im Interesse der Aussenmächte und nicht der Iraker gegründet und befindet sich noch heute in so einer Position. Es gibt auch starke Einmischungen der Aussenkräfte in die inneren Angelegenheiten des Irak. Dass der Irak heute noch bestehen bleiben muss, ist auch im Interesse der Aussenmächte und nicht der Iraker. Und im Irak benutzen die verschiedenen Entitäten das Land als Mittel, um einander zu vernichten. Als erste waren die Kurden dem Genozid ausgesetzt, später die Schiiten und zuletzt die Sunniten. Das Problem des Irak ist somit der Irak selbst.

12. *Wie beurteilen Sie die Zukunft des Irak?*
Die Zukunft des Irak ist ungewiss. Es ist möglich, dass es im Irak zu einem weiteren Bürgerkrieg kommt, dass die Amerikaner die irakische Frage wieder internationalisieren oder dass der Irak geteilt wird. Es gibt entsprechend mehr als eine Wahrscheinlichkeit für die Zukunft des Irak.
13. *Wie beurteilen Sie die Zukunft der Kurden im Irak?*
Die Zukunft der Kurden ist genauso ungewiss. Sie hängt von der Zukunft des Irak ab. Davon, ob der Irak bestehen bleibt oder nicht und ob es zu einem weiteren Bürgerkrieg kommt. Die Unabhängigkeit ist auch eine Option für die Kurden. Innenpolitisch hängt die Zukunft der Kurden von den innerkurdischen Beziehungen ab. Bis anhin geben die Entwicklungen in Kurdistan keine Hoffnung auf Besserung.

14. *Welcher Lösungsansatz wäre Ihrer Meinung nach der beste für die Kurden im Irak?*
Der beste Lösungsansatz ist, dass die Kurden sich einigen. Die Peschmerga-Kräfte 70 [der PUK] und 80 [der DPK] sollen nicht bestehen bleiben, es soll nicht zwei Sicherheitskräfte und zwei Einflusszonen der Parteien geben, wir sollen nur eine Region haben, und der Chef der ARK oder der Regierung muss der Chef der gesamten Region sein. Das Land muss institutionalisiert werden und die Loyalität muss nur Kurdistan gelten. Kurdistan muss eine einheitliche Identität, eine einheitliche Regierung und eine einheitliche Verwaltung bekommen. Wenn Kurdistan nicht einheitlich ist, wird es keine Zukunft haben.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

15. *Wie könnte die Kurdenfrage Ihrer Ansicht nach im Irak, in Syrien, in der Türkei und in Iran gelöst werden?*
Der Föderalismus ist zurzeit die beste Lösung für die Kurden aller vier Teile.

16. *Möchten Sie etwas ergänzen, was Ihnen noch wichtig ist?*
Ich wünsche Ihnen viel Erfolg.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Anhang 10: Interview mit Mamosta Jaafar

1. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden im Irak heute ein?*
Zunächst einmal sollte man betonen, dass der Irak ein junger Staat ist. Damit meine ich, dass es den Irak als Staat erst seit 100 Jahren gibt. Das ist für die Geschichte eine viel zu kurze Zeit. Somit kann der Irak nicht auf eine lange institutionelle Tradition, wie beispielsweise die Schweiz, Deutschland, Iran oder die Türkei, zurückgreifen. Wenn man auf die Karte des Irak schaut, wird zudem ersichtlich, wie nahe Bagdad als Hauptstadt an der iranischen Grenze liegt. Entsprechend hat der Irak als Staat, wie es auch in seiner früheren Geschichte der Fall war, ständig Angst vor seinen grossen Nachbarn, vor Iran und der Türkei. Auch Saudi-Arabien mischt sich in die irakischen Angelegenheiten ein. So gesehen hat der Irak als souveräner Staat ständig Probleme. Was die Kurden anbelangt, so haben sich immer, wenn es um die Kurdenfrage ging, die Türkei, Iran, Syrien und der Irak vereinigt, weil es in allen vier Ländern Kurden gibt. Das haben wir beispielsweise beim Referendum vom 25. September 2017 gesehen. Nicht nur diese Staaten, sondern auch die internationalen Mächte, die Amerikaner und die Europäer, haben sich gegen das Referendum ausgesprochen. Das ist eine unserer Tragödien als Kurden. Wenn es in den Nachbarstaaten keine Kurden gegeben hätte oder alle Kurden in der Türkei, in Iran, in Syrien oder im Irak wären, hätten wir vielleicht nicht so viele Probleme wegen des Referendums gehabt. Dass jedoch beim Referendum von 2017 mehr als 93 Prozent und zuvor im Jahr 2005 mehr als 90 Prozent der Kurden für die Unabhängigkeit waren, zeigt das Streben des kurdischen Volkes nach Unabhängigkeit. Deren Realisierung wird aufgrund der Einmischung der Nachbarstaaten, die gleichzeitig Supermächte sind, allerdings schwierig. So versuchen unsere Nachbarstaaten, uns immer Probleme zu bereiten. Auf der anderen Seite haben wir in Kurdistan jedoch das Problem der politischen und gesellschaftlichen Struktur, die die Kurden im eigenen Land gefangen hält. So konnten die kurdischen Kräfte im Jahr 2003 vom Zerfall des Saddam-Regimes und damit des irakischen Staates nicht profitieren, weil sie sich nicht einig waren. Das haben wir auch beim Referendum vom 25. September 2017 gesehen, als sich eine Gruppe infolge der Einmischung einiger Staaten gegen das Referendum ausgesprochen hat.

In der Geschichte vieler Länder können wir zwei Phasen beobachten: eine Phase des State-Building und eine Phase des Nation-Building. In Kurdistan haben wir, meiner Ansicht nach, keine einheitliche Nation. Damit meine ich, dass wir keine einheitliche und gruppenübergreifende nationa-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

le Institution haben. Was wir haben, ist eine Region, die die Menschen ein wenig verbindet, und ein Parlament, das leider keine Befugnisse hat. Seine Entscheidungen werden nicht einmal im Parlamentsgebäude umgesetzt: 2006 hat das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das das Rauchen im öffentlichen Raum wie Restaurants, Cafeterias usw. verboten hat. Das Gesetz konnte jedoch nicht umgesetzt werden. Die Leute rauchen jetzt im Parlamentsgebäude (*lacht*). Das zeigt, dass wir keine funktionierenden nationalen Institutionen haben. Wir haben weder im kulturellen noch im gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Bereich eine nationale Infrastruktur. Gesetze, die in Zaxo Gültigkeit haben, haben in Kalar oder Darbandikhan keine Gültigkeit. In der Schweiz, in Deutschland oder in Frankreich funktioniert es nicht so. Wenn du in Berlin versichert bist, bist du bei der gleichen Versicherung auch in einem Dorf versichert. Bei den Peschmerga-Kräften beispielsweise sind die Kräfte 70 [PUK-Peschmerga] und die Kräfte 80 [DPK-Peschmerga] zwei verschiedene Kräfte. Auch andere Parteien und Gruppen haben eigene Peschmerga und Milizen. Das kannst du nicht eine nationale kurdische Armee nennen. Das haben wir beim Referendum gesehen, als ein Teil der Peschmerga gegen die irakische Armee und die schiitischen Milizen kämpfen wollte, während ein anderer Teil nicht kämpfen wollte und den schiitischen Milizen erlaubt hat, in Kirkuk einzumarschieren. In solchen Momenten sieht man, wie wichtig es ist, eine nationale Entscheidungshoheit zu haben. Wenn es keine nationale Entscheidungshoheit gibt, dann passieren Katastrophen. Vor Kurzem wollte eine Gruppe, dass man sich mit Allawi [Mohammed Tawfiq Allawi] einigt, während sich eine andere Gruppe mit Abadi und noch eine andere mit Erdogan einigen wollte. Das ist unser Problem. 2003 hätten sich die Kurden direkt mit den Amerikanern einigen sollen und nicht mit dem Irak, weil es keinen Irak mehr gab. Schon damals hätten sie die Grenzen Kurdistans bestimmen und die Spuren der Arabisierung beseitigen sollen. Die regionalen Kräfte wollen, dass wir eine Region bleiben und nicht mehr als das. Einige Länder wollen, dass die Kurden immer unterdrückt bleiben. Wir haben in Afrin gesehen, wie die Türkei reagiert hat, weil sie anscheinend ihre Interessen in Gefahr sah. Die Türkei hatte die Befürchtung, dass sich die Kantone Qamishli und Kobane mit Afrin verbinden und dann dem Mittelmeer ganz nahestehen. Wie ich gesagt habe, sind diese Länder immer bereit, um alles zu zerstören, was man aufgebaut hat oder aufbauen will, und niemand reagiert.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

2. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden seit 2003 ein?*
Siehe die Antwort zur Frage 1.

3. *Wie schätzen Sie die Lage des Irak seit 2003 ein?*
Was heute im Irak passiert, ist eine Art Auflösung oder Eroberung durch Iran. Als die Amerikaner den Irak befreit haben, hatten sie keinen Marshall-Plan für den Irak, wie sie es nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Sturz der Hitler-Nazis für Deutschland gehabt haben. Sie haben auch nicht darum gekämpft, dass der Irak wie Deutschland aus mehreren autonomen Regionen besteht, obwohl der Irak gemäss seiner Verfassung föderalistisch ist. Föderalismus heisst jedoch, dass ein föderalistisches Land aus mehreren Regionen oder Kantonen besteht. Im Irak haben wir aber nur eine einzige autonome Region, obwohl der Staat eigentlich föderalistisch ist. Der Irak ist in der Realität nicht föderalistisch, sondern zentralistisch, und dies stellt eine Gefahr für die Zukunft der Autonomen Region Kurdistan dar. Ich bin der Ansicht, dass die Iraner, die im Irak in Konkurrenz zu den Amerikanern standen, die Oberhand gewonnen haben. Sie sind überall im Irak präsent. Schau mal, nachdem sich das Coronavirus in Iran ausgebreitet hat, hat es sich im Irak von Erbil bis Basra ausgebreitet. Im politischen Kontext verläuft der iranische Einfluss genauso. Schau die irakischen Importe an: Alles kommt aus Iran, selbst Frischzwiebeln, Kartoffeln, Mineralwasser usw. Wieso sollen diese Dinge aus Iran kommen? Nichts läuft im Irak ohne iranischen Einfluss. Wir haben bei uns einige sehr gute Zementfirmen, die eine Tonne hochwertigen Zement für 120 US-Dollar verkaufen. Die Iraner verkaufen jedoch eine Tonne Zement bei uns für 18 US-Dollar. Die Leute kaufen den iranischen Zement, weil auch die Zollpolitik bei uns falsch läuft und den guten einheimischen Zement nicht fördert. Dies hat dazu geführt, dass einige Firmen schliessen mussten und viele Leute arbeitslos wurden. Auch abgelaufene iranische Medikamente werden zu uns geschickt, weil das einige Leute hier bei uns wollen. Vor Kurzem wurden zwei Zollbeamte entlassen, weil sie fünf Tonnen abgelaufene iranische Medikamente, die zu uns kommen sollten, nicht ins Land gelassen haben. Iran lässt mittlerweile kein Wasser mehr zu uns fliessen. Wenn es nach Iran geht, sollte es bei uns nicht einmal regnen (*lacht*). Iran hat eine historische Perspektive und sieht Al-Mada'in, wie das Gebiet um Bagdad heisst, als die eigentliche Hauptstadt Irans. Sogar der ganze Irak wird als Teil Irans gesehen. So gesehen sind wir für die Iraner, ohne dies gemerkt zu haben, Iraner (*lacht*). Auch die Türkei politisiert so im Irak und behauptet, dass ‹Vilâyet Mossul› ein Teil der Türkei ist. Als ‹Vilâyet Mossul› versteht die Türkei die Gebiete Mossul,

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Kirkuk, Erbil und Sulaimaniya. Für die Türkei ist das Osmanische Reich immer noch da, und sie will dementsprechend das ‹Vilâyet Mossul› zurück. Und die Iraner wollen Al-Mada'in als ihre eigentliche Hauptstadt zurück usw. Das erklärt die ganze Geschichte.

4. *Wie beurteilen Sie den Entstehungsprozess der irakischen Verfassung?*
Die irakische Verfassung, die nie umgesetzt wird, und andere Gesetze nützen nichts, wenn schiitische Milizen und einige andere Parteien im Irak ihre Gelder direkt aus Iran erhalten. Abu Mahdi al-Muhandis und andere, die auf der Terrorliste der Amerikaner stehen, bekommen ihre Gelder aus Iran. Deshalb bombardieren die Amerikaner die schiitischen Milizen und wollen dadurch erreichen, dass sich Iran aus dem Irak zurückzieht. Diese Politik der Amerikaner wird meiner Meinung nach nicht zum Erfolg führen, weil die Tötung von Abu Mahdi al-Muhandis und der anderen Milizenführer nichts bringt. Es gibt sehr viele Pro-Iran-Milizen im Irak, die ‹irakische› Gelder aus Iran erhalten. Das Geld gehört eigentlich den Irakern, aber die Iraner lassen die Milizen glauben, dass sie ihren Sold bezahlen. Diese schiitischen Volksmobilisierungseinheiten setzen die iranische Agenda im Irak um. Sie machen das, was ihnen die Iraner sagen, und nichts anderes. Alle irakischen Politiker, die einen bedeutenden Posten erhalten wollen, müssen zuerst die Zustimmung Irans und nicht diejenige der Amerikaner holen, wie beispielsweise Dr. Barham Saleh. Das gilt auch für die Posten des Premierministers, eines Ministers und des Öfteren auch der Parlamentarier. Selbst die Ergebnisse der Wahlen werden so manipuliert, dass sie im Interesse Irans sind.

5. *Wie beurteilen Sie die irakische Verfassung?*
Die Verfassung ist nicht schlecht. Denn im ersten Artikel steht, dass der Irak ein föderalistischer Staat ist. Nur deshalb setzen die Leute Hoffnung in den Irak. Sie hoffen, dass dank dem Föderalismus eines Tages auch in Basra, Anbar, Mossul und an anderen Orten autonome Regionen gebildet werden. Aber das Problem ist, dass ein Gebiet angegriffen wird, wenn es eine autonome Region bilden will. So wollte Basra unter Wael Abdul Latif eine autonome Region bilden, aber das wurde nicht akzeptiert. Das gilt auch für Mossul. Zwei Wochen vor dem Aufstieg des IS in Mossul kam Asil al-Nujaifi nach Erbil und hat bekannt gegeben, dass sie eine autonome Region in Mossul bilden wollen. Aber kurz danach kam Daesh. Ich weiss nicht, ob das geplant oder ein Zufall war. Ein Freund von mir war in der Vergangenheit einmal bei Khamenei. Khamenei meinte zu ihm, dass

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

er nichts dagegen habe, wenn im Irak föderalistische Regionen gebildet werden – abgesehen von Bagdad, Kirkuk und Mossul. Aber wenn ich genau hinsehe, will Iran nicht, dass im Irak überhaupt autonome Regionen gebildet werden. Schau, wie viele Probleme wir in der ARK haben: Mal werden die Löhne nicht ausgezahlt, mal hat man Probleme mit dem Öl, mal sagen sie [die Iraker], dass mit dem Artikel 140 etwas anderes gemeint war usw. Sie [womöglich die Iraker und die Iraner] wollen, dass die ganze ARK Probleme hat. Wir haben am 16. Oktober 2017 gesehen, dass sie sogar Erbil und Sulaimaniya erobern wollten. Wenn es keinen Druck gegeben hätte, hätten sie es auch gemacht. Wer konnte uns verteidigen? Es wurden keine Truppen für die Verteidigung bereitgestellt, weil man bei uns von einem friedlichen Referendumsprozess gesprochen hat. Aber die Türkei, die sich als ein demokratischer Staat sieht, und Iran kennen keinen Frieden. Denn die Kräfte, die in Kirkuk gekämpft haben, waren ausländische Divisionen, die unter dem Namen der Hashd al-Sha'bi (Volksmobilisierung) dort waren.

6. *Kann die irakische Verfassung eine Lösung für die Kurdenfrage im Irak darstellen?*
Die Umsetzung der Verfassung wird dazu führen, dass wir zumindest nicht in die Zeit vor 1991 zurückgeworfen werden. Die Verfassung wird aber kaum umgesetzt. Obwohl wir beispielsweise den Artikel 140 in der Verfassung haben, lässt der Gouverneur von Kirkuk, Rakan al-Juburi, alle Araber, die aus anderen Teilen des Irak vertrieben werden, in Kirkuk ansässig werden und gibt ihnen Grundstücke sowie Arbeit. Aber für die Kurden gibt es so etwas nicht. Wenn man die Verfassung umsetzen will, muss man als Erstes den Artikel 140 umsetzen. Er sollte eigentlich schon viel früher umgesetzt werden. Bis heute wurde er aber nicht umgesetzt. Man wartet seit 15 Jahren auf die Umsetzung des Artikels 140, obwohl er innerhalb eines Jahres hätte umgesetzt werden sollen. Auch die Volkszählung sollte erfolgen. Bei uns ist selbst die Volkszählung politisch aufgeladen, obwohl dies in Ländern wie der Schweiz, Deutschland oder Frankreich ein normaler Vorgang ist. Man weiss immer noch nicht genau, wie viele Menschen in Sulaimaniya oder Kirkuk usw. leben. So behaupten die Turkmenen in Kirkuk, dass sie zwei Millionen ausmachen. Machen sie wirklich zwei Millionen aus? Das weiss man nicht, weil es keine Volkszählungen gibt. Das ist das Problem der Verfassung. Im Irak gibt es auch ein Bundesgericht. Aber selbst das Bundesgericht wird von den verschiedenen Parteien und Gruppierungen beeinflusst. Das gesamte Justizsystem ist nicht unabhängig,

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

weil es unter dem Einfluss der Parteien steht. So haben wir bei uns beispielsweise in einem Gericht zwei Richter, die Anhänger der *Gorran* sind, zwei andere, die Anhänger einer anderen Partei sind usw. Dies führt dazu, dass ein Gerichtsprozess nicht transparent verläuft. Auch Anklagen des Kontrollausschusses werden nicht wahrgenommen. Dies gilt auch für die Verfügungen eines Gerichts.

7. *Wie beurteilen Sie die Entwicklungen in der ARK seit 2003?*
Wie ich gesagt habe, wenn sich die kurdischen Parteien einig gewesen wären und ein gemeinsames nationales Konzept gehabt hätten … Wir haben seit 2003 nicht eine gemeinsame Stelle, die im Namen der Kurden spricht. Das gilt auch für Kirkuk. Nachdem wir 1991 unsere Freiheit erlangt haben, kam es 1994 zu Spannungen. Jede Seite wollte die alleinige Oberhand gewinnen und sich durchsetzen. Ich will dieses Thema nicht detailliert beschreiben. Es ist ersichtlich, dass wir es seit 2003 nicht geschafft haben, einige Organe zu fusionieren. Es wurden zwar einige Ministerien fusioniert, aber das Ministerium für Peschmerga-Angelegenheiten, die Sicherheitsapparate oder die Finanzfragen wurden nicht zusammengelegt (*geht ans Telefon und als er zurückkommt, stelle ich die nächste Frage*).

8. *Sind Sie der Ansicht, dass die ARK bereit für einen eigenen Staat ist?*
Die Kurden wären vielleicht schon vor 500 Jahren bereit für die Unabhängigkeit gewesen. Das hängt von Gegebenheiten und Gelegenheiten ab. Es gibt Länder, wie beispielsweise die Golfstaaten, die nur aus Wüste bestanden, aber einen Staat bekamen, nachdem dort Öl gefunden wurde. Oder andere Staaten, die mit einem Entscheid der Vereinten Nationen entstanden. Es gibt weitere Beispiele. Schau die Geschichte der Staaten des Nahen Ostens an. Die Karte des Irak und insbesondere die irakisch-jordanische Grenze wurde mit einem Lineal gezogen. Das sieht man eindeutig. Vielleicht wurden die Linien sogar von zwei betrunkenen Offizieren, die in einem Zelt sassen, gezogen. Der Irak hat beispielsweise durch das Algier-Abkommen mehr als 3 000 Quadratkilometer Land an Iran verloren. Deshalb fanden der Schah und später Khomeini, als er an die Macht kam, das Abkommen gut, obwohl sie Feinde waren. In der Frage der Landesgrenzen waren sie sich aber einig.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

9. *Wie beurteilen Sie das Referendum über die mögliche Unabhängigkeit der ARK vom Irak vom 25. September 2017?*
Ich bin zu hundert Prozent für das Referendum, auch wenn ich dafür 20 Jahre ins Gefängnis gesteckt werde. Das ist ein Recht der Menschen. Die Bevölkerung wurde gefragt, ob sie die Unabhängigkeit oder ein Leben in Unterdrückung will. Ich bin der Ansicht, dass die Kurden einen Schritt nach vorne machen werden, wenn sie einen eigenen Staat haben – auch wenn sie vielleicht hin und wieder Probleme haben werden. Nehmen wir Kirkuk als Beispiel: Wenn die Provinz von 1920 bis heute vom Irak unabhängig gewesen wäre, wäre ihre Lage so wie jetzt? Wenn Kuwait, von dem gesagt wird, dass es ein Bezirk von Basra gewesen sei und unter irakischer Herrschaft gestanden habe, ein Teil von Basra geblieben wäre, wäre es so entwickelt wie jetzt? Das sind die Massstäbe. Ich bin der Ansicht, dass ein Grossteil unserer nationalen Ressourcen an die Eroberer geht und verschwendet wird. Schau, wie gross das irakische Budget nur für die irakischen Staatsämter ist. Wieso soll so viel Geld für die Staatsämter ausgegeben werden? Das ist eine Art der Eroberung. Das Öl wird verkauft, ohne dass man fragen darf, zu welchem Preis es verkauft wurde und warum. Schau, wie viel Geld Saddam für den Iran-Krieg ausgegeben hat. Wenn das Geld in die Entwicklung des Irak investiert worden wäre, dann wäre der Irak jetzt anders. Was ich damit sagen will, ist, dass der Staat, ohne dich zu fragen, in den Krieg zieht und deine Ressourcen verschwendet. Es läuft nicht so wie in irgendeinem [Schweizer] Kanton, wo die Entscheidungen so gefällt werden, wie die Leute abgestimmt haben. Du hast hier keine Meinung. Es ist Saddam, der entscheidet, in den Krieg zu ziehen oder ihn zu stoppen.

Zurück zum Referendum: Am 25. September 2017 haben über 93 Prozent der kurdischen Bevölkerung für die Unabhängigkeit gestimmt. Zuvor, im Jahr 2005, als es Wahlen im Irak gab, hat eine Gruppe aus der Zivilgesellschaft über die Unabhängigkeit Kurdistans abstimmen lassen. Auch da wurde das Referendum mit über 90 Prozent der Stimmen gutgeheissen. Die Gruppe hat sich dann mit den Vereinten Nationen in Verbindung gesetzt und alles für die Anerkennung der Abstimmungsresultate unternommen. Die kurdischen Parteien waren aber damals gegen das Referendum, weil sie der Ansicht waren, dass sie mit den Irakern ein System aufbauen könnten, das dazu führen würde, dass die Kurden keine Sezession brauchen würden. Wieso entschieden sich in der Schweiz nicht die Deutschsprachigen, die Italienischsprachigen, die Französischsprachigen und die Rätoromanen, einen Staat aufzubauen? Wieso bleiben sie zusammen? Die Französisch-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sprachigen könnten ja ein Referendum darüber abhalten, ob sie nicht ein Teil von Frankreich sein wollen. Oder die Italienischsprachigen das Gleiche. Sie machen das nicht, weil sie seit über 100 Jahren sehen, dass es im Interesse der Kantone ist, ein Teil der Schweiz zu sein und zusammenzuleben. Es ist aber nicht in unserem Interesse, ein Teil des Irak zu sein. Unser Öl wird verschwendet und unser Land wird zerstört, aber wir können nichts machen. Iran kann verhindern, dass Wasser nach Kurdistan fliesst. Wir können nichts machen, weil Iran sich mit dem Irak über die Dinge einigt und nicht mit uns. Deshalb ist es sehr schlecht, ein Teil solcher Länder zu sein. Die ARK kann uns nicht verteidigen. Fast täglich kommen türkische Flugzeuge und bombardieren und zerstören unsere Dörfer. Entsprechend ist die ARK immer bedroht. Die ARK als Institution finde ich gut. Schau, wie viele Schulen, Krankenhäuser und Kultureinrichtungen seit 1991 aufgebaut wurden. Allein im Medienbereich haben wir nun schon mehr als 1 800 Fernsehkanäle, Zeitungen, Magazine, Mediennetzwerke usw.

10. *Was ist das Hauptproblem der Kurden im Irak?*
Das jetzige Problem der Kurden ist, dass sie [die Iraker] Araber nach Kirkuk, Khaneqin usw. bringen, weil sie diese Städte erobern wollen. Diese Städte sind und waren niemals arabisch, aber sie wollen sie mit Gewalt erobern. Das ist genau wie Saddam Husseins Politik. Ich habe Angst, dass die Zentralregierung irgendwann einmal stark genug wird und die Armee in unsere Richtung entsendet. Dies gilt insbesondere für den Fall, wenn die Amerikaner nicht mehr da sind. Sie werden uns angreifen und unsere Gebiete erobern. Da können wir nichts machen, weil der Irak sofort vonseiten der Türkei und Irans unterstützt wird. Wir werden dann von mehreren Seiten angegriffen. Das ist für uns Kurden eine ungewisse Zukunft. Wir werden trotzdem weiterkämpfen. Was mich glücklich macht, ist, dass die kurdischen Parteien in Bezug auf die Versuche der Regierungsbildung von Mohammed Tawfiq Allawi einig waren und ihn nicht unterstützten. Allawi wurde nicht unterstützt, weil er selbst über die kurdischen Kandidaten entscheiden und sie nominieren wollte. Er wollte die kurdischen Kräfte überhaupt nicht fragen. Was noch problematisch ist, ist der Umstand, dass wir Kurden den Posten des Staatspräsidenten im Irak haben. Dieser Posten ist aber nur zeremonieller Natur, weil der Präsident keine Entscheidungsmacht hat. Zu erwähnen ist, dass in der Verfassung nicht verankert ist, dass wir das Recht auf diesen Posten haben.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

11. *Was ist das Hauptproblem des Irak?*
Der Irak hat das Problem des Staatshaushaltes. Es werden viele Gelder für die Staatsämter verschwendet. Auch hat der Staat wenig Einnahmen, weil beispielsweise irgendeine Person die Kontrolle über eine Ölanlage ausübt und die Einnahmen aus dem Ölverkauf für sich behält. Niemand traut sich etwas zu sagen, weil diese Leute Truppen und Kämpfer haben. Was die Kurden anbelangt, so entscheidet die Zentralregierung auf einmal, dass sie den für sie bestimmten Anteil am irakischen Budget nicht auszahlt. Die Schweizer Regierung beispielsweise kann nicht entscheiden, dass sie den Zürcher oder Luzerner Anteil des Budgets nicht auszahlen will. Der Irak sagt, dass die ARK ein Teil des Irak ist und bleiben soll. Wenn das so ist, dann muss sich der Irak auch für die Probleme der ARK interessieren. Aber täglich wird die ARK seitens der Türkei und Irans bombardiert, ohne dass Bagdad etwas sagt. Wenn ganz Kurdistan zerstört wird, wird Bagdad kein Wort sagen. Wenn wir die Verfassung anschauen, werden wir sehen, dass bis anhin kein einziger Artikel vollumfänglich umgesetzt wurde, obwohl die Verfassung über 140 Artikel hat. Vom ersten Artikel, der besagt, dass der Irak ein föderalistischer Staat ist, bis hin zum Artikel 140 wurde nichts umgesetzt. Artikel 140 wurde nicht nur nicht umgesetzt, sondern die Lage von Kirkuk und anderen Gebieten wurde in die Zeit vor 1968 zurückgeworfen. Entsprechend hat die ARK grosse Probleme mit Bagdad.

12. *Wie beurteilen Sie die Zukunft des Irak?*
Wenn es so weitergeht wie jetzt, dass Iran in allen Belangen die Kontrolle über den Irak ausübt, dann sehe ich in Zukunft grosse Probleme auf den Irak zukommen. Im Irak werden Frauen getötet, weil sie singen, oder Frauen werden belästigt, weil sie kein Kopftuch tragen. Diese Probleme werden geschaffen, weil die Entscheidungen über den Irak ausserhalb der irakischen Grenzen getroffen werden. Auf der einen Seite exportiert Saudi-Arabien salafistische Ideologien, Käse und andere Sachen zu uns (*lacht*). Auf der anderen Seite exportiert Iran die schiitische Ideologie, die schiitischen Milizen usw. zu uns. Sie haben auch ihre eigenen Leute bei uns. Es gibt Parteien, die ausschliesslich für sie arbeiten, weil sie Gelder von ihnen erhalten. Wenn es so weitergeht, dann wird es schwierig, einen Ausweg zu finden.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

13. *Wie beurteilen Sie die Zukunft der Kurden im Irak?*
Wir haben viel darüber gesprochen. Ich bin der Ansicht, dass es für die Kurden wichtig ist, dass sie ihre Strategie überdenken und als Einheit eine gemeinsame kurdische Strategie entwickeln. Die Kurden sollten einheitlich gegenüber dem Irak, Iran, der Türkei usw. auftreten. Wenn wir nicht einig sind, dann werden wir auch nichts erreichen. Wir sollten auch versuchen, die Organe der ARK zu nationalisieren. Zudem sollten wir unsere Identität verinnerlichen. Wie die Deutschen, die Schweizer und die Italiener ihre eigenen Identitäten haben, sollten auch wir unsere eigene Identität besser verkörpern. Auch sollten wir unsere Region besser demokratisieren. Wir sehen bei uns, dass religiöse Strömungen sehr stark sind, obwohl die säkularen und demokratischen Kräfte stark sein sollten. Die Ausbreitung der Religion siehst du beispielsweise in der Anzahl der Moscheen in der Provinz Sulaimaniya: 1975 gab es insgesamt nicht mehr als 250 Moscheen, jetzt haben wir aber über 3 000 Moscheen. Innerhalb von 45 Jahren so viele neue Moscheen zu bauen, ist sehr viel. Es wird aber noch mehr Moscheen geben, weil die Leute für sieben bis acht Jahre von der Steuerzahlung befreit werden, wenn sie Moscheen bauen. Das ermutigt Leute, Moscheen zu errichten. Wenn wir in Kurdistan 5 000 Moscheen haben und jede Moschee im Jahr nur eine einzige Person für den IS gewinnt, dann haben wir jährlich 5 000 IS-Kämpfer, das hat mir sogar ein Imam gesagt. Es ist tatsächlich so, weil die Salafisten so eine radikale Ideologie vertreten. Ich sehe den Radikalismus als eine grosse Gefahr für die ganze Gesellschaft.

14. *Welcher Lösungsansatz wäre Ihrer Meinung nach der beste für die Kurden im Irak?*
Wir sollten seit 2003 wissen, was wir genau wollen, und daran arbeiten, um das Ziel zu erreichen. Wollen wir einen eigenen Staat, den Föderalismus oder den Konföderalismus? Wenn das Ziel nicht klar ist, kann man keinen geeigneten Weg dafür finden. Meiner Meinung nach wäre es für uns besser gewesen, wenn wir uns 2003 anstatt für den Föderalismus für den Konföderalismus entschieden hätten, die Grenzen Kurdistans definiert und unseren Budgetanteil am irakischen Haushalt durchgesetzt hätten. Dadurch hätten wir jetzt viel weniger Probleme. Diese Forderungen hätten wir damals einfach durchsetzen können, weil die Kurden sehr stark, Bagdad schwach und die Amerikaner auf uns angewiesen waren. Oder wir hätten uns damals dafür einsetzen sollen, dass der ganze Irak föderalistisch gestaltet wird, und nicht, dass es nur die ARK gibt und der Irak zentralistisch bleibt. Aber wie ich gesagt habe, solange die Kurden nicht einig sind, kön-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nen sie gar nichts erreichen. Was für uns noch eine weitere Gefahr darstellt, ist wie gesagt der Salafismus und der islamische Radikalismus. 1991 waren die Frauen beim kurdischen Aufstand nur leicht bekleidet, heute sind die meisten Frauen jedoch verschleiert. Das ist eine gefährliche Entwicklung.

15. *Wie könnte die Kurdenfrage Ihrer Ansicht nach im Irak, in Syrien, in der Türkei und in Iran gelöst werden?*
Ich glaube nicht, dass der bewaffnete Kampf etwas bringt. In der Türkei beispielsweise ist die Möglichkeit für politische Tätigkeiten da, aber kein Platz für den bewaffneten Kampf. Wenn du zum Beispiel nach Sharbazher gehst, wirst du von PKK-Kämpfern angehalten und nach Ausweisen gefragt. Wieso sind sie denn dort und nicht in der Türkei? Die PKK erhebt sogar in vielen Orten bei uns Steuern. Sie scheinen die Türkei aufgegeben und sich bei uns angesiedelt zu haben. Was wir im Allgemeinen brauchen, ist ein politischer und diplomatischer Kampf. Wir sollten uns von bewaffneten Kämpfen distanzieren, weil sie nichts bringen. Die PKK beispielsweise kämpft seit 36 Jahren, aber sie konnte bis heute nicht einmal 36 Quadratmeter in der Türkei befreien. Als wir jedoch damals gekämpft haben, konnten wir nach zwei Jahren einige Gebiete befreien und dort nicht nur bleiben, sondern sie auch gegen die irakische Armee verteidigen. Die PKK konnte das nicht. Auch bei uns finden die türkischen Drohnen die PKK-Kämpfer und töten sie. So einen asymmetrischen Kampf kannst du nur verlieren.

16. *Möchten Sie etwas ergänzen, was Ihnen noch wichtig ist?*
Ich habe nichts hinzuzufügen. Ich wünsche dir Freude.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Anhang 11: Interview mit Divisionär Bakhtyar Mohammed Sidiq

1. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden im Irak heute ein?*
Ich bin kein Politiker, sondern Militärmann. Trotzdem kann ich dir einige Inputs geben. Die neuesten Entwicklungen, insbesondere nach der Tötung von Qasim Soleimani und Abu Mahdi al-Muhandis sowie nach der Bombardierung einiger Militäranlagen, führten zu etwas Besonderem im irakischen Parlament: Die Schiiten haben ohne Beteiligung der Kurden und der Sunniten entschieden, die Koalitionskräfte aus dem Irak zu vertreiben. Das ist ein sehr gefährliches Signal, das zum Alleingang im Irak führen kann. Vor diesem Ereignis gab es auch schon Momente, in denen die Schiiten die Entscheidungen allein getroffen haben, insbesondere bei der Nominierung des Premierministers oder bei der Verabschiedung des irakischen Budgets. Das zeigt, dass die Schiiten im irakischen Parlament ohne Konsultierung der Kurden und der Sunniten Entscheidungen treffen wollen. Sie wollen den Alleingang. Das ist sehr gefährlich, weil der neue Irak auf der Grundlage des Konsenses, der Balance und der Zusammenarbeit gegründet wurde. Was die Beziehung der Kurden mit Bagdad anbelangt, so gibt es fünf Fragen, die bis anhin offen sind und nicht gelöst wurden: die Peschmerga, das Öl, das Budget, die ‹umstrittenen Gebiete› und die Aussenbeziehungen. Zu diesen fünf Dossiers gibt es bis jetzt keine Vereinbarung. Im Sicherheitsbereich beispielsweise gibt es kein schriftliches Abkommen zwischen den irakischen Kräften und den Peschmerga-Kräften für den Kampf gegen Daesh, obwohl der IS unser gemeinsamer Feind ist.

2. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden seit 2003 ein?*
Nach 2003 hat sich die Lage der Kurden verbessert. Vorher waren wir in einer abgeschirmten Region. Nach dem Sturz von Saddam konnten wir uns jedoch gegenüber Bagdad öffnen und der Präsident des Irak ist nun beispielsweise jeweils ein Kurde. Des Weiteren konnten die Kurden bei der Niederschrift der irakischen Verfassung eine wichtige Rolle spielen. Mit den Kurden meine ich alle kurdischen Parteien, wobei die DPK und die PUK eine zentrale Position einnehmen. In allen Belangen konnten die Kurden in Bagdad Einfluss nehmen. So ging es weiter bis zum Rückzug der amerikanischen Kräfte aus dem Irak Ende 2011 und Anfang 2012. Seitdem zeigt die Kurve nach unten und die Rolle der Kurden in Bagdad wurde eingeschränkt. Ob wir selbst der Grund dafür sind oder ob dies mit den Hardlinern in Bagdad bzw. dem Ausseneinfluss auf sie zu tun hat oder nicht, die Kurve zeigt nach unten.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

3. *Wie schätzen Sie die Lage des Irak seit 2003 ein?*
Die Lage des Irak nach 2003 sollte in verschiedene Phasen aufgeteilt werden: Die erste Phase begann mit dem Sturz des Saddam-Regimes und endete mit dem Rückzug der Amerikaner. Die zweite Phase begann nach dem Rückzug der Amerikaner und mit dem Aufstieg von Daesh und die dritte Phase läuft seit dem Untergang von Daesh und dauert bis jetzt an. Im Allgemeinen hat sich der Irak nach dem Sturz von Saddam gegenüber der Aussenwelt und in den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereichen geöffnet. Der Irak unter Saddam war isoliert und stellte eine Gefahr für seine Nachbarstaaten dar. Im neuen Irak konnten Wahlen durchgeführt, ein demokratisches Parlament gewählt und eine Verfassung niedergeschrieben werden. Die verschiedenen Entitäten konnten im politischen Prozess mitwirken. Dies dauerte bis zum Rückzug der Amerikaner Ende 2011 und Anfang 2012 an. In dieser Phase tauchte unter al-Maliki als Premierminister der Konflikt mit den Kurden und den Sunniten auf. Dies führte dazu, dass einerseits die Beziehung zwischen der ARK und Bagdad teilweise abgebrochen wurde und andererseits die Sunniten wegen des schlechten Umgangs mit ihnen und wegen des Mangels an Dienstleistungen in ihren Gebieten gegen die Regierung auf die Strasse gingen. Letzteres führte zum bewaffneten Widerstand und später zum Aufstieg von Daesh im Jahr 2014. Daesh hat ein Drittel des Irak kontrolliert. Später wurden diese Gebiete wieder befreit. Das Gebiet wurde zwar von Daesh befreit, aber viele Menschen wurden vertrieben und die Region sowie die Infrastruktur der Städte wurden zerstört. Jetzt kehren die Vertriebenen zwar teilweise in ihre Gebiete zurück, bis anhin sind schätzungsweise 75 Prozent zurückgekehrt, aber dort gibt es wenig Dienstleistungen und der Wiederaufbau hat erst begonnen. Jetzt befindet sich der Irak nach dem letzten Zwischenfall in einer politischen Krise: Die Schiiten wollen den Alleingang, die Sunniten können nicht wie gewünscht Einfluss nehmen und die Kurden sind mit Bagdad in vielen Belangen nicht einverstanden. Es gibt keine nationale Einheit in Bezug auf die wichtigen irakischen Fragen. Die ARK hat wie erwähnt in vielen offenen Fragen bis anhin keine Übereinkunft mit Bagdad erzielt. Die Probleme sind bis jetzt geblieben.

4. *Wie beurteilen Sie den Entstehungsprozess der irakischen Verfassung?*
Die irakische Verfassung ist das Beste, was der Irak heute hat, weil die Kurden, die Sunniten, die Schiiten und andere Minderheiten bei ihrer Entstehung mitwirken konnten. Die Verfassung ist im Allgemeinen sehr gut, auch wenn die Kurden, die Schiiten und die Sunniten nicht hundert-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

prozentig mit ihr zufrieden sind. Denn diejenigen, welche die Verfassung geschrieben haben, hatten zu dieser Zeit keine Regierungserfahrung. Jetzt wollen die Schiiten die Verfassung zu ihrem eigenen Vorteil revidieren, nachdem sie Regierungserfahrung gesammelt haben. Die Sunniten und die Kurden wollen sie jedoch anders überarbeiten. Trotz alledem ist die irakische Verfassung das einzige niedergeschriebene Dokument, das heute die Einheit des Irak garantieren kann, auch wenn sie nicht umgesetzt wurde. Wie gesagt, die Verfassung ist zwar nicht einwandfrei und wurde vielleicht zu schnell geschrieben, aber sie ist im Allgemeinen etwas Gutes.

5. *Wie beurteilen Sie die irakische Verfassung?*
Ich finde die Verfassung im Allgemeinen gut, weil ich keine Alternative zu ihr sehe. Vielleicht ist der ein oder andere Artikel nicht so gut oder Teile der Verfassung sollten aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklungen und der Regierungserfahrungen revidiert werden, aber im Allgemeinen ist sie die einzige Garantie für den Schutz aller Entitäten im Irak, weil es keine Alternative zu ihr gibt.

6. *Kann die irakische Verfassung eine Lösung für die Kurdenfrage im Irak darstellen?*
Ich bin der Ansicht, dass die Lösung der Kurdenfrage im Irak von der Mentalität und Kultur der Menschen im Lande abhängt. Sind die Menschen im Irak bereit, einander zu akzeptieren, wie es in der Schweiz der Fall ist, wo es Deutschsprachige, Französischsprachige und andere Minderheiten gibt? Haben wir nicht Erfahrungen damit, was passiert, wenn die Sunniten oder die Schiiten die Oberhand gewinnen? Wurde etwas unternommen, damit wir die irakische Demokratie, die wir haben, weiterentwickeln? Das heisst, dass die Kultur eine entscheidende Rolle spielt. Nur auf die Verfassung als höchstes Gesetz kann bei Problemen zurückgegriffen werden. Wir haben auch das Bundesgericht und das Parlament. Auch wenn die Verfassung nicht umgesetzt, sondern verletzt wird, ist sie die einzige Garantie für den Schutz aller Entitäten im Irak. Auch dank dem Bundesgericht kann bei Unklarheiten eine differenzierte Auslegung für die einzelnen Artikel der Verfassung ermittelt werden. Entsprechend ist die Verfassung für die Lösung der Kurdenfrage gut. Von ihr abgesehen haben wir kein anderes Dokument. Sie sieht auch für die ‹umstrittenen Gebiete› eine Lösung vor. Zudem wurde die Verfassung von der gesamten irakischen Bevölkerung angenommen.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

7. Wie beurteilen Sie die Entwicklungen in der ARK seit 2003?
Im wirtschaftlichen Bereich hat Kurdistan Fortschritte erzielt. Das kann man anhand der Daten, die ich hier nicht zur Verfügung habe, feststellen. Wie viele Schulen und Krankenhäuser gab es 2003 und wie viele gibt es heute? Die Daten habe ich nicht bei mir, aber der Unterschied ist sehr gross. Schau, wie sich die Städte entwickelt haben, wie viele Universitäten und zivilgesellschaftliche Organisationen aufgebaut wurden. Im wirtschaftlichen Bereich gibt es Fortschritte, aber ich konzentriere mich auf drei wichtige Aspekte: Erstens ist eine nationale Armee für die Kurden wichtig, national im wahrsten Sinne des Wortes. Heute bestehen unsere Kräfte aus der DPK und der PUK. Diese nehmen zwar, wie der Kampf gegen Daesh gezeigt hat, auch nationale Verteidigungsaufgaben wahr, aber wenn sie unter dem Einfluss einer Partei bleiben, wird der Soldat bei Streitigkeiten die eigene Partei verteidigen. Das macht mir Angst, auch wenn es eine Vereinbarung und Übereinkunft gibt, dass wir nie wieder zum Bürgerkrieg zurückkehren werden. Es ist entsprechend wichtig, dass die Kräfte vereint werden, dass es eine nationale Rekrutierungsstelle für die Peschmerga gibt – damit sie nicht bei den Parteien liegt – und dass es eine einheitliche Ausbildung für die Peschmerga gibt. Die Peschmerga müssen anhand einer klar definierten Zeitlinie vereint und nationalisiert werden. Zweitens brauchen wir eine Nationalökonomie. Was wir in der ARK haben, ist eine Rentenwirtschaft. Die Einnahmen der ARK kommen entweder aus dem Ölverkauf oder aus Bagdad. Wenn der Ölpreis fällt oder der Irak das Geld nicht schickt, dann befinden wir uns in einer Krise. Entsprechend hätte man seit 2003 eine wirtschaftliche Diversifizierung aufbauen sollen, was wir leider nicht getan haben. Drittens haben wir in der ARK glücklicherweise eine Regierung als Vollzugsorgan, ein Parlament als Gesetzgebungsorgan und eine Justiz als Rechtsprechungsorgan, aber diese Institutionen müssen gestärkt werden. Diese Organe sind meiner Meinung nach nicht stark genug, um handlungsfähig zu sein. Ihre Stärkung ist eminent wichtig, damit wir in Krisensituationen handeln können. Heute leiden wir beispielsweise unter der Corona-Krise. Wenn wir ein gutes Gesundheitssystem hätten, könnten wir diese Krise einfacher überwinden. Ein solches haben wir aber nicht. Zusammengefasst brauchen wir eine Nationalökonomie mit diversifizierter Wirtschaft, eine nationale Armee und die Stärkung der Exekutive, Legislative und Judikative. Diese drei Punkte haben wir bis jetzt in der ARK nicht wie gewünscht realisiert.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

8. *Sind Sie der Ansicht, dass die ARK bereit für einen eigenen Staat ist?*
Ich bin der Ansicht, dass wir Kurden es verdient haben, so zu leben, wie wir es wollen. In der Charta der Vereinten Nationen steht, dass die Völker selbst entscheiden können, wie sie leben wollen. Es gibt das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Entsprechend ist es unser Recht, zu entscheiden, ob wir Föderalismus, Konföderalismus, Sezession oder Unabhängigkeit wollen. Aber ich glaube, dass internationale Verträge, die bereits abgeschlossen wurden, wie Sèvres, Lausanne und Sykes-Picot, uns bis jetzt beeinflussen. Die internationalen Rahmenbedingungen haben auch einen Einfluss auf uns und unsere Entscheidungen, darauf, was wir erreichen können und was nicht. Entsprechend ist eine Entscheidung nicht einfach für uns, weil wir von diesen zwei erwähnten Aspekten abhängig sind. Hinzu kommt, dass wir im Nahen Osten zwischen dem Irak, Syrien, Iran und der Türkei leben. Akzeptieren diese Länder überhaupt, dass wir die Unabhängigkeit erklären? Sind diese Länder bereit, unsere freien Entscheidungen zu akzeptieren, und lassen sie uns so leben, wie wir es wollen? Das heisst, dass die Gründung eines Staates nicht nur vom starken Willen unsererseits, sondern vielmehr von internationalen Verträgen und Rahmenbedingungen abhängt. Wir haben in der ARK grosse Träume, aber wir wollen auch, dass die ARK vollständig ist. Sie ist es aber nicht, weil ein Teil unseres Gebietes ausserhalb der Kontrolle der ARK liegt. Wir wollen nun diese Gebiete zurück, aber der Irak gibt sie uns nicht zurück. Entsprechend befinden wir uns in einem Konflikt mit dem Irak. Innenpolitisch ist es jedoch, wie ich gesagt habe, wichtig, dass wir in der ARK eine einheitliche nationale Armee, eine Nationalökonomie und eine starke sowie institutionalisierte Regierung haben, damit wir etwas erreichen können, falls sich die internationalen Rahmenbedingungen zu unseren Gunsten ändern.

9. *Wie beurteilen Sie das Referendum über die mögliche Unabhängigkeit der ARK vom Irak vom 25. September 2017?*
Ich persönlich bin der Ansicht, dass es gemäss allen menschlichen und himmlischen Normen unser Recht ist, ein Referendum darüber abzuhalten, was wir wollen und wie wir leben wollen. Das Referendum wurde [von Bagdad] nur als Vorwand benutzt, um kurdische Gebiete zu erobern. Auch ohne das Referendum hätten sie [die Iraker] uns angegriffen, um unsere Gebiete, die wir im Kampf gegen Daesh befreit und verteidigt haben, zu erobern. Schau Rojava als Beispiel an: Sie haben doch kein Referendum abgehalten, aber sie werden trotzdem von der Türkei nicht in Ruhe gelassen. Die Kurden in der ARK sollten aber realistisch bleiben und besser

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

analysieren, was die Folgen eines Entscheides sein können. Wenn die internationalen Reaktionen auf einen Schritt negativ ausfallen, sollte man sich zehnmal überlegen und analysieren, ob man den Schritt machen will oder nicht. Denn die Umgebung von uns zielt immer darauf ab, uns zu marginalisieren. Deshalb sollten wir ihnen [den Gegnern der Kurden] nie einen Vorwand geben, damit sie uns angreifen. Und wenn wir angegriffen werden, sollten wir die internationale Gemeinschaft besser für uns gewinnen.

10. *Was ist das Hauptproblem der Kurden im Irak?*
Ich denke militärisch (*lacht*). Wenn man ein Problem verstehen will, muss man die Geschichte des Problems verstehen. Die Geschichte der Kurden im Irak geht auf die Gründung des Irak zurück: Die Kurden wurden ein Teil des Irak, obwohl sie die Unabhängigkeit wollten. Da fingen die Probleme an. Zuvor gab es auch Probleme, aber das war das erste Problem nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches. Die Kurden wurden auf vier Länder, die Türkei, Syrien, den Irak und Iran, verteilt, obwohl sie dies nicht wollten. Mag sein, dass der kurdische Nationalismus damals schwach ausgeprägt war, weil es an Verbindungen und Austausch zwischen den Kurden in den vier Teilen mangelte. Trotzdem wurden die Kurden gegen ihren Willen verteilt. Danach begann das Problem der Unterdrückung, Assimilierung und Säuberung. Im irakischen Kurdistan beispielsweise wurden die kurdischen Gebiete arabisiert. In einem Interview vor einer Woche sagte Baschar al-Assad, dass die Kurden in Syrien Gäste seien, weil sie aus der Türkei gekommen seien. Demnach hätten sie auch kein Anrecht auf die syrische Staatsangehörigkeit, aber die Syrer hätten ihnen die Staatsbürgerschaft gegeben, weil sie grosszügig seien, so Assad. Das heisst, dass die Kurden in diesen Ländern Probleme der Staatszugehörigkeit, der Zivilrechte, der Bürgerrechte, der Sprache usw. haben. Weil die Kurden all diese Probleme hatten, begann der bewaffnete Aufstand der Kurden. Ich persönlich bin der Ansicht, dass dieser Schritt zur Einmischung der Nachbarstaaten, der regionalen und internationalen Mächte in die Kurdenfrage sowie zu einer harschen Reaktion des Feindes geführt hat. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn wir anstatt des bewaffneten Kampfes auf Demonstrationen gesetzt hätten. Man sollte wissenschaftlich analysieren, wieso es zum bewaffneten Kampf der Kurden kam und welchen Nutzen bzw. welchen Schaden dieser für die Kurdenfrage gehabt hat. Wäre es nicht besser gewesen, auf zivile Demonstrationen zu setzen? Denn ich weiss, dass es während unseres Kampfs gegen die irakischen Regierungen Länder gab, die sowohl uns als

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

auch Bagdad unterstützt haben. Wieso das? Das sollte besser analysiert werden. Ich habe Zweifel daran, dass der bewaffnete Kampf nur unser Entscheid, ohne eine Einmischung der Aussenmächte, war.

11. *Was ist das Hauptproblem des Irak?*
Der heutige Irak wurde mit Gewalt gegründet. Der König des Irak beispielsweise war selbst kein Iraker. Das zeigt, dass das Land so zerstritten war, dass es nicht in der Lage war, einen König aus dem eigenen Land zu wählen. Danach kamen die Sunniten an die Macht, die weder von den Schiiten noch von den Kurden akzeptiert wurden. Dies führte dazu, dass die Herrscher des Irak nicht in der Lage waren, eine gemeinsame nationale Identität für die irakischen Bürger herauszubilden. Ich persönlich kann mich beispielsweise mit der irakischen Flagge kaum identifizieren. Es gibt kaum Bürger in Erbil, Sulaimaniya und in der ARK, die die irakische Flagge als die eigene Flagge sehen. Wie viele Bürger in Anbar können sich mit der irakischen Regierung in Bagdad identifizieren? Das heisst, dass kein Herrscher des Irak nach dem König – unter dem Königreich war es bis zu einem gewissen Grad besser – es geschafft hat, sich als Repräsentant aller Iraker darzustellen und die irakischen Bürger für den Staat Irak zu gewinnen. Im Irak gibt es bis heute keine gemeinsame nationale Identität. Das ist das Problem des Irak. Die Schiiten oder die Sunniten, die an die Macht kommen, sehen die nationale Sicherheitsstrategie des Irak aus schiitischer bzw. sunnitischer Sicht. Bei den Sunniten gibt es weder für die Kurden noch für die Schiiten und bei den Schiiten weder für die Kurden noch für die Sunniten Platz.

11.1 *Das heisst, dass die Kurden der grösste Verlierer sind?*
Ja, weil es keine nationale irakische Sichtweise gibt. Es gibt keine irakische Identität. Das hängt vielleicht vom Gründer des Irak ab. Oder es hängt vielleicht von den irakischen Regierungen, Parlamenten und Verfassungen ab. Fakt ist, dass es bis heute keine gemeinsame irakische Identität gibt und dass diese auch nicht so einfach herausgebildet wird.

12. *Wie beurteilen Sie die Zukunft des Irak?*
Stansfield schreibt in seinem Buch, dass es für den Irak entweder die Möglichkeit der Diktatur, der Demokratie oder der Teilung gibt. Wir haben die Diktatur ausprobiert. Sie war nicht erfolgreich. Die Demokratie funktioniert auch nicht so richtig. Die Teilung wird auch nicht einfach so vonstattengehen. Sie wäre aber eine gute Möglichkeit: den Irak in drei föderalistische oder konföderalistische Regionen zu teilen. Wie der Irak jetzt mit

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

einer schiitischen religiösen Ideologie regiert wird, geht nicht. Für die Demokratisierung braucht man säkulare Parteien und nicht religiöse Parteien. Für die Zukunft ist es besser, wenn der Irak in drei föderalistische oder konföderalistische Regionen geteilt wird und dies auf der Basis von Konsens geschieht. Sollte der Konsens nach vier bis fünf Jahren nicht halten, dann soll neu entschieden werden. Die Iraker sind aber immer noch nicht reif genug, um das Land zu regieren. Der Irak braucht internationale Hilfe, etwa der Vereinten Nationen, die ihn bis zur endgültigen Demokratisierung begleitet. Das hätte eigentlich nach dem Sturz von Saddam passieren sollen. Egal was für eine Lösung man wählt, ohne internationale Intervention wird sie im Irak scheitern.

13. *Wie beurteilen Sie die Zukunft der Kurden im Irak?*
Die Kurden können nur dann innerhalb des Irak bleiben, wenn er entweder demokratisch wird oder aus föderalistischen bzw. konföderalistischen Regionen besteht. Wenn es wie jetzt keine anderen autonomen Regionen gibt und die irakische Demokratie Rückschritte macht, werden die Kurden immer Probleme und Spannungen mit dem Irak haben. Ohne die Beteiligung eines internationalen, unparteiischen Schiedsrichters werden die Kurden immer Probleme mit dem Irak haben.

14. *Welcher Lösungsansatz wäre Ihrer Meinung nach der beste für die Kurden im Irak?*
Es gibt drei mögliche Lösungen: erstens eine Intervention durch die internationale Gemeinschaft, etwa die Vereinten Nationen, zweitens eine echte Demokratisierung, obwohl diese mittlerweile fast gescheitert ist, oder drittens die Gründung von weiteren föderalen bzw. konföderalen Regionen.

14.1. *Das heisst, dass der Irak Ihrer Meinung nach heute nicht föderalistisch ist?*
Nein, nur die ARK ist föderalistisch. Aber auch bei uns ist der Föderalismus nicht vollständig. Wo ist die Grenze unserer föderalen Region? Es ist nicht klar, wo. Wie geht es mit den ‹umstrittenen Gebieten› weiter? Das ist auch nicht klar. Bis jetzt stehen die Peschmerga der irakischen Armee an der Front gegenüber. Ist das normal, dass sich in einem Land zwei Kräfte einander gegenüberstehen?

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

15. *Wie könnte die Kurdenfrage Ihrer Ansicht nach im Irak, in Syrien, in der Türkei und in Iran gelöst werden?*
In einer ersten Phase, obwohl das nicht einfach umzusetzen ist, sollten die Kurden in den jeweiligen Ländern ihre Rechte bekommen. Danach sollte die kurdische Bevölkerung selbst entscheiden, was sie will. Will sie Autonomie, Föderalismus oder Konföderalismus? Für das irakische Kurdistan beispielsweise ist der Föderalismus oder Konföderalismus eine gute Lösung. Vielleicht ist für die Kurden in Syrien in dieser Phase die Autonomie die bessere Lösung. Wichtig ist, dass die Kurden selbst entscheiden können, was sie wollen. Wenn sich die Kurden vereinen wollen, kann das Endziel die Bildung von vier föderalistischen Regionen sein, obwohl das nur Zukunftsmusik ist. Ein einziger kurdischer Staat für alle vier Teile ist unmöglich, weil wir es bei uns bis anhin nicht geschafft haben, die Kultur von Erbil mit der Kultur von Sulaimaniya in Einklang zu bringen. Wie können wir es mit Rojava schaffen?

16. *Möchten Sie etwas ergänzen, was Ihnen noch wichtig ist?*
Nein.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Anhang 12: Interview mit Mahmud Raza Amin

1. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden im Irak heute ein?*
Die Lage von Kurdistan schätze ich als sehr schlecht ein. Wie ich dir beim letzten Treffen gesagt habe, habe ich im Jahr 2010 und 2011 einige Artikel darüber [über die kurdische Selbstverwaltung] geschrieben. 2010 bin ich der Frage nachgegangen, ob das politische System in Kurdistan demokratisch ist oder nicht. Dabei habe ich 16 Voraussetzungen bestimmt, die erfüllt sein müssen, damit von einem demokratischen System gesprochen werden kann. In Kurdistan wurde keine der Voraussetzungen erfüllt. Deshalb bin ich zur Schlussfolgerung gekommen, dass das politische System in der ARK nicht demokratisch ist. Sechs Monate später bin ich der Frage nachgegangen, was das politische System in der ARK denn für ein System ist, wenn es nicht demokratisch ist. Dabei habe ich das System [der ARK] mit totalitären, autoritären und anderen Systemen verglichen. Ich habe dann herausgefunden, dass das politische System der ARK einige Merkmale des Totalitarismus und der Diktatur aufweist, aber nicht alle. Die Merkmale der Oligarchie erfüllt das politische System der ARK jedoch allesamt. Entsprechend ist es sehr gefährlich, dass wir ein oligarchisches System in Kurdistan haben. Nicht nur eine, sondern zwei Oligarchien haben wir in Kurdistan, weil sie [die Herrscher] in zwei Gebieten Oligarchien und Staaten im Staate aufgebaut haben. Es braucht entsprechend sehr viel Arbeit, bis das System reformiert wird. So wie die Lage jetzt ist, ist es kaum möglich, das System zu ändern.

2. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden seit 2003 ein?*
Seit 2003 haben wir die irakische Verfassung als eine sehr gute Errungenschaft. Denn in der Verfassung nehmen wir eine sehr gute Stellung ein. Zuvor hatten wir nur das Abkommen vom 11. März 1970 als wichtiges Dokument im Irak. Im Jahr 1958 wurden wir nach dem Putsch von Abd al-Karim Qasim in Artikel 3 der vorläufigen irakischen Verfassung als gleichberechtigt mit den Arabern anerkannt. Bestens positioniert sind wir jedoch in der irakischen Verfassung von 2005, die mit einer grossen Mehrheit angenommen wurde. So haben wir auf der Verfassungsebene kein Problem. Das Problem liegt jedoch in der Umsetzung der Verfassung und dem Umgang der Parteien in der ARK mit Bagdad. Ich bin der Ansicht, dass die DPK und die PUK, insbesondere die DPK, nicht daran arbeiten, dass ein guter Staat im Irak aufgebaut wird, sondern darauf setzen, dass der politische Prozess im Irak nicht erfolgreich verläuft. Der Barzani-Clan

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

träumt davon, so schnell wie möglich einen Staat für sich aufzubauen, bevor der Irak bzw. die ARK demokratisiert wird. So setzt er alles daran, einen Staat nach saudischem bzw. katarischem Vorbild für sich zu errichten, und arbeitet entsprechend energisch gegen den Demokratisierungsprozess im Irak und in der ARK. So will der Barzani-Clan König über alles in Kurdistan – Ressourcen, Menschen usw. – werden. Er will nicht, dass ein demokratisches System in Kurdistan aufgebaut wird, und ist gleichzeitig dagegen, dass der Irak fortschrittlicher als Kurdistan ist. Gescheiterte Parteien wollen nicht, dass andere Systeme besser als das eigene System sind, damit die Menschen keine besseren Vergleiche haben und sie entsprechend nicht zur Rechenschaft ziehen.

3. *Wie schätzen Sie die Lage des Irak seit 2003 ein?*
Die Lage des Irak ist sehr schlecht. Diejenigen, die nach 2003 an die Macht kamen, sind das Produkt des politischen Prozesses nach dem Sturz der Monarchie im Irak. Nach der Monarchie wurde der demokratische Prozess im Irak begraben. Es sind immer Herrscher mit einem Putsch an die Macht gekommen und haben alles so geändert, wie es für sie gestimmt hat. Die irakische Verfassung von 1925, die die Gründung des Irak besiegelt hat, war eine plurale, parlamentarische und monarchische Verfassung. Entsprechend wäre der Irak heute ein anderer Staat, wenn die Monarchie weiter bestanden hätte. So gesehen wurde der Irak nach 1958, von Abd al-Karim Qasim abgesehen – er war eine patriotische und faire Person, aber kein Staatsmann –, sehr schlecht regiert. Die Exilpolitiker, die nach 2003 aus dem Ausland zurückkamen, hatten keine Verbindung zur Bevölkerung, weil sie nicht im Irak waren und unter Saddam, von der Baath-Partei abgesehen, keine anderen Gruppen geduldet wurden. Man hat zwar etwas Gutes von ihnen erwartet, weil sie mehrheitlich in Europa und in den USA gelebt haben, aber sie wurden leider zu Oligarchenfamilien. So wie in Kurdistan die Oligarchenfamilien von Barzani und Talabani herrschen, herrschen im Irak die Oligarchenfamilien von Sadr, al-Hakim, al-Maliki usw. Diese Familien arbeiten nur daran, sich zu bereichern und die Ressourcen des Irak zu stehlen. Es gibt Schätzungen, die besagen, dass seit 2005 rund 480 Milliarden US-Dollar im Irak verschwunden sind. Diese Gelder sind in die Taschen dieser Familien gegangen. Bis heute gibt es in den Ministerien im Irak Wirtschaftsbüros der Partei bzw. Gruppe, die das Ministerium führt. Die Arbeit dieses Büros ist es, Gelder für die Partei bzw. Gruppe zu stehlen. Die Schiiten verschwenden die meisten Gelder des Irak. Nach ihnen kommen die Sunniten. Sie sehen die Ministerien als eine Firma

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

für die Eigenbereicherung. Die Kurden stehlen weniger im Irak, dafür aber alles in Kurdistan. Die Gelder Kurdistans gehen an die zwei Parteien [die DPK und die PUK]. Als ich im irakischen Parlament sass, haben wir eine Untersuchungsgruppe gebildet, um diesen Wirtschaftsbüros nachzugehen. Dabei haben wir festgestellt, dass diese Büros fiktiv sind. Offiziell haben die Parteien keine Vertretung in den Ministerien, in der Realität jedoch sind sie da. Das hat uns auch der Premierminister mitgeteilt, den wir zu diesem Zweck ins Parlament eingeladen hatten. Nicht nur im Irak gibt es einen Staat im Staate, sondern auch in den Ministerien gibt es ihn. Die Gelder, die den Ministerien für Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden, gehen an die Parteiangehörigen und Familien des jeweiligen Ministers. Solange diese Gruppen im Irak und diese zwei Parteien in der ARK an der Macht sind, werden wir nichts erreichen.

4. *Wie beurteilen Sie den Entstehungsprozess der irakischen Verfassung?*
Am Anfang war die Idee, dass der Regierungsrat, bestehend aus 25 Personen, mit der Unterstützung der Amerikaner und der Alliierten den definitiven Verfassungsentwurf fertigstellt. Danach hat aber die Instanz, Ali al-Sistani, eine Fatwa erlassen, die besagte, dass die Verfassung nur von den Irakern entworfen werden darf. Diese Fatwa wurde zur politischen Realität und die Verfassung wurde von den irakischen Experten fertig geschrieben. Die Sunniten haben dann die Abstimmung boykottiert und die Schiiten sowie die Kurden haben sie gefälscht, damit die Verfassung mit über 85 Prozent der Stimmen angenommen werden kann. Die Abstimmung wurde aber gefälscht. Die Verfassung ist sehr gut. Sie weist zwar einige Mängel auf, diese sind jedoch nicht substanziell. Einer der Mängel ist beispielsweise Artikel 49 Absatz 1, der besagt, dass pro 100 000 Einwohner ein Vertreter ins Parlament gewählt werden darf. Das ist jetzt zu einem Problem geworden, weil die irakische Bevölkerung rasant wächst. Jedes Jahr steigt damit die Anzahl der Parlamentarier, obwohl das Parlament seine Arbeit nicht gut macht. So fordern die Demonstranten, dass dieser Artikel beseitigt wird. Denn die neue Generation hat von der Demokratie nichts gesehen. Was sie erlebt, sind Arbeitslosigkeit, Hoffnungslosigkeit und Vernachlässigung. Entsprechend ist ein Teil der Demonstranten der Ansicht, dass das Problem in der Verfassung liegt, weshalb sie revidiert werden soll. Dieser Teil wollte insbesondere zu Beginn der Demonstrationen, dass das parlamentarische System in ein präsidiales System geändert und der Präsident direkt von der Bevölkerung gewählt wird. Auch als ich in der Kommission für jene Provinzen war, die ausserhalb einer Region liegen, wollten einige Mitglieder,

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

dass der Gouverneur der Provinzen direkt von der Bevölkerung gewählt wird. Ich war strikt dagegen und habe immer versucht, die Mitglieder davon zu überzeugen, dass dies eine schlechte Idee sei. Ein Teil der irakischen Bevölkerung will die Rückkehr zum Zentralismus. Das ist eine sehr gefährliche Entwicklung. Auch in der ARK, die im Irak den Konföderalismus geniesst, wird so zentralistisch regiert wie in den Zeiten unter Saddam Hussein. Diese Widersprüche in einem politischen System sind tödlich. Der intellektuelle und aufgeklärte Teil der irakischen Demonstranten sieht das Problem allerdings nicht in der Verfassung, sondern in der politischen Elite des Landes. Diese Leute sind der Ansicht, dass die Verfassung gut sei. Was ihrer Meinung nach gewechselt werden soll, sind die politischen Herrscher des Landes.

5. *Wie beurteilen Sie die irakische Verfassung?*
Die Verfassung finde ich sehr gut, obwohl sie wie gesagt Mängel aufweist. So ist beispielsweise auch Artikel 2 mangelhaft. Denn er besagt im Absatz 1 [Buchstabe A] einerseits, dass der Islam die Staatsreligion und eine Grundlage der Gesetzgebung sei und dass kein Gesetz verabschiedet werden darf, das gegen die Vorschriften des Islam und seines Rechtssystems [der Scharia] verstösst. Andererseits besagt der gleiche Absatz [unter Buchstabe B], dass kein Gesetz verabschiedet werden darf, das gegen die Prinzipien der Demokratie verstösst. Das ist ein grosser Widerspruch und das Ergebnis [der widerstreitenden Interessen] jener Gruppen, die religiös, nationalistisch, liberal usw. waren und an der Festschreibung der Verfassung teilgenommen haben. Diese Mängel – Artikel 2 und 49 und andere Kleinigkeiten – machen die Verfassung zwar merkwürdig, aber sie ist trotz alledem eine gute Verfassung.

6. *Kann die irakische Verfassung eine Lösung für die Kurdenfrage im Irak darstellen?*
Die Verfassung löst die Kurdenfrage. Sie hat sieben bis acht Artikel der Kurdenfrage gewidmet. So anerkennt sie die ARK, wie sie mit ihren Grenzen ist. Der Mangel hier ist, dass sie das Gebiet als Grenze sieht, das unter Saddam unter kurdischer Kontrolle war. Das heisst, ohne die Gebiete, die nach dem 16. Oktober 2017 wieder unter die Kontrolle der irakischen Regierung kamen. Auch die Zusammensetzung der ARK und alle Gerichtsbeschlüsse, die von 1991 bis zur Festschreibung der Verfassung im Jahr 2005 in der ARK verabschiedet wurden, werden in der irakischen Verfassung anerkannt. So ist die ARK ein fester Bestandteil der Verfassung. Auch die

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Frage des Umgangs mit den natürlichen Ressourcen und den Einnahmen der ARK und des Irak wurde in der Verfassung geregelt. Zudem erlaubt die Verfassung der ARK, dass sie in den irakischen Vertretungen im Ausland Vertreter hat. Des Weiteren ist der Anteil der ARK an der irakischen Armee geregelt. Diese und weitere Artikel, die der ARK ausreichend Rechte geben, sind in der Verfassung festgeschrieben. Die ARK selbst interessiert sich nicht für diese Artikel. Was die Herrschergruppe in der ARK bezüglich ihrer Beziehung zu Bagdad interessiert, sind Geld und andere materielle Bereicherungsmöglichkeiten. Die Verfassungsartikel, die den Kurden Rechte geben, interessieren diese Gruppe nicht. Sie kämpfen nur um Geld. Als Mam Jalal noch am Leben und Präsident des Irak war, haben die Kurden nur zwei Mal die Parlamentssitzung im Irak boykottiert. Beide Male ging es nicht um die Fragen der Grenze, der kurdischen Nation, der Beziehung zwischen dem Peschmerga-Ministerium und dem irakischen Verteidigungsministerium oder anderes, sondern um Geld.

7. *Wie beurteilen Sie die Entwicklungen in der ARK seit 2003?*
Ich bin der Ansicht, dass wir in der ARK wissen sollten, was wir wollen. Wenn wir gemäss der irakischen Verfassung ein wichtiger Teil des Irak sind, wieso sollen wir nicht versuchen, die Demokratie im Irak in allen Hinsichten voranzutreiben? Das heisst, dass wir den Föderalismus, die Demokratisierung, die menschlichen und natürlichen Ressourcen fördern sowie alle wichtigen Fragen per Gesetz regeln. Der Irak soll gestärkt werden, weil er von strategischer Bedeutung ist. Ein Teil des Irak ist ein Teil der arabischen Welt, der Irak ist Mitglied der Arabischen Liga, der Organisation für Islamische Zusammenarbeit, der Vereinten Nationen, und er ist geostrategisch ein sehr wichtiges Land. Von all diesen Dingen können wir auch als Kurden profitieren. Wenn der Irak stark ist, dann sind wir auch stark. Wenn der Irak sich eines Tages so weit entwickelt, dass der Staat die Menschen auf der Grundlage der Bürgerschaft behandelt und sich nicht für die Religion, die Herkunft, die Ethnie usw. interessiert, dann können wir alle im Irak friedlich zusammenleben. Wichtig ist, dass es Bürgerrechte gibt und alles auf der Grundlage der Verfassung sowie des Gesetzes geregelt wird. Selbst wenn wir zukünftig nicht ein Teil des Irak bleiben wollen, weil wir uns im Irak nicht gleichberechtigt behandelt fühlen, ist es für uns besser, wenn der Irak ein demokratischer Staat ist. Denn mit den demokratischen Staaten hat man grundsätzlich weniger Probleme als mit den nicht demokratischen Staaten. Eine Mehrheit der kurdischen Parteien ist jedoch der Ansicht, je schlechter es dem Irak geht, desto besser sei es für die Kurden. Ich sehe

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

es genau umgekehrt. Je besser es dem Irak geht, desto besser ist es für uns Kurden. Als Daesh kam, hat die Organisation fast Bagdad kontrolliert. Wie ginge es uns heute, wenn Bagdad unter der Kontrolle von Daesh wäre? Wenn die Nachbarn nett sind, dann hat man auch Ruhe. Wenn sie jedoch schlimm sind, dann geht es dir auch nicht gut. Ich bin dafür, dass die Völker friedlich zusammenleben. Mich interessiert nicht, ob Kurdistan ein unabhängiger Staat wird oder nicht. Was mich interessiert, ist, dass sowohl im Irak als auch in der ARK gut regiert wird.

8. *Sind Sie der Ansicht, dass die ARK bereit für einen eigenen Staat ist?*
Nein. Wir haben folgendes Problem: Das Gründungsjahr der DPK [1946] beispielsweise geht auf die Anfänge der Streitigkeiten des Ost- und des Westblocks zurück. Damals waren die politischen Parteien in Asien und im Nahen Osten entweder links und damit Teil des Ostblocks oder rechts und damit Teil des Westblocks. Die DPK wurde in dieser Zeit gegründet und hat sich je nach Interessenlage entweder dem Ostblock oder dem Westblock angeschlossen. Von so einem Spiel werden wir nicht profitieren. Die ARK sollte entsprechend von jenen politischen Parteien geführt werden, die in der heutigen Zeit gegründet wurden und die heutigen Gegebenheiten verstehen. Nicht von der DPK, die immer auf der Suche nach einem Block ist, der ihr [gerade] passt, weil sie nicht so gegründet wurde, dass sie sich auf sich selbst verlassen kann. Die PUK beispielsweise wurde mit der Unterstützung des eigenen Volkes gegründet und war von Beginn an kein Teil eines Blocks. Weder die Sowjetunion noch der Schah von Iran wollten, dass sie gegründet wird, aber wir haben sie gegründet. Alle logistische Unterstützung bekamen wir von unserer eigenen Bevölkerung. Jetzt ist sie leider nicht mehr die gleiche Partei wie bei der Gründung. Seit 1991 ist auch die PUK, die pro Iran ist, wie die DPK, die pro Türkei ist, Teil der Blockpolitik. So kann die ARK nie ein Staat werden. Und wenn sie ein Staat wird, dann wird sie nicht lange überleben. Der Barzani-Clan will einen Staat wie Israel bauen. Deshalb war er der Ansicht, dass die Unterstützung von Israel für das Referendum ausreicht. Die Barzani-Familie hat sich auch in der Geschichte nur auf Israel verlassen und sie ist am Ende immer leer ausgegangen. Auf geopolitischer Ebene ist das kurdische Gebiet das schwächste Gebiet in dieser Region, weil es auf vier Länder verteilt ist, keinen Zugang zum Meer hat und die kurdische Bevölkerung [im jeweiligen Land] in der Minderheit ist. So ist es der richtige Weg, dass wir versuchen, friedlich mit den anderen Entitäten und Mehrheiten zusammenzuleben. Das können wir im Irak im Rahmen der irakischen Verfassung tun. Bei

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

uns in der ARK wird der Staat heiliggesprochen. Man geht davon aus, dass wir gar keine Probleme mehr haben werden, wenn wir einen unabhängigen Staat haben. Der Staat wird aber unsere Probleme nicht lösen. Umgekehrt wird er uns mehr unterdrücken, weil der Barzani-Clan wie gesagt einen Staat nach saudischem und katarischem Vorbild will. Ein solcher Staat wird nicht anständig sein, weil er einer einzigen Familie zur Verfügung stehen muss und nicht den Bedürfnissen der Gesellschaft.

9. *Wie beurteilen Sie das Referendum über die mögliche Unabhängigkeit der ARK vom Irak vom 25. September 2017?*
Wir haben gesehen, dass das Referendum abgehalten wurde. Das Ergebnis haben wir ebenfalls bereits gesehen. Das ist nicht lange her. Ich wusste von Beginn an, dass sie [die DPK] das Referendum lancieren wird. Viele Funktionäre der *Gorran*-Bewegung waren jedoch der Ansicht, dass das Referendum über die Unabhängigkeit nicht abgehalten würde, sondern dass es nur ein politisches Manöver sei. Ich sagte ihnen aber wie oben erwähnt, dass er [der Barzani-Clan] unbedingt so schnell wie möglich einen kurdischen Staat will, weil wir heute gar keine demokratischen Institutionen [in der ARK] haben: Es herrschen die Milizen und die Sicherheitskräfte, die Polizei, die Peschmerga und die internationalen Beziehungen sind unter seiner [des Barzani-Clans] Kontrolle. Zudem kontrolliert er [der Barzani-Clan] die Öleinnahmen, die Zolleinnahmen und alle Medien. Es gibt nichts in der [ARK], das nicht von ihm [dem Barzani-Clan] kontrolliert wird. Andere Parteien und das kurdische Volk verfügen über nichts. Entsprechend sind die Rahmenbedingungen für ihn [den Barzani-Clan] perfekt, um aus der ARK einen kurdischen Staat zu machen, der von ihm noch härter regiert wird. Das habe ich bereits in einem langen Artikel erwähnt, den ich vor dem Referendum geschrieben habe. Wenn du willst, kannst du auf ihn zurückgreifen. Darin habe ich sechs Szenarien und ihre Konsequenzen beleuchtet: Ich habe geschrieben, dass es nicht in unserem Interesse ist, das Referendum abzuhalten, weil es uns in vielerlei Hinsicht – etwa unseren Beziehungen zu den internationalen und regionalen Akteuren, zu Bagdad, unserer Reputation usw. – schaden wird. Ich habe auch geschrieben, dass wir gegen Bagdad verlieren werden. Tatsächlich haben wir 51 Prozent der Gebiete, die im Kampf gegen Daesh unter die Kontrolle der Peschmerga gerieten, innerhalb von 24 Stunden verloren. Das Gute an diesem Referendum war, dass [Masud] Barzani zurückgetreten ist. Er kommt jetzt aber schleichend über das Barzani-Büro, das nun über die ARK herrscht, zurück. Der Chef des Barzani-Büros ist Masud Barzani, und sein Sohn sowie

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

seine Neffen sind Mitglieder. Zudem ist sein Neffe [Nechirvan Barzani] der Präsident der ARK und sein Sohn [Masrur Barzani] der Premierminister der ARK, der Chef des Sicherheitsrates und des Ölsektors. So steht dieses parteipolitische Büro, das nach dem Referendum gegründet wurde, über allen Gesetzen und herrscht über uns. Damit sind die Konsequenzen des Referendums in vielerlei Hinsicht sehr gefährlich.

10. *Was ist das Hauptproblem der Kurden im Irak?*
Das Hauptproblem der Kurden im Irak ist zurzeit die Demokratisierung. Nationale Probleme haben wir nicht mehr. Vorher haben wir in den Bergen gekämpft, weil wir als Nation keine Rechte hatten. Heute gibt uns die irakische Verfassung alle Rechte. Die Frage der Umsetzung ist eine andere Frage. Die Verfassung erlaubt sogar, dass in Basra Kurdisch gelernt wird und Bücher auf Kurdisch geschrieben werden. Was wir sowohl in der ARK als auch im Irak als Problem haben, ist die Demokratisierung des politischen Systems. Die Verfassung ist demokratisch, aber das politische System ist eine Mischung aus Oligarchie, Diktatur, Konfessionalismus usw. Das System in der ARK und im Irak ist so hybrid, dass keine Bezeichnung richtig zu ihm passt.

11. *Was ist das Hauptproblem des Irak?*
Das Hauptproblem des Irak ist ebenfalls die Demokratisierung. Der Irak konnte von 2003 bis heute das System nicht demokratisieren. Wie ich gesagt habe, wollen die Sadristen, al-Hakim, der ‹Rechtsstaat› (Dawlat al-Qanoon), die Sunniten, die Kurden usw. ihre Anteile in jedem neuen Regierungskabinett. Die Verfassung erlaubt eine Balance [der Macht], aber diese Gruppen haben sie in Kontingente verwandelt. Mit der Balance meint die Verfassung, dass alle Minderheiten und Entitäten – Assyrer, Turkmenen, Kurden, Schiiten, Sunniten usw. – gemäss ihrer Bevölkerungszahl an der Macht beteiligt werden und politische Ämter sowohl im Inland als auch im Ausland erhalten sollen. Diese Beteiligung wurde aber in Kontingente umgewandelt. So war beispielsweise Hoshyar Zebari [von der DPK] zwölf Jahre lang Aussenminister des Irak. Entsprechend wurden die meisten Posten in den irakischen Botschaften im Ausland mit Anhängern der DPK und seinen Verwandten besetzt. Ein anderer Minister macht genau das Gleiche. Wenn eine Partei einen Ministerposten bekommt, dann wird dieser Posten das Eigentum der Partei. Der Ministerposten ist überall auf der Welt zwar ein politisches Amt, aber der Minister und sein Stab sind für die Festlegung der Politik des Ministeriums zuständig. Der Minister im Irak interessiert

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sich aber nicht für die Politik des Ministeriums. Was ihn interessiert, ist der jährliche Anteil des Ministeriums am irakischen Budget, damit er weiss, wie viel er stehlen kann. So wird der Irak regiert.

12. *Wie beurteilen Sie die Zukunft des Irak?*
Die Zukunft des Irak ist, wenn es so weitergeht, sehr schlecht. Meine Hoffnung ruht nur auf diesen Demonstrationen, die seit dem 1. Oktober 2019 trotz vieler menschlicher Verluste weitergehen. Die Geschichte hat uns gezeigt, dass ein politisches System nicht erfolgreich in ein neues System übergehen kann, wenn mit der Vergangenheit nicht abgeschlossen wird. Jene Demonstranten sind gekommen, um mit dieser politischen Elite abzuschliessen, die in ihren Augen korrupt, nicht staatsmännisch und der Ursprung aller neuen Probleme des Irak ist. Und da haben sie recht. Diese politische Elite muss verschwinden. Sie verschwindet aber nicht so einfach, deshalb sind die Menschen nun auf die Strasse gegangen. Vorher ist Qasim Soleimani gekommen und 72 Stunden in Bagdad geblieben, um die Regierung zu bilden. Die Regierung wurde dann gebildet und er ist zurückgegangen. Jetzt können weder die Iraner, die Amerikaner, die Schiiten noch die Kurden trotz vieler Bemühungen die Regierung bilden, weil die Strasse sie daran hindert. Wenn die Demonstrationen lange andauern, vielleicht einige Jahre, dann habe ich die Hoffnung, dass sich der Irak demokratisiert. Es braucht Zeit, bis die jetzige politische Elite verschwunden ist.

13. *Wie beurteilen Sie die Zukunft der Kurden im Irak?*
Die Zukunft der Kurden hängt von der Zukunft des Irak ab. So wie jetzt die Führungsriege in der ARK Politik macht, wird es zu keinem guten Ergebnis führen. Die Rebellion der Menschen in Bagdad und im Süden des Irak gegen die schiitische Herrschaft muss sich auch in der ARK wiederholen. Selbst wenn sie sich bei uns nicht wiederholt, aber die Rebellion im Irak erfolgreich verläuft, wird sie auch einen Einfluss auf uns haben. In der ARK muss es eine Änderung geben. Diese zwei Herrscher- bzw. Oligarchenfamilien sind sehr rückständig und können nicht gut regieren. Sie verlassen sich nur auf das Öl und wollten sogar mit dem Öl einen Staat gründen. Aber mit dem Öl kannst du gar nichts machen, weil weder sein Preis noch sein Markt in deiner Hand ist. Es ist eine Utopie, sich auf etwas zu verlassen, über das andere durch die Verkaufsmengen, die Produktion und die Preise entscheiden. Für die Staatsgründung braucht es einen Nachhaltigkeitsplan, der von regelmässigen und kaum schwankenden Einnahmen abhängt. Jährliche Budgetierungen müssen demnach mindestens zu 90 Prozent treffsi-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

cher sein. Der Irak beispielsweise plante in der Budgetierung für das Jahr 2020 mit einem Ölpreis von 56 US-Dollar pro Barrel. Ein Barrel Öl kostet aber jetzt 35 US-Dollar. Wenn es so weitergeht, wird der Irak am Ende des Jahres ein Budgetdefizit von über 100 Milliarden US-Dollar haben, bei einem Gesamtbudget von 115 Milliarden US-Dollar. Wie kann man so ein Land regieren? Diese zwei Herrscherfamilien wollen in der ARK eine Rentenökonomie, weil sie die Gesellschaft vom Staat abhängig macht. Anstatt dass die Regierung von den Einnahmen aus der Gesellschaft abhängig ist, sind die Menschen von der Regierung abhängig. Diese Fehlentwicklung muss korrigiert werden, aber sie wird unter der Herrschaft dieser zwei Oligarchenfamilien nicht korrigiert.

14. *Welcher Lösungsansatz wäre Ihrer Meinung nach der beste für die Kurden im Irak?*
Ich habe sehr viel darüber geschrieben und viel darüber gesagt. Um es vorwegzunehmen: Egal welche Lösung man sucht, ihre Umsetzung wird nicht einfach sein, weil wir sowohl bei uns als auch bei den Schiiten Oligarchenfamilien als Herrscher haben. Bei den Sunniten gibt es keine Oligarchenfamilien, weil sie nicht so mächtig sind. Die Schiiten und die Kurden machen jedoch 80 Prozent der Gesellschaft aus. Entsprechend ist nichts möglich, solange diese Oligarchen an der Macht sind. Aber wenn wir annehmen, dass sie nicht mehr da sind, dann ist die beste Lösung, dass wir Kurden ehrlich daran arbeiten, dass der Irak stark wird. Die Sunniten müssen auch Teil der Lösung werden und die sunnitischen Gebiete müssen wiederaufgebaut werden. Nur wenn die sunnitischen Gebiete entwickelt sind und von den irakischen Einnahmen profitieren können, können die Wurzeln des religiösen Radikalismus zerschlagen werden. Dies funktioniert jedoch nicht, wenn die Sunniten ständig unterdrückt und bekämpft werden, weil sie angeblich Baathisten, Daesh-Anhänger usw. sind. In den Demokratien gibt es keinen Unterschied zwischen den Gebieten eines Landes. Die Einnahmen werden allen Gebieten zur Verfügung gestellt. Nur wenn alle gleich behandelt werden, kann der Irak sich stabilisieren und weiterentwickeln. Die Ressourcen des Irak reichen für alle aus.

15. *Wie könnte die Kurdenfrage Ihrer Ansicht nach im Irak, in Syrien, in der Türkei und in Iran gelöst werden?*
Ich bin der Ansicht, dass die Kurden in Iran, in der Türkei und in Syrien das machen sollten, was wir im Irak gemacht haben. Sie sollten versuchen, ihre Länder zu demokratisieren. Aus meiner eigenen Erfahrung – ich bin

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

seit einem halben Jahrhundert in der Politik – sollten die Kurden, Iraker und alle Länder der Region von den Erfahrungen der Europäischen Union (EU) profitieren. Die EU wurde nach zwei Weltkriegen, die 100 Millionen Todesopfer forderten und alle Länder zerstört haben, gegründet, weil die Länder zur Überzeugung gelangt waren, dass es besser ist, einander zu unterstützen, anstatt einander zu bekämpfen. Nun leben sie in Frieden. In den letzten Jahren haben die Mitgliedstaaten der EU aus eigenen Steuergeldern Griechenland, Italien und Spanien unterstützt, als sie eine Wirtschaftskrise hatten, weil sie wussten, dass sie auch davon betroffen wären, wenn diese drei Länder in ein Chaos stürzen würden. Wieso sollen wir in unserer Region nicht so denken? Ich finde es eine Utopie, an einen pankurdischen Staat, der aus allen vier Teilen besteht, zu glauben. Denn wir haben in der ARK seit über 60 Jahren Spannungen zwischen dem Barzani- und dem Talabani-Clan, ohne dass diese sich bis heute entschärft haben. Wie soll man dann die vier kurdischen Teile regieren? Auch ein Kurdenstaat in den [vier] einzelnen Teilen ist keine Lösung. Deshalb sollten wir versuchen, in den einzelnen Teilen gemeinsam mit anderen Entitäten die Länder zu demokratisieren. Wenn die Länder demokratisiert sind, dann hat man keine Probleme. Dann wird es darum gehen, dass die Dienstleistungen gewährleistet sind. Es wird nicht um die politischen Rechte, sondern um die zivilen Rechte gehen. Ethnische, religiöse und konfessionelle Probleme wird man nicht haben, weil diese in der Verfassung geregelt werden. Die neuen Generationen müssen ihre Staaten auf der Grundlage der Demokratie entwickeln, weg vom Krieg, von der Zerstörung und diesen Dinosaurier-Parteien in der Region.

16. *Möchten Sie etwas ergänzen, was Ihnen noch wichtig ist?*
Nein, danke.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Anhang 13: Interview mit Dr. Faiq Gulpy

1. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden im Irak heute ein?*
Nach dem Sturz des Saddam-Regimes konnten einige Forderungen des kurdischen Volkes in der irakischen Verfassung von 2005 verankert werden. Danach begann der Konflikt zwischen den Kurden und den irakischen Behörden über die Umsetzung jener Artikel der irakischen Verfassung, die zugunsten der Kurden sind. Am Anfang dieses Konfliktes waren die Kurden stark. Während der Offensive von Daesh gegen den Irak und des Rückzugs der irakischen Armee sind die [gemäss Artikel 140 umstrittenen] Gebiete wieder unter die Kontrolle der Kurden gekommen. Aber die Kurden wurden nach dem Referendum von 2017 schwächer und sind in Bedrängnis geraten. Kirkuk wurde den Kurden wieder weggenommen. Nach dem Ausbruch des Coronavirus und dem Verfall des Ölpreises wurden die Kurden noch schwächer. Zurzeit sind die Kurden bereit, auf ihre wirtschaftliche Autonomie zu verzichten, wenn der Irak die Löhne der Angestellten der ARK auszahlt. Ich kann konstatieren, dass die Lage der ARK seit 1991 noch nie so prekär war wie jetzt.

2. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden seit 2003 ein?*
Keine Antwort [womöglich durch die Antwort auf die Frage 1 beantwortet].

3. *Wie schätzen Sie die Lage des Irak seit 2003 ein?*
Nach dem Sturz des Saddam-Regimes traten das Mehrparteiensystem, die Wahlen und die Machtübergabe im irakischen politischen System in Erscheinung. Aber gleichzeitig konnte die irakische Wirtschaft bis heute nicht wachsen und die Korruption ist überall im Irak, sowohl im politischen als auch im administrativen Bereich, sehr verbreitet. Der Irak ist auch politisch nicht souverän. Über die Schicksalsfragen des Irak wird seitens Irans und der Amerikaner entschieden. Der Konflikt zwischen ihnen, der auf irakischem Boden ausgetragen wird, führt im Irak zu weiteren politischen und sicherheitsrelevanten Problemen. Des Weiteren ist der konfessionelle und parteipolitische Fundamentalismus der irakischen Herrscher ein grosses Hindernis für die Lösung der irakischen Probleme.

4. *Wie beurteilen Sie den Entstehungsprozess der irakischen Verfassung?*
Ich kann sagen, dass der irakische Staat einer jener Staaten ist, die selten die Verfassung beachtet haben. Unter dem König hat der Irak eine Verfassung gehabt, aber aufgrund der politischen Probleme wurde sie kaum berück-

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sichtigt. Im Jahr 1958 gab es nach der Revolution vom 14. Juli eine vorläufige Verfassung, aber es wurde nicht über sie abgestimmt und entsprechend wurde sie nicht zu einer endgültigen Verfassung erklärt. Unter dem Baath-Regime wurden die Entscheide des Präsidiumsrates der Baath-Partei wie Verfassungsartikel behandelt. Diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass das politische System des irakischen Staates ein despotisches und nicht ein demokratisches System ist.
Nachdem die Amerikaner das Saddam-Regime gestürzt haben, haben sie festgestellt, dass der Irak keine Verfassung hat. So haben sie einen Verfassungsentwurf vorbereitet und liessen im Jahr 2005 darüber abstimmen. Aber die irakische und die kurdische Seite beachten die Verfassung nicht allzu sehr.

5. *Wie beurteilen Sie die irakische Verfassung?*
Als im Jahr 2005 der Verfassungsentwurf veröffentlicht wurde, war ich der Chef der Partei der Lösung und habe festgestellt, dass die Verfassung sehr mangelhaft ist. Kein einziger Artikel der Verfassung erkennt das kurdische Volk als eine Entität des irakischen Staates an. Für den Artikel 140 wurde ein Zeitraum für die Umsetzung vorgesehen. Verfassungsartikel dürfen nicht zeitabhängig gemacht werden. Danach haben wir gesehen, dass das Jahr 2007 verging, aber Artikel 140 wurde weder geachtet noch umgesetzt. Entsprechend hat er an Bedeutung verloren. Damals war ich der Meinung, dass uns der Irak mit dieser Verfassung alle Rechte in der ARK entziehen wird, wenn er wieder stark wird. Genau das sehen wir heute.

6. *Kann die irakische Verfassung eine Lösung für die Kurdenfrage im Irak darstellen?*
Die Probleme der Kurden im Irak drehen sich um die Fragen der Grenze Kurdistans und der Machtbefugnis der Kurden im Irak. Wenn die Kurden ein Teil des Irak bleiben wollen, müssen diese Probleme gelöst werden. Wenn Artikel 140 umgesetzt worden wäre, wäre die Problematik der Grenze Kurdistans gelöst. Aber er wurde nicht umgesetzt. Es gibt einige weitere Artikel in der irakischen Verfassung, die auf die Rechte der kurdischen Bevölkerung im Irak und in der ARK aufmerksam machen, aber die kurdischen Behörden und die Vertreter in Bagdad achten nicht auf die irakische Verfassung. Sie sind kein Garant für die kurdischen Rechte, die in der Verfassung verankert sind. Sie schliessen nur parteiliche und politische Verträge mit den irakischen Behörden ab. Diese garantieren aber nicht die kurdischen Rechte.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

7. *Wie beurteilen Sie die Entwicklungen in der ARK seit 2003?*
Im Jahr 2003 waren die Kurden im Irak auf politischer, militärischer und diplomatischer Ebene die stärkste Entität. Aber da die kurdischen Behörden sich nicht gemäss der irakischen Verfassung verhalten und einige strategische Fehler gemacht haben, haben sie sowohl die irakischen als auch die amerikanischen Entscheidungsträger enttäuscht. Gemäss der irakischen Verfassung muss die ARK eine Verfassung haben, aber sie hat bis heute keine, weil die kurdischen Machthaber sie ignoriert haben. Meiner Ansicht nach ist der grösste Fehler der ARK, dass sie keine Verfassung hat. Gemäss der irakischen Verfassung muss die Erdöl- und Gasgewinnung in der ARK in Zusammenarbeit zwischen der ARK und der Zentralregierung erfolgen. Aber die Regierung der ARK hat ohne Wissen und Einverständnis der irakischen Regierung unter dem Deckmantel der wirtschaftlichen Autonomie mit Ankara einen Vertrag für 50 Jahre abgeschlossen, der den Ölexport über die Türkei erlaubt. Das Referendum der ARK über die Unabhängigkeit war ein weiterer Schritt, der dazu führte, dass die ARK vorläufig politisch isoliert wurde und wirtschaftlich in eine Krise geriet. Zudem war Kirkuk nach dem Sturz des Saddam-Regimes im Jahr 2003 faktisch unter kurdischer Kontrolle, aber die Kurden haben das Gebiet aufgrund der undemokratischen und parteilichen Politik der kurdischen Herrscher innerhalb von ein paar Stunden verloren. Gemäss der jüngsten Entwicklung ist die ARK bereit, dem Irak das Öl der ARK zu übergeben, wenn Bagdad die Löhne der Angestellten der ARK auszahlt. Damit erklärt die ARK das Scheitern ihrer wirtschaftlichen Politik. All die erwähnten negativen Entwicklungen zeugen davon, dass die Politik in der ARK keine gesetzliche, verfassungsmässige, demokratische und nationale Grundlage hat.

8. *Sind Sie der Ansicht, dass die ARK bereit für einen eigenen Staat ist?*
Die gescheiterte Politik der Verwalter der ARK im Namen der Kurden und des kurdischen Nationalismus hat dazu geführt, dass die Leute in Kurdistan weder den kurdischen Nationalismus noch die Unabhängigkeit Kurdistans wollen. Zudem hat diese Politik den kurdischen Nationalismus bei den Menschen geschwächt. Die Leute wollen nicht wie zuvor unbedingt die Unabhängigkeit Kurdistans. Die Herrscher in der ARK verwalten das Land auf der Basis der Partei- und Stammespolitik sowie des Regionalismus. Dies ist ein politisches System aus der Zeit vor der Nationenbildung. In der ARK gibt es kaum nationale Institutionen. Die Organe der Parteien und der Stämme sind sehr stark. Auf der regionalen und internationalen Ebene unterstützen die Freunde der Kurden die Unabhängigkeit der kurdischen

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Nation nicht. Die Amerikaner und Europäer wollen nicht die Unabhängigkeit, sondern eine starke ARK in einem demokratischen Irak. Deshalb kann ich behaupten, dass weder auf der innenpolitischen noch auf der regionalen oder der internationalen Ebene die Zeit für eine Unabhängigkeit der ARK reif ist.

9. *Wie beurteilen Sie das Referendum über die mögliche Unabhängigkeit der ARK vom Irak vom 25. September 2017?*
Das Referendum ist das Recht jedes Volkes und jeder Entität, über das eigene Schicksal entscheiden zu können. Aber für das Referendum in der ARK wurden weder auf der internen noch auf der regionalen Ebene seriöse Vorbereitungen getroffen, damit man es zum Ziel führen kann. Jene politische Kraft, die direkt hinter dem Referendum stand [gemeint womöglich die DPK], kehrte als Erster auf den Schoss der irakischen Regierung zurück und bereute das Referendum, als sie unter Druck kam. Deshalb kann ich behaupten, dass das Referendum nicht ein strategischer Prozess, sondern eine politische Taktik war, um den Menschen entgegenzukommen und dadurch bei den Wahlen mehr Stimmen erzielen zu können.

10. *Was ist das Hauptproblem der Kurden im Irak?*
Seit der Gründung des irakischen Staates wurde das kurdische Volk als Teil des Irak anerkannt. Aber es gab Probleme bei den kurdischen Rechten und Befugnissen sowie bei den Grenzen Kurdistans. Nach dem Sturz des Saddam-Regimes haben die Kurden im Irak an der Gestaltung des irakischen Staates teilgenommen, und gleichzeitig hatten sie die ARK. Man könnte mit dem Artikel 140 der irakischen Verfassung die Grenze der ARK definieren und die Probleme der Kurden im Irak lösen. Aber was die Verwalter der ARK gemacht haben, war nicht die Lösung der Probleme, sondern sie haben noch weitere Probleme geschaffen: Sie haben die Grenzen der ARK für die Gegner des Irak und die Feinde des neuen Irak geöffnet sowie mit allen Mitteln die Zentralregierung des irakischen Staates bekämpft. Dadurch gerieten die Hauptprobleme der Kurden mit dem irakischen Staat in Vergessenheit und wurden durch die Spannungen zwischen der ARK und dem Irak verdrängt. Jetzt sehen wir, dass die ARK und der Irak nicht über den Artikel 140, sondern über den Öl- und Gas-Streit sowie die Probleme des Lohnes, des Budgets und der Posten sprechen.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

11. *Was ist das Hauptproblem des Irak?*
Der Irak ist ein Vielvölkerstaat mit vielen Religionen und Konfessionen. Diese Heterogenität bedarf eines tiefen Verständnisses der Demokratie, damit das Land gut geführt werden kann. Die politische Ideologie der Herrscher des Irak ist jedoch von Nationalismus und Konfessionalismus geprägt. Aus diesem Grund hat der Irak permanent Probleme und kann sie nicht bewältigen. Aufgrund des Irak-Kurden-Krieges, des Irak-Iran-Krieges, des ersten und zweiten Golfkrieges sowie des wirtschaftlichen Embargos gegen den Irak kollabierte die irakische Wirtschaft und konnte sich bis heute nicht mehr erholen. Deshalb ist ein weiteres Problem des Irak der wirtschaftliche Rückstand. Die Wirtschaft ist durch die Verbreitung der Korruption innerhalb der irakischen Herrscherklasse nach dem Zerfall des Saddam-Regimes noch schwächer geworden. Die Korruption führte zudem dazu, dass die Bevölkerung kein Vertrauen mehr in das politische System hat. Deshalb lag die Wahlbeteiligung bei den Wahlen von 2018 in manchen irakischen Provinzen bei 20 Prozent. Des Weiteren zeigen die Demonstrationen von 2019, dass aufgrund der Korruption eine grosse Mauer zwischen der Bevölkerung und den Herrschern entstanden ist. Ein weiteres Problem des Irak ist, dass er unter dem Einfluss von zwei zutiefst verfeindeten Ländern steht, damit meine ich die Vereinigten Staaten von Amerika und Iran. Diese zwei Länder benutzen den irakischen Boden und die irakische Souveränität für den Kampf gegeneinander. Dadurch ist der Irak nicht nur politisch abhängig, sondern wurde auch zum Schauplatz der Rivalitäten und Kämpfe anderer Länder.

12. *Wie beurteilen Sie die Zukunft des Irak?*
Die irakischen und türkischen Chauvinisten wollen, dass der Irak zu einem einfarbigen Zentralismus zurückkehrt. Sie wollen, dass der Föderalismus aufgehoben wird und dass die Rechte der Kurden beschnitten werden. Iran seinerseits will, dass der Irak zu einem schiitisch-konfessionellen Staat und Teil seiner Strategie wird. Die Amerikaner wiederum wollen, dass das föderalistische System weiterentwickelt wird und der Irak ein heterogener, demokratischer und einheitlicher Staat bleibt. Der politische Traum der Kurden allerdings ist, dass der Irak nicht ein einheitlicher Staat bleibt und entsprechend in einen schiitischen, einen sunnitischen und einen kurdischen Teil aufgeteilt wird. Dadurch würden die Kurden ihre Unabhängigkeit bekommen. Ich bin der Ansicht, dass sich eher die amerikanische Strategie im Irak durchsetzt. Der Irak wird ein einheitlicher Staat bleiben und der Föderalismus wird weiterentwickelt.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

13. *Wie beurteilen Sie die Zukunft der Kurden im Irak?*
Wenn der Irak sich demokratisiert, der Föderalismus sich weiterentwickelt und die Herrscher der ARK sich in Richtung Demokratisierung und Konstitutionalismus bewegen, dann wird die Zukunft der Kurden im Irak gut sein. Aber wenn der Irak und die ARK sich nicht ändern und ihre Probleme nicht lösen, wird die Zukunft der Kurden nicht gut sein. Es sei denn, es mischt sich ein Staat wie die USA zugunsten der Kurden ein und verhindert eine politische Krise.

14. *Welcher Lösungsansatz wäre Ihrer Meinung nach der beste für die Kurden im Irak?*
Ich bin der Ansicht, dass es drei mögliche Lösungsansätze für die Probleme des kurdischen Volkes im Irak gibt: Die erste Lösung ist die Umsetzung der irakischen Verfassung. Insbesondere muss Artikel 140 umgesetzt und der Bundesrat aufgebaut werden. In den Vielvölkerstaaten der Welt bestehen die Parlamente aus zwei Kammern: einer ersten Kammer, welche die gesamte Bevölkerung vertritt, und einer zweiten Kammer, welche die Entitäten vertritt. Der Bundesrat wird in den Artikeln 48 und 52 der irakischen Verfassung erwähnt, aber bis anhin wurde diesbezüglich kein Gesetz verabschiedet und er wurde dementsprechend nicht errichtet. Der Bundesrat wird aus den Vertretern der irakischen Entitäten entstehen. Die Kurden, die Araber und die Turkmenen werden jeweils gleich viele Vertreter im Bundesrat haben. Das gilt auch für die Schiiten, Sunniten, Jesiden und anderen Minderheiten. Die wichtigen Entscheidungen in diesem Bundesrat werden auf der Grundlage des Konsenses und nicht aufgrund von Mehrheitsentscheiden getroffen. Die zweite Lösung ist die Unabhängigkeit Kurdistans vom Irak. Für diesen Lösungsweg bestehen jedoch weder auf der innenpolitischen noch auf der irakischen, regionalen oder internationalen Ebene die nötigen Voraussetzungen. Der dritte Lösungsansatz ist die Erfahrung von Rojava (West-Kurdistan) im Norden Syriens. Diese verläuft in gesellschaftlicher, administrativer, wirtschaftlicher und demokratischer Hinsicht erfolgreich. Im Irak würde so ein politisches System dazu führen, dass die Entitäten, die Religionen und die Konfessionen friedlich und gleichberechtigt nebeneinander leben können und die Demokratisierung vorangetrieben wird. Ich persönlich halte die dritte Variante für den besten Lösungsansatz. Im heutigen Irak und in der ARK wird jedoch die Umsetzung des ersten Lösungswegs realistischer und einfacher sein als der zweite und der dritte Weg.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

15. *Wie könnte die Kurdenfrage Ihrer Ansicht nach im Irak, in Syrien, in der Türkei und in Iran gelöst werden?*
Ich finde drei Grundlagen für die Lösung der Kurdenfrage in den erwähnten Ländern wichtig: Erstens ist es wichtig, dass nationale und diplomatische Einrichtungen aufgebaut werden, die darauf abzielen, die kurdisch-nationale Frage zu lösen. Das kurdische Volk muss vereint und gestärkt werden. Die Probleme der Parteien und der Stämme müssen beseitigt werden. Zweitens muss daran gearbeitet werden, dass die Demokratie in den Ländern, in denen die Kurden leben, gestärkt wird. Das kurdische Volk muss zudem Verbündete für sein Anliegen gewinnen und den die Mehrheit bildenden Völkern der jeweiligen Länder aufzeigen, dass es, solange die Kurden ihre Rechte nicht erlangt haben, in diesen Ländern keine Freiheit und Demokratie geben kann. Drittens muss man sowohl auf der regionalen als auch auf der internationalen Ebene diplomatische Unterstützung für die Kurdenfrage gewinnen. Zu diesem Zweck sind die diplomatische Arbeit und die Einheit des kurdischen Volkes sehr wichtig und müssen verstärkt werden. Wenn das kurdische Volk auf der Grundlage der erwähnten Mechanismen auf eine Lösung seiner Probleme hinarbeitet, dann wird es eine Lösung finden und wie alle anderen Völker seine Rechte und Freiheiten erlangen.

16. *Möchten Sie noch etwas ergänzen, was Ihnen wichtig ist?*
Ich hoffe, dass die Herrscher und die Parteien in Kurdistan aus ihren Fehlern gelernt haben und sie nicht wiederholen. Dies gilt insbesondere für die Verwalter der ARK. Sie sollen sich für die persönlichen und wirtschaftlichen Rechte der Menschen in Kurdistan einsetzen, die Anliegen der Menschen nicht vergessen und die Leute nicht mehr verhungern lassen. Ich bitte die Herrscher der ARK, sich nicht mehr von den Ländern der Region (der Türkei und Iran) abhängig zu machen. Sie sollen versuchen, die Probleme der Menschen in Kurdistan direkt mit der irakischen Regierung zu lösen und über die irakische Regierung auf internationaler Ebene zu arbeiten.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Anhang 14: Interview mit Taufiq Karim

1. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden im Irak heute ein?*
Ich glaube, dass die Lage der Kurden von der Lage der gesamten Region abhängt, und der Region steht eine grosse Veränderung bevor. Die Politik der Supermächte scheint sich geändert zu haben, weshalb sie offenbar eine Umgestaltung der Region anstreben. Entsprechend ist zu erwarten, dass sich auch die Lage der Kurden ändert. Es gibt einige Gründe dafür, die ich erwähnen werde, falls es notwendig wird.

2. *Wie schätzen Sie die Lage der Kurden seit 2003 ein?*
Die Lage der Kurden im Irak war vor 1991 sehr schlecht. Nach 1991 gab es eine grosse Wende zugunsten der Kurden. Entsprechend hat sich die Lage der Kurden aufgrund der Politik von Saddam Hussein sowie des Krieges zwischen dem Irak und den 33 Ländern der Koalitionskräfte massiv verändert. Die Kurden konnten von den neuen Gegebenheiten profitieren, die aus der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft resultierten. So wurde zum Schutz der Kurden eine Flugverbotszone nördlich des 36. Breitengrades verhängt. Danach haben die Kurden nach 1991 einen grossen Schritt nach vorne gemacht, indem sie, ohne die Zustimmung des Irak, den Föderalismus ausgerufen haben. Diese Situation dauerte bis zum Jahr 2003 an, aber leider konnten die Kurden in dieser Zeit ihre Versprechungen der Demokratisierung, der Zusammenarbeit und des Föderalismus nicht umsetzen. Stattdessen führten einige persönliche und parteipolitische Rivalitäten zu einem Bürgerkrieg, der dazu geführt hat, dass wir den Föderalismus nicht beleben und weiterentwickeln konnten. Entsprechend konnten wir unsere Erfahrung nicht zu einem guten Vorbild für die Region machen. Hätten die kurdischen Parteien ernsthafte Schritte unternommen, wäre die Lage der Kurden völlig anders und man hätte den Schritt in Richtung Föderalismus machen können. Denn Kurdistan war immerhin ein sicherer Unterschlupf für die Kräfte der internationalen Koalition im Irak und wurde durch sie vollkommen unterstützt. Nach 2003 kam es zu einem noch grösseren Ereignis: Saddam Hussein wurde gestürzt und der Irak wurde vollkommen geschwächt. Da hätten die Kurden Fakten schaffen können, wenn sie vorbereitet gewesen wären. Wenn wir die Zeit nach 2003 betrachten, so sehen wir nämlich, dass sich die kurdischen Interessen und die Interessen der internationalen Supermächte des Öfteren überschnitten haben und sehr viele Gemeinsamkeiten aufwiesen. Zu erwähnen ist, dass die internationalen Akteure jeweils auch ihre gemeinsamen Interessen mit

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

den Arabern, den Türken, den Iranern usw. berücksichtigen. Dass die Kurden bis heute nicht in der Lage waren, die internationale Unterstützung für einen eigenen Kurdenstaat zu sichern, liegt meiner Meinung nach an den Kurden selbst. Anstatt eine nationale Strategie für die Unabhängigkeit im Irak zu entwickeln, sind die Kurden nach 2003 den persönlichen, parteipolitischen und materiellen Interessen sowie den politischen Ämtern im Irak hinterhergelaufen. Damit meine ich namentlich die kurdische Elite und die kurdischen Herrscher. Trotz alledem schätze ich die Lage der Kurden nach 2003 bis jetzt nicht allzu schlecht ein. Es gibt noch Hoffnung, an den gemeinsamen Interessen zu arbeiten.

3. *Wie schätzen Sie die Lage des Irak seit 2003 ein?*
Der Irak hat meiner Meinung nach seit 2003 gezeigt, dass er das Produkt der willkürlichen Staatsbildung des Jahres 1920 ist, die dazu geführt hat, dass im Irak kein starker und handlungsfähiger Staat entstehen konnte. Entsprechend wurde die Kluft [zwischen den verschiedenen Gruppierungen], die es immer gab, noch viel grösser. So sind nun jene Gruppen, die zu Beginn des politischen Prozesses im Irak nach 2003 vehement gegen den Föderalismus und für einen einheitlichen und starken irakischen Staat waren, wie beispielsweise die Sunniten, für einen eigenen Staat. Denn während sich die Sunniten damals als Herrscher des ganzen Irak sahen, haben sie jetzt die Hoffnung, dass sie ihre Gebiete im Westen des Irak behalten und retten können. Entsprechend bin ich der Ansicht, dass der Irak einerseits aufgrund der gescheiterten Politik der Herrscher nach 2003 und andererseits aufgrund der amerikanischen [Politik] auf eine Teilung zusteuert. Denn Colin Powell meinte bereits im Jahr 2003, dass sie die Karte des Nahen Ostens neu gestalten wollen. Er sprach damals von «der neuen Karte des Nahen Ostens». Über diese mögliche Neuordnung wird viel gesprochen, etwa, dass beispielsweise Jordanien geteilt wird und in Saudi-Arabien aus Mekka und Medina ein religiöser Staat nach dem Vorbild des Vatikans in Italien aufgebaut wird. Das hiesse, dass Saudi-Arabien in einen zivilen und einen religiösen Staat aufgeteilt würde und so weiter. Ich bin persönlich der Ansicht, dass, wenn es so weitergeht, diese Veränderung demnächst kommen wird. Bezüglich des Irak wird es zu einer Teilung in einen kurdischen, einen sunnitischen und einen schiitischen Staat kommen – wenn in den schiitischen Gebieten nicht sogar zwei Staaten entstehen werden.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

4. *Wie beurteilen Sie den Entstehungsprozess der irakischen Verfassung?*
Ich glaube, dass die irakische Verfassung sehr fortschrittlich und eine grosse Errungenschaft ist. Die Verfassungsschreiber haben sich auf die grossen Verfassungskenner der Welt verlassen und eine sehr gute Verfassung geschrieben. Die Verfassung ist für den Irak, solange er bestehen bleibt, sehr gut, auch wenn sie nicht richtig umgesetzt wurde. Sie ist insbesondere für uns Kurden gut. Die Verfassung ist für uns ein sehr wichtiges Dokument, auch wenn sie nicht umgesetzt wurde. Sie ist so wie das Abkommen vom 11. März 1970. Das Abkommen wurde auch nicht umgesetzt, aber es war für uns als Dokument und als Urkunde sehr wichtig.

5. *Wie beurteilen Sie die irakische Verfassung?*
Die Verfassung ist sehr fortschrittlich und gut.

6. *Kann die irakische Verfassung eine Lösung für die Kurdenfrage im Irak darstellen?*
Ich glaube, dass es für den Irak zwei Wege gibt und diese chaotischen Zustände nicht lange andauern werden: Entweder kehrt der Irak zurück zur irakischen Verfassung, die wie gesagt sehr gut ist. Sie ist insbesondere für uns Kurden sehr gut, weil die Kurden beim Sturz des Saddam-Regimes sehr stark waren und der Irak sehr schwach war. Die Kurden hatten über elf Jahre Verwaltungserfahrung, verfügten über eine intellektuelle Klasse und wussten entsprechend, wie sie vorgehen sollen. Im Gegensatz dazu waren die Iraker, damit meine ich die Schiiten, unkoordiniert und planlos. So konnten viele Forderungen der Kurden in der Verfassung platziert werden. Oder der Irak wird geteilt. Wenn der Irak jedoch geteilt wird, wird auch die Verfassung bedeutungslos.

7. *Wie beurteilen Sie die Entwicklungen in der ARK seit 2003?*
Wenn wir die kurdische Verwaltung mit der Umgebung, insbesondere dem Mittel- und Südirak, vergleichen, dann hat sie den Umständen entsprechend gute Fortschritte gemacht. Aber auf der politischen Ebene konnten die kurdischen Führer nicht staatsmännisch mit den Gelegenheiten und Gegebenheiten umgehen. Es wird verwaltet, aber die Zerstrittenheit der Parteien hat dazu geführt, dass immer die Interessen der Parteien, der Personen und der Elite innerhalb der Parteien verfolgt werden. Es wurden auf zwei Ebenen Fortschritte erzielt: Erstens liess die Verwaltung auf materieller Ebene beispielsweise nicht zu, dass Leute, wie in einigen Teilen des Irak, hungern, und zweitens ist die Sicherheit gewährleistet. Aber auf

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Ebene haben die kurdischen Führer bewiesen, dass sie nicht in der Lage sind, einen Staat zu führen. Die Kurden haben in dieser Zeit die beste Möglichkeit gehabt, gemeinsame Interessen mit den internationalen Supermächten zu finden und sie zu festigen. Sie konnten auch einige Fakten schaffen, inneren Frieden finden, sich versöhnen und der Weltgemeinschaft zeigen, dass sie in der Lage sind, gut zu regieren und demokratische Strukturen aufzubauen. In all diesen Bereichen sind die Kurden jedoch gescheitert. Die kurdischen Führer meinen, dass die Kurden etwa 5 Millionen sind. Davon scheinen aber über 1,7 Millionen ihre Löhne vom Staat zu beziehen. Es scheint so, als hätten die Kinder auch die Löhne ihrer Eltern. Wir scheinen auch mehrere Hunderttausend Pensionierte und andere Empfänger von staatlichen Zahlungen zu haben. Diese Zahlen werden auf der internationalen Ebene nicht ignoriert. Die kurdischen Führer haben nichts in die wirtschaftliche Infrastruktur investiert. Wenn die Grenzen für einen einzigen Tag schliessen, entsteht ein Chaos bei uns und die Leute bekommen Angst. So gesehen haben die gute Sicherheitslage und die materiellen Absicherungen, worauf die kurdischen Führer sehr stolz sind und die sie immer wieder betonen, keine wissenschaftliche bzw. feste Grundlage. Die Lage kann sich jederzeit verschlechtern. Es kann zudem jederzeit wieder zu einem Bürgerkrieg zwischen der DPK und der PUK bzw. innerhalb der verschiedenen Parteien kommen. Es kann auch jederzeit geschehen, dass Bagdad die Löhne nicht auszahlt und die ARK diese somit auch nicht auszahlen kann.

8. *Sind Sie der Ansicht, dass die ARK bereit für einen eigenen Staat ist?*
Das hängt von der Lage ab. Die Entscheidung über die Gründung eines Kurdenstaates hängt nicht nur von den Kurden ab, sondern auch von den wirtschaftlichen, politischen, diplomatischen und internationalen Faktoren. Wenn die ARK einen eigenen Staat will, dann muss sie zwei wichtige Schritte machen: Erstens muss sie innenpolitisch gut, demokratisch, gerecht, zivil usw. regieren, damit sie sich mit den Menschen in der ARK versöhnen kann. Dieser Schritt wird dazu führen, dass sie sich die Unterstützung der Bevölkerung sichert. Denn die meisten Kurden träumen davon, eines Tages einen kurdischen Staat zu gründen. Es gibt kaum einen Kurden, der innerlich keinen Kurdenstaat will. Auch die internationale Gemeinschaft kann dadurch gewonnen werden, dass die Kurden eine gute Regierung haben. Zweitens müssen die Veränderungen in der Welt betrachtet werden. Wie wird es mit den iranisch-amerikanischen Beziehungen weitergehen, wohin wird die Türkei gehen, was wird aus Saudi-Arabien

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und welche Änderungen wird es im Allgemeinen im Nahen Osten geben? Es geht um die Änderung der Karte des Nahen Ostens. Denn die Karte des Nahen Ostens wird nicht allein wegen der Kurden geändert, sondern es muss grössere Veränderungen in der Region geben. Ich bin der Ansicht, dass diese Veränderungen kommen werden. Die Kurden müssen einfach bereit sein und davon profitieren.

9. *Wie beurteilen Sie das Referendum über die mögliche Unabhängigkeit der ARK vom Irak vom 25. September 2017?*
Die Menschen sind alle für die Unabhängigkeit und finden sie gut. Aber der Zeitpunkt und die Rahmenbedingungen waren nicht gut, um ein Referendum abzuhalten. Innenpolitisch waren sich die Parteien nicht einig, mit dem Irak wurden keine seriösen Schritte unternommen und mit den regionalen und internationalen Akteuren wurden keine Absprachen getroffen. Deshalb war das Referendum meiner Ansicht nach nichts anderes als das Ergebnis von zwei möglichen Beweggründen: Entweder war es ein nicht gut kalkulierter Schritt, um Fakten zu schaffen, oder ein politisches Spiel, das nicht erfolgreich verlief.

10. *Was ist das Hauptproblem der Kurden im Irak?*
Das Hauptproblem der Kurden im Irak ist, meiner Meinung nach, der irakische Staat selbst. Die Staaten im Nahen Osten sind nicht in der Lage, gut und gerecht zu regieren. Entsprechend sind nicht nur die Kurden, sondern alle anderen auch Opfer. Man sagt, dass der Irak ein schiitischer Staat ist, aber die Schiiten sind am unglücklichsten im Irak. Entsprechend ist die Herrschaft [der Zentralregierung] das Problem der Kurden im Irak. Wenn die Regierungen im Irak gut gewesen wären, hätte es nicht so viel Blutvergiessen gegeben. Deshalb bin ich der Ansicht, dass das Problem der Kurden im Irak einzig mit einem Kurdenstaat gelöst werden kann.

11. *Was ist das Hauptproblem des Irak?*
Das Problem des Irak ist, dass der Irak nie ein Staat war. Wir haben vor 1920 nicht so etwas wie einen irakischen Staat gehabt. Nur die Interessen einiger [weniger Akteure] haben dazu geführt, dass diese neuen Staaten [im Nahen Osten] entstanden sind. Entsprechend bin ich der Ansicht, dass die Karte des Nahen Ostens geändert werden muss. Dann wird der Irak das erste Land sein, das davon betroffen sein wird.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

12. *Wie beurteilen Sie die Zukunft des Irak?*
Der Irak befindet sich in einem internationalen politischen Spiel. Der Irak ist einerseits Opfer des schlechten Regierens einiger Leute, die an der Macht und nicht staatsmännisch sind. Was sie machen, ist nur eine Eigenbereicherung auf Kosten des Irak und der irakischen Bevölkerung. Andererseits ist der Irak Opfer der politischen Rivalitäten zwischen den internationalen Supermächten und den regionalen Akteuren. Entsprechend befindet sich der Irak im Dilemma zwischen diesen zwei Faktoren und steht vor einer dunklen und ungewissen Zukunft.

13. *Wie beurteilen Sie die Zukunft der Kurden im Irak?*
Ich glaube, dass die Zukunft der Kurden im Irak besser als die Zukunft der Schiiten und der Sunniten sein wird. Sie wird auch besser sein als die Zukunft der Kurden in den anderen drei Teilen, sprich in Syrien, in der Türkei und in Iran. Denn die Kurdenfrage im Irak war seit 1920 anders und die Kurden genossen unter allen Herrschaftsformen eine gewisse Autonomie. Dies gilt auch für die Zeit unter Saddam. Entsprechend sehe ich die Zukunft der Kurden im Irak besser. Dies unter anderem auch deshalb, weil sich die Interessen der Kurden im Irak und die Interessen der internationalen und regionalen Akteure in vielerlei Hinsicht decken Die Kurden im Irak haben auch Regierungserfahrung, auch wenn sie nicht so gut ist. Sie ist aber viel besser als die schiitischen und die sunnitischen Erfahrungen. Denn bei uns werden zumindest das Parlament oder die Ministerposten nicht verkauft. Zudem verfügen die Individuen in der ARK über ausreichend Intellektualität und Aufklärung.

14. *Welcher Lösungsansatz wäre Ihrer Meinung nach der beste für die Kurden im Irak?*
Wir haben zwei Lösungsmöglichkeiten: In der ARK ist die Lösung, dass es eine gute und gerechte Regierung gibt, die dafür sorgt, dass die Menschen zufrieden sind. Im Irak ist die Lösung eine föderale und demokratische Regierung, bis die Karte des Nahen Ostens und damit auch die Karte des Irak geändert wird. Denn der Föderalismus im Irak ist nicht vollständig umgesetzt und wurde erzwungen. Bis jetzt haben wir im Irak nur die ARK und keine weiteren autonomen Regionen. Der definitive Lösungsweg für die Kurden im Irak ist wie gesagt ein kurdischer Staat.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

15. *Wie könnte die Kurdenfrage Ihrer Ansicht nach im Irak, in Syrien, in der Türkei und in Iran gelöst werden?*
Die Kurden sollten zwei Schritte machen, wenn sie die Unterdrückungen und die ungerechten Behandlungen seitens der Staaten, in denen sie leben, beenden wollen. Sie müssen lernen, ihre Forderungen mit der Sprache der Zeit durchzusetzen. Das heisst, dass sie schauen sollten, welche Gemeinsamkeiten sie in ihren Interessen und den Interessen der internationalen Supermächte sehen, und daran arbeiten sollten, dass diese durchgesetzt werden. Die Kurden brauchen eine starke Diplomatie. Mit Gewalt und Drohung werden die Kurden nichts erreichen. Innenpolitisch ist es wichtig, dass man ein gemeinsames Konzept hat. Man kann nicht fordern, dass sich beispielsweise der Irak und die Türkei demokratisieren, wenn man selbst äusserst autoritär und totalitär ist. Die PKK kann nicht behaupten, dass die Türkei autoritär ist und den Kurden ihre Rechte nicht gibt, wenn sie selbst nicht zulässt, dass eine andere kurdische Partei in der Türkei gegründet wird. Diese Widersprüche gehen nicht. Wir müssen verstehen, dass die Probleme der Kurden in diesen vier Ländern zwar voneinander abhängen, aber auch Unterschiede aufweisen. Die Probleme der Kurden im Irak und in der Türkei sind vollkommen verschieden. Wir haben seit fast 30 Jahren Regierungserfahrung. Gestern sagte aber Baschar al-Assad, dass es in Syrien so etwas wie eine Kurdenfrage nicht gibt. Wenn wir innenpolitisch das umsetzen, was wir von den anderen Ländern erwarten, und auf der internationalen Ebene einen gemeinsamen starken Standpunkt haben, dann sehe ich für alle vier Teile eine gute Zukunft.

16. *Möchten Sie etwas ergänzen, was Ihnen noch wichtig ist?*
Ich wünsche Ihnen Erfolg.

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.5771/9783748919087 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA